VOL. # 33

R 10

8C

Inhaltsverzeichnis

24. 1.1943: Gouverneurbesprechung im Belvedere zu Warschau

25. 1.1943: Polizeibesprechung im Belvedere zu Warschau

26. 1.1943: Wirtschaftsbesprechung im Belvedere zu Warschau

26. 1.1943: Haushaltbesprechung im Belvedere zu Warschau

14. 4.1943: Arbeitssitzung über die Rnährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement im Königssaal der Burg

15. 4.1943: Arbeitssitzung über die Sicherheitslage des Generalgouvernements im Königssaal der Burg

4. 5.1943: Ernährungssitzung im Königssaal der Burg

31. 5.1943: Arbeitssitzung über die Sicherheitslage im Generalgouvernement im Königssaal der Burg

22. 9.1943: Tagung des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses im Königssaal der Burg

- - -

<u>Gouverneurbesprechung</u>

im Belvedere zu Warschau

am 24. Januar 1943.

Gouv.S. 1/43.
Zg6.3/43 g.

NA T 75 60 j 32 j 429
Geheim.

Niederschrift über die Gouverneursbesprechung am 24.Januar 1943 im Belvedere zu Warschau.

Beginn der Sitzung: 10,30 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer; Gouverneur Zörner erschien erst im Verlauf der Sitzung um 13,05 Uhr.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 10,30 Uhr.

A. I. Gouverneur Dr. F i s c h e r hebt in seinem Bericht über dieLage im Distrikt Warschau folgende Punkte hervor:

1. Die Rüstungswirtschaft habe einen großen Aufschwung genommen. Dieser werde jedoch nur aufrecht erhalten werden können, wenn den Betriebsführern der großen Industrien von der Regierung die Genehmigung erteilt werde, für ihre Gefolgschaften Kartoffel, Getreide und sonstige Lebensmittel frei aufzukaufen. Er unterstütze diesen Antrag.

2. Die Arbeitserfassung habe seit Einschaltung der Kreishauptleute große Fortschritte gemacht. Das Erfassungsverfahren habe sich eingespielt und bewährt.

Staatssekretär Krüger empfiehlt, die in Auffanglagern versammelten, für den Arbeitseinsatz ausgesuchten Leute durch deutsche Ärzte untersuchen zu lassen.

3. Zugunsten der Deutschen Reichsbahn, der Organisation Todt und der Stahlwerke Starachowice finde ein Großschleichhandel hinsichtlich Eisen,Holz und Waren aller Art statt, der geeignet sei, die gesamte Wirtschaftspolitik ernstlich zu gefährden. Dr. Fischer ersucht dringend um Abhilfe.

4. Das deutsche Wohnviertel in Warschau biete 26 000 Reichs- und Volksdeutschen Raum. Zurzeit sei es bereits von 23 000 Deutschen besiedelt. Die Restbesiedelung werde bis Ende Mai vollzogen sein. Das Verhältnis von Deutschen zu Nichtdeutschen in diesem Viertel sei eins zu zwei.

5. Die dem Distrikt Warschau auferlegte Aufhebung von UK-Stellungen sei nur sehr schwer zu erfüllen. Die Personallage sei schon äußerst angespannt.

II. Gouverneur Dr. W ä c h t e r hebt in seinem Bericht über die Lage im Distrikt Galizien vor allem folgende Punkte hervor:

1. Der politischen Behandlung des ukrainischen Volkstums sei die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Die Bereitwilligkeit der Bevölkerung zur Mitarbeit dürfe nicht durch zu langes Zögern verscherzt werden. In der Propaganda müsse das Wort "Europa" weit mehr herausgestellt werden.

2. Das Getreideaufkommen solle nach Möglichkeit im Distrikt Galizien verbleiben. Die ausreichende Ernährung der Bevölkerung werde auf die Dauer gesehen dem Deutschen Reich mehr nützen als die rücksichtslose Erfüllung des derzeitigen Ablieferungssolls.

3. Für die Arbeitserfassung seien neue Methoden erforderlich. Als Vergleichspunkt werde das in der Ernährungs- und Landwirtschaft bei der Erfassungsschlacht geübte Prämiensystem genannt. Eine Propaganda auf dem Gebiet der Arbeitererfassung sei überhaupt nicht zu bemerken. Jedenfalls komme die Propaganda an die nichtdeutsche Bevölkerung nicht heran.

4. Auf die kommende Personalverknappung habe sich der Distrikt Galizien durch Ausbau der Selbstverwaltungseinrichtungen bereits eingestellt. Unter keinen Umständen könne die Außenverwaltung weitere Personalabgaben vertragen; es habe daher das dem Distrikt Galizien auferlegte Soll von 100 UK-Gestellten fast durchweg auf das Amt des Distrikts verteilt werden müssen.
Es ergebe sich die Notwendigkeit, gewisse Dienststellen gänzlich zu schließen, damit wenigstens der unbedingt nötige Verwaltungsbetrieb gesichert werden könne; so sei die Einstellung der Ämter für Raumordnung und für Preisüberwachung und der Fremdenverkehrsdienststellen zu überlegen.

III. Gouverneur K u n d t hebt bei seinem Bericht über die allgemeine Lage des Distrikts Radom vor allem folgende Punkte hervor:

1. Der Distrikt habe 2% seiner Einwohner als Arbeitskräfte an das Reich abgegeben. Die ärztliche Untersuchung der erfaßten Arbeitskräfte werde im Distrikt Radom so gehandhabt, daß deutsche Ärzte die von polnischen Ärzten als arbeitsunfähig bezeichneten Personen einer Nachuntersuchung unterziehen. Im allgemeinen seien hierbei jedoch keine schlechten Erfahrungen gemacht worden; die polnischen Ärzte seien vielfach eher geneigt, die Arbeitsfähigkeit anzuerkennen, als die deutschen.

Die Ernährungslage der zurückgebliebenen Familienangehörigen sei sehr schlecht. Er rege an, bewirtschaftete Waren, die durch die Kreis- und Stadthauptleute ausgegeben werden, bevorzugt an die Familien zu geben, die Arbeitskräfte ins Reich abgegeben haben. Da infolge der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden bewirtschafteten Gegenstände nicht alle Familien berücksichtigt werden könnten, müßte eine Auslese vorgenommen werden. Er habe probeweise in jeder Kreishauptmannschaft jeweils die 3 Gemeinden, die im Verhältnis die größte Zahl von Arbeitskräften gestellt hatten, für die bevorzugte Belieferung bestimmt.

2. Gouverneur Kundt stellt zur Erwägung, ob nicht für alle Arten von Erzeugnissen der Generaldirektion der Monopole ein auf besondere Verdienste und nichtdeutschem Bewohner des Generalgouvernements und der einzelnen Gemeinden abgestellter Verteilungsplan unter maßgeblicher Einschaltung der Kreis- und Stadthauptleute zur Durchführung gebracht werden könne.

3. Es sei ein Generalappell des Staatssekretärs der Regierung erwünscht, wonach bei Zuwiderhandlungen gegen Bewirtschaftungsvorschriften energisch vorzugehen sei. Die Haltung der Verwaltungsstrafbehörden, Polizeibehörden und Gerichtsbehörden müsse in der Ahndung von solchen Verstößen aufeinander abgestimmt sein.

4. Die maßgebenden Bestimmungen für die Einbürgerung der Volksdeutschen müßten auch den Kreis- und Stadthauptleuten bekanntgegeben werden; es sei nicht empfehlenswert über solche Einbürgerungen lediglich in der Regierungsinstanz zu entscheiden.

5. Soweit in Verordnungen, Anordnungen und Erlassen den Gouverneuren der Distrikte und den Kreis- und Stadthauptleuten Zuständigkeiten und Aufgaben übertragen werden, solle jeweils die Distriktsverwaltung gehört werden, ob die genannten Instanzen zur Übernahme der Aufgaben überhaupt in der Lage seien. Der Personalstand der Außenbehörden sei derart zurückgegangen, daß sie von allen nicht unbedingt kriegswichtigen Aufgaben entlastet werden müßten. Die Zuweisung neuer Aufgaben könne nur in ganz dringlichen Fällen in Betracht kommen. Als Beispiel einer nichttragbaren Belastung führt Gouverneur Kundt die Anordnung Nr.4 des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement vom 30.November 1942 an.

6. Für erleichterte Beförderungsbedingungen zugunsten der seit 1939 im Generalgouvernement tätigen Beamten müsse mit allem Nachdruck eingetreten werden. Es sei sonst unmöglich, daß zahlreiche Anwärter für die Inspektorenlaufbahn, die sich im Generalgouvernement bestens bewährt hätten, wirklich in diese Laufbahn einrücken könnten, da sie zumeist das eine oder andere der in den normalen Laufbahnvorschriften vorgesehene Erfordernis nicht erfüllten.

7. Der Vollzug der Anordnung, wonach Frauen und Mädchen unter 21 Jahren das Generalgouvernement zu verlassen haben, wirke sich vor allem auf dem Gebiet der Schulverwaltung sehr nachteilig aus. Es sei dringend erwünscht, wenn hier Ausnahmen zugelassen werden könnten.

8. Die Bestrebungen, für die nichtdeutsche Gefolgschaft der Dienststellen täglich ein warmes Mittagessen zu verabreichen, scheiterten daran, daß die Hauptabteilung Finanzen die erforderlichen Mittel ablehne. Gouverneur Kundt ist der Meinung, daß hier finanzielle Erwägungen nicht ausschlaggebend sein dürften, zumal ein Zuschuß von 50 Groschen pro Kopf und Tag ausreichend sein dürfte.

9. Auf Weisung des Amtmanns Süßmann gelegentlich der Haushaltsbesprechungen müßten hinsichtlich der Besoldung von Pförtnern und Amtsboten Umstufungen nach unten stattfinden. Die Betroffenen würden in Zukunft statt 430 Zloty nur noch 250 Zloty Gehalt erhalten. Gerade bei diesen niedrigen Einkommen wirke sich die Umstufung nachteilig aus. Gouverneur Kundt bittet, diese Weisung zu widerrufen.

IV. Gouverneur Dr. W e n d l e r hebt in seinem Bericht über die Lage im Distrikt Krakau vor allem folgende Punkte hervor:

1. Die Beurlaubungen von polnischen Arbeitskräften aus dem Deutschen Reich haben sich nach den Erfahrungen der Kreis- und Stadthauptleute sehr günstig ausgewirkt. Es sei zu erwägen, von dieser Maßnahme im Interesse der Propaganda für die Werbung neuer Arbeitskräfte in vermehrtem Umfange Gebrauch zu machen.

2. Bei den bevorstehenden Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung sei vor allem an die Einstellung minder wichtiger Aufgabenbereiche, z.B. des Fremdenverkehrs zu denken. Es sei aber nicht damit getan, wenn nur die staatlichen Dienststellen solche Einschränkungen vornähmen. Es müsse auch im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP entsprechend verfahren werden. Die Neueinstellung hauptamtlicher Kräfte für den Fremdenverkehr im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP scheine ihm nicht vertretbar zu sein.

V. Gouverneur Z ö r n e r erklärt, daß für den Distrikt Lublin im Vordergrund die Frage des Sicherheitswesens und der Siedlung stehe.

Der Herr Generalgouverneur verweist die Ausführungen zu diesen Punkten in die am Montag stattfindende Polizeisitzung.

B.

1. Staatssekretär Dr. B ü h l e r nimmt Gelegenheit, zu den von den Gouverneuren aufgeworfenen Fragen im einzelnen Stellung zu nehmen.

2. Anschließend gibt Staatssekretär Dr.Bühler den Führererlaß vom 13.Januar 1943 über die Vereinfachung der Verwaltung bekannt und kündigt Maßnahmen zur Durchkämmung sämtlicher im Generalgouvernement sich aufhaltender Deutscher an. Er hält die von den Behörden des Reiches vielfach in Unkenntnis der Sachverhältnisse erteilten Durchlaßscheine nicht für ein ausreichendes Legitimationspapier, sondern hält eine besondere Aufenthaltsbescheinigung neben dem Durchlaßschein für erforderlich. Für alle Deutschen müsse eine solche Aufenthaltsbescheinigung gefordert werden. Wer nach Ablauf einer bestimmten Frist ohne solche Aufenthaltsbescheinigung im Generalgouvernement betroffen werde, sei strenger gerichtlicher Bestrafung zuzuführen. Im

übrigen schlage er vor, daß der Herr Generalgouverneur einen Sonderbeauftragten zur Durchführung des Führererlasses vom 13.Ja= nuar 1943 ernenne; zweckmäßig werde dieser Sonderauftrag dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung übertragen.

3. Die möglichst lückenlose Erfassung von gewerblichen Er= zeugnissen sei unbedingt notwendig. Die gesetzlichen Vorausset= zungen dafür seien gegeben, die Arbeit müsse in Zukunft noch mehr intensiviert werden. Ergänzend könne die Zentralstelle für öf= fentliche Aufträge wirken.

4. Die Ausdehnung des Propaganda-Apparates auf die Kreis- und Stadthauptleute sei erforderlich; dem insoweit von der Haupt= abteilung Finanzen erhobene Widerspruch könne nicht gefolgt wer= den.

5. Die Bildung deutscher Viertel solle nicht überstürzt werden. Die bei der Evakuierung der nichtdeutschen Bevölkerung ihres Obdachs Beraubten gingen vielfach zu Banden und sonstigen asozialen Elementen über.

C. 1, Staatssekretär Dr. B o e p p l e erklärt sich bereit, die Erfassung von Alt- und Abfallstoffen durch die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung durchführen zu lassen.

2. Der freie Aufkauf von Lebensmitteln durch Rüstungsbe= triebe könne nicht gebilligt werden. Würde hier kein Einhalt geboten, so würden auch noch die letzten Saatgutvorräte verschwin= den.

Der Herr Generalgouverneur erklärt abschließend zu diesem Thema, daß ein freier Lebensmittelaufkauf bei der derzeitigen Versorgungslage nicht verantwortet werden könne; er lehne den Antrag der Firmen daher ab.

D. Der Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP (V.i.A.) Pg.Stahl nimmt zu den von denGouverneuren hinsichtlich der Parteiarbeit vorgetragenen Punkten Stellung. Die Personal= vermehrung bei der NSDAP sei durch die Vermehrung der Standorte von 20 auf 165 eine unabweisbare Notwendigkeit. Für die Angele= genheiten der Fremdvölkischen interessiere sich die NSDAP nur am Rande. Wenn seitens einzelner Amtsträger verschiedentlich andere

Grundsätze vertreten worden seien, so handele es sich um Ansichten, die von der Leitung des Arbeitsbereichs nicht gebilligt würden.

E. Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Präsident Dr. L o s a c k e r , äußert sich vom Standpunkt der Inneren Verwaltung aus zu den von den Gouverneuren vorgetragenen Punkten. Oberster Grundsatz müsse sein, jede Doppelarbeit zu vermeiden; Regierung, Staatssekretariat für das Sicherheitswesen und NSDAP müßten eine gemeinsame Lösung finden.

Hinsichtlich der von Herrn Staatssekretär Dr. Bühler angekündigten Durchkämmaktion in Bezug auf alle Deutschen des Generalgouvernements werde er nähere Richtlinien ausarbeiten. Er stelle sich vor, daß vor einer Distriktskommission sämtliche Deutschen zur Nachprüfung ihres Einsatzes zu erscheinen hätten. Hand in Hand damit müsse eine sorgfältige Nachprüfung aller Meldevorschriften stattfinden.

F. Der Herr Generalgouverneur, der seine abschließenden Ausführungen für den Schluß der Tagung in Aussicht stellt, schließt die Sitzung um 13,30 Uhr.

Dr. Bühler

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Anlage zur Niederschrift über die
Gouverneursbesprechung am 24.1.1943
im Belvedere zu Warschau.

Frank
Bühler
Krüger
Dr. Fischer
Dr. Wendler
Dr. Heuber
Dr. Weh
Losacker
Dr. Wächter
Kundt
Stahl
Dr. Boepple
Zoerner

Gouverneurssitzung am 24.I.1943
10 Uhr 30

Teilnehmerliste:

Frank

Bühler

Bühler

Dr. Boepple

Dr. Mühlmann

Dr. Wächter

Dr. Wöhl

Dr. Fischer

Dr. Bergmann

Dr. Lasch

Dr. Lasch

Dr. Fischer

Dr. Bühler

Dr. Bühler

Dr. Bühler

G o u v e r n e u r s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu Warschau,

Sonntag, den 24. Januar 1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Staatssekretär K r ü g e r
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Z ö r n e r
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
Hauptabschnittsleiter S t a h l
Präsident Dr. L o s a c k e r
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Ausgefertigt in 3 Exempl.:

1. z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs

2. Staatssekretär Dr.Bühler

3. Hauptabschnittsleiter Stahl

Beginn der Sitzung 1o Uhr 3o Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Generalgouverneur Dr. Frank gibt Gouverneur Dr. Fischer einen Überblick über die Lage im Distrikt Warschau. Er führt aus, daß im vergangenen Jahre im Distrikt Warschau im allgemeinen die Lage befriedigend gewesen sei. Die Wirtschaft sei voll beschäftigt und habe einen gewaltigen Aufschwung genommen, auch sei die Rohstofflage der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend abgesehen natürlich von der Kohlenfrage, die ja nach wie vor ein Problem für das gesamte Generalgouvernement darstelle.

In Warschau beständen 3 ooo Industriebetriebe, 2o ooo Handelsbetriebe und 1o ooo Handwerksbetriebe, daneben vielleicht noch 5 ooo Handwerksbetriebe und 5 ooo Handelsbetriebe, die sich ohne jede Genehmigung betätigten. Die Handwerksbetriebe beschäftigten insgesamt etwa 17 ooo Menschen. Sie seien zum großen Teil in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt und arbeiteten für die Rüstungsindustrie. Der überwiegende Teil der Industrie sei heute für die Rüstung eingesetzt. Zur Zeit seien 65 ooo Menschen in der Rüstungsindustrie voll beschäftigt. Ende 1939 hätten die Aufträge 1o Millionen Reichsmark ausgemacht, Ende 1942 über 2oo Millionen Reichsmark. In Warschau gäbe es zur Zeit über 3oo ooo in der Wirtschaft Beschäftigte. Angesichts der starken Abzweigung von Arbeitskräften nach dem Reich sei diese Zahl in der letzten Zeit etwas gesunken. Der Höchststand habe 317 ooo betragen.

Die Rohstofflage der Wirtschaft sei an sich nicht ungünstig. Man habe Schrottvorräte für 4 Monate, Textilvorräte für mindestens 3 Monate.

Ebenso schwierig wie die Kohlenversorgung sei nach wie vor die Frage der Ernährung. Dadurch daß man im vorigen Jahre den Rüstungsbetrieben die Möglichkeit gegeben habe,

nach Beendigung der Kontingentserfüllung auf dem freien Markt einzukaufen, habe man es erreicht, daß der Prozentsatz der Arbeiter, die unentschuldigt vom Betrieb fernblieben, um Lebensmittel einzukaufen auf 4 - 5 % gesunken sei. Er bitte die Regierung, den freien Einkauf wenigstens von Brot-und Getreideerzeugnissen zu genehmigen. Diese Genehmigung sei auch dem polnischen Hilfskomitee erteilt worden. Mängel würden durch eine solche Maßnahme nicht eintreten, denn die Ernteerfassung sei auf diesen Gebieten der Ernährung vollkommen beendet. Es seien an Getreide 112 % des alten Kontingents erfaßt worden, das seien 91,2 % des neuen Kontingents mit dem 25 %igen Zuschlag. An Kartoffeln seien 110 % des Kontingents erfaßt worden.

Staatssekretär Dr. Bühler würde keine Bedenken gegen den freien Einkauf erheben, wenn die Erfassung auf den entsprechenden Gebieten der Erzeugung abgeschlossen sei.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt fest, daß dieser Antrag des Gouverneurs Dr. Fischer zur Kenntnis genommen worden sei.

Gouverneur Dr. Fischer führt weiter aus, daß die Eiererfassung mit 29 Millionen Stück 2 Millionen Stück mehr gebracht habe als im vorigen Jahr. Auch auf dem Gebiet der Viehwirtschaft seien die Kontingente erfüllt worden, ebenso wie bei Obst und Gemüse. Daß die Getreidekontigente nicht voll erfüllt werden konnten, sei von vornherein klar gewesen. Die Ware fehle bei den Kleinbauern auf dem Lande so sehr, daß damit zu rechnen sei, daß die Kleinbauern spätestens im Monat März keine Vorräte an Mehl, Kartoffeln mehr hätten

Was die Arbeitererfassung angehe, so seien im Distrikt Warschau von dem im letzten Vierteljahr 1942 auferlegten Kontingent 17 192 Menschen gestellt worden. Das Kontingent habe 27 000 Arbeiter betragen. Leider aber hätten

9 6o7 Arbeiter wegen Krankheit zurückgestellt werden müssen. Daraus sei zu erkennen, wie stark die Gesundheitslage im Distrikt gefallen sei. Die Tuberkulose stiege unaufhaltsam weiter. Für den Monat Januar 1943 habe der Distrikt 5 4oo Menschen zu stellen. Davon seien bereits 3 ooo ins Reich geschickt worden, und man hoffe, daß das Kontingent erfüllt werden könne. Außerdem müsse der Distrikt laufend lo ooo Mann für die Ostbahn und 8 597 für die Rüstungsindustrie stellen. Allen diesen Forderungen könne nur Genüge geschehen, wenn nicht von dritter Stelle in die Maßnahmen der Distriktsverwaltung eingegriffen werde.

Staatssekretär Krüger nimmt zu der Frage der ärztlichen Untersuchung der Arbeiter Stellung, die ins Reich geschickt werden sollen. Bekanntlich würden die Untersuchungen praktisch von polnischen Ärzten vorgenommen. Diese Maßnahme halte er nicht für glücklich. Selbstverständlich würden die polnischen Ärzte versuchen möglichst viele Menschen krank zu schreiben. Er empfehle deshalb, für den Transport der Arbeiter ins Reich Auffanglager einzurichten, in denen sie gesammelt würden, um dann geschlossen abtransportiert zu werden. In diesen Lagern müßten dann deutsche Ärzte die Untersuchung vornehmen. Sonst sei zu befürchten, daß bei dem Entgegenkommen der polnischen Ärzte ein großer Prozentsatz der Arbeiter krank geschrieben werde. Im übrigen handele es sich vielfach um Krankheiten, die sich im Reich im Hinblick auf die dortige Ernährungslage leichter beheben ließen. Die Sätze der polnischen Arbeiter gleichen sich dort fast an diejenigen an, die die deutschen Arbeiter erhielten.

Generalgouverneur Dr. Frank bezeichnet diesen Hinweis des Staatssekretärs Krüger als sehr beachtenswert und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, dazu Stellung zu nehmen.

In seinem Bericht weist Gouverneur Dr. Fischer weiter darauf hin, daß sich die Arbeitererfassung infolge der Einschaltung der Kreishauptmänner wesentlich gebessert habe.

Man habe hier mittlerweile ein System gefunden, das sich zu bewähren scheine.

Ein schwieriges Problem sei nach wie vor der große Schleichhandel. Man habe leider feststellen müssen, daß die Reichsbahn und Organisation Todt die eigentlichen Auftraggeber für den Schleichhandel seien. Sie bezögen Eisen, Holz und alle anderen möglichen Waren nur im Schleichhandel und bezahlten die teuersten Preise dafür. Welche Verhältnisse auf diesem Gebiet herrschten, zeige ein Vorkommnis, daß sich im Bereiche der Generaldirektion Osten zugetragen habe. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde in der nächsten Zeit in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Verhaftungen stattfinden. Durch solche Machenschaften werde die Arbeit der Distriktsverwaltung in der Bekämpfung des Schleichhandels illusorisch gemacht. Auch im Bereiche der Wehrmacht sei es zu ähnlichen Dingen gekommen, bei denen z.B. die Stahlwerke im Distrikt Radom eine Rolle spielten.

Gouverneur Dr. Fischer geht dann auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise ein, die trotz der Tätigkeit des Amtes für Preisüberwachung ständig stiegen, und überreicht dem Herrn Generalgouverneur einige Preistabellen.

Trotzdem sei auch heute die Lage noch nicht ungünstig. Inden Rüstungsbetrieben seien bis heute noch keine Sabotagefälle vorgekommen.

Volkstumsfragen spielten im Distrikt Warschau kaum eine Rolle. Inmitten der polnischen Bevölkerung lebten ungefähr 8 ooo Russen, 4 ooo Ukrainer, 6 ooo Weißruthenen.

Infolge der ungünstigen Preisverhältnisse sie die finanzielle Lage der Deutschen in Warschau ziemlich schwierig geworden. Man habe aber fpr die Angestellten soziale Einrichtungen getroffen, die sie im allgemeinen die ungünstigen Preisverhältnisse nicht so stark fühlen ließen.

man mit dauernden Erfolgen rechnen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß der Distrikt Lublin im Vergleich zu den anderen Distrikten prozentual die schlechteste Leistung vollbracht habe. Der Distrikt Galizien habe noch nicht die dreijährige Entwicklung hinter sich wie die übrigen Distrikte, so daß auf diesem Konto schon ein gewisser Betrag abgeschrieben werden müßte. Immerhin bestände die Möglichkeit, daß angesichts der Tatsache, daß die Kontingente nicht voll erfüllt worden seien, im Distrikt Galizien noch etwas mehr Lebensmittel erfaßt seien als in den übrigen Distrikten.

Gouverneur Dr. Wächter gibt zu bedenken, daß 117 % des neuen Solls ohne Metze erfaßt seien. Wenn man die Metze dabei mit in Rechnung stelle, dann stehe man allerdings erst bei ungefähr 85 %. Für die Erfassungsziffer sei wesentlich, daß die Organe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft den Eindruck hätten, daß die Bevölkerung entsprechend der örtlichen Saatenbestandslage wirklich alles geleistet habe. Diese Lage sei außerordentlich unterschiedlich, und man müsse die Beobachtung machen, daß vieles von Dingen abhänge, auf die niemand Einfluß habe. Unter dem Frost habe gerade der fette Boden am meisten gelitten.

Hinsichtlich der Arbeitererfassung stehe der Distrikt Galizien immer noch mit Abstand den anderen weit voran. Leider sei von einer propagandistischen Arbeit auf dem Sektor der Fremdvölkischen kaum etwas zu merken. Man halte es offenbar für richtig, auf dem Gebiet der Propaganda lediglich nach dem Schema des Reiches zu arbeiten, das nur für Deutsche bestimmt sei.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dieser Frage mit Präsident Ohlenbusch zu besprechen.

In dem neugebildeten deutschen Wohnviertel seien bisher 23 ooo Reichs- und Volksdeutsche untergebracht, in einer schönen Gegend, die sich an die Weichsel anschließe und in der Nähe des Belvedere-Parks und des Agricola—Parkes liege. 3 ooo Deutsche wohnten vorläufig noch außerhalb dieser Wohnviertel, würden aber ebenfalls bald dort Unterkunft finden. Die Einrichtung des deutschen Wohnbezirks habe sich als sehr segensreich erwiesen, da dort die Deutschen mit ihren Frauen und Kindern in größerer Sicherheit lebten. Angriffe auf Deutsche seien bisher auch immer nur außerhalb des deutschen Wohnbezirks vorgekommen.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet, daß die politische Lage im Distrikt Galizien im allgemeinen noch zufriedenstellend sei. Allerdings sei eine gewisse Zurückhaltung der breiten Bevölkerungsmassen festzustellen. Andererseits könne man aber auch die Beobachtung machen, daß die Ukrainische Intelligenz zur intensiven Mitarbeit bereit sei, offenbar aus einem Gefühl der Angst heraus, daß die Sowjets wieder nach Galizien kommen könnten. Aus der ukrainischen Bevölkerung heraus werde auch immer wieder der Wunsch laut, man möge sie zum Waffeneinsatz einberufen.

Generalgouverneur Dr. Frank weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Führer bisher jedenfalls keinen Befehl zur Aushebung von Ukrainern erlassen habe.

Gouverneur Dr. Wächter geht dann auf die Ernährungs-Situation ein, die in Galizien besser sei als im vorigen Jahr, besonders angesichts der guten Kartoffelernte. Er bitte die Regierung, damit einverstanden zu sein, daß von dem Getreideaufbringen der Teil im Gebiet Galizien bleiben könne, der für die Ernährung der Bevölkerung notwendig sei. Aus Galizien seien 15o ooo to Getreide geliefert worden. Er habe über diese Frage mit Präsident Naumann verhandelt und dieser habe ihm mitgeteilt, wenn das Soll nicht zu loo % erfüllt werde, so werde sich das bei der Ernährung der Bevölkerung auswirken. Die Ernährung der Bevölkerung müsse aber einigermaßen garantiert werden, damit

Gouverneur Dr. Wächter weist dann dann darauf hin, daß die in Aussicht stehenden Maßnahmen zu einer immer weiteren Personalverknappung führen müßten. Auch jetzt schon würden der Verwaltung viele Kräfte wegegenommen. Deshalb wolle man im Distrikt Galizien Angehörige des Fremdvolkes in zunehmendem Maße heranziehen. Bei den kommenden Personalentnahmen müsse vor allem darauf Bedacht genommen werden, daß man die mittlere Verwaltung entsprechend schütze. Von den loo Deutschen Beamten und Angestellten, die vom Distrikt für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden sollten, habe er 42 der Distriktsverwaltung selbst entnommen und die Kreishauptmannschaften entsprechend geschont. Ämter und Abteilungen, deren Tätigkeit im Distrikt Galizien nicht als kriegsnotwendig angesehen werden könne, könnten wesentlich eingeschränkt, vielleicht auch beseitigt werden. Er denke hier an die Abteilung Raumordnung, an das Amt für Preisüberwachung, an die Propagandaabteilung.

Gouverneur Kundt bezeichnet die politische Stimmung im Distrikt Radom als zur Zeit nicht ungünstig.

Die Ernährungslage habe sich verschlechtert. Die totale Erfassung und volle Erfüllung der Kontingente müsse sich naturgemäß in einem Distrikt, der vorwiegend Industriearbeiterschaft habe und landwirtschaftlich nur mittelmäßig sei, ungünstig auswirken. Aus dem unkontrollierten Handel könne nicht mehr soviel zur Ernährung der städtischen Bevölkerung beigetragen werden, wie es bei einer geringeren Erfassung möglich wäre.

Die Vorbereitungen für eine Steigerung der gesamten Ernährungsleistung im Sinne der Erzeugungsschlacht seien im Gange. Wieweit hier die Forderungen erfüllt werden könnten hänge davon ab, ob man die entsprechenden Mittel zum Ausbau der Landwirtschaft in Gestalt von Düngemitteln, Maschinen, Ausbau der Molkereien usw. erhalte.

Was die Erfassung der Arbeitskräfte angehe, so habe man das dem Distrikt auferlegte Kontingent fast zu loo % erfüllen können. Durch die Distriktsverwaltung seien 7 % der

Einwohner erfaßt und in den Arbeitsbereich gebracht worden. Entsprechend dem von Staatssekretär Krüger gemachten Vorschlag, habe er bereits dafür Sorge getragen, daß deutsche Ärzte für die Untersuchung der Polen eingesetzt würden, die von polnischen Ärzten zurückgestellt worden seien.

Er habe versucht, zum Zwecke der besseren Erfassung der Arbeitskräfte das Prämiensystem, wie es in der Landwirtschaft bestehe, einzuschalten. Er habe die Anordnung getroffen, daß bewirtschaftete Waren wie Leder, Textilien usw., die ihren normalen Verteilerweg durch die Bewirtschaftungsstellen gingen, bevorzugt an Leute gegeben würden, die den Nachweis erbrächten, daß sir für das deutsche Interesse arbeiteten oder andererseits Arbeitskräfte für das Reich gestellt hätten. Bei diesem Prämiensystem könne man sich nur auf die Menschen konzentrieren, die bei der Erfassung der Arbeiterschaft aktiv und erfolgreich mitwirkten. Für den Zweck der Arbeitererfassung müßten auch die Erzeugnisse der Generaldirektion der Monopole herangezogen werden. Leider arbeite seiner Ansicht nach die Monopolverwaltung bei ihrem Verteilersystem zu stark nach kapitalistischen Gesichtspunkten. Man müsse danach streben, daß sämtliche Produkte der Monopolverwaltung nicht den normalen Verbraucherweg gingen, sondern dahin dirigiert würden, wo jeweils ein politisches Interesse bestehe. Deshalb müßten Alkoholika, Zündhölzer, Salz und sonstige Monopolerzeugnisse ebenso wie sie zu einem bestimmten Prozentsatz für die Ernteerfassung und für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt würden, auch für Aktionen wie diejenige der Arbeitererfassung zur Verwendung kommen.

Generalgouverneur Dr. Frank faßt die Anregung des Gouverneurs Kundt so auf, daß für die Verteilung der Erzeugnisse der Generaldirektion der Monopole im Generalgouvernement ein anderer Verteilerschlüssel gewählt werden solle. Die Berechtigung zum Empfang von Monopolerzeugnissen solle auf den Gesichtspunkt abgestellt werden, daß nur die Menschen etwas erhielten, die auch gewisse Leistungen vollbrächten.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Krüger erwidert Gouverneur Kundt, daß mit Beurlaubungen von polnischen Arbeitern aus dem Reich bisher keine ungünstigen Erfahrungen gemacht worden seien.

Staatssekretär Krüger sieht danach in solchen Beurlaubungen eine gewisse Zugkraft und empfiehlt weitere Anwendung.

Gouverneur Kundt geht dann auf die Frage ein, ob und inwieweit die Bewirtschaftsbestimmungen nicht richtig gehandhabt würden. Er halte es für notwendig, in stärkerem Maße vielleicht auch die im Generalgouvernement wohnenden Deutschen zu einer Einhaltung der Bewirtschaftsbestimmungen zu veranlassen. Leider müsse man feststellen, daß auch die deutsche Bevölkerung die Waren nehme, wo sie sie bekomme und damit natürlich der fremdvölkischen Bevölkerung ein schlechtes Vorbild gebe. Das erstrecke sich sogar auf den Beamtenapparat, der die Bewirtschaftungsbestimmungen handhabe und Anträge auf Bestrafung zu stellen habe. Deshalb müsse ein Aufruf an die gesamte Gefolgschaft, die im staatlichen Dienst stehe, von seiten der Regierung erlassen werden, und zwar mit dem Hinweis, daß von jetzt an in schärfster Weise nicht nur im disziplinar Wege, sondern auch mit Strafen gegen solche Verstöße vorgegangen werde. Für die Durchführung entsprechender Maßnahmen bedürfe es der Zusammenarbeit aller Behörden, der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte.

Die Verwaltung des Distrikts Radom habe sich vollauf bewährt und arbeite zufriedenstellend. Über die Vereinfachung der Verwaltung sei schon vielfach gesprochen worden, man habe auch dafür ein Programm aufgestellt, doch seien auf diesem Gebiete noch keine Anordnungen herausgegeben worden. Um ein Beispiel anzuführen: sämtliche Unterlagen der Akten über Volksdeutsche befänden sich bei der Abteilung für Bevölkerungswesen und Fürsorge in Krakau nicht aber beim Kreishauptmann, der im Zusammenhang mit der Ausgabe der Kennkarten dauernd damit zutun habe. Mit einem Erlaß vom 22. November 1942 habe der Reichsminister

des Inneren entschieden, daß die volksdeutschen Reichsbürger werden könnten. Über die Art der Vollziehung dieses Erlasses sei aber noch nichts bekannt.

Von großer Wichtigkeit sei auch die Frage der Belastung in seiner Zahl immer geringer werdenden Beamtenpersonals. Auf diese Tatsache müsse bei der gesamten Gesetzgebung, bei den Verordnungen aber auch bei Anordnungen einzelner Dienststellen, Bewirtschaftungsstellen usw. Rücksicht genommen werden.

In diesem Zusammenhang kommt Gouverneur Kundt auf die Erfassung der Altstoffe zu sprechen und weist darauf hin, daß die Sammlung des Altmaterials nunmehr dem Gouverneur übertragen worden sei.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bemerkt dazu, daß der Distrikt Krakau die Erfassung von Altstoffen für so wichtig halte, daß die Ausgabe der Lebensmittelkarten von der Lieferung bestimmter Mengen abhängig gemacht werde.

Gouverneur Kundt bittet, dafür zu sorgen, daß die Kreishauptmannschaften nicht noch mehr mit solchen Aufgaben belastet werden. So solle z.B. auch der Kreishauptmann den für Frachten eingesetzten Lastkraftwagenverkehr überwachen. Gewiss müsse der Kreishauptmann verwaltungsmäßig möglichst viele Zuständigkeiten in sich vereinigen, um den Weg zur Regierung in den wichtigsten Fällen in Anspruch nehmen zu können, aber er dürfe nicht mit Dingen belastet werden, die nur im Rahmen rein privatwirtschaftlicher Methoden erledigt werden könnten. Diese Frage müßte einmal mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung und dem Amt für Gesetzgebung besprochen werden.

Aufgabe der Hauptabteilung Innere Verwaltung werde es sein, dafür zu sorgen, daß die mittleren und unteren Beamten, die seit 1939 ununterbrochen ihren Dienst täten, befördert werden könnten ohne daß immer der Weg über das Reichsinnenministerium gegangen zu werden braucht. Vor allem komme hier die Beförderung zum Inspektor infrage.

Gouverneur Kundt geht dann auf den Erlaß ein, nach welchem Mädchen unter 21 Jahren bis zum 31. März endgültig das Generalgouvernement verlassen müßten. Gewiß befänden sich unter ihnen viele, die auf Grund ihres Lebenswandels nicht mehr würdig seien, im Generalgouvernement zu bleiben. Viele hätten sich aber schon Jahre hindurch voll bewährt und sich so verhalten, daß das Ausscheiden aus dem Dienst des Generalgouvernements für sie geradezu eine mrralische Belastung bedeuten würde.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß das absolute Verbot der Einstellung minderjähriger Mädchen schon seit einem Jahre bestehe. Viele der jungen Mädchen, die bereits längere Zeit im Generalgouvernement tätig seien, hätten mittlerweile das Alter von 21 Jahren erreicht. Die Bestimmung habe der Führer getroffen, sie gelte nicht nur für den staatlichen Sektor, sondern auch für Partei und Wehrmacht. Im Generalgouvernement würden 1 2oo Mädchen von dieser Maßnahme getroffen. Es sei gelungen, die Frist noch um 3 Monate zu verlängern. Grundsätzlich werde man die Bestimmung durchführen müssen, wenn man auch vielleicht einzelne Ausnahmen zulassen könnte. Angesichts der Tatsache, daß 18jährige Mädchen häufig bei Polen hätten unterkommen müssen und dort sittlich verdorben seien, müsse unbedingt an dem Grundsatz festgehalten werden.

Gouverneur Kundt gibt zu bedenken, daß unter anderen auch im Generalgouvernement 2ojährige Lehrerinnen tätig seien.

Generalgouverneur Dr. Frank äußert ebenfalls Bedenken gegen die allgemeineDurchführung dieses Grundsatzes.

Gouverneur Kundt kommt sodann auf die Verhältnisse der polnischen Beamtenschaft zu sprechen. Er habe beantragt, daß eine Kriegsbeihilfe für die Organisierung von Küchen zugunsten des polnischen Personals gegeben werde. Man müsse dem polnischen Dienstpersonal, auf das man stark angewiesen sei, ein warmes Mittagessen verabreichen.

Mit den geringen Gehaltsbzügen könne der Polnische Beamte nicht die notwendigen Lebensmittel für sich und seine Familie beschaffen. Die Hauptabteilung Finanzen habe entsprechende Vorschläge mit dem Hinweis abgetan, daß sich angeblich die Partei gegen eine solche Versorgung der polnischen Beamtenschaft wende. Er bitte die Regierung, die Hauptabteilung Finanzen zu veranlassen, baldmöglichst für eine Hilfe auf diesem Gebiete zu sorgen. Da es sich nur um einen Zuschuß von 5o Groschen pro Mann und Tag handle, komme voraussichtlich eine große finanzielle Belastung nicht infrage.

Die Kriegsmaßnahmen der Gehaltsumstufungen für deutsches Personal habe z.B. im Verfolg einer Anordnung der Hauptabteilung Finanzen zu starken Gehaltsminderungen bei Pförtnern und Amtsboten geführt: beispielsweise seien die Gehälter von 42o auf 296 Zloty im Monat herabgesetzt worden. Man könne unmöglich die für das Reich geltenden Grundsätze auf das Generalgouvernement übertragen. -
Im übrigen habe die von dem Herrn Generalgouverneur hinsichtlich der Aufrechterhaltung der bisherigen Ostzulage getroffene Entscheidung in der Beamten- und Angestelltenschaft allgemein die günstigste Wirkung gehabt.

Gouverneur Dr. Wendler kann feststellen, daß die Verwaltung des Distrikts Krakau auf allen Gebieten ihre Pflichten voll erfüllt habe. Die Ernte sei dank des Einsatzes der Befehlsstelle und des erfreulichen Zusammenarbeitens von Beamtenschaft und Polizei zu loo % abgeliefert worden, d.h. mit Metze etwa 98 %, ohne Metze 86,7 %. Es habe soviel abgeliefert werden müssen, daß die Menge der Metze bzw. das Maß des Selbstausmahlens nicht erreicht werde. Insofern könne also das gesamte Kontingent nicht erreicht werden. Auch werde Saatgut angefordert werden müssen, weil den Bauern keine Bestände verblieben seien.

Von dem für die Arbeitererfassung dem Distrikt Krakau auferlegten Kontingent von 31 ooo Mann seien bereits 93 % ins Reich gebracht worden. Die Gestellung des Restes werde keine Schwierigkeiten manhen. Am schlechtesten sei merkwürdigerweise die Arbeitergestellung in der Stadt Krakau. Was an Menschenmaterial von den polnischen Ärzten zurückgestellt werde, werde von deutschen Ärzten an Ort und Stelle noch einmal untersucht. Auffallend sei die Tatsache, daß polnische Ärzte zum Teil mehr Leute für die Arbeit freistellten, als es die deutschen Ärzte täten, insbesondere in den Südbezirken. In dieser Beziehung habe er mit Präsident Dr. Struve Verhandlungen aufgenommen.

Die Wirtschaft im Distrikt Krakau sei mit Aufträgen voll versorgt, vielleicht im Süden noch mehr als im Norden. Schwierigkeiten bereite selbstverständlich auch hier das Kohlen- und Stromproblem. In Krakau selbst seien die lebenswichtigen Betriebe bis Ende Februar oder Anfang März mit Kohlen versorgt.

Die Erteilung von Urlaub an im Reich arbeitende Polen habe ausgezeichnete Wirkungen gezeigt. Die beurlaubten Arbeiter hätten sogar zum Teil einen oder zwei Mann mit ins Reich genommen. Die Urlaubserteilung sei eigentlich das einzige wirksame Mittel der Propaganda, auf deren Gebiet für das fremde Volkstum leider nur sehr wenig oder überhaupt nichts geschehe.

Die Organisation auf dem Parteisektor arbeite zwar sehr gut, doch müsse die Tatsache Befremden erregen, daß die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre bei der Partei langsam ansteige wie z.B. beim Amt für Soziale Betreuung, dem Hauptarbeitsgebiet des Parteigenossen Stahr, wo zu den bisherigen drei hauptamtlichen Kräften noch 5 oder 6 hinzugekommen seien. Er habe auch gehört, daß hier manches an Aufgaben geleistet werde, was schon in anderen Sektoren durchgeführt werde. So betätigten sich auch z.B. fünf Stellen im Fremdenverkehr. Auch die Organisation "Kraft durch Freude" wolle ihre Arbeit im Generalgouvernement aufnehmen, und dafür solle eine eigene hauptamtliche Kraft

gestellt werden. So gut und zweckmäßig die Einrichtung der Betriebsobmänner sein möge, so seien sie doch fehl am Platze, wo in einem Betriebe nur ein oder zwei Deutsche und sonst nur Polen beschäftigt seien. Man könne unmöglich Bestimmungen und Anweisungen, die für das Reich Geltung hätten, im Bereich des Generalgouvernements anwenden.

Angesichts der Tatsache, daß noch wesentliche Kräfte der Beamten- und Angestelltenschaft für den Wehrdienst einberufen würden und es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich sei, irgendeinen Ersatz zu bekommen, werde man mehr als bisher auf die weibliche Arbeitskraft angewiesen sein. Deshalb sollte man bei der Ausschaltung der Mädchen unter 21 Jahren eine gewisse Vorsicht walten lassen. Junge Mädchen, die shhon längere Zeit im Generalgouvernement tätig seien und einen einwandfreien Lebenswandel führten, müßten es als persönliche Kränkung ansehen, wenn sie nun plötzlich in die Heimat geschickt würden. Zu bedenken sei ja auch, daß damit die Partei viele Helferinnen verliefen würde.

Generalgouverneur Dr. Frank sieht in dem Vorbringen des Gouverneurs Dr. Wendler den Antrag, daß in dieser Frage irgendein Schritt getan werden möge.

Gouverneur Kundt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Distrikt Radom, Kreisstandort Tomaschow, die Aufgaben von KdF durch die Parteiorganisation, also den Standortleiter und den ehrenamtlichen Sachwalter für Sozialpolitik durchgeführt worden seien. Wenn jetzt eine besondere Stelle für KdF errichtet werde, vor allem für Zwecke der Verwundetenbetreuung, so verlange das wieder die Einstellung hauptamtlicher Kräfte.

Gouverneur Dr. Wendler bittet die Regierung, zu prüfen, ob nicht im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung gewisse Ämter überhaupt stillgelegt werden könnten. Das gelte z.B. für das Amt für Raumordnung.

Für die Altstoffsammlung habe sich mangels anderer geeigneter Kräfte die Distriktsverwaltung Krakau zur Verfügung gestellt. Man sei allerdings davon ausgegangen, daß dies nur ein Versuch sein könne, weil ja eigentlich eine solche Sammlung Aufgabe der gewerblichen Wirtschaft wäre. Man habe zum Teil die Ausgabe der Lebensmittelkarten an die ordnungsmäßige Ablieferung von Altstoffen geknüpft, zum Teil auch den Vögten und Schulzen diese Aufgabe übertragen und ihnen bei befriedigenden Ergebnissen Wodka zur Verfügung gestellt. Den Firmen, denen die gesammelten Altstoffe zugeführt würden, erwachse daraus so gut wie keine Arbeit oder Belastung, sie zögen lediglich den Gewinn daraus. Er bitte deshalb Staatssekretär Dr.Boepple, die Frage zu prüfen, ob nicht die gewerbliche Wirtschaft mit ihrer Organisation für diese Aufgabe eingespannt werden könne.

Generalgouverneur Dr. Frank erwähnt die Tatsache, daß Gouverneur Dr. Wendler an die Beamten- und Angestelltenschaft des Distrikts Krakau Kaffee habe verteilen lassen. Ausdiesem Anlaß seien zahlreiche Beschwerden an ihn gelangt.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß er den beim Distrikt noch lagernden Kaffee habe erfassen lassen. Er werde an alle Deutschen verteilt werden, soweit nicht Lazarette und Krankenhäuser mit ihm versorgt würden.

Gouverneur Dr. Wendler erklärt, daß ihm der Kaffee vonGouverneur Dr. Fischer zur Verfügung gestellt worden sei. Nachdem im vorigen Jahre Bezugscheine für alle möglichen Waren ausgegeben worden seien, habe er keine Beden getragen, das Anerbieten des Gouverneurs Dr. Fischer anzunehmen.

Generalgouverneur Dr. Frank beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, mit den beteiligten Herren einen Modus für die Regelung dieser Frage zu finden.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt nunmehr zu den von Gouverneuren vorgebrachten Wünschen und Anregungen Stellung. Man habe zunächst Beschwerde darüber geführt, daß die im vorigen Jahre vom Führer angekündigte und befohlene Verwaltungsvereinfachung nicht in dem erforderlichen und erwarteten Ausmaß durchgeführt worden sei. Demgegenüber müsse er darauf hinweisen, daß man auf Grund des seinerzeit entworfenen Programms fortwährend gesetzlich verarbeitete Vorschläge und Maßnahmen herausgebe und so doch allmählich zu der von den Außenstellen geforderten Dezentralisation komme. Ein Musterbeispiel sei die Altmaterialerfassung. Diese Verordnung sei sicher nicht so gedacht, daß der Gouverneur oder Kreishauptmann selber diese Stoffe sammeln lassen solle, sondern es sei ihnen überlassen, sich dafür wirtschaftliche Instrumente zu schaffen oder sich vorhandener wirtschaftlicher Einrichtungen im Zusammenwirken mit der Zentralkammer zu bedienen. Wenn der Kreishauptmann oder Distriktschef sich dieses Instrumentes bedienen und der Apparat reibungslos funktioniere, dann könne er sich auf die Aufsicht beschränken.

Dasselbe gelte für die Zusammenfassung der Transportleistung. Auch im Reich gebe es bei jedem Landratsamt einen Nahverkehrsbevollmächtigten, der den vorhandenen Laderaum lokal auszunutzen versuche, immer im Interesse der Einschränkung des Verbrauchs von Brennstoff.

Unter dem 13. Januar 1943 habe der Führer einen Erlaß über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen im Dienste des Krieges herausgegeben.

(Präsident Losacker verliest den Erlaß).

Generalgouverneur Dr. Frank stellt auf Grund des Wortlautes des Erlasses fest, daß er als Reichsverteidigungskommissar für das Generalgouvernement Anordnungen zu vollziehen in der Lage sei.

Staatssekretär Dr. Bühler führt weiter aus, daß die erste Auswirkung dieses Erlasses sich bereits in der Richtung für das Generalgouvernement geltend mache, daß bis zum 1.Februar 4oo Männer aus den Jahrgängen 19o6 und 19o5 der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen sei. Darüber hinaus würden weitere einschneidende Maßnahmen getroffen werden müssen. Insbesondere würden wohl die jüngeren Jahrgänge, die man bisher mit großer Mühe in Schlüsselstellungen habe halten können, eingezogen werden. Voraussetzung für diese Maßnahmen sei eine totale Durchprüfung des gesamten Verwaltungsapparats. Man werde ganze Verwaltungszweige und Dienststellen umorganisieren, auf einen Notdienst einrichten oder stillegen müssen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Er habe auch die Absicht, im Rahmen dieser Aktion eine Durchkämmung sämtlicher im Generalgouvernement vorhandenen Deutschen vornehmen zu lassen. Er folge da einer Anregung des Präsidenten Dr. Losacker, der ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß sich im Generalgouvernement vielfach deutsche Elemente unangemeldet herumtrieben, die offenbar dem Kriegseinsatz ausweichen wollten, und die auf Lebensmittelzuteilung usw. nicht reflektierten. Diese Elemente betätigten sich in üblen Schiebergeschäften. Man werde ihnen das Handwerk legen und sie ins Reich zurückschicken. Der Einreiseschein, der mit irgendeiner Begründung erwirkt werden könne, dürfe für den Aufenthalt im Generalgouvernement lediglich als Einreisepapier gelten. Für den Fall von Zuwiderhandlung seien Zuchthausstrafen anzukündigen.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, im Einvernehmen mit den beiden anderen Staatssekretären eine Anordnung zur Erfüllung dieses Führererlasses auszuarbeiten und ihm vorzulegen. Diese Anordnung werde er dann als Reichsverteidigungskommissar unterzeichnen ~~brechen~~. Dabei würden die von den Gouverneuren gegebenen Anregungen Berücksichtigung finden.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt die Herausgabe eines Erlasses in Aussicht, auf Grund dessen zur Durchführung der Maßnahmen auf dem staatlichen Sektor ein besonderer Auftrag an den Hauptabteilungsleiter Dr. Losacker erteilt wird, der dann systematisch die gesamten Vorarbeiten zu leisten hätte.

Weiter weist Staatssekretär Dr. Bühler darauf hin, daß auch die Partei bemüht sein müsse, ihr Personal nach Möglichkeit einzuschränken. Die Tatsache, daß für den Parteisektor 164 Räume als Arbeitsräume angefordert würden, deute darauf hin, daß der Parteiapparat wesentlich vergrößert werden solle. Er müsse sich dagegen wenden, daß die Partei sich zunehmend mit Fragen der polnischen Bevölkerung und Volkstumsfragen beschäftige.

Nachdem die Erfassung der Ernte beendet sei, zeige sich, daß da und dort die Ernährungsdecke zu schmal sei. Er nehme an, daß man mit dem Reich in Verhandlungen darüber eintreten werde, ob und inwieweit eine Ermäßigung der Lieferungen an das Reich eintretenkönne. Zu befürchten sei, daß im Frühjahr nicht die erforderlichen Düngemittel für die Leistungssteigerung der Landwirtschaft vorhanden seien, daß insbesondere das Saatgut fast restlos aufgebraucht sei. Und selbst wenn das Saatgut mengenmäßig zur Verfügung gestellt werden könnte, so fehle es doch für die Verteilung an dem erforderlichen Transportapparat.

Für den Arbeitseinsatz könne die Einführung eines Prämiensystems gewiß sehr förderlich sein; die Prämien müßten sich aber im wesentlichen erstrecken auf Dinge, die nicht zu den eigentlichen Nahrungsmitteln gehörten. Hier kämen also gewerbliche Produkte wie z.B. Salz infrage. Monopolwaren würden schon heute nur noch dem Zweck, für die sie geschaffen seien, zugeleitet. Er werde jedoch mit Präsident Dr. Senkowsky nochmals über das Verteilungssystem sprechen.

Auf dem Gebiete der Durchführung der Wirtschaftsbestimmungen seien allgemein noch sehr große Mängel festzustellen. Man sei durchaus bemüht, die Waren zu erfassen, jedoch zeige sich, daß einige Deutsche und Polen es verständen, in die Verteilung dieser Waren einzudringen.

Das liege jedoch zum großen Teil an der Bedürftigkeit des für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Apparats. Er habe die Schließung dieser Lücken des Verteilungssystems bereits als einen Programmpunkt für die künftige Arbeit vorgemerkt.

Gouverneur Dr. Wächter weist auf die im Ernährungssektor erzielten großen Erfolge hin, die es ermöglichten, mit den erfaßten Mengen so zu disponieren, daß das Reich große Zuteilungen erhalte und andererseits der Distrikt die ganze Verwaltungsapparatur aufrecht erhalte. Praktisch lebe ja der ukrainische und polnische Beamte nicht mehr von seinem Gehalt, sondern von dem Essen, das er zusätzlich bekomme. Leider müsse festgestellt werden, daß im Wirtschaftssektor ein ähnliches Erfassungssystem fehle. Auch hier werde man zu einer gerechten Verteilung nur kommmen können, wenn man ordentlich erfassen könne. Wenn man den Bauern Produkte aus der gewerblichen Wirtschaft, die er auf Grund des Prämiensystems nicht erhalte, gebe, so werde man seine Leistung dadurch steigern können. Entscheidend sei immer, daß man die gewerblichen Güter im Generalgouvernement vollkommen erfasse, und gerade hier scheineeine große Lücke zu bestehen. Während sich der Schleichhandel im Ernährungssektor nicht mehr allzuviel betätigen könne, sei es ihm im wirtschaftlichen Sektor immer noch möglich.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß entsprechende Maßnahmen bereits im Gange seien. Dem Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft sei die Befugnis gegeben worden, alle nicht bewirtschafteten Waren beim Fabrikanten zu erfassen und nach politischen und Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu verteilen. Vor kurzem sei die Verordnung über die Stillegung von Betrieben unterzeichnet worden, nach welcher nur noch kontrollierbare Unternehmungen bestehen bleiben dürften. Leider seien die großen Reichsinstitutionen vielfach diejenigen, die jede Wirtschaftsordnung zerschlügen, so insbesondere die Reichsbahn, die Wehrmacht und die Organisation Todt. Durch die Schaffung der Zentralstelle für öffentliche Aufträge wolle man sämtliche öffentlichen Aufträge an einer Stelle konzentrieren, sie kontrollieren und andererseits durch den Nachweis von Produktionsmöglichkeiten

die Durchführung der Aufträge erleichtern. Die Zahl der Aufträge sei aber so gestiegen, daß sie heute noch unkontrolliert vom Reich hergegeben, daß viele dieserAufträge gestrichen werden müßten und deshalb die großen Organisationen sich dieser Ordnung widersetzten.

Die Anregung, den polnischenBeamten ein Mittagessen zu geben, halte er für sehr glücklich; wenn diese Beamten weiter zufriedenstellende Arbeit leisten sollten, dann könnten sie mit ihren geringen Bezügen, die weit unter der Vorkriegshöhe lägen, einfach nicht durchkommen, geschweige denn ihre Familien miternähren. Was die Frage der Kontrolle der polnischen Arbeitskräfte durch deutsche Ärzte angehe, so habe er häufig das Empfinden gehabt, wie wenn die Polen und Ukrainer darauf ausgingen, ihr schlechtestes Menschenmaterial aus den Dörfern ins Reich abzugeben. Es sei durchaus denkbar, daß der ukrainische oder polnische Arzt bestrebt sei, unfähige Menschen als geeignet für den Dienst im Reiche hinzustellen, während die besseren Kräfte aus irgendwelchen Gründen krank schreibe. Eine Untersuchung durch deutsche Ärzte sei doch wohl die wirksamste Methode, damit diesem Übelstand abgeholfen werden könne.

Für den Ausbau der Propaganda unter den Fremdvölkischen habe Präsident Ohlenbusch lo Kräfte zur Verfügung stellen wollen. Je fünf Kreise sollten danach einen Propagandisten erhalten. Die Durchführung dieses Vorschlages sei aber an dem Widerstand der Hauptabteilung Finanzen gescheitert.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt ausdrücklich fest, daß die Durchführung dessen, was für das Land politisch wichtig sei, an dem Widerstande der Hauptabteilung Finanzen nicht scheitern dürfe.

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf die Bildung deutscher Wohnviertel ein. Mit dieser Frage beschäftige man sich schon seit langem. Auch in Krakau habe Gouverneur Dr. Wächter nach dieser Richtung entsprechende Schritte unternommen. Dieses Problem lasse sich nicht von heute auf morgen lösen, sondern es bedürfe einer ausgedehnten

Kleinarbeit, um einerseits die Polen aus den deutschen Vierteln abzudrängen und andererseits zu verhindern, daß die Zahl der Banditen, der Obdachlosen und derjenigen, die nichts zu verlieren hätten, durch willkürliche Aussiedlungsmaßnahmen vermehrt werde.

Staatssekretär Dr. Boepple bezeichnet die Kammerorganisation als ein für die Durchführung der Altmaterialsammlung geeignetes Instrument. Er werde dem Präsidenten von Gergory und dem Geschäftsführer der Zentralkammer einen entsprechenden Auftrag geben. - Gegen die Freigabe des Schwarzhandels, wie sie Gouverneur Dr. Fischer empfehle, werde die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft scharf opponieren. Wenn man dem Reiche gegenüber erkläre, daß die scharfe Erfassung der Erntevorräte im Generalgouvernement nichts mehr übrig gelassen habe, dann dürfe man andererseits nicht den Firmen den freien Aufkauf erlauben. Das würde nur zu einer weiteren Steigerung der Preise führen und das letzte Saatgut verschwinden lassen. Man müsse vielmehr den Weg der Verhandlungen mit dem Reich gehen und es darum bitten, daß dem Generalgouvernement ein gewisses Kontingent von Nahrungsmitteln gelassen werde.

Gouverneur Dr. Fischer hält eine sofortige Regelung dieser Frage für unbedingt notwendig. Verhandlungen mit dem Reich hätten keinen großen Nutzen, da die Frage schon seit anderthalb Jahren akut sei. Er habe jedenfalls durch seine Maßnahmen erreicht, daß die Rüstungsbetriebe arbeiten könnten.

Gouverneur Kundt befürchtet, daß damit eine vollkommene Verwirrung der Wirtschaftsordnung auf dem Ernährungssektor Platz greifen würde. Die Betriebe müßten eben versuchen, mit den zugeteilten Mengen auszukommen. Entscheidend sei immer, ob die Produktion der Rüstungsbetriebe voll erfüllt werde.

Auch Gouverneur Dr. Wendler warnt davor, den Betrieben eine solche Genehmigung zu geben. Vielfach werde auch nicht mit Geld bezahlt, sondern z.B. mit Kunstdünger, der gegen bewirtschaftete Waren eingetauscht werde.

Generalgouverneur Dr. Frank ist unter keinen Umständen gewillt, zur Zeit eine Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Wenn ein konkreter Antrag gestellt werden solle, dann müsse er ihm schriftlich gegeben werden. Die dreijährige mühevolle Arbeit der Regierung des Generalgouvernements wäre umsonst gewesen, wollte man solche Einbrüche in die Wirtschaft legalisieren. Er verbiete also die Erteilung solcher Sondergenehmigungen.

Staatssekretär Dr. Boepple weist dann darauf hin, daß die Tatsache, daß gewerbliche Güter, die nicht bewirtschaftet seien, zumeist in den Schleichhandel mündeten, einer der Krebsschäden der Wirtschaft des Generalgouvernements sei. Die Arbeit der Kammer, die seit einem Jahr laufe, sei darauf gerichtet, diese Dinge zu erfassen und Betriebe, die nicht für das Reich arbeiteten, gegebenenfalls zu schließen. Über kurz oder lang werde man dann vor allem über die Zentralstelle für öffentliche Aufträge in der Lage sein, über das entsprechende Material, das benötigt werde, zu verfügen. Andererseits sei es dann auch möglich, die Arbeitskräfte solcher Betriebe für das Reich zur Verfügung zu stellen. Die Verhältnisse auf diesem Gebiete besserten sich von Monat zu Monat; denn die Arbeit der Kammer sei gut.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt einen Überblick über die Parteiarbeit. Der Arbeitsbereich habe vor ungefähr einem Jahr 3o Standorte gezählt, heute seien es 165, die den Ortsgruppen im Reiche entsprächen. Die Aufgabenstellung sei infolgedessen größer geworden. Auch die Befehlsstelle im Arbeitsbereich in Krakau müsse sich etwas ausdehnen. Daraus ergebe sich die Anforderung von 164 neuen Diensträumen. Er sei sich dessen bewußt, daß diese Forderungen nicht zu hoch gestellt werden dürften und sei auch sofort dagegen

eingeschritten.

Wenn sich die Partei auch mit anderen Dingen beschäftige, so deswegen, weil sich der Parteigenosse Stahr in der Führung auch des volksdeutschen Elements und Menschenmaterials mehr oder minder mit den Fremdvölkischen befassen müsse; denn hier lägen gewisse Arbeitsbedingungen ähnlicher Art vor. Wenn Parteigenosse Stahr etwas übers Ziel geschossen sei, so schade das nicht; denn schließlich sei ja der Leiter des Arbeitsbereiches in der Lage, ihn auf seine eigentliche Aufgabenstellung zu beschränken. Das werde auch geschehen.

Wenn sich die Partei auch mit Fremdenverkehrsfragen befasse, so deshalb, weil sie die deutschen Leiter der Gaststätten zu einer gewissen moralischen Haltung bringen wollte. In den technischen Betrieb der Gaststätten wolle sie selbstverständlich nicht eingreifen.

Daß die Organisation KdF selbständige oder hauptamtliche Mitarbeiter in den Distrikten habe, sei darauf zurückzuführen, daß bisher die Truppenbetreuung Aufgabe der angrenzenden Gaue gewesen sei. Im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs habe er sich mit den Gauen Oberschlesien, Posen und anderen sowie mit der Reichsleitung der Organisation KdF ins Benehmen gesetzt, die im Gebiete des Generalgouvernements lo Beauftragte gehabt hätten. Die Aufgabe, die man auf Grund dieses Übereinkommens jetzt übernommen habe, könne restlos erfüllt werden. Danach habe nun die Abteilung "Arbeit und Sozialpolitik" für die hier lebenden Volksdeutschen und Reichsdeutschen die Aufgaben der KdF übernommen. Vor dem sei diese Aufgabe von der Abteilung Propaganda durchgeführt worden. Es sei aber keine Aufgabe des Staates, sondern der Partei, die seinerzeit nur deshalb von der Propaganda übernommen worden sei, weil zunächst keine Parteiorganisation bestanden habe. Man arbeite jetzt mit der Hauptabteilung Propaganda auf diesem Gebiete im engsten Einvernehmen.

Mit der Betreuung der für die reichsdeutschen und volksdeutschen Arbeiter errichteten Lager sei en ursprünglich die benachbarten Gaue beauftragt gewesen. Er habe dann

den Auftrag erhalten, in dieser Beziehung eine Änderung herbeizuführen, und so habe die Partei ungefähr 35 ooo Menschen in die Lagerbetreuung genommen. Auch hier sei Parteigenosse Stahr etwas zu weit gegangen und habe hinsichtlich eines Judenlagers einen Fehlgriff getan, indem er Reichsgesetze auf das Generalgouvernement angewendet habe.

In einem Falle habe sich ein Betriebsführer rein privatkapitalistisch betätigt, und zwar in einer Weise, daß man ihn eigentlich der Staatspolizei hätte übergeben müssen. Deshalb habe man einen Mann dort hinsetzen müssen, der nicht nur fachmännisch, sondern auch nationalsozialistische Führungsqualitäten hatte. Das habe nur dadurch geschehen können, daß man einen Betriebsobmann ernannte, der dem Betriebsführer Anweisungen über die Erziehung der Gefolgschaft geben konnte. Also auch unter solchen Umständen sei die Ernennung eines Betriebsobmanns dringend notwendig. Nach der Verfügung des Leiters des Arbeitsbereichs müsse für einen Betrieb mit lo volks- und reichsdeutschen Arbeitern ein Betriebsobmann eingesetzt werden. Leider legten die Betriebsobmänner vielfach die Maßstäbe des Reiches zu Grunde und seien deshalb auch der Auffassung, daß sie sich um die Fremdvölkischen kümmern müßten. Schwierigkeiten grundsätzlicher Art könnten durch Vereinbarungen zwischen dem Chef der Regierung und dem Leiter des Arbeitsbereichs beseitigt werden. Man sei sich darüber klar, daß die Partei mit fremdvölkischen Belangen nichts zu tun habe, sondern sich nur um die Reichsdeutschen und Volksdeutschen kümmern müsse.

Die Frage der Unzulässigkeit der Beschäftigung von Mädchen ~~von~~ unter 21 Jahren im Generalgouvernement sei von den besetzten Gebieten an die Reichsfrauenführerin und an den SS-Obergruppenführer Heyderich herangetragen worden. Sie hätten sich seinerzeit zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, um der Gefährdung dieser Jugend Einhalt zu gebieten. Dann sei der Führererlaß gekommen. Die Frauenschaftsführerin des Arbeitsbereiches Parteigenossin Aldinger stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese jungen Mädchen trotz der sich ergebenden Schwierigkeiten nicht

länger im Generalgouvernement bleiben dürften.

Generalgouverneur Dr. Frank will zwar an dem Grundsatz festgehalten wissen, glaubt aber nicht, daß er in dieser Einseitigkeit durchgeführt werden müßte.

Hauptabschnittsleiter Stahl geht dann auf die Frage der Frauenwohnheime ein. Nach den bisher auch bei der Regierung gemachten Erfahrungen hätten sie sich bewährt. Dem Vernehmen nach sollten auf Grund einer Führeranordnung sämtliche Frauen in Frauenwohnheime zusammengefaßt werden, schon allein um der Sicherheit willen. Diese Frage sei auch mit Staatssekretär Krüger besprochen worden. Mit der Einrichtung solcher Frauenwohnheime wäre allerdings die Möglichkeit gegeben, eine moralische Gefährdung der Mädchen unter 21 Jahren zu vermeiden. Solcher Frauenwohnheime gebe es schon eine Zahl, und sie könnten gegebenenfalls als Unterkunft für Mädchen unter 21 Jahren dienen.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt abschließend fest, daß er an dem Grundsatz nicht gerüttelt wissen wolle, daß aber gewisse offensichtliche Härten vermieden werden müßten, wie es auch dem Wunsch der Gouverneure entspreche.

Präsident Dr. Losacker führt aus, daß ihn vor allen die Sorgen und Nöte bewegten, die er als Kreishauptmann und in der Distriktsinstanz kennengelernt habe. Es zeige sich, daß die Regierungsebene und auchdie daran gehängten verschiedenen Sparten wie Parteiorganisation und gewerbliche Wirtschaft im Verhältnis zum Unterbau zu breit seien, daß man statt eines breiten Unterbaues eine breite Spitze habe. Aufgaben der nächsten Wochen werden es sein, auf Grund der Vollmachten alle Sparten zusammenzufassen, die nur irgendwie zusammenzufassen seien. Alle Überschneidungen, die heute noch auf diesem Gebiete bestänaen, müßten ausgemerzt werden. Auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens und der Bevölkerungsfürsorge sei schon etwas geschehen. Angelegenheiten, die bereits im staatlichen Sektor behandelt würden, würden nochmals bei der Partei behandelt.

Der Geschäftsverteilungsplan der Hitler-Jugend sei so ausgiebig, daß man fast von einer eigenen Staatsverwaltung auf dem Gebiet der Jugend sprechen könne.

Im ersten Jahr des Bestehens des Generalgouvernements habe sich in der Verwaltung keiner darum gekümmert, ob er in den Geschäftsbereich eines anderen eingreife. Heute sei es so, daß überall, wo etwas geschehen müsse, eine Fülle von Organisationen und Stellen vorhanden sei, die irgendwie das gleiche täten. Wenn auch in der unteren Instanz der Kreishauptmann noch frisch zupacken könne, umso zäher werde, je höher man komme, dieser Brei. Am zähesten sei er eigentlich in der Regierung, wo man vor lauter Ressorts nicht mehr zu festen Willensbildungen kommen könne. Deshalb werde er den ihm von dem Herrn Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar auf Grund des Führererlasses erteilten Auftrag darin erblicken, daß er sich mit allen diesen Stellen ins Benehmen setze und in Verhandlungen und Vorschlägen die Dinge auszuarbeiten, die zu einer harmonischen und klaren Regelung führten. Die Sorgen der Gouverneure und Kreishauptleute gingen darauf hinaus, daß sie von oben her eine Unmenge von Material zur Bearbeitung erhielten und dadurch die Schlagfertigkeit der unteren Verwaltungsinstanz gehemmt werde. In der Zeit 1939/4o Kreishauptmann gewesen zu sein, sei eigentlich befriedigend gewesen, weil man als Kreishauptmann nur irgend eine Weisung erhalten und einem die Art der Durchführung überlassen worden sei. Heute erhielten die Kreishauptmänner und Gouverneure ganze Bücher von Anweisungen, Anordnungen, Verordnungen usw.. Wenn ein Gouverneur seine Aufgabe ernst nehmen wollte, wäre er den ganzen Tag damit beschäftigt, diese Fülle des Materials zu bearbeiten. Wenn es gelänge, einige der zuviel eingesetzten Kräfte in der oberen Instanz nach unten zu geben, würde das zu einem großen Erfolge führen.

Auf Grund der Tätigkeit der Kommissionen des Generals von Unruh habe sich herausgestellt, daß die Methoden, so vernünftig an sich gewesen seien, nur zu einem negativen Erfolge geführt haben. Seines Wissens seien im ganzen Generalgouvernement etwa im ganzen 3 3oo Männer für die Einziehung zur Wehrmacht bestimmt worden, von denen 1 8oo Personen überhaupt unauffindbar seien. Er habe seinerzeit an den Verhandlungen über diese Frage in Lemberg teilgenommen und festgestellt, daß es in Lemberg allein 58 Baufirmen gebe. Diese Firmen könnten selbstverständlich angesichts der gegenwärtigen Baubeschränkung überhaupt nicht existieren. Diese Baufirmen beschäftigten zu einem wesentlichen Teil Leute aus Jahrgängen, die einziehungsbedürftig seien. Außerdem habe der begründete Verdacht bestanden, daß diese Leute vielfach Schiebergeschäfte machten. Daß ein großer Teil der Transportunternehmungen große Mengen von Benzin im Schleichhandel kaufe, sei bekannt. Er würde es für zweckmäßig halten, wenn auf Grund eines Erlasses des Herrn Generalgouverneurs in den Distriktsstädten Kommissionen gebildet würden, denen der Gouverneur, der Amtschef und auch Vertreter der freien Wirtschaft wie der örtlichen Wirtschaft angehörten, ferner auch Vertreter der Wehrmacht wie der SS- und Polizeiführer. Diese Kommission müßte dann eine Durchkämmungsaktion für die Deutschen durchführen. Hier müsse jedenfalls mit sehr scharfen Maßnahmen vorgegangen werden, gegebenenfalls unter Androhung der Todesstrafe. Erst wenn feststehe, daß der Betreffende notwendig sei, könne er eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wenn er ohne eine entsprechende Bescheinigung angetroffen werde, könne er als Kriegsverbrecher behandelt werden.

Die Distriktsverwaltung und die Kreishauptleute hätten schwere Sorgen, wie sie ihrem fremdvölkischen Personal eine Lebensmöglichkeit bieten könnten. Von dem Beauftragten für Arbeitseinsatz sei jetzt eine Anordnung des Inhalts herausgegeben worden, daß die ukrainischen Arbeiter die gleichen Lebensmittelrationen erhielten wie die deutschen. Auch im Generalgouvernement werde man allgemein

die Rationen etwas erhöhen müssen. Nur auf diese Weise werde man den Schleichhandel bekämpfen können. Die Tätigkeit der Preisbildungsstelle müßte auf den Satz hinauslaufen: macht vernünftige Rationen, dann werden die Preise nicht so in die Höhe gehen, und die Leute werden nicht gezwungen sein, außerhalb zu kaufen. Im übrigen werde nach den Erfahrungen im Reiche bei einer straffen Bewirtschaftung weniger verbraucht werden, als wenn ein hemmungsloser Schleichhandel bestehe, der es immerhin manchen Kreisen ermögliche, ein Mehrfaches dessen zu erwerben, was im Reich an Nahrungsmitteln zugeteilt werde.

Mit dieser Verwaltungsvereinfachung werde die Voraussetzung verbunden sein müssen, daß das Generalgouvernement in Zukunft mehr als bisher vom Reich wieder abgeschirmt werde, damit die Einflüsse, die auf ressortmäßig vielleicht begründete Vorgänge zurückgingen, hintangehalten werden könnten.

Generalgouverneur Dr. Frank hält es für wesentlich, daß die Ausführungsbestimmungen und der Vorschlag für die Bildung der Kommissionen bei den Gouverneuren möglichst bald vorgelegt würden. Dabei müßten auch die Parteiorgane entsprechend berücksichtigt werden.

Gouverneur Zörner erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß das Ablieferungsergebnis im Distrikt Lublin durchaus nicht schlecht gewesen sei, sondern daß der Distrikt Lublin in dieser Beziehung an der Spitze stehe. - Im übrigen biete im Distrikt Lublin die Sicherheitsfrage die größten Schwierigkeiten. Weiter werde die Volksstimmung von der Umsiedlung schwer getroffen. Die Folgen seien bisher solche gewesen, daß wohl die Verantwortung für eine weitere Umsiedlung nicht länger getragen werden könne. - Man beabsichige jetzt im Distrikt Lublin, eine strenge Kontrolle der Zivilautofahrzeuge durchzuführen.

Vielfach bedienten sich auch Polen, die im Schleichhandel Einkäufe tätigten, Personenkraftwagen. Die Kontrolle müsse sich weiter auf die Behördenwagen erstrecken, bestehe doch der Verdacht, daß Behördenwagen und Wagen der Wehrmacht von den Fahrern zu Schwarzfahrten vermietet würden. - Für die behördliche Arbeit wirke sich die Einziehung von Beamten und Angestellten sehr ungünstig aus. Zur Zeit sei es schon so, daß weder der Gouverneur noch der Amtschef einen höheren Beamten zur Verfügung habe. Vor allem verfüge die Abteilung Innere Verwaltung nur über ein geringes Beamtenpersonal. Man habe sich deshalb schon die Frage überlegt, welche Arbeiten als nicht besonders dringlich eingestellt werden müßten. Es könnten in Zukunft nur solche Aufgaben in Angriff genommen und nach unten weitergegeben werden, die wirklich mit dem vorhandenen Personal durchzuführen seien - Eine Bestandsaufnahme der Bevölkerung, über die kürzlich ein Vertreter des statistischen Amtes einen Vortrag gehalten habe, werde sich durchführen lassen, da ja die Hauptarbeit bei den Polen liege. Selbstverständlich bestehe ein Interesse daran, eine einigermaßen zuverlässige Zahl zu erhalten. - Mit der Frage der Holzversorgung und der Forstnutzung stehe es besonders in einzelnen dünn bevölkerten Kreisen ziemlich schlecht. Man habe z.B. aus den nördlichen Kreisen für die Holzabfuhr Gespanne herbeiholen müssen. Das für die Zwecke der Einsiedlung der Volksdeutschen benötigte Holz stehe nicht zur Verfügung. - Für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Warschau-Lublin-Cholm-Rostow-Kiew fehle es nur noch an Schotter.

Generalgouverneur Dr. Frank schließt die Sitzung mit folgenden Worten:

Ich möchte meine abschließenden Bemerkungen zu dem heute Gesagten für morgen nach Schluß der Sicherheitssitzung zurückstellen, da ich annehme, daß Sie alle an dieser Sitzung teilnehmen werden. ~~Da ich annehme, daß~~ Ich möchte Ihnen aber dafür danken, daß Sie mir heute erneut Ihre Einsatzbeteitschaft versprochen haben.

Die Zeiten, in denen wir leben, sind ungewöhnlich ernst und schwierig. Ich habe vor zwei Stunden die Nachricht erhalten, daß Stalingrad aufgegeben worden ist. Damit ist eins der schwersten kriegerischen Ereignisse eingetreten, das einen ungewöhnlichen auch weite über das rein Militärische hinausgehenden Einfluß ausüben wird. Der Sinn der Aufgabe Stalingrads ist offensichtlich der, daß nur noch kleine Bestände unserer Truppen bis zum Tode weiterkämpfen werden. Von der Reichspressestelle sind aber angesichts dieser Ereignisse schon die Vorbereitungen getroffen, damit diese Situation irgendwie durch Anderes ausgeglichen werden kann.

Im Zusammenhang mit diesen allgemeinen Auswirkungen ist es erklärlich, daß ein weiterer Erlaß des Führers ergehen wird, und zwar des Inhalts, daß für den 30. Januar sämtliche Feiern einschließlich des Flaggenhissens unterbleiben werden. Auch ist es klar, daß es zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen kommen wird, die sehr tief in unser hiesiges Leben eingreifen, die aber lediglichdazu dienen sollen, das Letzte aus der Zeit, aus der Lage und aus den Menschen herauszuholen. Wir stehen zweifellos vor dem schwierigsten, deshalb aber auch gerade entscheidungsreichsten Abschnitt des Krieges. Es kommt alles darauf an, die Haltung zu bewahren, besonders in diesem Gebiet, das dem Osten gegenüber das letzte noch einigermaßen geordnete Gebiet ist.

Alles, was bisher im Generalgouvernement schön und gemütlich war, was wir bisher großzügig ansehen konnten, was irgendwie noch aus dem allgemeinen Gesichtspunkt der unterschiedlichen Haltung von Reich und besetzten Gebieten erträglich war, wird in Zukunft in ganz wesentlichem Umfange wegfallen. Wir werden nunmehr in weitem Maße in den Krieg hineingezogen werden. Unsere Aufgabe wird es sein, die für das Deutsche Volk und die Stimmung unseres Volkes dringend notwendig gewordenen Propagandamaßnahmen zu erörtern. Aber so schwer und ernst auch die Lage aussehen mag, so dürfen wir doch den Mut nicht verlieren. Gewiß,

die Kaukasus-Armee befindet sich im geordneten Rückzug, Stalingrad ist aufgegeben, der Vormarsch der Russen ist an keiner Stelle zum Stehen gebracht, die Offensive geht weiter, Tripolis ist eingenommen, - aber wir müssen doch auf der anderen Seite bedenken, daß wir alle durch den bisherigen Kriegsverlauf verwöhntsind. Zum ersten Mal trifft uns einschwarzes Geschick. Es wäre lächerlich, wenn wir es mit größerer Schwäche und mit weniger Optimismus beantworten würden als die Engländer. Es kann kein Zweifel sein, daß sich die russische Kraft erschöpfen wird und daß daher die deutsche Kraft unbedingt zunimmt.

Im Zusammenhang damit steht der Führererlaß als erste Ankündigung weiterer Maßnahmen. Es wird eine völlige und totale Mobilisierung aller Kräfte des deutschen Volkes im Dienste des Krieges eintreten. Umso mehr muß es unsere Aufgabe sein, im Generalgouvernement alle unsere Maßnahmen denen des Reiches anzugleichen, alles zu tun, was dem Reich Erleichterungen bringen kann. Ich habe trotz alledem den Eindruck, daß wir im Generalgouvernement jede irgendwie nur von uns geforderte Maßnahme werden durchführen können; denn der Verwaltungsapparat steht, der Führungsapparat steht und ist zuverlässig. Wir sind ja mittlerweile auch Männer mit reichsten Erfahrungen geworden. Wir wissen genau, welche Fehlerquellen vorhanden sind und wie wir die Fehler, die wir selber gemacht haben, in Zukunft vermeiden können. Darum ist es vor allem notwendig, daß wir uns immer wieder kameradschaftlich verstehen. Hier kann kein Platz für irgendwelchen inneren Krisen sein, für ressortmäßige oder sonstige Auseinandersetzungen. Wenn Sie mich vielleicht bis jetzt nur von der einen Seite kennengelernt haben, so werden Sie mich vielleicht in Zukunft von einer anderen Seite kennenlernen.

Ich bin entschlossen, dieses Land für den Führer zu halten und in jeder Form dafür zu sorgen, daß dieser Block im Osten aufgerichtet bleibt. Ich weiß, daß ich mich bei diesem Vorhaben auf Sie alle verlassen kann.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 3o Minuten.

Polizeibesprechung

im Belvedere zu Warschau

am 25.Januar 1943.

Tgb.Nr. 4 /43 g. Jeb 1

Niederschrift über die Polizeibesprechung
am 25.Januar 1943
im Belvedere zu Warschau.

Geheim.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer; Präsident Struve und Präsident Dr.Ohlenbusch werden erst im Laufe der Sitzung zugezogen.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement und Staatssekretär für das Sicherheitswesen,General der Polizei K r ü g e r erstattet einen eingehenden Bericht über seinen gesamten Arbeitsbereich. Im einzelnen werden behandelt:

a) die Sicherheitslage des Generalgouvernements,
b) die Mitwirkung der Polizeikräfte bei der Arbeitererfassung,
c) die Polizeidienstpflicht,
d) die auf Befehl des Reichsführers SS durchgeführte Großaktion zur Erfassung asozialer Elemente,
e) die Judenevakuierung,
f) die Tätigkeit des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, insbesondere die Ansiedlung von Volksdeutschen im Distrikt Lublin, Kreishauptmannschaft Zamosc und die Binnenumsiedlung.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß die Durchführung der Großaktion zur Erfassung der asozialen Elemente ihm nicht vorher bekanntgegeben worden sei. Dieses Verfahren stehe im Widerspruch zu dem Erlass des Führers vom 7.Mai 1942, wonach vor dem Vollzug von Weisungen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei

der Staatssekretär für das Sicherheitswesen das Einverständnis des Generalgouverneurs festzustellen habe. Staatssekretär Krüger erklärt, es habe sich um eine Geheimweisung gehandelt, die schlagartig durchgeführt werden sollte. Im übrigen habe er bereits von sich aus den Reichsführer SS gebeten, die laufende Aktion zu stoppen und von weiteren Aktionen dieser Art Abstand zu nehmen. Er sagt ferner ausdrücklich zu, in Zukunft dem Führererlaß entsprechend vor dem Vollzug von Weisungen des Reichsführers SS den Herrn Generalgouverneur zu unterrichten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt damit die Aussprache über die genannte Großaktion für beendet und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß in Zukunft ein volles Einvernehmen im Sinne des Führererlasses stattfinden werde.

3. Der Bericht des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen wird durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei, SS-Oberführer Dr. S c h ö n g a r t h im einzelnen vervollständigt. Oberführer Dr.Schöngarth referiert eingehend über die Sicherheitslage im Generalgouvernement und die Tätigkeit der ihm unterstellten Dienststellen.

4. Anschließend berichtet der Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement, Generalleutnant der Polizei B e c k e r , über die Tätigkeit der Ordnungspolizei. Er gibt insbesondere Aufschluß über die Stärke der deutschen und polnischen Polizeikräfte und berichtet über die Erfahrungen, die mit der Bekämpfung der Banden gemacht wurden.

5. Staatssekretär Dr. Bühler nimmt im allgemeinen, die Gouverneure Dr.Fischer,Zörner, Dr.Wendler, Dr.Wächter und Kundt nehmen zu einzelnen Punkten der Ausführungen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Stellung.

Präsident Dr. L o s a c k e r berichtet über den Erlass des Führers über die Vereinfachung der Verwaltung und bringt zum Ausdruck, daß die Maßnahmen zu seiner Verwirklichung durch enge Zusammenarbeit von Regierung, Staatssekretariat für das Sicherheitswesen und NSDAP getroffen werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur spricht in seinem Schlußwort dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen für die verantwortungsvolle Arbeit der ihm unterstellten Dienststellen und Einheiten Dank und Anerkennung aus. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Staatssekretär für das Sicherheitswesen ihm künftig von allen bedeutenden Planungen und Aktionen rechtzeitig Kenntnis geben werde; er werde von sich aus dafür sorgen, daß die Regierung und deren nachgeordnete Dienststellen zu enger Mitarbeit zur Verfügung stehen.

Zur Besprechung der in der heutigen Generalaussprache nur grundsätzlich angeschnittenen Einzelfragen wird der 3.Februar 1943 als Termin bestimmt.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung um 15 Uhr.

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Anlage zur Niederschrift über die
Polizeibesprechung am 25.1.1943
im Belvedere zu Warschau.

Frank
Bühler
Dr.Boepple
Stahl
Dr.Wendler
Zoerner
Dr. Fischer
Dr.Sammern
Schöngarth
Krüger
Becker
Katzmann
Scherner
Dr.Böttcher
Kundt
Dr.Wächter
Dr.Heuber
Ohlenbusch
Globocnik
Dr.Weh
Losacker
W.Struve

P o l i z e i s i t z u n g

am 25.Januar 1943, Vormittag
lo Uhr, Schloß Belvedere zu
Warschau

Teilnehmerliste:

Abschrift

b. Abl

Leutnant

d. Res.

„Geheime Reichssache"

HStR 3560-47/439 K

Arbeitssitzung

im Schloß Belvedere zu Warschau am 25.1.1943.

Ausgef. in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Herrn Staatssekretär Dr. B ü h l e r
3. Hauptabschnittsleiter S t a h l

y

A r b e i t s s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu Warschau am 25.1.1943.

Thema: Polizei- und Sicherheitsfragen.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär K r ü g e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Generalleutnant d. Ordnungspolizei B e c k e r
Befehlshaber d. Sicherheitspolizei SS-Oberführer
Dr. S c h ö n g a r t h
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r
Gouverneur Z ö r n e r
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
SS- und Polizeiführer:
SS-Gruppenführer Globocnik
SS-Brigadeführer K a t z m a n n
SS-Oberführer S c h e r n e r
SS-Oberführer von S a m m e r n
SS-Standartenführer Dr. B ö t t c h e r
Hauptabschnittsleiter S t a h l
Präsident O h l e n b u s c h
Präsident Dr. L o s a c k e r
Präsident Dr. S t r u v e
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Regierungsrat G n a u c k
als Protokollführer

//

Beginn der Sitzung 1o Uhr 15 Minuten.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:
Meine Herren! In einer ungewöhnlich ernsten Stunde im Kampf um des Vaterlandes Freiheit habe ich Sie hier zusammengebeten, um die grundsätzlichen Fragen der Sicherheit und des Polizeiwesens mit Ihnen zu besprechen. Anhand der reichen Erfahrungen von über drei Jahren wollen wir vor allem zu einer Art Einigung darüber kommen, wie die Arbeit der allgemeinen Verwaltung und der Polizeiorgane so gestaltet werden kann, daß wir den schwersten Problemen der Zeit, des Krieges, die nun wirklich vor uns aufsteigen, uns gewachsen zeigen.

Nach meinen Besprechungen, die ich mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler als dem Chef der Regierung und dem Herrn Staatssekretär für das Sicherheitswesen gehabt habe, ist es heute meine Absicht, alle Fragen, die sich irgendwie hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Polizei und Verwaltung in einem Distrikt gebildet haben sollten, aber auch restlos zur Besprechung zu bringen. Meine Herren, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie erschienen sind.

Zunächst wird der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger allgemein referieren, und im Anschluß daran wird sich entsprechend unseren Absichten eine rege Aussprache ergeben.

Staatssekretär Krüger:
Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen zunächst meinen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Sie uns Gelegenheit geben, in Anwesenheit der Herren Gouverneure über die Gesamtfragen der Sicherheit und über die Fragen des Volkstums zu sprechen. Ich begrüße es ganz besonders, daß die Herren Gouverneure an dieser Sitzung teilnehmen. Es ist heute praktisch die zweite Sitzung, die wir in diesen dreieinhalb Jahren haben, in der mir und auch den SS- und Polizeiführern

die Möglichkeit gegeben wird, über diese wesentlichste Frage der Sicherheit im Generalgouvernement zu sprechen. Ich bin Ihnen, Herr Generalgouverneur, dafür dankbar, daß mir gestern Gelegenheit gegeben wurde, an der Sitzung der Herren Gouverneure teilzunehmen. Ich habe manche Anregung mitgenommen und freue mich, als Chef des Sicherheitswesens im Generalgouvernement auf einige gestern besprochene Punkte zurückkommen zu können.

Ich habe von der gestrigen Sitzung den Eindruck gewonnen, daß im Generalgouvernement die Sicherheitsfrage wirklich im Vordergrund steht. Sie haben gestern bewußt davon Abstand genommen, mich als Staatssekretär für das Sicherheitswesen über diese Fragen sprechen zu lassen, und haben die Herren Gouverneure gebeten, diese Besprechung auf den heutigen Tag zurückzustellen.

Wie wichtig die Sicherheitslage nach dreieinhalb Jahren des Krieges ist, konnte eigentlich nicht besser dokumentiert werden als durch die Tatsache, daß Herr Gouverneur Zörner, als er verspätet in die Sitzung kam und Sie, Herr Generalgouverneur, ~~un~~ ihn baten, über die Aufgaben in seinem Distrikt zu sprechen,sagte, ihn beschäftigten eigentlich nur zwei Probleme als verantwortlichen Gouverneur, einmal die Frage des Sicherheitswesens und zum anderen die Frage des Volkstums; alles andere sei mehr oder weniger unwesentlich.

Die Sicherheitslage ist eigentlich mehr oder weniger von dem fremden Volkstum abhängig, das in diesem Gebiet lebt. Es handelt sich um die Frage: ist es möglich, daß die Polen und Ukrainer, die in diesem Raum leben, ernährungsmäßig und wirtschaftlich, berufsmäßig von uns für die Aufgaben eingespannt werden können, die wir zu erfüllen haben?

Als Chef des Sicherheitswesens stehe ich den Dingen absolut nüchtern gegenüber. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß bei der Behandlung der gesamten Sicherheitslage die Ernährungsfrage wie die Berufsfrage der Polen und Ukrainer ausschlaggebend sind.

In den letzten Jahren hat man auf diesem Gebiete zahlreiche Versuche gemacht. Wenn wir heute die Bilanz ziehen,

wollen, dann kommen wir selber zu dem Schluß, daß es angesichts der großen Forderungen, die hinsichtlich der Ernährung an das Generalgouvernement gestellt werden, heute noch sehr schwer ist und sein wird, eine Ernährungsbilanz zu ziehen, die es uns ermöglicht, das fremdvölkische Element für unsere Aufgaben zu gewinnen.

Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise mit etwa 16 Millionen Fremdvölkischer zu rechnen. Von diesen 16 Millionen sind etwa 8 Millionen, also etwa die Hälfte , Selbstverbraucher, 8 Millionen arbeiten mehr oder minder im Interesse der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben, d.h. also für die deutschen Belange. Bei den großen Anforderungen, die das Reich auf dem Ernährungssektor an uns stellt, ist es unendlich schwer, vielleicht auch unmöglich, diese 16 Millionen Menschen zu ernähren. Wir stützen uns selbstverständlich,auf die Menschen, die hier für unsere lebenswichtigsten Aufgaben, für die Kriegsnotwendigkeiten arbeiten. Ich habe die verschiedensten Auffassungen über diese Frage gehört und hingenommen. Es muß erreicht werden, daß die fremdvölkische Bevölkerung, die im Interesse des Deutschen Reiches, d.h. im Interesse des Generalgouvernements der Kriegswirtschaft, der Wehrwirtschaft, der Rüstungsindustrie arbeitet, unbedingt so ernährt werden kann, daß sie für uns eine Arbeitskraft darstellt. Das bezieht sich nicht nur auf die Einzelperson, die, sei es in der Rüstungsindustrie, sei es im Gewerbe, sei es im Handwerk, sei es bei den Behörden, eingesetzt ist, - ganz gleichgültig, auf welchem Sektor. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Mensch mit seiner Familie unbedingt das hat, was er für seinen Lebensbedarf braucht. Wenn uns das nicht gelingt, dann stehen wir der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben hoffnungslos gegenüber. Wir sind auf die Mitarbeit dieser Fremdvölkischen angewiesen, weil wir als Deutsche die uns gestellten Aufgaben allein nicht durchführen können.

Ich darf über diese Frage ganz offen sprechen. Mich haben neulich Vertreter des Reiches im Hinblick auf die Schwierigkeit der Ernährungsfrage angesprochen und mich gefragt: ist es möglich, daß wir 2 Millionen Menschen in

diesem Raum aus unserer Ernährungsbilanz praktisch herausnehmen und nur denen etwas zu essen geben, die für unsere deutschen Belange arbeiten? Ich habe den Herren erwidert, wenn Sie es riskieren, dann ist das Ihre Angelegenheit; ich als der verantwortliche Chef des Sicherheitswesens muß es ablehnen; denn Sie treiben damit diese 2 Millionen Menschen zwangsläufig in die Arme der Widerstandsbewegung oder zum Bandenunwesen, das in den letzten Monaten von Tag zu Tag im Ansteigen begriffen ist.) Unabhängig davon wäre auch die Frage utopisch, ob diese zwei Millionen Menschen leben und sich ernähren können, unter Umständen auch besser als die anderen, die für unsere deutschen Belange arbeiten.

(Wir haben im Raume 5o % Selbsternährer, in erster Linie die Bauern, und 5o % Normalverbraucher. Wir wollen uns darüber auch durchaus klar sein, daß diese 5o % Normalverbraucher, wenn ich alle Kategorien einschließe, die für unsere Belange arbeiten, in der Praxis ernährungsmäßig nicht das bekommen, was ihnen eigentlich zusteht. Sie erhalten eigentlich nur Brot und Kartoffeln. Alles, was sonst noch zur Ernährung gehört, wie Fleisch, Fett, Marmelade, Ersatzkaffee usw., steht ihnen zwar zu, praktisch sind wir aber gar nicht in der Lage,es ihnen zu liefern.) Wir können damit rechnen, daß schätzungsweise von diesen 8 Millionen Normalverbrauchern vielleicht 5 Millionen mit ihren Familienmitgliedern im Interesse der Deutschen arbeiten.

Es muß also unbedingt erreicht werden, daß wir nicht nur für die Menschen, die für uns arbeiten, - ob es nun Rüstungsarbeiter sind oder ob sie sich anderweitig betätigen, und auch für ihre Familien soviel liefern, daß sie tatsächlich für uns eine Arbeitskraft darstellen. Möge auch ein Rüstungsunternehmen oder ein wehrwirtschaftlicher Betrieb den Arbeitern eine Zusatzverpflegung geben, so laufen die Menschen doch fort, weil sie sagen, sie bekämen nicht genug, oder sie arbeiten nur 3 oder 4 Tage in der Woche, weil sie praktisch gezwungen sind, sich im Schleichhandel für die Ernährung ihrer Familie etwas zu holen. Diese Zustände sind auf die Dauer nicht tragbar. Die Hauptabteilung E. u. L. muß es erreichen, daß diese Menschen mit ihren

Familien so versorgt werden, daß sie für uns eine Arbeitskraft darstellen.

(Wir wissen genau, daß die Arbeitsleistung der Fremdvölkischen von Tag zu Tag zurückgeht. Es ist nicht damit getan, daß sie lohn- oder tarifmäßig von uns etwas besser gestellt werden. Letzten Endes geht ja die Arbeitskraft auch durch den Magen, sie können nur arbeiten, wenn man ihnen etwas zu essen gibt. Wir leben ja im Generalgouvernement nicht unter normalen Verhältnissen im Hinblick auf unsere Währung. (Für die 3oo Zloty, die heute vielleicht ein Fremdvölkischer im Generalgouvernement verdient, kann er sich praktisch nichts mehr kaufen. Das Geld geht ja zum großen Teil für Mieten, Licht, Kohle, Gas usw. also für das wesentlichste, was der Mensch für sich und seine Familie braucht, darauf.)

Aus allen diesen Gründen müssen wir, wenn wir unsere Aufgaben in der Wehrwirtschaft oder in der Rüstungsindustrie erfüllen wollen, bestrebt sein, den fremdvölkischen Arbeitern wenigstens soviel an Ernährung zu geben, daß er für uns eine Arbeitskraft darstellt. Arbeitskraft und Leistung dürfen nicht von Tag zu Tag zurückgehen. Wenn wir das erreichen, dann werden wir auch in der Lage sein, die uns grundsätzlich vom Reich gestellten oder im Interesse des Reiches durchzuführenden Aufgaben zu erfüllen. Die Tariffrage ist meiner Auffassung nach nur eine Frage zweiter Ordnung.

Ich komme dann zur Frage der Arbeitererfassung. Auf diesem Gebiete sind schon die größten Versuche gemacht worden. Man hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Zahl der Arbeiter langsam erschöpft ist. Wir bekommen keine Arbeiter mehr, weder für die ~~Arbeiten~~ Aufgaben innerhalb des Generalgouvernements noch für die Forderungen des Reiches.

Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt: wenn wir 16 Millionen Fremdvölkische hier im Raume haben, dann muß es möglich sein, sowohl unseren Bedarf im Generalgouvernement

zu decken wie auch die Forderungen des Reiches zu erfüllen. Wenn es uns gelingt, den fremdvölkischen Arbeiter für unsere Aufgaben heranzuziehen - und das ist nur auf dem Wege der Ernährung zu erreichen -, dann werden wir in der Lage sein, die Belange des Reiches zu erfüllen wie auch den Aufgaben gerecht zu werden, die innerhalb des Generalgouvernements an uns herantreten.

Neben diesen beiden grundsätzlichen Fragen des Einsatzes der Arbeitskräfte und der Ernährung muß nun die Sicherheitslage besondere Beachtung genießen. Die Sicherheit der Deutschen steht im Vordergrunde aller Betrachtungen. Die Maßnahmen der Polizei sind in erster Linie vorbeugender Art und dienen dazu, den Deutschen, der im Generalgouvernement die Führung hat, zu sichern.

Die letzte Aktion, die vor wenigen Tagen hier auf Anweisung des Reichsführers SS durchgeführt wurde, hat unendliche Beanstandungen gefunden. Wenn auch gestern in der Gouverneurssitzung darüber nicht gesprochen wurde, so dürfte ich es nicht nur empfinden, sondern ich habe auch die verantwortlichen Herren, vor allem auch zum Teil die Herren Gouverneure darauf angesprochen.

Meine Herren! Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß im Hinblick auf die politische und militärische Gesamtlage eine Aktion, die andererseits wieder sicherheitspolizeilich gesprochen notwendig war, in diesem Augenblick vielleicht das Gegenteil von dem erreicht hat, was wir haben erreichen wollen. Vom sicherheitspolizeilichen Standpunkte aus wird darüber Oberführer Dr. Schöngarth nachher berichten.

Der Pole, der jedem Einfluß unterliegt, greift so etwas schnell auf, um damit Propaganda zu machen. Wir kennen diese Widerstandskräfte im Generalgouvernement. Wenn wir nun gezwungen sind, eine polizeiliche Maßnahme aus bestimmten Gründen schnell, schlagkräftig und auch praktisch geheim durchzuführen, und wenn wir in diesem Augenblick nicht das erreichen, was wir wünschen, dann kann man

natürlich darüber reden; man kann das Vorgehen beurteilen und auch verurteilen. Die Anordnung, die der Reichsführer SS für den Befehlshaber der Sicherheitspolizei gegeben hat, hatte einen ganz bestimmten Zweck: es sollte versucht werden, vor allem die asozialen Elemente zu fassen und durch eine Großaktion möglichst die Kräfte wegzunehmen, die uns am meisten stören. Die Auswertung dieser Aktion ist noch im Gange. Oberführer Dr. Schöngarth hat mir vor zwei Tagen einen Überblick über die Zahlen und die Auswirkungen als solche gegeben. Nachdem ich Oberführer Dr. Schöngarth gehört habe, habe ich sofort den Reichsführer gebeten, von weiteren Aktionen unbedingt Abstand zu nehmen.

Generalgouverneur Dr. Frank:

Herr Staatssekretär Krüger, Sie wissen, daß Anweisungen des Reichsführers SS von Ihnen erst vollzogen werden dürfen, wenn Sie mich vorher gehört haben. Das ist in diesem Falle unterblieben. Ich spreche mein Bedauern darüber aus, daß Sie einen Befehl des Reichsführers vollzogen haben ohne mich vorher entsprechend der Verordnung des Führers zu verständigen. Nach dieser Verordnung dürfen Anweisungen des Reichsführers SS hier im Generalgouvernement nur vollzogen werden, wenn ich vorher meine Einwilligung erteilt habe. Es ist hoffentlich das letzte Mal, daß das unterblieben ist; denn ich möchte nicht wegen eines jeden solchen Falles den Führer belästigen. Ich nehme an, daß Ihre Zeit zu beschränkt war oder aus anderen Gründen meine Verständigung unterblieben ist. Es ist nicht möglich, daß wir uns über Führerverordnungen hinwegsetzen, und es ist ausgeschlossen, daß auf dem Gebiet der Polizei und der Sicherheit unmittelbar Weisungen des Reichsführers befolgt werden unter Umgehung des Mannes, den der Führer hier eingesetzt hat; sonst bin ich ja völlig überflüssig. Aber ich höre zu meiner Freude, daß die Aktion ohnedies abgeschlossen ist. Ich würde bitten, daß allgemein zur Kenntnis genommen wird, daß selbstverständlich polizeiliche Weisungen des Reichsführers SS nur vollzogen werden, wenn ich entsprechend der Führerverordnung meine Zustimmung gegeben habe. Es ist mir ganz neu, daß der

Führer diese Verordnung aufgehoben haben sollte. Ich soll die politische Verantwortung in diesem Raum tragen, und ein anderer befiehlt - das ist unmöglich. Hier haben wir das typische Beispiel dafür, daß Polizeiaktionen auf Befehl des Reichsführers durchgeführt werden, über die ich entgegen der Verordnung des Führers nicht ins Bild gesetzt war und zu denen ich meine Einwilligung nicht erklärt habe. Das ist und muß für die Zukunft unmöglich sein. Daraus ergeben sich dann eben diese Schwierigkeiten. Ich möchte heute nicht dazu beitragen, die Dinge irgendwie zu erschweren. Ich muß aber mit allem Nachdruck feststellen, daß ich hier der Generalgouverneur bin, daß die Polizei- und Sicherheitsorgane mir unterstehen, daß ich die politische Verwantwortung und die Verantwortung für die Führung zu tragen habe, daß maßgebend der Inhalt des Führererlasses über die Regelung des Sicherheitswesens in diesem Gebiet ist, daß er es auch bleiben wird. In Zukunft dürfen also solche Weisungen nicht vollzogen werden, wenn sie gegen den Wortlaut und Sinn der Verordnung des Führers verstoßen. Nachdem Sie erklärt haben, Herr Staatssekretär Krüger, daß dieser Fall ohne weiteres abgeschlossen ist, darf ich wohl annehmen, daß wir uns darüber einig sind.

~~Ich~~ Es tut mir leid, daß ich diese Feststellung treffen muß. Aber für uns alle wäre es wesentlich leichter, wenn vor dieser Aktion mein Einverständnis eingeholt worden wäre; dann wären diese Schwierigkeiten auch nicht vorhanden. Alle Welt nimmt an, daß ich von den Dingen weiß und über sie ins Bild gesetzt wurde, während ich genau so überrascht war; denn ich habe von diesen Zuständen erst durch ein Telegramm des Gouverneurs Dr. Fischer gehört. Sie haben einen Befehl bekommen und haben ihn als treuer Soldat vollzogen. Das ist selbstverständlich richtig, aber als Staatssekretär für das Sicherheitswesen sind Sie der Mann, der mich entsprechend der Führerverordnung vorher verständigen muß. Wenn ich nicht einverstanden bin, dann entscheidet entsprechend dem Wortlaut der Verordnung der Führer selber. Hier hat es sich um eine so ~~ei~~- eminent politisch wichtige Frage, eine so unendlich weitgreifende Maßnahme gehandelt, daß mein Einver-

ständnis um so notwendiger gewesen wäre. Ich bedauere sehr, daß es in dieser Form geschehen ist. Das ist ja doch nicht notwendig, ich habe mich auch noch nie einer polizeilichen Maßnahme verschlossen, die erforderlich war. Ich muß darauf bestehen, daß die vom Führer getroffenen Regelungen hier eingehalten werden.

Ich nehme also an, Herr Staatssekretär Krüger, daß die Einholung meinerEinwilligung deshalb unterblieben ist, weil die Zeit so gedrängt hat und die Wichtigkeit der Aktion so im Vordergrunde stand. Wenn Sie sagen, daß die Sache abgeschlossen ist, soll sie auch für mich abgeschlossen sein. Es ist also erledigt. Ich würde nur bitte, daß wir in Zukunft den anderen Modus wählen.

Staatssekretär Krüger:
Herr Generalgouverneur, ich nehme Ihre Meinung zur Kenntnis und werde Gelegenheit haben, persönlich dem Reichsführer SS Vortrag zu halten.

Im übrigen sind wir uns wohl klar darüber, daß diese Aktion als solche sicherheitspolizeilich bestimmt notwendig war, wenn sie auch politisch zum Teil ungünstige Auswirkungen hat. Es war mir insofern ganz interessant, daß ich Gelegenheit hatte, mit dem neuen Generalmajor der Flieger über diese Aktion zu sprechen. Er hat mich darauf angesprochen. Es ist mir wirklich nichts Neues. Wir kennen ja die Methoden, mit denen wir hier arbeiten müssen. Ganz gleichgültig, ob es die Herren Gouverneure mit ihren großen Verantwortungen, ob es der Präsident der Hauptabteilung Arbeit oder auch sonstige Persönlichkeiten sind, die alle sind zu mir gekommen und haben mir gesagt: es würe in dieser Form gar nicht möglich, auf die Dauer durchzuhalten, weil eben der Pole auf solche Maßnahmen reagiert. Ich bitte die Herren Gouverneure, bei ihrer Stellungnahme nachher auf Einzelheiten nicht einzugehen. Daß bei der Durchführung solcher Aktionen Fehler begangen werden und wurden, darüber sind wir uns einig. Wenn beispielsweise von irgendeiner Fachschule, wie mir gemeldet wurde, 118 Schüler mitgenommen worden sind, die nicht zu den asozialen Elementen gehören, so ist das selbstverständlich zu bedauern, und einen solchen Fehlgriff zu revidieren, ist für uns

eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte Sie als die verantwortlichen Distriktschefs nur bitten, über diese Aktion, auch wenn sie in der Art der Durchführung ein Fehlgriff war, nicht zu sprechen oder davon Ihren Mitarbeitern etwas zu erzählen: mit diesen Willkürmaßnahmen der Polizei ist in der Bevölkerung eine so katastrophale Stimmung ausgelöst, daß wir spätestens in einigen Wochen mit einer Aufstandbewegung zu rechnen haben. Das können wir uns nicht leisten. Wir haben in der schweren Zeit unermüdlich gearbeitet. Wir müssen uns über die Verantwortung, die wir alle zu tragen haben, klar sein. Wenn ich als Polizeichef offen sage: es sind Fehler vorgekommen, - dann stehe ich auch dafür gerade. Wir müssen aber auch soviel Haltung bewahren, daß wir diese Maßnahme als solche verstehen. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß wegen einer solchen Aktion das gesamte Polentum übermorgen ein Volk in Waffen darstellt und unsere sämtlichen Maßnahmen sabotiert. Wir sind leider immer geneigt, alles das, was wir selber an Maßnahmen treffen, zu kritisieren und, wenn eine Aktion durchgeführt wird, sie als eine illegale Angelegenheit anzusehen. Wir als Polizei wollen doch an sich der Verwaltung helfen. Wir sind doch nicht ein Staat im Staate oder ein Körper für sich, der vollkommen abgesetzt von den grundsätzlichen Anordnungen, Richtlinien und Maßnahmen der Regierung sein Eigenleben führt. Es gibt keine undankbarere Aufgabe als die, die ich als Polizeichef des Generalgouvernements zu erfüllen habe. Ob es sich nun um die Arbeitererfassung, um die Judenaktion handelt, - die Menschen, die Tag aus Tag ein hier ihr Leben zur Sicherung dieses Raumes und für die ihnen gestellten Aufgaben einsetzen, sollten auch etwas mehr Verständnis finden.

Es war mir praktisch und auch zeitlich gar nicht möglich, von der erwähnten Aktion die zuständigen Dienststellen der Zivilverwaltung rechtzeitig zu verständigen. Wenn das einmal vorkommt, dann darf es nicht verallgemeinert werden.

Sonst bleibtdas Odium an der „olizei hängen, und man sagt: die können sich leisten, was sie wollen. Ich habe als Polizeichef des Generalgouvernements soviel Verantwortungsbewußtsein, daß ich mir jede polizeiliche Maßnahme, die ich zu ergreifen habe, ernstlich überlege. Ich bedauere es tief, daß mir die Möglichkeit nicht gegeben war, die Herren vorher zu verständigen. Sie dürfen jedenfalls überzeugt sein, daß wir nur im deutschen Interesse arbeiten und versuchen, unserer schwierigen Aufgabe nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Generalgouverneur Dr. Frank:
Aus Ihren Worten, Herr Staatssekretär Krüger, entnehme ich dann, daß Sie fest davon überzeugt sind, daß ich Ihnen gar nicht mit Vorwürfen entgegenzutreten gewillt bin. Der Ernst der Zeit muß und wird uns zur Zusammenarbeit zwingen. Ich darf also feststellen, daß das eine Einzelmaßnahme war und daß es jetzt vergessen ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen, Herr Staatssekretär, und Ihren Herren für die treue Arbeit ganz besonders danken, die Sie mir geleistet haben. Wir haben das stets anerkannt. Mir ging es nur darum, darauf hinzuweisen, daß der Führer in seiner Verordnung den Befehl gegeben hat, daß Weisungen des Reichsführers nur vollzogen werden können, wenn ich meine Zustimmung erteile. Es genügt ja auch für meine Verständigung ein nächtlicher Anruf. Sie können mich erreichen, wie und wann Sie wollen. Die ganze Sache wäre dann anders verlaufen. Unsere heutige Besprechung soll der Ausgangspunkt für dieZukunft sein. Ich nehme es voll und herzlich zur Kentnis, was Sie eben gesagt haben, daß Sie mit der Verwaltung zusammenarbeiten wollen. Es wird mich freuen, wenn die heutige Sitzung dazu beiträgt, dieses Odium restlos zu beseitigen.

Staatssekretär Krüger: Die Lage im Generalgouvernement hängt weiter davon ab, wie sich der Pole in der Praxis unsere ganze Situation politisch und militärisch vorstellt. Die starke Erregung, die wir heute alle hier in diesem Raum empfinden, ist nicht nur eine Auslösung der Sonderaktion, die am 15ten startete und am 22ten beendet war,

sondern der Pole, vor allem die Widerstandskräfte der Polen stehen, das dürfte Ihnen völlig bekannt sein, in enger Beziehung und Verbindung mit dem Ausland. Alle Widerstandskräfte, soweit sie wirklich ernst zu nehmen sind, erhalten ihre Weisungen vom Ausland. So, wie die politische und militärische Lage für uns Deutsche zu beurteilen und anzusehen ist, bekommen diese Widerstandskräfte ihre Weisungen von außen. Und wenn wir heute diese wirklich bestehenden Spannungen empfinden, dann ist das eine zwangsläufige Reaktion auf die militärischen Verhältnisse, wie sie insgesamt bei uns liegen. Aus diesen Gründen reagiert der Pole in dieser Form. Gerade er, der an sich im konspirieren groß ist, wird jede Gelegenheit wahrnehmen, um mit allen jenen illegalen Interessen, die er verfolgt und hat, weiterzukommen.

Man redet davon, daß sehr starke innere Unruhen, unter Umständen Aufstandsbewegungen in Vorbereitung sind. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: wenn es darauf ankäme, würde der Pole das letzte wagen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß er doch wohl merkt, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Von diesen Einflüssen macht sich die Widerstandsbewegung nicht frei. Wir haben kurz vor Weihnachten jene Überfälle und Attentatsversuche oder Sabotageakte, wie ich sie nennen will, besonders in Krakau erlebt. Wir haben Maßnahmen getroffen, die uns, polizeilich gesprochen, insofern gar nicht einmal liegen, als die Auswirkungen nach draußen hin nicht bekannt wurden. Wir wußten bei den ersten Mordanschlägen gegen Deutsche nicht, von welcher Seite aus sie kamen. Ich darf Oberführer Dr. Schöngarth meinen Dank dafür aussprechen, daß er die Ruhe bewahrt und nicht das getan hat, was ich mir als Polizeichef und was sich vor allem die Regierung wünschte, daß er nun mit den brutalsten Mitteln aus dem oder jenem Kreise die nächsten Hundert nahm, um sie vielleicht an die Wand stellen und erschießen zu lassen, sondern Oberführer Dr. Schöngarth hat abgewartet und ist den Dingen nachgegangen. So ist es uns gelungen, festzustellen, aus welchen Kreisen die Täter stammten. Vierzehn Tage vor Weihnachten haben in Krakau 5 Deutsche ihr Leben hingeben müssen:

Ein Hauptmann der Luftwaffe, ein Beamter der Distriktsverwaltung, ein Postbeamter, ein Polizeiwachtmeister und ein Unteroffizier der Wehrmacht.

Die nächste grundsätzliche Frage, die auch zur Sicherheitslage gehört, ist die Aufgabe des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Praktisch handelt es sich dabei um die zur Zeit stattfindenden Ansiedlungen, Umsiedlungen und Aussiedlungen. Ich erwähnte vorhin, daß Herr Gouverneur Zörner gestern eigentlich nur zwei Punkte zur Debatte stellen wollte, einmal die Sicherheitslage und zum anderen die Frage der Umsiedlung. Ich als Vertreter des Reichskommissars habe mich oft gefragt: ist es richtig, daß diese Umsiedlungen jetzt vorgenommen werden, oder ist es auf Grund der politischen Zusammenhänge zweckmäßiger, diese Frage zurückzustellen. Daß der Raum des Generalgouvernements deutsch besiedelt werden muß und wird, darüber besteht wohl kein Zweifel. Grundsätzlich können ja überhaupt Deutschland und auch Europa nur aus dem Osten heraus leben. Ob das nun das

Generalgouvernement oder die Ukraine ist, sie bilden für uns, für die Deutschen, für den europäischen Raum die Voraussetzung; denn die gesamte Ernährungsfrage steht und fällt mit diesen Osträumen. Ich kenne teilweise die Auffassungen der Herren Gouverneure, mit denen ich mich unterhalten habe und die es besonders angeht. (Es handelt sich vor allem um die Distrikte Lublin und Galizien. Dort sagt man, es sei zur Zeit nicht angebracht, daß man eine Ansiedlung vornehme.) Auf der anderen Seite muß aber auch während des Krieges eine solche Aufgabe durchgeführt werden. Der Reichskommissar hat sich diese Frage sehr überlegt. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mich mit ihm über diese Frage grundsätzlich auszusprechen. Andererseits werden wir ja auch gar nicht gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Mit der Umsiedlung der Wolhyniendeutschen im Jahre 1939 und mit der Umsiedlung der Balten, die aus dem russischen Raum kamen, wurden wir einfach gezwungen, diese Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Wenn diese Umsiedlung auf Grund der Vereinbarungen, die damals noch mit Sowjetrußland getroffen wurden, nicht vorgenommen worden wären, dann wären uns diese Menschen deutschen Blutes verloren gegangen, sie wären alle vernichtet worden. Der Reichskommissar wurde damals vor ein schweres Problem gestellt. Ob Baltendeutsche, ob Wolhyniendeutsche, - sie mußten aus den Räumen Sowjetrußlands herausgebracht und ins deutsche Reich zurückgeführt werden. Daß das als erste Etappe dieser Aufgabenstellung des Reichskommissars gelungen ist, stellt ein grosses Werk dar. Wir haben damals aus Wolhynien 18o ooo deutsche Menschen herübergenommen. Was insgesamt von Sowjetrußland zu uns herüber kam, einschließlich der Menschen aus Litauen usw., kann ich nicht genau sagen. Man spricht wohl insgesamt von 36o ooo Menschen.

Wir waren nun gezwungen, diese deutschen Menschen anzusiedeln. Wir mußten sie in den Ostgebieten ansiedeln. Als erster Gau für die Aufnahme dieser Menschen kam der Warthegau in Betracht, als nächstes Gebiet das Generalgouvernement. Wenn ich von den volksdeutschen Siedlern über-

haupt sprechen darf, so kann ich nur auf Grund unserer eigenen Erfahrungen feststellen, daß wir mit diesen Menschen das prächtigste Material herüberbekommen haben, das man sich vorstellen kann. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Volksdeutschen teilweise durch Jahrhunderte hindurch ihr Volkstum nicht aufgegeben und vielfach draußen in den Weiten des Sowjetrussischen Gebietes einen furchtbaren Kampf bestanden.

Nun mußte alles versucht werden, damit diesen Menschen eine deutsche Heimat wiedergegeben werden konnte. Wer Gelegenheit gehabt hat, mit einem Volksdeutschen zu sprechen, der ein oder zwei Jahre in diesem berühmten Umsiedlungslager zubringen mußte, der wird verstehen, wenn ich sage: es war eine starke seelische Belastung des Einzelmenschen, die ich wirklich keinem zumuten möchte. (Als wir jetzt kurzer Hand noch vor Weihnachten die ersten etwa 4 ooo im Kreis Zamosc angesiedelt haben, hatte ich Gelegenheit, mit diesen Menschen zu sprechen.) Ich muß wirklich sagen: etwas Derartiges von einer Dankbarkeit der Menschen dafür, daß sie nun endlich ihre neue Heimat gefunden haben, gibt es nicht wieder.

(Generalgouverneur Dr. Frank: Ich werde in der zweiten Hälfte des Monats Februar, wenn es mir irgend möglich ist, diese Siedlung im Distrikt Lublin besuchen.)

16 (Staatssekretär Krüger: Daß wir uns mit der Besiedlung dieses Raumes, zunächst also des Distrikts Lublin bzw. der Kreishauptmannschaft Zamosc nicht zu Freunden der Polen machen, ist selbstverständlich.) Von der Notwendigkeit dieser Ansiedlung habe ich schon gesprochen; wir mußten sie durchführen. Andererseits waren wir vernünftig genug, diese Maßnahme nicht zu überstürzen. Auf diesem Gebiet haben wir nun auch die ersten Erfahrungen gemacht. Wir haben es erlebt, unter welchen Schwierigkeiten die Besiedlung erfolgte, welchen Widerstand andererseits die Polen uns entgegenbrachten und welche wirtschaftlichen, politischen und

sonstigen ungünstigen Auswirkungen diese Maßnahme zum Teil hatte. (Mit der Ansiedlung der Volksdeutschen im diesem Gebiet sind wir gezwungen, den Polen zu verjagen.) Anderseits haben wir ein bedingtes Interesse daran, daß ein Teil der Polen hier uns erhalten bleibt. Es sind die Polen, die im Hinblick auf ihre Einstellung uns gegenüber, im Hinblick auf ihre Leistung und im Hinblick auf ihre rassischen Werte aus diesem Raume nicht herausgenommen werden dürfen. (Wir werden diejenigen wegnehmen, die in diesem neuen Siedlungsgebiet eine Belastung darstellen. Es sind praktisch die asozialen oder minderwertigen Elemente. Sie werden abgeschoben, zunächst in Konzentrationslager gebracht und dann weiter für die Arbeit im Reich vermittelt.)

(So hat sich diese ganze erste Aktion, polnisch-propagandistisch gesprochen, auch wieder ungünstig ausgewirkt. Denn der Pole hat gesagt: nachdem der Jude vernichtet worden ist, versucht man mit den gleichen Methoden, den Polen aus diesem Raume herauszubringen und ihn ebenso zu liquidieren wie den Juden.) Wir sind leider nicht in der Lage - das wäre eine Aufgabe der Propaganda, - dem Polen eine gewisse Aufklärung zu geben, damit er sich beruhigt. Dazu sind wir nicht imstande, zum mindesten nicht in der Form, wie wir es uns selber wünschen. Soweit also der Pole minderwertig ist, wird er aus diesem Gebiet herausgenommen und verschwindet im KZ, soweit er für uns im Raume wertvoll erscheint, bleibt er im Gebiet des Generalgouvernements und erhält an Grund und Boden das gleiche, was der volksdeutsche Siedler auch bekommt. Es ist Ihnen bekannt, daß das Hauptlandamt die Gesamtstruktur des Grund und Bodens praktisch ändern will, weil es untragbar ist und ernährungsmäßig einen Unsinn darstellt, daß heute noch Hunderttausende von polnischen Bauern auf einem Grund und Boden leben, der eine Fläche von 2 - 5 Hektar umfaßt. Er ist bei dieser Besitzgröße gar nicht in der Lage, aus dem Boden das herauszuholen, was er allein für sich und seine Familie zum

Lebensunterhalt braucht. Das Hauptlandamt nimmt nun von sich aus diese große Änderung vor, und zwar dergestalt, daß der Pole, der für uns im Generalgouvernement als Bauer wertvolle Arbeit leistet, hierbleiben und später das bekommen soll, was auch der volksdeutsche Siedler erhält, eine Fläche von etwa 3o bis 4o Hektar. Dieser Bauer stellt dann später für uns einen Faktor dar.

Ganz unabhängig davon kommt dann eine Wertungsgruppe in Betracht, die als Arbeitskraft im Reich benötigt wird. Hier hat der Reichsführer angeordnet, daß die arbeitsfähigen Männer und Frauen ins Reich geführt werden, zum mindesten während der Kriegszeit. Die Familie als solche, die Kinder, die Großeltern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen bleiben hier zurück. Wir bilden dann die sogenannten Rentendörfer. Die älteren Personen, die nicht mehr zum Einsatz kommen, und die Kinder werden dann innerhalb der Familie in diese Rentendörfer verlegt, damit sie aus diesem volksdeutschen Raum herauskommen und so die Besiedlung dieses Raumes nicht stören.

Diese Maßnahmen haben natürlich eine ungeheure Unruhe erregt, was durchaus verständlich ist. Andererseits mußten wir aber diese Maßnahmen treffen, damit wir vor allem den Volksdeutschen , der neu in den Raum kommt, nun nicht äußerlich und innerlich in eine Verbindung mit dem polnischen Volkstum bringen lassen. Wir müssen den Volksdeutschen schützen und dafür sorgen, daß er in diese Verbindung hineinkommt, sonst geht er uns verloren. - Die Frage der Ansiedlung von Volksdeutschen im Distrikt Lublin war Gegenstand einer eingehenden Besprechung, die im August 1942 auf der Burg unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs und in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler stattfand.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich darf bitten, daß selbstverständlich auch solche politisch ungeheuer einschneidenden Maßnahmen nicht einseitig von Ihnen vollzogen werden, ohne daß ich dazu Stellung nehem kann. Sie haben

es im Kreise Zamosc getan. Sollte in anderen Teilen des Generalgouvernements diese Frage auch akut werden, dann würde ich Sie bitten, sich vorher mit mir zu besprechen.

(Staatssekretär Krüger: Durch diese Aussiedlung ist also, wie ihh sagte, eine große Unruhe im polnischen Raum entstanden.) Das sind aber Dinge, die wir nicht verhindern können. Wir können unmöglich die gesamte Siedlungsfrage bis nach dem Kriege zurückstellen, wie es etwa einer Anregung des Gouverneurs Zörner entsprochen hätte. Gewisse Maßnahmen müssen eben jetzt getroffen werden. Wir haben bei diesem ersten Versuch im Kreise Zamosc auch nichts überhastet, und wir werden auch in Zukunft diese Maßnahmen nach ihrer ganzen Auswirkung in politischer, wirtschaftlich und kultureller Hinsicht prüfen.

Der Reichsführer hat gewünscht, daß der Distrikt Galizien möglichst kurzfristig besiedelt wird. Er hatte schon die Menschen bestimmt, die dort angesetzt werden sollten. Wir haben darüber mit Gouverneur Dr. Wächter gesprochen. Ich hatte damals Gelegenheit gehabt, nach der Ukraine, nach der Krim und nach Transnistrien herüberzufahren, um dort die Volksdeutschen kennenzulernen. Wir haben dieses wertvolle Menschenmaterial nicht im Distrikt Galizien angesiedelt, weil es unserer Überzeugung nach unmöglich ist, an den verschiedensten Ecken gleichzeitig Umsiedlungen vorzunehmen. Das ist also abgestoppt worden, und so haben wir denn den Distrikt Lublin bzw. den KreisZamosc als erstes Gebiet in Betracht gezogen. Wann die weiteren Ansiedlungen durchgeführt werden, ist noch eine offene Frage.

(Generalgouverneur Dr. Frank: Wir werden uns über jeden einzelnen Fall der Umsiedlung fürderhin genau so unterhalten wie im Falle Zamosc, so daß also Sie, Herr Staatssekretär, bei mir erscheinen und mir Bericht erstatten.)

Staatssekretär Krüger: Unabhängig von diesenVolkstumsfragen steht die Gestaltung der Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Propaganda des Gegners. Die Widerstandskreise im Raum sind uns bekannt. Hier muß man naturgemäß auch grundsätzliche Unterscheidungen machen. Für uns steht zunächst einmal die sogenannte Widerstandsbewegung als solche im Vordergrund. Sie setzt sich aus Kräften zusammen, die ihre Weisungen auf höheren Befehl von außen her erhalten.

Ein weiterer Faktor, der uns im Generalgouvernement am meisten beschäftigt, ist das berühmte Bandenunwesen. Dieses Bandenunwesen ist ja nicht eine Neuerscheinung des Krieges, sondern war schon vor dem Kriege im Generalgouvernement bekannt. Wenn man einen polnischen Polizeibeamten, der noch aus dieer älteren Zeit stammt, spricht, dann begrüßt er es dankbarst, daß wir als deutsche Polizei gegen das Bandenunwesen in dieser scharfen Form vorgehen und Front machen. Der polnische Polizeibeamte hat sich im Einsatz gegen dieses Bandenunwesen eigentlich jeder-zeit bewährt, immer unter der Voraussetzung, daß er unter deutscher Führung zum Einsatz kommt. Daß sich das Bandenunwesen im Laufe der Jahre immer mehr verstärkt hat, ist ja ganz zwangsläufig und letzten Endes auch logisch. Wir leben im vierten Kriegsjahr unter den erschwerten Ernährungsverhältnissen. Es ist unmöglich, daß heute der polnische Bauer mit seiner Ackerfläche von 2 Hektar für sich und seine Familienangehörigen die notwendigen Ernährungsmengen erhält. Er ist gezwungen, sich in den Schleichhandel zu begeben. Soweit es sich um das bäuerliche Proletariat wird es angesichts dieser Ernährungslage praktisch geradezu gezwungen, sich einer Bande anzuschließen.

Die Statistiken, die ich mir über das Bandenunwesen habe machen lassen, sind sehr interessant. Aus ihnen ist eine fortlaufende Steigerung dieses Unwesens zu erkennen. Das braucht man nun nicht tragisch zu nehmen, als ob wir nicht in der Lage wären, unsere Aufgabe zu erfüllen;

das liegt eben in den Verhältnissen und ist auch nicht abzustellen. Wir leben sicherungsmäßig im Generalgouvernement noch verhältnismäßig sehr günstig gegenüber den Gebieten, die unmittelbar im Anschluß an das Generalgouvernement nach Osten liegen, in denen es praktisch gesehen ganze Partisanenrepubliken gibt, wohin kein Deutscher kommt und wo Wehrmacht und dort eingesetzte Polizeikräfte unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten müssen. Wir haben mit einer Steigerung des Bandenunwesens immer wieder zu rechnen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß es uns mit unseren polizeilichen Maßnahmen gelingen wird, dieser Pest Herr zu werden.

Ich komme dann zu den eigenen Sicherungskräften. Der Schrei nach der Polizei ist selbstverständlich groß und wird mit jedem Tag größer. Das ist verständlich. Andererseits muß Ihnen allen insofern eine Enttäuschung bereiten, als ich mitzuteilen habe, daß wir niemals mit irgendwelchen Polizeiverstärkungen im Generalgouvernement werden rechnen können. Je gespannter die Verhältnisse politisch und militärisch werden, umso schwerer werden unsere eigenen Polizeikräfte in der Lage sein, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Bei meiner Reise in die Ukraine habe ich die Beobachtung gemacht, daß die gesamte Ukraine eigentlich nur von fremdvölkischer Polizei bewacht oder gesichert wird. Nur die Führungsstellen sind deutscher Polizei anvertraut. Im Generalgouvernement ist heute das Verhältnis 1 : 1 . Ich glaube aber, daß wir mehr und mehr Polizeikräfte noch aus dem Raum werden herausnehmen müssen, - sie werden uns zwangsläufig weggenommen. Alle k.v.-Unteroffiziere und -männer wie auch Offiziere werden herausgezogen. Neue Divisionen werden aufgestellt, in die diese Mannschaften gebracht werden. Meines Wissens mußte die Ordnungspolizei in diesen Tagen etwa 4oo Unteroffiziere abgeben. Wir haben fast nur Polizeireservisten, die aus allen Berufen kommen. Das sind ja nicht unsere prächtigen alten Wachtmeister, die jetzt hier dienen und sich in einem fremden Raum richtig zu benehmen wissen. Wir haben in Wahrheit mit einem Reservisten zu

das liegt eben in den Verhältnissen und ist auch nicht abzustellen. Wir leben sicherungsmäßig im Generalgouvernement noch verhältnismäßig sehr günstig gegenüber den Gebieten, die unmittelbar im Anschluß an das Generalgouvernement nach Osten liegen, in denen es praktisch gesehen ganze Partisanenrepubliken gibt, wohin kein Deutscher kommt und wo Wehrmacht und dort eingesetzte Polizeikräfte unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten müssen. Wir haben mit einer Steigerung des Bandenunwesens immer wieder zu rechnen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß es uns mit unseren polizeilichen Maßnahmen gelingen wird, dieser Pest Herr zu werden.

Ich komme dann zu den eigenen Sicherungskräften. Der Schrei nach der Polizei ist selbstverständlich groß und wird mit jedem Tag größer. Das ist verständlich. Andererseits muß Ihnen allen insofern eine Enttäuschung bereiten, als ich mitzuteilen habe, daß wir niemals mit irgendwelchen Polizeiverstärkungen im Generalgouvernement werden rechnen können. Je gespannter die Verhältnisse politisch und militärisch werden, umso schwerer werden unsere eigenen Polizeikräfte in der Lage sein, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Bei meiner Reise in die Ukraine habe ich die Beobachtung gemacht, daß die gesamte Ukraine eigentlich nur von fremdvölkischer Polizei bewacht oder gesichert wird. Nur die Führungsstellen sind deutscher Polizei anvertraut. Im Generalgouvernement ist heute das Verhältnis 1 : 1 . Ich glaube aber, daß wir mehr und mehr Polizeikräfte noch aus dem Raum werden herausnehmen müssen, - sie werden uns zwangsläufig weggenommen. Alle k.v.-Unteroffiziere und -männer wie auch Offiziere werden herausgezogen. Neue Divisionen werden aufgestellt, in die diese Mannschaften gebracht werden. Meines Wissens mußte die Ordnungspolizei in diesen Tagen etwa 4oo Unteroffiziere abgeben. Wir haben fast nur Polizeireservisten, die aus allen Berufen kommen. Das sind ja nicht unsere prächtigen alten Wachtmeister, die jetzt hier dienen und sich in einem fremden Raum richtig zu benehmen wissen. Wir haben in Wahrheit mit einem Reservisten zu

rechnen, der heute, in eine Polizeiuniform gesteckt, die Aufgaben des Polizeibeamten zu erfüllen hat. Man setzt viel voraus, man unterstellt sehr viel, aber praktisch ist es nicht vorhanden. Das bedeutet für uns im Raum sehr viel; denn der Befehlshaber der Ordnungspolizei muß nach dieser Richtung hin alles mögliche für die Ausbildung dieser Mannschaften tun. Wenn sich die Männer heute noch teilweise ~~neeh~~ unbeholfen benehmen, dann ist es auf diese schwierige Ausbildung zurückzuführen, darf aber nicht tragisch genommen werden. Wir sind eben auf diese Kräfte angewiesen, und sie werden nicht stärker, sondern nur noch schwächer werden. Wir werden auch mehr und mehr die fremdvölkische Polizei einschalten müssen. Wir haben im Generalgouvernement, glaube ich, rd. 12 ooo Mann polnischer Polizei. Wir haben ferner die ukrainische Polizei.

(Gouverneur Zörner: die leider sehr schlecht besoldet ist!)

- die Besoldung ist uninteressant, maßgebend ist die Verpflegung. Ich bin der Hauptabteilung E.u.L. dafür dankbar, daß sie entsprechend unseren Wünschen nicht nur die Verpflegung des einzelnen polnischen Polizeibeamten, sondern auch die seiner Familienangehörigen erhöht hat. Daß der polnische Polizeibeamte besoldungsmäßig schlecht gestellt ist, ist uns bekannt. Aber er könnte looo Zloty im Monat verdienen, so wäre ihm damit angesichts der Überteuerung der Nahrungsmittel, die er sich unter Umständen im Schleichhandel erwerben müßte, auch nicht geholfen. Jedenfalls sind wir mehr als bisher gezwungen, auf diese fremdvölkische Polizei zurückzugreifen.

Eine wesentliche Entlastung bedeutet für uns der Sonderdienst. Er hat im Rahmen seiner Verwaltungsaufgaben Hervorragendes geleistet und bleibt in seiner Struktur so erhalten, wie ich es Ihnen, Herr Generalgouverneur, damals dargelegt habe. Hinsichtlich seiner Tätigkeit bei den Kreishauptmannschaften und der Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben wie auch hinsichtlich seiner Stärke darf nichts geändert werden. Er hat sich bewährt. Daß er unter die polizeiliche

Führung des Befehlshabers der Ordnungspolizei und unter die SS- und Polizeigerichtsbarkeit gekommen ist, können wir nur begrüßen; denn unter den Mannschaften des Sonderdienstes findet sich mancher, der schon mehr als straffällig geworden ist. Es ist daher gut, daß diese Disziplinargerichtsbarkeit besteht. Wir haben in Krakau nicht die dort bestehende Kammer übernommen, wohl aber die in ihr tätigen Männer.

Der Sonderdienst gilt für uns als Hilfspolizeiorgan. Die in den Kreishauptmannschaften eingesetzten Sonderdienstmänner werden jeweils ausgetauscht, sie kommen dann zum Ersatzbataillon nach Krakau, erhalten ihre Hilfspolizeiliche Ausbildung von 8 Wochen und werden dann Hilfspolizeibeamte. Als solche gehen sie wieder in die Kreishauptmannschaften und haben dann die Befugnis, Hilfspolizeiliche Maßnahmen durchzuführen.

Abgesehen von dem Sonderdienst und der polnisch-ukrainischen Polizei behelfen wir uns nun noch mit sogenannten Hilfspolizeikräften, wenn es sein muß, einsatzmäßig gesprochen, auch mit der Polizeiverstärkung, die wir seinerzeit auf Grund des bekannten Erlasses auf Wunsch des Führers gebildet haben. Das sind die Alarmkräfte der Polizei. Zweck und Sinn der Einrichtung ist, daß wir ~~de~~ im letzten Notfall auf jeden Deutschen zurückgreifen können und praktisch auch müssen. Es darf kein Zweifel darüber bestehen: wenn es hart auf hart geht und es hier wirklich einmal zu inneren Unruhen kommen sollte, dann dürfen wir uns nicht auf die fremdvölkischen Polizeikräfte verlassen. Diese Erwägung ist in meinen Sicherungsplänen und Maßnahmen miteinkalkuliert. Sonst wären wir selber verlassen. Wir können uns praktisch nur auf unsere Polizeiorgane stützen, d.h. auf die Ordnungspolizei, die Sicherheitspolizei, den Sonderdienst und auf die Polizeiverstärkung der Reichsdeutschen. Daher muß nach Möglichkeit jeder Deutsche für diese Polizeidienstpflicht eingesetzt werden. Es ist nicht so, daß wir etwa daran eine Freude hätten, auf dem Wege dieser Polizeidienstpflicht den Reichsdeutschen in die Gewalt der Polizei zu bekommen,

ihn vielleicht von seiner Arbeit abzuhalten, ihn zu terrorisieren - oder wie Sie es nennen mögen. Wir sind wohl alle von Haus aus etwas darauf eingestellt, uns diesen polizeilichen Dingen zu entziehen; das ist verständlich. Wenn es aber einmal zur Entscheidung kommt, dann brauchen wir jeden Mann. Er muß mit der Waffe ausgebildet sein, er muß seinen Mann stehen und sich im Interesse der deutschen Behörden oder auch zum Schutze deutscher Frauen und deutscher Kinder betätigen. Ich kann es nur dankbar begrüßen, wenn gerade die Herren Gouverneure dieser Aufgabe Verständnis entgegenbringen. Daß wir in der Frage der Freistellung großzügig sind und diejenigen, die mit ihrer Arbeit unbedingt benötigt werden, auch freilassen, ist für uns selbstverständlich. Ich möchte nur haben, daß Prestigefragen oder ähnliche Erwägungen hier keine Rolle spielen. Ich bin überzeugt, daß der Deutsche, der zum Polizeidienst herangezogen worden ist und seine Schießausbildung erhalten hat, daran seine Freude hat. Er weiß, wozu er seine Pistole trägt, er weiß, daß er schießen und auch treffen kann, ob er nun mit dem Karabiner oder mit dem leichten bzw. schweren Maschinengewehr ausgebildet ist. Wir sind jetzt alle Soldaten; wenn der Deutsche mit der Waffe ausgebildet ist, dann steigt auch damit sein Selbstbewußtsein. Aus allen diesen Gründen bitte ich , das notwendige Verständnis für diese Aufgabe aufzubringen. Wenn sich ein Gouverneur von diesem Dienst befreien ~~läßt~~ lassen will, es, so ist ~~das~~ selbstverständlich, daß einem entsprechenden Ersuchen Folge gegeben wird. Wenn es ihm aber Freude macht, auch an diesem Dienst teilzunehmen, dann wird er sich mit seinem SS_ und Polizeiführer verständigen und ihn fragen, wann das nächste Mal geschossen wird, und es wird ihn auch als Gouverneur erfreuen, seine Schießübung zu erfüllen. Ich könnte mir vorstellen, daß jeder Gouverneur davon Gebrauch macht, und nehme nicht an, daß er dadurch von der Erfüllung seiner schweren Aufgaben abgehalten wird. Wenn die Ausbildung nicht so exakt und korrekt durchgeführt werden kann, wie es sonst vielleicht

der Fall wäre, dann bitte ich auch dafür Verständnis zu haben im Hinblick auf das , was ich vorhin sagte. Wir sind leider nicht in der Lage, wirklich hervorragende Ausbilder zur Verfügung zu stellen. Mancher, der in einer Alarmkompanie Dienst tut, wird sich vielleicht als alter Soldat sagen: was ist das vür ein unmöglicher Ausbilder? - Das kenne ich ja alles, - wozu bin ich denn hierher gekommen? Ich bitte, auch dafür Verständnis aufzubringen; wir können eben nicht einen loo %igen Ausbilder stellen, der das alles leistet. Deshalb bin ich auch sehr zufrieden, daß diese Alarmkompanie ihre eigenen Führer stellt. Ich weiß, daß z.B. der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft in Krakau ein Alarmbataillon führt und auch andere Herren der Zivilverwaltung Alarmkompanien führen. Die Polizei soll ja nur den Weg weisen und für die Ausbildung in Betracht kommen. Im Ernstfall aber soll der Führer einer Alarmkompanie in der Lage sein, seine Einheit einsatzmäßig zu führen. Ich danke den beteiligten Kreisen für das große Verständnis, das dieser Aufgabe entgegengebracht wird, die für uns eine der wesentlichsten ist. Wir werden mehr und mehr auf unsere eigenen Kräfte zurückgreifen müssen, da die Sicherheitskräfte als solche im Laufe der Zeit nicht ausreichen werden. Wir können eben nicht alles sichern und bewachen.

Meinen eigenen schwachen Polizeikräften muß ich immrer wieder für ihren selbstverständlichen und selbstlosen Einsatz danken, den sie hier auftrags- und befehlsmäßig durchzuführen haben. Für die Polizei gilt es in erster Linie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieses Gebiet zu sichern. In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht vertraulich die Zahl der Verluste angeben, die wir im Laufe des vergangenen-Jahres gehabt haben. Die deutsche Ordnungspolizei und die Gendarmerie haben im Jahre 1942 7o Tote und 121 Verwundete gehabt, die Sicherheitspolizei 7 Tote und 8 Verletzte, die SS 4 Tote und 6 Verletzte, der Sonderdienst 5 Tote und 4 Verletzte, die polnische Polizei 84 Tote und 9o Verletzte,

die ukrainische Polizei 17 Tote und 11 Verletzte, sonstige polnische und ukrainische Beamte in deutschen Diensten 108 Tote und 30 Verletzte. Diese hohen Blutopfer mögen zeigen, daß sich jeder deutsche oder fremdvölkische Polizeibeamte rückhaltlos für unsere deutschen Interessen einsetzt und sein Leben für unsere Sache hingibt.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth macht im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs Krüger streng vertrauliche Mitteilungen über die Sonderaktion, über die Sicherheitslage im Generalgouvernement und die Tätigkeit der Widerstandsbewegung.

Der Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Becker macht hierauf Angaben über die Stärke der im Generalgouvernement eingesetzten Polizeikräfte. Deutsche Ordnungspolizisten gebe es im Generalgouvernement gegenwärtig 10 190. Die Ordnungspolizei verfüge über 11 Bataillone, 1 motorisiertes Gendarmeriebataillon, eine Reiterabteilung und einige kleinere Formationen, so u.a. zwei Schwadronen in Galizien und einigen Kompanien, die aber wieder herausgezogen werden würden. An fremdvölkischer Polizei stünden 16 337 Mann im Dienst. Betrachte man die Zahl der deutschen Ordnungspolizei, so sei sie eigentlich viel geringer als diejenige, die in den besten Zeiten vorhanden gewesen sei. Im Jahre 1939/40 seien auch nicht mehr als 13 Bataillone vorhanden gewesen. Hinzugekommen sei nun allerdings das ganze Gebiet Galiziens.

Angesichts der weiteren Entwicklung der Lage gebe es im Generalgouvernement kaum mehr ein Gebiet, das ohne Polizei bearbeitet werden könnte. Die polizeiliche Tätigkeit erschöpfe sich nicht nur in der Bekämpfung der Banden, sondern die polizeilichen Kräfte müßten auch bei der Arbeitererfassung, bei der Ernteerfassung, bei der Judenevakuierung und anderen Aufgaben eingesetzt werden. Dazu wachse die Zahl der zu bewachenden Objekte aller Art, die auch wieder infolge der Ernteerfassung eine erhebliche Vermehrung erfahren hätten. Während sich also die Stärke der Truppe vermindere, habe sich die Größe der der Polizei

gestellten Aufgaben vermehrt.

Die fremdvölkische Polizei habe sich voll bewährt. Erfreulicherweise sei es gelungen, die Ernährung für die fremdvölkische Polizei zu sichern. Auch die Fürsorge für ihre Familien hinsichtlich der Ernährung habe auf diese Polizeikräfte den besten Eindruck gemacht.

Die Arbeit der Polizeibataillone ~~ist~~ sei mit ihrem eigentlichen Einsatz nicht erschöpft, sondern sie müßten nebenher auch ausgebildet werden. Dieser fortgesetzten Wiederholung der Ausbildung könne man nicht entraten. Außerdem trage er die Verantwortung dafür, daß diese Bataillone, wenn sie an der Front eingesetzt würden, nicht durch Unkenntnis der Waffenbehandlung durch den Feind blutige Verluste erlitte. Sämtliche Bataillone würden in einem gewissen Turnus an die Front geschickt, sie hätten sich auch stets tapfer geschlagen.

Eine besonders schwierige Aufgabe, die erfolgreich durchgeführt worden sei, sei die Auffindung von Geheimsendern. In letzter Zeit seien auf diesem Gebiete Erfolge erzielt worden, die geradezu einmalig seien. Die Wehrmacht habe sich für die Durchführung dieser Aufgabe als nicht fähig erklärt und habe die Führung in dieser Angelegenheit der Ordnungspolizei überlassen, die diese Aufgabe in engster Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei durchführt. Was auf diesem Gebiete an stiller , bescheidener, aber doch zäher rücksichtsloser opfervoller Einsatztätigkeit gearbeitet und geleistet werde, allerdings oft auch unter blutigen eigenen Verlusten, sei unglaublich. Es handle sich hier um einen Kampf gegen ein Verbrecher- und Untermenschentum, das mit allen Mitteln des geübten Gewohnheitsverbrechers arbeite, wie man es sonst an keiner Stelle des polizeilichen Kampfes finde. Die letzten Erfolge berechtigten zu der Hoffnung, daß man zwar die Geheimsender nicht völlig ausrotten werde, da ihnen ja immer wieder durch Abwurf aus

Flugzeugen Hilfe werde, daß sie aber kein ruhiges Leben mehr führen könnten, weil sie von Ort zu Ort gejagt würden.

Erwähnenswert sei die Tatsache, daß im Jahre 1942 im Bandenkampf 17 386 Banditen gefallen seien. Er habe diese Zahl auf das sorgfältigste nachgeprüft und festgestellt, daß es sich nicht etwa dabei um Helfershelfer, sondern um Banditen gehandelt habe, die mit dem Karabiner in der Hand im Polizeikampf gestanden hätten und in blutigen Gefechten durch den Einsatz der Ordnungspolizei erledigt worden seien. Das Vielfache dieser Zahl entfalle auf die Verwundeten oder Beschädigten.

Was die Frage des Rückganges der Zahl der Ordnungspolizei angehe, so sei er allerdings auch der etwas vorsichtigen Annahme, daß man mit einer Schwächung dieser Kräfte zu rechnen haben werde. Durch eine stärkere Heranziehung fremdvölkischer Polizei, die man natürlich entsprechend ernähren müsse, könne ein Ersatz für die ausfallenden Polizeikräfte geschaffen werden. Vor allem biete aber die Ausbildung der Alarmkräfte des Polizeihilfsdienstes der Reichsdeutschen einen Rückhalt und gebe ein zuverlässiges Instrument, auf das man sich verlassen könne. Die Ausbildung dieser Kräfte gehe in wundervoller Kameradschaftlichkeit vor sich, und man könne annehmen, daß diese Alarmkräfte gegebenenfalls in bester Stimmung in den Kampf gehen würden. Die Leistung sowohl der Ordnungspolizeibataillone wie diejenige der nachträglich ausgebildeten Reichsdeutschen beruhe vor allem auf der vernünftigen, ruhigen, sachlichen und ernsten Arbeit der Polizeioffiziere, die damit beauftragt seien, die Bataillone sowohl wie die Alarmkräfte auszubilden, ferner auf der weltanschaulichen Ausrichtung namentlich der Bataillone. Im übrigen habe sich im Laufe der Zeit die enge Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei ganz besonders bewährt. Von besonderem Nutzen sei die Erfahrung, die die Truppe allmählich mit dem Einsatz von V-Männern gewinne. Man führe den Bandenkrieg jetzt eigentlich nicht mehr nach militärischem Muster, sondern habe ein ganz spezielles fachgeschultes polizeiliches Verfahren. Es werde kein

Gefecht mehr eingeleitet und durchgeführt, ohne daß vorher durch V-Männer und Mannschaften der Sicherheitspolizei ein Netz von Überwachungen über das betreffende Gebiet oder Objekt gespannt worden sei, so daß man eigentlich bis zu einem gewissen Grade von vornherein des Erfolges sicher sein könne. Man habe auch mit dieser Kampfesmethode, die die Truppe absolut beherrsche die besten Erfolge erzielt. Daß man gleichwohl vielfach Meldungen von Raubüberfällen usw. höre, lasse sich nicht vermeiden. Es sei eben nicht möglich, überall Polizei einzusetzen. Der Mangel an Betriebsstoff stehe dem entgegen, daß man schnell an jede Stelle Polizei hinwerfen könne. So werde die Zahl der ungeaufklärten Fälle immer hoch bleiben. Die Hauptsache sei, daß man die Massen der Banditen niemals aus der Zange lasse, Tag und Nacht mit ihnen im Kampfe stehe und so das Heer der Banditen nicht zur Ruhe kommen lasse. Mit den Kräften der deutschen Ordnungspolizei und der nichtdeutschen Polizei, unterstützt von der Sicherheitspolizei, und mit dem sehr wertvollen Machtmittel der reichsdeutschen Hilfspolizei im Rücken werde man immer in der Lage sein, die Sicherheitslage zwar nicht zu verbessern, sie aber auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, vorausgesetzt, daß die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werde.

Generalgouverneur Dr. Frank will die Hilfspolizei nur eingesetzt wissen, wenn Alarmgefahr bestehe. Hier dürfe es sich nicht um einen regulären Dienst handeln. Wenn es zu außergewöhnlichen Zuständen kommen sollte, so müßten die Dinge vorher mit den Behörden besprochen werden.

Generalleutnant Becker glaubt, daß es gelingen werde, auch für diese Alarmbataillone, die man aus den Hilfszusammenstelle u. dienstkräften, in gewissen Umfange Waffen Uniformen sicherzustellen, so daß man wenigstens etwa 4 ooo Mann im Alarmfalle einkleiden und bewaffnen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt als besonders wichtig die Erkenntnis heraus, daß sich das ganze Sicherheitsproblem und auch das Verwaltungsproblem um die grundsätzliche Einigkeit bei der Verwaltung und Polizei zu der Frage der Behandlung der Fremdvölkischen drehe. Zunächst einmal müßte völlige Klarheit darüber bestehen, was in diesem Raume mit seiner Bevölkerung im deutschen Interesse endgültig geplant sei. Weiter müsse geprüft werden, ob dieses Ziel schon während des Krieges ins Auge gefaßt und durchgesetzt werden könne oder ob es nicht zweckmäßiger sei, die deutschen Absichten im gegenwärtigen Augenblick zu tarnen und, ohne ihre Durchführung für die Zukunft zu verbauen, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, die die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung im deutschen Interesse gewährleisteten. Wenn die Polen heute wüßten, daß sie in diesem Raume künftig nichts mehr zu bestimmen hätten, daß man sie höchstens als nützliche und dienende Elemente einsetzen, daß man sie von Haus und Hof treiben, von ihren Familien trenne, daß man sie nach guten, weniger guten, asozialen und arbeitsfähigen Elementen auseinanderreißen werde, dann könne von einer freiwilligen Mitarbeit im ganzen nicht mehr die Rede sein. Davon hänge aber auch die Frage ab, ob man die Bevölkerung ernähren könne. Wenn man die bäuerliche Bevölkerung nicht in Ruhe halte, wenn es nicht gelinge, sie zur Bestellung ihres Ackers und zur Ablieferung ihrer Produkten zu veranlassen, dann werde man auch den übrigen Teil der Bevölkerung nicht ernähren, nicht in Ruhe und Ordnung halten können. Von der Entscheidung dieser Frage und der Übereinstimmung in dieser Frage hänge die Arbeit auf sämtlichen anderen Gebieten ab. In einem fruchtbaren Gedankenaustausch müßten diese Fragen von der Verwaltung wie von der Polizei gemeinsam geklärt und vor allem verhindert werden, daß zwischen Polizeiverwaltung und allgemeiner Verwaltung eine Kluft entstehe oder eine gegenseitige Abneigung geschaffen würde. So weit dürfe der Korpsgeist nicht gehen, daß die Behandlung gemeinsamer Fragen darunter leiden könnte.

Er bitte den Herrn Generalgouverneur, häufiger in allgemeinen und Teilbesprechungen den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, ihre Maßnahmen aufeinander abzustimmen, damit/so zu einem gemeinsamen Vorgehen und ausgerichteten Handeln kommen könne. /man

In den letzten Monaten sei eine lawinenartig ansteigende Zahl von Überfällen, Beraubungen und ein Zunehmen der allgemeinen Unsicherheit im ganzen Lande zu verzeichnen. Das wirke sich nicht nur auf dem Gebiete der Sicherheit unangenehm aus, sondern durch eine weitere Verbreiterung dieser Lawine könnte Handel und Wandel, jede Ordnung, jede Arbeit unterbunden werden. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verwaltung müsse derart sein, daß die Unruhe, die infolge des Bandenunwesens und der Auswirkungen des Krieges im Osten in dieses Gebiet zwangsläufig hineingetragen worden sei, nicht noch durch polizeiliche Maßnahmen gesteigert werde.

Was die Erschließung des Raumes für das deutsche Volkstum angehe, so dürfe die durch die starken Eingriffe in gewisse Interessen hervorgerufene Unruhe und auch der Stand der militärischen Auseinandersetzung nicht unbeachtet bleiben. Die Frage, ob eine bereits bestehende Unruhe sich nicht noch in katastrophaler Weise auswirken könne, müsse auch bei der Planung größer Aussiedlungen in jedem Fall von vornherein mit in die Berechnung einbezogen werden. Die Anregung des Herrn Generalgouverneurs, daß bei künftigen größeren Umsiedlungsvorhaben zuvor eine Übereinstimmung zwischen den beteiligten Instanzen herbeizuführen sei, sei außerordentlich dankenswert, und mit ihrer Befolgung werde man eine Vereinfachung und Erleichterung dieser Maßnahmen erreichen.

Auch bei der Bekämpfung des Bandenunwesens könne die Zusammenarbeit des Kreishauptmanns mit dem Gendarmerieführer und dem Führer der polnischen Polizei dazu beitragen, daß die Unruheherde lokal zu beeinflussen wären und von einer Gesamtbeunruhigung nicht gesprochen werden könne. Auch erhalte die möglichste Vermehrung der einheimischen Polizei-

kräfte für geboten. Polnische Polizeiposten dürften wegen ihrer Gefährdung nicht zurückgenommen oder zusammengelegt werden, sondern man müsse dafür sorgen, daß auch die schwachen Posten durch eine Verstärkung ihrer Zahl erhalten bleiben könnten. Für neue große Aktionen müsse eine Ergänzung der polizeilichen Maßnahmen durch Ausbau der stationären Sicherheitsorgane erreicht werden. So könne durch ein Zusammenwirken von Verwaltung und Polizei auch auf dem Sicherheitsgebiet ein Zustand geschaffen werden, der die Arbeit im Interesse der landwirtschaftlichen Erzeugung, der Ernteerfassung, der Arbeitererfassung, der Rüstungs- und Wirtschaftsinteressen dieses Gebietes gewährleiste.

(Gouverneur Dr. Fischer) führt aus, daß die Sicherheitslage im Distrikt Warschau eigentlich bis zum Ende des vorigen Jahres recht gut gewesen sei. Der überwiegende Teil der Bevölkerung - fast die gesamte Bauern- und Arbeiterschaft - habe seine Pflichten voll und ganz erfüllt. In den Rüstungsbetrieben habe es keine Sabotageakte gegeben, und der Bauer habe seiner Ablieferungspflicht hervorragend genügt. Erst gegen Ende des Jahres seien die Banditen besonders in den Ostkreisen zahlreicher aufgetreten, um sich dann vor allem in der Stadt Warschau zu betätigen. Zur Zeit sei dort eine ganz bedenkliche Steigerung der Überfälle zu verzeichnen: im November 241, im Dezember bereits 345 , - im Januar werde sich die Zahl wohl noch erhöhen. Vermehrt seien vor allem die Überfälle mit Tötungsabsicht auf Deutsche. Insbesondere häuften sich in der Stadt Warschau die Überfälle auf Wehrmachtsangehörige, denen man die Waffen abnehmen wolle. (Zweifellos sei die Ermordung deutscher Soldaten auf die Aktion von lo. bis 18. Januar zurückzuführen. Eine unmittelbare Folge dieser Aktion seien auch die Überfälle auf die deutschen Kinos und auf den Hauptbahnhof.)

(Er sei mit der Wehrmacht und mit seinen Mitarbeitern der festen Überzeugung, daß angesichts der Art der Durchführung dieser Aktion in Warschau die Sicherheitslage zweifellos verschärft worden sei. Bei dieser Aktion seien überhaupt nicht asoziale Elemente verhaftet worden, sondern man habe die Leute von der Straße, aus den Kinos, aus Kirchen und Häusern herausgeholt. Dabei seien dann auch in

verschiedenen Fällen von deutschen Dienststellen ausgestellte Ausweise zerrissen worden. Der SS und Polizeiführer von Sammern habe erfreulicherweise diese Fälle sofort nachprüfen lassen, und eine Freilassungsaktion sei zum Teil schon durchgeführt.

Eine sehr starke Beuruhigung sei durch die Umsiedlung im Kreise Zamosc eingetreten. In diesem Zusammenhang habe auch eine Verschickung von Kindern nach Warschau eine Rolle gespielt. Diese Verschickung, die zunächst nur geringen Umfanges gewesen sei, habe zu einer großen Unruhe geführt. Zahlreiche Polen hätten sich über diesen Fall auf den Straßen unterhalten und darüber Bemerkungen gemacht. Ein im Rundfunk gegebenes Dementi habe wenigstens für die Stadt Warschau sehr gut gewirkt. Einige Tage später seien aber wieder Kinder aus Zamosc in Warschau angekommen, die ein volksdeutscher Bürgermeister in seinem Dorf nicht habe unterbringen können. 45 Kinder seien dann in ein Lazarett gelegt worden. Aus Berichten von Kreishauptmännern sei zu entnehmen, daß infolge dieser Umsiedlung die Haltung der Bauern sehr labil sei; wenn nicht bald eine Beruhigung einträte, dann könnte es möglich sein, daß der Bauer seine bisher gezeigte Willfährigkeit zur Mitarbeit aufgebe. Wenn jetzt geplant sei, im Distrikt wohnende Volksdeutsche in geschlossene Dörfer umzusiedeln, so bitte er, diese Umsiedlung nicht durchzuführen. Die in Betracht kommenden Volksdeutschen lebten schon 3 Jahre in diesen Verhältnissen, sie würden von der NSV und von der Partei intensiv betreut. Durch diesen internen Umsiedlungsakt, durch den Tausende von Polen von ihren Anwesen entfernt werden müßten, würden nur weitere Unruhen entstehen.

In diesem Zusammenhang weist Gouverneur Dr. Fischer auf die Tätigkeit der volksdeutschen Mittelstelle hin und gibt zu bedenken, daß sich im Rahmen der gegenwärtigen Organisation mindestens 3 oder 4 Stellen auf dem gleichen Gebiet betätigten: Staat, Partei, NSV und Volksdeutsche Mittelstelle. Hier müßten ganz klare Weisungen darüber ergehen, welche Stelle federführend diese Arbeiten zu erledigen habe.

Die Zusammenarbeit mit Polizei und SS sei immer ganz ausgezeichnet gewesen. Man habe bisher immer alle Fragen gemeinsam besprochen, der SS und Polizeiführer nehme an den Distriktssitzungen teil, unterrichte auch den Gouverneur über alle ihn interessierende Fragen.

Staatssekretär Krüger betont, daß die/Frage der /Für Binnenumsiedlung selbstverständlich im Vordergrunde stehe das Interesse der Volksdeutschen, nicht das der Polen. Man müsse dafür sorgen, daß nicht die ewige Unruhe auch in volksdeutschen Kreisen herrsche, auf die überhaupt niemand Rücksicht zu nehmen scheine. In den Volkstumsfragen sei man ja verpflichtet, alles zu tun, was zur Besserung der Lage der Volksdeutschen überhaupt beitragen könne. Die Lösung der Frage der Binnenumsiedlung innerhalb des Generalgouvernements sei eben durch die Not bedingt, in der sich die Volksdeutschen befänden. Das beziehe sich in erster Linie auf den Distrikt Radom und auf den Distrikt Warschau. Es müsse erreicht werden, daß endlich der Volksdeutsche wirtschaftlich zum mindesten besser gestellt werde als der Pole. Auf diesem Gebiet sei in den letzten drei Jahren nicht allzuviel getan worden. Man müsse den Volksdeutschen nicht nur in ihren Berufen, also auf dem gewerblichen, wirtschaftlichen oder Handelssektor helfen, sondern vor allem auch den Bauern. Auf Grund einer Anordnung des Reichskommissars habe man sich nach Möglichkeit bemüht, dem Volksdeutschen, der in den 2o Jahren polnischer Herrschaft geknechtet und geknebelt worden sei, endlich das zu geben, was ihm dauernd zugesagt und was immer propagiert worden sei. Der Leiter des Hauptlandamtes SS-Obersturmbannführer Dr.Kuchenbäcker habe ihm einen Plan darüber vorgelegt, in welcher Form man den volksdeutschen Bauern helfen wolle: Nach diesem Plan solle dem volksdeutschen Bauern mehr Land gegeben werden, als ihm die Polen bis dahin gelassen hätten, ferner ein besserer Boden, und drittens wolle man ihn aus der polnischen Umgebung herausnehmen, die für ihn und seine Kinder auf die Dauer untragbar sei. Er, Staatssekretär

Krüger, habe den Leiter des Hauptlandamtes ersucht, vor der Inangriffnahme solcher Binnenumsiedlungen sich mit den Distriktschefs zu verständigen und ihnen seine Gedanken über die Umsiedlung anhand seiner Pläne zu erläutern. Man müsse jetzt zu einer Regelung dieser Fragen kommen. Über den Termin des Stattfindens einer Binnenumsiedlung habe man sich noch nicht unterhalten, nur darüber, daß das Grundprinzip durchgeführt werden müsse. Dabei werde man bestrebt sein, den volksdeutschen Bauern den besten Boden zu geben und sie auch geschlossen unterzubringen. Angesichts der Sicherheitslage könne man die Volksdeutschen unmöglich verstreut in diesem Gebiet wirtschaften lassen, sie müßten unbedingt das Gefühl der Sicherheit haben. Aus den ihm zugehenden Meldungen gehe immer wieder hervor, daß die polnischen Banden vor allem die auf dem Land allein lebenden volksdeutschen Bauern umbrächten, sie beraubten oder ihre Häuser ansteckten.

Für die Betreuung der Volksdeutschen insgesamt habe der Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums einen ganz strikten Auftrag des Führers. Er, Staatssekretär Krüger, halte es in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Reichskommissars für falsch, in Presse oder mit Hilfe des Rundfunks dauernd alle diese Aktionen zu besprechen. Dadurch würde auch die polnische Bevölkerung unnötig beunruhigt. Er habe deshalb auch bewußt davon abgesehen, sich in irgendeiner Form als Beauftragter des Reichskommissars zu melden. Man habe vor allem versucht, den Volksdeutschen möglichst praktisch zu helfen. Diese Art der Betreuung der Volksdeutschen liege ja in der Hand des Reichskommissars. Sein Auftrag gehe dahin, sich bei Durchführung der volksdeutschen Betreuungsaktion der Behörden und der Partei zu bedienen. Aus diesen Gründen habe er auch den Leiter des Hauptlandamtes angewiesen, zunächst eine Generalplanung zu machen und dann mit den Gouverneuren über diese Planung zu sprechen

Gouverneur Dr. Fischer betont, daß es auch das Bestreben der Gouverneure sei, den Volksdeutschen soviel wie möglich zu helfen. Aber die Frage der Umsiedlung dürfe nicht übers Knie gebrochen werden. Gewiß könne in einzelnen Fällen, wie es auch schon geschehen sei, mit der Umsiedlung

begonnen werden, zu bedenken sei aber, daß auch nach Meinung landwirtschaftlicher Fachleute viele Deutsche gar nicht fähig seien, größere Güter zu verwalten; denn die besten Deutschen seien jetzt bei der Wehrmacht. Er halte es daher für zweckmäßig, zu warten, bis diese Männer wieder zurückkämen. Mit dem Material, das man heute in den Dörfern habe, sei nicht viel anzufangen. Im übrigen sei die Arbeit der NSV auf dem Gebiete der volksdeutschen Betreuung durchaus anzuerkennen.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß die NSV mit der Dienststelle des Reichskommissars zusammenarbeite. Auf dem Parteisektor stehe er auch in ständiger Verbindung mit der NSV. Die SS-Führer hätten ja keine Entscheidungen zu treffen. Sie sollten sich lediglich ein Bild über das machen, was auf dem Gebiete der Betreung der Volksdeutschen notwendig sei. So sei die Tätigkeit der SS auf diesem Gebiete lediglich richtungweisend, die Durchführung der Maßnahmen aber liege in der Hand der Gliederungen und Organisationen. Er sei bereit, die NSV in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet im Anschluß an die von den Vorrednern gemachten Ausführungen eine Besprechung der Umsiedlungsfragen in Krakau für Anfang Februar an.

Gouverneur Zörner geht kurz auf die schlechte Besoldung der polnischen Polizeikräfte ein. Sein Einwurf sei eigentlich mehr an die Adresse der Hauptabteilung Finanzen gerichtet. Über die Anweisung der Kreishauptmänner hinaus müsse man diese polnischen Polizeikräfte, die durchweg gut arbeiteten und alle möglichen Opfer gebracht hätten, fester an die Verwaltung ketten, zumal sie meistens aus dem Warthegau und aus Oberschlesien kämen und sich den Kongreßpolen gegenüber erhaben fühlten. Wenn die polnischen Polizeibeamten mit ihren Familien in der Ernährung besser gestellt würden, dann würden auch gewisse Korruptionserscheinungen bei ihnen wie z.B. die Entgegennahme von Schmiergeldern aufhören.

(Die Frage, ob die 2 Millionen Polen, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, keine Lebensmittelkarten mehr erhalten sollten, sei Gegenstand einer Besprechung gewesen, die unter Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs stattgefunden habe. Alle Gouverneure hätten gebeten, von einer solchen Maßnahme Abstand zu nehmen, weil in ihrem Gefolge neue Unruhen entstehen würden. Zu bedenken sei dabei auch, daß die Nahrungsmittelmengen, die den Polen gegeben würden, nicht stark ins Gewicht fielen und daß die Polen im letzten Jahre auch nur einen Bruchteil dieser ihnen zustehenden Lebensmittel erhalten hätten. Psychologisch und propagandistisch wäre es also falsch, diesem Teil der Polen die Lebensmittelkarten zu nehmen. Sie würden eben versuchen, die notwendigen Nahrungsmittel im Schleichhandel zu kaufen. Jede Änderung des Ernährungssystems werde immer auf die größten Schwierigkeiten stoßen.)

Im Distrikt Lublin sei die Ernteablieferung angesichts der hervorragenden Arbeit der zuständigen Stellen ganz ausgezeichnet gewesen. Das sei aber nur möglich gewesen, daß der polnische und ukrainische Bauer bis zur Höchstgrenze seiner Leistungsfähigkeit abgeliefert habe, was ihn unter Umständen für die nächste Zeit in Ernährungsschwierigkeiten bringen werde.

(Die Sicherheitslage im Distrikt Lublin habe infolge der Aktion, die in Cholm durchgeführt worden sei, eine wesentliche Besserung erfahren. Man habe verschiedene Banden gefaßt und auch in ihrer Bekämpfung Erfahrungen sammeln können. Leider sei es bei der Aktion auch vorgekommen, daß polnische oder ukrainische Wald- und Holzarbeiter als Banditen angesehen worden seien. 18 Forstarbeiter seien sogar als Geiseln oder im Gefolge der Sühnemaßnahmen erschossen worden.)

Die Judenevakuierung sei bei den meisten Deutschen als eine notwendige Maßnahme hingenommen worden. Leider hätten zum Schluß überstürzte Maßnahmen dazu geführt, daß zahlreiche Juden in die Wälder gegangen seien und sich den Banditen angeschlossen hätten. So habe man z.B. in Pulawy

festgestellt, daß eine Bande aus 3 Russen und 24 Juden bestanden habe.) (Nach einer Besserung der Verhältnisse infolge der Polizeiaktion habe sich dann im Laufe des Sommers 1942 die Situation in den lo Kreisen des Distriktes verschieden gestaltet. Der Kreis Cholm zeige heute in dieser Beziehung vielleicht die besten Verhältnisse, während im Kreise Pulawy die Verhältnisse in dieser Beziehung sehr schlecht seien. Dort seien von gut organisierten Banden die Geneindehäuser fast restlos zuerstört worden. Dabei seien auch alle Unterlagen vernichtet worden.)(Bei der Polizeiaktion seien leider im Kreise Pulawy 18 polnische Heger mit ihren Familien beseitigt worden. Auch sei es zu Beginn der Aktion sehr oft vorgekommen, daß Bauern,die auf den Bahnhöfen ihr Kontingent abliefern wollten, als Geiseln festgenommen worden und am nächsten Tag erschossen worden seien.)(Andererseits seien auch polnische Forstarbeiter von Angehörigen der Widerstandsbewegung umgebracht worden. Im letzten Vierteljahr 1942 sei es auch zu vermehrten Brandstiftungen gekommen.

Was das Problem der <u>Umsiedlung</u> angehe, so müsse hier selbstverständlich der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß alles, was nur möglich sei, in den Distrikten und im ganzen Generalgouvernement geschehen müsse, damit diese Umsiedlung durchgeführt werden könne. Gleichwohl müsse man die Frage aufwerfen, was in der gegenwärtigen Zeit für die Kriegswirtschaft und die Erringung des Sieges wichtiger sei. Angesichts der Kriegsverhältnisse müsse ja manche nationalsozialistische Forderung zurückstehen. Eine der selbstverständlichen nationalsozialistischen Forderungen sei die, das Land deutsch zu machen, weil es als Ernährungsraum gebraucht werde. Im vierten Kriegsjahr werde die Sicherstellung der Ernte im Generalgouvernement von größter Bedeutung sein.

Im Herbst 194o seien aus dem Distrikt Lublin 2o ooo Volksdeutsche nach dem Warthegau umgesiedelt worden. Andererseits seien aber auch illegal mehrere hundert Familien mit 1 5oo Menschen vom Truppenübungsplatz Radom in den Kreis Zamosc verlegt worden, ohne daß die Verwaltung etwas davon erfahren habe. Diese Tatsache zeige, wie notwendig

es sei, daß über solche Dinge vorher Besprechungen stattfänden. An sich begrüßten es ja alle Gouverneure grundsätzlich, wenn Deutsche statt Polen in die Distrikte kämen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß solche Umsiedlungen oder Aussiedlungen die völlige Einstellung aller Bestellungs- oder Erntearbeiten zur Folge hätten. Auch die Holzabfuhr, die Milchlieferung und die weitere Gestellung von Arbeitskräften für das Reich werde durch überstürzte Maßnahmen auf dem Gebiet der Umsiedlung stark gefährdet, ganz abgesehen von den Unruhen, die dadurch in der polnischen bzw. ukrainischen Bevölkerung entstehen.

Im Kreise Zamosc blieben nach der Umsiedlung noch 5o % Polen zurück. Gleichwohl werde man dort mit der Holzabfuhr Schwierigkeiten haben, weil die Deutschen selbstverständlich ein Interesse daran hätten, zunächst ihre Häuser aufzurichten. Auch habe man ihnen sehr schlechte Pferde zur Verfügung gestellt, worunter ebenfalls die Holzabfuhr leiden werde. Da die Deutschen als Zivilisten bewaffnet seien, sei es häufiger vorgekommen, daß sie für Banditen gehalten wurden. Es würde sich deshalb empfehlen, sie durch eine Armbinde kenntlich zu machen. Während die Volksdeutschen eigentlich früher nicht belästigt worden seien, sei es nach der Neusiedlung verschiedentlich zu Überfällen auf Ansiedler und zu Brandstiftungen gekommen. Angesichts der Umsiedlung im Kreis Zamosc werde auch ein großer Teil der dem Distrikt zur Verfügung stehenden Ordnungspolizei und Gendarmerie der Bandenbekämpfung entzogen. Ferner sei die Auswirkung auf die Nachbarkreise sehr schlecht, und hinsichtlich der Frühjahrsbestellung müsse man die größten Bedenken hegen. Jedenfalls müsse festgestellt werden, daß angesichts der Umsiedlung im Kreise Zamosc die Ernte nicht so günstig ausfallen werde wie im letzten Jahre. Zudem kämen noch 3oo Slowenenfamilien nach Zamosc, eine Maßnahme, durch welche die Arbeit des Reichskommissars wesentlich erschwert werde. Unter den Balkanvölkern gälten die Slowenen als einer der deutschfeindlichsten Stämme. Die Gefahr, daß sie sich zu den Polen schlügen, sei nicht von der Hand zu weisen.

(Staatssekretär Krüger) weist darauf hin, daß die Umsiedlung im Distrikt Lublin als eine erste Etappe bezeichnet werden müsse. Selbstverständlich müsse man erst eigene Erfahrungen sammeln.)(Der Befehl für diese Umsiedlung sei vom Reichskommissar gegeben worden, und über die Frage habe seinerzeit unter Vorsitz des Generalgouverneurs eine grundsätzliche Besprechung auf der Burg stattgefunden.)
(Nachdem die Umsiedlung im Kreise Zamosc stattgefunden habe, sei an der Tatsache nichts mehr zu ändern. Selbstverständlich bemühe man sich, das Schicksal dieser Volksdeutschen nach Möglichkeit zu erleichtern. Das verursache ein großes Maß von Arbeit ebenso wie die Sicherung dieses Gebietes. Wenn man einem Menschen wie dem Polen seinen Grund und Boden nehme und ihn in einen anderen Raum bringe, dann werde er versuchen, denen, die ihm den Grund und Boden genommen hätten, Schwierigkeiten zu machen. Er habe deshalb den zuständigen SS- und Polizeiführer den Auftrag gegeben, den Schwerpunkt seiner Polizeikräfte nach Zamosc zu legen. Wenn man das Risiko der Ansiedlung Volksdeutscher eingehe, dann müsse man auch ihr Leben, ihr Hab und Gut sichern. Daß sich mit dieser Umsiedlung und Einsiedlung zahlreiche wirtschaftliche und sonstige Schwierigkeiten ergäben, sei klar. Die Volksdeutschen seien jedenfalls äußerst dankbar, man habe sie ja auch nicht noch einen Winterhindurch im Lager zubringen lassen können. Selbstverständlich werde er mit dem Reichsführer als Reichskommissar darüber sprechen, ob es im Hinblick auf die Erschwerung der Gesamtlage angebracht sei, nun bald wieder mit neuen Besiedlungen in diesem Raum zu beginnen.

Die Ansiedlung der Slowenen sei auf einen Wunsch des Reichskommissars zurückzuführen. Man habe deshalb einen Vertreter in das Gebiet geschickt, damit er sich an Ort und Stelle ein Bild von den Verhältnissen machen könne, der auch feststellen solle, wie ihre Einstellung dem deutschen Volkstum gegenüber sei. Er habe dem Reichsführer von seinen Beobachtungen in der Krim und in Transnistrien Bericht erstattet,und auf Grund dieses Berichtes habe es der Reichsführer für unzweckmäßig gehalten, diese Menschen jetzt schon

(Staatssekretär Krüger) weist darauf hin, daß die Umsiedlung im Distrikt Lublin als eine erste Etappe bezeichnet werden müsse. Selbstverständlich müsse man erst eigene Erfahrungen sammeln.)((Der Befehl für diese Umsiedlung sei vom Reichskommissar gegeben worden, und über die Frage habe seinerzeit unter Vorsitz des Generalgouverneurs eine grundsätzliche Besprechung auf der Burg stattgefunden.))
[Nachdem die Umsiedlung im Kreise Zamosc stattgefunden habe, sei an der Tatsache nichts mehr zu ändern. Selbstverständlich bemühe man sich, das Schicksal dieser Volksdeutschen nach Möglichkeit zu erleichtern. Das verursache ein großes Maß von Arbeit ebenso wie die Sicherung dieses Gebietes. Wenn man einem Menschen wie dem Polen seinen Grund und Boden nehme und ihn in einen anderen Raum bringe, dann werde er versuchen, denen, die ihm den Grund und Boden genommen hätten, Schwierigkeiten zu machen. Er habe deshalb dem zuständigen SS- und Polizeiführer den Auftrag gegeben, den Schwerpunkt seiner Polizeikräfte nach Zamosc zu legen. Wenn man das Risiko der Ansiedlung Volksdeutscher eingehe, dann müsse man auch ihr Leben, ihr Hab und Gut sichern. Daß sich mit dieser Umsiedlung und Einsiedlung zahlreiche wirtschaftliche und sonstige Schwierigkeiten ergäben, sei klar. Die Volksdeutschen seien jedenfalls äußerst dankbar, man habe sie ja auch nicht noch einen Winterhindurch im Lager zubringen lassen können. Selbstverständlich werde er mit dem Reichsführer als Reichskommissar darüber sprechen, ob es im Hinblick auf die Erschwerung der Gesamtlage angebracht sei, nun bald wieder mit neuen Besiedlungen in diesem Raum zu beginnen.

Die Ansiedlung der Slowenen sei auf einen Wunsch des Reichskommissars zurückzuführen. Man habe deshalb einen Vertreter in das Gebiet geschickt, damit er sich an Ort und Stelle ein Bild von den Verhältnissen machen könne, der auch feststellen solle, wie ihre Einstellung dem deutschen Volkstum gegenüber sei. Er habe dem Reichsführer von seinen Beobachtungen in der Krim und in Transnistrien Bericht erstattet, und auf Grund dieses Berichtes habe es der Reichsführer für unzweckmäßig gehalten, diese Menschen jetzt schon

in das Generalgouvernement zu bringen. Wenn der Vertreter des Reichskommissariats von seiner Besichtigungsreise zurückkehre, dann werde man sich überlegen, ob es überhaupt zweckdienlich sei, diese Volksgruppe herüberzunehmen, und zu welchem Zeitpunkt es geschehen solle. Er werde morgen mit dem Reichsführer in Lublin zusammentreffen und würde es begrüßen, wenn dann Gouverneur Zörner dem Reichsführer seine Sorgen vortragen würde.

Gouverneur Dr. Wendler kann berichten, daß die Sicherheitslage im Distrikt Krakau wesentlich besser sei als die aller anderen Distrikte. Erst vor wenigen Monaten sei die Tätigkeit von Banditen im Distrikt festgestellt worden. Bei diesen Banditen handele es sich im wesentlichen um Menschen, die vor der Bekämpfung im Distrikt Lublin geflohen seien, zum Teil auch um solche, die aus dem Distrikt Radom kämen. Dieses Bandenunwesen zeige sich vor allem an den Distriktsgrenzen im Norden und Nordosten. Die Polizei habe dieses Bandenunwesen aber in wirksamer Weise bekämpft, so daß abgesehen von den üblichen Überfällen und Räubereien mehr oder weniger blutiger Art eigentlich von einem Bandenunwesen in dem Umfange, wie man es in den Distrikten Lublin oder Warschau findet, nicht gesprochen werden könnte.

Die Zusammenarbeit der Distriktsverwaltung mit dem SS- und Polizeiführer sei ausgezeichnet; man finde bei ihm jede Unterstützung. Die gleich gute Zusammenarbeit sei auch in den Kreisen feststellbar. Auch bei der Judenaktion habe man vorbildlich zusammengearbeitet, und sie sei eigentlich ohne besondere Unruhe vonstatten gegangen. Bei der letzten Großaktion zur Erfassung von asozialen Elementen sei es allerdings zu einigen Fehlgriffen gekommen.

Volkstumsfragen spielten im Distrikt Krakau nicht die gleiche Rolle wie in den anderen Distrikten. In dem einzigen Fall einer Binnenumsiedlung Schönanger hätten die Maßnahmen reibungslos durchgeführt werden können. Die vorbildliche Durchführung dieser Umsiedlung könnte auch für andere Distrikte beispielhaft sein.

(Gouverneur Dr. Wächter stellt zunächst fest, daß der Distrikt Galizien in vielen Beziehungen eine Sonderstellung einnehme.) Galizien könne auf eine jahrhundertlange Zeit der Einbeziehung in die alte österreichische Monarchie zurückblicken, die von großer Einwirkung auf die gesamte Bevölkerungsstruktur gewesen sei. Die Bevölkerung erinnere sich an die Zeit einer sauberen und gerechten Verwaltung und ziehe der deutschen Führung gegenüber Konsequenzen positiver Art, die die Arbeit der Distriktsverwaltung sehr erleichterten. Weiter liege der Unterschied darin, daß man es vornehmlich mit einer ukrainischen Bevölkerung zu tun habe und diese Ukrainer nicht etwa wie der polnische Bevölkerungsteil im Generalgouvernement den deutschen Truppen als Heckenschützen entgegentreten seien, sondern sie mit Blumen und Herzlichkeit begrüßt hätten. Auf diese Einstellung der Bevölkerung der deutschen Führung gegenüber müsse man Rücksicht nehemn, sie könne sich leicht zum Negativen wenden, wenn man dieser Bevölkerung gegenüber ungeschickt vorgehe. Ferner habe der Distrikt Galizien zwei Jahre lang das Sowjetregiment kennengelernt. Diese Erinnerung , wenn sie auch im Laufe der Zeit schwächer werde, wirke sich doch für die Gesamtlage immer noch zum Positiven aus. Die führenden Ukrainer, die Vögte und andere erklären sich besonders mit Rücksicht auf die Ereignisse an der Ostfront in steigendem Maße zur Mitarbeit bereit.

(Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Polizei sei im Distrikt Galizien erfreulicherweise sehr eng. Hier gebühre vor allem dem SS- und Polizeiführer Katzmann Dank für seine kameradschaftliche und positive Mitarbeit, wie auch seine Mitarbeiter diesen Dank verdienten.)

An politischen Exzessen gegenüber der deutschen Führung könne überhaupt nichts festgestellt werden. Auch die Banditenbewegung sei in den letzten Monaten stark zurückgegangen.

Die Ernährungslage des Distrikts Galizien sei besser als im vergangenen Jahre, in welchem beinahe eine Ernährungskatastrophe infolge des Mangels an Getreide und Kartoffeln eingetreten sei. Es sei zu hoffen, daß im Laufe der Entwicklung aus Galizien Jahr für Jahr größere Erträge für das Reich

herausgeholt werden könnten. Trotz des Mangels an Düngemitteln und Maschinen.

Wenn auch die Propaganda im Generalgouvernement sehr stark auf dem deutschen Sektor arbeite und man dort durchaus positive Erfolge zu verzeichnen habe, so müsse doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß von einer Auswirkung der Propaganda den Fremdvölkischen gegenüber wenig zu merken sei. In der Propaganda den Fremdvölkischen gegenüber müsse das Wort "Europa" mehr als bisher herausgestellt werden. Im übrigen müsse auch der Distriktsverwaltung eine gewisse Freizügigkeit in der Propaganda belassen werden, damit sie sich der jeweiligen Situation im Distrikt anpassen könne. Nicht nur für den Distrikt Galizien, sondern auch für das Generalgouvernement sei es von großem Vorteil, daß es in Galizien verschiedene Bevölkerungslager gebe. Die polnische Bevölkerung habe Befürchtungen für den Fall, daß etwa die Deutschen aus dem Distrikt verschwinden und dann die Ukrainer sie verderben könnten; der Ukrainer hält das deutsche Regiment für unbedingt besser als das sowjetische oder polnische. Die Fragen, die sich die Bevölkerung stelle, könne man am besten mit dem Hinweis auf Europa beantworten, wobei man über die künftigen Grenzen Europas nichts zu sagen brauchte. Deshalb rege er an, daß über den Sektor der Umsiedlung nicht so viel gesprochen oder geschrieben werden sollte. Eine erhebliche Grundlage für die Haltung der Bevölkerung liege darin, daß die polizeilichen Maßnahmen im engsten Einvernehmen von Verwaltung und Polizei getroffen würden. Er weise in diesem Zusammenhang auf das Meldewesen hin. Die Ausgabe von Legitimationen für die gesamte Bevölkerung habe sich als dringend notwendig herausgestellt. Wenn die Bevölkerung im Besitze von Kennkarten sei, dann sei der Polizei die Durchführung gewisser Aktionen unter Vermeidung erheblicher Belästigungen der Bevölkerung viel eher möglich. Das gelte z.B. für die Arbeitererfassung und andere Maßnahmen.

Die Sowjets hätten innerhalb eines Vierteljahres nach der Besetzung Galiziens die gesamte Bevölkerung mit Kennkarten ausgestattet. Der Einwand des übergroßen

Papierverschleisses könne nicht gemacht werden, und auch das Lichtbildmaterial könne leicht beschafft werden.

Staatssekretär Krüger kann hinsichtlich der Ukrainerfrage eine grundsätzliche Übereinstimmung der Auffassungen feststellen. Von einer Propaganda für die Umsiedlung habe man bewußt Abstand genommen, weil eine solche Propaganda politisch sehr ungeschickt wäre. - In der Frage der Ausstellung von Kennkarten für dieBevölkerung bestehe auch Übereinstimmung. Allerdings müßte für diesen Zweck eine Personenstandsaufnahme im Generalgouvernement erfolgen, die annähernd ein Bild von der Gesamtzahl der fremdvölkischen Bevölkerung gebe. Die zur Zeit laufende summarische Zählung könne nur als erster Ansatz gewertet werden. Voraussetzung für eine wirkliche Volkszählung wäre die Einführung der Kennkarte. Die Ausgabe von Kennkarten müsse baldmöglichst in die Hand genommen werden, und Fragen des Papiermangels dürften dabei keine Rolle spielen.

Gouverneur Kundt führt aus, daß die Sicherheitslage im Distrikt Radom im Monat November gegenüber der früheren Zeit etwas bedrohlicher zu werden schien. Angesichts der anerkennenswerten Bemühungen des SS- und Polizeiführers und der Ordnungspolizei in der Bekämpfung auftretender Banden habe sich jedoch diese Entwicklung nicht fortgesetzt. Die Bandenstärke sei vielmehr von 2o Mann auf 3 bzw. 2 Mann zurückgegangen. Die Zahl der Überfeälle habe im November den Höchstand mit etwas über 4oo erreicht. Im Januar sei die Zahl bereits um 4o % gesunken. Die allgemein befürchtete Entwicklung sei also nicht eingetreten. Auch die Zahl der Sabotagefälle sei im Distrikt Radom zurückgegangen. Eine gewisse Gefahr liege allerdings darin, daß im Gefolge gewisser Aktionen die Arbeitermassen der Großstädte in Bewegung kämen und dann manche Arbeiter in andere Distrikte überwechselten,um die dortige Arbeiterschaft zu Sabotageakten zu verführen. Doch sei ein Einfluß dieser Elemente nicht festzustellen.

Wichtig für die Stimmung der Arbeiterschaft sei vor allem ihre zureichende Ernährung. Auch müsse die deutsche Betriebsführung den Arbeitern gegenüber so gestaltet sein,

daß sie menschlich behandelt würden.

Die Sicherheit der Reichsdeutschen sei im Distrikt Radom absolut gewährleistet gewesen. Wenn der eine oder andere einmal einer Gefahr ausgesetzt sei und auch ein Todesopfer falle, so seien das Begleiterscheinungen, die angesichts der Dienstpflicht der Reichsdeutschen nicht vermieden werden könnten. Auch der Zivilbedienstete habe in Erfüllung seiner Pflichten die der Soldat an der Front Gefahren auf sich zu nehmen. Selbstverständlich dürften die Reichsdeutschen auch nicht unvorsichtig sein. Er habe deshalb strenge Weisungen gegeben, daß unnötige Nachtfahrten zu unterbleiben hätten.

Wesentlich schwieriger sei die Frage der Sicherheit der volksdeutschen Siedlungen. Zum Teil seien es geschlossene Dörfer, zum Teil auch verstreute Einzelgehöfte. Die Schwierigkeit der Beschaffung von Gewehren für die Volksdeutschen, die imstande wären, einen Hilfspolizeidienst zu versehen, stehe vorläufig noch einem ausreichenden Schutz der Siedlungen im Wege. Die Einführung einer Dorfwacht habe die Wirkung gehabt, daß zwar die Überfälle nicht verhindert, aber doch die Banditen durch das laute Rufen der Posten zurückgeschreckt würden. Erfreulich sei die Feststellung, daß ein großer Teil der Bevölkerung bei Alarmierung oder Benachrichtigung der weiter weg stationierten Ordnungspolizei mitgewirkt habe. Für die Sicherheit der Volksdeutschen wäre es vielleicht geboten, die polnischen Polizeistationen zusammen zu ziehen und Wachen mit 15 Mann einzurichten, die von einem deutschen Polizeibeamten geführt würden.

Bei allen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit getroffen würden, dürfe gegen Leben und Eigentum der Polen erst vorgegangen werden, wenn man genau wisse, daß es sich im gegebenen Fall auch um die wirklich Schuldigen handle.

Eine besondere Rolle spiele in seinem Distrikt die Frage der Betreuung der Volksdeutschen durch den Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums. Die Mithilfe

des Reichskommissars sei aus der Tätigkeit der Distriktsverwaltung nicht mehr wegzudenken. Auch nach Ansicht der Amtswalter der Partei wie der Hitlerjugend und der NSV habe sich die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar durchaus bewährt. Daß im übrigen mehrere Betreuungsstellen für die Volksdeutschen aufträten, sei nicht zu vermeiden.

Existenzgrundlagen für die Volkdeutschen gewerblicher oder auch landwirtschaftlicher Art seien teilweise durch Umsiedlung geschaffen worden. Allgemein werde der Wunsch nach einer zweckmäßigen Umsiedlung Volksdeutscher laut. Bei dieser Umsiedlung bestehe hinsichtlich der Arbeitergestellung für das Reich oderder Ernteerfassung keine Befürchtung, weil darüber erst immer Vereinbarungen getroffen würden. Man habe auch im Distrikt Radom im vorigen Jahr den Versuch gemacht, Volksdeutsche besser anzusiedeln. Dieser kleine Versuch, die Polen in den schlechteren Teil des Landes zurückzuführen, wobei aber tüchtige Bauern auf ihren Höfen belassen worden seien, habe im Zusammenwirken aller Faktoren der Verwaltung, des Reichskommissars und der Polizei keinerlei unangenehme Nachwirkungen psychologischer Art gezeigt. Er habe nun kürzlich mit dem Leiter des Hauptlandamtes über die nächste Umsiedlungsplanung gesprochen. Man sei sich darüber einig geworden, daß ein weiterer Versuch gemacht werden solle. Diese Versuche sollten im Ostteil des Distrikts Radom systematisch fortgesetzt werden, während der Westteil vorläufig außer Betracht bleibe. Im übrigen dürften alle diese Maßnahmen nicht überstürzt werden, und vor allem müßten für die Siedlung die Volksdeutschen ausgewählt werden, die in der Lage seien, einen besseren Boden zu bewirtschaften.

Auch er sei der Auffassung, daß die Propaganda gegenüber der polnischen Bevölkerung mehr gepflegt werden müßte. Es dürfe z.B. nicht vorkommen, daß Zeitungsartikel mit Überschriften erschienen wie: "England raubt dem Irak das Getreide" - oder: "England hängt zwanzig Juden auf" - oder: "Engländer pressen die Ägypter zur Arbeit".

Präsident Ohlenbusch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß für die Herausgabe solcher Artikel der Pressechef der Regierung zuständig sei.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt ausdrücklich fest, daß die Gouverneure selbstverständlich die Verantwortung für solche Artikel nicht tragen könnten.

Gouverneur Kundt regt dann weiter an, bei allen Verordnungen und Maßnahmen immer zu überlegen, ob bei Verstössen gegen dieselben die Todesstrafe oder etwa eine Geldstrafe auszusprechen sei. Man habe für gewisse Verfehlungen der Baudienstpflichtigen die Todesstrafe eingeführt. So notwendig diese Strafe im gegebenen Fall auch sein möge, so sei er doch mit dem zuständigen Staatsanwalt und den Baudienstführern übereingekommen, von dieser Todesstrafe nur in bestimmten Fällen Gebrauch zu machen, damit nicht Baudienstpflichtige, die zum Tode verurteilt worden seien und sich geflüchtet hätten, frei herumliefen oder sich einer Bande anschlössen.

Auf dem Gebiete des Agrarstrafrechts müsse mit der sofortigen Enteignung als einer Verwaltungsstrafe sehr vorsichtig umgegangen werden. Solche Mittel dürften nur ergriffen werden, wenn Bedenken in ernährungspolitischer Beziehung nicht beständen.

Wenn Verwaltung und Polizei von den obersten bis zu den untersten Stellen kameradschaftlich zusammenarbeiteten und ihre Ansichten gegenseitig austauschten, so steigerten sie damit nur ihre eigene Autorität. Gewiß möge es Polizeibeamte geben, die keine geschulten Polizisten seien und die sich an die Weisungen des Kreishauptmanns nicht halten wollten, wie es ja auch in der Verwaltung zu einem geringen Teil solche Ansichten gebe. Im allgemeinen sei aber die Zusammenarbeit vortrefflich, und das Verhältnis von Gendarmerie zu Kreishauptmann sei z.B. so gestaltet, daß der Gendarm sich verpflichtet fühle, seinem Kreishauptmann dauernd Bericht zu erstatten.

(Staatssekretär Krüger) gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß er im Distrikt Lublin die Polizei habe umgruppieren müssen und nur noch einen Zug habe zurücklassen können. Aber die motorisierte Gendarmerie sei eigentlich seine einzige einsatzfähige Polizeitruppe. Angesichts der geringen Brennstoffmengen, die der Polizei zur Verfügung gestellt würden, sei es sehr schwer, die Polizei bei der Bandenbekämpfung rechtzeitig zum Einsatz zu bringen. Er sei eben gezwungen gewesen, dieses motorisierte Polizeibataillon zu verteilen, und habe es an die verschiedenen Distrikte gegeben. Gerade dieses motorisierte Polizeibataillon verfüge in seinen Offizieren und Männern über ein vortreffliches Material.

Zu dem Vorschlag der Distriktsverwaltung Lublin, noch eine neue Kreishauptmannschaft zu bilden, könne er sich grundsätzlich positiv einstellen. Sandomierz, der evtl. Sitz der neuen Kreishauptmannschaft, sei als Stadt sehr wichtig, es liege in dem Winkel, in welchem drei Distrikte zusammenkämen. Als Stützpunkt für die Bandenbekämpfung würde sich diese Stadt sehr gut eignen. Aus sicherheitspolizeilichen Erwägungen heraus könne er die Bildung der neuen Kreishauptmannschaft nur begrüßen. Bisher sei es sehr schwierig gewesen, festzustellen, wo eine Bande geblieben sei. Er müsse unter Umständen drei SS- und Polizeiführer anrufen. Gerade das Dreieck gegenüber den Truppenübungsplätzen sei sehr schwer zu sichern.

Die Sicherung der volksdeutschen Siedlungen durch reichsdeutsche Polizeikräfte sei sehr schwierig. Es werde Wert darauf gelegt, daß in die polnischen Siedlungen mehr deutsche Polizei nicht aber polnische Polizei gelegt werde. Man habe nicht soviel Polizeikräfte zur Verfügung, um jedes volksdeutsche Dorf polizeilich zu sichern. Deshalb habe er auf Vorschlag des SS- und Polizeiführers Globocnik, daß die Volksdeutschen von sich aus die Landwacht bildeten. Diese Volksdeutschen würden dann bewaffnet und von der Polizei in der Bekämpfung von Banden ausgebildet.

Die Frage einer Verstärkung der polnischen Polizeistationen unter deutscher Überwachung sei schon lange Gegenstand der Eröterungen. Er habe seinerzeit geplant, über jede volksfremde Polizeistation einen oder zwei Gendarmerieposten zu setzen. Die Durchführung dieses Gedankens würde aber bei den schwachen Gendarmeriekräften ihre restlose Zersplitterung bedeuten. Natürlich habe es viel für sich, wenn man diese volksfremde Gendarmerie ständig unter deutscher Beobachtung habe.

Die Einrichtung von Rentendörfern sei im Zusammenhang mit der Umsiedlung im Distrikt Zamosc notwendig geworden, weil man aus den rein volksdeutschen Dörfern die Polen habe herausnehmen müssen. Man habe die Arbeitseinsatzfähigen aus diesen Dörfern gleich für das Reich zur Verfügung gestellt und die Frauen und Kinder mit den alten und nicht mehr einsatzfähigen Leuten herausgenommen.

Als Mitglied der Gnadenkommission habe er zu verschiedenen Malen Todesurteile gegen Baudienstpflichtige aussprechen müssen, und zwar in Fällen, in denen eigentlich nach Auffassung der Gnadenkommission noch nicht die Möglichkeit der Anwendung der Todesstrafe gegeben gewesen sei. Deswegen habe man Oberstarbeitsdienstführer Hinkel darauf hingewiesen, daß man nicht ohne weiteres einen Baudienstpflichtigen, wenn er aus seinem Baudienstlager entwichen, dann aber nach vier Wochen freiwillig zurückgekehrt sei, ~~nicht~~ mit dem Tode bestrafen dürfe, sondern hier müßte eine regelrechte Disziplinarlagerordnung aufgestellt werden.

Präsident Dr. Losacker führt aus, daß die Hauptabteilung Innere Verwaltung in den Volkstumsfragen mit der Dienststelle des Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums stets zusammengearbeitet habe. Der ihm durch den Herrn Generalgouverneur erteilte Auftrag, eine Verwaltungsvereinfachung und Dezentralisation großen Stils endgültig herbeizuführen, biete gerade die Möglichkeit, mit dieser Dienststelle besonders eng zusammenzuarbeiten. Soweit das Arbeitsgebiet der volksdeutschen Mittelstellen in Betracht komme, habe man in Galizien ausgezeichnet zusammengearbeitet, und zwar auf dem Wege, daß ein Referent

der volksdeutschen Mittelstelle gleichzeitig auch noch in der Abteilung Bevölkerungswesen- und -fürsorge tätig gewesen sei und keine Doppelarbeit geleistet zu werden brauchte. Die Umsiedlung von 5ooo polnischen Familien sei denn auch völlig reibungslos vorsich gegangen, in keinem einzigen Fall sei jemand geflüchtet, zu Mißhandlungen oder sonstigen Unzuträglichkeiten sei es auch nicht gekommen. Man habe die Leute mit Proviant und Geldmitteln versorgt und die Umsiedlung erst dannvorgenommen, wenn der Ort bestimmt war, an dem sie eingesiedelt werden konnten. Daß die Stimmung dieser Leute durchaus zuversichtlich gewesen sei, zeige der Umstand, daß sie gerade in dem Umsiedlungsgebiet ihr Getreidekontingent vollständig abgeliefert hätten.

Ganz allgemein zwängen ja die Verhätlnisse dazu, daß Verwaltung und Polizei sich nicht vereinzelten, sondern daß hier wirklich ein unzerstörbarer Block entstehe, der die ihm gestellten Aufgaben bewältige.

Er stehe auf dem Standpunkt, daß das höchste Interesse daran bestehe, in einer Zeit, in welcher der deutsche Machtbereich einer Bberannten Festung gleichkomme, die Lebensbedingungen aller, die sich in diesem Gebiet aufhielten, ungefähr gleichmäßig zu gestalten. Es bestehe keine Möglichkeit, einen allzu großen Unterschied zwischen dem zu machen, was man den Polen und Ukrainern und was man andererseits den Volksdeutschen und Reichsdeutschen gebe. Vor allem in Galizien habe man die Beobachtung gemacht, daß die Bevölkerung immer geneigt sei, einen Vergleich mit dem anzustellen, was die Bolschewiken ihr gebracht hätten. Dieses primitive Volk, dem es mehr oder weniger auf die physische Existenz und nicht auf die Verwirklichung irgendwelcher politischer Ideale ankomme, beurteile die Tätigkeit der deutschen Verwaltung nach dem, was sie ihm bringe. Für die Behandlung der Polen und Ukrainer insbesondere derjenigen, auf deren Arbeit Wert gelegt werde, müßte der Grundsatz gelten, daß sie nicht mehr als Polen und Ukrainer bezeichnet würden, was ja auch staatsrechtlich unzutreffend sei. Der polnische Staat sei zerschlagen. Wenn man die Menschen weiter als Polen bezeichne, dann höre die Erinnerung an den bisherigen polnischen Staat nie ganz auf.

Die Einführung einer Kennkarte könne er nur als zweckmäßig bezeichnen. Man habe in Galizien bereits Vorbereitungen getroffen, die ausgewertet werden könnten. Die Legitimation, die man der Bevölkerung geben wolle, müsse einen völligen Überblick über die Leistungen des Betreffenden ergeben. Man habe deshalb vorgesehen, daß nicht nur die Ausbildung des Karteninhabers im Beruf, sondern auch, wenn es sich um einen Bauern handele, die Hektargröße, die Kontingentserfüllung, der Viehbestand usw. einer Beurteilung unterlägen, so daß der Polizeibeamte sofort seine Feststellungen treffen könne.

Auf Grund der Erfahrung bei der vor allem in Warschau gestarteten Aktion könne man der Auffassung sein, daß ein mehr individuelles Vorgehen Platz greifen möge. Man könne auch im Reich nicht mit so allgemeinen Großaktionen einen Erfolg erringen, wenn auch die Verhältnisse dort vollkommen andere seien. Die Polizeikräfte seien eben vielfach nicht in der Lage, festzustellen, ob jemand wirklich im kriegswichtigen Interesse eingesetzt oder als Asozialer anzusehen sei.

Präsident Dr. Struve weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Arbeitererfassung im Generalgouvernement durch Aktionen wie derjenigen, die in den letzten Tagen stattgefunden habe, bereitet würden. Wenn diese Maßnahmen auch polizeilicher Art seien, so würden sie doch immer dem Arbeitseinsatz zur Last gelegt. In der Bevölkerung entstehe der Eindruck, daß solche Maßnahmen immer dazu dienten, Menschen für den Arbeitseinsatz ~~dem~~ im Reich zu erfassen. Er habe sich deshalb bemüht, die früher angewendete Methode zu ändern und den Männern, die draußen die Initiative hätten, die Möglichkeit zu geben, auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und ihrer Kentnis des Raumes Entscheidungen zu treffen. Mit zentralen Anweisungen allein komme ~~auf~~ man auf diesem Gebiet nicht weiter. Mit dieser Methode hätten auch die Kreishauptmänner große Erfolge erzielt. Wenn durch polizeiliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Umsiedlung diese Arbeit gestört werde, dann störe man damit auch die Arbeit im Interesse der Erfassung der Kräfte für

das Reich./

/(Staatssekretär Krüger bezeichnet es als wünschenswert, daß endlich hinsichtlich der zu erfassenden polnischen Arbeitskräfte eine endgültige Zahl gegeben werde. Wie notwendig das sei, zeige z.B. die Tatsache, daß die Menschen auf dem Lande schon fortliefen, wenn ein Polizeibeamter erscheine. Das habe ihm auch der Bevollmächtigte Pehle bestätigt. Als er in einem Dorf erschienen sei, hätten die Bauern ihre Fahrzeuge stehen lassen und seien mit Frau und Kind geflüchtet. Auf seine Frage sei ihm geantwortet worden, daß er als derjenige angesehen werde, der die Arbeitererfassung durchzuführen habe.)/

Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß angesichts des Zwanges, den das Reich bezüglich der Hergabe von Arbeitern dem Generalgouvernement auferlege, nun nicht die Arbeitsämter in ihrer Notlage auf Arbeitskräfte zurückgriffen, die praktisch schon in Arbeit vermittelt seien.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Struve, daß dem Reich vom September 1942 bis zum April 1943 3oo ooo Arbeiter zugesagt worden seien. Davon seien lo9 ooo gestellt, der Rest sei noch aufzubringen. Das Kontingent habe sich zugunsten des Generalgouvernements um 5o ooo Arbeiter ermäßigt.

Generalgouverneur Dr. Frank hält die Herbeiführung einer absoluten Klarheit in der Frage der Arbeiterbeschaffung für das Reich für unbedingt geboten. Man müsse endlich einmal die Absichten des Reiches kennenlernen, man müsse wissen, ob es der Wille des Reiches ist, daß das Generalgouvernement für das Reich arbeiten oder die Arbeit für das Reich einstellen solle. Wenn man von seiten des Reiches dem Generalgouvernement die größten Verpflichtungen auf dem Gebiete der Ernährung, des Transportwesens usw. auferlege, dann dürfe man ihm nicht gleichzeitig seine Arbeitskräfte wegnehmen.

Generalgouverneur (Dr. Frank) schließt die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! ich möchte Ihnen allen angesichts des Verlaufs der heutigen Sitzung meinen aufrichtigen Dank sagen. Ich halte diese Sitzung für eine der wichtigsten

in der Verwaltungsgeschichte des Generalgouvernements, weil sie nunmehr den Abschluß der bisherigen Erfahrungen in den eigenen Bereichen darstellt und einen Ausgleich bringt. Ich bin Herrn Staatssekretär Krüger und allen Herren der Polizei und Sicherheit ganz besonders dankbar dafür , daß sie uns heute offen ihre eigenen Sorgen zur Kenntnis gebracht haben. Ich kann Ihnen nur die Erklärung abgeben, daß ich nach wie vor den Belangen der Polizei und Sicherheit das größte Interesse entgegenbringe und sie auch weiterhin leidenschaftlich vertreten werde.

Die Situation des Reiches ist jetzt sehr ernst und entscheidend. Der Krieg fängt an, außerordentlich hart zu werden und sein ernstes Gesicht zu zeigen. Der Führer hat einen Erlaß vom 16.Januar verkündet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß alles, was nicht unmittelbar und ausschließlich dem Sieg des Deutschen Reiches dient, einzustellen ist. Alles, was irgendwie noch zu mobilisieren ist, muß in den Dienst des Reiches gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Führererlaß wird eine ganze Reihe von Verwaltungsmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Welche Fragen auch heute hier angeschnitten worden sind, ob sie sich auf die Siedlung, auf die Durchführung der verschiedensten Sicherheitsmaßnahmen bezogen, und ob diese Maßnahmen jetzt in dieser Form notwendig sind, - das entscheidende Ergebnis der heutigen Tagung liegt auf dem Gebiete der Verwaltung und Führung: es ist die endgültige beiderseitige Feststellung, daß irgendwelche Konflikte und Schwierigkeiten oder aus persönlichen Ressentiments kommende gegenseitige Verstimmungen innerhalb des Generalgouvernements nicht mehr bestehen sollen. Und damit die Fahrt unseres Verwaltungsschiffs nun gleich in einen stolzen Hafen geleitet werde, mögen die Herren Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger am 3. Februar auf der Burg erscheinen, damit wir gemeinsam dort die einzelnen Maßnahmen erörtern können. Herr Präsident Dr. Losacker wird von uns den Auftrag bekommen, die ersten Maßnahmen für die Durchführung des Führer-

erlasses vor allem in Erledigung dessen vorzubereiten, was uns die Herren Gouverneure gestern an Anregungen, Wünschen, Sorgen und Nöten vorgetragen haben.

Meine Herren, seien Sie überzeugt, daß dieses einheitliche Gefüge des Generalgouvernements, an dem alle, die un diesen Tisch versammelt sind, so hervorragend gearbeitet haben, auch wirklich die Kraft haben wird, diese Zeit zu bestehen. Die große Aufgabe, die uns gestellt ist, wird immer schwieriger. Uns wird niemand helfen, sondern wir sind voll und ganz nur auf uns gestellt. Der Führer kann uns nur helfen als einer Art Verwaltungsinsel oder Verwaltungsigel. Wir müssen um uns schlagen. Bei aller Kritik an den Methoden, die wir gehört haben - Sie kennen meine grundsätzliche Auffassung, ich brauche sie in diesem Kreise nicht zu sagen, - möchte ich eins betonen: zimperlich dürfen wir nicht sein, wenn wir die Zahl von 17 ooo Erschossenen hören. Diese Erschossenen sind eben auch Kriegsopfer. Wenn wir diese Zahl in ein Verhältnis setzen, zu dem, was das deutsche Volk ununterbrochen jeden Tag und jede Stunde an unersetzlichsten Blutopfern bringt, so fällt sie überhaupt nicht ins Gewicht. Wir sind jetzt verpflichtet, zusammen zu halten. Jeder muß dem anderen Verständnis entgegenbringen, er muß überzeugt sein, daß er sein Bestes tut. Voraussetzung ist immer, daß wir keine persönliche Lockerung eintreten lassen. Wir wollen uns daran erinnern, daß wir alle miteinander, die wir hier versammelt sind, in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nummer 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplicen im welthistorischen Sinne geworden. Gerade deshalb müssen wir uns zusammenfinden, wir müssen zusammen fühlen, und es wäre lächerlich, wenn wir irgendwelche Streitigkeiten über Methoden austragen wollten.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 15 Uhr.

Wirtschaftsbesprechung

im Belvedere zu Warschau

am 26. Januar 1943.

b.Nr.5/43 g.

HHh 3560-32/43 g

Geheim.

Niederschrift über die Wirtschaftsbesprechung
am 26.Januar 1943
im Belvedere zu Warschau.

Beginn der Sitzung: 10,15 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr. Er erteilt das Wort Herrn Präsidenten Dr. E m m e r i c h zu einem allgemeinen Überblick über die Wirtschaftslage des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Emmerich fordert vor allem eine Konzentration der gewerblichen Produktion. Das Ziel sei eine Erfassungstechnik, ähnlich wie sie im landwirtschaftlichen Sektor bereits durchgeführt sei und sich bewährt habe.

Mit der Gründung der Rüstungskommission des Generalgouvernements sei bereits ein wichtiger Schritt zur einheitlichen Steuerung der Wirtschaft getan.

Die Regierung müsse die Übersicht über die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements haben. Ebenso müsse die Auftragslenkung zentral über die Regierung erfolgen; die Zentralstelle für öffentliche Aufträge sei daher auch hinsichtlich der Wehrmachtsaufträge einzuschalten. Die Tätigkeit der Zentralstelle für öffentliche Aufträge reiche jedoch für sich allein nicht aus; auch die Auftragsverlagerung aus dem Reich müsse kontrolliert sein. Dazu sei es dringend erforderlich, daß den Betrieben die Verpflichtung auferlegt werde, alle aus dem Reich stammenden Aufträge zu melden.

Präsident S t r u v e berichtet über die 10.Anordnung des Generalbevollmächtigten Sauckel, die sich mit der Verlagerung der

kriegswirtschaftlichen Produktion ins Deutsche Reich befasse.

Präsident Dr. Emmerich berichtet schließlich über die in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen, bisher nicht bewirtschaftete Güter in Bewirtschaftung zu nehmen und unter Verwendung einer besonderen Punktkarte zur Verteilung zu bringen.

Gouverneur Dr. F i s c h e r behandelt die festgestellte illegale Einkaufsorganisation der Deutschen Reichsbahn, der Organisation Todt und des Rüstungswerkes Starachowice und fordert stärkeren Ausbau der Überwachung der Großproduktionsstätten. Dazu sei eine stärkere Einschaltung der Wirtschaftsabteilungen in den Distrikten vonnöten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, er würde es sehr begrüßen, wenn eine engere Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung Wirtschaft und ihren Bewirtschaftungsstellen einerseits und den Wirtschaftsabteilungen der Distrikte andererseits hergestellt würde. Es erscheine zweckmäßig, wenn die Distriktsabteilungen über die in der Regierung erteilten Pauschalkontingente an Kohle, Eisen, Stahl usw. benachrichtigt und in die Lage gesetzt würden, diese Pauschalzuteilungen in der Distriktsinstanz zu überwachen.

Präsident Dr. S e n k o w s k y nimmt Stellung zu dem von Gouverneur Kundt vorgebrachten Vorschlag der Verteilung von Monopolerzeugnissen. Aus seinem Zahlenmaterial geht einwandfrei hervor, daß für die Verteilung an polnische Konzessionäre irgendwelche Menge von Monopolerzeugnissen überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Es würden überhaupt nur für die von Gouverneur Kundt als bevorzugt anerkannten Zwecke Monopolerzeugnisse zur Verfügung gestellt. Präsident Dr. Senkowsky beleuchtet das an dem Beispiel der Verteilung der Branntweinkontingente.

Präsident G e r t e i s berichtet über die Transportlage, insbesondere über die Kohlenversorgung.

Zu den Anregungen, den Personenverkehr zur Bekämpfung des Schleichhandels einzuschränken, stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung des

Schleichhandels eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung darstelle. Im übrigen sei gegen die Einführung zweckentsprechender Ausweise (nähere Ausgestaltung der Kennkarte) nichts einzuwenden; der Ostbahn könnten jedoch besondere Kontrollen und Verkehrsbeschränkungen nicht zugemutet werden.

Präsident N a u m a n n berichtet kurz über die Verhandlungen seiner Hauptabteilung mit dem Reichsernährungsministerium hinsichtlich des Ablieferungskontingents des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur stellt hierzu fest, der Versuch, das Ablieferungssoll dadurch restlos aufzubringen, daß ein Großteil der nichtdeutschen Bevölkerung von der Ernährung rundweg abgeschaltet werde, sei von allen an der Warschauer Tagung zu Wort gekommenen Dienststellen, insbesondere auch von dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und der NSDAP, als undurchführbar bezeichnet worden. Bei dieser Sachlage könnten weitere Ablieferungen z.Z. nicht durchgeführt werden. Präsident Naumann wird ersucht, diesen einheitlichen Standpunkt sämtlicher Zweige der Generalgouvernementsverwaltung bei seinen Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium immer wieder zur Geltung zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung um 11,33 Uhr mit dem Bemerken, daß zur Beratung von einzelnen Fragen noch am 3.Februar 1943 Gelegenheit sein werde.

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Anlage zur Niederschrift über die
Wirtschaftssitzung am 26.1.1943
im Belvedere zu Warschau.

Frank
Dr.Boepple
Gerteis
W.Struve
Dr.Schulte-Wissermann
Ohlenbusch
Dr.Heuber
Dr.Paersch
Emmerich
Bühler
Senkowsky
Naumann
Plodeck
Eißfeldt
Dr.Weh
Losacker
Kundt
Dr.Fischer

٢

Wirtschaftssitzung Schloß Belvedere
am 26.Januar 1943.

Teilnehmerliste:

Funk

Dr. Boepple

Gerteis

Hierl

Hilgenfeldt

Himmler

Keppler

Lammers

Landfried

Meyer

Naumann

Pleiger

Popitz

Reinhardt

Schlotterer

Schwerin-Krosigk

Stuckart

Syrup

Thomas

Timm

Wagner

Zippfel.

W i r t s c h a f t s s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu Warschau

Dienstag, den 26. Januar 1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Präsident Dr. G e r t e i s
Präsident Dr. E m m e r i c h
Präsident Dr. S e n k o w s k y
Präsident Dr. S t r u v e
Präsident Dr. E i ß f e l d t
Präsident Dr. L o s a c k e r
Präsident N a u m a n n
Präsident O h l e n b u s c h
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur K u n d t
Ministerialrat Dr. S c h u l t e - Wissermann
Ministerialrat P l o d e c k
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
Bankdirigent Dr. P a e r s c h
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Regierungsrat G n a u c k
als Protokollführer

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Staatssekretär Dr.Bühler
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Beginn der Sitzung 1o Uhr 1o Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Generalgouverneur Dr. Frank führt Staatssekretär Dr. Bühler einleitend aus, daß in den Sitzungen der letzten Tage immer wieder Wirtschaftsprobleme aufgetaucht seien, die im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitischen Arbeit dringend einer Bereinigung bedürften.

Gouverneur Dr. Wächter habe es als besonders mißlich empfunden, daß im Distrikt Galizien auf dem Gebiet der Gewerblichen Wirtschaft eine ordnende Konzentration, Rationalisierung und Verteilung der Produktion trotz dreijährigen Bestehens der Verwaltung nicht vorliege und daß die gewerbliche Position der landwirtschaftlichen nicht gleichkomme. Vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Erzeugung aus werde es als hinderlich empfunden, daß die gewerbliche Produktion nicht in eine politisch gelenkte Verteilung einmünde, daß sich auch die Produktion selbst in großen Teilen dem Schwarzhandel ausgeliefert sehe. Dadurch sei vor allem auch auf dem Gebiet der Währung ein großer Schaden entstanden.

Präsident Dr. Emmerich geht davon aus, daß man die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements mit einem Konto vergleichen könne, auf das die verschiedensten Stellen Wechsel zögen und Schecks entnähmen. Voraussetzung für eine Festigung der Gewerblichen Wirtschaft sei eine Koordinierung der verschiedenen Stellen, die heute unabhängig voneinander arbeiteten. Für die Landwirtschaft bestehe im Generalgouvernement eine klare Erzeugungsbasis. Die Hauptabteilung E.u.L. verfüge über genaue statistische Unterlagen für die Produktion.

Die Gewerbliche Wirtschaft sei viel differenzierter. In das Generalgouvernement würden auch Aufträge vor allem auf dem Rüstungssektor hereingegeben. Die Schwierigkeit

liege vor allem darin, daß zwei Größen gegeneinander operierten, die Wehrmacht, soweit sie im Generalgouvernement Dienste für die Front versehe, und die Rüstung, beide also Exponenten eines desselben Machtfaktors, die aber unabhängig voneinander arbeiteten. Man habe gesehen, wie die Wehrmacht mit Lastzügen in das Warschauer Ghetto hineingefahren sei, um dort irgendetwas zu beschaffen. Es sei also um jeden Preis organisiert worden. Dieser Geist des sich nicht Einfügenwollens in die bestehende Ordnung sei die Wurzel dessen, was in den vergangenen anderthalb Jahren im wesentlichen die Gewerbliche Wirtschaft gestört habe.

Mit der Gründung der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement sei ein wichtiger Schritt getan worden, um die Steuerung der hiesigen Wirtschaft in die Hand zu bekommen. In der ersten Sitzung der Rüstungskommission habe ihr Vorsitzender Generalleutnant Schindler die Ansicht vertreten, die Front sei jetzt 1 5oo Kilometer weit vom Generalgouvernement entfernt, und es sei jetzt überhaupt nicht mehr an der Zeit, mit der Wehrmacht bzw. den Wehrmachtsformationen als einem Störungsfaktor zu rechnen. Er, Präsident Dr. Emmerich, habe damals dem Generalleutnant Schindler entgegengehalten, daß die Entfernung der Front vom Generalgouvernement für dieses als rückwärtiges Gebiet gar keine Rolle spiele. Weiter habe er auf die Tatsache hingewiesen, daß sich zwischen dem Generalgouvernement als einer Ordnungszelle und der Front ein Gebiet befinde, in welchem diese Voraussetzungen nicht gegeben seien, so daß im Generalgouvernement unverhältnismäßig viele rückwärtige Dienste hängengeblieben seien, die gar nicht in der Lage wären weiter vorzurücken. Wenn die Wehrmacht, also die Formationen, vertreten etwa durch den Wehrkreisbefehlshaber, für sich in Anspruch nähmen, Aufträge an industrielle Betriebe zu vergeben, ohne sich irgendeiner Kontrolle zu unterwerfen, dann habe er als Mitglied der Regierung, das für die Gewerbliche Wirtschaft verantwortlich sei, nicht

die Möglichkeit, Steuerungsmaßnahmen durchzuführen, weil alles, was er unternehme, von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sei. Es müsse wohl auch von den Dienststellen des Reiches zugegeben werden, daß hinsichtlich gewisser Störungserscheinungen in der Gewerblichen Wirtschaft die Regierung des Generalgouvernements kein Verschulden treffe, sondern die Verhältnisse eben stärker gewesen seien.

Voraussetzung für eine Ordnung der Verhältnisse sei, daß die Regierung eine Übersicht über die gesamte Gewerbliche Wirtschaft des Landes erhalte. Er habe es in der ersten Sitzung der Rüstungskommission abgelehnt, irgendeine Verantwortung für eine wirklich totale Rationalisierung und Lenkung der Gewerblichen Wirtschaft zu übernehmen, wenn sich nicht alle Faktoren in ein Kontrollsystem einfügten. Vor allem müsse die Auftragslenkung zentral und für die Regierung übersichtlich geführt werden. Er habe Generalleutnant Schindler anheim gegeben, zunächst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Wehrmachtsteile im Generalgouvernement über den Wehrkreisbefehlshaber ihre Aufträge an die Zentralstelle für öffentliche Aufträge vergäben, die nach dem Vorbild von Holland und Belgien in Anlehnung an die gewerbliche Gruppe der Hauptabteilung Wirtschaft geschaffen worden sei. Jede Steuerung der Wirtschaft setze voraus, daß ein Gleichgewichtsverhältnis zwischen dem Produktionsapparat und dem,was man an Aufträgen in dieses Gefäß hinein tun wolle, hergestellt werde.

Das zweite Problem sei, wie innerhalb dieser Aufträge in einer Dringlichkeitsskala eine Stufenbereinigung nach wichtigen und weniger wichtigen Dingen hergestellt werden könne.

Über die Frage, ob sich das Reich auch der Zentralstelle für öffentliche Aufträge unterordnen wolle, habe er mit Präsident Kehrl besprochen. Im Reichswirtschaftsministerium beständen Hemmungen dagegen, weil es für das Reich deprimierend sei, daß eine Stelle des Generalgouvernements darüber zu entscheiden habe, ob eine öffentliche Stelle des Reiches Aufträge vergeben dürfe oder nicht. Er habe versucht, Präsident Kehrl davon zu überzeugen, daß, wenn das

Reich Wünsche äußere, man sie nach Möglichkeit respektieren werde.

Er habe dann angeordnet, daß zunächst den Betrieben auferlegt werde, alle Aufträge, die das Reich in das Generalgouvernement vergebe, zu melden. Es gebe dafür praktisch zwei Möglichkeiten: einmal die Einführung einer Meldepflicht für die Betriebe, zum anderen die Einführung einer Meldepflicht für die auftragvergebende Stelle. Er habe Präsident Kehrl gebeten, dazu beizutragen, daß das Meldeverfahren als Voraussetzung einer vernünftigen gewerblichen Wirtschaft auch von seiten des Reichswirtschaftsministeriums als beteiligter Stelle des Reiches gutgeheißen werde. Wenn dieser Apparat stehe, habe man erstmals die Möglichkeit, im gewerblichen Sektor so etwas wie eine Produktionsplanung aufzustellen.

Die zweite Voraussetzung wäre, daß man innerhalb des bestehenden Auftragsvolumens eine Dringlichkeitsskala einführte, für die es selbstverständlich absolute Maßstäbe nicht gebe. Der Ruf nach einer Dringlichkeitsskala entspreche zunächst einem theoretischen Bedürfnis. Ihn selber habe seit anderthalb Jahren der Rüstungsinspekteur immer gedrängt, eine Dringlichkeitsskala einzuführen, vor allem hinsichtlich der Kohle als des wesentlichen Elements der Industriewirtschaft. Er habe sich gegen die Einführung einer solchen Skala immer gestreubt, weil sie ein Moment der Erstarrung in die Lenkung der Wirtschaft bringe. Natürlich bedürfe es bestimmter Erfahrungen, zu erkennen, was dringlich und nicht dringlich sei. Wenn man heute für die Kohlenversorgung der gewerblichen Wirtschaft eine Dringlichkeitsskala aufstelle, in der beispielsweise die Versorgungs- und Rüstungsbetriebe auf der obersten Stufe ständen, dann in entsprechender Abstufung nach unten schließlich Textilbetriebe und lederverarbeitende Betriebe kämen, dann müsse man versuchen, die Kohlenversorgung nach dieser Skala zu lenken. Aber die geringste Verkehrsstockung auf der Ostbahn werfe ein solches Programm über den Haufen.

Logischerweise müßte man auf Grund dieser Lage eigentlich zu dem Schluß kommen: ein Betrieb der Dringlichkeitsskala drei dürfe erst beliefert werden, wenn Betriebe der Dringlichkeitsskala I über einen Vorrat für 3 Wochen verfügen. Eine solche Entscheidung würde aber die einzelnen Stellen nervös machen, da sie ja dann jeweils sofort disponieren müßten. Er habe sich deshalb gegen dieses Moment der Erstarrung gewendet und halte nach wie vor das bisherige System für besser, daß ein Fachmann, der die Dinge genau kenne, beauftragt damit werde, die äußerst elastische Steuerung herbeizuführen.

Im übrigen biete die totale Lenkung der gewerblichen Wirtschaft auch die Möglichkeit einer totalen Rationalisierung. Wenn man der Regierung des Generalgouvernements entgegenhalte, daß sie nicht alles, was im Reich auf diesem Gebiete schon geschehen sei, für das Generalgouvernement übernommen habe, so sei das eine voreilige Kritik. Man habe es eben bisher nicht durchführen können. Andererseits sei auf dem Sektor schon viel geschehen. Auch durch Betriebszusammenlegungen könne die Möglichkeit einer rationelleren Produktion geschaffen werden. Wenn zum Beispiel in irgendeiner Branche 5 oder 6 Betriebe halb ausgelastet auf derselben Produktion gesessen hätten, dann könne man die Produktion auf 3 voll ausgelastete Betriebe beschränken und wirtschaftlicher arbeiten, wobei aber auch wieder mehr der Wunsch der Vater des Gedankens sei. Zu einem Betrieb, der rationell arbeite, wolle man z.B. gern loo % der Kohlenmenge schaffen, man bringe sie aber nicht durch, während man zu einem anderen Betrieb der technisch viel schlechter gestaltet sei, die Kohlen hinzubringen vermöge. In einem solchen Fall müsse man sich entschließen, dem weniger rationell arbeitenden Betrieb die Kohle zu geben. Die Voraussetzungen seien eben nicht immer gegeben, daß man die Verhältnisse im Reich denen im Generalgouvernement gleichstellen könnte, also ein industrieller Standort genau so zugänglich sei wie ein anderer.

Generalgouverneur Dr. Frank weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es offenbar die Meinung des Arbeiterbeschaffungskommissars Sauckel wäre, man müsse die Rüstungsindustrie des Reiches loo %ig in der Kapazität halten, solle dagegen die Rüstungsindustrie in den besetzten Gebieten zum Vorteil der Rüstungsindustrie des Reiches möglichst abbauen.

Präsident Dr. Struve bemerkt, daß die Grundlage für diese Anordnung des Gauleiters Sauckel die Tatsache gewesen sei, daß die Pro-Mann-Leistung in den Betrieben der besetzten Räume ungefähr bei 4o, vielleicht auch bei 5o % liege, während sie in den deutschen Betrieben loo %ig sei und die Leistung der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter wenigstens 9o % betrage. Daraus habe man gefolgert, daß, solange eine Aufnahmefähigkeit in der deutschen Kriegswirtschaft bestehe, diese deutsche Kriegswirtschaft bevorzugt mit Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten zu versorgen sei. Gleichzeitig solle aber auch angestrebt werden, daß durch eine scharfe Rationalisierung und Konzentration die Betriebe in den besetzten Räumen, die auch auf die höhere Pro-Mann-Leistung gebracht werden könnten, gegebenenfalls durch Zusammenlegung in eine bessere Leistungskapazität gebracht würden, die ungefähr der Leistung des Reiches entspreche. Für die Frage, was bei der Arbeitergestellung den Vorrang beanspruchen könne, sei immer maßgebend, ob die Rüstungsindustrie derjenigen des Reiches gleich zu werten sei. Solange noch Kräftereserven vorhanden seien, müßten sie hier im Raume Verwendung finden. Angenommen aber, daß diese Reserven erschöpft wären und die Leistungskapazität sich nicht besseren würde, müßte man die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter aus ihren Betrieben herausnehmen und ins Reich schicken.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß die Verlagerungen aus Luftschutzgründen überhaupt nicht Beachtung fänden. Man bringe eine ganze Reihe von luftschutz-

gefährdeten Betrieben nach dem Generalgouvernement. Aber die dafür zuständige Stelle sei mit derjenigen des Gauleiters Sauckel nicht koordiniert.

Generalgouverneur Dr. Frank führt solche Zustände darauf zurück, daß im Reich keine geordnete Planung bestehe. Unterdiesen Schwierigkeiten müsse selbstverständlich auch die Wirtschaft des Generalgouvernements leiden. Was die Erfassung der Produktion der allgemeinen Wirtschaft angehe, so müsse man offenbar im Laufe der Zeit einen Apparat schaffen, der demjenigen der Landwirtschaft entspreche. Das Endziel müsse jedenfalls sein, daß eine Ablieferungspflicht der produzierten Gegenstände unter öffentlicher Kontrolle stattfinde, und die Waren nicht in den Schleichhandel gingen.

Präsident Dr. Emmerich hält es für schwierig, hier mit allgemeinen Formulierungen zu arbeiten, weil die gewerbliche Wirtschaft zu differenziert sei. Was vielleicht da und dort als Mangel empfunden werde, bedeute für die ganze gewerbliche Wirtschaft nur einen ganz kleinen Ausschnitt. Man habe die Textilwirtschaft im Generalgouvernement bereits rationalisiert, ohne daß es eines Anstosses von seiten der Rüstungsinspektion bedurft hätte. Die Rationalisierung dürfe nicht überspitzt werden. Wenn ein Betrieb, der voll mit Rohstoffen versorgt ist, infolge des Kohlenmangels nicht in dem wünschenswerten Maße ausgelastet sei, dann könne man einen solchen Betrieb auf Grund einer mathematischan Überlegung nicht einfach stilllegen und die Produktion in einen anderen Betrieb geben, sondern man sei leider gezwungen, zu warten, bis die Kohlenlieferungsverhältnisse für diesen Betrieb sich gebessert hätten. Wenn man einen Überschlag über die Rohstofflage mache, dann dürfe man Kapazitäten des Generalgouvernements, die noch oder vorübergehend noch unausgelastet seien, als dauernd unausgelastet betrachten.

Man dürfe eigentlich nicht davon sprechen, daß die Verhältnisse auf dem Gebiet der Spinnstoffwirtschaft des Generalgouvernements noch verhältnismäßig gut seien, wenn man

in Betracht ziehe, wie stark die Einschränkungen im Reich seien. Auf dem Ledersektor liefen die Dinge normal. Auf dem Eisensektor sei das Generalgouvernement praktisch Kostgänger des Reiches, und hier sei die Lage außerordentlich angespannt. Die Tendenz gehe dahin, daß man hinsichtlich der Eisenzuteilung nicht mehr Herr im eigenen Hause sei. Die Kontingente würden in Berlin für einzelne Hauptkontingentsträger und Verkehrsträger zentral festgesetzt. Man müsse sich dem unterordnen, was in Berlin für richtig gehalten werde. Daraus ergäben sich fühlbare Mängel auch für die Versorgung der Deutschen. Wenn z.B. keine Kochtöpfe zu erhalten seien, dann werde das als ein Fehler in der Lenkung der gewerblichen Wirtschaft betrachtet. Aber diese Erscheinungen gebe es auch im Reiche. Man habe mittlerweise im Reich eingesehen, daß das Abschneiden sogenannter unwichtiger Fertigungen seine Grenzen habe. Von gewissen Gebrauchsgegenständen würden jetzt wieder soviele hergestellt, daß der dringendste Bedarf befriedigt werden könne. Auch hier komme es wieder auf eine vernünftige Zusammenarbeit mit dem Reiche an. Man habe mit der Rüstungsindustrie ein Übereinkommen getroffen, nach welchem hinsichtlich der Versorgung der Deutschen und gegebenfalls für eine Ausweitung der Ernteerfassungsaktion,schließlich auch im Interesse einer Versorgung der Rüstungsarbeiter Gegenstände, die bisher nicht bewirtschaftet waren, in Bewirtschaftung genommen würden. Es würden dann eine Produktionssteuerung und eine Verteilungslenkung nebeneinander hergehen. Man müsse damit rechnen, daß die Ware heute nicht mehr so reichlich zur Verfügung stehe wie etwa im vergangenen Jahre. Umso weiter müsse man den Kreis dieser gewerblichen Waren ziehen. Man müsse Dinge in die Ernteerfassungsaktion tragen, die bisher dafür noch nicht vorgesehen waren. Vielleicht könne man dazu kommen, eine allgemeine Bezugsberechtigung nach einem Punktsystem einzuführen. Ähnlich wolle man auch bei den Deutschen vorgehen. Man beabsichtige, für solche Bedarfsartikel eine Punktkarte besonderer Art zu schaffen, auf Grund deren es dem Einzelnen

überlassen sei, sich die von ihm benötigten Dinge zu einem bestimmten Betrage zu kaufen. Dabei sollten auch die volksdeutschen Gebiete berücksichtigt werden. Dieses Verfahren habe sich auch im Reich sehr gut eingespielt. Für das Punktsystem sei ein Reformvorschlag gemacht worden, der im Reich als vorbildlich angesehen werde und dessen Grundidee auch übernommen werden solle.

Gouverneur Dr. Fischer bezieht sich auf seine vor/gestern in der Gouverneursitzung gemachten Ausführungen. Er habe daräuf hingewiesen, daß die Wehrmacht, die Reichsbahn und die Organisation Todt illegaler Weise eine Einkauforganisation aufgezogen hätten. Sie erhielten Waren auf allen Gebieten und in beliebiger Menge. Neuerdings habe wieder die Generalbetriebsleitung ein umfangreiches Holzgeschäft mit einer deutschen Firma abgeschlossen. Immer wieder werde bei solchen Geschäften mit der Entschuldigung gearbeitet, diese Stellen müßten für die Front direkt arbeiten und bekämen die Waren nicht auf dem ordentlichen Wege. Um solchen Mißständen zu begegnen,bedürfe es der Überwachung der größeren Produktionsstätten. Vor allem müsse mehr als bisher die Abteilung Wirtschaft bei den Distrikten eingeschaltet werden.

Präsident Dr. Emmerich führt diese Mißstände darauf zurück, daß es zum Teil an den Kontrollorganen fehle. Die Bewirtschaftungsstellen wie auch die Wirtschaftsabteilungen seien personell zum Teil nicht so stark ausgestattet, um eine solche Aufgabe erfüllen zu können. Die Bewirtschaftungsstelle für Eisen könne z.B. nicht übersehen, ob auf dem landwirtschaftlichen Sektor lo to Eisen für die Fabrikation von Pflügen oder den Reparaturbedarf einer Zuckerfabrik ausgegeben worden sei. Man habe infolgedessen das System gewählt, den Hauptbedarfsträgern Unterkontingente zu geben. Wenn das Reihh im Monat lo ooo to Eisen zur Verfügung stelle, lege ihm der Leiter der Bewirtschaftungsstelle einen Verteilungsplan vor, aus dem sich ergebe, daß auf Grund der

Vergleichszahlen des vergangenen Monats die Landwirtschaft, das Bauwesen usw. eine bestimmte Menge erhalte, und zwar im Pauschale, weil man die Steuerung dieses Eisenbedarfs auf dem einzelnen Sektor unmöglich übersehen könne. Wenn jetzt Fehlerquellen auftauchten und irgendwelche Schiebungen vorkämen, dann könnten die Bewirtschaftungsstelle und die HauptabteilungWirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt teilt mit, daß die großen Hauptbedarfsträger Wehrmacht, Eisenbahn, Landwirtschaft Sammelkontingente im Pauschale zugewiesen erhielten. Diese könnten natürlich nur von der Hauptabteilung gegeben werden. Die Kontingente würden dann unterverteilt, und es sei nun Sache der Hauptbedarfsträger, die ordnungsmäßige Verwendung dieser Kontingente zu überwachen. Im übrigen werde im Generalgouvernement das Holz nicht an polnische Firmen gegeben, sondern man beliefere die ganze Kriegswirtschaft, Wehrmacht, Eisenbahn, Landwirtschaft, Oberschlesien nur über deutsche Stellen.

Generalgouverneur Dr. Frank will die gegen Angehörige der Reichsbahnzentrale eingeleitete Untersuchung abwarten, bei der festgestellt werden könne, welche Firmen bei Schiebungen beteiligt seien. Jetzt müsse die Frage geprüft werden, ob man nicht der Anregung des Gouverneurs Fischer zu folgen habe. Der Abteilung Wirtschaft beim Distrikt müsse die Möglichkeit gegeben werden, sich in die Prüfung und Kontrolle dieser Dinge einzuschalten. Der Hauptabteilung Wirtschaft bei der Regierung würde durch diese Einschaltung der unteren Dienststellen eine große Arbeit erspart werden. Für eine entsprechende Regelung müßten Vorschläge ausgearbeitet werden.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß in der Gouverneurssitzung die Verteilung der Monopolprodukte durch die Generaldirektion der Monopole einer Kritik unterstellt worden sei. Man habe behauptet, daß die Verteilung nach dem Gesichtspunkt des größten Ertrages erfolge.

Generalgouverneur Dr. Frank geht davon aus, daß die Verteilung der Monopolartikel sozusagen eine zusätzliche Anerkennung für die im deutschen Interesse tätigen Polen sein solle. Man solle nicht so vorgehen, daß derjenige, der eine Schein habe, sich etwas dafür kaufen dürfe, sondern daß er darüber hinaus noch eine besondere Bescheinigung über seine Qualifikation brauchte. DieEntscheidung über die Qualifikation des Anwärters auf die Monopolartikel solle bei den Gouverneuren liegen.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß eine Einflußnahme der Gouverneure in dieser Beziehung auch jetzt schon jederzeit möglich sei. - Nach der Planung für das laufende Jahr, vorausgesetzt, daß man auf Grund der Kohlenlieferungen den notwendigen Sprit herstellen könne, entfielen für gewerbliche Zwecke 9 56o ooo Liter Weingeist. Das bedeute eine ganz erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. 5 ooo ooo Liter sollte allein die Pulverfabrik im Distrikt Radom erhalten. Für Konsumsprit sei eine Menge von 12,9 Millionen Liter vorgesehen, auf Trinkbranntwein entfielen 4,8 Mill.Liter, auf die Ernterfassung 3,189 Mill. Liter, für die Wehrmacht seien vorgesehen 494 ooo Liter, für die Rüstungs- und A-Betriebe über die Hauptabteilung Arbeit;3o8 ooo Liter gingen über die Hauptabteilung Eisenbahn an die polnischen Eisenbahner und die Bauarbeiter, 513 ooo Liter seien für die übrigen im deutschen Interesse in öffentlichen und privaten Betrieben arbeitenden Nichtdeutschen, zu denen auch die polnische Polizei gehöre, bestimmt. 768 ooo Liter entfielen auf die Bezugskarten, 874 ooo Liter auf die deutschen Gaststätten.

Dem Vernehmen nach habe der Führer die Durchführung eines gesteigerten Produktionsprogrammes für Sprengstoffe angeordnet. Dafür sei auch eine erhebliche Menge von Sprit erforderlich, die vom Reich, vom Protektorat und vom Generalgouvernement aufzubringen sei. Der Anteil des Generalgouvernements betrage etwa 9o- bis loo ooo Hekto-Liter, also 9 bis lo Millionen Liter. Dafür müßte die Hauptabteilung E. u. L. loo ooo to Kartoffeln hergeben. Er sehe überhaupt keine Möglichkeit, angesichts der derzeitigen Ver-

hältnisse den Distrikten eine Verteilungsmenge zu geben, wohl aber bestehe ohne weiteres die Möglichkeit, daß die Gouverneure, der Eisenbahn, der Hauptabteilung Arbeit und den Außendienststellen die Verteilung zu überlassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält eine Übersicht über die noch bestehenden Bewirtschaftungslücken für notwendig. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werde nach Möglichkeit alles erfaßt. Gleichwohl sei er der Überzeugung, daß ein Teil dieser Waren auf dem Wege der Verteilung wieder in den Schwarzhandel gleite.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann betont, daß die Bewirtschaftung nahezu bei jedem Rohstoff anders gestaltet sei. Nichtsdesto weniger sei richtig, daß die verschiedenen Systeme fast sämtlich eine gewisse Nebenlauft hätten. Man habe eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die aber nur von denjenigen beurteilt werden könnten, die sich ausschließlich mit diesen Fragen zu befassen hätten. Es handele sich ja nicht allein um die Lücken, deren Bestehen dazu führe, daß Material falsch verwendet werde, sondern es sei vor allem der Sog, der das Material aus diesen Lücken herausnehme. Dieser Sog gehe von den öffentlichen Auftraggebern wie der Reichsbahn aus, die sich mit gewaltigen Aufträgen an die Wirtschaft wendeten. Zahlreiche Millionenaufträge würden beispielsweise auf einen Schlag in Warschau angeboten. Für die Beschaffung irgendwelchen Materials wird die gesamte Warschauer Unterwelt mobil gemacht, die solche Vorräte herbeischaffen und sie den infrage kommenden Stellen zuführen solle. Es sei völlig irrig, ~~daß~~ anzunehmen, daß diese Mengen von irgendwoher kämen, wo sie nicht gebraucht würden, sondern sie würden selbstverständlich den Rüstungsbetrieben, den eigenen Betrieben des Generalgouvernements und allen möglichen Stellen, die das Material genau so notwendig brauchten, weggenommen. Man merkt es dort vielleicht nicht so sehr, weil es sich immer nur um verhältnismäßig kleine

hältnisse den Distrikten eine Verteilungsmenge zu geben, wohl aber bestehe ohne weiteres die Möglichkeit, daß die Gouverneure, der Eisenbahn, der Hauptabteilung Arbeit und den Außendienststellen die Verteilung zu überlassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält eine Übersicht über die noch bestehenden Bewirtschaftungslücken für notwendig. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werde nach Möglichkeit alles erfaßt. Gleichwohl sei er der Überzeugung, daß ein Teil dieser Waren auf dem Wege der Verteilung wieder in den Schwarzhandel gleite.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann betont, daß die Bewirtschaftung nahezu bei jedem Rohstoff anders gestaltet sei. Nichtsdesto weniger sei richtig, daß die verschiedenen Systeme fast sämtlich eine gewisse Nebenlauft hätten. Man habe eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die aber nur von denjenigen beurteilt werden könnten, die sich ausschließlich mit diesen Fragen zu befassen hätten. Es handele sich ja nicht allein um die Lücken, deren Bestehen dazu führe, daß Material falsch verwendet werde, sondern es sei vor allem der Sog, der das Material aus diesen Lücken herausnehme. Dieser Sog gehe von den öffentlichen Auftraggebern wie der Reichsbahn aus, die sich mit gewaltigen Aufträgen an die Wirtschaft wendeten. Zahlreiche Millionenaufträge würden beispielsweise auf einen Schlag in Warschau angeboten. Für die Beschaffung irgendwelchen Materials wird die gesamte Warschauer Unterwelt mobil gemacht, die solche Vorräte herbeischaffen und sie den infrage kommenden Stellen zuführen solle. Es sei völlig irrig, ~~daß~~ anzunehmen, daß diese Mengen von irgendwoher kämen, wo sie nicht gebraucht würden, sondern sie würden selbstverständlich den Rüstungsbetrieben, den eigenen Betrieben des Generalgouvernements und allen möglichen Stellen, die das Material genau so notwendig brauchten, weggenommen. Man merkt es dort vielleicht nicht so sehr, weil es sich immer nur um verhältnismäßig kleine

Prozentsätze handele, die verschoben oder gestohlen würden, und weil es vielleicht 3 oder 4 Wochen dauere, bis man feststellen könne, daß gestohlen worden sei.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, man habe es als ein Grundübel bezeichnet, daß viele große Firmen ihren Lebensmittelbedarf im Schleichhandel deckten.

Präsident Gerteis gibt darauf einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Ostbahn. Er führt aus, daß die Situation seit Anfang Dezember 1942 völlig schwankend gewesen sei. Damals habe man vor einer großen Krise gestanden, man habe aber beim Reichsverkehrsministerium die Forderung nach Schaffung von Vorflutern zum Osten und Westen durchgedrückt, weiter habe man die Abschirmung unnötiger Transporte durch das Generalgouvernement erreicht, die im Osten nicht abgenommen werden konnten. Nachdem diese generelle Regelung vom Reichsverkehrsministerium getroffen worden sei, sei um die Weihnachtszeit herum eine vollkommene Flüssigkeit des Verkehrs eingetreten, angesichts deren man imstande gewesen sei, alle Wagen für die notwendigen Zufuhren einschließlich derjenigen nach dem Osten zu stellen. Dieser Zustand habe bis zum Eintreten des scharfen Frostes angehalten, der den Ausfall vieler Lokomotiven im Osten zur Folge gehabt hat. Wenn im weiteren Osten die Lokomotiven technisch auf der Höhe gehalten werden sollten und an ihnen kein Mangel eintreten dürfe, so müsse das Reich Lokomotiven nach dem Osten bringen lassen. Die Ostbahn habe seit Ende November 236 Lokomotiven abgegeben und habe dafür etwa 80 gute Lokomotiven erhalten. Erst in allerletzter Zeit sei die Zufuhr nach dem Osten etwas abgedrosselt worden. Die Abnahme habe infolge der Ereignisse an der Front Not gelitten, weil die Ausladegebiete nicht mehr zur Verfügung standen. Dieser Rückschlag habe ein Ansteigen der Zahl der abgestellten Züge zur Folge

gehabt.

Zur Zeit hätte sich der Verkehr nach dem Osten wieder einigermaßen eingelaufen, auch die Wagengestellung innerhalb des Generalgouvernements sei immerhin zufriedenstellend. Das gleiche gelte für die Kohlenzufuhr. Erfreulicherweise seien die Einwirkungen der Witterung jetzt nicht mehr so erheblich wie Anfang Januar. Er halte es für möglich, daß man über die nächste Zeit einigermaßen gut hinwegkommen werde, trotz der geringen Vorräte an Kohlen im Generalgouvernement, mit dem Vorbehalt allerdings, daß man nicht wisse, wie der Osten nun weiter disponieren müsse und welche großen Aufgaben vom Reich für den Osten gestellt werden.

Er habe das Reichsverkehrsministerium gebeten, dafür zu sorgen, daß aus der Quote des Lokomotivneubaues auch dem Generalgouvernement die Möglichkeit einer Qualitätsverbesserung gegeben werden möge. Im Generalgouvernement würden Lokomotiven gebaut, und die Produktion betrage augenblicklich 25o Lokomotiven im Monat insgesamt, die aber sämtlich nach dem Osten gingen.

Staatsserketär Dr. Bühler wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob nicht durch eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs zu Ungunsten der polnischen Bevölkerung eine wesentliche Erleichterung der Bekämpfung auf dem Gebiete des Schleichhandels erzielt werden könnten.

Generalgouverneur Dr. Frank sieht einen Weg der Besserung vor allem darin, daß die Bevölkerung mit einem Ausweis versehen werde. Von seiten der Ostbahn werde mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Kontrolle des Reiseverkehrs nicht von ihr ausgehen könne, sondern andere Stellen außerhalb der Ostbahn damit betraut werden müßten. Andererseits sei die Ostbahn der einzige Verkehrsträger auch für die illegale Bewegung im Lande. Man könne die Ostbahn nicht dafür verantwortlich machen, daß auf ihr Sprengstoffe transportiert würden, auch dann nicht, wenn der polnischen Bevölkerung Ausweise gegeben würden.

Staatssekretär Dr. Bühler geht sodann auf die Frage ein, ob es möglich sei, einen Ernährungsplan durchzuführen, der die Ausschaltung eines Teiles der einheimischen Bevölkerung von der Lebensmittelversorgung vorsehe. Von seiten der Gouverneure wie der Polizei und auch der Partei sei übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden, daß man eine Verantwortung für diese Maßnahme nicht zu übernehmen vermöge.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt fest, daß er sich auf keinen Fall dazu hergeben werde, 2 Millionen Menschen verhungern zu lassen. Dafür könne und werde er die Verantwortung nicht übernehmen.

Präsident Naumann geht zunächst darauf ein, daß im Reich bei vielen Dienststellen offenbar immer noch die Auffassung bestehe, im Generalgouvernement sei es möglich, sich Nahrungsmittel in nennenswertem Umfange auf schwarzem Wege zu beschaffen. Deshalb sei es nach Ansicht mancher Dienststellen im Reiche dem Generalgouvernement möglich, auch weiterhin größere Leistungen für das Reich aufzubringen Es müsse demgegenüber von vornherein unterstellt werden, daß die Erfassung im Generalgouvernement bis an die äußerste Grenze gegangen sei. Diesen Standpunkt verträten auch sämtliche Gouverneure und Kreishauptmänner, und einfache Erwägungen auf Grund der Ertragslage ließen diese Meinung als vollberechtigt erscheinen. Bei Getreide und Zuckerrüben z.B. sei die Erfassung loo %ig gewesen. Wenn man die Ernte des nächsten Jahres nicht gefährden wolle, sei die Möglichkeit einer Erfassung nicht gegeben. Trotzdem seien vom Reiche wieder neue Forderungen angemeldet worden.

Generalgouverneur Dr. Frank wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese vom Reich wieder neu gestellten Forderungen und erklärt, daß er unter den gegebenen Verhältnissen keine Tonne Getreide mehr abliefern werde.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 35 Minuten.

Haushaltbesprechung

im Belvedere zu Warschau

am 26. Januar 1943

Hdy Nr. 3560 - 32/43 g

6/43 g.

Geheim.

Niederschrift über die Haushaltsbesprechung am 26.Januar 1943 im Belvedere zu Warschau.

Beginn der Sitzung: 11,35 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 11,35 Uhr und stellt folgende Tagesordnung auf:

1. Übernahme der Wirtschaftsschulden des Reiches bei der Emissionsbank in Polen auf den Haushalt des Generalgouvernements,
2. Verkauf von Rüstungswerken,
3. Spritanforderung des Reichswirtschaftsministeriums,
4. Werke des Generalgouvernements,
5. Judeneigentum.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung macht Präsident Dr. S e n k o w s k y den Vorschlag, die Schuld, die das Reich bei der Emissionsbank in Polen in Höhe von 3 ½ Milliarden habe, auf den Haushalt des Generalgouvernements zu übernehmen. Er begründet diesen Vorschlag eingehend. Auf Grund der anschließenden Beratung, bei der Bankdirigent Dr.Paersch , Reichsamtsleiter Dr.Heuber, Präsident Dr.Emmerich, Präsident Naumann, Ministerialrat Plodeck, Staatssekretär Dr. Boepple und Staatssekretär Dr.Bühler ihre Ansicht vortragen, stellt der Herr Generalgouverneur abschließend fest:

Zur Entlastung des Reiches muß das Generalgouvernement unter allen Umständen seinen Anteil beitragen. Das Reich hat aber selbst das größte Interesse daran, daß das Generalgouvernement nicht durch überstürzte Währungs- und Finanzmaßnahmen in Gefahr gerate. BeiZugrundelegung dieses Leitgedankens ergebe sich folgendes:

1. Der Versuch, die Währungs- und Finanzsituation des Reiches dadurch zu bessern, daß die Schuld des Reiches auf den Haushalt des Generalgouvernements übernommen wird, muß als undurchführbar bezeichnet werden. Auch die Übernahme der laufenden Zins- und Amortisationslast auf den Haushalt des Generalgouvernements kann nicht in Frage kommen.

2. Dem Vorschlag des Leiters der Hauptabteilung Finanzen, den Wehrbeitrag des Generalgouvernements an das Deutsche Reich weiter zu erhöhen, ist zu entsprechen, soweit diese Erhöhung durch Maßnahmen bewirkt werden kann, die weder den Wirtschaftsfrieden noch das Vertrauen in die Wirtschaftssituation des Generalgouvernements zerstören oder ernstlich gefährden.

3. Die Anleihepolitik soll vorsichtig in Bewegung kommen, insbesondere erscheint die Begebung von Sachwertanleihen (Ostbahnanleihe) durchaus vertretbar.

Die Sitzung wird um 14 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15,35 Uhr fortgesetzt. Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst Punkt 5 der Tagesordnung zur Aussprache. Auf Grund der Beratung beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. B ü h l e r , den Punkt Judeneigentum zum Gegenstand einer sofortigen Unterredung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen zu machen. Die diesbezügliche Anordnung des Reichsführers SS könne nicht anerkannt werden. Zweckmäßig erscheine die Bildung einer Sonderkommission, in der die Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilung Wirtschaft (Abteilung Treuhandverwaltung) mit vertreten sein müßten und deren Vorsitzenden der Staatssekretär der Regierung bestimme.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet Präsident Dr. E m m e r i c h über den Wunsch der Hasag, die Gewehrfabrik Warschau, die Rüstungsfabrik Skarżysko-Kamienna und die Eisenhütte Tschenstochau vom Generalgouvernement käuflich zu erwerben. Ministerialrat Plodeck referiert über die Einzelheiten des Kaufangebots. Präsident Dr. Senkowsky äußert Bedenken gegen die angebotene Kaufsumme.

Staatssekretär Dr.Boepple tritt dafür ein, das Kaufangebot anzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich abschließend bereit, den Kauf zu den angebotenen Bedingungen abschließen zu lassen. Er hoffe zuversichtlich, daß das Reich das große Entgegenkommen, das das Generalgouvernement mit der Annahme dieses Kaufangebotes beweise, anerkennen werde.

Im Hinblick auf dieZusicherung, die von der Hasag für die spätere Umstellung auf die Friedenswirtschaft gemacht würden, erscheine ihm die Annahme des Angebots der Hasag vertretbar.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung.

Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Plodeck und Präsident Dr.Senkowsky berichten über die derzeitige Lage der Werke des Generalgouvernements A.G." Der Herr Generalgouverneur hält das derzeitige Interregnum für eine sehr unglückliche Lösung und bittet den Präsidenten Dr.Emmerich, den neu zu besetzenden Posten des Aufsichtsratsvorsitzers zu übernehmen. In der ersten Aufsichtsratssitzung solle dann eine Überprüfungskommission gebildet werden, die über die zurückliegende Zeit Bericht abzugeben habe.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung.

Präsident Dr.Emmerich gibt bekannt, daß Präsident Kehrl vom Reichswirtschaftsministerium ihm f e r n m ü n d l i c h eine Forderung des Reiches auf 100 000 hl Feinsprit oder 100 000 t Kartoffeln übermittelt habe. Die Forderung sei kurz befristet und mit rüstungswirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet worden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß bisher weder ihm persönlich noch Präsidenten Naumann oder Präsidenten Dr.Emmerich eine formell einwandfreie Anforderung zugegangen sei; eine Anforderung dieses Ausmaßes könne nicht im Wege eines Ferngespräches geschehen. Im übrigen sei, wie sich aus dem Bericht des Präsidenten Naumann ergibt, das Generalgouvernements bereits derart angespannt, daß dieser zusätzlichen Anforderung nicht entsprochen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, von weiteren Kontingentslieferungen an das Reich so lange abzusehen, bis der mit dem Herrn Reichsmarschall laufende Briefwechsel abgeschlossen sei. Im übrigen werde auch über diese Frage noch am 3.Februar 1943 auf der Burg zu Krakau eingehend zu sprechen sein.

Der Herr Generalgouverneur schließt um 17,22 Uhr die Sitzung.

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Anlage zur Niederschrift über die
Haushaltsbesprechung am 26.1.1943
im Belvedere zu Warschau.

Frank
Dr.Boepple
Gerteis
Dr.Heuber
Dr.Paersch
Emmerich
Bühler
Senkowsky
Naumann
Plodeck
Dr.Weh
Losacker

A r b e i t s s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu W a r s c h a u

am 26. Januar 1943.

Thema: 1. Clearing und Haushaltswesen
2. Verkauf von Rüstungswerken
3. Werke des Generalgouvernements
4. Ernährungssituation
Ablieferungen an das Reich - Spritforderung

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Präsident Dr. G e r t e i s
Präsident Dr. S e n k o w s k y
Präsident Dr. E m m e r i c h
Präsident Dr. N a u m a n n
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
Ministerialrat P l o d e c k
Bankdirigent Dr. P a e r s c h
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Regierungsrat G n a u c k
als Protokollführer

Ausgefertigt in 3 Exempl.:

1. z.d.A. d.Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Staatssekretär Dr. B ü h l e r
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Beginn der Sitzung 11 Uhr 40 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Generalgouverneur Dr. Frank, daß der Erlaß über die Enteignung des Judenvermögens am 3.Februar 1943 in einer Sitzung auf der Burg zu Krakau einer Besprechung unterzogen werden soll. Weiter stellt er fest, daß dieser Erlaß rechtsunwirksam sei, weil über seine Formulierung mit Staatssekretär Dr. Bühler nicht gesprochen worden sei. Generalgouverneur Dr. Frank weist Staatssekretär Dr. Bühler an, allen beteiligten Dienststellen von dieser Sachlage Kenntnis zu geben.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Clearing und Haushaltswesen.

Präsident Dr. Senkowsky stellt zunächst fest, daß Besorgnisse wegen der Haushaltslage des Generalgouvernements zur Zeit und auch für die nächste Zukunft nicht beständen. Gewisse Ersparnismaßnahmen, die man beim Haushalt bereits durchgesetzt habe, gewisse Einnahmesteigerungen bei Besitz- und Verkehrssteuern ließen die Finanzverwaltung mit einer gewissen Beruhigung in die Zukunft blicken. Die Frage, ob die notwendigen Maßnahmen des Generalgouvernements zur Zeit und in der nächsten Zukunft finanziell gedeckt werden könnten, könne er unbedingt bejahen.

Über die Schuldensituation des Generalgouvernements brauche man überhaupt nicht zu sprechen. Die bisherige Geschäftsführung des Generalgouvernements habe zu einem Schuldenstand von 300 Millionen Zloty geführt, einer Verschuldung im Laufe eines Krieges, die überhaupt nicht in Betracht gezogen zu werden brauche. Er habe Gelegenheit gehabt, festzustellen, wie sehr das Reich unter Anspannung der letzten finanziellen Mittel bestrebt sei, den Krieg weiterzuführen und das, was es an Rüstungs- und sonstigen Maßnahmen in ganz Europa für den Krieg einsetzen müsse, irgendwie zu finanzieren. Die Verschuldung des Reiches sei

Zu einer bisher noch nicht dagewesenen Höhe angestiegen. Die Verschuldung entstehe durch Aufnahme von Inlandsanleihen, durch die Clearing-Verschuldung für vorschußweise Ausgaben für Lieferungen. Auch dadurch, daß für Lieferungen verbündeter Staaten oder besetzter Gebiete die vorgesehenen Gegenwarenlieferungen nicht mehr zur Verfügung ständen, bzw. zum Teil auch aus Transportgründen nicht durchgeführt werden könnten. Die Frage, was weiter zu geschehen habe, wenn der Krieg noch länger dauere und diese Maßnahmen noch 2 oder 3 Jahren fortgeführt werden müßten, habe überhaupt nicht beantwortet werden können. Er habe in der Sitzung der Finanzabteilungsleiter der besetzten Gebiete gesagt, man müsse die Frage rechtzeitig stellen, damit man, wenn möglich, frühzeitig zu einer anderen Lösung gelange. Er sei nach reiflicher Überlegung zu der Auffassung gekommen, daß es dem Generalgouvernement möglich sei, dem Reich auf finanziellem Gebiete zur Seite zu stehen, unter der Voraussetzung, daß dadurch der Wirtschaft des Generalgouvernements keine Schaden zugefügt werde. Er sei weit davon entfernt, die Dinge nur vom rein finanziellen Gesichtspunkt anzusehen. Er sei insbesondere auch von gewissen psychologischen Momenten ausgegangen, die es in Berlin immer wieder als unangenehm empfinden liessen, daß das Reich in so hohem Maße bei den besiegten Staaten wie z.B. Polen verschuldet sein solle. Diese Mentalität in Berlin werde durch die Notenbankorganisation im Generalgouvernement gestützt. Bei der Notenbank, die immer noch Emissionsbank von Polen heiße, führten zwei polnische Direktoren unter Aufsicht des Bankdirigenten Dr. Paersch ein kümmerliches Dasein. Bei dieser Emissionsbank sei das Reich verschuldet.

Sein Vorschlag sei nun dahin gegangen, die bisher aufgelaufene Reichsschuld, die Verschuldung der deutschen Wirtschaft und die Staatsschuld des Reiches über die Notenbank auf das Generalgouvernement zu übernehmen und für die Zukunft einen den Bedürfnissen des Reiches und den Möglichkeiten des Generalgouvernements angemessenen Reichsvertei-

digungsbeitrag zu leisten, und zwar unter der Voraussetzung, daß das Reich anerkenne, daß dieser Reichsverteidigungsbeitrag in seiner Höhe nicht präjuditiell sein dürfe, daß das Reich bereit sei, gegebenenfalls bei auftretenden Schwierigkeiten dem Generalgouvernement entsprechend zu helfen und sich über die zusätzliche Finanzierung seiner Maßnahmen und über das, was über die Möglichkeiten hinausgehe, rechtzeitig mit dem Generalgouvernement zu verständigen, damit eine unerfreuliche Finanzierung in Zukunft vermieden werden könne.

Die Höhe der Verschuldung des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement betrage 3,5 Milliarden Zloty. Entstanden sei diese Verschuldung vor allem dadurch, daß, nachdem die eingelösten Zlotynoten im Wartheland ausgegeben waren, für ihre Ausgabe keine anderen Mittel zur Verfügung gestanden hätten, als diejenigen, über die die Notenbank verfügte.

Der Reichsfinanzminister habe vor einem Jahre in einem Schreiben die Wehrmachtsausgaben und die zivilrechtlichen Ausgaben in ein Verhältnis gestellt. Er, Präsident Dr. Senkowsky, habe dann seine Einstellung zu dieser Frage dargelegt. Die im Haushaltsplan 1942 vorgesehenen 7oo Millionen Wehrmachtsbeitrag blieben sehr erheblich hinter der Summe ~~sri~~ zurück, die vorläufig als angemessen angesehen werde, nämlich zwei Drittel für Ausgaben für nichtmilitärische Zwecke. Danach würde sich ein Wehrbeitrag von 1,4 Milliarden Zloty ergeben.

Generalgouverneur Dr. Frank ist der Auffassung, daß dar Reich eines Tages unter die Schuld der besetzten Gebiete einen Strich machen werde. Schon heute sei es praktisch so.

Präsident Dr. Senkowsky ist der Ansicht, daß das Generalgouvernement, wenn es sich zur Übernahme der Schuld bereit erklärte, bei den Verhandlungen über den Wehrbeitrag in eine bessere Situation kommen werde.

Generalgouverneur Dr. Frank erklärt es für völlig unmöglich, daß das Generalgouvernement noch weitere Belastungen auf sich nehme. Dieser Standpunkt müsse dem Reichsfinanzministerium gegenüber auch von Staatssekretär Dr. Bühler mit aller Energie vertreten werden. Dem Reichsfinanzministerium müsse klar gelegt werden, wie völlig unmöglich es aus politischen Erwägungen sei, daß das Generalgouvernement in einer Zeit, in der es in größte Schwierigkeiten geraten werde, solche Belastungen auf sich nähme. Die Forderung, daß von vornherein zwei Drittel des gesamten Haushalts an das Reich abgeliefert werden sollten, müsse unter allen Umständen abgelehnt werden. Er sei deshalb auch gewillt, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme des Reichfinanzministers den Haushalt des Generalgouvernements in Kraft zu setzen.

Präsident Dr. Senkowsky will den politischen Entschlüssen des Herrn Generalgouverneurs nicht widersprechen, muß aber die Erklärung abgeben, daß man das, was er vorgeschlagen habe, tun könne,ohne die Interessen und Aufgaben des Generalgouvernements zu beeinträchtigen. Seiner Ansicht nach habe das Generalgouvernement die Verpflichtung, für das Reich das zu tun, was in seiner Kraft stehe. Er gehe dabei von der Feststellung aus, daß die Finanzverwaltung in der Lage sein werde, die dem Generalgouvernement gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Präsident Dr. Paersch bezeichnet den von Präsident Dr. Senkowsky gemachten Vorschlag als nicht zweckmäßig und nicht durchführbar. Dieser Vorschlag würde bedeuten, daß die wichtigste Währungsreserve, die bei der Emmissionsbank auf der Aktivseite die Guthaben des Reiches darstellten, durch Übertragung auf das Generalgouvernement zu einer Schuld des Generalgouvernements an die Notenbank werden würde. Die Notenbank sei bisher schon in Höhe von 2 Milliarden Gläubigerin des Generalgouvernements. Darin liege auch mittelbar eine Schuld des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Senkowsky bestreitet, daß die Notenbank von der Regierung einen Schuldtitel gehabt habe. Auf dem Umwege über die 3,5 Milliarden Zloty, die eine Markschuld darstellten, habe die Notenbank dem Reich gegenüber eine Devisendeckung in Mark. Der Herr Ganeralgouverneur habe es selber im vorigen Jahr nicht als zutreffend bezeichnet, daß die Noten ausreichend durch Markforderungen im Reich gedeckt werden könnten. Bei den 3,5 Milliarden Zloty als Forderung gegenüber dem Reich handele es sich nicht um eine echte Deckung. Wenn aber das Reich jetzt die Schuld streiche, dann falle die ganze Deckung weg.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, daß, wenn das Reich die Schuld streiche, das Generalgouvernement keine Verantwortung für den Zusammenbruch des Zloty treffe.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß das Reich weiter Schuldner der Notenbank dann bleiben würde, was für das Reich ziemlich gleichgültig, für die Notenbank aus psychologischen Gründen wichtig wäre. Wenn man die Last für das Reich übernehme, so ergäbe sich daraus eine Verzinsung und Tilgung in Höhe von etwa 2oo Millionen Zloty im Jahre.

Generalgouverneur Dr. Frank wendet sich entschieden dagegen, daß von einer Art Verpflichtung dem Reich gegenüber gesprochen werde.

Präsident Dr. Paersch gibt zu bedenken, daß mit einer solchen Maßnahme die Währungsgrundlage des Generalgouvernements in verhängnisvoller Weise verschoben werden könnte. Ferner wäre dafür ~~der~~ eine Änderung der für die Emissionsbank gegebenen Vorschriften notwendig.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Finanzpräsident Dr. Senkowsky an, über die Frage der Übernahme der Schuld des Reiches mit Reichsstellen nicht zu verhandeln. So ernst und sachlich auch die Überlegungen des Präsidenten Senkowsky sein mögen, so dürfe doch auch in der Hauptabteilung Finanzen über diese Dinge nicht gesprochen werden.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Dr. Paersch, daß die Situation der Notenbank völlig gesichert sei. Dadurch, daß das Reichsmarkguthaben bestehe, sei dokumentiert, daß die Zlotywährung auf einer liquiden, sicheren Grundlage stehe, die zur Finanzierung des Warenbedarfs für die Einfuhr nach Kriegsende herangezogen werden könne. Das bedeute eine Devisengrundlage. Daß man auf keine Ausweise in der Öffentlichkeit angewiesen sei, gebe der Währung die Stärke. Die beiden Gesichtspunkte der Verschiebung der Währungsgrundlage und der Notwendigkeit der Veränderung der Verordnung über die Emissionsbank schlössen die Berücksichtigung des Vorschlages des Präsidenten Dr. Senkowsky aus.

Weiter sei die Durchführung des Vorschlages im Reichsinteresse nicht möglich. Bei den Schulden,von denen die Rede sei, handele es sich nicht um Schulden der Finanzverwaltung des Reiches, sondern um Wirtschaftsschulden des Reiches. Als das Reich dem Generalgouvernement gegenüber nicht mehr mit Warenlieferungen habe auftreten können, sei eine Aktivität in der Zahlungsbilanz entstanden. Man habe mehr Anweisungen an das Reich erhalten, als Zahlungen für die Befriedigung der Einfuhr geleistet worden sei. Hier handele es sich um eine reine Wirtschaftsschuld.

Präsident Dr. Senkowsky ist demgegenüber der Auffassung, daß es Finanzschulden gebe. Die Summen, z.B., die die Ostbahn erhalte, seien recht erhbelich.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es für die Ostbahn die sogenannten Auftragsbauten in Form der Ausgestaltung des Netzes, der Bahnneubauten im Generalgouvernement gebe. Hier handle es sich um Forderungen, die die Wehrmacht seinerzeit erhoben habe. Er habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Wehrmacht für die Finanzierung aufzukommen habe. Die Wehrmacht habe sich auch vom Reichsfinanzminister die Mittel für die sogenannten Otto-Bauten im Jahre 1940 in Höhe von etwa 700 Millionen,

für den Ostbau im Jahre 1942 in Höhe von 8oo Millionen Zloty erbeten und für das nächste Jahr 1 2oo Millionen, insgesamt also 2,7 Milliarden, eine Summe, die sich vielleicht noch auf 3 Milliarden erhöhe. Über die Finanzierung sei nunmehr vom Reichsfinanzminister über das Reichsverkehrsministerium mit der Ostbahn verhandelt worden. Die Ostbahn habe sich bereit erklärt, einen Zuschuß von 25 % zu geben. Man erhalte laufend einzelne Überweisungen von 3o, 4o, 5o, 6o Millionen Reichsmark, die nunmehr zum größten Teil transferiert werden müßten. Diese Markeinzahlung ehe auf das Konto der Ostbahn in Berlin. Ein großer Teil davon liege im Reiche, aber 6o bis 7o % davon liefen ins Generalgouvernement und würden mit Hilfe der Emissionsbank in Zloty umgewandelt. Durch die Bahnbauten entstehe also eine Finanzschuld des Reiches an die Emissionsbank. Nachdem die Ostbahn im Eigentum des Generalgouvernements geblieben sei, bleibe auch ihr Haushalt unter der Überwachung des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß die Frage, wie diese Wirtschaftsschulden gegenwärtig oder zukünftig zu behandeln seien, bereits die Reichsressorts beschäftige. Entgegen dem Antrage eines bestimmten Reichsressorts habe das Reichswirtschaftsministerium jede Änderung der Umrechnungssätze der Währung als nicht im Reichsinteresse liegend abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß man sie leider für die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft brauche. Es sei unmöglich, eine Ausnutzung der Länder mit der höchsten Potenz durchzuführen, wenn an der Währungsumrechnung etwas geändert werde. Wenn schon das Reich bei dem zuständigen Ministerium die Auffassung vertrete, daß an den Umrechnungssätzen nichts geändert werden dürfe, so könne man daraus ohne weiteres schließen, daß eine Streichung der Schulden für gänzlich außerhalb jeder Diskussion liegend betrachtet werde. Das Reich sei sich vollkommen klar darüber, daß die Wirtschaft der besetzten Gebiete vor Belastungen, die sich daraus ergeben könnten, unbedingt

bewahrt werden müsse. Das Generalgouvernement habe für das Reich einmal als Wirtschaftsgebiet zur Unterstützung des Reiches, aber auch als Hinterland für die kämpfende Truppe eine besondere Bedeutung. Das Reich werde diesen Gesichtspunkt in ganz besonderem Umfange für das Generalgouvernement zur Anwendung gebracht sehen wollen. Das Reichsinteresse erfordere es, daß jede Maßnahme unterbleibe, die die Wirtschaftsordnung des Gebietes, die ohnehin durch die großen Lieferungen an Getreide ins Reich eine erhöhte Belastung erfahren habe, noch darüber hinaus gefährdet werde. Weiter spreche der Gesichtspunkt dagegen, daß eine solche Maßnahme über die Zuständigkeit des Generalgouvernements hinausgehe. Denn bei der Bedeutung, die es für das Reich habe, werde es Wert darauf legen, in so wichtigen Fragen vorher gehört zu werden. Zuständig seien im Reich für die Wirtschaftsschulden das Reichswirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt und der Reichsmarschall. Wenn also überhaupt solche Gedankengänge jemals infrage kommen sollten, dann würde er es für richtig halten, daß sich der Herr Generalgouverneur vorher mit Reichswirtschaftsminister Funk ins Benehmen setze.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß der starre Standpunkt des Reichswirtschaftsministeriums zum Teil sehr bestritten werde. Dieser Standpunkt zeige nachteiluge Auswirkungen auch im Generalgouvernement. Die Festhaltung an der alten Währungsrelation und die straffe Preisregelung im Reich seien wichtige Voraussetzungen. Auch spiele der zwischenstaatliche Verkehr hier eine große Rolle. Staaten wie Rumänien und Bulgarien klammerten sich an die feste Währungsrelation, sie beriefen sich auf die großarteige Organisation im Reiche und verlangten Warenlieferung zu denselben Preisen wie bisher. Auf den Einwand, daß die Preise allgemein stiegen, werde erwidert, daß man diese Preissteigerung auch mitmachen müsse. Die Folge könne nur sein, daß die Clearing-Verschuldung steige.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß das Reich in der Kriegswirtschaft gebunden sei. Es könne diese Grundsätze nicht bewußt aufgeben, weil daraus sofort Schlußfolgerungen gezogen würden und Uhruhe in die besetzten Gebiete gebracht werde. Das Reich habe diese Länder weitgehend für seine Kriegsbedürfnisse ausgenutzt und habe Warenlieferungen nicht machen können. Es stehe nun vor der Notwendigkeit, auf Grund des Zwanges, weiter Waren zu erhalten, bei diesen Gebieten mit allen Mitteln darauf zu sehen, daß primär die Wirtschaftsordnung nicht unnötig gestört werde. Der höhere Gesichtspunkt der möglichst völligen Ausnutzung der Wirtschaftskraft der Gebiete habe es notwendig gemacht, die sich aus der Verschiebung im Reich ergebenden Erwägungen zurücktreten zu lassen. Im übrigen sei kaum anzunehmen, daß der Reichsmarschall anders entscheiden werde als der Reichswirtschaftsminister.

Präsident Dr. Emmerich ist der Auffassung, daß der Zloty nicht nur rein rechnungsmäßig in Reichsmark, sondern mit dem Begriff der traditionellen Währungsdeckung zu definieren sei. Es bestehe ein Devisenguthaben des Reiches bzw. habe die Notenbank ein Devisenguthaben im Reiche. Dieser Zustand sei einem Zustand der Währungsautarkie vorzuziehen, indem man lediglich aus dem Raum heraus angesichts der hier herrschenden Störungen den Zloty gewissermaßen von diesen Bindungen abschneide und sich lediglich auf die Definition eines Umrechnungskurses beschränke. Es sei ein großer Unterschied, ob ein Umrechnungskurs maßgebend sei oder ob dahinter noch so etwas wie eine Devisendeckung stehe.

Wenn die Investitionen, die das Reich vorgenomen habe oder für die vom Reich Geld gegeben worden sei, zu Investitionen im Generalgouvernement geführt hätten, die den Charakter einer Wertsteigerung von hier angelegten Wirtschaftswerten zeigten, dann könnte für das Generalgouvernement vielleicht ein Vorteil darin bestehen, daß es diese Werte gleich in sein Eigentum überführe. Wenn z.B. das Reich aus diesen Schuldpositionen Wertverbesserungen bei der Ostbahn vorgenommen habe, dann könnte man sagen: bei einer Tendenz, die etwa bestehen könnte, in Sachwerte

hineinzugehen, nehme man diese Wertverbesserungen gleich auf das Konto und verhindere dadurch, daß das Reich später dem Generalgouvernement diese Dinge zu einem mehrfachen Betrag als Schuld aufbürde.

Präsident Gerteis führt aus, daß der Reichsfinanzminister, nachdem er generell der Wehrmacht gegenüber die Verpflichtung übernommen habe, die gesamten Bauten zu bezahlen, versucht habe, einen Teil auf die Ostbahn bezw. auf das Generalgouvernement abzuwälzen. Er, Präsident Gerteis, habe sich bereit erklärt, auf die Ostbahn soviel zu übernehmen, als er nach vernünftigen Grundsätzen für Objekte angelegt hätte, die nutzbringend für die Ostbahn wären. Er habe sich weiter bereit erklärt, auch die ungeheuren Überteuerungen zu zahlen, die darin lägen, daß Anlagen nur provisorisch errichtet werden könnten und in zwei oder drei Jahren nochmals gemacht werden müßten. Er habe eine Summe von etwa 25 % der Bausumme errechnet, die die Ostbahn für die größeren Objekte im Jahre 1942 und 1943 bezahle. Wie das später abgerechnet werden solle, sei eine zweite Frage. Vom Reichsfinanzministerium sei auch anerkannt worden, daß die Ostbahn mit der Gewährung dieser 25 % ihrer Pflicht genüge. Das Generalgouvernement als solches könne aber auch im Wege des erweiterten Wehrbeitrages an diesen Dingen teilnehmen. Durch diese Ostbahnbauten trete naturgemäß auch eine ungeheure Wertsteigerung für sie ein. Vom Reich würden auch die durch das Generalgouvernement gehenden Transporte, und zwar je Achskilometer mit 22 Pfennigen, bezahlt. Die Ablösung gehe automatisch vor sich. Auch hierbei seien zahlreiche Devisentransaktionen notwendig.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß das Reich diese Summen im Verrechnungsverkehr zahlt. Hier handele es sich nicht um eine Finanzschuld des Reiches, sondern das Reich bezahle die Summen und sei damit ausgeschieden wie jeder, der im Generalgouvernement Verpflichtungen zu erfüllen habe. Damit werde die Clearingspitze zu einer Wirtschafts-

schuld des Reiches.

Wenn Präsident Dr. Senkowsky im Verhältnis des Generalgouvernements zum Reich eine Verbesserung der Verhandlungsbasis mit dem Reichsfinanzministerium hinsichtlich des Wehrbeitrages vorauszusetzen glaube, so habe er dagegen Zweifel. Es handele sich nicht um eine Finanzschuld des Reiches, sondern um eine Wirtschaftsschuld, denn federführend sei hier der Reichswirtschaftsminister. Zum anderen habe man Erfahrungen darüber, wie das Reichsfinanzministerium auf solche Dinge reagiere. Er habe als Wehrbeitrag des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1941 25o Millionen Zloty abgeführt. Dieser Betrag stelle nur etwa die Hälfte dessen dar, was nach dem voraussichtlichen Haushaltsanschlag für das Rechnungsjahr 1941 verlangt werden könne. Der Betrag von 25o Millionen für das Jahr 1941, von 35o Millionen für 1942 und von 4oo Millionen für 1943 sei entsprechend der Entwicklung der Finanzen für das Generalgouvernement durchaus tragbar.

In der Zielsetzung, nämlich dem Bestreben, dem Reich zu helfen, stimme er mit Präsident Dr. Senkowsky absolut überein, er sei aber der Ansicht, daß die Ausführung wirtschaftlich unmöglich und im gegenwärtigen Zeitpunkt unzweckmäßig sei und man im übrigen alle Kraft daran setzen müsse, die Wirtschaftsordnung des Generalgouvernements im Interesse des Reiches aufrecht zu erhalten.

Präsident Dr. Senkowsky verweist darauf, daß der Reichsfinanzminister schon Anfang vorigen Jahres die Forderung aufgestellt habe, der Wehrbeitrag müsse in einem gewissen Verhältnis zu dem Zivilbetrag stehen. Er habe einwandfrei festzustellen, daß der Wehrbeitrag für 1942 in Höhe von 7oo Millionen Zloty ohne irgendwelche Einschränkungen oder Nachforderungen genehmigt sei.

Gegenüber einem Hinweis des Präsidenten Dr. Paersch auf die Anleihewirtschaft im Generalgouvernement hebt Präsident Dr. Senkowsky hervor, dem Generalgouvernement werde es mit einem gewissen Recht zum Vorwurf gemacht, daß es bisher überhaupt nicht verschuldet sei. Man gebe im Reich seinem Befremden darüber Ausdruck, daß es bisher nicht möglich gewesen wäre, von den Polen auch nur einen Zloty Kredit für Kriegszwecke herauszuholen, während Frankreich und andere besetzte Gebiete eine starke Verschuldung auf sich genommen hätten.

Präsident Dr. Paersch gibt zu bedenken, daß in einem agrarischen Lande wie Polen die Gewöhnung an eine Kreditwirtschaft längst nicht so entwickelt sei wie in den westlichen Staaten. Der Hinweis auf die Westgebiete sei deshalb verfehlt, weil sie struktuell andere Verhältnisse aufwiesen. Der alte Staat Polen habe im Lande selbst keinen Kredit gehabt. Brauchte er eine Anleihe, dann hätten die Kreditinstitute vergewaltigt werden müssen. Im übrigen wäre es ihm im Jahre 1939/4o nicht gelungen, die Währung zu stabilisieren, wenn er nicht die einheimischen Elemente zur Mitarbeit herangezogen hätte. Er habe deshalb auch gebeten, ihn nicht zum Präsidenten der Emissionsbank zu machen.

Präsident Dr. Paersch geht dann auf die Gründe ein, die dazu geführt hätten, daß bisher noch keine Verschuldung des Generalgouvernements eingetreten sei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird dann zu der Frage des Notenumlaufes Stellung genommen.

Während Präsident Dr. Senkowsky mit einem gegenwärtigen Notenumlauf von 5 Milliarden Zloty rechnet, beziffert ihn Präsident Dr. Paersch nur auf 4 Milliarden. Er weist darauf hin, daß die Verhältnisse sich gebessert hätten, seitdem die Wehrmacht unter normalen Verhältnissen arbeite. Maßgebend für die Steigerung des Notenumlaufes sei seinerzeit die Erhöhung des Wehrsoldes in allen besetzten Gebieten ge-

wesen. Zu Beginn des Feldzuges mit Rußland seien dann die Anforderungen der Wehrmacht zunächst zurückgegangen, aber nur deshalb, weil die Truppe ihre überzähligen Zlotynoten abgegeben habe. Seit 1. Januar ds.Jrs. habe sich der Notenumlauf nicht verändert. Die Ausgabe der Zlotynoten hänge davon ab, wie sich die Giroguthaben änderten. Wenn sie gleich blieben, sei es davon abhängig, wie die Clearingspitze gestaltet sei.

Präsident Dr. Senkowsky erinnert daran, daß bei einer Besprechung auf der Burg vor etwa einem Jahre der Notenumlauf auf 2,4 Milliarden beziffert worden sei. Jetzt sei er um 6o % auf 4 Milliarden gestiegen. Wenn eine weitere Steigerung von 6o % eintrete, so könne man im Laufe dieses Jahres mit einem Notenumlauf von 6 bis 6,5 Milliarden rechnen. Die Frage sei nun, welche vorbeugenden Maßnahmen man dagegen ergreifen könne. Man könne vielleicht versuchen, lo % der Noten in Form einer Anleihe herauszuholen. Seiner Ansicht nach müsse mit zwei Mitteln gearbeitet werden, und zwar erstens mit der Abschöpfurg durch straffe Erfassung des steuerlichen Apparates. Das geschehe nach seiner Ansicht in ausreichendem Maße. Soweit es nicht der Fall sei, werde er im näch Laufe der nächsten Wochen noch entsprechende Maßnahmen vofschlagen. Zweitens könne man dem Reich möglichst viele Mittel zur Verfügung stellen, die aus dem Generalgouvernement geschöpft würden, sei es aus dem Haushalt, sei es durch Aufnahme von Anleihen. Seit April vorigen Jahres habe man dem Reich rd. 1 Milliarde für die Durchführung seiner Maßnahmen zur Verfügung gestellt, und in der Höhe dieser Milliarde sei die Notenbank vom Reich nicht in Anspruch genommen worden. Das Geld, das man dem Reich zur Verfügung stelle, hole man in Gestalt der Noten aus der Bevölkerung heraus, die Noten lege man nicht in die Kasse, sondern sie flössen an die Notenbank zurück. Um diesen Betrag sei der Notenumlauf verringert. Sein Vorschlag sei dahin gegangen, die Guthaben im Reich nach Möglichkeit nicht mehr anwachsen zu lassen, daher die Verzinsung und Tilgung zu übernehmen. Man bezahle eine ganz bestimmte

Summe und verharre dem Reich gegenüber in der Forderung, daß über den Betrag, der durch den Beitrag des Generalgouvernements nicht gedeckt sei, finanzierungsgemäß eine einheitliche Linie hergestellt werden müsse, damit man von der Notenbegebung herunterkomme und für den Betrag, der in Noten ausgegeben werden müsse, eine Anleihe aufnehmen könne, was wieder Abschöpfung von Kaufkraft und zur Verfügungstellung polnischer Kaufkraft für die Erfüllung von Kriegsaufgaben bedeute.

Präsident Dr. Paersch ist der Auffassung, daß keine Möglichkeit bestehe, Anleihen in größerem Umfange aufzunehmen. Er stimme aber Präsident Dr. Senkowsky insofern zu, daß man die polnische Bevölkerung auch in ihrer Sparkraft so weit als möglich heranziehen solle. Es sei immer sein Ziel gewesen, auf diesem Gebiete das möglichste hem auszuholen, aber das Vertrauen lasse sich nun einmal nicht kommandieren. Wenn man bei den Kreditinstituten vor einer Grenze stehe, weil eben das Vertrauen eine so große Rolle spiele, dann müsse man diesen Gesichtspunkt bei der Frage der Unterbringung von Anleihen berücksichtigen. Es sei natürlich möglich, Zwangsanleihen zu machen, nur störe man damit den Kredit des Staates und die Kreditwirtschaft. Aus diesen Erwägungen heraus habe man auch im Reich ein Zwangssparen abgelehnt. Nach seiner Auffassung bestehe vom Standpunkt des Haushalts gesehen kein zwingender Grund, diese Probleme zu überlegen. Wenn sie auftauchen sollten, sei er gern bereit, die Dinge zu prüfen.

Generalgouverneur Dr. Frank glaubt danach feststellen zu können, daß Präsident Dr. Senkowsky und Bankdirigent Dr. Paersch die Übernahme der Schulden des Reiches und ihre Verzinsung ablehnten, sich aber damit einverstanden erklärten, daß der Wehrbeitrag im Interesse der gesamten Wehrwirtschaft gezahlt werde. Für ihn als Generalgouverneur sie nicht nur die Finanzierung von Wichtigkeit, sondern er müsse von seinem Standpunkt aus an die befriedete Haltung der Bevölkerung denken, er müsse den Glauben der Bevölkerung an den Wert des Zloty und die Gerechtigkeit der Verwaltung aufrecht erhalten.

Präsident Dr. Senkowsky ist der Auffassung, daß eines der schlimmsten Unruhemomente für das Generalgouvernement ein weiteres Ansteigen des Notenumlaufes sei.

Präsident Dr. Paersch will die Wichtigkeit des Notenumlaufes nicht überschätzt wissen. Man dürfe Notenumlauf und Ware nicht gleichsetzen. Die Steigerung des Notenumlaufes sei im Generalgouvernement von einer außerordentlichen Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes begleitet. Das liege daran, daß die gesamte einheimische Bevölkerung vor allem in den Städten, weil sie zusätzlich vom Schleichhandel leben müsse, immer größere Barbeträge bei sich halten müsse. Zum anderen müsse in Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen sich die Kriegswirtschaft immer mehr verstärke, der Aufrechterhaltung des Vertrauens besonderer Wert beigelegt werden. Alle Maßnahmen, die er in der Vergangenheit bis zur Gegenwart getroffen habe, habe er vorwiegend unter diesen Gesichtspunkt gestellt. An dieser bewährten Methode dürfe nichts geändert werden.

Präsident Dr. Senkowsky bittet, zu überlegen, ob man nicht bei Zugrundelegung einer bestimmten Summe von einer oder 1,2 Milliarde zweckmäßigerweise zur Verhinderung eines weiteren Ansteigens des Guthabens im Reich einen Teil zur Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld verwenden könne. Die Auswirkung würde so sein, daß die Finanzverwaltung aus der Bevölkerung 2oo Millionen Zloty herauszieh und sie der Notenbank zur Verfügung stelle. Die Notenbank könne dann die Noten im Betrage von 2oo Millionen Zloty verbrennen.

Präsident Dr. Paersch geht davon aus, daß das Guthaben, das das Generalgouvernement im Reich habe, eine Verschuldung der deutschen Wirtschaft darstelle. Diese Verschuldung sei gegenwärtig auch von den Wehrmachtszahlungen und sonstigen Zahlungen sowie größeren Überweisungen wie derjenigen der Ostbahn usw. abhängig.

Präsident Gerteis wirft die Frage auf, ob vielleicht die Ostbahn zur Lösung dieses Problems einen Beitrag leisten könne. Das Reich habe sich entschlossen, die Ausgaben für neue Bahnbauten zu bevorschussen, und zwar werde die Ostbahn in diesem Jahr einen Vorschuß von etwa einer Milliarde Zloty erhalten, einen Betrag allerdings, der zu einem großen Teil transferiert werden müsse. Die Ostbahn werde aber einen Teil dieses Wertzuwachses unter allen Umständen selbst übernehmen müssen, - ob auch das Generalgouvernement, sei eine Frage. Vielleicht würde es sich empfehlen, wenn sich die Ostbahn bereit fände, 3o % der Kosten sofort zu bezahlen. Im Zusammenhang damit könnte die Frage erwogen werden, ob es möglich sei, für die Ostbahn eine Anleihe von loo- oder 18o ooo ooo aufzunehmen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Bevölkerung eher geneigt sei, für eine Sachwertgrundlage Geld herzugeben.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß diese Anregung durchaus in seinem Sinne liege. Er sei sehr daran interessiert, daß vom Generalgouvernement aus möglichst große Einzahlungen ins Reich erfolgten und sei erbötig, die Voraussetzungen für eine Ostbahnanleihe zu schaffen.

Präsident Dr. Senkowsky hält es für wünschenswert, daß das, was im Lande ausgegeben werde, nach Möglichkeit im Lande verbleibe und dann der Rest im Reich kreditiert werde. Wenn eine Ostbahnanleihe im Lande aufgelegt werde, so würden die Forderungen des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement um die entsprechende Summe von 2oo oder 4oo Millionen Zloty herabgedrückt. Diese Summe sei in dem Betrag enthalten, der finanziert werden sollte. Auf diese Weise und im Zusammenhang mit der Erhöhung des Wehrbeitrages werde es möglich sein, einen sehr hohen Prozentsatz der Reichsausgaben oder dessen, was bisher auf dem Wege zusätzlicher Notmaßnahmen ausgegeben worden sei, aus Mitteln des Generalgouvernements aufzubringen.

Man müsse sich überlegen, ob man vielleicht diese 2oo oder 3oo Millionen Zloty im Generalgouvernement aufbringen könne, und zwar so, daß es seiner Wirtschaft möglichst wenig schade. Es bestehe kein Interesse daran, daß das an sich hohe Guthaben im Reich noch weiter steige, denn früher oder später werdes dieses Guthaben doch gestrichen werden. Einen Teil des Betrages, den man dem Reich zur Verfügung gestellt habe, könne man verwenden, indem man für das Reich die Verzinsung und Tilgung übernehme.

Generalgouverneur Dr. Frank hält es für geboten, dieses ganze System nunmehr dem Reich zu offenbaren. Mit der Zahlung des Wehrbeitrages könne man an die äußerste Grenze gehen. Die weiteren Einzelheiten müßten in einer Besprechung des Staatssekretärs Dr. Bühler mit den Präsidenten Dr. Senkowsky und Dr. Paersch besprochen werden. Mit einer Erhöhung des Wehrbeitrages unter den von Präsident Dr. Persch gegebenen Voraussetzungen erkläre er sich einverstanden. Ebenso stimme er dem Vorschlage des Präsidenten der Ostbahn bezglich der Aufnahme einer Anleihe zu.

Bevollmächtigter Dr. Heuber stimmt dem Präsidenten Dr. Senkowsky insofern zu, als für das Generalgouvernement eine Gefahr in einer Steigerung des Notenumlaufes liege. Wenn auch zur Zeit die Umlaufgeschwindigkeit geringer sei, so pflege sich doch schnell wieder zu vergrößern. Daher müsse es eine der Hauptaufgaben sein, den Zlotyumlauf wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, schon im Interesse der Deutschen, damit die feste Währungsrelation gehalten werden könne. Auf jeden Deutschen entfalle zur Zeit schon bei seiner Geburt eine Schuldenlast von 2 loo Reichsmark. Wie hoch die entsprechende Kopfquote heute bei der polnischen Bevölkerung sei, stehe nicht fest, sie sei aber wohl verhältnismäßig unwesentlich. Deshalb könne man mit Recht der Meinung sein, daß auch die polnische Bevölkerung eine entsprechende Schuldenlast trage.

Der Weg der Zwangsanleihe werde heute im Reich in gewisser Weise beschritten. Man könne zur Zeit im Reich weder eine Hypothek erhalten noch Aktien kaufen, vielmehr müßten sämtliche Spargelder und die Lebensversicherungsprämien in Reichsanlaihen angelegt werden. Wenn das vom deutschen Volke verlangt werde, dann müßte man eigentlich auch für die polnische Bevölkerung irgendeine Form finden, die es ermöglicht, den Gewinn abzuschöpfen, oder die die polnische Bevölkerung auch zum Eisernen Sparen zwinge oder sie nötige, den Anleihebedarf des Generalgouvernements irgendwie zu decken.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß die Zwangsanleihe als eine besondere Form der Besteuerung unter gewissen allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen einen besonderen Reiz haben könne, weil derjenige, der sich an der Zwangsanleihe beteilige, erwarten könne, daß er sein Geld voraussichtlich eines Tages wiedersehen werde, und weil er Zinsen erhalte. Unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen könne es aber auch vorteilhafter sein, statt einer Zwangsanleihe Steuern zu erheben, weil die Zwangsanleihe dazu führe, daß den Kreditinstituten überhaupt keine Depositen mehr zuflössen. Er halte den Weg der Auflegung einer Anleihe für die Ostbahn insofern für beachtenswert, als es sich hier um Sachwerte handle, für die die Bevölkerung eher etwas zu geben gewillt sein werde. Hinsichtlich einer Zwangsanleihe seien die Verhältnisse im Reich und im Generalgouvernement völlig verschieden. Während im Reibh noch eine Spartätigkeit vorhanden sei, bestehe sie im Generalgouvernement nur im ganz geringen Umfange. Soweit es sich um die Aufbringung von Mitteln für die Erhöhung des Wehrbeitrages handle,halte er den Weg der indirekten Besteuerung immer noch für günstiger als den der direkten Steuern. Das Kontrollwesen, wie es im Reich durch die Reichsfinanzverwaltung geübt werde, funktioniere unter den im Generalgouvernement obwaltenden Verhältnissen nicht. Die Polen hätten, soweit sie von früher Staatspapiere hätten, diese Staatspapiere verloren oder

seien der Auffassung, daß sie sie verloren hätten. Für die polnische Bevölkerung lägen also die Dinge anders als im Reich, vor allem mit Rücksicht darauf, daß vor drei Jahren der Bankerott des polnischen Staates eingetreten sei. Das bedeute einen gewaltigen Aderlaß für diejenigen Kreise der Bevölkerung, die normalerweise für die Bereitstellung von Mitteln in Betracht gekommen wären.

Unter diesen Verhältnissen halte auch er es für geboten, sich einmal mit einer sachwertähnlichen Anleihe auf Staatseigentum des Generalgouvernements wirklich an die breite Öffentlichkeit zu wenden. Man dürde nicht nur die Kreditinstitute zu einer bestimmten Zahlung verpflichten, sondern müsse versuchen, die große amorphe Masse zu einer Beteiligung an dieser Anleihe heranzuziehen.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß die Hauptabteilung E. u. L. in gewissem Umfange ein sehr guter Kunde bei der Hauptabteilung Finanzen sein könne und auch müsse, weil das Geld, das von der Hauptabteilung Finanzen gegeben werde, wieder währungsstützend wirke, weil die Hauptabteilung E. u. L. tatsächlich Sachwerte schaffe und damit die Währung untermauere. Jede Tonne Getreide, die mit finanzieller Hilfe der Hauptabteilung Finanzen mehr erzeugt werde, stütze in Gestalt der Schaffung eines Sachwertes wieder die Währung. Deshalb müsse unter allen Umständen darauf Bedacht genommen werden, daß Steuererhöhungen wenigstens auf dem Gebiete der Landwirtschaft nicht einträten, sondern die Steuern im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe, Stabilität und Sicherheit in der Bevölkerung in ihrer bisherigen Höhe beibehalten würden. Ferner müsse an Geld soviel zur Verfügung stehen, daß ein Produktionsprogramm mit Rücksicht auf die vorhandenen Produktionsmittel durchgeführt werden könne. Deshalb sei es auch vom Standpunkt der Landwirtschaft nur zu begrüßen, wenn der Notenumlauf unter allen Umständen gedrosselt werde. Andererseits müßte aber auch das Reich in Gestalt von Kohlen, landwirtschaftlichen Maschinen usw. für die

Steigerung der Produktion Sorge tragen, statt daß es immer nur füe die gelieferten Waren Papiergeld zahle. Im übrigen sei auch er der Auffassung, daß der Weg einer Anleihe auf Sachwerte wie diejenige der Ostbahn beschritten werden könne. Hier bestände tatsächlich eine Möglichkeit für die Geldabschöpfung.

Ministerialrat Plodeck ist der Auffassung, daß wohl über die grundsätzliche Behandlung der Frage des Wehrbeitrages Einverständnis herrsche. Vom Standpunkt der Wirtschaft wäre nur zu beachten, daß die Erhöhung des Wehrbeitrages in einer Form erfolgen müsse, die wirtschaftlich gesehen, keine allzu großen Schädigungen mit sich bringe, indem man sie etwa durch rigorose Steuermaßnahmen zu ermöglichen suche.

Die Frage der Zwangsanleihe müsse unter Berücksichtigung der außerordentlichen Kriegsverhältnisse im Generalgouvernement von rein politischen und psychologischen Gesichtspunkten behandelt werden. Er halte die Auflage einer Zwangsanleihe im Generalgouvernement im gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Unmöglichkeit. Man müssen entscheidenden Wert darauf legen, eine Befriedung des Landes, soweit sie überhaupt noch möglich sei, durchzuführen und alle Maßnahmen dagegen zu treffen, daß es nicht zu einer offenen Revolte komme, zu der die Auflage einer Zwangsanleihe führen könnte. Er sei auch im Zweifel darüber, ob der von Präsident Gerteis vorgeschlagene Weg der Auflage einer Anleihe, der eine gewisse Kompromißlösung darstellen würde, unter den politischen Verhältnissen zur Zeit beschritten werden könne. Immerhin wäre, wenn keine anderen Mittel übrigblieben, die Beschreitung dieses Weges als noch tragbar zu erwägen.

Staatssekretär Dr. Boepple steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß man der Steigerung des Notenumlaufes mit allen Mitteln entgegenwirken müsse. Die Auflage einer

Zwangsanleihe sei unmöglich. Für die einzige richtige Maßnahme hinsichtlich der Finanzierung halte er die Erhöhung der direkten Steuern, während der Weg der Anleihe unter Umständen zu Ungunsten des Generalgouvernements ausschlagen könnte.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß von den indirekten Steuern die Verbrauchssteuern zur Zeit im Jahre höchstens loo Millionen Zloty einbrächten. Verbrauchssteuern würden fast ausschließlich von Deutschen bezahlt, weil Waren wie das Bier den Polen nicht geliefert würden. Ähnlich sei es auch bei Wodka. Es gebe keine Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Artikel und auch keine Preissteigerung für den Tauschwodka. Auf dem Gebiete der direkten Steuern würden die vorhandenen Möglichkeiten von der Finanzverwaltung vollkommen ausgeschöpft. Nach reiflicher Überlegung sei man dazu gekommen, im Interesse der Schleichhandelsbekämpfung die Grundsteuern zu erhöhen. Dieses Ziel lasse sich jedoch mit normalen Mitteln auch nicht wohne weiteres erreichen. Wie man evtl. mit einer Vermögensabgabe vorgehen könne, zeige das Beispiel der Türkei. Die Türkei verlange praktisch einen sehr hohen Prozentsatz der flüssigen Mittel und/Betriebskapitals /des großer Firmen als Sonderauflage um dadurch zu erreichen, die Warenspekulation im weitesten Sinne unmöglich zu machen. Daraus resultiere auch das vollkommene Erliegen des deutsch-türkischen Warenverkehrs.

Auf den Gedanken einer Zwangsanleihenauflage als letzten Auskunftsmittels sei er lediglich auf Grund der Debatte gekommen, zumal er kürzlich von verschiedenen Maßnahmen in anderen Staaten Europas in dieser Hinsicht gehört habe. Für die Erhebung einer Zwangsanleihe lägen die Verhältnisse in den einzelnen Ländern ganz verschieden. Bulgarien z.B. bezahle 25 % sämtlicher öffentlichen Aufträge mit seiner Staatsanleihe. Im Anleihewesen gebe es zahlreiche Möglichkeiten, und die Frage der Anleihewirt-

schaft müsse weniger bei der Finanzverwaltung als beim Bankdirigenten behandelt werden. Namens der Finanzverwaltung bitte er darum, daß im laufenden Jahr für alle möglichen Zwecke einschließlich Ostbahn und Landwirtschaft im Anleihewege 800 Millionen Zloty aufgebracht würden.

Generalgouverneur Dr. Frank weist darauf hin, daß man sich zwar endgültig einig geworden sei, daß der Weg der Anleihe immerhin gewisse Chancen biete, daß aber zunächst eine Anleihe für die Ostbahn aufgenommen werden sollte. Dafür sei ein höherer Betrag von 300 bzw. 400 Millionen Zloty genannt worden. Was sonst noch an Anleihenmöglichkeiten gegeben seien, müßte im Anschluß an dieses erste Experiment mit der Ostbahn erörtert werden.

Präsident Dr. Senkowsky schätzt unter den gegebenen Voraussetzungen einschließlich der Ostbahn den ungedeckten Bedarf an Ausgaben im Interesse des Reiches auf 800 Millionen Zloty. In dieser Summe seien auch die 300 oder 400 Millionen Zloty Anleihe für die Ostbahn enthalten.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, daß sich zunächst nur Präsident Gerteis zur Aufnahme einer Anleihe bereit erklärt habe. Im übrigen müsse die Frage der Erhebung von Anleihen bis zur Haushaltsberatung zurückgestellt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt auf Grund der Aussprache fest, daß die Frage der Übernahme des Clearing rein negativ zu beantworten sei, daß dem Generalgouvernement auch hinsichtlich der Zinsen für die Zukunft keine Erleichterung geschaffen werde als man nicht in der Lage sei, die Gesamtmenge in Rechnung zu setzen. Sonst sei es lediglich eine leblose und unfruchtbare Verrechhung hin und her. Damit sei effektiv der Wirtschaft, den Interessen des Reiches und des Generalgouvernements in keiner Weise genutzt. Im übrigen schließe er sich den Anregungen bezügl.

Der Erhöhung des Wehrbeitrages und der Aufbringung eines Teils der Finanzierung der Ostbahnanlagen durch Anleihe an.

Generalgouverneur Dr. Frank trifft auf Grund der Aussprache folgende Feststellung:

1. Der Versuch, die Währungs- und Finanzierungssituation des Generalgouvernements gegenüber dem Reich dadurch zu bessern, daß die Schuld des Reiches auf den Haushalt des Generalgouvernements übernommen wird, wird allgemein als nicht durchführbar bezeichnet. Präsident Dr. Senkowsky wird ersucht, dieses Vorhaben keiner weiteren Erörterung zu unterziehen. Wegen der Zins- und Amortisationslast, die das Reich hat, sollen von seiten des Generalgouvernements keinerlei Maßnahmen ergriffen werden.

2. Dem Antrage der Hauptabteilung Finanzen, den Wehrbeitrag so hoch wie nur möglich zu gestalten, muß im allgemeinen Etat entsprochen werden, vor allem im Hinblick auf die Währungslage des Generalgouvernements. Die Erhöhung des Wehrbeitrages muß durch Maßnahmen bewirkt werden, die nicht irgendwie den Wirtschaftsfrieden oder das Vertrauen der Bevölkerung im wesentlichen Umfange gefährden können.

3. Die Anleihepolitik des Generalgouvernements soll vorsichtig, aber doch entschieden in Bewegung kommen. Als erste Maßnahmenist hierbei der Vorschlag des Präsidenten der Ostbahn zu berücksichtigen. Diese Anleihe der Ostbahn ist als Eigentum des Generalgouvernements unter den üblichen Voraussetzungen und der Berücksichtigung der Reichssituation zu betrachten.

4. Angesichts der drohenden ernsten Entwicklung und der Gesamtlage muß dem Reich in jeder Weise geholfen werden. Darüber hinaus hat aber das Reich das größte Interesse daran, daß das Generalgouvernement als Ausstrahlungsbecken der Reichsordnung nicht durch überstürzte Währungs-, Anleihe- und Finanzierungsmaßnahmen in eine Gefahr drohender Unruhen versetzt wird.

5. Weiter müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, damit der hemmungslosen Anschwellung des Notenumlaufes im Generalgouvernement entgegengewirkt werden kann.

Mittagspause von 14 Uhr bis 15 Uhr 35 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird kurz zu der Frage des

Judeneigentums

Stellung genommen.

Generalgouverneur Dr. Frank beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, nach seiner Rückkehr nach Krakau die Frage des Judeneigentums zum Gegenstand einer sofortigen Aussprache mit dem Staatssekretär Krüger zu machen. Generalgouverneur Dr. Frank trifft dabei folgende Feststellung:

1. Ich erkenne die Anordnung des Reichsführers SS Himmler über die Regelung des Judeneigentums im Generalgouvernement nicht an. Sie ist völlig unwirksam, da im Generalgouvernement Verordnungsrecht nur der Generalgouverneur bzw. der Ministerrat für die Reichsverteidigung hat.

2. Da diese Verordnung rechtsunwirksam ist, sind selbstverständlich auch die Auf Grund dieser Verordnung erlassenen Maßnahmen und Befehle des SS-Obergruppenführers Krüger rechtsunwirksam.

3. Die Regelung der Frage des Judeneigentums kann nur so vor sich gehen, daß entsprechend einem Antrage, den die Hauptabteilung Treuhandwesen an den Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft stellen wird, durch eine Verordnung des Generalgouverneurs das gesamte Judeneigentum zu Staatseigentum des Generalgouvernements erklärt wird. Über die Verwertung dieses Staatseigentums ist im engsten Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und den Polizeidienststellen zu verhandeln.

4. Für die Durchführung der Verwertung des in Staatseigentum überzuführenden Judeneigentums soll eine Sonderkommission gebildet werden, deren Vorsitz der Leiter der Abteilung Treuhandwesen in der Hauptabteilung Wirtschaft übernehmen wird.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, die endgültige Formulierung eines diesbezüglichen Erlasses in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. Losacker vorzubereiten.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß nach der bestehenden Rechtsgrundlage das Judeneigentum als herrenloses Gut anzusprechen sei und als solches in das Eigentum des Generalgouvernements übergehen würde. Dieses Vermögen habe, soweit es sich dabei um Grundbesitz handle, einen Wert von etwa 1,5 Milliarde und wäre von der Treuhandstelle zu verwalten. Die bisher bestehende Unsicherheit habe dazu geführt, daß die Gouverneure nicht wüßten, was sie mit diesem Vermögen anfangen sollten. Gleichwohl hätten SS- und Polizeiführer bereits Ausführungsbestimmungen gegeben. Ein SS- und Polizeiführer stehe z.B. auf dem Standpunkt, daß künftig die deutsche Ansiedlungs-Treuhandgesellschaft allein die Aufsicht und das Weisungsrecht in diesen Dingen habe.

Generalgouverneur Dr. Frank wünscht die auf diesem Gebiet bestehende Unsicherheit möglichst bald beseitigt zu sehen und verwahrt sich entschieden dagegen, daß irgendwelche Stellen voreilige Maßnahmen träfen. Wenn eine Regelung dieser Frage im Reich bereits durchgeführt sei, müsse sie auch für das Generalgouvernement maßgebend sein.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Staatssekretär Dr. Bühler an, umgehend im Wege des Fernschreibens Staatssekretär Krüger oder seinen Vertreter zu einer Äußerung über diese Frage zu veranlassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verkauf von Rüstungswerken.

Präsident Dr. Emmerich erinnert daran, daß die Wehrmacht schon im Jahre 194o habe erkennen lassen, daß sie für die Betriebe, über die sie sich die Verfügung angeeignet habe, auch das Eigentum beanspruche. Daraufhin seien zwei Maßnahmen getroffen worden, einmal in Gestalt der Verordnung vom 24. September 194o, in der entgegen der Auffassung der Wehrmacht eindeutig festgelegt worden sei, daß das Eigentum des früheren polnischen Staates Eigentum des Generalgouvernements sei, daß andererseits Vermögen des früheren Heeresfiskus eo ipso der Wehrmacht gehöre. Eine zweite Maßnahme sei die Gründung der Werke des Generalgouvernements gewesen.als einer Auffanggesellschaft für früheren polnischen Staatsbesitz, soweit er für eine Eingliederung in diese Gesellschaft in Betracht komme.

Die Wehrmacht habe sich formell nie mit der Verordnung vom 24. Sept. 194o einverstanden erklärt. Praktisch sei man allerdings im Laufe des Jahres 1941 zu einer Liste der Betriebe gekommen, die die Wehrmacht besonders interessierten. Diese Liste habe hinsichtlich des Eigentumserwerbs die Werke Starachowice und Stalowa Wola eingeschlossen. In zahlreichen Verhandlungen, die in Berlin bei General Thomas und in Krakau mit dem Vertreter des OKH Ministerialdirigenten Seidelhak stattgefunden hätten, habe die Wehrmacht eine Anzahl von Betrieben des Generalgouvernements freigegeben bzw. auf sie verzichtet, während sie für andere Betriebe an ihrem Eigentumsanspruch festgehalten habe. Bezüglich der letzteren Kategorie habe er, Präsident Dr. Emmerich, den Standpunkt vertreten, daß, wenn das OKH, das in erster Linie in Betracht komme, bestimmte Betriebe in eigene Regie übernehme, dieser Umstand für die Friedenswirtschaft nicht allzu tragisch zu nehmen sei; denn im Frieden werde die Privatisierung dieser Unternehmungen wahrscheinlich sehr schnell erfolgen, so daß man hinsichtlich der Entscheidung für eine privatwirtschaftliche oder staatssozialistische Richtung diesen Dingen

keine grundsätzliche Bedeutung beizulegen brauche.

Zu den Betrieben, für die ein unmittelbarer Eigentumserwerb durch die Wehrmacht nicht in Betracht komme, gehörten Kamiena als Munitionsfabrik, die Eisenhütte Tschenstochau, die Gewehrfabrik Warschau und andere. Reichsminister Speer und vor allem auch das Oberkommando des Heeres hätten sich dafür eingesetzt, daß für Kamiena endgültige Eigentumsverhältnisse geschaffen würden, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß die Fortführung der bisherigen Treuhandgesellschaft der Erhöhung des Rüstungspotentials abträglich sei, und man trotz aller Investititionen, die man in die Betriebe mache, auf große Schwierigkeiten stoße; man könne nicht in Betriebe hinein investieren, die einem nicht gehörten. Über diese Frage sei man dann auch auf Grund der von Berlin aus gemachten Argumentation in Verhandlungen eingetreten.

Die Hasag, Hugo-Schneider A.G., ein Munitionskonzern des Reiches, Sitz Leipzig, sei vor Gründung des Generalgouvernements vom Oberkommandoe des Heeres mit der Führung eines Teiles der Munitionsfabrik Kamiena beauftragt worden. Röchling habe mit der Führung eines anderen Teiles beauftragt. Röchling sei ausgeschieden. Die Hasag habe sich dann unter Führung des Generaldirektors Budin zunächst die Betriebsführung von Kamiena allein angeeignet und habe es verstanden, sich auch Eingang in die eisenschaffende Industrie zu verschaffen. Das Eisenhüttenwerk Tschenstochau sei ein veralteter Betrieb gewesen, den die Dienststelle für den Vierjahresplan habe verschrotten wollen. Das habe damals die Rüstungsinspektion zu verhindern gewußt. Die Rüstungsinspektion habe sodann die Hasag als Betriebsführer ain Tschenstochau eingeführt, was die oberschlesische Industrie, die jede Konkurrenz an ihrer Grenze nach Möglichkeit ausschalten wollte, sehr verärgert habe. Die Übernahme der Eisenhütte Tschenstochau durch die Hasag habe zunächst für die Wirtschaft des Generalgouvernements einen Gewinn bedeutet, sei doch durch diese Übernahme die Vernichtung eines Werkes hintangehalten worden. Kein andere

Betrieb der eisenschaffenden Industrie des Reiches hätte sich dazu bereit gefunden, diese als Bruchbude bezeichnete Hütte zu übernehmen. Die Hasag habe es aus konzernpolitischen Expansionsüberlegungen getan.

Die Pläne, die die Hasag mit diesen Betrieben der eisenschaffenden Industrie gehabt habe, hätten sich im Laufe der Zeit zu Ausbauplänen verdichtet, die dahin gingen, daß dieses weiträumige Werk zur Grundlage einer großangelegten Fabrikation von Generatorfahrzeugen im Generalgouvernement gemacht werden sollte. In dem ganzen Tschenstochaukomplex habe man einen wünschenswerten Beitrag zur Industriewirtschaft des Generalgouvernements erblicken können.

Vor dreiviertel Jahren sei die Verhandlungsgrundlage ungefähr folgende gewesen: Generaldirektor Budin habe die Absicht gehabt, das Werk Tschenstochau zu erwerben, während er für den Erwerb der Munitionsfabrik in Kamiena kein Interesse zu haben vorgab. Jedenfalls habe Generalleutnant Schindler diese Auffassung vertreten. Er, Präsident Dr. Emmerich, habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß es, wenn ein Munitionskonzern im Generalgouvernement Fuß fasse, sehr eigenartig aussehe, wenn er ausgerechnet auf die Munitionsfabrik verzichte und sich nur auf die eisenschaffende Industrie festlegen wolle.

Die Munitionsfabrik sei im gesamten Industriekörper des Generalgouvernements ein sehr schwacher Punkt. Jedes andere auch für die Rüstung arbeitende Werk wie etwa die Gewehrfabrik Warschau lasse sich leicht auf Friedensbetrieb umstellen, etwa auf die Herstellung von Werkzeugmaschinen. Sobald aber die Aufträge für Munitionsfabrikation aufhörten, müsse man damit rechnen, daß die Belegschaft des Werkes nach Eintritt des Friedens arbeitslos werde. Deshalb habe er immer Wert darauf gelegt, eine Kombination zwischen Tschenstochau und Kamiena zu finden.

Bei den folgenden Verhandlungen habe Generaldirektor Budin als geschickter Taktiker so getan, als müsse er sich notgedrungen entschließen, die Munitionsfabrik Kamiena in seine Kaufpläne einzubeziehen. Wie sonst bei Kaufverhandlungen hätten dann die Bewertungen stattgefunden, und zwar mit dem Ergebnis, daß Kamiena einen Buchwert von 3o Millionen Zloty hatte, während die Eisenhütte Tschenstochau mit 5,5 Millionen zu Buche stand. Ein kleines Werk in Kielce habe dabei mit seinem Wert nicht besonders berücksichtigt zu werden brauchen.

Es sei nun eine Grundsatzfrage, ob, wenn bestimmte Stellen des Reiches wie das Oberkommando des Heeres den Verkauf eines Betriebes für wünschenswert hielten und im vorliegenden Fall die Hasag für den geeigneten Käufer, man sich von seiten des Generalgouvernements bereit finden könne, einen Betrieb unter einer so erheblichen Herabminderung des Wertes zu verkaufen, wie sie hier gefordert werde. Die Beantwortung dieser Frage hänge jedenfalls von dem betreffenden Betrieb ab. Kamiena sei ein Einzweck-Betrieb. Er, Präsident Dr. Emmerich, sei grundsätzlich bereiter, einer Firma Konzessionen zu machen, die später zu einer vernünftigen Friedensfertigung imstande sei. Es sei unmöglich, einen Betrieb, der einen Buchwert von 3o Millionen Zloty aufweise, für lo Millionen Zl. zu verkaufen. Die Betriebe des Generalgouvernements würden der Regierung mit Recht einen Vorwurf machen können, wenn sie, die zu loo % ihre Kapitallast trügen, der Konkurrenz mit einem Betriebe ausgesetzt seien, der nur zu einem Drittel der Kapitallast in die Wirtschaft des Generalgouvernements hineingehe.

Nach alle dem sei zunächst festzustellen, daß es eine allgemeine Formel für diese Dinge nicht geben könne. Er schlage vor, daß bezgl. Kamiena als eines absoluten Ausnahmefalles ein besonderes Entgegenkommen gezeigt werde. Bei den Verhandlungen sei auch im wesentlichen die Frage

zur Diskussion gestellt worden, ob das hier gezeigte Entgegenkommen nicht zu weit gehe.

Ministerialrat Plodeck bezieht sich auf Verhandlungen, die Ende Oktober 1942 gepflogen worden sind. Das Resultat dieser Verhandlungen sei gewesen, daß man sich auf einen Vorschlag des Generaldirektors Budin und des OKW geeignet habe, nach welchem das Angebot von 16,5 Millionen Zl. - lo Millionen für Kamiena, 5,5 Mill. für das Eisenhüttenwerk Tschenstochau und 1 Mill. für die Granatenfabrik Kielce - von der Hauptabteilung Finanzen und von ihm als Vertreter der Hauptabteilung Wirtschaft als annehmbar bezeichnet worden sei. Voraussetzung sei gewesen, daß der Leiter der Hauptabteilung Finanzen diesem Vorschlage zustimmen würde. Ministerialrat von Streit und er seien zu ihrer Auffassung aus folgender Überlegung gekommen: In Frage stehe überhaupt nur das Projekt Kamiena; bei den anderen sei die Einigung über die Preisbemessung vorhanden. Bei Kamiena handle es sich um die große Spanne zwischen lo Millionen Zl. Angebot und 3o Millionen Zl. errechneten Wertes. Diese 3o Millionen setzten sich zusammen aus 2o Millionen für den bebauten Raum, wobei man einen Preis von 4 Rm je Quadratmeter zu Grunde lege, 5 Millionen Zl. für Maschinenteile und 5 Millionen Zl. für Rohstoffe und Halbfabrikate. Nach dem Gang der Verhandlungen und nach dem Eindruck, den Ministerialrat von Streit und er, Ministerialrat Plodeck, gehabt hätten, liege die Besonderheit des Falles darin, daß die Hasag ein Konzern sei, dessen Hereinnahme allgemein wirtschaftlich gesehen für das Generalgouvernement von größtem Interesse sei. Charakteristisch sei auch, daß Generaldirektor Budin bei einem Zustandekommen dieses Kaufvertrages die Garantie übernehme, den Betrieb, der an sich ein reiner Einzweck-Betrieb sei, in eine normale Friedensproduktion umzuschalten, wenn es die Verhältnisse erlaubten, - eine Garantieerklärung, die Generaldirektor

Budin mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen versuchen werde. Diese Erklärung werde Generaldirektor Budin beim Abschluß des Kaufvertrages zu Protokoll geben.

Weiter komme für die Besonderheit dieses Falles in Frage, daß sich die Investitionen, die Budin als Generaldirektor der Hasag und das OKW als Auftraggeber in diese Betriebe, insbesondere in die Eisenhütte Tschenstochau geben würden, nach den übereinstimmenden Erklärungen dieser beiden Stellen, vor allem des OKW, in Größenordnungen von 2o bis 25 Millionen bewegen würden. Weiter sei erklärt worden, daß weder das OKW noch die Hasag wegen dieser Investitionen mit Regressansprüchen an das Generalgouvernement herantreten würden. Auch diese Erklärung würde zu Protokoll des Kaufvertrages genommen werden.

Nun werde außerdem noch darauf hingewiesen, daß bei der von seiten des Generalgouvernements vorgenommenen Kalkulation des Maschinenparks auch wesentliche Maschinen berücksichtigt worden seien, die nach dem Beutebegriff nicht in die Kalkulation hätten einbezogen werden sollen. Ferner werde geltend gemacht, daß bei Abschätzung des baulichen Teiles der Anlage viel zu hoch geschätzt worden sei. In solchen Fällen rechne man auch im Reich mit einem 3o %igen Abschlag der Gesamtschätzung. Wenn alle diese Momente in Betracht gezogen würden, würde man nach Ansicht des OKW auf eine angemessene Preissumme von lo Millionen Zl. für Kamiena allein kommen. Der Vertreter des OKW habe die feierliche ~~Ab~~ Erklärung abgegeben, daß er nach eingehender Prüfung der Gesamtverhältnisse den Abschlag auf den Preis als angemessen bezeichnen müsse. Er, Ministerialrat Plodeck, sei der Auffassung, daß diese drei Momente den Fall allerdings zu einem einzigartigen machten und die Gefahr der Berufung auf diesen Fall relativ gering sei. Es könne demnach als vertretbar erscheinen, daß man dieses Angebot annehmen könne, ohne daß man besondere Befürchtungen zu hegen brauchte. Man müsse sich dabei auch von der Überlegung leiten lassen, daß Reichsminister Speer in einem Zeitpunkt wie dem gegenwärtigen den

Willen zum Ausdruck gebracht habe, diese langwierigen Verhandlungen nicht noch weiter zu verzögern, sondern endlich zu einem Abschluß zu kommen, damit die Wehrmacht beim Hasag-Konzern ihre Aufträge realisieren könne.

Unter dem Gesamteindruck dieser Situation hätten Ministerialrat von Streit und er eine Einigung in Aussicht stellen zu können geglaubt und schließlich unter der Voraussetzung der Zustimmung des Präsidenten Dr. Senkowsky die Vorschläge akzeptiert. Er sei auch heute noch der Meinung, daß endlich Klarheit habe geschaffen werden müssen und daß andererseits das finanzielle Problem nur sekundäre Bedeutung habe. Selbstverständlich stelle der Kapitaldienst, den die einzelnen Betriebe trügen, eine Überlegung ernster Art dar. Diese Bedenken könne man aber zurückstellen, umso mehr, als die Hasag am 5.Jan.1943 ihr Unternehmen als Hasag, Eisen und Metallwerke, habe ins Handelsregister eintragen lassen.

Präsident Dr. Senkowsky hat in den Ausführungen des Vorredners gewisse Widersprüche gefunden, die ihn in seiner bisherigen ablehnenden Haltung bestärken. Es sei kein Rüstungsinteresse, daß Kamiena von der Hasag übernommen worden sei, sondern die Hasag habe Kamiena als Regiebetrieb des Oberkommandos der Wehrmacht geführt, d.h. ausschließlich nach wehrwirtschaftlich und nicht nach kommerziellen Grundsätzen. Das OKW habe bei Überprüfung dieser Dinge es auf die Dauer finanziell nicht mehr verantworten können, daß ins Ungewisse hinein gewirtschaftet werde. Aus diesem Gesichtspunkt heraus sei der Wunsch entstanden, Kamiena an die Hasag zu verkaufen. Wenn immer davon die Rede sei, daß Kamiena ein Einzweck-Betrieb sei, so werde zum mindesten das der Beauftragte für den industriellen Wirtschaftsaufbau, die Hauptabteilung Wirtschaft nicht voll bestätigt erhalten. Die Besichtigung des Werkes Kamiena sei so rasch durchgeführt worden, daß eine gründliche Überprüfung der Anlagen nicht möglich gewesen sei. Trotzdem habe man feststellen können, daß es sich bei Kamiena nicht ausschließlich um einen

reinen Einzweck-Betrieb handle, sondern die Abteilung Maschinenbau ohne weiteres auch für andere Zwecke ausgelastet werden könnte. Besonders deutlich gehe das Mißverhältnis zwischen Angebot und Taxwert aus einer Betrachtung des Werkes Kielce hervor, für das die Hasag 3oo- bis 35o ooo Zloty biete. Er habe bei Besichtigung des Betriebes festgestellt, daß schon ein Bruchteil der maschinellen Anlagen einen höheren Wert darstelle. Auf Grund seiner Erfahrungen schätze er den Gesamtwert auf rd. 4o Millionen Zloty, von denen mit Rücksicht auf den Einzweck-Betrieb noch ein Abstrich gemacht werden könnte. Er habe daher die schwersten Bedenken, unter diesen Voraussetzungen dem Verkauf zuzustimmen.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Dr. Senkowsky: er habe Direktor Weichmann gefragt, ob das Rüstungsinteresse irgendwie gefährdet sei, wenn die Betriebe nicht verkauft würden. Er habe die Frage verneint und erklärt, daß höchstens eine Auseinandersetzung zwischen OKW und Hasag notwendig sei. Das OKW habe erklären lassen, daß das Rüstungsinteresse ganz dominierend sei, sei anzunehmen, und es werde, wenn die Schwierigkeiten nicht behoben würden, sich überlegen müssen, ob sie auf anderem Wege auszuräumen wären. Er, Präsident Dr. Senkowsky, habe vom OKW eine Bestätigung verlangt, daß der Verkauf aus kriegswichtigen Gründen notwendig sei. Diese Bestätigung habe Ministerialrat Plodeck nicht erhalten.

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß man sie in Form der Aufstellung eines Protokolls erhalten habe.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß er seine Zustimmung unter der Voraussetzung erklärt hätte, daß der Kaufpreis auf 2o Millionen erhöht und die Differenz von 16,5 und 2o Millionen in Höhe von 3,5 Millionen in Hasag-Aktien bezahlt werde, damit das Generalgouvernement am Gedeihen und am Risiko dieser ganzen Unternehmung teilnehmen könne, um anders, als es normalerweise im Rahmen der Hauptabteilung Wirtschaft üblich sei, auf die Gebarung der Firma irgendeinen Einfluß auszuüben.

Staatssekretär Dr. Boepple ist ebenfalls der Auffassung, daß der gebotene Kaufpreis nicht angemessen sei. Andererseits müsse man aber bedenken, daß sowohl Tschenstochau wie Kielce, wenn sie nicht von der Hasag übernommen würden, für das Generalgouvernement wertlos seien. Das Werk Kamiena sei selbstverständlich mehr wert. Wenn man es aber nicht der Hasag übergebe, dann werde es nach wie vor Rüstungsaufträge ausführen, aber am Schluß des Krieges werde es, da es dann keine Aufträge mehr habe, wertlos sein.

Generalgouverneur Dr. Frank neigt dazu, den Kauf zu genehmigen, und zwar aus der allgemeinen Erwägung heraus, daß die Hasag im Generalgouvernement beheimatet sei und dort Steuern zahle. Er bitte deshalb auch Präsident Dr. Senkowsky, seine Bedenken zurückzustellen. Der psychologische Effekt des Neinsagens in dieser Zeit der Entwicklung bedeute eine schwere Belastung. Festgestellt müsse allerdings werden, daß das Generalgouvernemnt bereit sei, ein großes Opfer zu bringen, weiter, daß die Hasag sich verpflichte, in keiner Weise Regressansprüche zu erheben. Er billige die pflichtgemäßen Erwägungen des Präsidenten Dr. Senkowsky vollauf, sei aber aus den anderen Erwägungen heraus bereit, seine Zustimmung zu geben. Er betone ausdrücklich, daß er sich unter äußerster Zurückstellung wichtiger Gesichtspunkte zu dieser Genehmigung bereit erklärte und mit ihr auf keinen Fall in gleicher Weise gerechnet werden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler sieht im Hinblick darauf, daß es sich bei diesem Verkauf um ein privates Unternehmen handle, ein gewisses politisches Risiko darin liegend. Zunächst würden natürlich die Hermann-Göring-Werke hinsichtlich der Steuern die gleichen Bedingungen haben wollen wie die Hasag. Weiter frage es sich, ob die von Ministerialdirigent Seidelhak abgegebene Erklärung als verbindliche Stellungnahme des OKW gewertet werden könne. Endlich müßte auch die Garantieerklärung des Generaldirektors Budin,

daß die Hasag später eine Friedensproduktion aufnehmen werde, möglichst verbindlich gemacht werden; denn bei der von ihm abgegebenen allgemeinen Erklärung könne er sich, wenn eine Krise oder eine Verschiebung in der Auftragslenkung einträge, auf höhere Gewalt hinausreden.

Generalgouverneur Dr. Frank hält es für unmöglich, jemanden auf das festzulegen, was in Friedenszeiten geschehe Man müsse diesen Schritt wagen, auch wenn man daraus Schaden erleide. Er wünsche nicht, daß die Regierungsstellen des Generalgouvernements im Reich wegen dieser Sache angegriffen werden könnten. Ministerialrat Podeck und die anderen Beteiligten hätten das beste herausgeholt und den ursprünglich gebotenen Pries immerhin noch verdreifacht.

Staatssekretär Dr. Bühler erwähnt noch, daß er veranlaßt habe, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zu dieser Sache gehört werde. Bisher sei keine Äußerung eingegangen.

Präsident Gerteis bittet den Herrn Generalgouverneur um eine grundsätzliche Entscheidung. Die Fahrzeugindustrie die großdeutschen Machtbereiches sei in ihrer Entwicklung außerordentlich gehemmt und genüge in keinem Umfange den Verkehrsbedürfnissen. Die Industrie des Generalgouvernements genüge auch nur füe die Unterhaltung der vorhandenen Fahrzeuge. Schon seit zwei Jahren habe man mit Hilfe der Wagenbauvereinigung eine gewisse Ordnung zu schaffen versucht, umd die Verhältnisse hätten sich etwas gebessert. Weiteren Fortschritten stehe aber der Umstand entgegen, daß ein Eigentümer nicht vorhanden sei und infolgedessen notwendige Investitionen nicht durchgeführt werden könnten. Aus diesen Gründen müsse man die Frage erwägen, ob man vielleicht im Generalgouvernement eine Ersatzteilwirtschaft und Zubehörwirtschaft für die Fahrzeugausbesserung in zweiter Linie auch für die Fahrzeugherstellung aufzeihe und evtl. als eigenen Betrieb privatwirtschaftlicher Art durchführen könne. Möglichkeiten seien dazu zahlreich

gegeben, im Generalgouvernement seien große Fabriken vorhanden, die früher ähnliche Aufgaben erfüllt hätten. Er werfe deshalb die grundsätzliche Frage auf, ob etwa die Ostbahn den einen oder anderen Betrieb käuflich übernehmen und privatwirtschaftlich betreiben solle.

Generalgouverneur Dr. Frank, Präsident Dr. Emmerich und Präsident Dr. Senkowsky erklären ihr grundsätzliches Einverständnis mit diesem Vorschlag.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Werke des Generalgouvernements

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß die Werke des Generalgouvernements das vergangene Jahr schlecht und recht überstanden hätten. Er sei mit Präsident Dr. Emmerich nach langen Überlegungen zu dem Schluß gekommen, daß die Werke des Generalgouvernements notwendig seien und man aus dem bisherigen Versagen nicht schließen dürfe, daß die Idee der Gründung der Werke falsch gewesen sei. Es komme nur darauf an, durch eine richtige Führung und Organisation diesem Gedanken auch einen wirklichen Inhalt zu geben.

Er schlage vor, daß der Aufsichtsrat, der zur Zeit infolge des Rücktretens des Gesandten a.D. Rümmelin durch den Stellvertreter Ministerialrat Plodeck geführt werde, zusammentrete und Präsident Dr. Emmerich zum Vorsitzenden wähle. Durch eine wirklich einwandfreie Dienstanweisung für den Vorstand der Werke, der aus dem Präsidenten Decker und dem Direktor Weichmann bestehe, müsse ein kraftvolles Funktionieren des Leitungsapparates der Werke gewährleistet werden. Nach Möglichkeit müsse insbesondere auch der Zweck verfolgt werden, diejenigen Betriebe, die dem Generalgouvernement gehören und für irgendeinen Rüstungsbetrieb verwendet würden, pachtmäßig vergeben würden. Unter solchen Voraussetzungen werde man ein gutes Funktionieren der Werke gewährleisten können. Vielleicht müsse man auch noch im Aufsichtsrat eine Art Aktionsausschuß bilden, der aus

Präsident Dr. Emmerich und Ministerialrat Plodeck bestehe und zu dem er,gegebenenfalls auch herangezogen werden könne. Damit werde erreicht werden können, was man sich im Herbst 1940 bei Schaffung der Werke gedacht habe.

Zunächst sei der Vorstand der Werke mit wenig Sachkunde an die Dinge herangegangen, dann habe sich der nuee Aufsichtsratsvorsitzende mit Erweiterungsplänen beschäftigt. Hoffentlich würden in Zukunft auf Grund der gemachten Erfahrungen solche Fehler vermieden werden können.

Präsident Dr. Emmerich hält es für notwendig eine Reformplan für die Werke aufzustellen und sich zu überlegen, wie die Trennung zwischen der einzelnen Betriebsdirektion und der Hauptabteilung Wirtschaft eigentlich erfolgen solle. Aufgabe der Werke könne es nicht sein, eine Konzernverwaltung für Betriebe zu erstellen, die garkeinen inneren Zusammenhang miteinander hätten. Die Werke sollten ursprünglich eine Auffanggesellschaft sein, dazu bestimmt, die gesamten Staatsbetriebe durchzuschleußen. Die Werke hätten auch schon auf Grund dieser Funktion die Ostenergie A.G. geschaffen, mit der die entsprechenden Betriebe als zusammengehörig in eine Gesellschaft überführt worden seien. Diese Gesellschaft habe in der kurzen Zeit ihres Bestehens große Aufgaben zufriedenstellend gelöst.

Er schlage nun vor, daß eine Kommission zunächst einmal die organisatorischen Verhältnisse überprüfe. Er selber habe aus seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat den Eindruck gewonnen, daß die Dinge nicht so liefen, wie sie sein sollten, könne aber nicht mit Bestimmtheit sagen, ob diese oder jene Maßnahme geändert werden müsse. Die Werke hätten in der Vergangenheit dem Generalgouvernement nicht zur Ehre gereicht, und von dem, was bei ihnen nicht gut gegangen sei, sei vieles nach dem Reich gedrungen. Wenn man jetzt nue aufbauen wolle, dann müsse zunächst eine Eröffnungsbilanz aufgestellt werden. Es sei nicht damit getan, daß er zum Vorsitzenden des Aufsichtsrat gewählt werde, sondern die Interessen der Betriebe müßten endlich zur Geltung kommen.

Er habe schon daran gedacht, daß man einige große Betriebe zu selbständigen juristischen Personen mache, um in sie die verantwortliche Führung zu legen und sie aus der Zentralverwaltung heraus zu nehmen, gebe aber zu, daß man auch durch eine straffe Dienstanweisung die juristische Verselbständigung vermeiden könne.

Ministerialrat Plodeck ist der Auffassung, daß es, rein sachlich gesehen, im wesentlichen darauf ankomme, den Verwaltungsapparat und die Aufgabenstellung der Werke so klar zu umreißen, daß künftig eine rationelle Arbeit bei ihnen erwartet werden könne. Der Generaldirektor eines solchen Instituts dürfe mit Recht für sich in Anspruch nehmen, bei Überlegungen, die in der Vergangenheit über das, was gut oder schlecht sei, angestellt worden seien, rechtzeitig in einem Gremium gehört zu werden. Es müsse aber festgestellt werden, daß in dieser Hinsicht die notwendige Fühlungnahme mit dem bisherigen Präsidenten der Werke nicht rechtzeitig hergestellt worden sei. Gewiß habe der Präsident der Werke weitgehend die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht; aber vielleicht wäre manches der Öffentlichkeit gegenüber und auch im Interesse des Generalgouvernements vermeidbar gewesen, wenn man den Weg einer loyalen Aussprache mit ihm über die schwierigen grundsätzlichen Fragen in richtiger Weise gefunden hätte. Darin liege ein gewisses Entlastungsmoment für den bisherigen Präsidenten Decker.

Er schließe sich zwar der Auffassung des Präsidenten Dr. Emmerich an, daß es keine dankenswerte Inspiration sei, den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen, aber gleichwohl sei Präsident Dr. Emmerich nach seiner ganzen Position als Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft der gegebene Mann für dieses Amt.

Im übrigen dränge die Zeit danach, daß der unglückselige und aufgeblähte Verwaltungsapparat in die richtige Form gebracht werde. Daher müsse auch hinsichtlich der personellen Besetzung der Vorstandsposten ein klares Wort gesprochen werden. Es würde durchaus genügen, wenn der

Vorstand der Werke, wie es auch im Sinne des Aktiengesetzes liege, das die Verantwortlichkeiten in verstärktem Maße in den Vorstand gelegt habe, aus drei tüchtigen Persönlichkeiten zusammengesetzt werde, die die Aufgabe hätten, wirtschafts- und finanzpolitisch wie juristisch die angeschlossenen Werke zu betreuen, aber im übrigen den tüchtigen Betriebsführern draußen in ihrer eigenen Entschlußfähigkeit freie Hand zu lassen. Das setze voraus, daß die in den Vorstand zu berufenden Persönlichkeiten alles das mitbrächten, was man von ihnen billigerweise verlangen könne. Auch Präsident Dr. Senkowsky werde sich nicht auf den Standpunkt stellen wollen, daß das Ausscheiden des bisherigen Präsidenten Voraussetzung für die Bereinigung der Situation sein müsse, sondern daß der Versuch gemacht werden könnte, mit ihm zusammen den dreigliedrigen Vorstand zu bilden, wenn er sich bereit finden sollte, die neue klar bezeichnete Aufgabenstellung zu übernehmen.

Generl gouverneur Dr. Frank bittet im Interesse des Ansehens der Werke Präsident Dr. Emmerich, den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen. Präsident Dr. Emmerich müßte dann in dieser seiner Eigenschaft als erste Maßnahme die Einsetzung der Prüfungskommission anordnen. Für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden würde er Ministerialrat Bodeck vorschlagen. Die Prüfungskommission dürfe vor niemandem zurückschrecken, der für die Prager Aktion verantwortlich sei. Das Ergebnis der Untersuchung festzustellen, sei Aufgabe der Kommission. Sei sie der Ansicht, daß die Verantwortlichen festgestellt werden müßten, damit weitere Schwierigkeiten vermieden würden, dann könne über diese Frage noch in einer besonderen Sitzung gesprochen.werden.

Präsident Dr. Emmerich schließt sich der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs an, erklärt sich jedoch außerstande, den Posten eines Vorsitzenden des Aufsichtsrats mit irgendwie gearteten Bindungen zu übernehmen, etwa dahingehend, daß er es mit dem bisherigen Präsidenten der Werke

unter allen Umständen nochmals versuchen müsse. Denn wenn die Untersuchung ergeben sollte, daß Präsident Decker nicht die notwendige Autorität genossen habe, dann dürfe man nicht wieder neue Experimente machen, sondern müsse einen klaren Strich ziehen.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt sich mit der Einsetzung einer Prüfungskommission einverstanden, gibt aber zu bedenken, daß durch ihre Tätigkeit keine Zeit verloren gehen dürfe. Die Tätigkeit der Untersuchungskommission müsse daher unabhängig von der Bestellung des neuen Vorstandes erfolgen.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Einsetzung der Kommission auf den Fortgang der Dinge keinen Einfluß ausüben werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ernährungssituation - Ablieferungen an das Reich - Spritforderung

Präsident Naumann geht in seinen Ausführungen von dem Grundsatz aus, daß die Erzeugung in ihrer bisherigen Höhe nicht nur zu halten, sondern nach Möglichkeit noch zu steigern sei. Die Vorgänge an der Ostfront würden auch das Generalgouvernement vor neue Überraschungen auf dem Gebiet der Ernährung stellen. Wenn auch die Voraussetzungen für das Anlaufen der Erzeugungsschlacht 1943 im großen und ganzen günstig seien, so dürfe doch andererseits die polnische und ukrainische Bauernbevölkerung nicht durch eine Politik der Nadelstiche beunruhigt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank weist darauf hin, daß in der gestrigen Polizeisitzung eine restlose Übereinstimmung zwischen Verwaltung, Polizei und Sicherheitsorganen erzielt worden sei. Das gelte vor allem auch für die Einstellung der Binnenumsiedlung.

Präsident Naumann bittet dann, für die Männer, die im Lande verstreut ihre Tätigkeit im Interesse der Landwirtschaft ausübten eine größere Sicherheit zu schaffen. Ein Rechtsanspruch an das Generalgouvernement bestehe für den Fall, daß sie das Opfer von Überfällen würden, bis heute nicht, trotzdem sich die Hauptabteilung E.u.L. ständig bemüht habe, einen solchen Rechtsanspruch zu schaffen.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt Präsident Naumann anheim, einen entsprechenden Vorschlag zu machen.

Weiter geht Präsident Naumann darauf ein, daß das Reichskommissariat Ukraine neuerdings wieder die Gestellung von loo ooo Panjewagen und 5o ooo Pferden gefordert habe. Nach langen Verhandlungen sei zwar diese Forderung auf 2oooc Panjewagen und lo ooo Pferde herabgesetzt worden, er habe aber erklärt, daß er auch diese Menge nicht liefern könne. Nun solle wieder ein neuer Befehl von der Dienststelle des Vierjahresplans gekommen sein.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Präsident Naumann an, gegebenenfalls seine Entscheidung einzuholen und vorläufig keine dieser Lieferungen zu tätigen.

Präsident Naumann nimmt dann auf die Frage Bezug, welche Produktionsmittel dem Generalgouvernement in diesem Jahre zur Verfügung stehen werden. Er bittet vor allem, dafür Sorge zu tragen, daß die geringen Mengen Stickstoff, die vor allem in Moscice erzeugt würden, auch rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden könnten.

Genralgouverneur Dr. Frank will die Besprechung dieser wichtigen Probleme der Ernährung und der Sicherung der Ernte dieses Jahres einer besonderen Sitzung vorbehalten wissen.

Präsident Naumann gibt nunmehr einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements. Man werde bis zur neuen Ernte schlecht und recht durchkommen müssen. Der ursprüngliche Plan, 2 Mill. Menschen aus der allgemeinen Versorgung auszuschalten, sei ja mittlerweile fallen gelassen worden. Das bedeute, wenn man die Leistungen für das Reich mit 76o ooo to Getreide insgesamt einsetze, bis zur Ernte 1943 eine Fehlbilanz von

160 000 to Getriede. Die Lage werde noch dadurch verschärft daß man zuviel Hafer und zu wenig Roggen in Vorrat habe. Man habe in den letzten Wochen versucht, die Bilanz insoweit zu bereinigen, als man die Wehrmacht gebeten habe, auf die Lieferung gewisser Mengen zu verzichten. Die Verhandlungen seien auch in so weit von Erfolg begleitet gewesen, als die Wehrmacht bis zum 31. August 1943 auf 39 000 to Getreide insgesamt verzichte. Der entstehende Fehlbetrag solle durch Lieferung von Zucker, Butter und Fleisch gedeckt werden. Darüber hinaus müßten noch 35 000 to Getreide eingespart werden. Diesen Fehlbetrag hoffe man dadurch auszugeleichen, daß man im Frühjahr mehr Kartoffeln zuteile und hier und da einam 14 tagelang die Brotration kürze. Diese Situation, die man mühselig aufgebaut habe, werde nun aber wieder durch eine neue Forderung des Reiches gestört, und zwar fordere das Reichswirtschaftsministerium durch Präsident Kehrl die Lieferung von 100 000 Hektoliter Feinsprit, was einer Lieferung von 100 000 to Kartoffeln entspreche.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht Präsident Naumann, ihm diese Forderung amtlich zuzuleiten.

Präsident Dr. Emmerich bemerkt, daß die Forderung an ihn ergangen sei, da alle Forderungen der Rüstungswirtschaft bei ihm anzumelden seien. Im vorliegenden Falle handle es sich um die Durchführung eines Sprengstoffprogramms.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt danach fest, daß zunächst nur ein Anruf bei der Hauptabteilung Wirtschaft vorliege, von dem behauptet werde, daß er von Präsident Kehrl ausgehe. Wenn dieser Antrag schriftlich eingehe, werde er sich über die Frage weiter unterrichten lassen.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß Präsident Kehrl Antwort binnen kürzester Frist erwarte und wissen wolle, ob das Generalgouvernement Kartoffeln oder Sprit zu liefern in der Lage sei.

Generalgouverneur Dr. Frank lehnt es ab, sich überhaupt in eine Debatte über diese Frage einzulassen, und betont, daß diese Forderung für ihn vorläufig nicht existiere.

Präsident Naumann wendet sich in diesem Zusammenhang entschieden gegen jede weitere Belastung der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements und stellt ausdrücklich fest, daß Wünsche nach Rationserhöhungen usw. jetzt nicht mehr Berücksichtigung finden könnten. Es gehe unmöglich an, daß angesichts der bestehenden Ernährungsschwierigkeiter auch noch loo ooo Menschen zusätzlich besser versorgt würden. Während man schon die Angehörigen der polnischen und ukrainischen Polizei besser versorge, sollten nun auhh die Deutschstämmigen die deutschen Lebensmittelrationen erhalten. Weiter sei mit dem Zuzug von Tausenden deutscher Kinder zu rechnen. Und wenn sich jetzt gar General Schindler auf ein Schreiben des Reichsministers Speer berufe, in welchem er ersucht werde, die Rüstungswerke anzuweisen, sie sollten Lebensmittel aus dem Lande kaufen, so seien das Dinge, die er unter keinen Umständen mehr vertreten könne.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt zur Kenntnis, daß er erst dann zu dieser Spritforderung Stellung nehmen werde, wenn an ihn ein amtliches Schreiben darüber gelangt sei. Er habe dem Reichsmarschall geschrieben, daß es ihm angesichts der erwähnten Umstände nicht möglich sei, das dem Generalgouvernement auferlegte Soll unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen zu erfüllen. Der Reichsmarschall wisse also, daß eine weitere Lieferung über das hinaus, was man bisher übernommen habe, ebenso unmöglich sei wie schon jetzt die völlige Erfüllung des dem Generalgouvernement auferlegten Solls.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Naumann, daß von den 6oo ooo to, deren Lieferung dem Generalgouvernement auferlegt worden sei, bis jetzt insgesamt an Reich und Wehrmacht 42o ooo to geliefert worden seien.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Präsident Naumann nochmals an, zunächst nichts mehr an das Reich zu liefern, solange die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Andererseits dürfe aber nicht der Anschein einer Weigerung gegenüber dem Reich erweckt werden. Er werde gegebenenfalls den Notstand deklarieren und erklären, daß auf keinen Fall mehr geleistet werden könne, wenn man die Ernährungsmöglichkeiten des Generalgouvernements aufrecht erhalten wolle. Der ungünstigste Fall sei der, daß der Reichsmarschall unbedingt auf weiteren Lieferungen bestehe; dann müßten erneut Verhandlungen eingeleitet werden. Er ersuche also die beteiligten Stellen, sich absolut an seine Weisung zu halten, die dahin gehe, daß bis zur Entscheidung des Briefwechsels mit weiteren Ablieferungen an das Reich gewartet werde.

Generalgouverneur Dr. Frank ermächtigt sodann Präsident Naumann, auf der Tagung der Kreislandwirte in Zakopane davon Mitteilung zu machen, daß über die in der Sitzung besprochenen Fragen eine restlose Übereinstimmung zwischen Regierung, Staatssekretär Krüger und Partei bestehe. Vor allem müsse der Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt werden, daß die Sicherheit des Landes nicht mehr gewährleistet sei, wenn die Ernährung eines großen Teiles der Polen aufgegeben werde.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 25 Minuten.

A r b e i t s s i t z u n g

im Königssaal der Burg zu K r a k a u

Mittwoch, den 14.April 1943.

Thema: Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement.

Ausgefertigt i.4 Exemplaren:

1. z.d.A. d.Kanzlei des GG.eurs
2. Staatssekretär Dr.Bühler
3. Präsident Ohlenbusch
4. ~~z.d.A. d.Kanzlei des GG.eurs~~.
   O.L.G.R. Dr. Weh

Beginn der Sitzung 11 Uhr 10 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur ergreift zunächst Staatssekretär Dr. Bühler das Wort. Er führt aus:

Das Problem der Ernährung der im deutschen Interesse arbeitenden fremdvölkischen Bevölkerung ist neben dem Sicherheitsproblem eines der brennendsten Probleme in diesem Raum geworden und erheischt gebieterisch eine Lösung.

Zunächst war dieses Problem überhaupt nicht dringend. Die einheimische Bevölkerung konnte sich aus den im Raum vorhandenen Reserven und mit einem kleinen ihr amtlich zugeteilten Zusatz ernähren. Mit Beginn des Russenfeldzuges ist aber das Problem der Versorgung der einheimischen Bevölkerung immer akuter geworden. Wir mußten unsere Anstrengungen auf den Sektoren der Produktion und der Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugung so forcieren, daß wir bei längerer Dauer des Krieges genötigt waren, die gesamte im Gebiet des Generalgouvernements arbeitende Bevölkerung mit einem Existenzminimum an Gütern zu versorgen. Mitten in diesen Vorbereitungen wurden wir allerdings von dem Verbot des Reiches, die Sätze der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen, überrascht. Das Generalgouvernement wurde in einem die Leistungsfähigkeit dieses Raumes weit übersteigendem Maße vom Reich zu Leistungen herangezogen.

Dazu kommt nun der Umstand, daß die Rüstungsindustrie weitgehend eine Sonderversorgung ihrer Arbeiter und nunmehr auch der Angehörigen dieser Arbeiter verlangt, - jene Rüstungsindustrie, die in diesen Raum zusammen mit der Wehrmacht einzog, die aber auch heute

noch ihre Anstrengung, im fremden Raume für die deutsche Rüstung zu arbeiten, vervielfacht und von uns als der Regierung des Generalgouvernements die von ihr für erforderlich gehaltene Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln für die Arbeiter und ihre Angehörigen verlangt. Täglich stellen sich neue Herren vor, die vom Reich den Auftrag haben, Industrien im Generalgouvernement aufzuziehen, Industrien, die durch Luftangriffe im Reich geschädigt sind, hierher zu verlegen. Täglich höre ich von neuen Aufträgen oder von der Erweiterung alter Aufträge, die auf die bereits arbeitenden Rüstungsindustrien verlagert worden sind. Um nur einige der Anforderungen, die vom Reich an uns gestellt werden, zu erwähnen: so verlangt z.B. Reichsminister Speer die überreichliche Versorgung der in der Panzerfertigung tätigen Arbeiter. Der Rüstungsinspekteur hat auch die überreichliche Versorgung der in der Karabinerfertigung tätigen Arbeiter gefordert. Die Wehrmacht verlangt die bevorzugte Versorgung der in ihrem Sektor arbeitenden fremden Bevölkerung; das sind über 113 ooo Mann. Daneben befiehlt Generalfeldmarschall Milch die bevorzugte Versorgung der rückwärtigen Frontreparaturwerkstätten. Reichsminister Speer verlangt die Versorgung der Familienangehörigen der in der OT. tätigen Beamten, und das Reichswirtschaftsministerium will die Versorgung der in der Erdölindustrie und in den Gruben tätigen Arbeiter gesichert sehen. Gauleiter Sauckel bezeichnet die Versorgung der Angehörigen der im Reich arbeitenden Polen als dringend wünschenswert. Ebenso wird die Versorgung der Angehörigen der im deutschen Wehrinteresse arbeitenden fremden Bevölkerung heute mit größtem Nachdruck von uns gefordert. Der Reichsernährungsminister erwartet eine Erhöhung der Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im nächsten Jahr.

Diese von allen Seiten an die Ernährungskraft des Generalgouvernements gestellten Forderungen geben Anlaß zur Selbstbesinnung. In dem bisherigen Tempo und mit dem bisherigen unorganischen System kann meines Erachtens nicht weitergearbeitet werden. Daher ist die Erstellung eines Systems und eines Planes für die Versorgung der Bevölkerung des Generalgouvernements eine der dringendsten Aufgaben. Ich habe deshalb mit dem Reich, insbesondere mit der Dienststelle des Vierjahresplanes Verhandlungen aufgenommen und auch eine Aufgeschlossenheit dahin gefunden, daß für das kommende Wirtschaftsjahr eine im einzelnen noch zu erörternde planvolle Regelung durchgeführt werden soll. Heute ist aber die Situation bereits so schwierig geworden, daß ich nicht darauf verzichten kann, für sofort eine anderweitige Regelung und einen entsprechenden Nachlaß der Leistungen gegenüber dem Reich zu fordern.

Ich kann schon heute sagen, daß der <u>polnische Arbeiter im Generalgouvernement</u> schlechter versorgt ist als der ausländische Arbeiter im Reich, als der Ostarbeiter in den Reichsländern, als der polnische und auch der sowjetische Kriegsgefangene, ganz zu schweigen von den Verbrauchersätzen, welche der tschechischen Bevölkerung im Protektorat und der Polnischen Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten zugestanden werden. Trotzdem wird von der polnischen Bevölkerung der gleiche Arbeitserfolg verlangt wie in diesen Gebieten. Das berechtigt die Regierung des Generalgouvernements, einmal eine grundsätzliche Regelung vom Reich zu verlangen.

Man wendet immer wieder ein, daß ja im Generalgouvernement im Schleichhandel alles zu haben sei. Diese Behauptung stützt sich aber nur auf Erscheinungen, wie sie in jedem Kriegsgebiet auftreten. Man möge sich doch beim Reichsernährungsministerium danach erkundigen, ob das Generalgouvernement auf dem land-

wirtschaftlichen Sektor nicht eine Erfassung durchgeführt hat, die in keiner Weise mehr hätte gesteigert werden können. Allerdings ist zu erwarten, daß im kommenden Jahre die Erfassung kaum in der bisherigen Art aufrechterhalten werden kann.

Generalleutnant Schindler gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es ihm im Rahmen der heutigen Sitzung möglich sei, die Nöte der Rüstungsindustrie vor einem größeren Kreise vorzutragen. Das Problem der Verpflegung der Rüstungsarbeiter stehe im Zusammenhang mit dem Dilemma der Währung. Der Rüstungsarbeiter erhalte im Durchschnitt 23o Zloty Lohn im Monat. Nach Abzug der Wohnungsmiete und dessen, was er sich auf Marken kaufen könne, bleibe ihm eine Summe von 16o Zloty, für die er sich vielleicht ein halbes Kilo Butter kaufen könne. Der Rüstungsarbeiter erhalte als Schwerstarbeiter auf seine Karte das, was der Normalverbraucher im Reich erhalte. Seine Familienangehörigen erhielten nur etwas Brot, und vielleicht sei es ihm möglich, noch etwas Fleisch, etwas Zucker und etwas Marmelade zu bekommen. Angesichts der mangelhaften Ernährung bringe der Rüstungsarbeiter bei lostündiger Arbeitszeit nur eine Leistung von 5o bis 6o % auf. Im allgemeinen könne man aber wohl nur mit einer Durchschnittsleistung von 4o % rechnen. Viele Arbeiter arbeiteten auch 12 und 14 Stunden, und manche sähen sich angesichts der Notlage gezwungen, außer diesen 14 Stunden noch irgend welche Schwarzarbeit zu leisten. Dass unter solchen Umständen die Leistung der Rstungsindustrie im weiten Maße zurückgehen müsse, daß aber andererseits auch die bisherige Regelung nicht mehr aufrechterhalten werden könne, sei selbstverständlich.

Der Rüstungsarbeiter habe sich dreiundhalb Jahre lang durch diese Not durchgerungen und durchgehungert, er habe seine wenigen Wertsachen verkauft, seine Wohnung abgegeben und besitze höchstens noch einen Anzug, sei auch nicht in der Lage, sich angesichts der übermäßig hohen Preise einen neuen Anzug zu kaufen. Andererseits müsse anerkannt werden, daß dieser Rüstungsarbeiter dreieinhalb Jahre hindurch eine bedeutende Arbeit geleistet habe und daß in dieser Zeit so gut wie kein Sabotageakt vorgekommen sei. Es sei aber zu befürchten, daß diese ruhige Stimmung des Rüstungsarbeiters nicht mehr lange anhalten werde. Wenn Betriebsführer erschossen würden, wenn das Lohngeld nicht mehr herangebracht, wenn die Verbindung zwischen den einzelnen Werken nicht mehr hergestellt werden könne, dann könne man nicht mehr lange mit der Ruhe der Arbeiterschaft rechnen. Der Schutz der Werke selber sei völlig unzureichend. In einem Betriebe mit 12 ooo Fremdvölkischen bestehe vielleicht ein Werkschutz von 12o Mann, von denen nur 2o Deutsche seien. Wenn eine Änderung in diesen Verhältnissen nicht eintrete, dann könne er die Verantwortung für die weitere Sicherung der Arbeit der Rüstungsindustrie nicht mehr übernehmen.

Das erste, was geschehen müsse, sei nach alledem eine Besserung der Versorgung. Er habe vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß sich die beteiligten Stellen einmal über die Sätze einigen sollten, die sie verlangen wollten. Die Regierung müsste sich dann darüber klar werden, für welche Bereiche von Arbeitskräften diese Sätze gefordert werden sollten. Es müßte eine gemeinsame Aktion etwa dergestalt erfolgen, daß er sich als Rüstungsinspekteur an den Reichsminister für Waffen und Munition wende, daß der Generalgouverneur an das

Reichsernährungsministerium herantrete, daß die Hauptabteilung Arbeit an Gauleiter Sauckel und die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an den Reichsernährungsminister sich wende. Jedenfalls müsse eine generelle und für längere Dauer wirkende Regelung erreicht werden.

Nach seinen bisherigen Erfahrungen könne er feststellen, daß die Polen, wenn sie einigermaßen zufriedenstellend ernährt würden, zu jeder Arbeit sich bereit fänden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Schindler, daß insgesamt 1o7 ooo Arbeiter in der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements beschäftigt seien. Dazu kämen noch 126 ooo Angehörige dieser Arbeiter, so daß also insgesamt 233 ooo Personen für die Neuregelung der Verpflegung infrage kämen. Als Maßstab für die Verpflegung könnten die Warthegausätze oder die Reichssätze minus 1o % gelten.

Präsident Gerteis führt aus, daß im Bereiche der Ostbahn die Verhältnisse ähnlich lägen wie in der Rüstungsindustrie. Die Zahl der bei der Ostbahn beschäftigten fremdvölkischen Bediensteten betrage ohne Angehörige 145 ooo. Dazu komme noch eine Zahl von etwa 55 ooo Arbeitern, die für Wehrmachtsbauten eingesetzt sei. Auch bei der Ostbahn sei die Verpflegung der Arbeiter nicht ausreichend. Wenn man die Angehörigen zur Zahl der Bediensteten hinzurechne, so seien es insgesamt 6oo ooo Menschen. Man sei sich nun darüber einig geworden, daß man als Mindestsatz den Satz des Warthegaues fordern müsse, der aber auch den Familienangehörigen zu geben wäre. Für die polnischen Bediensteten habe man in Gestalt der Werkküchen eine Zusatzverpflegung eingeführt, die aber wieder den Angehörigen

nicht zugute komme. Auch bei der Ostbahn müsse man die Beobachtung machen, daß die Bediensteten oft aus den Betrieben wegblieben, um für sich und ihre Angehörigen Lebensmittel einzukaufen. Nach alledem könne er sich nur den Ausführungen des Generalleutnants Schindler anschließen und darum bitten, daß baldmöglichst eine Neuregelung der Verpflegung der polnischen Bediensteten getroffen werde. Auch er könne im übrigen feststellen, daß innerhalb des Betriebes nur ganz wenige Sabotagefälle vorgekommen seien.

Präsident Dr.Lauxmann kann mitteilen, daß die Lage bei der deutschen Post Osten im allgemeinen derjenigen in der Rüstungsindustrie und der Ostbahn ähnlich sei~~en~~. Bei der Post lägen nur die Verhältnisse insofern etwas günstiger, als sie nur 25 ooo polnische Bedienstete mit 5o ooo Angehörigen habe. Auch hier liege der Hauptmangel darin, daß die Familienangehörigen gar nichts erhielten und daher die Bediensteten genötigt seien, außerhalb ihrer Dienstzeit Lebensmittel im Schleichhandel zu kaufen. Die Postämter meldeten ganz allgemein eine große Dienstwilligkeit des polnischen Personals, das trotz der schlechten Ernährungslage geradezu erstaunliche Leistungen vollbringe. Immer wieder werde aber darüber geklagt, daß gerade im Fernmeldesektor die gesamten Verbindungen zwischen Ostfront, Ostgebieten und Reich von den Polen abhängig seien.

Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt weist daraufhin, daß für die Forstverwaltung eine besondere Schwierigkeit darin liege, daß die polnischen Bediensteten zumeist draußen im Walde arbeiteten, wo sie sich keine Mahlzeit bereiten könnten. Sie seien daher genötigt, Brot, Mehl usw. mitzunehmen. Die Forstverwaltung habe mit der Hauptabteilung E.u.L. bisher sehr gut zusammengearbeitet, die Hauptabteilung E.u.L. habe auch gegeben,

was ihr zu geben möglich gewesen sei. Gleichwohl wäre aus den schon angeführten Gründen auch eine Erhöhung der Sätze für die polnischen Bediensteten der Forstverwaltung wünschenswert. Abgesehen von den in den Sägewerken und in der Holzindustrie beschäftigten Arbeitern hätten bisher die Arbeiter in der Forstwirtschaft kein Fleisch und kein Fett erhalten.

Im ganzen beschäftige die Forstverwaltung 18o ooo polnische Arbeiter. Dabei sei zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Arbeiter auf dem Lande lebe und als Selbstversorger anzusprechen sei. 5o ooo Arbeiter erhielten die vollen Sätze. Andererseits müsse man auch bedenken, daß die Selbstversorger angesichts der strafferen Erfassung immer schlechter daran seien. Aus diesem Grunde müßte vielleicht die Selbstversorgergrenze nach Möglichkeit herabgesetzt werden. Angesichts der allgemeinen Unsicherheit besonders im Distrikt Lublin sei es erstaunlich, daß man die Leute immer noch zur Arbeit heranziehen könne. Sie würden oft überfallen, man nehme ihnen die Gespanne weg usw.. Er könne mit den Leistungen, die heute immer noch im Walde vollbracht würden, im allgemeinen ~~immer~~ recht zufrieden sein.

Präsident Bauder kann berichten, daß auch im Rahmen der Hauptabteilung Bauwesen die Verhältnisse ähnlich lägen. Eine Erleichterung liege allerdings darin, daß die Arbeiter zu einem Teil Selbstversorger seien. Insgesamt beschäftige die Hauptabteilung einschließlich Rüstungsbauten 45 ooo Fremdvölkische ohne Angehörige.

Präsident Dr.Senkowsky beschäftigt in der ihm unterstellten Verwaltung rd. 21 ooo nichtdeutsche Arbeitskräfte, in der Hauptsache Werkarbeiter. Bei der

Monopolverwaltung seien viele Frauen beschäftigt, deren Männer als Rüstungsarbeiter oder in anderer Eigenschaft schon einmal erfaßt seien. Es sei sehr schwer für jede Verwaltung, genau anzugeben, wieviel Familienangehörige sie nachweisen solle, damit Doppelerfassungen vermieden würden. Er könne schätzungsweise erklären, daß der Zahl von 21 ooo Arbeitskräften etwa 5o ooo Familienangehörige gegenüberständen, sei aber überzeugt, daß ein hoher Prozentsatz anderwärts in Arbeit stehe und dort auch erfaßt werde.

Generalintendant Reiß dankt zunächst der Regierung des Generalgouvernements für die Fürsorge, die sie den im Bereiche der Wehrmacht beschäftigten fremdvölkischen Arbeitern im vergangenen Jahre gewährt habe. So sei es auch möglich gewesen, größere Sabotageakte zu vermeiden. Ebenso dankbar sei er dafür, daß es möglich gewesen sei, in besonders wichtigen Werkstätten den Familienangehörigen die Verpflegung zu gewährleisten, sofern die Familienangehörigen auf bestimmte Geschäfte angewiesen seien. Insgesamt beschäftige die Wehrmacht 1o8 oqo fremdvölkische Arbeiter, von denen 35 ooo Schwerstarbeiter seien. Er bitte, zu genehmigen, daß diesen Arbeitern dieselben Sätze gewährt würden wie den Arbeitern bei der Rüstungsinspektion. Entsprechend einem Sonderwunsche des Wehrkreisbefehlshabers bitte er darum, daß die 3o ooo Familienangehörigen genau so versorgt würden wie die Familienangehörigen der in den Volkreparaturwerkstätten beschäftigten Arbeiter. Für eine genaue Nachprüfung der Verhältnisse übernehme seine Dienststelle die Gewähr.

Generalleutnant Becker teilt mit, daß die Polizei durch die Hauptabteilung E.u.L. einigermaßen besser gestellt sei. Durch die gewährten Sätze seien auch die Angehörigen der ukrainischen und polnischen Polizei bis zu einem gewissen Grade gesichert, so daß sowohl die

im Dienst stehenden Beamten wie auch ihre Familienangehörigen ernährt werden könnten. Anträge besonderer Art habe er daher nicht zu stellen.

Präsident Dr.Losacker weist darauf hin, daß der gesante Unterbau der allgemeinen Verwaltung sich aus fremdvölkischen Kräften zusammensetze. Es gebe eine polnische bzw. ukrainische Selbstverwaltung. Hier eröffneten sich dieselben Schwierigkeiten, wie sie Generalleutnant Schindler dargetan habe. Es sei bisher immer unmöglich gewesen, die im deutschen Interesse arbeitenden Polen, insbesondere die städtischen Beamten auskömmlich zu versorgen. Nach den Berichten seie die Versorgung der Lehrer ganz besonders schlecht. Deshalb hätten die Kreishauptmänner von sich aus die ihnen überantworteten Beamten und Angestellten einigermaßen auskömmlich mit Lebensmitteln versorgt. Entsprechende Anweisungen seien stets im Einvernehmen mit der Hauptabteilung E.u.L. hinausgegangen.

Das zur Behandlung stehende Problem stelle ein Kernproblem der Verwaltung dar. Die Sicherheitslage, die Leistung der gewerblichen Wirtschaft, die Fragen der Währung, die Durchsetzung von Anordnungen usw. nähmen sämtlich ihren Ausgang in der völlig unzureichenden Versorgung der polnischen Bevölkerung mit Lebensmitteln. Sie habe dazu geführt, daß im Laufe der dreieinhalb Jahre die Erfindungskraft des polnischen Volkes ganz besonders gesteigert worden sei. Die Polen hätten es verstanden, mehr und mehr das ihnen zugemutete offizielle Verhungern durch Mittel auszugleichen, die wiederum auf dem Rücken der deutschen Verwaltung ausgetragen würden. Zweifellos werde die Leistungsfähigkeit infolge der unzureichenden Ernährung sehr stark gehemmt. Aus Berichten gehen hervor, daß ein großer Teil der gewerblichen Wirtschaft dazu benutzt würde, Gegenstände herzustellen, die im Tauschweg gegen Lebensmittel eingetauscht würden. Auf diese Weise gehe

kriegswichtigstes Material wie Kupfer, Spinnstoff, Leder usw. der deutschen Kriegswirtschaft verloren. Eine Folge der Zuteilungsmethode sei es, daß die Wirtschaft mehr und mehr in eine Ausweichfunktion hinübergeleitet worden sei.

Von besonderer Wichtigkeit sei immer die Frage gewesen, wie der Schleichhandel energisch bekämpft werden solle. In Zeiten, in denen die Ernteerfassung durchgeführt werde, sei eine Schleichhandelsbekämpfung durchaus am Platze. Andererseits habe man aber die Frage aufgeworfen, ob nicht nach Durchführung der Ernteerfassung ein freier Lebensmittelmarkt eingeführt werden solle. In dieser Forderung liege doch wohl eine gewisse Logik. Man könne unmöglich Zuteilungen, die man selber für ungenügend halte, dadurch sanktionieren, daß man wieder gegen die Ausflüchte, die das polnische Volk und der polnische Arbeiter um ihrer Existenz willen suchen, mit aller Gewalt vorgehe. Daß rein verwaltungsmäßig diese Scheinzuteilungen enorm geschadet hätten, liege auf der Hand. Wenn feststehe, daß das polnische Volk mit diesen Zuteilungen nicht durchgekommen sei und sich illegal einigermaßen versorgen müsse, dann leide unter diesem Tatbestand auch die übrige Moral: dann würden eben die übrigen Anordnungen auch nicht so befolgt, wie es erforderlich wäre, weil man eine mangelnde Ernsthaftigkeit auch in anderen Dingen voraussetze.

Zweifellos bestehe zwischen der Ernährungspolitik und der Wirtschaftspolitik ein engerer Zusammenhang, als das zumeist beachtet worden sei. Deshalb müßte ein enges Zusammenarbeiten auf dem gewerblichen, wirtschaftlichen und industriellen Sektor mit der Ernährung und Landwirtschaft herbeigeführt werden.

Er habe diese allgemeinen Gedanken herausgestellt, weil er insbesondere bei seiner Tätigkeit als Beauftragter für die Verwaltungsvereinfachung immer wieder auf diesen Punkt stoße. Bei Besprechungen in Berlin vertrete er diese Auffassung auch, und bei polizeilichen Kreisen habe er Verständnis dafür gefunden, daß diese Frage einer endgültigen Klärung zugeführt werden müsse. Auch von seiten des Reichssicherheitshauptamtes werde die Forderung vertreten, daß die Ernährungssätze erhöht werden müßten. Wenn eine Normierung auf etwa lo % unter den reichsdeutschen Sätzen vorgeschlagen werde, dann könne er nur betonen, daß nach in seiner Abteilung getroffenen Feststellungen eine Normierung auf etwa 2o % unter den reichsdeutschen Sätzen schon einen ganz gewaltigen Widerhall finden würde.

Hauptabschnittsleiter Stahl weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Parteiarbeit infolge der sehr starken Unsicherheit in Mitleidenschaft gezogen werde. Man könne kaum noch Parteiveranstaltungen durchführen; Abendveranstaltungen seien so gut wie unmöglich. Diese allgemeine Unsicherheitslage sei in erster Linie durch die Ernährungslage bestimmt.

Bereichsleiter Stahr erinnert daran, daß er bereits vor einigen Wochen dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Lage gegeben habe. Er habe in den letzten Monaten mit Betriebsführern fast aller Wirtschaftszweige Besprechungen durchgeführt und dabei die Leistungssteigerung in den Vordergrund gestellt. Wenn in der gewerblichen Wirtschaft die Leistung um 5o bis 6o % zurückgehe, so sei das in erster Linie auf die ungenügende Verpflegung der Arbeiter zurückzuführen.

Viele Arbeitskräfte arbeiteten in der Woche nur 2 oder 3 Tage, weil sie an den anderen Tagen sich im Schleichhandel Lebensmittel besorgten. In einem Betriebe mit 1200 Arbeitskräften seien in einer Woche 1 500 Arbeitsstunden ausgefallen. Die fremdvölkischen Arbeiter hätten eben kein Interesse, in der gewerblichen Wirtschaft zu arbeiten, weil sie dort keine Lebensmittel erhielten.

Um diesen Schwierigkeiten zu steuern, würde es sich empfehlen, alle Betriebe sofort zu schließen, die nicht kriegswichtige Arbeit leisteten, und dann die freiwerdenden Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen. Ferner müsse dem Betriebsführer die Möglichkeit gegeben werden, die Verteilung der Lebensmittelmengen unter die Arbeiter selber vorzunehmen. Für die kleineren Betriebe müßten gegebenenfalls Genossenschaften organisiert werden. Endlich müßten alle Kanäle verstopft werden, aus denen noch unkontrolliert Lebensmittel flössen.

Präsident Dr. Emmerich erinnert daran, daß er bereits im vergangenen Jahre vorgeschlagen habe, eine Liste der Kriegsleistungen des Generalgouvernements aufzustellen, auf Grund deren dann die Reichsressorts die Kriegswichtigkeit gewisser Betriebe anerkennen könnten, um dann gleichzeitig auch festzustellen, daß diese Betriebe ohne eine entsprechende Ernährung der Arbeiter nicht aufrecht erhalten werden könnten. Eine solche Liste der kriegswichtigen Eigenleistungen des Generalgouvernements würde etwa umfassen: 1. die Rüstungsbetriebe, 2. die sogenannten A- und B-Betriebe. Die A-Betriebe müßten dieselben Grundrationen für den Arbeiter erhalten wie die Rüstungsbetriebe, hätten aber nicht die Werksverpflegung in Gestalt der Mittagsmahlzeiten, die in den Rüstungsbetrieben ausgegeben wir den. Die B-Betriebe würden entsprechend schlechter gestellt

sein.

Die Rüstungsbetriebe zählten 1o7 ooo Arbeiter, die A- und B-Betriebe 125 ooo. Insgesamt werde von der Hauptabteilung Arbeit die Zahl der Industriearbeiter mit 56o ooo angegeben. Das wäre etwas mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Arbeiterschaft. Die restlichen Betriebe erhielten keinerlei Zusatzverpflegung, es sei denn, daß sie in einer nicht kontrollierten Weise von öffentlichen Bedarfsträgern mit Verpflegung versorgt würden.

Aufgabe der Hauptabteilung Wirtschaft sei es nun, diese restlichen Betriebe uneingeschränkt dem kriegswichtigen Arbeitseinsatz zuzuführen. Diese Aufgabe werde von der Rüstungskommission unter Leitung des Generalleutnants Schindler erfüllt. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe den besonderen Auftrag, die notwendigen Umstellungen durchzuführen.

Voraussetzung für die Erfassung der Industrien für kriegswichtige Arbeit sei die Auftragslenkung. Sie sei praktisch erst seit einigen Monaten angelaufen. Sie hänge davon ab, daß sich sämtliche Bedarfsträger des Generalgouvernements und des Reiches in sie einfügten, also auch die Wehrmacht, und daß das bisherige freie Schalten und Walten einzelner Stellen aufhöre. Diese Auftragslenkung löse dann eine Produktionslenkung aus. Es werde also nach restloser Durchführung dieses Planes jedem einzelnen Industriebetrieb die Auflage gemacht, was er an kriegswichtigen Dingen herzustellen habe, genau anzugeben. Dieses sogenannte Auflagenprogramm entspreche dem Kriegsauflageprogramm des Reiches. Die dafür geltende Verordnung gebe der Verwaltung die Möglichkeit, die Durchführung kriegswichtiger Aufträge zu erzwingen und jedem einzelnen Betriebe die freie Disposition über seine Produktionskapazitäten zu entziehen. Danach solle also in der Industrie des Generalgouvernements nichts Kriegsunwichtiges mehr hergestellt,

auch nichts mehr für den schwarzen Markt produziert werden.

Auf Grund der Ernährungsschwierigkeiten habe selbstverständlich für den einzelnen Unternehmer die Versuchung bestanden, Dinge zu produzieren, die er dann gleich mit 2o % über dem normalen Preis in den Handel bzw. direkt an den Verbraucher bringe. Wolle man diesen Mißständen steuern, dann müsse neben der Regelung der Auftrags- und Produktionslenkung das Entstehen jeder "Beiluft", jeder nicht kriegswichtigen Produktion unterbunden werden. Zu diesem Zweck müsse die Ernährung der Angehörigen solcher Betriebe genau so gesichert werden wie für die Rüstungsbetriebe bzw. die A-Betriebe. Das bedeute, daß für rd. 3oo ooo Arbeiter, die noch in keiner Weise systematisch mit einer Ernährung versehen worden seien, nun die Ernährungssicherung nach genau denselben Regeln durchgeführt werden müsse, wie sie zumindesten für die A-Betriebe gälten. Dann werde man auch dem Reich gegenüber den Nachweis erbringen können, daß diese 3oo ooo Arbeiter für kriegswichtige Zwecke arbeiteten. An den Rohstoffen für Aufträge werde es dann auch im Generalgouvernement nicht fehlen.

Zähle man nun zu den im industriellen Sektor Arbeitenden die Familienangehörigen etwa nach dem für die Rüstungsarbeiter gegebenen Schlüssel, so komme man leicht auf eine Zahl von 1,5 Millionen Menschen, die insgesamt in der Industrie zu versorgen seien. Dabei handle es sich aber nur um die Industrie und noch nicht um den gewerblichen Sektor. Das weit verzweigte Handwerk werde mit der Ausschaltung der Juden schon in den kriegswichtigen Einsatz einbezogen. Der Handwerkerersatz sei außerordentlich dünn, und darum müsse alles getan werden, um das Handwerk weiter zu entwickeln, was aber wieder auch nur möglich sei, wenn man dafür ernährungsmäßig die Grundlagen schaffe. Neben dem

Handwerk stehe der Handel und manche anderen Wirtschafts formen, die aus einer funktionierenden Wirtschaft nicht weg zu denken seien.

Nach der vollzogenen Umstellung werde es praktisch kaum möglich sein, aus den gewerblich Tätigen irgendwelche Kategorien herauszuschälen, von denen man sagen könnte, sie seien vollständig unwichtig und könnten ernährungsmäßig aus der Fürsorge entlassen werden.

Bei der Frage nach der Durchführung dieser Ernährungsbetreuung handle es sich einmal um ein Mengenproblem und zum anderen um ein Organisationsproblem.

Für die Durchführung der Ernährungskontrolle seien zweifellos noch Verbesserungen im größten Umfange möglich und notwendig. Er habe dem Staatssekretär wie auch der Rüstungskommission darüber schon Vorschläge gemacht, die darauf hinausliefen, daß sich jeder einzelne Betrieb nunmehr einer genauen Kontrolle unterwerfen müsse, aus der sich dann das Gesamtbild des betrieblichen Schaffens ergebe, was er für Aufträge habe, in welche Dringlichkeitsstufe diese Aufträge fielen, wieviele Arbeiter er dafür unbedingt brauche und wie es mit der Ernährung dieser Arbeiter aussehe. Er habe dafür einen Fragebogen entworfen, der gewissermaßen für jeden Monat ein Ernährungsnationale darstelle: jeder Betrieb werde angehalten, an einem bestimmten Stichtag einen genauen Überblick über das zu geben, was er tue, weil nur der Nachweis einer wichtigen Leistung die entsprechende Ernährung gewährleiste. Den von Bereichsleiter Stahr aufgestellten Grundsatz, daß der Betrieb die Stelle sein solle, die die Ernährung regele, halte auch er für richtig. Mit einer Verfeinerung der bisherigen Zuteilungstechnik werde man auch ganz wesentliche Ersparnisse erzielen. Wenn auch das System als solches anzuerkennen sei, so werde doch die Ernährung immer knapp sein. Aber es komme darauf an, daß im Interesse der kriegswirtschaftlichen Gesamtleistung die Zuteilungen nicht nach einem bestimmten Schema erfolgten,

sondern diejenigen Stellen die Ernährungsmengen erhielten, deren sie unbedingt bedürften.

Die Tatsache lasse sich nicht übersehen, daß das Generalgouvernement in seiner Grundstruktur ein Agrarland sei und 7o % der Bevölkerung auf dem Lande lebten. Deshalb sei es ein großer Unterschied, ob ein Betrieb sich in der Großstadt Warschau befinde, oder auf dem flachen Lande, wo die Arbeiter mit dem Rade zur Produktionsstätte führen, und wo wie beispielsweise in der Erdölwirtschaft Westgaliziens ein Notstand nicht in dem Sinne vorhanden sei wie etwa in der Stadt Warschau. In der Erdölindustrie habe z.B. ein Betriebskonsumverein unter einer gewissen Selbstverwaltung der polnischen Arbeiter die Zuteilung vorgenommen; dort kenne jeder Arbeiter die häuslichen Verhältnisse des anderen. So habe erreicht werden können, daß derjenige, von dem man gewußt habe, daß er zu Hause eine vernünftige Ernährungsgrundlage habe, zugunsten des anderen Arbeiters auf eine Zusatzration verzichte, von dem man wisse, daß er diesen Rückhalt nicht habe. Wenn so vorgangen werde, dann werde auch das Problem der Versorgung der Angehörigen in einer wesentlich verfeinerten Art gelöst werden können. Mit einer solchen einheitlichen Regelung werde die Grundlage für ein Kontrollsystem geschaffen, welches wahrscheinlich auch das Reich als eine Voraussetzung für das endgültige Ergebnis ansehen wird, daß die Verpflegungsrationen für den kriegswichtigen Eigenverbrauch des Generalgouvernements dem Lande belassen werden müssen. Diese Kontrolle werde bei einer Stelle zusammenzufassen sein. Für die Industrie werde vorgeschlagen, daß hier die Hauptabteilung Wirtschaft die Federführung übernehme. Damit würde dann auch das bisherige System abgestellt werden müssen, daß etwa der Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement mit dem Auftrag, den er einem

Betriebe gebe, die Lebensmittelrationen zuteile, damit nicht die Gefahr einer Doppelversorgung entstehe. Wenn der einzelne Betrieb bei 3 verschiedenen Stellen Zuteilungen für Angehörige beantragen könne, dann sei leicht einzusehen, daß er dabei ein Plus mache und letzten Endes mit solchen Überanforderungen eine ungerechte Verteilung zustande komme. Laufe aber dieses Kontrollsystem der industriellen Leistung mit der Zuteilung für die Angehörigen zusammen, so werde damit eine Ordnung aufgestellt, die man auch im Reich als eine wirkliche Ordnung der Ernährungswirtschaft im Generalgouvernement anerkennen werde.

Die Textilsituation habe sich im Reich außerordentlich verschärft. Die für das laufende Jahr ausgegebene ~~Jahr-a~~ Kleiderkarte sehe viel geringere Leistungen vor als die Kleiderkarte des vergangenen Jahres. Auch würden diese Leistungen wahrscheinlich nicht im vollen Umfange erfüllt werden können, weil die Versorgung der Bombengeschädigten an erster Stelle stehen müsse und man erklärlicher Weise den nicht geschädigten Normalverbraucher zur Bescheidung auffordere. Da das Generalgouvernement mit seinen Zuteilungen auf einen Zuschuß des Reiches angewiesen sei, wirke sich diese Situation auch für das Generalgouvernement aus.

Dem stehe nun die Tatsache gegenüber, daß man erhöhte Leistungen zu erstellen habe. Die Textilversorgung sei das Rückgrat der Ernteerfassungsaktion. Es sei schon im vorigen Herbst nur mit großen Schwierigkeiten gelungen, die zusätzlichen Ablieferungsauflagen auf Grund des Befehls des Reichsmarschalls auch auf der gewerblichen Seite mit den entsprechenden Prämienwaren auszustatten. Einige Prämienwaren wie z.B. Petroleum seien ohnehin notleidend geworden. Das sei aber noch irgendwie zu verkraften, wenn man diese Dinge für Haushaltsartikel usw. einlösbar mache. Wenn es aber nicht gelungen wäre, bei diesen zusätzlichen Auflagen im vorigen Herbst noch Textilwaren in die Ernteerfassungsaktion hineinzuwerfen, dann wäre die Ernteerfassung

als System mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen zusammengebrochen. Man arbeite jetzt an einem Ernteerfassungsplan für das laufende Jahr und lasse die hiesigen Fabriken auf vollen Touren arbeiten, um den Anforderungen der Ernährung gerecht werden zu können. Es lasse sich aber nicht vermeiden, daß bei dieser Gesamtlage die Zuteilungen für den gewerblichen Sektor verhältnismäßig dürftig seien. In der Vergangenheit sei man den Weg gegangen, gerade bei den Rüstungsbetrieben die Zuteilung den Betrieben zu überlassen. Der Betrieb habe die Möglichkeit, dem bedürftigsten Arbeiter oder der bedürftigsten Arbeiterkategorie Zuteilungen zu machen, im übrigen auch dafür zu sorgen, daß Berufskleidung bereitgestellt werde, bei der nicht die Gefahr bestehe, daß sie nun gleich wieder vom Arbeiter in den Schleichhandel gebracht werde. Man habe sich bemüht, die Rüstungsindustrie weiterhin mit Textilwaren und Schuhwerk zu versorgen; die Grenzen seien aber sehr eng gezogen.

Die Kohlenversorgung sei in den letzten Monaten sehr viel flüssiger geworden. Präsident Gerteis glaube auch hinsichtlich der Flüssigkeit des Verkehrs für die Zukunft Hoffnungen machen zu können. Andererseits habe aber dieses Plus im Vergleich zum vergangenen Jahre nun auch ein entsprechendes Plus an Anforderungen zur Folge; denn die Rüstungsindustrie erweitere ihr Programm. Über das, was zusätzlich hereinkomme, sei schon vorweg für kriegswichtige Zwecke disponiert und könne keine größere Freiheit geben, etwa in dem Sinne, daß man hinsichtlich der Hausbrandversorgung der polnischen Bevölkerung für den kommenden Winter irgendwelche Aussichten machen könne.

Präsident Naumann führt aus: Was die Ernährungslage und die Höhe der Rationssätze angehe, so sei das vierte Kriegswirtschaftsjahr, das am 31.August 1943 ablaufe, dadurch gekennzeichnet, daß man durch einen Befehl des Reichsmarschalls vom 15.August 1942 praktisch gezwungen worden sei, das Pferd beim Schwanze aufzuzäumen. Man habe in die Ernährungsbilanz die Mengen an Nahrungsmitteln aller Art einsetzen müssen, die mit Befehl des Reichsmarschalls angefordert worden seien. Erst das, was danach zu erfassen möglich gewesen sei, habe für die Ernährung des Generalgouvernements aller einzelnen Sparten und Arbeitskräfte zur Verfügung gestanden. Trotz dieser Schwierigkeiten habe man noch im gewissen Umfange zusätzliche Anforderungen verkraften können, soz.B. die Zusatzforderung des Reiches auf dem Spritsektor, die zusätzlichen Forderungen der Rüstungsindustrie und anderer Bedarfsträger für ernährungswirtschaftliche Güter.

Um nun für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr nicht wieder dieselbe Situation heraufzubeschwören, habe der Staatssekretär schon vor längerer Zeit die Aufstellung eines Ernährungsplanes für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr angeordnet. Nunmehr seien Verhandlungen mit dem Reich zu dem Zwecke angeknüpft worden, in erster Linie dem Generalgouvernement den lebensnotwendigen Bedarf zu belassen und erst dann aus dem Rest die Lieferungen an das Reich und die Wehrmacht zu erstellen.

Man habe eine Vorbilanz aufgestellt. Die dafür gegebenen Zahlen habe man aus der Entwicklung der letzten Jahre und aus der Kenntnis der Notwendigkeiten der Versorgungssitution erarbeitet. In die Verbraucherbilanz habe man für das Wirtschaftsjahr 1943/44 35o ooo Deutsche eingestellt. Bisher habe man mit 25o ooo Deutschen gerechnet; aber die Einsiedlung, die im Laufe ds.Jrs. erfolgt sei und noch weiter erfolge, die Maßnahmen hinsichtlich der Deutschstämmigkeitsmachung usw.

brächten fortgesetzt größere Zugänge bei den Deutschen, so daß wohl die Zahl von 350 000 zugrunde gelegt werden könnte.

Weiter habe er nunmehr für 3,5 Millionen nichtdeutsche Normalverbraucher die Warthegau-Sätze berechnen lassen: pro Woche 2 280 gr Brotwert, d.h. Brot, Mehl und Nährmittel zusammen, 225 gr. Zucker, 175 gr Marmelade, 3 - 7 kg Kartoffeln, 100 gr Fleisch und 125 Gramm Fett pro Woche. Diese 3,5 Millionen Menschen sollten die Familienangehörigen der irgendwie im deutschen Interesse arbeitenden Polen oder Ukrainer sein. Weiter habe er 1 Million Menschen mit den gegenwärtigen nichtdeutschen Normalverbrauchersätzen eingesetzt und dabei unterstellt, daß sie nicht im deutschen Interesse arbeiteten.

Ferner habe er dann 800 000 Arbeitskräfte eingesetzt, die entsprechend der Warthegauregelung erhalten sollten: 2 860 gr Brotwert pro Woche, 225 gr Zucker 175 gr Marmelade, 7 kg Kartoffeln, 300 gr Fleisch, 145 gr Fett. Weiter habe er 700 000 Arbeitskräfte eingesetzt, die entsprechend der Warthegauregelung den sogenannten Schwerarbeitersatz erhielten: 3 650 gr Brotwert, 225 gr Zucker, 175 gr Marmelade, 7 kg Kartoffeln, 400 gr Fleisch, 185 gr Fett.

Die sich daraus ergebenden Mengen sowie ein gewisser Teil von Sonderzuweisungen - z.B. an den polnischen und ukrainischen Hilfsausschuß, an noch vorhandene 230 000 Juden, an eine Anzahl nichtdeutscher Selbstversorger in den Beskiden - machten insgesamt bei den einzelnen Produkten für das Wirtschaftsjahr 1943/44 folgende Summen aus:

726 000	to Getreide
66 700	to Zucker
58 000	to Marmelade
2 010 000	to Kartoffeln
1 500	to Süßwaren für die Deutschen
82 000	to Fleisch
66 000 000	Stück Eier
36 000 000	Ltr. entrahmter Frischmilch
15 100 000	Ltr. Vollmilch für die Deutschen
42 400	to Öl und Fette.

Dazu kämen noch 9o ooo to Getreide für Brauereien, Nährmittelfabriken usw., 52o ooo to Kartoffeln, 8o ooo Tonnen Zucker und 1 ooo to Fett für gewerbliche Zwecke. Wenn die Warthegausätze für die genannte Menge von Verbrauchern eingesetzt würden, dann würden für das Generalgouvernement im fünften Kriegswirtschaftsjahr benötigt: 8o7 ooo to Getreide, 2 33o ooo to Kartoffeln, 147 ooo to Zucker, 58 ooo to Marmelade, 81 ooo to Fleisch, 43 ooo to Fett.

Von entscheidender Bedeutung seien nun die Forderungen von Wehrmacht und Reich. Bei den demnächst in Berlin stattfindenden Verhandlungen müsse erreicht werden, daß die Forderungen für die Versorgung der im deutschen Interesse arbeitenden Fremdvölkischen und ihrer Familienangehörigen den Vorrang erhielten vor den Forderungen, die das Reich und die Wehrmacht stellten. Endgültige Absprachen über die Höhe der Forderungen von Reich und Wehrmacht seien noch nicht erfolgt. In den Vorverhandlungen seien jedenfalls folgende Mengen angefordert worden: für Getreide 57o ooo to, für Kartoffeln 425 ooo to, für Zucker 36 ooo to, für Marmelade 16 ooo to, für Fleisch 62 ooo to, für Fett 6 ooo Tonnen.

Wenn man nun sowohl die Forderungen des Reiches und der Wehrmacht wie die Mengen für den Ernährungsplan 1943/44 zusammenstelle und andererseits die Möglichkeiten untersuche, welche Mengen sich aus der Ernte 1943 im Generalgouvernement erfassen ließen, dann müsse man dabei drei Unbekannte in Rechnung stellen: die erste Unbekannte liege in der Frage, wieweit der Apparat der Hauptabteilung E.u.L. noch arbeitsfähig bleibe, wenn ihm die besten Gefolgschaftsmitglieder in gestalt der jungen Leute weggenommen würden. Die zweite Unbekannte sei die Sicherheitslage. Im Laufe der letzten Monate seien in immer größerem Umfange Produktionsstätten wie Molkereien, Brennereien usw. nicht nur beraubt, sondern von den Banditen zerschlagen worden.

Damit werde die

Ernährungswirtschaft am meisten geschädigt, weil die gesamte Produktion für ein Teilgebiet wegfalle. Man könne noch von großem Glück sprechen, daß bis vor wenigen Wochen die Getreideläger nicht angezündet worden seien. Vor 14 Tagen sei aber in Warschau der erste große Brand erfolgt: das erst 194o errichtete große Zuckerlager mit einer Lagerfähigkeit von 25 ooo to sei verbrannt. Man müsse befürchten, daß mit der weiteren Entwicklung die Widerstandsbewegung, die Partisanen oder Banden dazu übergingen, empfindliche Schäden zu verursachen.

Der dritte Unsicherheitsfaktor ~~ist~~ sei das Gelingen der Erzeugungsschlacht. Der Erlaß des Generalgouverneurs vom 2o.Nov.1942, der die Grundlage für die Erzeugungsschlacht bilde, sei hervorragend in die Tat umgesetzt worden. Es geschehe alles, was möglich sei, um die Erzeugungsschlacht durchzuführen. Auf dem Gebiet der Schaffung von Naturdünger, der Kompostierung, der Pflege des ~~natürlichen~~ Jauche und des Stapelmistes usw. sei man ein großes Stück vorwärts gekommen. Leider ständen andere Produktionsmittel wie Baumaterialien, Zement für die Herstellung von Jauchegruben usw., Eisen für Pflugschar und andere Geräte fast nicht mehr zur Verfügung, Treibstoff nur im ganz begrenzten Rahmen. Ferner seien große Mengen von Pferden wieder an die Wehrmacht zu liefern. Arbeitskräfte würden nach wie vor abgezogen usw. Alle diese Faktoren, die der Produktions im Wege ständen, stellten sich einem Gelingen der Erzeugungsschlacht entgegen.

Unter Berücksichtigung dieser drei Unbekannten habe er nun die Zahlen errechnet, die man auf Grund der Ernte 1943 im Generalgouvernement annehmen zu können glaube. Danach sollten erfaßt werden: 1,4 Millionen Tonnen Getreide gegenüber 1,2 Millionen im vorigen Jahr, 2,6 Millionen to Kartoffeln gegenüber 1,7 Millionen im vorigen Jahr, 146 ooo to Zucker gegenüber 12o ooo to im vorigen Jahr, 7o ooo to Marmelade, 12o ooo to Fleisch

gegenüber llo ooo to im Vorjahr. Man habe im vergangenen Jahre einen echten Eingriff in die Viehbestände des Generalgouvernements von über 2o % gemacht. Rinder, die eigentlich für die Produktion von Milch und Butter notwendig seien, habe man im vergangenen Jahre abgeschlachtet, um die Lieferungen an Reich und Wehrmacht und die Fleischversorgung einigermaßen aufrecht erhalten zu können. Wenn man 12o ooo to Fleisch erfassen wolle, dann müsse man in die verbleibende Menge von Vieh einen echten Eingriff von 4o % vornehmen. Das würde bedeuten, daß am Ende des Wirtschaftsjahres 1944 nur noch 6oo ooo Rinder im Generalgouvernement vorhanden wären. Zur Zeit gebe es noch 2,4 Millionen Kühe. Selbstverständlich bemühe man sich,auf dem Gebiet der Schweinehaltung und Schweinemast voran zu kommen. Man könne aber die Schweinehaltung nur insoweit ausdehnen, als Kartoffeln aus der Ernte übrig blieben und die Sommergetreideernte an Hafer und Gerste so gut ausfalle, daß man noch gewisse Mengen in den Schweinetrog geben könne.

Nach alledem könne er diese 12o ooo to Fleisch als Erfassung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr nur unter größtem Vorbehalt nennen und sie unter keinen Umständen bei den Verhandlungen in Berlin in die Wagschale werfen, sondern müsse eine wesentlich niedrigere Zahl zugrunde legen, weil sonst die Produktion des Jahres 1944 und des Jahres 1945 angesichts der Erschöpfung auf dem Fettsektor ernstlich gefährdet werde. Auch könne die Lieferung von Kunstdünger nicht in dem erforderlichen Maße erreicht werden.

In seine Kalkulation habe er dann 25 ooo to Fett eingesetzt.

Wenn man die Forderungen von Wehrmacht und Reich und die Bedürfnisse des Generalgouvernements auf dem Ernährungssektor berücksichtige, dann ergebe sich folgende Situation: bei Getreide bliebe ein Überschuß von 22 ooo to. Wenn es gelinge, 1,5 Millionen Brot- und

Futtergetreide zu erfassen, dann lasse sich die Warthegauregelung durchführen und die unverbindliche Absprache mit dem Reich erfüllen. Bei Kartoffeln würde ein Minus von 155 ooo to entstehen, bei Zucker ein Minus von 42 7oo to, bei Marmelade ein Plus von 2 ooo to, bei Fleisch ein Minus von 23 ooo to, bei Fett ein Minus von 24 ooo to.

Auf dem Gebiet der Brotversorgung könnte man die Versorgung nach den Sätzen des Warthegaues realisieren. Auch bei Kartoffeln seien gewisse Abstriche möglich, da eine Menge von 35o kg pro Jahr um 5o % höher sei als die im Reich gelieferte Kartoffelmenge. Bei Zucker könne man entweder die Reichsforderungen erfüllen oder die Warthegausätze einführen; andernfalls sei eine ausreichende Belieferung unmöglich. Dasselbe trifft für Fleisch und Fett zu: bei beiden sei eine gleichzeitige Erfüllung der Forderungen des Reiches und der Wehrmacht und eine Versorgung der polnischen und ukrainischen Bevölkerung nach den Sätzen des Warthegaues unmöglich.

Für die Abwicklung der letzten Monate des vierten Kriegswirtschaftsjahres sei es praktisch nicht möglich, höhere Rationen herauszuwirtschaften, weil bei Fett die Produktion nur ausreiche, um die heute vorhandenen Mengen sicherzustellen, und man Reichslieferungen in dem Umfange nicht habe, bis auf die Wehrmachtsleiferung von etwa 5 ooo to. Da große Mengen von Vieh ins Reich transportiert worden seien, seien nur bescheidene Mengen Fleisch im Lande vorhanden, die nicht ins Gewicht fielen.

Was die Brotgetreidesituation angehe, so habe man zur Zeit noch 14o ooo to Brotgetreide im Lande, das aber zur Erfüllung der Reichsleistungen entsprechend der Forderung des Reichsmarschalls ins Reich transportiert werden solle. Es frage sich nun, ob es gelinge, von diesen 14o ooo to noch irgendwelche Mengen

frei zu bekommen. Man habe ja nicht alle Forderungen des Reichsmarschalls in der von ihm vorgeschriebenen Weise erfüllen können, sondern einen gewissen Tausch vornehmen müssen. Man habe Zucker in einer etwas größeren Menge geliefert und dafür Getreide erlassen bekommen, das gleiche sei mit Fett und Fleisch geschehen. Die Tatsache, daß dieses Verfahren vom Reichsmarschall genehmigt worden sei, lasse die Frage aufwerfen, ob man erneut an den Reichsmarschall herantreten solle, von den 14o ooo to Brotgetreide etwas abzulassen. Dann wäre es unter Umständen möglich, für die letzten Monate des laufenden Wirtschaftsjahres eine gewisse Brotrationserhöhung durchzuführen. Wenn aber der Weg zum Reichsmarschall nicht gegangen werden wolle oder gar irgendwelche neuen Forderungen kämen, dann müsse ein gewisser Teil nichtdeutscher Normalverbraucher, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, aus der Verpflegung vollständig entlassen werden. Nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch verschiedene Bedarfsträger träten jetzt wieder mit Forderungen an die Hauptabteilung E. u. L. heran, so vor kurzem auch der SS-Truppenwirtschafter. Die Siedlung Zamocs erfordere die Zurverfügungstellung einiger Tausend Doppelzentner Nahrungsmittel, weil die dort Eingesiedelten nach deutschen Rationssätzen verpflegt werden müßten. Auch könnten gewisse Forderungen der Wehrmacht nur aus diesen 14o ooo Tonnen Brotgetreide realisiert werden.

Selbstverständlich habe man in die Kalkulation gewisse Reserven eingebaut, so z.B. für den Fall, daß die Zahl der Rüstungsarbeiter, der Arbeiter der Ostbahn vermehrt werden sollten.

Von entscheidender Bedeutung sei die Frage, ob es gelinge, bevorrechtigt die Ernährungsbilanz des Generalgouvernements in Ordnung zu halten und erst den Rest der Erfassung aus der Ernte 1943 dem Reich zur Verfügung zu stellen. Das taktische Vorgehen bei der

Verteilung sei eine Frage von minderer Bedeutung.

Seit Monaten habe er allen beteiligten Dienststellen gegenüber immer wieder darauf hingewiesen, daß mit dem Märchen von der "Beiluft", also mit der Behauptung, ddaß im Schleichhandel noch nennenswerte ~~Nahreu~~ Nahrungsmittel zu erhalten seien, endlich Schluß gemacht werden müsse.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt demgegenüber zu bedenken, daß diese Behauptung nach wie vor aufgestellt werde.

Generalleutnant Schindler führt ein Beispiel für die Begründung dieser Behauptung an. Im Bezirk Radom gebe es 17 8oo Angehörige von Rüstungsarbeitern, die weder Selbstversorger seien, noch eine Lebensmittelkarten hätten noch sonst etwas zum Essen bekämen. Die Tatsache, daß diese Menschen noch leben, lasse darauf schließen, daß sie sich Lebensmittel im Schleichhandel verschafften. Im übrigen gebe es offenbar noch Lücken in der Erfassung. Ein Kabelwerk in der Nähe von Petrikau z.B. besitze ein Gut, dessen Verwaltung imstande sei, neben den abzuliefernden Mengen reichliche Kontingente an die Arbeiter zu verteilen. Offenbar behalte es noch 5o bis 55 % der Produktion übrig. Ähnliche Erscheinungen solle man auch in der Lubliner Gegend feststellen können. Außerdem sei es ja kein Geheimnis, daß fast jede Bauersfrau in der Stadt landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Butter, Speck und Fleisc verkaufe.

Präsident Naumann gibt zu, daß es für den Sektor Milch und Fett bzw. für die Molkereien eine Ausnahme gebe. Leider sei man bisher noch nicht in der Lage gewesen, diese Produkte restlos zu erfassen, weil nicht genügend Molkereien vorhanden seien. - Was den Fall Radom anlange, so wohnten die Menschen dort zumeist auf

dem flachen Lande und würden als Teilselbstversorger betrachtet.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welche Richtlinien für die Anwendung des Begriffes "Selbstversorger" maßgebend seien, erwidert Präsident Naumann mit folgendem Hinweis: man habe bisher mit einer Bevölkerungszahl von 17 Millionen Menschen im Generalgouvernement gerechnet. Die bisherigen Ergebnisse der Volkszählung hätten eine wesentlich niedrigere Zahl erbracht. Man habe bisher von nichtdeutschen Normalverbrauchern 6,4 Millionen verpflegt und eine Zahl von 9,2 Selbstversorgern unterstellt, ausgehend von den Mahlkarten. Wenn man die 6,4 Mill. Normalverbraucher und die 9,2 Mill. Selbstversorger zusammenrechne, dann komme man ungefähr auf die Zahl, die sich aus der neuen Volkszählung ergebe. - Im übrigen sei der Schleichhandel heute beim Getreide nur noch in folgender Richtung möglich. Man habe eine Gesamternte von etwa 4 Millionen Tonnen Getreide angenommen. Erfaßt worden seien 1,2 Mill. to Getreide. Als Saatgut im Dienste der Erstellung der neuen Ernte, ferner als Futtergetreide und für die Selbstversorgung der 9,2 Millionen Menschen habe man davon gewisse Mengen abgezweigt. Wenn man das gesamte Ernteergebnis dem Bedarf gegenüberstelle, dann seien tatsächlich noch 160 000 to zu wenig gewachsen. Man verfüge über ein Netz von über 5 000 Betrieben, von denen 2 200 in der Liegenschaftsverwaltung deutsch bewirtschaftet seien und von denen eine große Reihe polnischer Betriebe ihr gesamtes Zahlenmaterial der Statistik lieferten. Aus diesen 5 000 Betrieben seien die durchschnittlichen Ernteergebnisse zu ersehen. Wenn man diese Zahl mit der Anbaufläche multipliziere, erhalte man einen Überblick über die Ernteergebnisse genau so, wie dies auch im Reich der Fall sei. - Seit Bestehen der deutschen

Verwaltung seien laufend Molkereien erstellt worden. Schwierigkeiten bereiteten leider die Beschaffung der notwendigen Maschinen, der Baumaterialien, der Arbeitskräfte und vor allem der erforderlichen Transportgefäße, von denen man etwa 4oo ooo brauchte und von denen pro Jahr höchstens 7o ooo hergestellt würden. Das Eisenkontingent sei für die Landwirtschaft auf ein Viertel herabgedrückt. Man kaufe deshalb schon seit Monaten vor allem in den Provinzen Schlesien, Ostpreussen und Sachsen alte Maschinen und Gefäße auf, transportiere sie nach dem Generalgouvernement und errichte hier primitive Molkereien, die unter keinen Umständen als deutschen Verhältnissen entsprechend bezeichnet werden könnten, aber immerhin die Gewähr gäben, daß in ihnen unter denkbar ungünstigen Verhältnissen Butter produziert werden könne. Bekanntlich sei im Jahre 19~~43~~ 39 im Generalgouvernement fast überhaupt keine Molkerei vorhanden gewesen, und die vorhandenen wären nach deutschen Ansichten wegen Überalterung und völliger Unzulänglichkeit polizeilich geschlossen worden. Die Erfassung der Butter sei von Jahr zu Jahr gesteigert worden: 194o habe man 3 ooo to erfaßt, 1941 7 ooo to, 1942 13 ooo to, und 1943 wolle man 25 ooo to erfassen. - Was die Behauptung des Generalleutnants Schindler angehe, daß die erwähnten 17 ooo Menschen in der Radomer Gegend nicht Selbstversorger seien, so gehörten sie auf Grund des Mahlkartensystems zu den 9,2 Millionen Selbstversorgern. Genaue Feststellungen darüber seien selbstverständlich nicht möglich. Er habe aber seinen Dienststellen den Auftrag gegeben, eine Untersuchung einzuleiten, und festzustellen, inwieweit es notwendig sei, diese 17 ooo Menschen in eine Verpflegung hineinzunehmen. Bisher sei ihm weder von der Abteilung Wirtschaft noch von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Radom ein Ergebnis gemeldet worden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, weshalb im Deutschen Reich soviel von einem Schleichhandel im Generalgouvernement die Rede sei, erwidert Präsident Naumann, daß er schon seit Beginn der deutschen Verwaltung immer auf diese Schwierigkeiten hingewiesen habe. Vertreter aus Berlin, die das Generalgouvernement besucht hätten, hätten ihm gegenüber zumeist ihrer Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß es angesichts der verworrenen Verhältnisse, die man im Jahre 1939 angetroffen habe, immerhin möglich gewesen sei, eine solche Ordnung zu schaffen und so große Aufbauarbeit zu leisten. Man habe damals ein Land übernommen, das auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft um loo Jahre gegenüber dem Stande in Deutschland zurück gelegen habe. Für die Beurteilung der Frage, ob es im Generalgouvernement einen Schleichhandel gebe, müßten folgende Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden. Zunächst einmal werde ein gewisser Teil der erfaßten Produkte wieder gestohlen, und zwar in ganz beachtlichen Mengen. Es stehe fest, daß allein aus der Ernte 1941 auf den Transportwegen 27 ooo to Getriede gestohlen worden seien, was dem Brotbedarf des gesamten Generalgouvernements für 22 Tage entspreche. Wenn man diese Diebstähle verhindern wollte, dann müßte man praktisch für jeden Waggon und jedes Lastauto einen deutschen Polizisten oder einen Angestellten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bereitstellen. Die ganze Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft verfüge bis hinab in den letzten Kreis heute über eine Zahl von 887 deutschen Männern. Bei diesem riesigen Apparat, der in der Hauptsache von Polen gehandhabt werde, könnten diese wenigen deutschen Männer keine bis ins letzte gehende Überprüfung durchführen. - Weiter habe er bei seinen Schätzungen einen Teil des Getreides berücksichtigt, das der polnische Bauer als Selbstversorger erhalte. Nun könne man sehr

häufig beobachten, daß der polnische Bauer, um überhaupt in den Besitz von Produktionsmitteln wie z.B. Eisen zu kommen, lieber hungere und noch lo kg von seinem Brotgetreide gegen Hufnägel, gegen irgendeine Maschine oder irgendetwas, was er für die Erstellung der neuen Ernte und die Fortführung seines Betriebes brauche, hergebe. Wenn das nun 2 Millionen polnische Panjebetriebe täten, dann erscheine plötzlich auf dem Schleichhandelsmarkt eine Menge von Getreide, die aber praktisch nicht erfaßbar sei. Wieweit man übrigens in der Erfassung gerade des Getreides gegangen sei, bewiesen die Hilferufe, die aus verschiedenen Kreisen des Generalgouvernements an ihn gelangt seien und in denen er dringend gebeten werde, für die polnischen Bauern etwa 3 3oo to herzugeben, die unbedingt notwendig seien, wenn die Ernte 1943 durchgeführt werden solle. Aus alledem sei zu erkennen, daß die Behauptung von dem Vorhandensein einer "Beiluft" ein Märchen sei. Daß von seiner Hauptabteilung alles getan werde, damit dem Schleichhandel gesteuert werden könne, sei schon durch seinen Willen zur Steigerung der Erfassung bewiesen. Er werde versuchen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auch das letzte aus den Betrieben herauszuholen. Damit müsse der Sektor des Schleichhandels immer kleiner werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß bei Getreide im Jahre 194o 383 ooo to, im Jahre 1941 685 ooo to und im Jahre 1942 1,2 Millionen to erfaßt worden seien. Daraus sei schon zu erkennen, daß man von Jahr zu Jahr die Erfassung verschärft habe und immer mehr an die Grenze des Möglichen herankomme. Man wolle jetzt wieder 2oo ooo to mehr erfassen und werde damit an die äußerste Grenze angelangt sein. Man könne den Hunger des polnischen Bauern nur noch so weit verstärken,

daß er kräftig genug bleibe, um sein Feld zu bestellen und die daneben noch von ihm verlangten Arbeiten wie z.B. die Holzabfuhr für die Forstverwaltung durchzuführen. Die Entwicklung der Schleichhandelspreise gebe einen deutlichen Fingerzeig, daß fast tatsächlich die Grenze der Erfassung erreicht sei. Wenn es noch viel Schleichhandel gäbe, dann würden die Schleichhandelspreise nicht so hoch sein.

Bankdirigent Dr. Paersch legt einige Tabellen vor, in denen die Entwicklugg des Schleichhandels mit Kurven ~~dragestl~~ dargestellt ist. Aus diesen Kurven ergebe sich, daß die auf dem Schleichhandelsmarkt angebotene Warenmenge sehr gering sei. Ein anderer schlüssiger Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ergebe sich aus der Entwicklung der Schleichhandelspreise für die großen Verbrauchszentren, die Mittelstädte und die Landstädte, auf einen Gesamtindex abgestellt. Hier zeige sich nicht etwa eine unterschiedliche Entwicklung nach der Richtung, daß in den großen Verbrauchszentren allein die Schleichhandelspreise stark anstiegen, sondern in den Landstädten sei die Steigerung genau so groß. Das ergebe sich auch aus dem weiteren Gesichtspunkt, daß in zunehmenden Maße die Ernährung des Gebietes zu einem offenen Problem werde. Der Umstand, daß es für die nichtbelieferten Angehörigen der Rüstungsarbeiter immer schwerer werde, den Lebensbedarf auf dem freien Markt zu decken, zeige, daß man die Leute auf Grund amtlicher Preise unzureichend beliefere und es ihnen überlasse, ihren lebensnotwendigen Bedarf im freien Markt zu decken. Die Dinge würden umso unhaltbarer werden, als die größten Schwierigkeiten erst in dem Monaten Mai, Juni und Anfang Juli auftreten würden, weil dann der Anschluß an die neue Ernte gefunden werden müsse. Die Preissteigerungen auf dem freien Markt würden dann noch viel stärker werden und dazu führen, daß die Aufrechterhaltung der gesamten Ordnung der Wirtschaft, vor allem

was die Ernährung und das Lohnproblem angehe, infrage gestellt sei, wenn es nicht möglich werde, in die Löhne etwas mehr Kaufkarft zu bringen, sei es, daß man die Rationssätze allgemein erhöhe, durch Sonderzuteilungen die Mißstände vermindere oder bis zur neuen Ernte die Schleichhandelsbekämpfung aufhebe.

Präsident Naumann geht auf den von Generalleutnant Schindler erwähnten Fall ein, daß ein Gut trotz Ablieferung seines Kontingents noch eine gewisse Menge von Produkten habe zur Verfügung stellen können. Das sei darauf zurückzuführen, daß solche Betriebe immer noch die Möglichkeit hätten, sich Produktionsmittel zu beschaffen, während das Gros der polnischen wie überhaupt der landwirtschaftlichen Betriebe diese Möglichkeit nicht habe, sondern einfach auf die Zuteilung von Produktionsmitteln aller Art angewiesen sei.

Auf den Hinweis des Generalgouverneurs, daß man im Reich an den Forderungen gegenüber dem Generalgouvernement festhalten zu müssen glaube, weil es nach Ansicht des Reiches ohne weiteres möglich sei, die notwendigen Mengen zu erhalten, also offenbar die Erfassungsorganisation des Generalgouvernements noch nicht gut genug sei, erwidert Präsident Naumann, er müsse sich leidenschaftlich dagegen wenden, daß im Schleichhandel noch Ware in so ausreichendem Umfange zur Verfügung stehe, daß man eine Versorgung auf diesen Schleichhandel aufbauen könne.

Ingenieur Kobold weist darauf hin, daß sogar polnische Betriebe es verständen, sich Nahrungsmittel für ihre Arbeiter zu verschaffen. Ihm sei z.B. ein hochwertiger polnischer Elektro-Industriebetrieb bekannt, der Messing verarbeite und augenscheinlich imstande sei, von ihm hergestellte Artikel gegen Nahrungsmittel umzusetzen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouveneurs, ob vielleicht der Vorwurf berechtigt sei, daß die Hauptabteilung E.u.L. ihre Auflagen zu gering halte, erwidert Präsident Naumann mit dem Hinweis darauf, daß es im Generalgouvernement über 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe gebe. Es sei natürlich durchaus möglich, daß für eine gewisse Anzahl dieser Betriebe das Soll nicht hoch genug eingesetzt sei. Eine gerechte Kontingentierung sei noch nicht einmal in Deutschland möglich. Seit 1939 seien in Deutschland 1,2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe kontingentiert worden. Auch heute sei es im Reich noch nicht gelungen, eine absolut gerechte Kontingentierung durchzuführen.
Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe sich allerdings zu schützen gesucht, indem sie erklärt habe: wenn ein Kontingent, das für einen Betrieb festgesetzt sei, nicht hoch genug sei, so bedeute ja das Kontingent nur die Mindestlieferung. Jeder Doppelzentner Brotgetriede und jede Menge anderer Produkte sei ablieferungspflichtig,uund jeder Betrieb mache sich strafbar, der nach Erfüllung des Kontingents verbleibende Produkte verschiebe oder zurückhalte.

Auf eine Frage des Ingenieurs Kobold erwidert Präsident Naumann, daß zur Zeit in der Liegenschaftsverwaltung 3o Betriebe von einem Deutschen bewirtschaftet würden. Praktisch werde von diesem einen Manne das Menschenmögliche getan. Schon seit Beginn des Ernteausnahmezustandes sei auf die besondere Pflicht jedes Deutschen hingewiesen worden, in seinem Betrieb unter allen Umständen mit gutem Beispiel voran zu gehen. Je schwächer aber die Zahl der deutschen Elemente, die diese Aufgabe zu erfüllen haben, werde, umso schwieriger werde die Kontrolle der zahlreichen Betriebe sein.

Stabsleiter Hain (Arbeitsbereich) kann auf Grund seiner Arbeit vor allem mit deutschen Baufirmen feststellen, daß gerade die deutschen Gefolgschaftsmitglieder ebenfalls gezwungen seien, sich aus dem sogenannten Schleichhandel zu versorgen. Befremdlich sei die Tatsache, daß in gewissen Gaststätten in Warschau und auch in Krakau Fleischportionen ohne Marken zu entsprechend hohen Preisen verabfolgt würden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Polizei von diesen Dingen benachrichtigt worden sei, verneint Stabsleiter Hain mit dem Bemerken, daß diese Gaststätten auch von Angehörigen der Polizei, SS und Wehrmacht besucht würden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß die geschilderten Vorgänge absolut polizei-, gesetz- und verordnungswidrig seien. Meldungen von solchen Vorgängen müßten an die zuständigen Polizeidienststellen gerichtet werden, nicht aber an das zur Zeit hier tagende Gremium.

Stabsleiter Hain teilt dann weiter mit, daß in gewissen Gaststätten auch Schweinefleisch verabfolgt würde, das sonst auch gegen Marken kaum zu kaufen wäre. In der Warschauer Markthalle würden auch Schweinespeck, Schweinefleisch und Schweineschinken zu horrenden Preisen angeboten.

Präsident Naumann stellt zu dem Vorbringen des Stabsleiters Hain fest, daß allerdings geringere Mengen von Schweinefleisch aus Schlachtungen der Bauern übrigblieben und dann auf den Markt kämen. Im übrigen sei seines Erachtens kein Deutscher gezwungen, solche Gaststätten aufzusuchen, da er auf Grund der ihm gewährten Rationssätze, die wesentlich höher seien als im Reich, sich ausreichend ernähren könne. Zudem sei es unbedingt

notwendig, daß Vorfälle wie die von Stabsleiter Hain geschilderten unverzüglich der Polizei gemeldet würden.

Stabsleiter Hain bemerkt, daß er einen Bericht darüber an Reichsleiter Stahr gegeben habe.

Bereichsleiter Stahr weist darauf hin, daß er den Bericht dem Staatssekretär Dr.Boepple übergeben habe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr.Boepple, ihm diesen Bericht zur Verfügung zu stellen. Im übrigen würde es sich empfehlen, sich in solchen Angelegenheiten an den Staatsanwalt bzw. die Polizei zu wenden. Es gehe unter keinen Umständen an, daß gewissermaßen eine latente Dauerkritik an dem Versagen der staatlichen Instanzen geübt werde und solche Vorwürfe lediglich in einer Sitzung erhoben würden.

Stabsleiter Hain geht dann auf die Frage ein, wie eine bessere Verpflegung der polnischen Arbeiter gewährleistet werden könne. Er habe feststellen können, daß die bei Baufirmen beschäftigten polnischen Arbeitskräfte oft der Arbeit fernblieben, weil sie dem Schleichhandel nachgingen. Der ihnen gezahlte Tariflohn reiche nicht aus, um ihnen die notwendige Ernährung zu schaffen. Im Warthegau hätten seinerzeit ähnliche Verhältnisse geherrscht. Dort habe man, nachdem die Ernährungsgrundlage geschaffen worden sei, den Leistungslohn eingeführt und dadurch die Leistungen der Arbeiter wesentlich steigern können. Im übrigen sei er der Ansicht, daß man angesichts der gegenwärtig obwaltenden Zustände durch entsprechende Einschränkungen 800 000 bis 1 Million polnischer Arbeitskräfte für das Reich freimachen könne. Er habe bei der Hauptabteilung Arbeit Vorschläge für eine Zusammenlegung kleinerer Betriebe

gemacht, vor allem im Sinne einer Einsparung von Arbeitskräften. Eine solche Regelung müßte sich auf sämtliche Betriebe in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft erstrecken. Gerade die polnischen Unternehmer hielten sich vielfach nicht an die Tarifordnung und wüßten die bestehenden Bestimmungen irgendwie zu umgehen.

Der Herr Generalgouverneur kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Vorschläge des Stabsleiters Hain wenig Neues brächten. Auf Grund einer schon bestehenden Verordnung sei dieses völlige Durchkämmen der Betriebe bereits in die Wege geleitet.

Ministerialrat Rhetz betont, daß die Hauptabteilung Arbeit schon seit Jahren die Betriebe durchkämmen lasse. Die Vorschläge des Pg.Hain seien von den Mitarbeitern der Hauptabteilung schon des öfteren in langen Sitzungen durchgesprochen worden. Was dabei irgendwie beachtlich gewesen sei, habe auch die Hauptabteilung berücksichtigt. Zur Zeit seien in Zusammenarbeit mit der Rüstungskommission und der Hauptabteilung Wirtschaft erneut Zusammenlegungen in Vorbereitung bzw. in der Durchführung. Die von Pg.Hain angegebene Zahl etwa noch zu erfassender Arbeitskräfte liege viel zu hoch. Selbst bei weitgehender Durchkämmung sei im Laufe der nächsten Zeit höchstens noch mit etwa 500 000 Arbeitskräften zu rechnen. Daß es an Energie seitens der damit befaßten Behörden gefehlt haben sollte, sei wohl nicht anzunehmen. Das sei am besten aus der Art zu erkennen, wie die Widerstandsbewegung auf das Arbeitsgebiet der Hauptabteilung Arbeit reagiere. Sie habe in der letzten Zeit sehr wertvolle Mitarbeiter verloren, so vor allem den Leiter der Abteilung Arbeit im Distrikt Warschau. Gestern sei wieder der Leiter d. Nebenstelle erschossen worden, und man habe fast täglich mit solchen Angriffen zu rechnen.

Generalleutnant der Polizei Becker bemerkt, daß er von den von Stabsleiter Hain erwähnten Gaststätten bisher nichts gehört habe. Er werde diesen Dingen nachgehen,könne sich aber nicht denken, daß solche Mißstände in größerem Umfange vorhanden seien. Es werde sich wohl lediglich um Ausnahmefälle handlen.

Präsident Naumann bezeichnet es als die Pflicht jedes Deutschen, von solchen Vorfällen die nächst zuständige Dienststelle zu unterrichten, damit eingeschritten werden könne. Leider gebe es zu wenig polizeiliche Kontrollorgane, und deshalb müsse jeder Deutsche helfen, daß solchen Übelständen entgegengewirkt werde.

Generalleutnant d.Polizei Becker gibt zu bedenken, daß die Kräfte der Polizei im Generalgouvernement aufs äußerste beschränkt seien, weil sie an der Front und an anderen Stellen gebraucht würden. Das Reich habe Polizeikräfte an die besetzten Gebiete, besonders an das Generalgouvernement und an die Front abgegeben, so daß es z.B. in Berlin überhaupt kein Polizeibataillon mehr gäbe. Daraus ergebe sich auch die weitere Folge, daß eben für die Durchführung solcher Wünsche, wie sie hier geäußert worden seien, kaum Polizeikräfte zur Verfügung ständen. So könne man auch auf dem wirtschaftlichen Sektor nicht alles durchkämmen, was durchgekämmt werden müßte. Was an Kräften des Einzeldienstes in Städten wie Warschau und Krakau vorhanden sei, sei so gering, daß die Polizisten vom frühen Morgen bis zum späten Abend Dienst zu tun hätten. Was daneben noch an Truppenpolizei vorhanden sei, habe in der Bandenbekämpfung eingesetzt werden müssen. Die Gewerbeaufsicht in den Städten werde von ganz wenigen Männern durchgeführt, die ihrer Aufgabe auch gerecht würden.

Daß Fälle wie die geschilderten vorkämen, liege nun einmal in den tatsächlichen Verhältnissen begründet. Was dagegen geschehen könne, werde geschehen. Aber es werde sich wohl erweisen, daß es sich um Fälle von geringerer Bedeutung handle.

Präsident Dr.Losacker gibt hierauf einen Bericht über die bisher durchgeführten Freistellungen zur Wehrmacht. Seit dem 1.Januar 1942 seien aus der Verwaltung des Generalgouvernements 1 951 Kräfte der Jahrgänge 1901 und jünger mit dem Tauglichkeitsgrad k.v. und g.v.F. eingezogen worden. In den letzten Monaten, vom 1.Februar 1943 an seien 1 243 Kräfte aus der Verwaltung herausgezogen worden, etwa 70 % der insgesamt bisher herausgezogenen Kräfte. Dieser Zustand in der Verwaltung habe jetzt zu sehr ernsten Vorstellungen gegenüber der Kommission des Generals von Unruh geführt, mit der Feststellung, daß ein weiterer Abzug von Kräften die Verwaltung nicht mehr arbeitsfähig erhalten würde. Demgemäß werde erwogen, in einer Liste diejenigen Beamten und Angestellten schützen zu lassen, auf die die Verwaltung nicht mehr verzichten könne. Für die gesamte Verwaltung des Generalgouvernements wolle man nunmehr 851 Kräfte schützen lassen.

Der Herr Generalgouverneur faßt abschließend das Ergebnis der Beratung zusammen. Er führt dabei aus: Der Sitzung habe nicht so sehr ein markantes Ernährungsproblem zugrunde gelegen als vielmehr das gesamte politische Problem des Verhältnisses des Deutschen Reiches zu den besetzten Gebieten überhaupt, insbesondere zum Generalgouvernement, wie des Verhältnisses des deutschen Volkes als Rassekörpers zum polnisch-fremdvölkischen Volkstum.

Angesichts der Entwicklung des Krieges sehe sich das Deutsche Reich vor Schwierigkeiten gestellt, deren Lösung nicht mit normalen Mitteln möglich sei. Die Situation sei heute so, daß man mit allen noch so logisch begründeten Gesichtspunkten nichts werde erreichen können gegenüber der Frage: hat die Front Waffen, hat der Soldat zu essen, ist er bekleidet, kann der Transport weitergeführt werden? Was im nächsten Jahre geschehen werde, könne man heute nicht berücksichtigen. Angesichts der völligen Ausschaltung jeglicher ökonomischer Planung werde es sehr schwierig sein, in dieses Gesamtverhältnis des Deutschen Reiches zu den besetzten Gebieten auf die Dauer irgendein ökonomisch-rationelles Verfahren hineinzubringen.

Neben den Aufgaben der Siegessicherung ~~heben~~ hätten heute noch mitten im Kriege die Volkstumsauseinandersetzungen zu treten. Aber ohne Rücksicht darauf, was in dieser Beziehung auch geschehen möge, müsse man doch versuchen, den Belangen des polnischen Volktums irgendwie zu entsprechen. Das seien alles Momente, die nichts mit rationellen, ökonomischen Betrachtungen zu tun hätten und keine Vorwegnahme politischer Einstellungen bedeuteten, über die zu sprechen nach dem Siege mehr und besser Gelegenheit sein werde.

Leider trete das Reich heute nicht mehr als einheitliches Gefüge auf, sondern in einzelnen Machtgebilden wie der Parteikanzlei, dem Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums, der Polizei, der Wehrmacht, der Rüstungsinspektion, der Ernährungszentrale des Reiches. Alle diese voneinander irgendwie unabhängig arbeitenden Faktoren träfen sich hinsichtlich des Generalgouvernements mit untereinander nicht ausgleichbaren Forderungen und versuchten nach dem berühmten Ellenbogensystem, losgelöst von den anderen Stellen des Reiches, ihre Vorstöße durchzuführen. Man habe es hier mit einer Anarchie der Vollmachten im Reiche zu tun. Es gebe lauter Willensfaktoren, die so

potent seien, daß sie sich unter Umständen mit Gewalt durchsetzen könnten und sich dann um die dadurch entstehenden schweren chaotischen Schäden nicht mehr zu bekümmern brauchten.

Die Forderungen, die das Reich an das Generalgouvernement auf dem Gebiet der Ernährung gestellt habe, seien ungewöhnlich übersetzt. Sie seien ohne jedes irgendwie geartetes Verständnis für den Leistungsstand des Generalgouvernements erhoben worden. Trotz Darlegung der durch diese überhöhten Forderungen entstandenen Notsituation des Generalgouvernements würden diese Forderungen vom Reich unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Steigerung des Rüstungspotentials weiter gestellt. Dadurch treten nun eine fortgesetzte innere Verschlechterung der Nahrungssituation des Generalgouvernements ein.

Das in der heutigen Beratung zur Besprechung stehende Thema erstrecke sich auf zwei Gebiete: auf ein Sofortprogramm und ein Dauerprogramm. Das Sofortprogramm laufe auf die Frage hinaus: gibt es eine Möglichkeit, aus irgendwie noch zur Verfügung stehenden Mitteln den Nahrungsstand der Rüstungsarbeiter und der sonstigen im Vordergrund der Arbeit für das deutsche Interesse stehenden Bevölkerungskategorien zu heben? Festzustellen sei, daß nach den Ausführungen des Präsidenten Naumann diese Möglichkeit nur unter Bedingungen gegeben wäre, die zu starken Bedenken Anlaß gäben. Es wäre die Möglichkeit vorhanden, daß man die 14o ooo to Getreide, auf die das Reich nach seinem Plan angewiesen sei, dem Reich nicht gebe oder daß man, wenn man sie dem Reich liefere, die Ernährungssituation eines großen unbestimmbaren Teiles der Bevölkerung völlig auf den Nullpunkt herabsetze. Er, der Generalgouverneur, müsse sich vorbehalten, zu diesen Möglichkeiten noch Stellung zu nehmen, könne aber in diesem Augenblick noch nicht sagen, welchen von den beiden Wegen man gehen müsse. Man könne weder dem Reich die 14o ooo to vorenthalten, noch könne man eine

große Bevölkerungsschicht des Generalgouvernements außerhalb jeglicher Sicherheit der Ernährung stellen; denn das wäre angesichts der bestehenden Sicherheitslage unmöglich und könnte nur unter den furchtbarsten Aspekten erfolgen.

Er habe geplant, die Reichsstellen selbst untereinander in Einklang zu bringen. Er habe den Versuch gemacht, zu erreichen, daß sich Reichsminister Speer als der Hauptinteressierte direkt mit dem Reichsmarschall in Verbindung setze, umso die Möglichkeit zu schaffen, daß die 14o ooo to, die das Reich noch im Generalgouvernement gelagert habe, an die Rüstungsarbeiter verteilen zu können. Diese seine Bemühungen seien gescheitert. Er habe die Meldung erhalten, daß man sich im Reich außerstande sähe, diesen Weg zu beschreiten, und daß man die Verantwortung für die Ernährungslage im Generalgouvernement der Regierung des Generalgouvernements überlassen müsse. Daraus entnehme er, daß auf diesem Teilgebiet ebenso wenig eine Zusammenarbeit der Reichsinstanzen möglich sei, wie auf allen anderen Gebieten. Die bequeme Methode, daß man sage, die besetzten Gebiete sollten aus eigenen Kräften dafür sorgen, wie sie mit den Dingen fertig würden, solle also weiter beschritten werden. Hinsichtlich des Sofortprogramms müsse er demnach zu dem Ergebnis kommen, kaum Hoffnung haben zu können, daß sich etwas in der Situation ändere.

Umso wichtiger sei das Dauerprogramm. Hier werde er den Verhandlungen, die Präsident Naumann wegen Bereinigung der Ernährungswirtschaft führe, mit allem Nachdruck seine Zustimmung geben. Er bitte die einzelnen Ressorts, in dieser Richtung eine paralell laufende Aktion durchzuführen. Das würde dann in der Form vor sich gehen können, daß ein Sammelprogramm aufgestellt werde und er an Reichsmarschall Göring einen Brief richte, dessen Durchschlag dem Führer und Reichsminister Dr.Lammers zur Kenntnisnahme vorgelegt werde. Die anderen Beteiligten würden ebenfalls einen

Durchschlag dieses Briefes erhalten. Die Parteikanzlei würde von Hauptabschnittsleiter Stahl zu unterrichten sein.

Voraussetzung für das nunmehr einzuschlagende Verfahren sei selbstverständlich, daß von seiten der Regierung des Generalgouvernements alles getan werden müsse, was im Interesse einer Bereinigung dieser Situation getan werden könnte. Er wolle dabei nicht vergessen zu erwähnen, daß doch auch der Reichsmarschall ihm in einem Schreiben seine Anerkennung für die Leistungen des Generalgouvernements ausgesprochen habe. Das Generalgouvernement sei nun einmal ein Gebiet in einem sehr umstreitten Winkel. Den Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernemeents liege es ob, auch ohne jede Anerkennung ihre Pflicht nach deutsch-preussischer Art zu erfüllen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 3o Minuten.

Anwesenheitsliste

für die S i t z u n g (Thema: Ernährung, Rüstungswirtschaft)

am Mittwoch, den 14.April 1943

im Königssaal

N a m e	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Boepple		
Mk	OLGR	Amt f. Gesetzgebung
Gumbau	Präsident	Generalstab. E. d. L.
Hoff	Pr. R.	"
Lautenschl	Präsident	" Prop.
Gerteis	Präsident	" Ernährung
Berlin	Reichsbeamter	" "
Koch.	Ministerialrat Stellv. Leiter	" Generalbevollmächtigter Arbeit.
Zippelius	Präsident	Generalstab. Luftw.
Wack	Ges. R.	Generalstabsarzt d. L.
Leibbrandt	Präsident	Hauptabt. Finanzen

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Generalinspekteur	[illegible]
[illegible]	Kr. Insp. Rat	" "
[illegible]	Landesrichtert	[illegible]
[illegible]	Gaus Pressestellenleiter i. G.	Pr. Fr. i. G.
[illegible]	stellvertr. Generalstabschef	d. Reichsministers für Landesverteidigung u. Chef
[illegible]	Abteilungsleiter und Generalmajor d. Pol.	Reichsgesundheitsführer und Präsident des Deutschen Roten Kreuzes
[illegible]	Stellv. Leiter	Arbeitsbereich der N. S. D.
[illegible]	Bereichsleiter	" "
[illegible]	Reichsleiter Gauleiter und Reichsstatthalter	Gauleitung Oberdonau d. NSDAP
[illegible]	Oberst	Kdr. Fl. Div.
[illegible]	Oberst	Reichsf. i. G.
[illegible]	Vizepräsident	Präsident der Reichsbank Berlin
[illegible]	Präsident	[illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Bühler		

Hilfr 3560 - 9147/2 g

Der Leiter
für Gesetzgebung in der
des Generalgouvernements
Tgb.Nr.20/43 g.

Geheim.

Niederschrift

über die Arbeitssitzung im Königssaal auf der Burg zu Krakau am Mittwoch, den 14.4.1943

zu dem Thema

"Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement".

Anwesenheitsliste: s. Anlage.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet um 11,10 Uhr die Arbeitssitzung und erteilt Staatssekretär Dr. Bühler das Wort.

A. Staatssekretär Dr. B ü h l e r legt eingehend dar, daß das Problem der Ernährung der im deutschen Interesse arbeitenden fremdvölkischen Bevölkerung zu einer der brennendsten Fragen im Generalgouvernement geworden sei und gebieterisch eine Lösung erheische. Der nichtdeutsche Arbeiter im Generalgouvernement sei vergleichsweise am schlechtesten versorgt, trotzdem werde von ihm derselbe Arbeitserfolg verlangt wie von den weit besser ernährten Arbeitern im Reich und in den übrigen besetzten Gebieten.

Generalleutnant S c h i n d l e r schildert die Not des polnischen Rüstungsarbeiters im einzelnen und verlangt dringend eine Besserung seiner Versorgung, andernfalls könne die Verantwortung für die weitere Sicherung der Arbeits- und Leistungserfolge der Rüstungsindustrie nicht mehr getragen werden.

B. Der Herr Generalgouverneur läßt anschließend die Zahlen der nichtdeutschen Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen, die für eine bessere Versorgung in Betracht kommen, ermitteln. Es wird eine bevorzugte Versorgung gefordert

a) von Generallt. Schindler für 170 000 Arbeiter der Rüstungsindustrie und 126 000 Angehörige;

b) von Präsident Gerteis für 145 000 Ostbahnbedienstete und 55 000 Arbeiter, die für Wehrmachtsbauten eingesetzt sind, dazu 400 000 Angehörige;

c) von Präsident Dr. Lauxmann für 25 000 Postbedienstete mit 50 000 Angehörige;

d) von Präsident Dr. Eißfeldt für 180 000 Arbeiter der Forstverwaltung; hierbei sei jedoch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil als Selbstversorger angesehen werden müsse;

e) von Präsident Bauder für 45 000 Arbeiter bei Rüstungsbauten;

f) von Präsident Dr. Senkowsky für 21 000 Monopolarbeiter (in der Hauptsache Werkarbeiter) und 50 000 Angehörige;

g) von Generalintendant Reitz für 108 000 Wehrmachtarbeiter (davon 35 000 Schwerstarbeiter)und 80 000 Angehörige .

Hinsichtlich der nichtdeutschen Polizeikräfte erklärt Generallt. Becker, daß die zur Zeit gewährte Versorgung als ausreichend angesehen werden könne.

Präsident Dr. L o s a c k e r fordert eine bessere Versorgung für die fremdvölkischen Kräfte im Dienst der Verwaltung.

Hauptabschnittsleiter S t a h l und Bereichsleiter S t a h r unterstützen vom Standpunkt der NSDAP aus die Forderung nach ausreichender Ernährung der fremdvölkischen Arbeitskräfte.

C. Präsident Dr. E m m e r i c h schlägt vor, eine Liste der Kriegsleistungen des Generalgouvernements aufzustellen. Auf Grund dieser Liste könnten dann die Reichsressorts die Kriegswichtigkeit gewisser Betriebe anerkennen und bestätigen, daß ohne ausreichende Ernährung der Arbeitskräfte eine Fortführung der Betriebe nicht möglich sei. Eine solche Liste müßte umfassen

a) die Rüstungsbetriebe

b) die sogen. A- und B-Betriebe.

Die ersteren beschäftigten 107 000 Arbeiter, die letzteren 125 000 Arbeiter. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter betrage 560 000. Die nicht zu den Rüstungs-, A- und B-Betrieben gehörenden Betriebe seien uneingeschränkt dem kriegswichtigen Arbeitseinsatz zuzuführen. Diese Aktion sei bereits im Gange.

Voraussetzung für den Einsatz der Industrie für kriegswichtige Arbeit sei die staatliche Auftragslenkung, die eine entsprechende Produktionslenkung ermögliche. Diese Lenkungsmaßnahmen seien seit einigen Monaten angelaufen. Das Endergebnis sei ~~dann~~, daß

für weitere etwa 418 000 Arbeitskräfte die Sätze mindestens der A-Betriebe bewilligt werden müßten. Die Gesamtzahl der Familienangehörigen im industriellen Sektor müsse dann etwa auf 1,5 Millionen Menschen veranschlagt werden. Das Handwerk sei dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Ernährungskontrolle lasse sich noch verbessern und verfeinern. Er empfehle, einen von der Hauptabteilung Wirtschaft entworfenen Fragebogen durch die einzelnen Betriebe monatlich ausfüllen und einreichen zu lassen. Dann sei ohne weiteres ersichtlich, ob eine Leistung erbracht werde, die eine bevorzugte Ernährung rechtfertige. Es sei auch zweckmäßig, die Ernährungskontrolle bei einer Stelle zusammenzufassen, die Zuweisung von Kontingenten an die einzelnen Auftraggebergruppen (z.B. Wehrmacht), die immer die Gefahr von Doppelversorgungen in sich schließe, sei dann ausgeschaltet. Die Produktion von Prämienware sei im Rahmen des Möglichen ausgebaut worden, um der kommenden Ernteerfassung zu größtem Erfolge zu verhelfen.

D. Der Herr Generalgouverneur erteilt anschließend dem Präsidenten Naumann das Wort zu dem grundlegenden Vortrag des Ernährungsplanes für das (fünfte) Kriegswirtschaftsjahr 1943/44.

Präsident N a u m a n n berichtet über die von seiner Hauptabteilung aufgestellte Vorbilanz, die aus der Entwicklung der letzten Jahre und aus der Kenntnis der Notwendigkeit der Versorgungssituation heraus erarbeitet sei.

Im einzelnen seien in diese Vorbilanz folgende Positionen eingestellt:

I. Verbrauchergruppen:

1. 350 000 Deutsche
2. 3 500 000 nichtdeutsche Normalverbraucher (zu Warthegau-Sätzen)
3. 1 000 000 nichtdeutsche Verbraucher (zu den gegenwärtigen Normalverbraucher-Sätzen)
4. 800 000 Lang- und Nachtarbeiter (zu Warthegau-Sätzen)
5. 700 000 Schwerarbeiter (zu Warthegau-Sätzen)

II. Bedarf:

1. Unter Berücksichtigung von Sonderzuweisungen (z.B. an den polnischen und ukrainischen Hilfsausschuß, an Juden und an eine

Anzahl nichtdeutscher Selbstversorger in den Beskiden) ergeben sich folgende Endsummen des Bedarfs für Einzelverbraucher:

726 000 t Getreide
66 700 t Zucker
58 000 t Marmelade
2 010 000 t Kartoffel
1 500 t Süßwaren (für Deutsche)
82 000 t Fleisch
66 000 000 Stück Eier
36 000 000 l entrahmte Frischmilch
15 100 000 l Vollmilch (für Deutsche)
42 400 t Öle und Fette

2. Für Industriezwecke sind erforderlich:

90 000 t Getreide (Brauereien,Nährmittelfabriken)
520 000 t Kartoffel
80 000 t Zucker
1 000 t Fett

3. Als Gesamtbedarfssummen für das Generalgouvernement ergeben sich sonach:

887 000 t Getreide
2 330 000 t Kartoffel
147 000 t Zucker
58 000 t Marmelade
81 000 t Fleisch
43 000 t Fett.

III. Diesen Summen stehen folgende Anforderungen von Reich und Wehrmacht gegenüber:

570 000 t Getreide
425 000 t Kartoffel
36 000 t Zucker
16 000 t Marmelade
62 000 t Fleisch
6 000 t Fett.

IV. Unter Berücksichtigung der unbekannten Faktoren

a) Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des gesamten Apparates der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft,

b) Sicherheitslage,

c) Gelingen der Erzeugungsschlacht

seien folgende Erfassungszahlen für die Ernte 1943 zugrunde gelegt worden:

1 400 000 t Getreide	(1942: 1 200 000 t)
2 600 000 t Kartoffel	(1942: 1 700 000 t)

146 000 t Zucker (1942: 120 000 t)
70 000 t Marmelade
120 000 t Fleisch (1942: 110 000 t)
- dieser Satz sei bereits gleichbedeutend mit einem Eingriff von 40% in die Substanz des vorhandenen Viehes -
25 000 t Fett (1942: 13 000 t).

V. Bei Gegenüberstellung der Verbrauchszahlen (II 3 + III) und Erfassungszahlen (IV) ergebe sich bei

a) Getreide - ein Überschuß von . . . . . 22 000 t
b) Kartoffel - ein Fehlbetrag von. . . . .155 000 t
c) Zucker - ein Fehlbetrag von. . . . . 42 700 t
d) Marmelade - ein Überschuß von . . . . . 2 000 t
e) Fleisch - ein Fehlbetrag von. . . . . 23 000 t
f) Fett - ein Fehlbetrag von. . . . . 24 000 t .

VI. Zu der Frage, ob sich noch für den Rest des laufenden (vierten) Kriegswirtschaftsjahres eine Erhöhung der Rationen ermöglichen lasse, nimmt Präsident Naumenn wie folgt Stellung:

Auf dem Gebiet der Brotversorgung könne eine Verbesserung stattfinden, wenn von dem z.Zt. noch im Generalgouvernement befindlichen Bestand von 140 000 t Brotgetreide, der zur Erfüllung der Reichsleistungen entsprechend der Forderung des Reichsmarschalls bestimmt sei, ein Teil freigegeben werden könne. Bei Zucker, Fleisch und Fett könne eine Erhöhung von Rationen angesichts der Reichslieferungen in keinem Falle stattfinden.

VII. Die Behauptung, daß im Schleichhandel des Generalgouvernements noch ausreichende Nahrungsmittelmengen zu beschaffen seien, entspreche in keiner Weise den Tatsachen. Es müsse mit allen Mitteln versucht werden, diese Gerüchte endgültig zu zerstören. Die unbestreitbare Tatsache, daß im gewissen Umfang noch Schleichhandelswaren angeboten werden, erkläre sich folgendermaßen:

1. die bisher zugrunde gelegte Bevölkerungszahl von 17 Millionen Menschen sei nach der kürzlich durchgeführten Summarischen Bestandsaufnahme nicht bestätigt worden. Diese habe eine wesentlich geringere Zahl erbracht. Infolgedessen sei auch die bisherige Annahme, die mit 9,2 Millionen Selbstversorgern gerechnet habe, nicht zutreffend.

2. Die Erzeugungszahlen konnten auch bei größter Sorgfalt nur annähernd ermittelt werden. Es sei immerhin möglich, daß hier zum Teil größere Ergebnisse vorlagen als sie im Wege der Schätzung zugrundegelegt werden konnten.
3. Ein großer Teil der erfaßten Produkte werde wieder gestohlen und könne auf illegalen Wegen im Schleichhandel angeboten werden.

Von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft werde jedenfalls das Menschenmögliche getan, durch Steigerung der Erfassung auch das Letzte aus den Betrieben herauszuholen; die Möglicnkeit, daß Erzeugnisse in den Schleichhandel abwandern können, wird dadurch immer mehr vermindert.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h belegt an Hand der Schleichhandelstabelle die Richtigkeit der Darlegungen des Präsidenten Naumann. Aus den rapide ansteigenden Schleichhandelspreisen ergebe sich einwandfrei, daß die für die illegale Bedarfsdeckung zur Verfügung stehende Menge an landwirtschaftlichen Erzeugnissen immer geringer werde.

E. Nach Erörterung verschiedener Einzelfragen und Hinweise zur Schleichhandelsbekämpfung, die von Obering. Kobold und Hauptstellenleiter Hain vorgebracht werden, faßt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Sitzung wie folgt zusammen:

Die Besprechung habe zwei Programme zum Gegenstand gehabt:

a) ein Sofortprogramm,

b) ein Dauerprogramm.

Das Sofortprogramm betreffe die Frage, ob der Ernährungsstand der nichtdeutschen Arbeitskräfte und ihrer Angehörigen noch für das laufende Kriegswirtschaftsjahr erhöht werden könne. Diese Frage könne er unter Berücksichtigung der zahlreichen bisher beschrittenen Wege, den Reichsbedarf und die eigenen Notwendigkeiten des Generalgouvernements aufeinander abzustimmen, mit keinen großen Hoffnungen beantworten.

Umso wichtiger sei das Dauerprogramm, für die Zukunft von vornherein eine Lösung zu finden, die Reichsforderungen und Eigenbedarf des Generalgouvernements miteinander in Einklang ~~zu~~ bringe. Er bitte hierzu alle Ressorts, in der Richtung der Durchsetzung eines sol=

chen Dauerprogramms zu arbeiten. Dies würde in der Form vor sich gehen, daß ein Sammelprogramm aufgestellt werde, das er mit einem Begleitbrief dem Herrn Reichsmarschall übermitteln werde. Einen Durchschlag dieses Briefes werde er dem Führer und dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei vorlegen. Die Parteikanzlei würde von Hauptabschnittsleiter Stahl zu unterrichten sein. Er erwarte, daß von der Regierung und den übrigen Dienststellen des Generalgouvernements alles getan werden, die Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement einer einigermaßen tragbaren Lösung zuzuführen.

Der Herr Generalgouverneur schließt um 14,30 Uhr die Arbeitssitzung.

Anwesenheitsliste

für die S i t z u n g (Thema: Ernährung, Rüstungswirtschaft)
am Mittwoch, den 14.April 1943
im Königssaal

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienst=stelle
F r a n k		
Dr.Boepple		
Dr.Weh	OLGR	Amt f.Gesetzgebung
Naumann	Präsident	Hauptabt.E. u.L.
Behr	Min.R.	"
Ohlenbusch	Präsident	" Propaganda
Gerteis	Präsident	" Eisenbahnen
Raspe	Reichsbahnrat	"
Khetz	Min.R. stellv.Leiter	" Arbeit
Eißfeldt	Präsident	" Forsten
Plodeck	Min.R.	" Wirtschaft
Dr.Senkowsky	Präsident	" Finanzen
Bauer	Präsident	" Bauwesen
Reiß	Generalintendant	Wehrkreisverw.GG.
Korff	Kr.Verw.Rat	"
Paersch	Bankdirigent	Emissionsbank
Schindler	Genlt.Rüst.Inspekteur	Rü.Irsp.i.GG.
Kobold	Wehrkreisbeauftragt.	d.Reichsmin.f.Bewaffn. u.Munition
Matthes	Oberstleutnant	Rüstungs-Inspektion
Becker	Generalleutnant d.P.	Staats.f.Sicher.Wesen
Stahl	Stell.Leiter	Arbeitsbereich NSDAP
Bodo Stahr	Bereichsleiter	"
Lauxmann	Präsident	Hauptabt.Post
Fritz Hain	Hpt.Stellenleiter	NSDAP
Dehla	Oberstlt.	Rü.Insp.im GG.
Vollmacher	"	"
Losacker	Vizegouverneur	Hauptabt.Inn.Verw.
Emmerich	Präsident	" Wirtschaft
Bühler		

٢

A r b e i t s s i t z u n g

am 15. April 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Thema: Sicherheitslage des Generalgouvernements

Teilnehmer:

Der Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant von Hartlieb
Generalleutnant d.Polizei Becker
Oberst Fischer
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Losacker
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Struve
Präsident Naumann
SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth
Hauptabschnittsleiter Stahl
Landesoberverwaltungsrat Weihrauch
Major Dr. Jünglings

--

Ausgefertigt i. 3 Exemplaren:
1. z.d.A. d. Kanzl. des GG.eurs
2. O.L.G.R. Dr. Weh
3. Präsident Ohlenbusch

Beginn der Sitzung 15 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung leitet der Herr Generalgouverneur die Beratungen mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Ich habe Sie heute zu einer ernsten Sitzung zusammengebeten, um einmal in einem größeren Rahmen und dazu noch im engsten vertraulichen Gremium die Sicherheitslage des Generalgouvernements im allgemeinen und besonderen zu besprechen. Wir müssen uns über gewisse Erkenntnisse klar werden und versuchen, aus dem Gesagten Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ich möchte an die Ergebnisse der letzten Sitzung in Warschau anknüpfen, die uns einen weitreichenden Einblick in die auf diesem Gebiete bestehenden Schwierigkeiten gegeben hat. In der letzten Zeit haben sich nun gerade in der Richtung der Verluste deutscher Männer in diesem Raum sehr drastische Ereignisse abgespielt. Auch sonst zeigt sich natürlich im Zusammenhang mit der propagandistisch nicht gerade günstig auszuwertenden Entwicklung der Kriegslage in den letzten Wochen eine Versteifung der Stimmung der Fremdvölkischen in diesem Raum mit wiederum schweren Auswirkungen auf die gesamte Sicherheitslage. In den letzten Wochen sind von Polen prominente Mitglieder der Verwaltung unter Umständen getötet worden, die zum mindesten vermuten lassen, daß hinter diesen Mordplänen eine weitreichende Aktion steht. Ich habe vom Luftgaukommando vertrauliche Meldungen über das Hereinbringen von Ausrüstungen, Aufrufen, Plakaten, Zeitungen usw. in unser Gebiet erhalten, so daß ich mich nunmehr veranlaßt sehe, über die gesamte Sicherheitslage im Generalgouvernement mit Ihnen zu sprechen.

Ich darf zunächst die Gelegenheit benutzen, um allen an der Aufrechterhaltung der Sicherheit beteiligten Organen zu versichern, daß wir nur die eine Aufgabe haben, kameradschaftlich und im gegenseitigen Einsatz die Dinge zu meistern. Als ich bei meinem letzten Besuch im Führerhauptquartier wiederum auf die Sicherheitsfrage angesprochen wurde, konnte ich nur sagen, daß es ein Wunder ist, daß wir mit diesem denkbar geringen Einsatz von Kräften überhaupt seit 1939 die Lage in diesem Raum beherrscht haben. Man muß unentwegt darauf hinweisen, daß infolge der jetzt durchgeführten weiteren Einziehungen von gerade im kampffähigen Alter stehenden Männern aus unserer Verwaltung eine weitere Schwächung der Autorität in diesem Gebiet eintritt.

All' das verpflichtet mich als den obersten Reichschef in diesem Raum zu der Mahnung, in einer so ernsten Zeit wirklich alle irgendwie gearteten persönlichen oder dienstlichen Differenzen in Zuständigkeitsfragen und sonstigen Dingen hinter der großen Aufgabe zurücktreten zu lassen, die verlangt, daß allen drohenden Schwierigkeiten zum Trotz das deutsche Leben, der deutsche Aufbau und die deutsche Ordnung in diesem Raum im Interesse der Kriegführung aufrecht erhalten werden.

Staatssekretär Krüger betont, daß er vor allem die letzten Worte des Herrn Generalgouverneurs nur unterstreichen könne. Er habe bereits in der letzten SS- und Polizeiführertagung in Warschau eingehend über die Sicherheitslage des Generalgouvernements gesprochen. Man müsse, wenn man die Dinge richtig beurteilen wolle, auf die Gesamtpolitische und militärische Lage eingehen, die zur Zeit ihren Ausfluß dahin habe, daß sich die Widerstandskräfte in den besetzten Gebieten im allgemeinen und vor allem im Generalgouvernement versteiften.

Bekanntlich sei gerade von außen, von der Regierung Sikorski her der polnischen Widerstandsbewegung der Vorwurf gemacht worden, daß sie in ihrem Kampf gegen das Deutschtum besonders im Hinblick auf den Nachschub für die im Osten kämpfenden Heere versagt habe. Das habe zur Folge gehabt, daß sich das Ausland praktisch um die Widerstandsbewegung intensiver bekümmere als bisher. Diese Auswirkung könne man in den ständigen Einflügen erkennen, in der Tatsache, daß Fallschirmabspringer und Agenten abgesetzt würden, auch führende Persönkichkeiten, die die Widerstandsbewegung tatkräftig unterstützen sollten.

Von größter Wichtigkeit sei weiter die wesentliche Verschlechterung der Ernährunglage der Fremdvölkischen. Zahlreiche Polen hätten sich mehr und mehr zu Banden zusammengeschlossen, teilweise unter der Führung von Russen oder sonstigen Agenten. Was sicherheitsmäßig gegen dieses Fortschreiten der Widerstandsbewegung habe getan werden können, sei geschehen. Vor Jahren habe man mit der Exekutive, vor allem mit den Polizeibataillonen- und -regimentern noch verhältnismäßig günstig gestanden. Was aber jetzt an Polizeikräften zur Verfügung stehe, setze sich zumeist aus Polizeireservisten zusammen, die niemals jene Ausbildung genossen hätten und einsatzmäßig so zu verwenden seien wie eine aktive Truppe. Bisher sei es gelungen, ernstliche Schäden von seiten der Widerstandsbewegung aufzuhalten. Auf die Dauer werde das aber wahrscheinlich nicht mehr möglich sein. Er habe mit dem Wehrkreisbefehlshaber und mit dem Befehlshaber der Luftwaffe darüber gesprochen, daß nunmehr ein gemeinsamer Einsatz nötig sei. Soweit örtlich eine solche Notwendigkeit vorgelegen habe, sei dieser gemeinsame Einsatz auch erfolgt: Kräfte von Polizei und Wehrmacht seien in bestimmten Gebieten geschlossen zum Einsatz gekommen. Großaktionen, wie man sie früher unternommen habe, wären

angesichts der augenblicklichen Lage falsch. Eine Aktion sei niemals so schlagartig und geheim durchzuführen, daß die Gegenseite nicht davon erführe. In dem Augenblick, in dem Polizeikräfte in ein Gebiet kämen, um es abzuriegeln, werde es selbstverständlich sofort bekannt, und die Banden, die bisher in einer Höchststärke von loo Mann aufgetreten seien, zögen sich aus diesem Gebiet zurück. Man sei deshalb immer gezwungen, mit kleineren, beweglichen Formationen schlagartig in eineGebiet einzudringen und dort aufzuräumen.

Die Ernährungslage als solche zeige selbstverständlich ihre starke Wirkung auf diese Erscheinungen. In der Landwirtschaft gebe es in den Gebieten, die teilweise für die Arbeitererfassung freigemacht werden sollten, sehr viel Proletariat, das an sich keinen Grund und Boden habe. Diese Menschen verzögen sich bei der Inangriffnahme solcher Aktionen sofort in den Wäldern und erhielten dort von seiten der Banden Unterstützung.

Schwierigkeiten ergäben sich auch aus der Tatsache, daß es den Banden jetzt gelinge, alleinstehende Deutsche und ihre Familien zu überfallen. Andererseits sei die Situation so zu beurteilen, daß auf den großen Strecken zwischen den Hauptstädten an sich das Gebiet einigermaßen frei von Banden sei. Sobald man aber in die Gebiete abseits der großen Straßen komme, würden die Sicherheitsverhältnisse sehr schwierig. Angesichts dieser Lage müsse darauf hingewiesen werden, daß die Polizei unmöglich den Schutz jedes einzelnen Deutshen übernehmen könne. Er habe schon vorgeschlagen, in den Hauptstädten die sogenannten deutschen Viertel zu bilden. Dieser Vorschlag habe bisher nicht durchgeführt werden können, was zu bedauern sei, da sonst mancher Mord an Reichsdeutschen hätte verhindert werden können.

SS-Brigadeführer Generalmajor d.Polizei Dr. Schöngarth gibt in längeren Ausführungen ein Bild von der gegenwärtigen Sicherheitslage in Generalgouvernement und macht dabei streng vertrauliche Angaben über die Methoden, mit denen die Widerstandsbewegung zur Zeit arbeitet.

Generalleutnant d. Polizei Becker weist darauf hin, daß sich die zunehmende Unsicherheit im Kampfe der Truppe insbesondere dadurch auswirke, daß die Führung des Gegners offensichtlich in letzter Zeit straffer und militärischer geworden sei. Daß auch eine höchste Führung bestehe, die klare und wohl überlegte Anordnungen treffe, erweise sich durch eine Reihe von aufgefundenen Befehlen. Auf der Gegenseite sei auch eine Zunahme der Bewaffung mit schweren Maschinengewehren, Handgranaten usw. festzustellen. Es gebe sogar berittene Formationen bei den Gegnern. Offenbar würden auch die Einheiten des Feindes zahlenmäßig verstärkt. Man könne hier und da doch schon Banden bis zu loo Mann antreffen, die natürlich in ihrer Bekämpfung einen gewissen polizeilichen Aufwand erforderten.

Die Methode der Bekämpfung dieser Banden durch die Polizei habe sich in den letzten Monaten eigentlich durchaus bewährt. Da gerade in der allerletzten Zeit weniger Wechsel in den Bataillonen stattgefunden habe und die Bataillone im wesentlichen an Ort und Stelle geblieben seien, hätten sie sich auch sehr gut einleben können, sie hätten sich eine gewisse Waldläufer- und Truppenpraxis erworben, die doch erhebliche Erfolge gezeitigt habe. Man verfüge auch über einige Kompaniechefs und Zugführer, die geradezu als Fachspezialisten und Künstler auf diesem Gebiet bezeichnet werden könnten und denen man die Führung der Truppe mit großer Zuversicht überlassen könne. Auch die Truppe schlage sich gut, und das gelte ebenso, von wenigen Ausnahmen

abgesehen, von der polnischen und ukrainischen Polizei, die alle Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten der Lage auf sich nähme und sich im allgemeinen durchaus in den Rahmen der Bandenbekämpfung eingliedere.

Was in der letzten Zeit truppen- und führungsmäßig gewisse Sorgen gemacht habe, sei die Feststellung gewesen, daß der Feind seine Einflüge auf gewisse Punkte festlege und sie immer wiederhole. Aus der Registrierung jedes einzelnen Einfluges habe sich ergeben, daß wiederholt Einflüge in die Gegend von Radom, Warschau und Lublin stattgefunden hätten. Mit dem Luftgau seien gewisse Abmachungen getroffen worden, zu dem Zwecke, eine schärfere Überwachung dieser Luftlandungen herbeizuführen. In letzter Zeit hätten sich diese Einflüge aus den genannten Gebieten gänzlich verzogen und seien in anderes Gelände gegangen, so daß man darüber noch weitere Feststellungen treffen müsse.

Staatssekretär Dr. Bühler kann vom Standpunkt der aktiven Bekämpfung dieser Unruheherde aus eigener Erfahrung nichts sagen, sieht allerdings mit steigender Sorge dieser Entwicklung der Unsicherheit entgegen. Was den Fall der Tötung des Arbeitsamtsdirektors Hoffmann in Warschau angehe, so sei ihm ein Attentat auf einen polnischen Angestellten des Arbeitsamtes in Warschau vorangegangen, dem eine besonders loyale Haltung gegenüber den Deutschen nachgesagt worden sei. Er sei zusammen mit einem Offizier der polnischen Polizei erledigt worden. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die vollzogene "Hinrichtung" dieser beiden Leute eines Morgens auf in Warschau angeschlagenen Plakaten zu lesen war. Daß der Arbeitsamtsdirektor Hoffmann bedroht gewesen sei, sei ihm lange vor diesem Attentat bekannt gewesen. Am folgenden Tage sei dann der Stellvertreter des Direktors Hoffmann, der Angestellte Dietz, gleichfalls getötet worden.

Diese Reihe von Attentaten setze sich auch bei Kreishauptleuten und Landkommissaren fort.

Ob es sich um die Umlegung von deutschen Funktionären oder um die Zerstörung von Aufbaueinrichtungen handle, die man in mühevoller Arbeit erstellt habe, er sehe in diesen Dingen eine schlimme Entwicklung. Er sei nicht der Überzeugung, daß man zur Zeit schon den Höhepunkt der Unruhe erreicht habe, sondern daß sich, wenn nicht besondere Maßnahmen eingeleitet würden, diese Überfälle noch auf breiterer Basis erweitern würden. Nach einer Meldung seien im Distrikt Lublin im Monat März über 1 8oo Raubüberfälle vorgekommen. Da es im Monat Februar noch 1 loo Fälle gewesen seien, lasse sich überall eine sprunghafte Entwicklung feststellen. Auch auf den Hauptverkehrsstraßen bestehe heute keine Sicherheit mehr. Vor lo Tagen noch sei der Kreishauptmann von Miechow auf der Straße nach Krakau erschossen worden. In den letzten Tagen sei ein Bautrupp, der an der Herstellung einer Leitung arbeitete, mit samt seiner Bedeckung von 14 Mann auseinander getrieben worden.

Zu dem letzt erwähnten Fall fügt Präsident Dr. Senkowsky ergänzend hinzu, daß es sich hier um den Bau einer Fernleitung von Stalowa Wola nach Lublin für die Ostenergie zur Versorgung der Heinkel-Werke handle. Unter dem Eindruck dieses Überfalles sei der Bau vorübergehend eingestellt worden, die Arbeit sei aber heute wieder aufgenommen. Den Arbeitern selber sei nichts geschehen, zwei leitende deutsche Angestellte seien schwer verletzt worden, 14 Mann Polizei, zwei Deutsche und 12 Ukrainer seien von der Bande verschleppt worden. Die Bande solle angeblich bis zu 4oo Mann stark und mit schweren Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet gewesen sein. Den Angehörigen des Bautrupps sei, falls sie wieder zur Arbeit kämen, mit dem Tode gedroht worden. Hier handle es sich offenbar um einen wohl angelegten Sabotageversuch gegen die Heinkel-Werke.

Staatssekretär Dr. Bühler führt weiter aus, daß entsprechend der Ausbreitung der Unsicherheit zahllose Überfälle auf Molkereien, Brennereien, Liegenschaftsgüter und sonstige staatliche Einrichtungen stattfänden. In der kurzen Zeit der Durchführung der Volkszählung seien 11 Gemeindeämter überfallen und ausgeraubt worden. Die Polizei habe auf diese vermehrten Bandenüberfälle damit antworten müssen, daß sie die gefährdeten Einzelposten auf dem Lande in Kompaniestärke zusammengezogen habe. Praktisch habe man damit aber wieder den Raum, der von polizeilicher Besetzung frei geworden sei, den Banden als Spielfeld überlassen müssen.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß man gezwungen sei, vor allem in den fremdvölkischen Stationen die Männer mehr zusammenzuziehen, damit sie, wenn eine stärkere Bande einen Polizeiposten überfalle, in der Lage seien, sich zu wehren. Auf dem Lande ergäben sich Schwierigkeiten, wenn die fremdvölkische Polizei sich selber überlassen sei; denn sie sei an sich unter deutscher Führung gut, gehe aber auch unter Umständen mit der Widerstandsbewegung. Wenn auf die Polizisten kein Verlaß sei, dann sei ein kleiner Posten schwer zu halten und könne leicht entwaffnet werden.

Staatssekretär Dr. Bühler will auch die Gendarmeriestationen in Rücksicht gezogen wissen. Die übrigen Mittel der Bekämpfung seien wohl nicht von Dauererfolg begleitet. Die Durchkämmaktionen schüfen wohl für einige Tage ruhe, nach kurzer Zeit aber baue sich die Widerstandsbewegung neu auf. - Das System der Geiselfestnahmen und -erschießungen, das immer noch geübt werde, könne keine grundsätzliche Beruhigung bringen.

Auf den Einwand des SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth daß er keine Geiselerschießungen angeordnet habe, erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß nach ihm gewordenen Berichten sowohl im Falle der Tötung eines Landkommissars wie eines Kreishauptmanns 3o Geiseln erschossen worden seien.

Staatssekretär Krüger bittet, ihm das Material zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß die Arbeit der Regierung wie die Arbeitererfassung und die im Dienste des Reiches stehende Wirtschaftæ, insbesondere die Landwirtschaft, nicht den vom Reich erwarteten Erfolg haben könne. Er halte die Zeit für gekommen, in der man entweder Maßnahmen treffen müsse, um eine verstärkte Bekämpfung dieses Banditenunwesens vielleicht durch weitgehende Heranziehung der Wehrmacht und der Luftwaffe einzuleiten, oder aber mit politischen Mitteln auf eine Beruhigung der Situation hinwirken müsse. Hierfür scheine ihm die Lage zur Zeit nicht ungünstig zu sein. Die Auffindung des Massengrabes der ermordeten polnischen Offiziere bei Smolensk und der dadurch bei den Polen hervorgerufene Stimmungswechsel könnten einen Ansatzpunkt bilden, auch die Bevölkerung bei der Bekämpfung der Banditen erfolgreich einzuschalten. Ohne Mitwirkung der Bevölkerung lasse sich das Banditenwesen und auch das politische Wesen nicht ausrotten. Sonst wäre es nur möglich, wenn entsprechend starke Exekutivorgane in den Raum des Generalgouvernements gelegt würden, wie man sie aber jetzt nicht erhalten könne.

(Staatssekretär Krüger) weist darauf hin, daß örtlich durchführbare Einsätze teilweise zusammen mit Heer oder Luftwaffe vorgenommen würden. Das sei aber nicht gerade der Idealzustand. (Eine politische Beruhigung der Bevölkerung liege durchaus im Rahmen des Möglichen, wenn vor allem demjenigen Teil der Bevölkerung, der in deutschen Diensten stehe, die Ernährung ihrer Familien sichergestellt werde. Heute werde der polnische Arbeiter von den ihm zugeteilten Nahrungsmitteln nicht satt, seine Arbeitsleistung lasse immer mehr nach, und er sei gezwungen, zwei oder drei Tage in der Woche mit seiner Arbeit auszusetzen, um sich Nahrungsmittel auf illegalem Wege zu beschaffen.) - Weiter müsse geprüft werden, wie man vielleicht Gruppen der Widerstandsbewegung auch gegeneinander auszuspielen vermöchte, da ihr ja neben nationalen auch bolschewistische Elemente angehörten. Selbstverständlich müsse auch der Fall Smolensk entsprechend ausgewertet werden. - Wenn man es mit Widerstandsnestern der Banditen wie z.B. in den Wäldern von Bilgoraj und im Gebiet von Konskie zu tun habe, dann werde dort ein Einsatz durchgeführt. Im allgemeinen verspreche man sich aber von den sogenannten Großaktionen keinen besonderen praktischen Erfolg, da solche Aktionen neben dem großen Aufwand an Zeit und Kräften auch leicht verraten würden.

Staatssekretär Dr. Boepple ist ebenfalls der Ansicht, daß man die Smolensk-Funde als Ansatzpunkt benutzen könnte, um die chauvinistischen und bolschewistischen Bevölkerungsteile gegeneinander auszuspielen.

Staatssekretär Krüger will vor allem verhindert wissen, daß mit Unterstützung von außen her Gebiete besetzt und vor dort aus Aktionen unternommen würden. Durch Erkundungen müsse festgestellt werden, ob es sich

dann wirklich um rein militärische Gebiete handle, und darauf hin müßten dann entsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Man werde die Frage prüfen, ob es möglich sei, vielleicht durch Verstärkung von Truppenteilen und durch die Tatsache des Vorhandenseins dieser Truppen dazu beizutragen, daß etwas mehr Ruhe eintrete. Im übrigen aber müsse man vor allem versuchen, durch geschickte politische Maßnahmen die einzelnen Gruppen der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, so daß sie im Ungewissen seien, wie sie vorzugehen hätten.

Präsident Dr. Struve ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die Angriffe gegen die Arbeitseinsatz-Verwaltung eine gewisse Planmäßigkeit festzustellen sei. Es seien allein 11 Arbeitsämter bzw. ihre Karteien durch Überfälle zerstört worden. Angriffe auf polnische Werber in Form von Erschiessungen, tätlichen Beleidigungen und Bedrohungen seien an der Tagesordnung. - Zu den Fällen Hoffmann und Dietz in Warschau sei wieder ein neuer Fall getreten: ein in der Nähe von Warschau wohnender Reichsdeutscher sei seit 8 Tagen verschollen. Übrigens gehe die Planmäßigkeit der Überfälle auch daraus hervor, daß dem Arbeitsamtsdirektor Hoffmann zunächst ein Sprengstoffpaket zugeschickt worden sei, beidessen Öffnung kurz danach ein Feuerwerker getötet worden sei. Wie der Fall Hoffmann zeige, gingen die Banditen bei ihren Überfällen ganz planmäßig und unbekümmert vor und führten ihr Vorhaben fast genau zur angekündigten Stunde durch. Wie frech und rabiat die Banden vorgingen, zeige wieder ein kürzlich erfolgter Überfall auf einen Gefangenentransport in Warschau. Die Systematik der Überfälle auf die Arbeitsämter ergebe sich auch daraus, daß sie in einem dreiseitigen Flugblatt angekündigt worden seien. (Präsident Dr.Struve gibt den Inhalt eines solchen Flugblattes bekannt).

Im übrigen sei die Tatsache festzustellen, daß eine Reihe von Polizeimaßnahmen den Arbeitsämtern zur Last gelegt werde, für die diese keine Verantwortung trügen.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, daß seinerzeit bei der Arbeitsverwaltung teilweise die Meinung vertreten gewesen sei, man könne wirksame Maßnahmen nur mit Hilfe der Polizei durchführen. Dieser Auffassung sei man vor allem bei den Berlinär Stellen gewesen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Struve, daß dem Wunsche der Arbeitsverwaltung entsprechend keine Massenaktionen mehr durchgeführt würden.

Präsident Dr. Senkowsky will den zahlreichen Drohbriefen, die die verschiedensten Persönlichkeiten und auch er erhalten hätten, kein besonderes Gewicht beigelegt wissen. Im Falle des Ministerialrats Rogge und in einem anderen Falle habe es sich um ein Femeurteil gehandelt: es sei handschriftlich ausgefertigt und von einem Sekretär und zwei Beisitzern unterschrieben, auch sei eine Bewährungsfrist in diesem Urteil angegeben.

Was die Auswirkungen einer gewissen Unsicherheit auf die Grundlagen der Einnahmen angehe, so müsse man vor allem im Hinblick auf die Überfälle auf Brennereien mit einer großen finanziellen Einbuße rechnen, wenn dieser Zustand der Unsicherheit weiter bestehen bleiben solle. Bis jetzt hätten sich allerdings im Lubliner Bezirk, der besonders hierfür in Betracht komme, noch keine nachteiligen Folgen gezeigt: es sei vorgekommen, daß Außenbeamte Angriffen ausgesetzt waren, aber schwerwiegende Fälle seien nicht aufgetreten. Wohl aber sei

ein

Anzahl von Brennereien nicht nur überfallen und ausgeraubt, sondern zum Teil auch bis auf die Grundmauern niedergebrannt, und die Apparaturen seien zerstört worden. Diese Zerstörung von Brennereien könne auch für die Ernteerfassung, für die man 3o Millionen Ltr. Wodka erwarte, noch weitgehende Folgen haben.

Präsident Naumann betont, er habe schon bei Übernahme der Reichsleistungen darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen auf dem Gebiet der Lieferungen großer Mengen ans Reich nicht spurlos an der Wirtschaft des Generalgouvernements vorübergehen würden. Er habe bereits im September 1942 erklärt, daß diese Lieferungen eine große Herabsetzung der Rationssätze im Generalgouvernement zur Folge haben müßten, umso mehr, als der Schleichhandel durch die fast loo %ige Erfassung so gut wie restlos zerstört wäre und daher von der polnischen Bevölkerung kaum noch Nahrungsmittel in irgendeiner Form angekauft werden könnten. Die landwirtschaftliche Verwaltung habe damals darauf hingewiesen, daß es, wenn die Reichsleistungen durchgeführt würden, mit der Sicherheitslage immer schlechter werden würde. Was damals auch den Berliner Stellen zur Kenntnis gebracht worden sei, sei auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Verwaltung im steigenden Maße eingetreten. Wenn bis gegen Weihnachten die Überfälle noch in der Form geschehen seien, daß Gruppen und einzelne Kommandos der Banditen nur das genommen hätten, was sie für ihre Nahrung gebrauchen konnten, so sei von Weihnachten an festzustellen, daß immer mehr System in diese Dinge hineingekommen sei. Die Banditen vernichteten jetzt alles, was sie nicht mitnehmen oder gebrauchen könnten, sie machten Produktionsmaschinen der Molkereien, Brennereien, Zuckerfabriken unbrauchbar, so daß sich nun auch nachhaltige Wirkungen für die Weiterführung der Ernährung und die Sicherung der Erfassung von Produkten zeigten. Daneben seien auch mehr und mehr die auf dem

Lande verstreut angesetzten landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten Angriffen ausgesetzt. Man habe sich wegen dieser Überfälle mit den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht in Verbindung gesetzt, sie hätten auch, soweit möglich, geholfen. Gleichwohl mache sich immer bemerkbar, daß die Widerstandsbewegung erkannt habe, wie entscheidend sie die landwirtschaftliche Verwaltung treffe, wenn sie den mühsam aufgebauten Apparat der Ernährung und Landwirtschaft so weit lahmlege, daß die polnischen Angestellten nicht mehr in der Weise arbeiteten, wie es unbedingt notwendig wäre. Leider habe die umfangreiche Einziehung von im besten Mannesalter stehenden Deutschen zu einer Schwächung der landwirtschaftlichen Außenstellen geführt und der Widerstandsbewegung neuen Auftrieb gegeben. Für die Betriebe der Molkereien, Zuckerfabriken, Brauereien usw. müsse deshalb ein Werkschutz aus der Zahl der dort angestellten Polen erstellt werden, der auch irgendwie bewaffnet sein müsse. Auch sei es dringend notwendig, den deutschen Oberleitern eine bessere Bewaffnung zu geben, wenn möglich, ihnen Handgranaten zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß angesichts der Tatsache, daß die Umsiedlung große Unruhe in die polnische Landbevölkerung bringe, diese Umsiedlung besser nicht durchgeführt worden wäre und man sie jedenfalls jetzt abstoppen müsse. Übereinstimmend werde ihm von den Kreislandwirten berichtet, daß zwar überall die Maßnahmen für eine Ernteteigerung eingeleitet seien, daß sie aber von der polnischen Seite immer mit der Frage beantwortet würden, was denn mit ihnen geschehen werde, und ob es ihnen ebenso gehen solle wie den polnischen Bauern im Kreise Zamosc. Er habe schon verschiedentlich auf diese Schwierigkeiten hingewiesen, die sich seinen Maßnahmen entgegenstellten. Jedenfalls wäre es auch im Hinblick auf die Tatsache, daß wieder Gerüchte von neuen

Einsiedlungen und Umsiedlungen umliefen, richtiger, die Siedlung nicht weiter fortzusetzen. Es sei anzunehmen, daß ein polnischer Bauer, der von seinem Hofe vertrieben werde, nicht Freund der Deutschen sein, sondern versuchen werde, sich zu rächen oder vielleicht Anschluß an Gruppen zu finden, die der deutschen Führung mit der Waffe in der Hand gegenüberständen. - Für die deutschen Siedler im Kreise Zamosc sei auf Grund einer Anordnung des Reichskommissars eine Landwacht geschaffen worden. Die Siedler seien verhältnismäßig gut bewaffnet, und in letzter Zeit hätten dort Überfälle nicht mehr stattgefunden, weil die Banditen wüßten, daß ihnen dort aktiver Widerstand entgegengesetzt werde.

Staatssekretär Krüger erinnert daran, daß Mitte Februar in einer Sitzung über die Absichten und Gedankengänge des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums gesprochen worden sei. Nach Ansicht des Reichskommissars habe man nach Möglichkeit versuchen müssen, den Kreis Zamosc ganz mit Volksdeutschen zu füllen, damit die Deutschen in sich geschlossen seien und nicht mehr eine Streusiedlung darstellten, um so auch sicherheitsmäßig für das deutsche Interesse arbeiten zu können. Diese Deutschen hätten dann auch selber den Schutz der Siedlung übernommen, es sei eine Landwacht von der Polizei bewaffnet und ausgebildet worden. Daß die Stadt Lublin mit Volksdeutschen besiedelt werden sollte, sei auch bekannt. Er habe den Reichskommissar gebeten, weitere Siedlungen vorerst abzustoppen, damit in die polnische Bevölkerung wieder eine gewisse Ruhe einkehre. Seinerzeit sei angeordnet worden, daß auch die Polen nach gewissen Wertungsgrundsätzen umgesiedelt werden sollten: ein Teil sollte dort bleiben, ein Teil umgesiedelt und ein Teil in Arbeit vermittelt werden. Von dieser

sogenannten Klassifizierung werde abgesehen. Seines Wissens beabsichtige der Reichskommissar einen Teil der dort befindlichen Volksdeutschen innerhalb des Kreises Zamosc einzusiedeln, damit man in diesem Kreis ein geschlossenes volksdeutsches Gebiet habe. Man habe dann zwangsweise aus dem Dnjepr-Bogen rund 12 ooo Köpfe hereingenommen. Sie seien im Distrikt Galizien untergebracht und würden dort etwa ab Mitte Mai angesiedelt, und zwar in den leerstehenden deutschen Höfen, die im Jahre 1939 auf Grund der Vereinbarung mit der Sowjetunion ausgesiedelt worden seien. Man habe dort soviel Platz, daß man den Ukrainern oder auch Polen kein Land wegzunehmen brauche. Das lasse sich ohne weiteres durchführen, so daß man nicht mit einer Unruhe zu rechnen brauche.

Hauptabschnittsleiter Stahl führt aus, daß die Partei unter der Versteifung der Sicherheitslage sehr zu leiden habe. Von Parteigenossen und Hoheitsträgern würden ihm alle möglichen Vorschläge gemacht, die aber zum Teil sehr übertrieben seien. Einer der wichtigsten Vorschläge gehe dahin, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei örtlich besser auswirken müßte. So sei ihm z.B. mitgeteilt worden, daß in Ostrowiec der zuständige Hauptmann auf eine an ihn gerichtete Frage erwidert habe, er müsse erst für ein Eingreifen seinerseits auf einen Befehl seines vorgesetzten Kommandos warten; er habe seine Hilfe schon der Polizei angeboten, aber der örtlich zuständige Polizeioffizier habe sie als unnötig bezeichnet.

Staatssekretär Krüger bittet, ihm nach Abschluß der Ermittlungen die Unterlagen zuzuleiten.

Hauptabschnittsleiter Stahl teilt dann weiter mit, daß er angesichts der Unsicherheit auf den Landstraßen angeordnet habe, daß die politischen Leiter, soweit sie dienstlich unterwegs sein müßten, in der Dunkelheit nicht mehr fahren dürften. Auch erwäge er, ihnen das Tragen der Uniform zu verbieten, da offenbar die Widerstandsbewegung gesteigerten Wert darauf lege, in den Besitz von Uniformen politischer Leiter zu gelangen. An dem Überfall auf die Staatsdruckerei z.B. solle ein Mann in der Uniform eines politischen Leiters beteiligt gewesen sein.

Von gegen Parteiführer verhängten "Todesurteilen" habe er dem SD sofort Meldung gemacht, ebenso von dem Auffinden einer Höllenmaschine, die im Parteihause abgegeben und für SA-Oberführer Peltz bestimmt gewesen sei. Im übrigen sei er der Ansicht, daß man die Angstpsychose, die bei den Deutschen im Lande bestehe, mit allen Mitteln bekämpfen müsse, und er schlage vor, daß der Leiter des Arbeitsbereiches eine entsprechende Verfügung hinausgehen lasse. Durch gesteigerte Aktivität in Versammlungen, Aufmärschen usw. müsse dem fremden Volkstum gezeigt werden, daß sich die Deutschen stark genug fühlten. Daß schon eine Angstpsychose bestehe, sei nicht zu bestreiten, und verschiedene Deutsche hätten schon ihre Koffer gepackt; das wirke sich natürlich im negativen Sinne für diejenigen aus, die nicht ängstlich seien. Wenn sich in den Standorten, in denen Überfälle vorgekommen seien, die Deutschen in Gruppen wiederum zusammenfänden, so sei das im Interesse der Parteiarbeit nur zu begrüßen. Auch müßte die zuständige Kreishauptmannschaft ein Überfallkommando zur Verfügung haben, das schnell an den Ort eines Überfalles geschickt werden könne. Andererseits dürften auch wieder die Dinge im Wege des Gerüchts nicht übertrieben werden. Deswegen sei es notwendig, die Führung

der Partei über die obwaltende Situation zu informieren, damit man gegebenenfalls mit dem Apparat der Partei gegen Gerüchte arbeiten könne. Von Leuten, die vielleicht zwei oder drei Tage im Generalgouvernement gewesen seien, sei z.B. in Berlin alles Mögliche über die Unsicherheitslage im Generalgouvernement erzählt worden. Die Parteiführung müßte mehr als bisher über gewisse Dinge ins Bild gesetzt werden, damit sie solchen Gerüchten entgegentreten könne.

Ihm seien auch manche Vorschläge gemacht worden, was zu geschehen habe, um wieder eine gewisse Beruhigung ins Generalgouvernement zu bringen. So wünschten z.B. die Standortführer, daß keine Um- und Neusiedlungen mehr vorgenommen würden. Auch habe man vorgeschlagen, keine Polen mehr aus ihren Häusern auszuweisen, damit Deutsche dort hineingelegt werden könnten. Ferner wolle man den Zuzug der Deutschen irgendwie gesperrt wissen. Die Hoheitsträger wiesen darauf hin, daß sie mehr Selbstverteidigungswaffen haben müßten. Für die gesamten Amtsleiter ständen nur 2oo Pistolen zur Verfügung. Die anderen 1 5oo politischen Leiter hätten keine Waffe. Die Beschaffung von Waffen sei so gut wie unmöglich, und die vom Reichsschatzmeister versprochenen seien noch nicht eingetroffen. Angesichts der Tatsache, daß bisher drei hauptamtliche Parteiführer getötet worden seien, müßten den politischen Leitern Karabiner und Handgranaten zur Verfügung gestellt werden.

Generalleutnant <u>von Hartlieb</u> weist darauf hin, daß im Gegensatz zur Polizei, die nach Verbrechern zu fahnden habe, Aufgabe der Wehrmacht die Sicherung der militärischen wichtigen Objekte, der Bahnlinien und Straßen, die der Versorgung der Ostfront dienten, seil Die Wehrmacht könne sich also nicht so an der

Bekämpfung der Banden beteiligen, wie es wohl in ihrem Sinne läge. Immerhin sei es möglich, für jedes Bataillon einen Bereitsschaftsdienst einzurichten. Nach einer Verordnung des Führers vom August 1942 sei allein der Führer der Polizei für die Bekämpfung der Banden verantwortlich. In besonderen Fällen, wenn die Kräfte der Polizei nicht ausreichten, um Unruheherde zu beseitigen, habe allerdings die Wehrmacht Anträgen der Polizei auf Gestellung von Truppen zu entsprechen. Hier bleibe dann immer die Leitung noch in den Händen der Polizei. Diese Fälle müßten aber zu den Ausnahmen gehören, weil die Banden darauf ausgingen, die militärischen Kräfte zu zersplittern und sie von ihren eigentlichen Objekten, die sie zu sichern hätten, abzuziehen. Deshalb sei es der Wehrmacht grundsätzlich untersagt, auf Anforderung von Zivilstellen usw. einzugreifen. Das schließe natürlich nicht aus, daß den deutschen Einwohnern eines Ortes sofort Schutz gewährt werde. Was den von Hauptabschnittsleiter Stahl erwähnten Fall angehe, so werde man wohl hier in der ersten Aufregung gleich an die Wehrmacht herangetreten sein. Wenn solchen Anforderungen überall entsprochen würde, dann würde bei der geringen Besetzung mit Militär im ganzen Lande eine solche Zersplitterung der Truppe eintreten, wie sie den Banden nur erwünscht sein könne. Wenn in Fällen geringerer Bedeutung gleich Militär zugezogen würde, so würde damit nur das Ansehen der Polizei geschädigt und das Bild der Wehrmacht als soldatischer Truppe verwischt werden.

Präsident Dr. Losacker teilt mit, daß der Vorsitzende des Ukrainischen Hilfskomitees Prof.Kubijowitsch in einem Schreiben vom 6.April zum Ausdruck gebracht habe, daß sich in den gemischten Gebieten wie dem des Distrikts Lublin in der letzten Zeit die Banditen auch sehr stark gegen die ukrainische Bevölkerung gewendet hätten. Ende März seien der Leiter des Ukrainischen Hilfskomitees in Rubicschow und sein Vertreter ermordet worden, ebenso am lo. April lo Ukrainer. Man habe dann den Antrag gestellt, die ukrainische Polizei in diesen gemischten Gebieten etwas zu verstärken, und darüber hinaus die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, die unmittelbar im deutschen Interesse tätigen Ukrainer, insbesondere die Vorsitzenden der örtlichen Hilfskomitees mit Waffen auszurüsten, und zwar in ähnlicher Form wie bei der deutschen Landwacht.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß man beabsichtige, in den ukrainischen Gebieten des Distrikts Lublin ein nur aus Ukrainern bestehendes Regiment zusammen zu stellen, geführt und durchsetzt von deutschen Unteroffizieren und Offizieren. Mit der Werbung solle in kurzer Zeit begonnen werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Becker, daß im Generalgouvernement zur Zeit 11 Polizeibataillone stationiert seien, mit der Gendarmerie zusammen etwa 14 ooo Mann.

Oberst Fischer hält es für notwendig, die Autostreifen der Wehrmacht und Polizei anzuweisen, sie mögen die Autos nicht auf freier Strecke anhalten, sondern in den Ortschaften.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß Weisungen in diesem Sinne schon ergangen seien.

<Präsident Ohlenbusch geht in längeren Ausführungen auf die Auffindung der Massengräber ermorderter polnischer Offiziere bei Smolensk ein. Für das Generalgouvernement sei diese Auffindung von besonderer Bedeutung, weil es sich bei diesen Morden um Angehörige des polnischen Volkstums handle. Auf Befehl des Führers sei deshalb am lo. und ll. April eine polnische Delegation mit dem Flugzeug nach Smolensk gebracht worden, der ein Vertreter des Polnischen Hauptausschusses, der Präsident der früheren polnischen Dichterakademie, einige Journalisten angehörten. Leider sei es nicht möglich gewesen, daß ein Vertreter der Geistlichkeit an diesem Fluge teilnahm, weil der Erzbischof Sapieha, der seine Genehmigung hätte erteilen müssen, in Krakau nicht anwesend gewesen sei.> Der Vertreter des Bischofs von Warschau sei zunächst bereit gewesen, mitzufliegen, aber nach einer Stunde sei ein schriftlicher Bescheid des Bischofs eingegangen, in welchem zwar für die Einladung gedankt und darauf hingewiesen werde, daß die katholische Geistlichkeit von der bolschewistischen Barbarei überzeugt sei, gleichzeitig aber auch gesagt werden, daß der Bischof die Genehmigung leider nicht erteilen könne, weil ~~die Mitwirkung eines Priesters an einer solchen Besichtigung eine~~ es sich hier um eine politische Angelegenheit handle, in die sich Geistliche nicht einmischen dürften. Am nächsten Vormittag habe dann die Besichtigung der Massengräber stattgefunden, die 14 km westlich von Smolensk in der Nähe des Eisenbahnhofes Katyn, und zwar auf einem "Ziegenberg" genannten Waldstück. Dort sei die Delegation von einer militärischen Kommission unter Führung eines Obersten begrüßt worden. Als dann die Polen die Böschung des ersten Massengrabes betraten, seien sie erschüttert und derart gebannt gewesen, ~~als~~ daß sie, als sie die Leichen durcheinander liegen sahen, die Hände zum Gebet falteten. Den Polen

seien dann im Beisein eines Gerichtsmediziners zwei Leichen gezeigt und an ihnen nachgewiesen worden, daß sie durch Genickschuß getötet worden seien und daß es sich tatsächlich um Polen handle. Bei Durchsuchung der Taschen dieser beiden Leichen, derjenigen eines Stabsarztes und eines Hauptmanns, habe man Dokumente, Briefe, Geldbörsen gefunden. Die bis jetzt auch bei anderen Leichen gefundenen Briefe trügen sämtlich das Datum des 15. April 194o. Von besonderem Interesse sei gewesen, daß der Präsident der Dichterakademie genau gewußt habe, daß die Verbindung mit dem Gefangenenlager in der Nähe von Orel vom Mai an aufgehört habe. Dieses Datum decke sich genau mit dem Zeitpunkt, den man festgestellt habe, als man bei dem Besuch einer Auslandsjournalistengruppe am Tage zuvor die Leiche eines polnischen Brigadegenerals geborgen habe. Anschließend seien die bisher schon festgestellten, sauber geordneten und nummerierten Dokumente besichtigt worden. Unter anderem sei ein goldenes Zigarrettenetui des polnischen Brigadegenerals in seiner Kleidung gefunden worden, während alle Uhren, Ringe und sonstige Schmucksachen nicht mehr vorhanden waren. Nach Auffassung der Wehrmachtsstellen lägen in dem einen Grab allein 4 ooo, in einem anderen Grab 6 ooo Leichen, und zwar in 12 Schichten, wobei die oberste Schicht 25o Leichen zähle. Wenn man den ganzen Umfang dieser Gräber abmesse, dann ergebe sich ein Feld von 4oo x 4oo Metern. Wenn die ganze Fläche eine entsprechende Menge Ermorderter enthalte, komme man auf eine Zahl von 4o- bis 5o ooo.

〈 Es brauche nicht besonders betont zu werden, daß die Auffindung dieses Massengrabes von größtem Wert für eine propagandistische Auswertung sei. 〉 Es handle sich hier tatsächlich um ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Sowjets hätten offenbar

von der Auffindung des Grabes Wind bekommen und sich bereits vor einer Woche dazu geäußert und wollten den Deutschen die Schuld an der Tötung dieser Offiziere zuschieben. Es lasse sich aber nachweisen, daß diese Gräber schon vor drei Jahren angelegt worden seien, und zwar an dem Wchs der Fichten auf dieser Fläche, an Briefen und an dem Verwesungszustand der Leichen. Die propagandistische Auswertung geschehe in engster Zusammenarbeit mit dem Reichspropagandaministerium, und zwar unter Heranziehung von Film, Rundfunk, polnischer Wochenschau, Schallplatten mit Kurzberichten, Broschüren, Flugblättern und Plakaten. Auch seien die Durchführung eines Volkstrauertages und die Errichtung je eines Mahnmales in Lublin, Warschau und Krakau geplant. Die propagandistische Auswertung müsse selbstverständlich mit der allgemeinen politischen Lage im Generalgouvernement abgestimmt werden. Dabei würden die Fragen der Umsiedlung, der Arbeitererfassung, der Ernährungslage im Vordergrund stehen. Auch werde der polnischen Geistlichkeit die Möglichkeit gegeben werden, eine Betreuung der Leichen durchzuführen.

Bis jetzt sei die Propaganda im Raume des Generalgouvernements schwierig gewesen, weil keine politische Zielsetzung vorhanden gewesen sei. Wenn man auch auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft, der Arbeitererfassung und Arbeiterwerbung eine gewisse Propaganda getrieben habe, so könne doch bisher von einer politischen Führung der im Generalgouvernement lebenden Polen keine Rede sein. Die politische Führung dieses Raumes müßte, um überhaupt eine zielklare und erfolgversprechende Propaganda einsetzen zu können, der Propaganda bestimmte Leitsätze zur Verfügung stellen. Wenn man es verstehe, die bolschewistischen Kreise der Bevölkerung gegen die chauvinistischen richtig auszuspielen, würde man damit einen gewissen Erfolg haben.

Das setze aber eine klare Zielsetzung voraus. Dieses Ziel könne er nur erreichen, wenn sowohl für die bolschwistischen wie die chauvinistischen Kreise gewisse Leitsätze der Propaganda aufgestellt würden und damit ohne weiteres eine Aktivierung der nationalen Elemente verbunden werde. Die Teilung des polnischen Volkes stelle somit, politisch und prcpagandistisch gesehen, ein Novum dar. Vor allem müßten sich die maßgebenden Stellen in Berlin darüber klar sein, in welcher Form jetzt eine politische Zielsetzung gegeben werde.

Er halte es für geboten, daß sich die deutschen Dienststellen möglichst aus dieser ganzen Aktion heraushielten und die Dinge durch das polnische Rote Kreuz und den Polnischen Hauptausschuß bearbeiten ließen. Zu diesem Zweck solle eine Kommission gegründet werden, und er habe vorgeschlagen, in diese Kommission möglichst noch einen Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes aufzunehmen.〉 Weiter habe er vorgeschlagen, daß man die polnische Delegation ins Reich schicke, damit sie sich davon überzeugen könne, wie die polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland behandelt würden.

〈 Der Herr Generalgouverneur will die Sitzung nicht zu einer Besprechung der allgemeinen Polenpolitik ausgeweitet wissen, da die Voraussetzungen dafür nicht gegeben seien. Anhand eines eingehenden Sammelberichtes könnten diese Fragen in einer besonderen Sitzung nochmals besprochen werden. Bekanntlich bestehe bei ganz bestimmten prominenten Kreisen des Reiches nicht die Neigung, an der bisherigen Polenpolitik irgendetwas zu ändern. 〉

should be: Präsident Ohlenbusch

Die von (Staatssekretär Krüger) aufgeworfene Frage, wie weit die Polen nun von sich aus Propaganda machen dürften, was natürlich wieder eine Abstimmung mit der deutschen Propaganda zur Voraussetzung hätte und wobei auch der polnische Klerus irgendwie eingeschaltet werden

müßte, will der Herr Generalgouverneur einer Sondersitzung vorbehalten wissen. Ihm liege daran, daß diese Angelegenheit nicht nebenher laufe, sondern im Mittelpunkt des Interesses stehe. Daß man jetzt einen Volkstrauertag der Polen gestatten, die Einsegnung der Leichen zulassen und unter dem Druck der Situation eine Wandlung vorbereiten wolle, sei schon ungeheuer wichtig, weil ja gerade das Generalgouvernement als der unmittelbare Zeuge dieses Ereignisses angesprochen werden könne.

Nach den Ausführungen der maßgeblichen Sicherheitsorgane des Generalgouvernements könne man den Eindurck haben, daß eine unmittelbar drohende generelle Gefahr für das Gebiet des Generalgouvernements und seine Sicherheit nicht bestände. Allerdings scheine es angesichts der Ereignisse der letzten Zeit, der zahlreichen Überfälle, des Auftretens von Banden usw., die eine Versteifung der Situation deutlich erkennbar werden ließen, doch geboten, sich über gewisse Grundsätze klar zu werden.

Erster Grundsatz müsse sein, daß die Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes nach außen hin in jeder Form in Erscheinung trete. Es gebe hier nicht zwei Willensmeinungen der Repräsentanz des Deutschtums, sondern nur eine. Aus Spannungen könnten im Reich auf eine Bruchstelle innerhalb der gesamten Verwaltung dieses Raumes Rückschlüsse gezogen werden. Notwendig werde es vor allem sein, daß die Zusammenarbeit von Polizei und allen Sicherheitsorganen mit der Verwaltung noch intensiver werde als jetzt. Er höre immer wieder von der einen oder anderen Regierungsstelle, daß Polizeiberichte usw. nicht so unmittelbar ausgetauscht würden, wie das wünschenswert wäre. Er bitte daher die Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger, so intensiv wie möglich zusammen zu arbeiten, damit die einheitliche Führung des Generalgouvernements mehr als bisher gewährleistet werde. Als verantwortlicher Chef der

Regierung des Generalgouvernements erwarte er diese Zusammenarbeit nicht nur in den Spitzen der Verwaltung, sondern ebenso hinsichtlich eines Kontaktes zwischen Kreishauptmann und Polizeichef. Diese Zusammenarbeit sei umso notwendiger, als es in einem Gebiet, in welchem 14,5 Millionen fremdvölkischer Menschen lebten, nur 3- bis 4ooo deutsche Beamte und Reichsangestellte gebe. Je mehr der Verwaltung die frischen jungen Kräfte genommen und an ihre Stelle alte Kräfte gesetzt würden, umso intensiver müße die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Verwaltungsorganen sein. Er wäre den beiden Staatssekretären dankbar, wenn sie als maßgebende Chefs der beiden großen Repräsentanzen des Reiches, der allgemeinen Verwaltung und der Sicherheit, mit dem besten Beispiel vorangingen und dafür sorgten, daß dieser Kontakt so eng wie nur möglich gestaltet werde. In der Sitzung in Warschau habe sich das beachtliche Ergebnis gezeigt, daß sowohl die Vertreter der Sicherheitsorgane des Generalgouvernements wie auch diejenigen der allgemeinen Verwaltung sich auf gewisse Grundsätze geeinigt hätten.

Vollkommene Klarheit bestehe darüber, daß sich die Behandlung der fremdvölkischen Elemente des Generalgouvernements in der bisherigen Form auf die Dauer nicht werde durchhalten lassen. In dieses Gebiet gehöre vor allem die Sicherung der Ernährung. Präsident Naumann müsse das Ergebnis der heutigen Sitzung mit dem, was in der gestrigen Sitzung gesagt worden sei, kombinieren und bei den Verhandlungen in Berlin feststellen, daß auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung dieses Raumes die absolut einhellige Meinung bei allen Repräsentanten von Verwaltung und Sicherheit bestehe, daß in einem gewissen Umfange die Sicherung der Ernährung auch für die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Fremdvölkischen durchgeführt werden müsse und die Auffassung, daß die Ernährungssätze für die Bevölkerung nicht erhöht werden sollten, unbedingt aufzugeben sei.

Darüber hinaus müßten die Bemühungen, mit der fremdvölkischen Bevölkerung irgendwie in einen vernünftigen Kontakt zu kommen, letzten Endes von dem Gesichtspunkt getragen werden, der in der Frage gipfele: was wird letzten Endes mit der polnischen Bevölkerung im Gesamtrahmen der europäischen Neuordnung? Daß den Polen ein Ziel gesetzt werden müsse, sei klar. Er habe leider feststellen müssen, daß bei den Berliner Stellen ein großes Maß von Unverständnis über das vorhanden sei, was auf diesem Gebiete selbst im sparsamsten Rahmen als richtig erscheinen müsse. Man habe offenbar an manchen Zentralen des Reiches immer noch die Befürchtung, daß durch polenfreundliche oder fremdvolkfördernde Maßnahmen ein Sicherheitskoeffizient des Reiches zerstört werden könne. Aber der Sicherheitskoeffizient dieses Raumes werde umso stärker sein, je mehr man in gewissen Bereichen, die nicht unmittelbar Staatsgefährliches in sich bärgen, dem fremden Volkstum entgegenkomme. Er erwähne hier z.B. neben der Ernährung die Frage der Bildung eines eigenen polnischen Werkschutzes. Schon an diesem Beispiel könne man erkennen, wie janusköpfig alle diese Maßnahmen seien. Im Generalgouvernement sei eben im Hinblick auf das Bestehen der Widerstandsbewegung alles gefahrbringend, ob es in der einen oder anderen Form geschehe, etwa so, daß man den Polen kulturell entgegenkomme wie z.B. in der bekannten Frage, ob polnische Kunstmaler Gemälde für Zwecke des Roten Kreuzes zur Verfügung stellen dürften. Gleichwohl müßten alle diese Fragen in der nächsten Zeit entschieden werden. So wie bisher könne es jedenfalls nicht weitergehen, daß die Auswirkungen insgesamt negativ seien. Wenn man heute die gesamteuropäische Lage in allen besetzten Gebieten betrachte, so könne man eine einfache Schlußfolgerung ziehen, daß nämlich das Generalgouvernement so ziemlich von allen besetzten Gebieten

am meisten gehaßt werde. Daß ein Verständnis für das im Generalgouvernement geübte System im wesentlichen nicht bestehe, hänge mit den notwendigen Folgerungen des Kriegsregimes zusammen, vielleicht auch damit, daß man zu wenig positive Gesichtspunkte herausgestellt habe. Jedenfalls könne die Feststellung getroffen werden, daß das Generalgouvernement sicherheitsmäßig heute immer noch einigermaßen bestehen könne. Festgestellt werden müsse nur, welche konkreten Maßnahmen notwendig seien, um den Schutz der Deutschen dieses Raumes als Personen, als Träger von Dienstobliegenheiten und den Schutz der von Deutschen geführten Betriebe so intensiv wie nur möglich zu gestalten. Aus den Darlegungen der Vorredner gehe hervor, daß dieser Schutz in keiner Weise so ausreichend gewährleistet werden könne, um ihn als vollgültig betrachten zu können. Das hänge mit dem Mangel an Personal, mit der Überalterung der Beamten und Angestellten und auch damit zusammen, daß zu wenig Militär im Gebiete des Generalgouvernements vorhanden sei. Es frage sich also, welche Maßnahmen hier zweckmäßig zu ergreifen seien. Die von Staatssekretär Krüger angeregte Bildung von deutschen Vierteln in den Städten müsse unter dem Druck der Zeit nach Möglichkeit gefördert werden.

Staatssekretär Krüger setzt bei dieser Bildung von deutschen Vierteln voraus, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit nur dann eine Gewähr übernommen werden könne, wenn tatsächlich diese deutsche Viertel fast ausnahmslos von Deutschen bewohnt würden und nur ganz wenige Polen in ihnen lebten, die als Bedienstete gebraucht würden. Jedenfalls würde man mit der Bildung der deutschen Viertel eine größere Sicherheit schaffen, als sie mit den verhältnismäßig geringen Polizeikräften gewährleistet werden.

könne.

Der Herr Generalgouverneur würde es begrüßen, wenn ihm die Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger eine einheitliche grundsätzliche Anordnung an alle Dienststellen darüber vorgeschlagen würden, was nun auf Grund des Ergebnisses der Beratungen und auf Grund der Erklärungen der Sicherheitsorgane sogar unter Androhung schärfster Strafen durchgeführt werden müsse, um vor allem die Sicherung auch des Dienstgeheimnisses usw. zu gewährleisten. Er habe stets die Nachlässigkeiten der Deutschen im Verkehr mit Polen besonders mit Rücksicht auf das Liegenlassen von dienstlichen Schriftstücken gerügt, und diese Nachlässigkeit trete auch bei der Beurteilung der Sicherheitslage auf.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth, daß grundsätzlich bei Vorliegen von Sabotagefällen zunächst der Täter gefaßt werden solle, wenn da s nicht möglich sei, der Täterkreis und schließlich der Lebenskreis des Täters. Hier würden aber keine Erschiesungen ohne weiteres durchgeführt, sondern die betreffenden Personen würden zunächst festgenommen. Man habe hier mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen umso mehr, da nach einem solchen Sabotageakt oder Überfall die gesamte deutsche Bevölkerung sofort Sühnemaßnahmen verlange.

Der Herr Generalgouverneur verweist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Berichte, die ihm zugingen. Ein großer zusammenfassender Bericht sei ganz ausgezeichnet abgefaßt und ehthalte ganz detaillierte Angaben, in denen doch einwandfrei von zahlreichen Geiselerschießungen gesprochen werde. Es wäre eigentlich selbstverständlich, daß alle diese Erschiessungen, die ohne Gerichtsverfahren durchgeführt würden,

in einem regulären Verfahren ihren Unterbau fänden, was zur Folge haben würde, daß nicht jene große Unruhe in die Bevölkerung getragen würde. Als verantwortlicher Leiter der Regierung des Generalgouvernements sei er der Auffassung, daß man nunmehr unbedingt zu einer Änderung der Methode kommen müsse. Diese Massenerschiessungen ohne Urteil, bei denen manchmal die Bewohner ganzer Ortschaften erschossen würden, seien auf die Dauer unmöglich. Selbstverständlich dürfe die Änderung dieses Verfahrens von der Gegenseite nicht als Schwäche des deutschen Willens, in diesem Raum zu bleiben, ausgelegt werden können, und daher müßten solche Maßnahmen sehr wohl überlegt werden, umso mehr, da man befürchten müsse, daß die Nachricht von ihnen entstellt ins Reich komme.

Staatssekretär Krüger gibt zu bedenken, daß hinsichtlich der Frage der Geiselgestellung der Vorwurf erhoben werde, daß man nicht scharf genug zugreife. Man müsse bedenken, daß es in manchen Gebieten richtige Verbrecherdörfer gebe, in denen die Bandenangehörigen mit Frau und Kind wohnten. Hier müsse unter Umständen scharf zugegriffen werden. Was in den Berichten über die Geiselerschießeungen, dürfe nicht verallgemeinert werden. /gesagt werde

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, daß ein solches Regulativ hinausgehe, mit dem dann auch falsche Eindrücke vermieden werden könnten. Jedenfalls müsse eine Sicherheit dagegen geschaffen werden, daß nicht absolut unschuldige Menschen getötet würden. Deshalb müsse man unbedingt zu irgendwelchen Grundsätzen kommen, die dann den einzelnen Dienststellen bekannt gegeben werden könnten. Er gebe ohne weiteres zu, daß die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Generalgouvernement eine der schwierigsten Aufgaben sei.

Hier könne im weitesten Sinne des Wortes von einer über das normale Maß weit hinaus gehenden Verantwortlichkeit gesprochen werden. Einigkeit bestehe darüber, daß die Tätigkeit der Sicherheitsfaktoren und die gesamten Sicherheitsfragen davon abhingen, wieviel Sicherheitsträger im Generalgouvernement vorhanden seien.

Staatsekretär Dr. Boepple bemerkt, daß sich jetzt Fremde beim Eintritt in das Regierungsgebäude ausweisen müßten. Es sei ja auch nicht zu verantworten, daß etwa Polen, ohne sich auszuweisen, in das Regierungsgebäude hineingelassen würden. Seine Forderung, daß für die Wache 25 Mann des Sonderdienstes abgeordnet würden, sei leider vom Sonderdienst abgelehnt worden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Sicherung der Dienstgebäude und insbesondere des Regierungsgebäudes gewährleistet sei, verneint Staatssekretär Dr. Bühler mit dem Hinweis, daß wohl eine Wache im Regierungsgebäude vorhanden sei, man sich aber vorstellen könne, daß es eine Leichtigkeit für Bewaffnete sei, dort einzudringen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Frage der Bewachung der Dienstgebäude in gemeinsamer Besprechung der Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger einer Klärung zugeführt wird.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es zur Zeit mit der Geheimhaltung von Akten usw. stehe, erwidert SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth, daß er in der letzten Zeit keine Klagen darüber mehr gehört habe. Nach wie vor müsse aber mit in Papierkörben befindlichen Abschriften, Löschpapier usw. sehr vorsichtig umgegangen werden, denn gerade dort lägen die größten Gefahren.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß deutsche Viertel in allen Distriktsstädten gebildet würden. Diese Maßnahme lasse sich leider nicht schnell genug durchführen, auch nicht restlos, da sich ihr während des Krieges mancherlei Schwierigkeiten entgegenstellten. Für Krakau habe man mit Gouverneur Dr. Wendler die bestehenden Möglichkeiten genau geprüft und sei zu der Feststellung gekommen, daß die Bildung deutscher Viertel in Krakau einfach nicht möglich sei, auch wenn man sämtliche Polen sofort aus ihren Wohnungen entferne. Der durch eine solche Maßnahme entstehende Leerraum würde die Unsicherheit nur vergrößern, da sich in ihm eben Elemente festsetzen würden, die die Sicherheit gefährdeten, - und für Deutsche wäre dieser Leerraum ohnehin nicht nutzbar zu machen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet nach Fertigstellung des Regulativs eine nochmalige Sitzung an, in der dann über diese Dinge eingehend gesprochen werden könne. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß der Kontakt zwischen den einzelnen Dienststellen möglichst eng gestaltet werde.

Generalleutnant von Hartlieb weist nochmals darauf hin, daß Aufgabe der Wehrmacht vor allem die Bewachung wichtiger militärischer Objekte sei und diese Aufgabe mehr Aufwand an Kräften erfordere, als daß sich die Wehrmacht erfolgreich an der Banditenbekämpfung beteiligen könne. Ein Eingreifen der Wehrmacht käme erst in Frage, wenn die Polizeikräfte nicht mehr ausreichten.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß die Wehrmacht auf Anforderung jeder Zeit zur Verfügung stehe und in dieser Beziehung das beste Einvernehmen zwischen Polizei und Wehrmacht herrsche.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß er mit dem Ergebnis der Beratungen der Meinungsbildung habe entgegen wirken wollen, als ob es im Generalgouvernement mit der Sicherheit absolut bergab ginge. Es könne wohl mit Fug und Recht behauptet werden, daß trotz aller Einzelfälle, die zu Bedenken Anlaß gäben, die Sicherheit im Generalgouvernement absolut gewährleistet sei.

Schluß der Sitzung 18 Uhr.

Anwesenheitsliste

für die Arbeitssitzung (Sicherheitslage)

am Donnerstag, dem 15.April 1943 um 15 Uhr

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Wenk		
Wilhelm		
Lasarich		
Gerlach	Präs. Hauptabtlg Arbeit	
[illegible]	SS-Brigadeführer Bds	
Rühl		
Reimer	Generalleutnant d.P.	
Lemkowski	Präsident der Hauptabteilung Finanzen	
Altenburg	" " "	Vorsitzender
Frank	Stellv. Leiter V:4	NSDAP.
Fischer	VO/OKW	OKW
Neumann	Oberstleutnant	Hauptabt. E u. L.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Bräuning	Major	Ia bei OFK
v. Hartleib	Gen. Lt. u. Ob. Feld Arzt	Ob. Feld Arzt d. 22.
Dr. Boeßele		
Mierzinsky	L. Oberstabsapothekergrad	Vorgesetzt. Amter Abt. Volksbeauftragter

E r n ä h r u n g s s i t z u n g

am 4. Mai 1943
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretär Dr.Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant Schindler
Bankdirigent Dr. Paersch
Präsident Naumann
Oberstleutnant Matthis
Sonderbeauftragter Müller

Ausgefertigt i. 3 Exemplaren:
1.z.d.A.d.Kanzl. des GG.
2.Staatssekretär Dr. Bühler
3.z.d.A.d.Kanzl. des GG.

Anwesenheitsliste

für die Ernährungssitzung

am Dienstag, dem 4.Mai 1943 um 12 Uhr

im im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Gattinger	Chefdll	Pol. Fr.
Bauer	Landwirtschaftsführer	
Schindler	Gauamtsleiter d. NS. Volksw.	Beauftragter für Fettversorgung
Naumann	Referatsleiter	Hauptabt. Ernährung
Leibbrandt	Sonderbeauftragter	Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete
v. Winkler		

Beginn der Sitzung 12 Uhr 1o Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur nimmt Präsident Naumann zunächst Bezug auf die Ausführungen, die er in der Sitzung vom 14.April 1943 über die Ernährungslage und die Versorgung der im deutschen Interesse arbeitenden polnischen Bevölkerung und ihrer Angehörigen gemacht hat. Er habe es damals als Voraussetzung für einen günstigen Verlauf der Verhandlungen mit den Berliner Stellen bezeichnet, daß in den Distrikten und Kreisen die Erfassung bis an die äußerste Grenze des Möglichen getrieben werde. Er habe weiter gebeten, daß die Schleichhandelsbekämpfung mit Hilfe der Polizei in erhöhtem Maße durchgeführt werden müsse.

Wenige Tage später habe nun Generalleutnant Schindler eine Weisung an seine Rüstungsbetriebe herausgehen lassen des Inhalts, daß nunmehr mit allen Mitteln versucht werden müsse, die Ernährung der Rüstungsarbeiter sicherzustellen, und zwar in der Weise, daß ein großer Teil der Nahrungsmittel legal zugeteilt werde; der Teil, der dann noch für die Durchführung der Warthegau-Regelung übrig bleibe, solle auf dem freien Markt d.h. dem Schwarzmarkt aufgekauft werden. Weiter habe Generalleutnant Schindler an die Gouverneure ein Schreiben gerichtet, in welchem sie gebeten würden, ihrerseits die Betriebe in der Durchführung dieser Maßnahmen zu unterstützen.

Die Angelegenheit sei dann sofort bei Staatssekretär Dr. Bühler zur Sprache gebracht worden, und Staatssekretär Dr. Bühler habe sich darauf entschlossen, die Durchführung solcher Maßnahmen unter keinen Umständen zu unterstützen und auch weiterhin Verstöße gegen die bestehenden Verordnungen mit Strafen verfolgen zu lassen. Dabei sei ausdrücklich festgestellt worden, daß die Weisung des Generalleutnants Schindler

ohne Wissen der Hauptabteilung E.u. L. ergangen sei und daß sich bei Durchführung solcher Maßnahmen außerordentliche Schwierigkeiten bei der Erfassung von Ernährungsgütern ergeben würden. Darauf habe dann Generalleutnant Schindler dargelegt, daß der Forderung Staatssekretärs Dr. Bühler nicht in der Form Rechnung getragen werden könne, da das Fernschreiben des Staatssekretärs Dr. Bühler wieder nach einer Mitteilung des Gouverneurs Kundt durch eine erneute Weisung des Generalleutnants Schindler in etwa illusorisch gemacht werde.

Bestärkt werde die Hauptabteilung E.u.L. in ihrer Ansicht durch ein Geheimschreiben des Reichsmarschalls Göring. Der Reichsmarschall habe unter dem 15.März 1943 auf ausdrücklichen Wunsch des Staatssekretärs Backe eine Rundverfügung an sämtliche Wehrmachtsdienststellen in ganz Europa hinausgehen lassen. In dieser Rundverfügung heiße es u.a., daß die angespannte Ernährungslage nur durch straffste Bewirtschaftung gemeistert werden könne. Dazu gehöre die rücksichtslose Bekämpfung des Schwarzhandels, des Schwarzschlachtens usw.. Die hierfür erlassenen Vorschriften hätten bisher die Einheiten und Angehörigen der Wehrmacht vielfach unbeachtet gelassen. Wenn man sich auch bisher mit der nachsichtigen Behandlung solcher Verstösse einverstanden erklärt habe, so sei es jetzt nicht mehr möglich, und nunmehr müßten von den Truppenteilen und Einheiten der Wehrmacht die geltenden Vorschriften ohne jede Ausnahme beachtet werden. Alle in Frage kommenden Dienststellen müßten daher mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß in Zukunft jeder Verstoß gegen die in den besetzten Gebieten geltenden Vorschriften über die Lebensmittelbewirtschaftung ohne Ansehen der Person und des Ranges des Täters unnachsichtig vor ein Kriegsgericht gebracht und strengstens bestraft werde.

Dieses Fernschreiben sei den einzelnen Wehrmachtsdienststellen zugegangen. Zur Zeit fänden mit den militärischen Stellen Besprechungen darüber statt, wie man auf Grund dieses neuen Erlasses des Reichsmarschalls die Dinge meistern solle. Schon im Oktober 1942 habe die Hauptabteilung E.u.L. ihre großen Bedenken gegen den Erlaß des Reichsmarschalls erhoben, nach welchem es Angehörigen der Wehrmacht erlaubt worden sei, möglichst viel Lebensmittel mit ins Reich zu nehmen, weil dadurch die Erfassung sehr gefährdet würde.

Nachdem dieser eindeutige Erlaß des Reichsmarschalls nunmehr herausgegeben worden sei, in dem man die Wünsche der Hauptabteilung E.u.L. berücksichtigt habe, müsse es großes Befremden erregen, daß der Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler eine derartige Weisung an die Rüstungsbetriebe ergehen lasse. Unter solchen Umständen könne die Ernährungswirtschaft nicht mehr die ihr gestellten Aufgaben erfüllen, werde doch auf diese Weise mit Billigung der Behörden praktisch ein Schwarzmarkt geschaffen. Mit den geringen Mitteln und den wenigen Mitarbeitern, die ihm als Leiter der Hauptabteilung E.u.L. zur Verfügung ständen, könne er dann einen Erfolg für die Erfassung nicht mehr garantieren. Einmal eingerissene Schwarzhandelsgepflogenheiten ließen sich sehr schwer rückgängig machen. Würde die Weisung des Generalleutnants Schindler, deren Geltung bis zum 31.August 1943 befristet sei, weiter Bestand haben, dann bleibe ihm als Leiter der Hauptabteilung nichts weiter übrig, als den gleichen Weg zu gehen. Auch er müßte sich dann gezwungen sehen, eine bestimmte Menge von Nahrungsmitteln für den Schwarzankauf von in der Landwirtschaft benötigten Produktionsmitteln wie etwa Eisen, Aluminium, Holz usw. einzusetzen und diese Produktionsmittel der Landwirtschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Produktion zur Verfügung stellen. Diesen Weg könne er aber nicht gehen, da er ins Chaos führe.

Generalleutnant Schindler betont, daß der Grund für die von ihm ergriffenen Maßnahmen in seinem Bestreben liege, das so ungeheuer wichtige Problem der Ernährung der polnischen Rüstungsarbeiter endlich einer Lösung entgegenzuführen. Er habe vor kurzem die Notlage der Rüstungsarbeiter eingehend geschildert. Aber schon im März des Jahres 194o habe er ähnliche Ausführungen gemacht und darauf hingewiesen, daß die Dinge wahrscheinlich diesen Verlauf nehmen würden.

Generalleutnant Schindler wiederholt die Ausführungen, die er bereits in der Sitzung vom 14.April 1943 gemacht hat. Er geht dabei insbesondere auf die völlig unzureichende Entlohnung des polnischen Rüstungsarbeiters und auf die ebenso unzureichende Ernährung dieses Rüstungsarbeiters und seiner Familie ein. Diese Notlage zwinge den Rüstungsarbeiter, sich im Schleichhandel zu betätigen und der Arbeit für einige Tage der Woche fernzubleiben. Festzustellen sei ferner ein starkes Nachlassen der Leistungsfähigkeit,und sehr fühlbar machesich auch der immer größer werdende Mangel an tüchtigen Facharbeitern. Da man vielfach mit angelernten Arbeitern auskommen müsse, nehme der Ausschuß unter den hergestellten Produkten immer mehr zu.

Aus allen diesen Gründen sei er der Ansicht gewesen, daß irgendeine Änderung in dem bisherigen System eintreten müsse. Betriebe, die sich auf den Weg der Selbsthilfe begeben hätten, arbeiteten wesentlich besser als die anderen. Weiter sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Propaganda der Widerstandsbewegung und der Bolschewisten im Laufe der Zeit auf die Rüstungsarbeiterschaft Eindruck machen werde. Von Wichtigkeit sei übrigens auch die Feststellung, daß man einzelne Arbeiter schon dabei erwischt habe, daß sie in fremdem Auftrag irgendwelche

Gegenstände in der Arbeitszeit herstellen. Aber angesichts der völlig ungenügenden Aufsicht durch reichsdeutsches Personal ließen sich solche Dinge eben kaum vermeiden.

Anzeichen für ein starkes Absinken der Stimmung bei den Rüstungsarbeitern zeigten sich in mürrischem Wesen, in einer gewissen Gehässigkeit usw.. Welche Gefahr ein Streik etwa in einer Sprengstoff- oder in einer Gewehrfabrik für die Versorgung der Front mit sich bringen würde, sei leicht erkennbar.

Seiner Überzeugung nach sei alles von einer richtigen Regelung der Frage der Ernährung abhängig. Wenn auch die polnischen Rüstungsarbeiter 4 Jahre lang keine Kohle und nur ganz wenig Bekleidung erhalten hätten, so sei dies immerhin für den Polen weniger wichtig als eine einigermaßen ausreichende Ernährung. Es müsse deshalb erreicht werden, daß dem Rüstungsarbeiter das gegeben wird, was im Wege des Schleichhandels verschafft werden könne. Seit 2 Jahren bemühe er sich in jeder Sitzung der Rüstungskommission eine Lösung zu finden, habe sie aber bisher nicht erreichen können. Der Vorschlag, den er nunmehr gemacht habe, sei ihm vor ungefähr 7 Monaten von der Regierung des Generalgouvernements gemacht worden. Damals habe man die Betriebe ermächtigen wollen, selber die von ihnen benötigten Nahrungsmittelmengen einzukaufen. Diejenigen Betriebe, die sich über die Schleichhandelsbestimmungen hinweggesetzt und eingekauft hätten, hätten im allgemeinen Ruhe. Übrigens hätten die Gouverneure von diesen Maßnahmen vielfach Kenntnis gehabt und sie im allgemeinen auch nicht erschwert. Die Mengen, die die Betriebe gekauft hätten, seien recht erheblich gewesen, wovon er sich durch eigene Nachprüfung habe überzeugen können. Der Erfolg

dieser Maßnahmen sei jedenfalls recht groß gewesen. Man könne deshalb wohl mit einer gewissen Berechtigung davon sprechen, daß im Schleichhandel noch allerlei Ware zu beschaffen sei.

Mit der von ihm erlassenen Weisung verfolge er lediglich das Ziel, daß die Rüstungsarbeiter das erhielten, was sie im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe nötig hätten. Er habe seinen Schritt auch nicht ohne Zusammenhang mit den vom Reichsmarschall ergriffenen Maßnahmen getan. Der erwähnte Erlaß sei ihm dienstlich nicht zugegangen, da er mit der Rüstungsinspektion dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition unterstehe.

Er nehme auch an, daß bis zum 1.September 1943 eine Regelung getroffen sei, auf Grund deren die Rüstungsarbeiter ausreichend versorgt werden könnten. Bis dahin werde die Erfassung im allgemeinen schon abgeschlossen sein, das Saatgutgetreide sei in der Erde, und besondere Beeinträchtigungen könnten durch die von ihm ergriffenen Maßnahmen nicht eintreten. Er sei durchaus bereit, die Maßnahme sofort zurückzunehmen, wenn dem Rüstungsarbeiter eine entsprechende Ernährung gewährleistet werde.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die schwierige wirtschaftliche und ernährungspolitische Lage des Generalgouvernements hin und gibt zu bedenken, daß auch die Währung durch Maßnahmen, die entgegen den Anordnungen der Regierung des Generalgouvernements getroffen würden, Schaden leiden könne. Angesichts des Umstandes, daß vom Reich 600 000 to Brotgetreide verlangt würden, und zwar ohne Rücksicht darauf, wie sich die Ernährungslage der polnischen Bevölkerung gestalte, sei es unbedingt notwendig, daß nicht von gewissen Stellen im Generalgouvernement gegen die von der Regierung des Generalgouvernements geführte Ernährungspolitik verstoßen werde. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß nicht Anordnungen der

Regierung des Generalgouvernements, die im Interesse der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Lieferungen an das Reich erlassen seien, amtlich umgangen werden könnten.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für zwecklos, jetzt bereits für Kontingente, die an das Reich zu liefern seien, irgendwelche Ziffern zu geben, bevor nicht die Voraussetzungen für die Erfassung der künftigen Ernte geschaffen seien. Diese Voraussetzungen lägen auf dem Gebiet der Sicherheit, die Erschütterungen ausgesetzt sei, sie bezögen sich weiter darauf, daß die amtliche Erfassungstätigkeit nicht durch unkontrollierte Erfassung oder durch unkontrollierte Maßnahmen anderer Stellen gefährdet werde. Maßnahmen wie die von Generalleutnant Schindler ergriffenen müßten zu einer weiteren Verschlechterung der Lage führen.

Präsident Naumann betont, daß jede von zweiter oder dritter Seite durchgeführte Erfassung große Schädigungen für die normale und legale Erfassung mit sich bringe. Deswegen werde auch besonders während des Ernteausnahmezustandes rücksichtslos gegen die Betriebe vorgegangen, die sich Verstöße zu Schulden kommen ließen. Im Laufe der letzten 2 Jahre hätten wiederholt Besprechungen mit der Rüstungsinspektion stattgefunden. Was im Interesse der Rüstungsbetriebe überhaupt durchzuführen möglich gewesen sei, sei durchgeführt worden, was sich an der Steigerung der Zuteilungen für den einzelnen Arbeiter nachweisen lasse. Von Vierteljahr zu Vierteljahr habe man neue Zugeständnisse gemacht. Man habe eine Versorgung der Rüstungsarbeiter zu den deutschen Normalverbraucher-Sätzen erreicht, habe auch den Familienangehörigen der Rüstungsarbeiter Sonderzuteilungen in Gestalt von Kunsthonig und Kartoffeln gegeben. Diese

fortwährenden Zugeständnisse seien zu Lasten der übrigen polnischen Verbraucher gegangen. Andererseits müsse auch berücksichtigt werden, daß die Reichs- und Wehrmachtsleistungen zu erfüllen seien. Das Steuer müsse jetzt herumgeworfen werden, die berechtigten Forderungen der Rüstungsarbeiterschaft, anderer Insti - tutionen und Unternehmen müßten jetzt gleichrangmäßig den Leistungen für Reich und Wehrmacht an die Seite gestellt werden. Man habe jedenfalls mit allen Mitteln versucht, die Rüstungsarbeiter so zu behandeln, wie sie nach Lage der Dinge behandelt werden müßten und könnten. Die Tatsache, daß z.B. gewisse, wenn auch geringe Getreidemengen im Schleichhandel gekauft werden könnten, bringe naturgemäß eine starke Beunruhigung und Mißstimmung in die bäuerliche Bevölkerung, die ihr Getreide zu den festgesetzten Höchstpreisen abgeben müsse, wenn auch unter Aufrechterhaltung eines gewissen Prämiensystems. Im übrigen solle man sich über die Mengen, die auf dem Schwarzmarkt noch zu kaufen wären, nicht täuschen; sie spielten für die allgemeine Wirtschaft kaum eine wesentliche Rolle.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß die gesamte Sicherheitslage praktisch von der Ernährungslage abhängig sei. Im Gebiete des Generalgouvernements werde man nur Ruhe haben, wenn man dem im deutschen Interesse tätigen fremdvölkischen Arbeiter das gebe, was er an Nahrungsmitteln für sich und seine Familie unbedingt brauche. Solange der polnischen Bevölkerung keine genügende Ernährung gewährleistet sei, werde es immer wieder zu Unruhen kommen. Nicht etwa eine Aktion wie die im Kreise Zamosc habe die Sicherheit gefährdet, sondern die Unruhe sei auf die Entwicklung zurückzuführen, die man schon lange verfolgen könne.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß die Hauptabteilung E.u.L. ihre Maßnahmen für die Erfassung des Getreides entsprechend der Entwicklung des vergangenen Jahres sehr frühzeitig einleiten müsse. Man sei deshalb gezwungen, schon jetzt die Vorarbeiten für die Getreideernte 1943 ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Sicherheitslage in Angriff zu nehmen. Nachdem man mit dem Reichsernährungsministerium in Verhandlungen eingetreten sei, habe man sich im Mai bzw. Anfang Juni 1942 einen Plan gemacht, und zwar mit Rücksicht auf die Frage, welche Mengen für Reich und Wehrmacht gefordert würden. Man habe den Bedarf des Generalgouvernements mit 15o- bis 2oo ooo to mehr in Anschlag gebracht. Auf dieser Grundlage seien dann auch die ersten Umlagen gemacht worden. Nach friedensmäßiger Beurteilung und nach dem Erfassungsergebnis des Jahres 194o habe man die Dinge so vorbereitet, daß diese höhere Menge an Getreide erfaßt werden sollte. Man habe dann Mitte Juli ein Schreiben des Staatssekretärs Backe erhalten, nach welchem die Forderungen des Reiches auf 5oo ooo to festgesetzt wurden. Man habe versucht, diese 5oo ooo to umzulegen. Für 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe hätten Kontingentscheine ausgeschrieben werden müssen. Die 5oo ooo to seien sofort in der Erfassungsbilanz aufgenommen worden. Am 15. August sei dann vom Reich an das Generalgouvernement die Forderung erhoben worden, insgesamt 76o ooo to Brotgetreide an Reich und Wehrmacht zu liefern. Diese Forderung habe dazu genötigt, das Kontingent um 25 % zu erhöhen, wogegen die Gouverneure, die Kreishauptleute und Kreislandwirte schwere Bedenken geäußert hätten. Bekanntlich kalkulierten die Distrikte eine gewisse zahlenmäßige Reserve ein und legten etwas mehr um, als verlangt werde, das gleiche Verfahren schlage auch der Kreislandwirt ein.

17 bis 18 % von den 25 % seien schon in diese Reserve eingebaut gewesen. Die übrigen 7 oder 8 % sollten in Gestalt eines Zusatzkontingents in Kreisen, die bei der Umlage verhältnismäßig gut weggekommen seien, aufgebracht werden. Und so seien dann tatsächlich die 25 % bei dem letzten Erzeuger umgelegt worden. Das von den umgelegten 1,4 Millionen Brotgetreide nur 1,25 Millionen erfaßt werden konnten, zeige, daß in Wirklichkeit nichts mehr vorhanden sei. Dann seien aus mehreren Kreisen dringende Rufe an ihn ergangen, für die Frühjahrsbestellung Saatgut zu geben. Man habe diesen Kreisen aber erklärt, daß dann eben von den noch vorhandenen Mengen etwas als Saatgut abgezweigt werden müsse, da von der Hauptabteilung nichts mehr zur Verfügung gestellt werden könne. Es seien also die 2oo ooo to nicht unerfaßt geblieben, sondern einfach nicht mehr erfaßbar gewesen. Sonst wäre es möglich gewesen, auch der Rüstungsindustrie mehr zuzuteilen und das Getreide restlos an das Reich zu geben, ohne die bekannte Tauschaktion in die Wege leiten zu müssen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei im Laufe der letzten Jahre immer von den Ereignissen überrascht worden; nach Lage der Dinge und Kenntnis der Verhältnisse könne man eben nicht erst im August beginnen, das Kontingent umzulegen. Spätestens am 2o. August müßten die 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe wissen, was sie abzuliefern hätten. Der späteste Termin für die Feststellung der Getreidekontingente 1943 sei Mitte Juni.

Sonderbeauftragter Müller geht zunächst auf das Problem ein, daß durch die Lieferungen im vierten Kriegswirtschaftsjahr ausgelöst worden ist. Er teilt mit, daß das seinerzeit von Generalgouverneur Dr.Frank an die Dienststelle des Reichsmarschalls Göring gerichtete Schreiben von diesem zur Kenntnis genommen worden

sei. Reichsmarschall Göring habe sich angesichts der Lage, die sich auf dem Ernährungsgebiet im Reich entwickelt habe, nicht in der Lage gesehen, sich auf irgendwelche Nachlässe einzulassen, sondern habe es als notwendig bezeichnet, daß die Lieferungen des Generalgouvernements in der vollen Höhe der gestellten Forderungen zu leisten seien. Im Laufe der nächsten Monate seien dann in regelmäßigen Abständen mit den maßgebenden Beamten der Hauptabteilung E.u.L. Überprüfungen der Bilanzen durchgeführt worden. Man habe sich laufend bemüht, unter Berücksichtigung der Entwicklung im Reich festzustellen, inwieweit es möglich sei, Erleichterungen zu schaffen. Je nach dem, wie die Ernährungslage des Reiches es zugelassen habe, seien entsprechende Abmachungen getroffen worden. Beim Brotgetreide sei ein Nachlaß von 9o ooo to gewährt worden, außerdem verlange das Reich statt der 5oo ooo to Brotgetreide jetzt nur 37o ooo to und habe dafür etwas mehr Hafer in Kauf genommen. Auch bei Kartoffeln sei ein Nachlaß von 4o ooo to gewährt worden.

Bei einer Prüfung der Gesamtlage des Generalgouvernements habe man nicht übersehen, wie sich die Versorgungslage für die Bevölkerung stellen werde. In zahlreichen Schreiben der Hauptabteilung E.u.L., des Staatssekretärs Krüger an den Reichsführer SS, ferner in einem Schreiben, das er, Redner, nochmals an die Dienststelle des Vierjahresplans gerichtet habe, sei das ausdrücklich betont worden.

Er sei vor kurzem mit Staatssekretär Backe bei Reichsmarschall Göring gewesen. Staatssekretär Backe habe sich, als seinerzeit vom Reichsmarschall eine ~~Weisung~~ Besserung der Ernährungslage angekündigt worden sei, sehr intensiv um eine Aussprache beim Führer bzw. beim Reichsmarschall bemüht, um darauf hinzuweisen, daß jene Erhöhung der Fleischration um 5o gr unter allen Umständen rückgängig gemacht werden müsse. Am 2o. März 1943 habe nun der Führer auf Vorschlag des

des Staatssekretärs Backe entschieden, daß mit Wirkung vom 31.Mai die Fleischration um 100 gr, also von 350 auf 250 gr gesenkt werde. Demgegenüber habe nun Reichsmarschall Göring erklärt, daß diese Fleischrationssenkung nicht in Frage kommen könne. Staatssekretär Backe habe nochmals um Vortrag beim Führer gebeten, weil die Konsequenzen des etwaigen Entschlusses, die Entscheidung des Führers noch hinauszuschieben, außerordentlich schwerwiegend sein würden. In der Aussprache vom vergangenen Mittwoch habe Reichsmarschall Göring den Standpunkt vertreten, um diese Rationssenkung in Deutschland zu vermeiden, müßten unter allen Umständen die besetzten Gebiete herangezogen werden. Staatssekretär Backe habe sich entschieden zum Sprecher der besetzten Gebiete gemacht. Er habe leider keine Unterstützung von den anwesenden Vertretern der besetzten Gebiete erfahren. Staatssekretär Backe habe ausdrücklich erklärt, daß zusätzliche Leistungen aus den besetzten Gebieten über das Maß dessen hinaus, was bis jetzt geschehen sei, nicht mehr möglich seien, weil sonst sämtliche Voraussetzungen für das 5. Kriegswirtschaftsjahr zerstört seien. Am nächsten Tag sei dann dem Führer berihhtet worden, daß die Rationssenkung unter allen Umständen durchgeführt werden müsse, weil man sonst nicht mehr in der Lage sein werde, die Zivilbevölkerung im Reich mit Fleisch ausreichend zu versorgen.

Die Fett-Situation sei nicht so ungünstig, weil durch die Aufklärung der Erzeugerschaft der Ölsaatenanbau in großem Ausmaße vorangetrieben worden sei. Wenn keine Schädigung durch das Wetter oder das Auftreten des Rapskäfers eintreten werde, dann brauche man den augenblicklichen Fettrationssatz nicht zu ändern. Anderseits habe man auch namhafte Zufuhren aus Frankreich gehabt. Es seien nochmals 200 000 to von dort gekommen, und Laval habe weitere 43 000 to versprochen.

Was die Getreidesituation angehe, so erwarte man im Reich bei den im allgemeinen ausreichenden Niederschlägen eine gute Ernte. Für das vierte und fünfte Kriegswirtschaftsjahr habe man nur eine Reserve von knapp 1 Millionen to. Man müsse dabei bedenken, daß zusätzliche Verpflichtungen des Reiches gegenüber den Verbündeten laufend aufträten, zu denen Staatssekretär Backe nicht irgendwie Stellung nehmen könne: so komme Italien mit einer Forderung von 3oo ooo to Weizen, Finnland mit einer solchen von 2oo ooo to Getreide usw.. In diesem Zusammenhang habe Staatssekretär Backe eine stärkere Heranziehung der Getreidebestände in Ungarn und Rumänien gefordert. In Rumänien seien die Verhältnisse hinsichtlich der Lieferung von Getreide noch schlechter als in Ungarn. Von dem Überschuß von 1 Million Tonnen Getreide in Rumänien habe man nur einen ganz geringen Bruchteil erhalten; der Rest werde an das Vieh verfüttert. Ungarn und Rumänien seien die beiden Länder, in denen noch erhebliche Mengen erfaßt werden könnten. Auf die von Staatssekretär Backe erhobene Forderung habe der Führer noch keine Entscheidung getroffen. Das Aufkommen in der Ukraine an Ölsaaten und Getreide sei an sich nicht unbeträchtlich. Man werde insgesamt auf ungeführ 1,2 Millionen Tonnen kommen. Für das nächste Jahr seien einschließlich Brotgetreide 2 Millionen Tonnen vorgesehen. Das Protektorat habe rund 18o ooo to Brotgetreide geliefert. Was die Leistungen des Generalgouvernements angehe, so werde voraussichtlich Staatssekretär Backe noch einmal selber darüber mit dem Generalgouverneur sprechen. An den Lieferziffern für das vierte Kriegswirtschaftsjahr könne nicht mehr gerüttelt werden. Man wolle aber unter Berücksichtigung der Forderungen des Generalleutnants Schindler zusehen, ob die Lieferungen an das Reich in einer Größenordnung gehalten werden könnten, daß im Generalgouvernement eine Erhöhung der Sätze auf

diejenigen des Warthegaues möglich sei. Das könne zunächst nur in Form einer Planung geschehen, um erstens einmal zu erreichen, daß nicht die Vorwürfe erhoben werden könnten, daß man mit seinen Maßnahmen zu spät komme, und um zweitens festzustellen, welche Maßnahmen von seiten der Regierung des Generalgouvernements eingeleitet werden müßten, um zu einer entsprechenden Erfassung zu kommen. Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es dem Reich möglich wäre, auf die 12o ooo to zu verzichten, verneint Sonderbeauftragter Müller.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nunmehr mit Entschiedenheit gegen die von Generalleutnant Schindler ergriffenen Maßnahmen. Wenn solche Weisungen aufrecht erhalten würden, dann müsse er jede amtliche Verantwortung ablehnen. Es sei völlig ausgeschlossen, daß eine Reichsdienststelle die Autorität der im Generalgouvernement maßgebenden Stellen in dieser Weise zunichte mache. Deshalb sei es unbedingt geboten, daß diese Notmaßnahme sofort wieder aufgehoben werde. Andererseits müsse natürlich zugegeben werden, daß sich die Lage im Generalgouvernement ausserordentlich verschärft habe. Aus den gesamten Leistungen des Generalgouvernements gehe hervor, daß es weit über das erträgliche Maß hinausgegangen sei. Wenn man sich im Reich auf den Standpunkt stelle, daß ein Gebiet wie das des Generalgouvernements preisgegeben werden solle, dann dürfe man aber von ihm nicht noch Leistungen verlangen.

Auf den Hinweis des Sonderbeauftragten Müller, daß doch vom Reich 9o ooo to nachgelassen worden seien, erwidert Präsident Naumann, daß dieser Nachlaß gegen Austausch von Zucker, Fleisch und Fett erfolgt sei. Eine Zuteilung von 13 ooo to Zucker an die Rüstungsarbeiter hätte eine erfreuliche Wirkung haben können. Er habe sie aber nicht in Anspruch genommen für das Generalgouvernement, sondern habe damit die 9o ooo to Brotgetreide eingehandelt, da man sonst am 1.Mai kein Brotgetreide mehr gehabt hätte.

Sonderbeauftragter Müller erinnert daran, daß nach einer Erklärung des Präsidenten Naumann besondere Maßnahmen vor allem im Interesse der Panzerfertigung notwendig seien und dafür ungefähr 2 ooo to Getreide benötigt würden. Damit habe man sich sofort einverstanden erklärt. Ferner seien weitere 5 ooo to freigegeben worden. Gewiß würden es auch die Reichsstellen begrüßen, wenn sie lo ooo oder 12 ooo to Getreide zur Verfügung stellen könnten, damit die Forderungen der Rüstungsinspektion erfüllt würden. Er mache deshalb folgenden Vorschlag: die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft müsse erklären, welcher Bedarf bis zum Schluß der Ernte gegeben sei, wenn die Warthegau-Sätze zugrunde gelegt würden. Die Lieferung könnte dann gegebenenfalls in der Größenordnung von lo ooo oder 12 ooo to zurückgestellt und statt der 12o ooo to brauchten nur loo ooo geliefert, 2o ooo to könnten auf das nächste Wirtschaftsjahr übertragen werden. ~~Der~~

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, auf dieser Grundlage zu verhandeln.

Präsident Naumann bemerkt, daß er bisher die Abmachungen als unantastbar angesehen und seine Maßnahmen darauf eingestellt habe, weil er nicht vertragsuntreu werden wolle. Nachdem man dieses Entgegenkommen von seiten des Reiches erfahren habe, habe er, um überhaupt eine befriedigende Lösung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr zu finden, an der Vertragstreue festhalten zu müssen geglaubt. Er sei auch der Ansicht gewesen, daß sich Reichsminister Speer mit Staatssekretär Backe in Verbindung setzen würde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sonderbeauftragter Müller, daß er die Durchführung des von ihm gemachten Vorschlages für möglich halte. Es müsse aber vorbehalten bleiben, daß Staatssekretär Backe einen anderen Standpunkt einnehme.

Präsident Naumann gibt zu bedenken, daß dann im nächsten Jahr statt der jetzt geforderten 55o ooo to 57o ooo to zu liefern wären, so daß also das Generalgouvernement praktisch aus seiner schwierigen Situation nicht herauskommen würde.

Sonderbeauftragter Müller betont, daß man angesichts der Situation im Generalgouvernement den Zeitpunkt für eine Aussprache über diese Dinge so frühzeitig gewählt habe, um die Forderungen festzustellen, die für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr gestellt werden sollten, und um die sich daraus ergebenden Einzelheiten kennenzulernen. Ihm sei bekannt, welche Absichten auf seiten des Generalgouvernements vorlägen, und deshalb seien auch die Forderungen, die man vom Reich aus stellen wolle, gleich darauf zugeschnitten, daß man zu einer Aufbesserung der Rationssätze gelangen könne. Wenn im vorigen Jahr zunächst eine Leistung von 75o ooo to Brotgetreide gefordert worden sei, dann habe man mit der Forderung auf 55o ooo to zurückgehen wollen. Ob sich das verwirklichen lasse, sei eine zweite Frage. Bei Kartoffeln habe man im vierten Kriegswirtschaftsjahr 52o ooo to gefordert und wolle in diesem Jahre 4oo ooo to als Grundlage annehmen. Daraus sei zu erkennen, daß man im Reich durchaus sachlich und wirtschaftlich vernünftig vorgehe.

Generalleutnant Schindler bittet den Herrn Generalgouverneur, auf den von Sonderbeauftragten Müller gemachten Vorschlag einzugehen.

Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung vor. Er geht dann nochmals auf die von Generalleutnant Schindler getroffenen Maßnahmen ein und bezeichnet es als vollkommen unmöglich, daß eine amtliche Stelle den Schleichhandel freigibt. Denselben Weg könnten dann auch die Verwaltung und die Wehrmacht beschreiten. Wenn das Ernährungsprogramm von einer so wichtigen Dienststelle wie derjenigen der Rüstungsinspektion einfach zerschlagen werde, dann habe

jedes Planen und verantwortliche Regieren seinen Sinn verloren. Generalleutnant Schindler habe diese Weisung ergehen lassen, ohne den Präsidenten der Hauptabteilung E.u.L. davon in Kenntnis zu setzen. Unter solchen Umständen werde ein amtlicher Verkehr mit dem Rüstungsinspekteur nicht mehr aufrecht erhalten bleiben können. Das Vorgehen des Rüstungsinspekteurs stehe dem Erlaß des Reichsmarschalls aufs schärfste entgegen. Von den verantwortlichen Stellen müsse man unter allen Umständen erwarten, daß sie in ihrem Bereich die Autorität aufrecht hielten. Die klare Linie der Reichsstellen dürfe unter keinen Umständen durchbrochen werden. Angenommen, man erhalte die erwähnten 2o ooo to Brotgetreide, dann müßten die verantwortlichen Stellen auch damit rechnen können, daß das Ernährungsprogramm legal und loyal durchgeführt werde.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß in dem Erlaß des Reichsmarschalls von Rüstungsarbeitern nicht gesprochen werde.

Sonderbeauftragter Müller teilt mit, daß der Erlaß des Reichsmarschalls auf eine Besprechung zurückzuführen sei, die Staatssekretär Backe mit dem Regierungschef Laval gehabt habe, und in der über die 2oo ooo to hinaus noch 43 ooo to Fett verlangt worden seien. In dem Erlaß des Reichsmarschalls werde darauf Bezug genommen, daß sich einzelne Wehrmachtsteile auf dem Schwarzmarkt mit Lebensmittel versorgten und daß dieses Vorgehen radikal unterbunden werden müsse.

Generalleutnant Schindler betont, daß sich der Erlaß des Reichsmarschalls vornehmlich gegen die Käufe reichsdeutscher Soldaten richtete. Sein Betreben sei lediglich gewesen, für die polnischen Rüstungsarbeiter eine einigermaßen ausreichende Ernährung zu schaffen und sie aus der jetzigen Zwangslage herauszuhalten. Bisher sei von der Rüstungsinspektion immer der strikteste Befehl gegeben worden, daß nichts auf dem Schwarzmarkt gekauft werde. Als er aber keine ausreichenden

Nahrungsmittel für die Rüstungsarbeiter erhalten habe, habe er sich gezwungen gesehen, diese Maßnahme zu ergreifen. Er halte auch diese Lösung nach wie vor für die beste. Eine überschlägliche Berechnung zeige, daß man für die 4 Monate etwa eine Menge von 5 ooo to brauche. Insgesamt werde man vielleicht mit lo ooo to auskommen können.

Der Herr Generalgouverneur gibt gegenüber der Stellungnahme des Generalleutnants Schindler zu bedenken, daß man zur Zeit mit dem Reich in denkbar fruchtbaren Verhandlungen stehe. Wenn jetzt die Fleischration für die deutsche Bevölkerung herabgesetzt werden sollte, dann sei es auch für alle Dienststellen des Generalgouvernements eine selbstverständliche Pflicht in jeder Beziehung sich Einschränkungen aufzuerlegen. Das hänge alles damit zusammen, daß ein einheitlicher von Berlin aus möglichst durch beiderseitiges Übereinkommen gesicherter Ernährungsplan für ganz Europa aufgestellt werde. Wenn dem aber so sei, dann könne ein Rüstungsinspekteur nicht seine eigenen Wege gehen, noch zumal in einer Zeit, in der man um einige Tausend Tonnen mit dem Reiche verhandeln müsse. Mit dem Erlaß des Rüstungsinspekteurs sei eigentlich die ganze Ernährungsautorität des Generalgouvernements beseitigt worden. Die Aufrechterhaltung der Autorität der Regierung des Generalgouvernements erheische gebieterisch, daß sämtliche ~~staa~~ amtlichen deutschen Stellen sich der für das Generalgouvernement bestehenden Ordnung zu fügen hätten.

Auf eine Frage des Generalleutnants Schindler erwidert Sonderbeauftragter Müller, daß die Entscheidung über die Freigabe der lo ooo to schnellstens herbeigeführt werde. Er nehme an, daß es vielleicht schon in der Mitte der nächsten Woche möglich sein werde.

Präsident Naumann teilt mit, daß er seinen Dienststellen draußen die strikte Anweisung gegeben habe, alle Verstöße auf Grund der Agrarstrafordnung zu ahnden, auch Verstöße von Rüstungsbetrieben, die auf die Weisung des Rüstungsinspekteurs hin ergangen seien. Deshalb müßte diese Weisung sofort zurückgenommen werden.

Auf den Einwand des Generalleutnants Schindler, daß er erst von Reichsminister Speer eine entsprechende Weisung erhalten müsse, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß auch dem Reichsminister Speer eine solche Ermächtigung nicht erteilt sei. Infolge dessen sie die Anordnung des Rüstungsinspekteurs vollkommen illegal und könne auch durch keinerlei Richtlinien gedeckt werden. Die lautere Absicht, die Generalleutnant Schindler bei seinem Vorgehen geleitet habe, wolle er nicht verkennen.

Bankdirigent Dr. Paersch weist darauf hin, daß bisher die Zuteilung von Nahrungsmitteln an die Rüstungsarbeiter gegenüber derjenigen an die Normalarbeiterschaft im Generalgouvernement außerordentlich bevorzugt erfolgt sei. Wenn vom Rüstungsinspekteur die bei ihm obwaltenden Bedenken mit solcher Klarheit und Energie vorgetragen würden, dann bitte er daraus zu entnehmen, wie es mit der gesamten übrigen Wirtschaft stehen müsse, die mit den normalen Sätzen auszukommen genötigt sei. Das Mißverhältnis zwischen den amtlichen Preisen und den Preisen auf dem freien Markt verstärke sich immer mehr. Das sei dadurch gekennzeichnet, daß die wichtigen für die Ernährung notwendigen Lebensmittel wie besonders Fleisch und Fett nahezu Seltenheitswert erlangt hätten. Eine Tabelle zeige die Entwicklung des gesamten Indexes für Brot und Mehl einerseits und bei Fett und Fleisch andererseits. Bei Kartoffeln und Gemüse sei der Index in den letzten Monaten ziemlich gleich geblieben, weil hier noch Ware zur Verfügung stehe. Wenn man nicht einen so warmen Winter gehabt hätte, der eine Konservierung der Kartoffel ermöglicht habe, dann wäre heute schon die ganze Wirtschaftslage katastrophal. Für Fleisch und Fett aber bestehe eine absolute Mangellage. Auf dem Lande in der Nähe der Erzeugerstätten seien bislang die Nahrungsmittel noch immer reichlicher vorhanden gewesen als in den großen Städten. Seit der Erfassung des vorigen Jahres habe sich hier ein grundlegender Wandel vollzogen. Aus einer Statistik über einen Gesamtindex, getrennt aufgestellt für Groß-, Mittel-, Kleinstädte, ersehe man ein gleichmässiges Ansteigen. Die Ware werde auf dem Schleichhandel immer knapper. Im Zuge der immer stärker werdenden Erfassung könne der Schleichhandel die Funktion der zusätzlichen Ernährung nicht mehr erfüllen. Daraus ergäben sich starke Rückwirkungen auf die Löhne, auf

die Währung und auf die Aufrechterhaltung der gesamten Wirtschaft. Die ausreichende Ernährung der Belegschaft sei seit langem eines der schwierigsten Probleme für jeden Betriebsführer im Generalgouvernement. Die Dinge nähmen durch die gleichmäßig sich fortsetzende Steigerung der Preise auf dem freien Markt eine unhaltbare Entwicklung.

Nun seien aber auch gewisse Ausstrahlungen aus der Ernährungslage in starkem Umfange bei der Landwirtschaft vorhanden. Der Herr Generalgouverneur habe auf diese Ausstrahlungen schon hingewiesen. Inzwischen träten hier ganz konkrete Erscheinungen auf. Präsident Naumann habe z.B. darauf hin gewiesen, daß mehr und mehr Molkereien überfallen würden, und habe es als beachtlich bezeichnet, daß man sich nicht mehr damit begnüge, die Butter zu nehmen, sondern auch dazu übergehe, die Einrichtungen zu zerstören. Auf-Grund seiner Feststellungen habe er den Eindruck, daß sich hier die Auswirkungen des verschärften Ernte-Ausnahmezustandes zeigten. Für das Generalgouvernement sie die Erfüllung der Reichsforderungen ein großes Gebot der Pflicht gewesen. Schon damals sei jedoch darauf hingewiesen worden, daß man sich in einer Kriegswirtschaft, in der die Verwaltung durch die starken Einziehungen in ihrerer Auswirkung immer mehr beengt werde, hüten müsse, zu hart zu werden. Die verschärften Erfassungsbestimmungen würden von der bäuerlichen Bevölkerung immer unangenehmer empfunden, und sie versuche deshalb, ihnen entgegenzuarbeiten. Die Listen für die Unterlagen der Viehwirtschaft würden vielfach bei Einbrüchen in die Amtsräume von Vögten und Bürgermeistern vernichtet. Dazu komme noch das systematische Vorgehen gegen die Arbeitsämter: Man versuche zum Teil auch aus landwirtschaftlichen Kreisen heraus die Erfassungsgrundlagen zu zerstören.

Aus alldem sei zu erkennen, daß der Widerstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen die sehr straffe Disposition über ihre Ernte zunehme. Der

Staatssekretär für das Sicherheitswesen habe bereits zur Frage der Sicherheit Stellung genommen. Präsident Naumann habe diesen Anlaß in der letzten Ernährungssitzung benutzt, um im Interesse der Ernteerfassung des nächsten Jahres die Frage der Sicherheit nochmals in den Vordergrund zu stellen. Er, Dr. Paersch, bitte zu prüfen, ob es nicht möglich sei, durch gewisse Sonderzuteilungen die äußersten Notstände zu überwinden. Die Schwierigkeiten wüchsen bis zur neuen Ernte mit jedem Monat, und tatsächlich hätten sich Notstände herausgebildet, die unter Umständen dazu führen könnten, die Erfassung der neuen Ernte und die Zusicherungen an das Reich von vornherein so zu belasten, daß die Erwartungen sich nicht erfüllen würden.

In diesem Zusammenhang müsse er auch auf die Bedeutung der Währungslage hinweisen,. Die Währung des Generalgouvernements sei außerordentlich stark dadurch belastet, daß man zwangsläufig die Finanzierung der Wehrmacht habe durchführen müssen. Nun ergebe sich aber eine zusätzliche Belastung dadurch, daß die Kaufkraft der Währung angesichts der von Wehrmacht und Reich geltend gemachten Ansprüche immer mehr zurückgingen. Man habe bisher die Lage noch durch gewisse Maßnahmen halten können, aber die weitere Entwicklung hinge davon ab, daß die Situation auf dem Gebiet der Preisentwicklung im freien Markt und damit der Ernährung nicht noch weiter verschärft werde; sonst würde man bald vor einem Währungsverfall stehen.

Der Herr Generalgouverneur weist noch einmal auf den Ernst der Lage hin und gibt der Genugtuung Ausdruck, daß Sonderbeauftragter Müller sich in der heutigen Sitzung ein Bild von der Situation habe machen können. Er halte es für zweckmäßig, wenn der Sonderbeauftragte Müller einen engen Kontakt mit Präsident Naumann vor allem hinsichtlich der Freistellung der 2o ooo to halten würde.

Sonderbeauftragter Müller stellt fest, daß sich im Verlaufe der letzten Jahre eine gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Dienststellen herausgebildet habe. Er werde dem Staatssekretär Backe dringend nahelegen, zu einem Bessuch des Generalgouverneurs nach Krakau zu kommen. Staatssekretär Backe habe vor allem die europäische Planung im Auge, weit entfernt von jeder Theorie. Er sei gezwungen, in langen Zeiträumen zu denken. Vielleicht werde es sich auch empfehlen, wenn der Herr Generalgouverneur nochmals eine Einladung an Staatssekretär Backe ergehen lasse. Staatssekretär Backe wäre dann auch in der Lage, den Männern der landwirtschaftlichen Verwaltung gerade auf Grund der Ergebnisse des vierten Kriegswirtschaftsjahres seinen Dank zu sagen.

Anschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die maßgebenden Instanzen des Generalgouvernements volles Vertrauen zu Staatssekretär Backe hätten. Er, der Generalgouverneur, sehe dem Besuch des Staatssekretärs Backe gern entgegen, sei allerdings der Meinung, daß Staatssekretär Backe über die Verhältnisse des Generalgouvernements durchaus im Bilde sei.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 2o Minuten.

Geheim. 44/10 2500 - 119 - 20.5

Arbeitssitzung

Thema:

Sicherheitslage im Generalgouvernement

am 31. Mai 1943

Insgesamt angefertigt 7 Exemplare :

1 Exemplar für unsere Akten

3 Exemplare für SS-Obergruppenführer
K r ü g e r

1 Exemplar für Staatssekretär
Dr. B ü h l e r

1 " für Oberlandesgerichtsrat
Dr. W e h

1 " für Hauptabschnittsleiter
S t a h l

7

2.6.1943

Runkowski

Geheim.

Anwesenheitsliste

für die Arbeitssitzung (Polizei- und Sicherheitslage)

am 31.Mai 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Wächter	Ch.d.S.	
Bühler		
J. Boepple		
Naumann	Ob-Gruf	Ch d Pol u. SS-Führer
Lehder	Obst.	Kdr. d. Sich. Pol.
Fischer	Rittmeister	Verb. Offz. Wehrkr. Kdo.
Ehlers	Oberleutnant	Adj. b. Ch. d. Pol.
Buchholz	Hauptbereitschaftsf.	Inspektor b. Ch. d. S.
Bremer	Referent, der Regierung der GG	
Ebert	Kapit.	HA Ern. u. Verk.
Hoffmann	Bürodirektor	Kdr. Lehrregiment

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible] Kobe	Luftgaukommando VII	Lg Kdo VIII
[illegible]	Chef des Stabes d. Gen. Kdos	
[illegible]	General d. Flieger	Lg Kdo VIII
[illegible]	Kommand. General u. Befehlshaber im Luftgau VIII	
Zanniker	Major d. Infanterie	Stabsoffz. Gen. Kdo
Hasselhoff	Generalmajor	Chef d. Ge. St. Wehrk. K
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible] Oberst	Oberstleutnant	d. Reichsministers für Volksaufklärung u. Propa
Friderici	Oberst	Abwehrstelle W.
Zippler	Präsident	AA Forsten
[illegible]	Vizepräsident	Direktor Wirtschaft
H. Meerdan	Ministerialrat	für Post
[illegible]	Ministerialrat	Hauptabteilung
Friedrich	Oberst	Volksw
Roschmann		Reichsm.
[illegible]	Kriegsverwaltungsrat d. Verw.	Reichsmin. Volksaufklärung u. Propaganda
[illegible]		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Schneider	Generalmaj.	Lublin
Dr. Mah	M.R.	Amt f. Gesetzgebung
Rüdiger	Reichsbahnamtmann	Reichskanzlei

Beginn der Sitzung 11 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung leitet der Herr Generalgouverneur die Beratungen mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Ich habe mich sowohl in meiner Eigenschaft als Generalgouverneur wie als Reichsverteidigungskommissar dieses Gebietes veranlaßt gesehen, die maßgeblichen Instanzen der Verwaltung und der Sicherheitsorgane zusammen mit den Vertretern der Wehrmacht zu einer Besprechung der Gesamtlage und der für die Wiederherstellung der Sicherheit in diesem Raum zu ergreifenden Maßnahmen zusammenzurufen. Ich begrüße mit besonderer Freude den General der Polizei SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner und den Vertreter des Reichsministers Dr. Lammers Herrn Reichskabinetsrat von Stutterheim sowie die Herren Generäle.
Die Frage der Sicherheit des Generalgouvernements war bis vor etwa dreiviertel Jahren kein unmittelbar oder bedrohliches Problem. Es war eigentlich unser Stolz, daß es geglückt war, trotz der schwierigen Verhältnisse, die sich aus der inneren Lage des Generalgouvernements ergaben, die Sicherheit im Raum aufrecht zu erhalten. Staatssekretär Krüger konnte noch im Sommer vorigen Jahres feststellen, daß die Sicherheitslage unseres Gebietes verglichen mit derjenigen anderer besetzter Gebiete des großdeutschen Machtbereiches als hervorragend bezeichnet werden könne. Die gleiche Erfahrung haben auch die Herren der Verwaltung machen können.

In den letzten Monaten zeigt sich nun eine zunehmende Verschlechterung dieser Lage. Sie zeigt sich vor allem in den Raubüberfällen ~~auf~~ und Bandenüberfällen auf Verkehrseinrichtungen, Gemeindeämtern usw., in der Ermordung von deutschen Sicherheitsorganen, von Angehörigen der Wehrmacht, in der Niedermetzlungen von

deutschen Frauen und den Überfällen auf Einzelpersonen, in der Zerstörung lebenswichtiger Produktionsstätten, in den Angriffen auf die Eisenbahnzentralpunkte, auf Postämter.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gleich betonen, daß der Einsatz der Polizeikräfte im Generalgouvernement im Interesse einer Bekämpfung dieser Überfälle wirklich unter äußerster Hingabe erfolgt. Was die deutsche Ordnungspolizei wie Sicherheitspolizei in den letzten Monaten in diesem Einsatz geleistet haben, ist schlechterdings nicht zu übertreffen, wenn man die geringe Zahl der Männer, ihre dürftige Bewaffnung sich vor Augen hält und auch bedenkt, daß es sich bei diesen Kräften nicht mehr um Elitetruppen, sondern um rekrutierte Reservisten handelt. Allein im Distrikt Lublin hat die Ordnungspolizei beim Einsatz dieser Kräfte in den letzten sieben Monaten 142 Tote gehabt, die Sicherheitspolizei 46 Tote. Bei meiner Reise in den Distrikt Lublin habe ich auch feststellen können, daß entsprechend den Berichten der Kreis- und Stadthauptmänner über die Sicherheitslage in ihren Bezirken nur eine Verstärkung der Exekutivorgane, ein Hereinholen von Polizei, eine Wiederherstellung aufgelöster Polizeiposten, eine möglichste Dislozierung der Sicherheitskräfte, eine Zusammenarbeit aller mit Waffen versehenen Organe unter einheitlicher sofort örtlich feststellbarer Kommandogewalt und die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen aller Art hier Abhilfe schaffen können.

Das Generalgouvernement ist 1939 vom Führer als eine Art Ausnahmeverwaltung errichtet worden. Das Generalgouvernement ist sozusagen ein latenter Ausnahmezustand. Das geht z.B. daraus hervor, daß wir Polizeistandgerichte aufrecht erhalten haben, die als Exekutivorgan die sofortige Vollstreckung durchführen können. Wir sind in diesem Ausnahmezustand so weit -

gegangen, daß wir der einheimischen Bevölkerung völlig abweichend von derjenigen anderer Gebiete Opfer aufgebürdet haben, die mit zur Steigerung der Unsicherheit im Lande beigetragen haben. In Betracht kommt hier in erster Linie die absolut unzureichende Ernährungssituation der Gesamtbevölkerung dieses Raumes, die wir im Hinblick auf die jedes vorstellbare Maß überschreitenden Anforderungen des Reiches systematisch der Bevölkerung auferlegen müssen. Die Ernährungssituation für die einheimische Bevölkerung ist so katastrophal, daß wir erst vor wenigen Wochen, nur um den dringendsten Bedarf der Rüstungsbetriebe zu decken, einige tausend Tonnen des uns vom Reich auferlegten Solls zurückerheten haben.

Ich leite damit zur positiven Betrachtung der Sicherheitslage über. Mag noch so viel Polizei und Wehrmacht in dieses Land gelegt werden, wir können unmöglich bei diesem Verfahren gegenüber der einheimischen Bevölkerung verharren. Man kann das Gewaltexperiment der Bevölkerung eines besetzten Gebietes durchhalten, wenn ein Krieg in absehbarer Zeit zu Ende geht. Es war unser aller Erwartung, daß dieser Krieg etwa in 3 oder 4 Jahren vorübergehen würde. Das Ende dieses Krieges ist jetzt aber nicht mehr abzusehen. Mit Sicherheit ist vorauszusehen, daß die notwendigen Bedürfnisse des Reiches eine Sicherstellung der menschlichen wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit dieses Gebietes voraussetzen. Dazu gehört aber auch, daß nicht nur das Negative betont wird, daß wir uns nicht nur darüber klar sind, daß eine Verstärkung der polizeilichen Sicherheitsorgane und der Wehrmacht stattfindet, sondern es bedarf vielmehr einer Umkehr hinsichtlich der gesamten politischen und wirtschaftlichen Behandlung der einheimischen Bevölkerung. Wir sind uns, wie alle Männer des Generalgouvernements darüber völlig klar, und es gibt keinen verantwortlichen Mann im Generalgouvernement, der diesen Gesichtspunkt nicht mit Leidenschaft vertreten würde.

Ich habe mich daher entschlossen, zum 1. September d.J. der Gesamtbevölkerung dieses Raumes Ernährungssätze zuzuweisen, die etwa den Sätzen der Warthegauregelung ent-

sprechen. Das würde bedeuten, daß die Bevölkerung einigermaßen ernährt werden kann, ohne sich im Schleichhandel die notwendigen Lebensmittel beschaffen zu müssen.

Was darüber hinaus noch an positiven Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung geschehen kann, wäre noch zu prüfen. Ich darf vertraulich mitteilen, daß allenfalls der Plan besteht, die Bevölkerung irgendwie sonst noch aufzurichten. Mir ist ein Plan zur Begutachtung zugegangen, der etwa eine freiwillige Heranziehung der Polen zu Maßnahmen der allgemeinen Verwaltung in größerem Umfange vorsieht.

Es ist also eine große Führungsaufgabe, die uns in diesem Raum übertragen ist. Die Gewalt allein wird mit diesen Problemen nicht fertig werden. Methodisch ist es z.B. schon so, daß nach den Auskünften des SS- und Polizeiführers in Lublin die Banden in den Wäldern tagsüber nicht als solche erscheinen, sondern ihre Angehörigen als friedliche Bauern auf dem Felde arbeiten, sich nachts zusammenfinden und dann wieder irgendwo in einer großen Masse in Erscheinung treten. Selbstverständlich kann durch die Verstärkung der Exekutivorgane allein schon eine große Basis gefunden werden. Aber anzunehmen, daß von momentanen einige Monate dauernden Einsätzen der Wehrmacht oder sonstigen Organe für alle Zukunft das Heil erwartet werden kann, ist abwegig. Die Durchkämmung von Wäldern, die Ausmerzung von Bandennestern wird nie verhindern, daß sich stets neue Unruheherde bilden. Vergessen wir nicht, daß zu den Führern der Banden auch Kriegsgefangene, ferner Juden, enteignete polnische Bauern usw. gehören, die in ihrer Verzweiflung zu allem fähig sind. Ich glaube daher, daß man auch auf die Selbsthilfe der Bevölkerung zurückgreifen muß, ein Gedanke, der mir im Distrikt Lublin sehr nahegelegt wurde.

Man muß also meines Erachtens mit der negativen Niederkämpfung des Widerstands- und Aufstandswillens, der sich da und dort zeigt, die positive Einstellung der gesamtpolitischen Maßnahmen verbinden. Der Chef der Sicherheitspolizei Dr. Schöngarth hat am 20. April amtlich er-

klärt, daß er sich nur von dieser Einstellung bei der grundsätzlichen politischen Führung der Bevölkerung eine dauernde Befriedigung dieses Raumes für die Zukunft verspreche. Das ist auch das Entscheidende.

Wenn man in die einzelnen Teile des Landes geht, findet man ernsteste Bilder der Unsicherheit und der Zerstörung. Daher muß sofort etwas geschehen. Dieses sofortige Geschehen liegt in einer Steigerung des Einsatzes. Ich freue mich, von Ihnen, Herr Staatssekretär Krüger, gehört zu haben, daß staatliche Polizeikräfte eingesetzt werden sollen. Ich glaube, daß damit schon im wesentlichen eine starke Beruhigung eintreten wird. Auf der anderen Seite wird vielleicht das Ergebnis dieser Sitzung sein, daß eine viel innigere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Waffenträgern in diesem Raum stattfinden kann. Von den Kreishauptleuten und den Leitern anderer Dienststellen wird mir gemeldet, daß es große Schwierigkeiten mache, in einem akuten Fall, der sich in einer Ortschaft zuträgt, die einzelnen Waffenorgane zu einem einheitlichen Einsatz zu bringen. Der Reichsführer SS ist vom Führer mit der Sondervollmacht der Bekämpfung des gesamten Bandenwesens im Osten betraut worden. Ich begrüße es deshalb ganz besonders, daß SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner heute bei uns erschienen ist.

(Staatssekretär Dr. Bühler) glaubt, bei der Mehrzahl der Besprechungsteilnehmer die Sicherheitslage und die Entwicklung der letzten Monate als bekannt voraussetzen zu dürfen.

Es sei für ihn eine stolze Tatsache, festzustellen, daß trotz der schwersten Bedrängnis und der schweren Blutopfer, die die Unruhen der letzten Monate auch von der Verwaltung verlangt hätten, der Verwaltungsapparat als solcher intakt geblieben und jederzeit in der Lage sei, seine Aufgaben voll und ganz zu erfüllen. Infolge der zunehmenden Unsicherheit sei aber die Wirksamkeit dieses Apparates behindert, und diese Behinderung werde, wenn sie nicht im geeigneten Augenblick abgestellt werde,

ungünstige Rückwirkungen besonders auf die Erfüllung der großen Aufgaben zeitigen, die das Generalgouvernement für das Reich übernommen habe. Im Generalgouvernement bestehe eine beachtliche Rüstungsindustrie, die nach den Berichten des Generals Schindler einen wesentlichen Beitrag zur Waffenfabrikation und zum Kriegspotential des Reiches erbringe. Im Zuge der verstärkten Luftangriffe auf den Westen des Reiches würden in absehbarer Zeit weitere Schlüsselindustriene voraussichtlich ins Generalgouvernement gelegt werden. Dazu komme der gewaltige Beitrag, den das Generalgouvernement durch seine Lebensmittellieferungen für die Ernährung des Reiches bringe. Die im vergangenen Jahre vom Reichsmarschall erklärte Erhöhung der Versorgung des Reiches habe im wesentlichen aus den Lieferungen des Generalgouvernements bestritten werden können. Weiter sei darauf hinzuweisen, daß im Generalgouvernement eine Erdölindustrie mit fremden Arbeitskräften betrieben werde, und zwar mit einer Förderung von 400 000 to im Jahre. Darüber hinaus sei vom Generalgouverneur der Aufruf an die galizische Bevölkerung ergangen, aktiv an dem Kampf gegen den Bolschewismus teilzunehmen. Dieser Aufruf habe ein solches Echo gefunden, daß sich 60 000 Mann der ohnedies durch den Arbeitseinsatz für das Reich schon stark gelichteten Bevölkerung zu den Waffen unter deutscher Führung gemeldet hätten. Das Generalgouvernement sei also nicht lediglich ein Land des großdeutschen Machtreiches, sondern die Brücke zur Ostfront, und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet werde mitentscheidend für die Operationen im weiteren Osten sein.

Aus alledem ergebe sich, daß eine nachhaltige Befriedung des Raumes angesichts der Ereignisse der letzten 6 Monate eintreten müsse. Man müsse dazu kommen, daß die Autorität der deutschen Polizei in diesem Raum wieder stehe, daß die Bevölkerung daß Bewußtsein und den Glauben habe, daß die Polizei stark genug sei, ihr Eigentum und Leben gegenüber den Banden zu schützen und die illegalen Elemente der Bestrafung zuzuführen.

Präsident Dr. Losacker weist darauf hin, daß in den letzten Monaten mehr denn je das Problem der Sicherheit in den Vordergrund getreten sei. Latent seien schon immer Ansätze zu einer gewissen Unruhe im Generalgouvernement spürbar gewesen. Nach der raschen Beendigung des Polenfeldzuges sei jedoch die Bevölkerung dieses Raumes so niedergedrückt gewesen, daß diese Unruhe lediglich örtlichen Charakter getragen und irgendeinen Einfluß auf die Verwaltungstätigkeit nicht habe nehmen können. Als dann aber im Jahre 1941 infolge des Anmarsches für den Beginn der Feindseligkeiten mit der Sowjetunion das Generalgouvernement von deutschen Truppen erfüllt gewesen sei, sei von irgendwelchen Unruhen oder irgendeiner Bandentätigkeit kaum etwas zu spüren gewesen. Nach dem ersten schweren Kriegswinter im Osten 1941/42, also im Frühjahr 1942, beginne jedoch in Verbindung mit dem Kriegsgeschehen ein stärkeres Anwachsen der Bandentätigkeit allgemein fühlbar zu werden. Aber auch dieses Anwachsen der Bandentätigkeit habe nichts daran geändert, daß die vom Reich geforderten Leistungen auf den Gebieten der Ernteerfassung, der Arbeiterbestellung, der Rüstungsindustrie, der Erdölindustrie, der Verkehrsbewältigung und des Nachschubes in völliger Reibungslosigkeit erfüllt werden konnten.

In den letzten Monaten hätten sich nun die Verhältnisse stark zugespitzt. Das ergebe sich aus folgenden Zahlen. Im Distrikt Warschau seien seit dem 1. Januar d.J. bis zum 24. Mai 1 512 Überfälle verübt worden. In der Stadt Warschau seien im Januar 93, im Februar 89, im März 75, imApril 226 und bis zum 29. Mai 163 Überfälle zu verzeichnen. In dem übrigen Distrikt seien in der gleichen Zeit 1 312 Überfälle vorgekommen. Allein in der Stadt Warschau seien an getöteten Deutschen zu beklagen gewesen: Im Februar 6, im März 14, im April 11, im Mai 29, insgesamt also 60. Im übrigen Teil des Distrikts Warschau seien 26 Deutsche getötet worden. Dazu kämen noch 92 nichtdeutsche Tote im Distrikt Warschau. Von Deutschen seien in der Stadt Warschau 57 verletzt worden, davon 30 Wehrmachtsangehörige, 13 Angehörige der Polizei,

17 Zivilisten. Im übrigen Teil des Distrikts seien 23 Deutsche verletzt worden. Im Distrikt Lublin seien ebenfalls zahlreiche Überfälle auf Einrichtungen der deutschen Verwaltung, Wirtschaft und Wehrmacht in den letzten Monaten erfolgt. Vom 1. Januar bis 19. Mai seien im Distrikt Lublin 98 Deutsche erschossen worden. Der Anteil der Polizei daran sei sehr hoch. Grade von diesen Männern der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Lublin müßten ganz unerhörte Leistungen vollbracht werden. Die Sicherheitspolizei sei zur Zeit nur zu 42 % besetzt. Außerden 98 erschossenen Deutschen seien im Distrikt Lublin 60 Vögte, Bürgermeister, Schulzen und 84 polnische Polizeibeamte erschossen worden. Auf Gemeindeämter, Schulzenämter seien 95 Überfälle, auf Eisenbahnzüge, Bahngelände und Bahnhöfe 35 Überfälle, auf Molkereien, Brennereien usw. 46 Überfälle, auf Sägewerke und Forstwirtschaftliche Einrichtungen 23 Überfälle in der Zeit vom 1. Januar bis 19. Mai verübt worden.

Auch im Distrikt Radom sei die Kurve der Überfälle stark ansteigend. Während bis März 1942 die Zahl der monatlichen Überfälle noch 100 liege, seien erstmals im April 1942 105 Überfälle zu verzeichnen gewesen. Im Juni sei die Zahl auf 206, imNovember auf 365, im Februar 1943 auf 493, im März 1943 auf 705, im April auf 965 gestiegen und im Mai werde die Zahl voraussichtlich über 1000 betragen.

Im ersten Vierteljahre 1943 seien im Distrikt Lublin 14 Deutsche ermordet worden, im April 36 und im Mai bis jetzt 6. Polen seien im April 37, im Mai 57 ermordet worden. Auf Gemeinden und Gemeindeeinrichtungen seien im Monat Mai 102 Überfälle im Distrikt Radom verübt worden. Im Jahre 1942 habe die Zahl der ermordeten Polizeikräfte im Distrikt Radom 20 betragen, im ersten Vierteljahre 1943 7, im Mai seien es bereits 14.

Eine Gesamtübersicht über die Überfälle im Generalgouvernement, nach Distrikten geordnet, ergebe für den Distrikt Lemberg vom Januar bis zum 15. Mai insgesamt nur 8 Überfälle, von denen aber kein einziger besonders schwerer Art gewesen sei. In der gleichen Zeit seien es

im Distrikt Krakau 28, im Distrikt Warschau 28, im Distrikt Lublin 95 und im Distrikt Radom 216 Überfälle gewesen.

In der letzten Zeit sei mehr und mehr die Planmäßigkeit des Vorgehens der Banditen zu beobachten. Die Banden träten zwar noch nicht in besorgniserregender Stärke auf, obwohl es schon vorgekommen sei, daß kleinere Banden von größeren aufgesogen würden. Banden in Stärke von über 100 Mann seien aber bisher noch kaum tätig geworden. Die Ausrüstung der Banden sei gut. Geführt würden sie von Bolschewiken. Mit dem Erstarken der Tätigkeit der sowjetischen Luftflotte seien Kommissare im Generalgouvernement abgesetzt worden. Dazu kämen Kriegsgefangene, die zu diesen Banden gestoßen seien, auch hätten sich im Zuge der Judenaussiedlung Juden in die Wälder geflüchtet und den Banden angeschlossen. Dazu komme angesichts der kommunistischen ~~XXXXX~~ Propaganda eine Anzahl von Polen aus der polnischen Bauernpartei und sonstiger verzweifelter Menschen, die durch irgendwelche Maßnahmen in die Wälder getrieben würden und sich den Banden anschlössen. Die Banden zeigten bei ihrem Vorgehen eine immer stärker werdende Systematik: Sie gingen jetzt systematisch dazu über, Einrichtungen der deutschen Verwaltung zu zerstören, Gelder zu rauben, sich Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate zu verschaffen, in den Gemeindeämtern die Kontingentslisten und die Arbeiterlisten zu vernichten, die Strafbücher und Steuerlisten mitzunehmen oder zu verbrennen. Auch mehrten sich die Überfälle auf wichtige deutsche Produktionsstätten im Lande, auf Sägewerke, Molkereien, Brennereien, auf Brücken, Bahnanlagen und Postämter. Die Organisation der Banden sei schon stark militärisch. Sie bedienten sich der Frauen und Kinder als Melder. Eine Schwierigkeit für ihre Bekämpfung liege auch darin, daß die Banden nicht in den Ländern zusammenbleiben und dort biwakieren, sondern daß sie sich zu einem großen Teil auch aus Bauern und Arbeitern zusammensetzen, die tagsüber ihrer Beschäftigung nachgehen und sich auf Grund von Gestellungsbefehlen dann draußen versammelten, wo sie erst den Zweck des Einsatzes erführen. Die Banden arbeiteten mit Stoßtrupps. Die Polizei werde oft durch falsche V-Leute irregeführt. Wenn dann die Polizei ausrücke, würden die

Gemeindeämter oder Produktionsstätten zerschlagen. Bei den letzten Überfällen, besonders im Distrikt Lublin, sei eine gewisse einheitliche Bekleidung der Banden mit Mütze und rotweißer Armbinde aufgefallen. Die Militäruniform spiele bei den Banden eine große Rolle, vor allem im Distrikt Radom. Sehr stark werde die polnische Polizeiuniform von den Banden gesucht.

Für das Ansteigen der Unsicherheit seien verschiedene Gründe anzuführen. Maßgebend sei vor allem die erschwerte Kriegslage, aber auch die Verstärkung der Feindpropaganda, die im Generalgouvernement überaus geschickt arbeite. In Betracht komme weiter die Unterstützung durch die sowjetische Luftwaffe, die Männer, Kommissare, Waffen, Uniformen, Munition und auch Meldegeräte abwerfe.

Die Regierung des Generalgouvernements sei sich bereits seit längerer Zeit darüber im klaren, daß die Sätze der Ernährungsrationen, die den Fremdvölkischen gegeben würden, unter keinen Umständen länger beibehalten werden können, ohne daß man die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen lasse oder in den Aufstand treibe. Deshalb sei es von besonderer Bedeutung, daß ab September dieses Jahres die Sätze zugeteilt würden, die gerade ausreichend seien. Die Schwierigkeiten der Ernährungslage, die sich naturgemäß schlecht auf die Stimmung der Bevölkerung auswirken, die enorme Preissteigerung, die zum Teil übertriebene und engherzige Gehalts- und Lohnpolitik hätten dazu geführt, daß Teile der polnischen Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben worden seien. Ganz besonders ungünstig ausgewirkt habe sich die Schwächung von Außenpositionen, das Zurückziehen von Polizeiposten in größere Städte und die Zusammenziehung zu Zugstärke bei einzelnen Kommandos. Daß auch die Umsiedlung im Distrikt Lublin besonders unglückliche Folgen gehabt habe, sei erwiesen. Diese Dinge hätten sich auch im Distrikt Warschau ausgewirkt. Daß man aus übergeordneten Gesichtspunkten diese Umsiedlung habe in Kauf nehmen müssen, ändere nichts an der Tatsache, daß sie zunächst sehr ungünstige Folgen gezeitigt habe. Die Judenumsiedlung habe bewirkt, daß sich die Juden mit den Banden vereinen konnten. Dazu seien einige

Aktionen im Generalgouvernement gekommen, die sich überaus ungünstig für die Stimmung der Bevölkerung ausgewirkt hätten, so besonders im Januar 1943 die große Arbeitererfassungsaktion, bei der planlos Leute von den Straßen, aus den Kirchen und Wohnungen weggeholt worden seien.)

Weiter seien Polizeikräfte in großem Umfange aus dem Generalgouvernement abgezogen worden, ebenso auch Wehrmachtkräfte. Ausgebildete Kräfte der Polizei seien durch Unausgebildete ersetzt worden. Ungünstig habe sich weiter der Umstand ausgewirkt, daß Bataillone und Einheiten schon vor Eintreffen des Ersatzes weggezogen worden seien. Über die Befehlsverhältnisse zwischen Polizei, Wehrmacht und sonstigen Formationen habe in den Kreishauptmannschaften und in kleineren Orten vielfach keine Klarheit bestanden. Bei der Regierungsreise der letzten Tage sei von den beteiligten Instanzen der Wunsch geäußert worden, es möge durch ein Einvernehmen von Wehrmacht und Polizei ein ganz klares System der Befehlsgewalt bis in die kleinen Ortschaften hinein aufgestellt werden.

Die Polizei habe besonders unter der mangelnden Benzinzuteilung gelitten. Wenn eine Schutzpolizeikompanie im Monat 60 l Benzin und die Gendarmerieposten 35 l erhielten, so seien diese Formationen praktisch unbeweglich und ein Einsatz der Polizei in größerer Stärke unmöglich. Die Polizei sei angesichts der durchgeführten Maßnahmen im Lande nicht mehr so eng verteilt wie früher, oft lägen die Posten 3o bis 40 km auseinander. Gleichwohl sei der Einsatz der Polizei geradezu vorbildlich. Die Polizei, die Gendarmerie, die Sicherheitspolizei hätten große Opfer gebracht. Deshalb wäre es zu wünschen, daß dem tapferen Ausharren der Polizisten, die oft mit ganz geringen Kräften schwer bewaffnete Banden von 6o - 80 Mann in Schach hielten, auch die verdiente Anerkennung und Auszeichnung zuteil werde, vor allem in Gestalt der Verleihung des Eisernen Kreuzes.

Die Verwaltung habe auf die besorgniserregende Entwicklung der Sicherheitslage immer wieder hingewiesen. Bei Besprechungen mit der Polizei sei manchmal darauf hingewiesen worden, daß die Errichtung deutscher Wohnviertel von besonderer Wirksamkeit gewesen und daß, wenn reindeutsche Wohnviertel mehr als bisher errichtet würden, die Überfälle und Morde nachlassen würden.

Es stehe z.B. eindeutig fest, daß in Warschau kein einziger Mord oder Überfall im deutschen Wohnviertel vorgekommen sei.

Man müsse wohl überhaupt mit ganz anderen Mitteln den Dingen zuleibe rücken. Bei der Besichtigungsreise hätten die Kreishauptleute, Polizeiführer und Polizeikommandeure die Forderung erhoben, daß ein möglichst engmaschiges Sicherheitsnetz über das ganze Generalgouvernement gespannt werde. Für die deutsche Polizei sei eine Verstärkung der Dezentralisation erforderlich. Das gleiche gelte für die polnische Polizei, die durch Abgabe aus den ukrainischen Gebieten verstärkt werden könne. Die Qualität der polnischen Polizei werde sich durch das Vertrauen zur deutschen Herrschaft wieder stärken. Die ukrainische Polizei sollte möglichst auf die ukrainischen Gebiete beschränkt werden. Es habe sich als besonders vorteilhaft erwiesen, daß die polnische Polizei aus dem seinerzeit ukrainischen Kreis Hrubiszow herausgezogen und dort ukrainische Polizei eingesetzt worden sei. Seitdem sei besonders in den letzten 1 ½ Monaten die Ruhe in Hrubieszow fast völlig wieder hergestellt.

Weiter sei von den Kreishauptmännern und auch von den Kommandeuren der Ordnungs- und Sicherheitspolizei die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine Erweiterung des Selbstschutzes der Bevölkerung möglich wäre. Ein solcher Selbstschutz bestehe schon insbesondere in den ukrainischen Gebieten. Die Bauern, die gewisse Objekte, Gemeindehäuser, Güter, zu bewachen hätten, seien jedoch nicht bewaffnet. Wenn also die Polizei sehr weit entfernt sei, sei dieser Schutz völlig unwirksam. Man müßte erwägen, ob nicht zuverlässige Elemente in den einzelnen Gemeinden mit Jagdgewehren oder sonstigen Waffen ausgestattet werden können. Er sei überzeugt, daß die Schulzen, Vögte und Bauern, die seit 3 ½ Jahren ihre Pflicht getan hätten, die Verwaltung bei ihren Maßnahmen unterstützen würden. Man habe viele Beispiele eines gerade heldenhaften Einsatzes unbewaffneter Bürgermeister und Vögte.

Überaus günstig würde es sich auswirken, wenn in das Generalgouvernement Ausbildungs- oder Marschbataillone der Wehrmacht gelegt und dann über ein Gebiet verteilt werden können.

Im Distrikt Radom sei die Sicherung der Deutschen Volksschulen mit Internat ganz besonders wichtig. In den volksdeutschen Dörfern würden vielfach die Schulen, Gemeindeämter usw. überfallen. Man habe auch darauf hingewiesen, daß gewisse Formationen der Ostvölker eine Gefahr der Zersetzung der Bevölkerung mit sich brächten. Besonders die sogenannten armenischen Einheiten seien bei der Bevölkerung durch ihr rücksichtsloses Auftreten aufgefallen.

Ganz besonders mangelhaft sei der Schutz in Gestalt von Waffen und Munition. Kaum ein Kreishauptmann und auch manche Gouverneure hätten keine Maschinenpistole, viele Bezirkslandwirte, Kreislandwirte und Kreishauptmänner seien völlig unbewaffnet. Daher müßten der Verwaltung Waffen in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt werden.

Staatssekretär Krüger dankt zunächst dem Herrn Generalgouverneur, daß er mit so großer Anerkennung über den Einsatz der Polizei gesprochen habe. Die Verhältnisse im Generalgouvernement auf dem Gebiete der Sicherheit seien an sich den beteiligten Instanzen bekannt. Er könne daß, was Präsident Losacker ausgeführt habe, auch als Staatssekretär für das Sicherheitswesen nur unterstreichen.

Gehe man auf die Gründe ein, die zum Entstehen dieser Unsicherheiten in den letzten Monaten geführt hätten, so stehe hier die Sicherstellung der Ernährung der Volksfremden, der einheimischen Bevölkerung im Vordergrund. Gewiß wolle er nicht dafür appellieren, daß jeder Pole, was anzustreben wäre, nun ernährungsmäßig gesichert wäre; denn das würde die heutige Lage nicht zulassen. Es müsse aber erreicht werden, daß der im deutschen Interesse arbeitende Fremdvölkische die Ernährung erhalte, die es ihm ermögliche, seine Aufgabe zu erfüllen. Diese Ernährung müsse grundsätzlich auch den Familienangehörigen gewährt werden. Man könne es nur dankbar begrüßen, daß nun versucht werden solle, der Bevölkerung an Nahrungsmitteln ab 1. September das zu geben, was sie unbedingt brauche. Im Hinblick auf die Sicherheitslage sei nur

zu bedauern, daß eine solche Maßnahme nicht sofort durchgeführt werden könne. Das wäre der Schlüssel für alle anderen Maßnahmen, die führungsmäßig ergriffen werden müßten, um die Polen zu einer loyalen Einstellung zu gewinnen.

Ein weiterer Grund, der zur Unruhe in der Bevölkerung geführt habe, sei die <u>Arbeitererfassung.</u> Ob die hier angewendeten Methoden richtig gewesen seien, möge dahingestellt bleiben. Er befürchte aber, daß ganz gleich, was man unternehme, es nicht gelingen werde, noch zahlenmäßig starke Arbeitermassen ins Reich zu vermitteln. Auch hier spiele die Ernährungsfrage wieder eine ausschlaggebende Rolle. Wenn heute ein Pole zur Arbeit insReich verschickt werde, so dürfe man seine Familie praktisch nicht verhungern lassen. Und wenn der polnische Arbeiter im Reich von seinem Wochenlohn 20.- RM bezw. 40 Zloty ins Generalgouvernement schicke, dann könne seine Frau mit ihren Kindern mit einem solchen Betrage im Generalgouvernement nichts anfangen. Schon heute gebe es in der Bevölkerung des Generalgouvernements weite Kreise, die alles Entbehrliche im Schleichhandel zu Geld machten, um sich die notdürftigsten Nahrungsmittel zu beschaffen.

Auch propagandistisch müsse in der Arbeitererfassung geschickter gearbeitet werden, wenn man das Programm des Generalbevollmächtigten für den Arbeitereinsatz durchführen wolle. Es habe sich nicht ungünstig ausgewirkt, daß bewährte polnische Arbeiter aus dem Reich auf Urlaub gekommen seien; sie sähen ernährungsmäßig gut aus, seien auch teilweise gut gekleidet. Dem Vernehmen nach hätten sie sogar die Urlaubszeit von 3 Wochen garnicht ausgenutzt, sondern seien sofort wieder ins Reich zurückgegangen und hätten andere Arbeiter mit sich gezogen. Andererseits müsse aber auch dafür gesorgt werden, daß die Übermittlung von Geldsummen aus dem Reich schneller vor sich gehe, damit die Familie möglichst bald in den Besitz des Geldes käme. Von Seiten des Generalgouvernements müßte angestrebt werden, daß die Familienmitglieder dieser Arbeiter die gleiche Ernährung erhielten wie die Arbeiter, die im deutschen Interesse arbeiteten. Bisher seien wohl über eine Million Arbeiter an das Reich abgegeben worden. Wenn man die Familie mit 5 Köpfen berechne, so würde das praktisch bedeuten, daß 5 Mill. Menschen in ihrer Ernährung besser gestellt

werden müßten. Ob das möglich sei, könne er nicht beurteilen.

Die Entjudung habe ohne Zweifel auch zur Beruhigung geführt. Sie sei für die Polizei eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben gewesen, habe aber auf Befehl des Führers durchgeführt werden müssen, weil es im europäischen Interesse notwendig sei. Auch auf dem Gebiet des Schleichhandels habe sich die Entjudung günstig ausgewirkt, und auf andere Weise würde man niemals zu geordneten Verhältnissen kommen. Die Ermordung von Deutschen in Krakau sei unzweifelhaft auf die jüdische Organisation der Jung-Zionbewegung zurückzuführen. Diese Organisation sei von der Polizei aufgerollt worden. Nach den Feststellungen habe es sich um aus dem Ghetto entflohene Juden gehandelt, die sich mit Hilfe der Fälscherzentrale falsche Kennkarten besorgt hätten. Er habe neulich erst wieder den Befehl erhalten, in ganz kurzer Zeit die Entjudung durchzuführen. Man sei gezwungen gewesen, die Juden auch aus der Rüstungsindustrie und den wehrwirtschaftlichen Betrieben herauszuziehen, falls sie nicht ausschließlich im kriegswichtigsten Interesse eingesetzt seien. Die Juden seien dann in großen Lagern zusammengefaßt worden und würden von dort für die Tagesarbeit in diesen Rüstungsbetrieben abgegeben. Der Reichsführer SS wünsche aber, daß auch die Beschäftigung dieser Juden aufhöre. Er habe mit Generalleutnant Schindler eingehend über diese Frage gesprochen und glaube, daß dieser Wunsch des Reichsführers SS wohl im Endeffekt nicht erfüllt werden könne. Es gebe unter den jüdischen Arbeitskräften Spezialarbeiter, Feinmechaniker und sonstige qualifizierte Handwerker, die man heute nicht ohne weiteres durch Polen ersetzen könne. Er bitte deshalb SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner, dem Reichsführer SS diese Lage zu schildern und ihn zu ersuchen, von der Wegnahme dieser jüdischen Arbeitskräfte Abstand zu nehmen.

Man habe von den Juden die physisch besten Kräfte in Betrieb gelassen, die sogenannten Makkabäer, die ausgezeichnet arbeiteten, weiter auch weibliche Kräfte, von denen man festgestellt habe, daß sie physisch viel stärker seien als der Jude. Die gleiche Erfahrung habe man übrigens auch bei der Räumung des Ghettos in Warschau gemacht. Diese Aufgabe sei übrigens sehr schwierig gewesen. Der Verlust an Polizeikräften habe

15 Tote und 88 Verletzte betragen. Man habe festgestellt, daß auch dort Jüdinnen mit der Waffe in der Hand bis zum letzten gegen die Männer der Waffen-SS und Polizei gekämpft hätten.

Mit der Frage der Entjudung könne man sich eigentlich garnicht mehr belasten; dafür sei sie auch propagandistisch schon zu stark vom Auslande ausgeschlachtet worden. Unabhängig davon müsse man versuchen, diese jüdischen Kräfte, die sich der Umsiedlung entzogen hätten und überall getarnt herumliefen, in irgendeiner Form einzufangen. Er habe Meldung von der Sicherheitspolizei erhalten, daß Überfälle und Morde in der Stadt Warschau auch immer wieder von Juden ausgeführt würden.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sei die Umsiedlung. Diese Umsiedlung habe zwangsläufig in Angriff genommen werden müssen. Man habe bestes deutsches Blut vor allem noch vor Beginn des Ostfeldzuges retten müssen, so die Deutschen aus den Baltenländern, aus Bessarabien, aus dem Buchenlande, aus Wolhynien und Galizien. Ein großer Teil habe in den Ostgebieten unterkommen müssen, zunächst im Warthegau, im Gau Danzig-Westpreußen und auch in Oberschlesien. Ein großer Teil sollte für die Besiedlung des Generalgouvernements bestimmt sein und nach gewissen Gesichtspunkten und Richtlinien nach dem Kriege angesiedelt werden. Man habe die ersten Ansiedlungen von Volksdeutschen in die Wege geleitet, die 2 Jahre lang in Übergangslagern, besonders in Litzmannstadt, untergebracht waren und nicht zum Arbeitseinsatz kamen. Die erste Ansiedlung sei im Kreise Zamosc des Distriktes Lublin durchgeführt worden. Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums habe diesen Kreis zum deutschen Siedlungsgebiet erklärt. Schätzungsweise seien 8 - 12 000 Menschen dort eingesiedelt worden.

Auf Grund der sich immer mehr versteifenden Lage habe er nun den Reichsführer SS gebeten, von seiner Anordnung für die Durchführung der weiteren Besiedlung im Distrikt Lublin abzusehen. Der Reichsführer habe sich sofort damit einverstanden erklärt und mitgeteilt, daß die weitere Besiedlung Lublins solange ausgesetzt werde, bis die Sicherheitslage im Generalgouvernement bereinigt sei. Er habe weiter Anweisung gegeben, daß eine Aussiedlung von Polen aus ihrem Grund und Boden und

aus den Städten nicht mehr stattfinde.

Auf den Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß das Problem der sogenannten Sickersiedlung noch nicht gelöst sei, erwidert Staatssekretät Krüger: Er habe an sich, nachdem die erste Siedlung durchgeführt worden sei, seinerzeit dem Gruppenführer Globocnik Anweisung gegeben, daß die Volksdeutschen, die in kleinen Gruppen im Laufe der Monate Januar bis März herübergekommen und als Bauern noch nicht angesetzt seien, nach Litzmannstadt zurückgenommen würden, und habe die Handwerker und Fachkräfte in Litzmannstadt in Stärke von etwa 4000 Mann dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt.

Anders sei die Lage im Distrikt Galizien. Dort sei der Reichsführer SS gezwungen gewesen, etwa 12 000 Rußlanddeutsche anzusetzen. Diese Ansiedlung habe zu keiner Unruhe geführt, umso weniger, da man nur die freigewordenen Hofstellen der Volksdeutschen, die 1939 und 1940 ausgesiedelt worden seien, dazu benutzen konnte und den Ukrainern keinen Grund und Boden wegzunehmen brauchte. Diese Ansiedlung beginne im Juni und werde voraussichtlich reibungslos vor sich gehen.

Der nächste Faktor, der zur Unruhe und zur Verstärkung des Bandenunwesens führen müsse, sei die gesamte Wirtschaftslage. Es müsse festgestellt werden, daß es heute dem polnischen Menschen nicht möglich sei, irgendwelche Bedarfsartikel, Rohstoffe, Textilien, Schuhwerk usw. zum amtlich festgesetzten Preis zu kaufen. Das wirke sich auch auf den Bauern aus, der zwar für die Ablieferung seines Kontingents einen Prämienschein erhalte, aber auf diesen Prämienschein jene Bedarfsartikel zu den amtlich festgesetzten Preisen nicht kaufen könne. Der Arbeiter ist mit seinem geringen Lohn außerstande, sich und seine Familie zu ernähren, und begebe sich deshalb auf den illegalen Weg des Schleichhandels.

Man brauche nur die polnische Geschichte zu kennen, um zu wissen, daß der Pole zum Konspirieren stets bereit sei. Der Pole sei und werde immer der Feind der Deutschen bleiben. Man habe in den Jahren 1939 und 1940 nicht den Eindruck gewonnen, daß man mit Widerstandskräften zu tun habe, wenn

man sich das äußere Bild angesehen habe. Gleichwohl sei die polnische Widerstandsbewegung verhältnismäßig schnell, eigentlich schon im Oktober 1939, auf die Beine gestellt worden. Es sei aber möglich gewesen, diese Widerstandsbewegung praktisch dadurch niederzuhalten, daß man jeweils die Führungsschichten beseitigte. In weiten Kreisen der Regierung wie auch der Verwaltung sei damals die Auffassung vertreten worden, daß der Pole loyal mitarbeite und es deshalb nicht nötig sei, so starke Polizeikräfte im Gebiet zu belassen. Er habe damals über 4 Polizeiregimenter mit 17 Polizeibataillonen verfügt, weiter über eine sehr starke Sicherheitspolizei und eine starke polnische Polizei. Auch der Herr Generalgouverneur habe die kasernierte Ordnungspolizei oder Polizeitruppe im Gebiet für überflüssig gehalten und dem Reichsführer SS gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht in der Lage sei, diese kasernierte Truppe weiter etatmäßig zu halten. Der Reichsführer SS sei diesem Wunsche nicht abgeneigt gewesen, da er die freiwerdenden Polizeitruppen in andere besetzte Gebiete abstellen bezw. zum Fronteinsatz bringen konnte.

Je weniger Polizeikräfte im Gebiet vorhanden seien, umso stärker werde naturgemäß die Widerstandskraft der Polen. Je weniger sich auf militärischem Gebiet die deutschen Erfolge als außerordentliche zeigten, je länger der Krieg dauere, je ungünstiger die Ernährungslage werde, desto mehr müsse sich der polnische Widerstand verstärken.

Die Banden, die 1939 und 1940 aufgetreten seien, hätten sich eigentlich aus den gleichen Elementen zusammengesetzt, die schon zu Friedenszeit ihr Unwesen hier getrieben hätten. Die Banden seien ~~xxxxx~~ auch dadurch verstärkt worden, daß Wehrmacht und Polizei in den Ostgebieten systematisch die Auskämmung dieser Räume durchgeführt hätten. Damit seien die Banden über den Bug getrieben worden, und es seien auch viele Russen hineingekommen. Durch Fallschirmabwürfe seien sowohl Agenten wie russische Offiziere abgesetzt worden.

Die Feindmächte seien über die Auffassung der polnischen Widerstandsbewegung nicht besonders erfreut gewesen. Man habe ihr den Vorwurf gemacht, daß es ihr nicht

gelungen sei, den Nachschub für die deutschen Armeen in den 2 letzten Wintern irgendwie zu unterbrechen.

Die Widerstandsbewegung und die Banden würden einheitlich geführt. Es werde heute alles zerschlagen und vernichtet, was irgendwie zu einer ordnungsgemäßen deutschen Verwaltung gehöre. In der gleichen Form vollzögen sich die Terrorakte gegen die im deutschen Interesse arbeitenden polnischen Kräfte. Es sei erstaunlich, daß die Voits noch in dieser Form mit der deutschen Verwaltung zusammenarbeiteten, trotzdem sie wüßten, daß sie jeden Tag vor ihrem Ende ständen.

In den Städten arbeiteten die wirklich recht gut funktionierenden Organe der Widerstandsbewegung, die teilweise russisch geführt seien. Ihre Tätigkeit beginne mit Angriffen auf uniformierte Angehörige der Wehrmacht, der Polizei und des Zollgrenzschutzes. Man suche sich dann die führenden Köpfe der Zivilverwaltung aus. Kreishauptmänner werden erschossen. Man sabotiere die Arbeitererfassung durch Eindringen in die Arbeitsämter, durch Erschießung der Leiter und Mitarbeiter. In diesen Gewaltakten läge System.

Was die Bekämpfung selbst angehe, so ständen ihm zur Verfügung: Die deutschen Polizeikräfte der Ordnungspolizei und der Gendarmerie, die fremdvölkische Polizei, der Sonderdienst. Mit diesen Kräften sei es kaum noch möglich, die Banden wirksam zu bekämpfen. Gleichwohl setze man alles daran, um wenigstens einigermaßen die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Polizei werde stärkstens von der Wehrmacht unterstützt, und er danke den Generälen Haenicke und Sommé für die tatkräftige Unterstützung. Was die Auszeichnung verdienter Männer angehe, so sei es ihm bei Sondereinsätzen stets gelungen, das Eiserne Kreuz für Polizei und SS zu erhalten, ebenso das Verwundetenabzeichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei sei ausgezeichnet. Bisher hätten sich keine Differenzen im Hinblick auf die Befehlsunterstellung ergeben. Die SS- und Polizeiführer ständen in dauernder Verbindung mit dem Befehlshaber der Oberfeldkommandanturen.

Erschwert werde der Kampf der Polizeikräfte dadurch,

daß es den Banden und Partisanen gelungen sei, sich Uniformen der Wehrmacht, der Polizei, der Gendarmerie und der polnischen Polizei zu besorgen, und daß sie teilweise in diesen Uniformen aufträten und dann Überfälle wie z.B. denjenigen auf eine Filiale der Emissionsbank ausführten.

Als eine der hauptsächlichsten Gegenmaßnahmen betrachte er die Bildung deutscher Wohnviertel. Man sei einfach darauf angewiesen, daß man wenigstens in den Städten diese deutschen Wohnviertel habe, wo nur Deutsche wohnten.

Was Einzelheiten angehe, so sei ihm die mangelhafte Betriebsstoffzuteilung bekannt. Die Truppe, die immer noch am meisten leiste, sei ein motorisiertes Gendarmeriebataillon, das in den Unruhgebieten von Warschau, Radom und Lublin gleichmäßig verteilt würde. Die Mannschaften seien gegebenenfalls sofort zur Stelle und gelangten auf Grund ihrer Beweglichkeit meistens auch zu einem Erfolge.

Der Reichsführer SS sei vom Führer mit der gesamten Bandenbekämpfung beauftragt worden. Er habe dem Führer über die gesamte Sicherheitslage im Generalgouvernement Vortrag gehalten und um eine wesentliche Verstärkung der Polizeikräfte gebeten. Nach einer Mitteilung des Chefs der Ordnungspolizei würden dem Generalgouvernement als erstes 3 vollständige Polizeiregimenter zur Verfügung stehen. Auch werde die Sicherheitspolizei verstärkt werden, wenngleich es schwer sei, geeignete Kräfte dafür zu finden. Man sei aber gerade auf die Mitarbeit der Sicherheitspolizei besonders angewiesen. Weiter habe er, Staatssekretär Krüger, um die Motorisierung gebeten. Wie weit dieser Wunsch vom Chef der Ordnungspolizei oder vom Reichsführer SS erfüllt werden könne, entziehe sich allerdings seiner Kenntnis. Er habe aber Generalleutnant Winkelmann gebeten, in dieser Frage nochmals beim Reichsführer vorstellig zu werden.

Weiter sei beabsichtigt, über den Rahmen der Aufstellung der SS-Freiwlligen-Division Galizien etwa 10 000 Ukrainer zu fremdvölkischen Polizeiregimentern unter deutscher Führung zusammenzustellen und zum Einsatz zu bringen. Bei der Werbung werde schon darauf hingewiesen, daß auch diese Polizeiregimenter für späteren Einsatz an der Front

bestimmt seien. Erfreulich sei die Feststellung, daß sich schon über 73 000 Ukrainer als Freiwillige aus dem Distrikt Galizien meldeten, um mit der Waffe gegen den Bolschewismus zu kämpfen.

Man hoffe, mit diesen Verstärkungen eine systematische Bereinigung der gefährdeten Räume der 3 Distrikte durchführen zu können. Ob, in welcher Form und mit welchen schweren Waffen ausgerüstet man noch weitere Kräfte bekommen werde, könne er heute noch nicht beurteilen. Der Reichsführer SS habe sich vorbehalten, auch die Form des Einsatzes in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zu bestimmen. Auch hier bitte er General Haenicke um seine Unterstützung.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß er am 9.Mai eine eingehende mehrstündige Aussprache mit dem Führer im Hauptquartier über die Lage im Generalgouvernement gehabt habe. Er habe dem Führer die absolute Notwendigkeit der Verstärkung der Sicherheitskräfte dargelegt. Er sei erfreut, festzustellen, daß nunmehr dieser Erfolg eingetreten sei. - Für die gute Zusammenarbeit von Wehrmacht und Polizei sei ein kennzeichnendes Beispiel im Distrikt Lublin erwähnt worden, wo die Wehrmacht ihre letzte Benzinreserve zu Gunsten des Einsatzes der Polizei geopfert habe.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke geht davon aus, daß das militärische Interesse an der Lage im Generalgouvernement außerordentlich groß sei, umsomehr, da das Generalgouvernement der Sitz einer ziemlich starken Rüstungsindustrie sei. Leider sei die Lage zur Zeit so, daß die Brücken und Straßen für den Nachschub zur Front nicht mehr als gesichert angesehen werden könnten. Unter den gegenwärtigen Umständen sei der Fortgang der Rüstungsindustrie und ihrer Fertigung bereits ernstlich in Frage gestellt. Das zeige z.B. der Umstand, daß bei den Hasagwerken in Kamienna von einer Belegschaft von 13 000 Mann bereits 2000 streiken. Die Schwefelkiesförderung,

die 5 % der Gesamterzeugung Deutschlands betrage, sei sehr zurückgegegangen, ebenso die Phosphoritförderung. Durch Zerstörung von Hochdruckleitungen seien 4000 to Martinstahl ausgefallen usw. Diese Ausfälle zeigten bereits einen bedenklichen Charakter und müßten ihn veranlassen, sich in die Planungen für die Zerschlagung der Widerstandsbewegung einzuschalten. Er habe weiter großes Interesse daran, daß die Belieferung der Lazarette mit Frischverpflegung usw. wieder hergestellt werde. Sie sei zur Zeit völlig unterbrochen, die Lazarette würden mit Konserven beliefert, weil die Bauern auf den Druck der Banden nichts mehr lieferten.

Er habe außerdem den Befehl erhalten, die Verlegung der Industrie aus den luftgefährdeten Gebieten noch weiter auszudehnen.

Aus allen diesen Gründen sei er der Auffassung, daß nur ganz radikale Mittel hier zur Anwendung kommen dürften. Er halte es deshalb für seine Pflicht, sich einzuschalten, also auch von Seiten der Wehrmacht einzugreifen, weil er nicht glaube, daß die Polizei in der Lage sein werde, diese Aufgabe zu erfüllen. Er habe auch schon entsprechende Schritte unternommen und erreicht, daß die Herabsetzung der Sollstärke auf 80 %, wie sie in der Heimat vom Führer angeordnet wurde, aufgegeben werde. Er wolle auch eine Großaktion in der Richtung einleiten, daß mit Schreibarbeiten und sonstigen Arbeiten beschäftigte Wehrmachtsangehörige für gegebene Fälle bereit ständen und der betreffende Bataillonskommandeur alle diese Leute auf einen bestimmten Posten stellen könne. Weiter habe er dem Generalobersten Fromm Vortrag über die Lage gehalten und ihn um Truppenzuweisung gebeten, damit eine ganz große Reinigungsaktion zusammen mit der Polizei durchgeführt werden könne. Er hoffe, zwei Mob-Divisionen zu bekommen, die für einige Wochen von der Ostfront zurückverlegt werden. Erhalte man alle diese Truppenteile und würden dann diese Maßnahmen durchgeführt, so müsse er, General Haenicke, wohl die militärische Führung dieser Aktion in die Hand bekommen.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß die Frage, wer in einem solchen Falle die Führung zu übernehmen hätte, noch nicht geklärt sei, da aber an sich der Reichsführer SS mit der Bekämpfung des Bandenunwesens beauftragt sei, wisse er nicht, ob nicht dieser Auftrag auch darunter falle. Deshalb würde es sich empfehlen, daß noch eine entsprechende Regelung getroffen werde.

General Haenicke bemerkt, ihm sei bekannt, daß der Reichsführer SS mit der Bandenbekämpfung beauftragt sei. Neuerdings habe aber der Führer einen Befehl an die Heeresgruppe erlassen, nach welchem sie für die Partisanenbekämpfung hinter der Front verantwortlich wäre, er habe sogar einen Termin für die Antwort auf die Frage gestellt, was die Heeresgruppe veranlassen wolle. Man schreite dort offenbar schon als Militär ein.

Es werde davon gesprochen, man müsse über die betroffenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängen. Es handelt sich hier um eine politische Angelegenheit, und er warne davor, diesen Ausdruck auch nur zu gebrauchen. Denn die englischen Zeitungen würden sofort darauf hinweisen, daß man gezwungen sei, im Generalgouvernement den Ausnahmezustand zu verhängen. Die gleiche Wirkung würde eine solche Maßnahme auf die Russen ausüben, die dann erst recht Fallschirmspringer ins Generalgouvernement senden würden. Der Ausdruck "Ausnahmezustand" dürfe also nie fallen. Wenn er praktisch durchgeführt werde, so beruhe das auf einer Abmachung zwischen den beteiligten Stellen.

General der Flieger Sommè hält es für notwendig, im Rahmen der Bandenbekämpfung auch auf die Luftlage einzugehen. Tatsächlich sei festgestellt, daß dieFührer der Widerstandsbewegung und der Banden zu einem großen Teil von der russischen Seite abgesetzt würden. Laufend flögen Flugzeuge in das Gebiet ein. Dieses Einfliegen werde z.T. durch Bombenabwürfe gedeckt, und mit diesen Bombenabwürfen wolle man die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Zweck dieser Einflüge ablenken. Es sei bekannt, daß die letzten

Parolen an die Partisanen dahin lauteten, mit Einzelunternehmungen aufzuhören und sich um die von Rußland geschickten Führer zu sammeln.

Die Banden und auch die Widerstandsbewegung würden ferner durch einen systematischen Einsatz von der englischen Seite unterstützt. Viermotorige Großflugzeuge seien eingesetzt worden, von denen Waffen und auch Funkgeräte in erheblichem Maße abgeworfen würden, desgleichen auch Sprengstoffe ingroßem Umfang. Dagegen habe man im engsten Einvernehmen mit der Polizei gearbeitet, leider mit etwas primitiven Mitteln, immerhin habe es zu gewissen Ergebnissen geführt, und der Einflug englischer Flugzeuge habe zunächst einmal nachgelassen. Vor allem sei wohl das Nachlassen dieser englischen Einflüsse auf die Geschehnisse in Katyn und auf die Differenzen mit der Regierung Sikorski zurückzuführen. Man habe den Eindruck, daß der Russe, nachdem die Spannung zwischen der polnischen Exilregierung und ihm noch nicht behoben sei, wieder zu Angriffen übergehe. So habe zunächst ein mittlerer Angriff auf Warschau stattgefunden, und es sei nach ihm zugegangenen Nachrichten jetzt wieder ein Angriff, wahrscheinlich auf Warschau, geplant.

Der Schwerpunkt des ihm zur Verfügung stehenden Flakeinsatzes liege in Oberschlesien. Das seien ungefähr 56 Batterien. Dazu komme noch neuerdings der Schutz der Talsperren. Alle seine Bemühungen, dem Generalgouvernement Flakschutz zu gewähren, seien bisher ziemlich ergebnislos gewesen. Er habe neuerdings auch für die Dunajeztalsperre Kräfte abgeben müssen, ebenso für Drohobyzc. Mit einer Flakabwehr gegen das Einfliegen von Flugzeugen, von denen Agenten, russische Offiziere usw. abgesetzt würden, sei zur Zeit nicht viel zu erreichen. Das einzige Mittel gegen diese Einflüge sei die dunkle Nachtjagd, die der Russe außerordentlich fürchte. Generaloberst Weise lehne zunächst diese Nachtjagd ab, weil er sie für den Westen brauche. Er bitte deshalb Staatssekretär Krüger, seine Bemühungen um die Zurverfügungstellung von Nachtjägern möglichst zu unterstützen.

Staatssekretär Krüger bittet, Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner und Gruppenführer Winkelmann, dem Reichsführer SS über diese Frage Vortrag zu halten.

General Sommè weist weiter daraufhin, daß dauernd vom Sektor der Luftwaffe Berichte an Generaloberst Weise gegangen seien. General Weise habe auch beim Chef des Generalstabs Vortrag gehalten.

Was die im Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Kräfte anlange, so bestehe zunächst einmal eine Schlachtfliegergruppe unter dem höchstverdienten Major Druschel, ferner die leichte Flakausbildungsabteilung in Radom, die auch zum Erdkampf eingesetzt werden kann. Des weiteren bestehe eine gute Unteroffizierschule in Neusandez mit einer Belegung von 500 Mann, die als Reserve zur Verfügung stehen könnte. Endlich habe man als letzte Reserve noch die Luftkriegsschule mit 450 Mann, 53 Maschinengewehren, 12 Granatwerfern und 12 Panzerbüchsen. Sie könne aber nur als letzte Reserve in Betracht kommen. Eine Hilfe hinsichtlich der Motorisierung könnte er auch versprechen in Gestalt von 2 Kraftfahrausbildungsabteilungen, vielleicht auch von der dritten Ausbildungsabteilung in Warschau. Die Frage, ob man das Bodenpersonal heranziehen könne, müsse leider verneint werden, da es für die Flugplätze und Flughäfen zur Verfügung bleiben müsse. Die Luftwaffe sei eben bodenmäßig ganz außerordentlich empfindlich. Krakau und Warschau seien in ihren Beziehungen zur Ostfront und zum Südabschnitt die Schleusen, durch die der ganze Betrieb gehe, und Lemberg sei für die Luftflotte eine der großen Nachschubzentralen, die geschützt werden müßten. Die Luftwaffe sei auch insofern gefährdet, als durch den Rückzug an der Ostfront eine Unmenge Läger fxr mit Bekleidung, technischen Dingen usw. ins Generalgouvernement gekommen seien, die eines Schutzes bedürften. Der Nachschub für die Luftstreitkräfte in Gestalt des Betriebsstoffes sei ebenso gefährdet, wie die Industrie, wie die großen Holzbauten usw. Zu allen diesen Schwierigkeiten trete dann noch die Störung des

Flugmeldedienstes. Die Mannschaften dieses Dienstes lägen zumeist zu 6 Mann, seien ganz allein auf sich angewiesen und hätten ihre Stationen zu kleinen Forts mit Drahthindernissen ausgebaut. Fast jede Nacht würden sie von Banden in Stärke von 4o bis 5o Mann belagert, gegen die sie sich verteidigen müßten. Hier seien auch bereits Verluste eingetreten.

In diesem Zusammenhang erinnere er daran, daß er schon vor längerer Zeit auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, Garnisonen in verstärktem Maße ins Generalgouvernement zu verlegen.

Befremdlich sei, daß das Generalgouvernement als Heimatkriegsgebiet bezeichnet werde, eine Auffassung, gegen die er andauernd kämpfe. Angesichts der im Generalgouvernement bestehenden Verhältnisse müsse dieser Zustand unbedingt geändert werden.

General der Polizei SS-Obergruppenführer Dr.Kaltenbrunner stellt fest, daß ihm die Beratungen eine Bereicherung seiner bisherigen Kenntnisse von der Lage im Generalgouvernement gebracht hätten. Zu begrüßen sei es auch, daß alle beteiligten Instanzen mit Einschluß der Generalität den Standpunkt vertreten, daß man hier einer ernsten Situation gegenüberstehe, die die Zusammenfassung aller Kräfte erheische. Eine einhellige Meinung bestehe auch darüber, daß von der Verhängung eines Ausnahmezustandes schon aus taktischen und politischen Gründen nicht gesprochen werden dürfe. Der Reichsführer SS halte es für möglich, die Lage zu meistern, wenn von Seiten der Verwaltung dieselben Anstrengungen gemacht würden, wie von Seiten der Wehrmacht und Polizei, Anstrengungen, die vor allem auf dem Gebiet der Besserung der Ernährungssituation der Bevölkerung und auf dem Gebiet der Rekrutierung von Arbeitskräften melden. Er könne sich auch vorstellen, daß die politische Lage durch verschiedenartige Behandlung verschiedener Gebiete, wie sie praktisch in der Verwaltung Galiziens gegenüber dem ehemaligen Kongreßpolen zutage getreten sei, zu einer Veruneinheitlichung oder Zerreißung großer Widerstandszentralen führen könnte. Er halte es für dringend notwendig, daß er dem Reichsführer SS ausführlich über das Ergebnis der Aussprache Bericht er-

erstatte. Die Ordnungspolizei wie die Sicherheitspolizei würden alles tun, um das Generalgouvernement wieder zu sicheren Zuständen zu führen.

Reichskabinettsrat von Stutterheim erklärt, daß die Auffassung des Reichsministers Dr. Lammers sich mit der in der Sitzung vertretenen Auffassung im allgemeinen decke. Vom Reich aus gesehen würden garkeine Bedenken dagegen bestehen, die einheimische Bevölkerung ausreichend zu ernähren, wenn für diese Ernährung die notwendigen Mittel ohne Beeinträchtigung des Reiches zur Verfügung gestellt werden könnten. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Frage noch erörtert werden könnte, wie es möglich sein würde, außer den Leistungen des Generalgouvernements für Heimat und Wehrmacht mit Hilfe einer guten Wirtschaftsorganisation im Generalgouvernement die Erfassung soweit zu steigern, daß trotz des bestehenden Planes für die Ablieferungen an das Reich die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung gewährleistet werden könne.

Regierungsdirektor Dr. Albert weist darauf hin, daß das Generalgouvernement im Jahre 1939 bei Übernahme der Verwaltung 135 000 to Brotgetreide vom Reich erhalten habe, um über den Winter 1939-40 hinwegzukommen. Aus der Ernte 1940 seien dann 400 000 to Brotgetreide erfaßt worden, im Jahre 1941 680 000 to und im Jahre 1942 1,225 Mill. to. Die Verwaltung des Generalgouvernements habe nichts unversucht gelassen, um eine größtmögliche Erfassung der Produktion zu gewährleisten. Nun hätten aber die Forderungen des Reiches an das Generalgouvernement ein Ausmaß angenommen, das auf die Dauer nicht vertretbar sei. Während mann im Jahre 1941 40 000 to Brotgetreide fürdas Reich aufzubringen hatte, habe man aus der Ernte 1942 760 000 to, also das 18fache, an das Reich abzuführen. Man habe an Fleisch statt 12 000 to im Jahre 1941 48 000 to, also viermal soviel, gegenüber dem Vorjahre abliefern müssen. Bei Kartoffeln sei eine Steigerung von 140 000 to auf 420 000 to erfolgt.

Man habe dem Reich und den Vertretern des Vierjahres-

planes bei allen Verhandlungen immer wieder unter Hinweis auf die zu befürchtende Entwicklung klargelegt, daß das Generalgouvernement hinsichtlich der Versorgung der ansässigen Bevölkerung an der landwirtschaftlichen Produktion und an der durch die Verwaltung herbeigeführten Erfassung beteiligt werden müsse. Diese Wünsche seien abschlägig beschieden worden. Man habe nicht nur auf die Gefahren hingewiesen, sondern auch auf die Möglichkeiten, die sich für das Reich ergeben würden, wenn man zunächst einmal seitens des Reiches der Verwaltung des Generalgouvernements die Möglichkeit gewähre, als Voraussetzung für eine weitere bessere Erfassung höhere Lebensmittelsätze zu geben. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre werde man niemals in der Lage sein, die Erfassung weiter beträchtlich zu steigern, wenn neben den amtlichen Erfassungsstellen Millionen Fremdvölkischer, durch die Verhältnisse gezwungen, als Konkurrenten der Erfassung aufträten. Da nun die legalen Preise des Generalgouvernements niedrig lägen, der Fremdvölkische aber als Konkurrent auf dem Dorfe mit hohen Preisen aufträte, sei selbstverständlich die Entwicklung immer schwieriger geworden.

Gleichwohl sei in diesem Jahre trotz dieser Bedenken die Umlage wiederum gewaltig erhöht. Während man im vergangenen Jahre 1,225 Mill. to Brotgetreide aus der Ernte erfaßt habe, seien jetzt 1,6 Mill. to Brotgetreide umgelegt. Die Verwaltung bemühe sich, unter Einsatz aller Kräfte von Jahr zu Jahr die Erfassung zu verbessern und zu steigern. Er als Vertreter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe gleichzeitig noch die Verantwortung für die landwirtschaftliche Erzeugung des Generalgouvernements und könne darauf hinweisen, daß nunmehr die Grenze der Erfassung erreicht sei, wolle man nicht die Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft restlos vernichten. Die Möglichkeiten für die Ablieferung seien begrenzt, und an dieser Grenze sei man jetzt angelangt.

Die neuen Pläne, die der Herr Generalgouverneur bereits zur Kenntnis genommen und an den höchsten Stellen des Reiches vorgetragen habe, über die seines Wissens Mitte

Juni im Reichsernährungsministerium erneut verhandelt werden solle, sähen in etwa die Einführung der Warthegausätze vor. Das Generalgouvernement könne aber diese Sätze, die etwa 80 % der Reichssätze betragen, höchstens bei Brotgetreide aus eigener Kraft geben. Bei Fleisch, Fett und auch Zucker werde man nicht in der Lage sein, diese Sätze aus eigener Kraft durchzuhalten. Es sei kaum mehr zu erwarten, daß das Reich noch in der Lage sein werde, noch Lebensmittel ins Generalgouvernement zu liefern. Aber die Versorgung des Reiches mit Brotgetreide und Kartoffeln brauche unter Umständen garnicht so wesentlich zu leiden, wenn man in der Lage wäre, in Kürze der Bevölkerung durch Anschlag zu verkünden, daß mit dem 1. September d.Js. diese Sätze gegeben würden. Im Hinblick auf die jetzt äußerst niedrigen Sätze, die man der Bevölkerung zumute, würde das eine politische Wirkung haben, die sich für die neue Erfassung hervorragend auswirken könnte. Er glaube, daß dann die Forderungen des Reiches hinsichtlich des Getreides vielleicht sogar ganz im bisherigen Umfange erfüllt werden könnten, während bei Kartoffeln etwas nachgelassen werden müßte und bei Fleisch, Fett und Zucker seitens des Reiches zu verzichten wäre.

Präsident Dr. Paersch weist darauf hin, daß die Wirtschaftsverfassung des Generalgouvernements nach der Wirtschaftsverfassung des Reiches eingerichtet und ausgerichtet sei. Sie sei hier angelaufen unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gebietes. Die verhältnismäßig schmale und dünne Schicht der Verwaltung habe versuchen müssen, den breiten Unterbau der fremdvölkischen Verwaltung in die Ziele der Verwaltung einzuschalten und das Gebiet den Bedürfnissen des Reiches und der Kriegführung nutzbar zu machen. Es sei deshalb zunächst notwendig geworden, die Vielzahl der landwirtschaftlichen Erzeugerbetriebe von etwa 2 Millionen planmäßig und allmählich den Bedürfnissen der Verwaltung einzuordnen, ihre Erzeugung zu steigern und durch die Erfassung ihrer Ernte den Bedürfnissen des Generalgouvernements und des Reiches nutzbar zu machen. Aus den von Regierungsdirektor Dr. Albert angegebenen Zahlen ergebe sich, daß auch hier die Steigerung der Erzeugung entsprechend mitgearbeitet habe; denn die erhöhte Erfassung setze ja eine

erhöhte Erzeugung voraus.

Auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sei um das Jahr 1939 sofort durch Einführung von Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere für wichtige Bedarfsartikel wie Textilien und Schuhe eine planmäßige Regelung herbeigeführt.

Daneben seien auf dem Gebiet der gewerblichen Erzeugung wie auch der Landwirtschaft durch die Einführung von Preisvorschriften und die Einrichtung einer Preisbildungs- und -überwachungsstelle die Grundlagen dafür geschaffen worden, damit man nach dem Vorbild des Reiches auch hier die Preisgestaltung einigermaßen in die Hand bekomme. Die amtlichen Preise seien in Anlehnung an die Preise der Vorkriegszeit festgesetzt worden. Es sei gelungen, mit amtlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen die amtlichen Preise weitgehend zur Durchführung zu bringen. Daß daneben noch ein Schwarzmarkt entstanden sei, habe seinen Grund im wesentlichen darin, daß es hier an der notwendigen Vorbereitung gefehlt habe. Im Reich seien die Bewirtschaftungsmaßnahmen seit dem Jahre 1933 gelaufen; der Apparat sei vorhanden gewesen, die Bevölkerung des Reiches sei willig mitgegangen, Staat und Partei hätten für die Durchführung dieser Maßnahmen gesorgt. Im Generalgouvernement gebe es aber eine Bevölkerung, die sich den Zielen der Regierung gegenüber in ihren Lebensbedingungen durch die Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht in ausreichendem Umfange berücksichtigt fühle. Die Verwaltung habe auch die Erfassung erst langsam organisieren und Erfahrungen sammeln müssen. Die Berücksichtigung der einheimischen Bevölkerung habe nur entsprechend den Bedürfnissen des Reiches erfolgen können. Die Folge sei eine Verringerung der Berücksichtigung ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln und gewerblichen Erzeugnissen gewesen. Sie habe sich deshalb auf den freien Markt begeben, der immer verhältnismäßig schwach gewesen sei. Die einheimische Bevölkerung habe an Schuhwerk und Textilien sehr wenig bekommen, während der landwirtschaftliche Markt zunächst noch besser versorgt gewesen sei. Aber seit dem Jahre 1942, als die starke Erfassung durchgeführt worden sei, sei die im Schleichhandel zur Verfügung stehende Ware so gering, daß es heute nicht mehr möglich sei, die Bevölkerung zusätzlich im Schleichhandel zu versorgen. Darauf sei auch die Klage zurückzuführen, daß die Lage der

Lohn- und Gehaltsempfänger unhaltbar werde.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen. Er stellt fest:

1) Übereinstimmung besteht darüber, daß kein Ausnahmezustand im Generalgouvernement die Organisation unterbrechen soll.

2) Eine Verstärkung der Kräfte von Polizei und Wehrmacht und, soweit irgend möglich, des Nachtjagdeinsatzes wird durchgeführt werden.

3) Mit diesen verstärkten Kräften werden gemeinsame Aktionen zur baldigen Wiederherstellung der Sicherheit in weitestem Umfange durchgeführt werden.

4) Eine Gruppe von positiven Maßnahmen wird durchgeführt werden, die eine Kombination von ernährungsmäßigen, wirtschaftspolitischen und allgemein politischen Unternehmungen der Regierung, der Verwaltung und der anderen Organe darstelle.

Der Herr Generalgouverneur spricht allen Besprechungsteilnehmern seinen Dank für das von ihnen an den Tag gelegte Interesse aus. Er habe das Gefühl, daß die Sitzung zu einer weitgehenden Beruhigung der amtlichen Organe des Generalgouvernements führen werde. Es werde sich nun darum handeln, daß jeder auch an seine zuständige Reichsstelle berichte. Er selbst werde über die Beratung direkt dem Führer Bericht erstatten, werde dabei auch die geäußerten Wünsche dem Führer unterbreiten.

Er stelle fest, daß das Generalgouvernement dann wieder in voller Sicherheit mehr denn je im Stande sein werde, seine Aufgaben imDienste des Reiches und des Führers zu erfüllen. Die Gesamtleistung des Generalgouvernements ergebe sich schon aus einer einzigen Zahl: Der Anteil der Ernährungsleistung des Generalgouvernements für das Deutsche Reich aus dem 150 000 qkm großen Generalgouvernement mit seinen 14,2 Mill. Einwohnern habe nach der amtlichen Feststellung des Reichsernährungsministeriums genau 62 % der Leistung der gesamten übri-

gen Ostgebiete betragen. Wenn man sich diese Zahl vergegenwärtige, so könne man mit Stolz auf die Leistungen der Deutschen im Generalgouvernement schauen, nicht nur der Männer der Verwaltung, sondern auch der Männer von Polizei und Wehrmacht, ebenso wie der tapferen deutschen Frauen und deutschen Kinder, die kaum 1 % der Gesamtbevölkerung dieses Raumes ausmachten und ihn doch in den Dienst des Deutschen Reiches gestellt hätten.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

(Schluß der Sitzung 13 Uhr 35 Minuten)

T a g u n g

des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses
am 22.Sept. 1943
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kanzl. des GG.eurs
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. Min.Rat Dr. Weh
4. z.d.A. d.Kanzl. des GG.eurs

Beginn der Tagung 1o Uhr 3o Minuten.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße Sie zu der ersten gemeinsamen Sitzung der von mir gebildeten beiden großen Ausschüsse des Kriegswirtschaftsstabes und des Verteidigungsausschusses des Generalgouvernements. Ich habe Sie zu der heutigen gemeinsamen Sitzung aus wichtigen Anlässen erstmalig berufen. Die Aufgaben, die sich die beiden Ausschüsse zu stellen haben, stehen in engstem Kontakt mit den grundlegenden auch für diese Ausschußbildung maßgebenden Anordnungen des Führers, und sie haben mich vor allem in meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements zu unterstützen.

Ich habe als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt die Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement, als zweiten Punkt Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeiterversorgung. Die Aktualität beider Themen hat sich für mich besonders in einer Tagung ergeben, die in der letzten Woche die Wirtschaftsführer der Rüstungsproduktion im Generalgouvernement versammelt sah und die mir aus unmittelbarster Nähe einen Eindruck vermittelte, der wahrhaft zu ernstesten Schlußfolgerungen Anlaß gibt.

Ich möchte zunächst ausdrücklich feststellen, daß die Aufgaben, die dem Generalgouvernement als Land und Wirtschaftspotenz in den kommenden Wochen und Monaten gestellt sein werden, so schwierig sind, daß sie nur gelöst werden können, wenn endlich der Gesichtspunkt absolut loyalster sachlicher Zusammenarbeit aller in diesem Raum tätigen Deutschen ohne Ansehen der Uniform

zum Durchbruch kommt und wie bei allen diesen Betrachtungen und diesem Wirken nichts anderes gilt als das Prestige der Aufrechterhaltung der deutschen Macht in dem immer frontnäher werdenden Gebiet. Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement als in sich geschlossenes Führungsgebilde völlig eigener staats- und völkerrechtlicher Position eine eigene Verantwortung demgegenüber zu tragen hat. Wie Sie wissen, unterstehe ich persönlich nur dem Führer. An dieser Stellung des Generalgouverneurs und seiner Regierung hat sich in allen diesen Jahren nichts geändert. Die Einheit der Führung dieses Raumes ist die Voraussetzung für alles das, was diesem Raum an Verpflichtungen auferlegt ist.

Zu Beginn der heutigen Sitzung möchte ich daher den ernsten Appell an Sie, meine Herren, richten, daß wir uns hier nicht einen irgendwie gearteten blauen Dunst vormachen, uns auch nicht scheuen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Denn die Zeit, die über unserem Vaterlande liegt, ist nicht dazu angetan, die Prestige-, Sondervorrangspositionsabsichten dieser oder jener Gruppe zu schützen, sondern es geht und kann jetzt nur noch darum gehen, alle diejenigen, die in diesem Raum irgendwie deutschförderlich sind, in die Gesamtheit der Potenzen einzureihen, die dem Deutschen Reich heute überhaupt noch zur Verfügung stehen.

Dabei muß in erster Linie festgestellt werden, daß die Herstellung der Sicherheit dieses Raumes, d.h. die Sicherung des Menschen, der hier im deutschen Interesse arbeitet, ebenso wie die Sicherung der allgemeinen Positionen der Verwaltung und Führung dieses Raumes wie der Produktionsstätten und der in ihnen lebenden Menschen die Grundvoraussetzung für diese Arbeit ist. Ich habe im Laufe der letzten Monate unter

den schwersten und sinnlosesten Kämpfen den Grundsatz durchführen müssen, daß man den Polen endlich einmal eine ausreichende Ernährung zukommen läßt. Sie kennen ja die törichte Einstellung der Minderbewertung der uns unterworfenen Völker, und zwar in einem Augenblick, in welchem die Arbeitskraft dieser Völker eine der wesentlichsten Potenzen unseres Siegringens darstellt. Daß ich gegen diesen Wahnwitz anging, der dem deutschen Volke schwersten Schaden zugefügt hat, trug mir persönlich, vielen Männern meiner Regierung und vielen von Ihnen den Vorwurf der Polenfreundlichkeit oder Weichheit den Polen gegenüber ein. Man hat sich jahrelang nicht gescheut, meine Regierungsarbeit in diesem Raum mit den schmutzigsten Argumenten dieser Art zu verfolgen und hinterrücks die Erfüllung dieser Aufgaben zu stören. Heute stellt sich sonnenklar heraus, daß es ein Wahnsinn ist, Europa aufbauen zu wollen, gleichzeitig aber die europäischen Völker mit Schikanen sondergleichen zu verfolgen. Als ich am 9.Mai ds.Jrs. dem Führer in genau dem gleichen Ton Vortrag über die Dinge erstattete und ihm offen darlegte, wie die Lage ist, sagte mir der Führer: Fahren Sie nur so fort, sie sind auf dem absolut richtigen Wege. Ich spreche also im Namen der höchsten Autorität des Reiches und dieses Raumes.

Der Ernst der Lage zwingt dazu, zu bekennen, daß mit der Einstellung, die uns Deutsche mitten im Kriege in eine Kampflage gegenüber den Fremdvölkischen bringen sollte, gebrochen werden muß. Es ist ganz offensichtlich: wir haben zunächst dafür zu sorgen, daß die lo Millionen und die anderen 4 Mill. Fremdvölkischer, die wir im Lande haben, unter allen Umständen in Ruhe, Sicherheit und guter Ernährung für Deutschland zu arbeiten haben, sie haben in den Fabriken, in den

Transportanlagen und auf den Feldern zu arbeiten. Was diesem Ziel dient ist richtig; was sich diesem Ziel entgegenstellt - und mögen es noch so weltanschaulich, rassepolitisch oder sonstwie begründete Gesichtspunkte sein - hat in diesem Raum zu unterbleiben. Es ist nicht möglich, daß man jetzt Tausende und Abertausende Deutscher unter Zwang hier einsiedelt und damit ganze Gebiete dieses Raumes in eine wahnsinnige Unruhe stürzt. Ich muß auch als Reichsverteidigungskommissar sagen: es ist ein schwerer Kampf gewesen, bis man die maßgebenden Instanzen dazu gebracht hat, von diesem Unternehmen der Zwangseinsiedlung und -umsiedlung endlich Abstand zu nehmen, als schon die Katastrophe über diesen Raum hereinzubrechen drohte.

Nachdem nun dieser geschlossenen Phalanx gegenüber die Möglichkeit der Ernährung der Bevölkerung durchgesetzt werden konnte, muß nunmehr die Sicherheit geschaffen werden. Ich bin absolut nicht zufrieden. Wir müssen daher gleich zu Beginn der Sitzung uns darüber klar sein, daß in gemeinsamer Arbeit alles zu geschehen hat, damit die Sicherheit wieder hergestellt wird. Es hat gar keinen Sinn, wenn wir von Ostpolitik, von Ostarbeit und allen möglichen Zukunftsaspekten reden, wenn wir sie theatralisch-apotheotisch verkünden, wenn es aber in Wirklichkeit so ist, daß der deutsche Mensch in diesem Lande gefährdet ist wie nirgendwo, daß wir die Leute, die für uns arbeiten, nicht mehr sichern können und ganze Banditenzüge durch das Land herumgeistern, zum Massenmord und Terror greifen und wir dagegen nichts unternehmen können. Dabei tröstet michnichts, weder ein Hinblick auf die Zukunft noch sonst etwas; denn die Forderungen des Reiches und der Wehrmacht sind jetzt zu erfüllen, die Fabriken müssen jetzt arbeiten, die Transporte müssen jetzt laufen

und die Polen und Ukrainer müssen jetzt Achtung vor der deutschen Autorität haben. Alle die Deutschen, die im Laufe dieses Jahres ermordet wurden, klagen uns an. Sie fragen uns: habt ihr wirklich alles getan, was euch oblag, um uns zu sichern?

Ich wollte Ihnen mit Absicht diese ganz kalte und klare Eröffnung machen, um Ihnen zu zeigen, wie die Dinge liegen, und um Sie auch zu bitten, die Verhandlungen in diesem Geiste zu führen. Das Ergebnis der heutigen Sitzung wird ein unmittelbarer Bericht an den Führer sein, dem allein ich unterstehe. Der Führer wird mich empfangen, und ich werde ihm auf Grund dieser Besprechung die Lage ungeschminkt darstellen.

Sie alle, meine Herren, welchem Ressort sie auch angehören mögen, wissen es: es gibt keine Dienststelle in diesem Raum, die jetzt nicht zuzüglich jeden Tag neue Forderungen irgendeiner Reichsstelle auf Unterbringung von weiteren Transporten zu spüren hat. Industrien, Laboratorien, alle möglichen Anlagen, Menschen, Truppenverbände - alles strömt von allen Seiten drängend, suchend nach Lagerraum, Fabrikationsstätten, Nahrungsmitteln, Wohnungen, Transportmöglichkeiten in diesen Raum hinein. Dies könnte zu einem unabsehbaren Chaos führen, wenn wir nicht die Dinge von Anfang an klar in der Hand haben. Diese Frage der sogenannten Umlocierung verschiedenster Betriebe aus den verschiedensten Räumen des Reiches und der Ostgebiete wird uns vor besondere Aufgaben stellen. Umso wichtiger wird aber die Gesamtposition des Generalgouvernements gegenüber dem Reiche. Das Generalgouvernement ist somit zum Herzstück der Festung Europa geworden.

Aus dieser Bedeutung und unendlich wichtigen Position des Generalgouvernements ergibt sich nun als erste

Schlußfolgerung die Sicherheit in diesem Raum. Diese Sicherheit kann nur von Machtträgern mit Waffen gewährleistet werden. Dringend notwendig ist es, daß sich die Grundsätze der Dislocierung der Sicherheitskräfte bis ins äußerste fortsetzen. Ich möchte aber feststellen, daß es uns nicht auf Großaktionen ankommt, sondern auf den Einsatz dauernd dislocierter kleiner Gruppen in Stärke von 1 : 3o Mann, die über das ganze Land an entscheidenden Positionen verteilt dauernd dort stationiert bleiben. Ich freue mich, daß sowohl die Wehrmacht wie die Polizei auf diesem Gebiete schon Hervorragendes geleistet haben. Ich glaube auch, daß in dieser Richtung fortschreitend die Faktoren der Macht in diesem Raum zu der Ansicht kommen werden, daß sie selber das Gefühl der Sicherheit in die Gesamtbevölkerung bringen.

Mit dieser Sicherheit ist die Autorität verknüpft; denn es gibt keine Autorität mit Unsicherheit. Die Sicherheit besteht darin, daß gegen jeden, der schlechten Willens gegen die deutsche Führung ist und diesen schlechten Willen aktiv betätigt, ein Schlag pariert und jeder, der guten Willens ist, beschützt wird. Ich kenne die Schwierigkeiten, die sich den Machtträgern entgegenstellen: es mangelt ihnen an Möglichkeiten, die Truppe aufzuteilen usw.. Wir brauchen mehr Polizei, andererseits muß aber auch die Wehrmacht noch mehr dislociert werden, als es bis jetzt der Fall ist. Dieses dringende Ersuchen richte ich an die Wehrmacht.

Ich eröffne damit die Besprechung über Punkt 1 der Tagesordnung:

<u>Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement</u>.

Gouverneur Kundt führt aus, daß seit der letzten Sitzung, in der die Sicherheitslage besprochen worden sei, eine Besserung der Verhältnisse im Distrikt Radom nicht eingetreten sei. Seit Mai 1943 sei die Zahl der Überfälle einschließlich der kleinsten Beraubungen von 1 8oo auf mindestens 2 5oo im Monat gestiegen. Bei der Beurteilung der Frage sei immer entscheidend, in welcher Bandenstärke die Überfälle vorgenommen würden, welche Personen oder Objekte sie beträfen. Festgestellt werden könne, daß die Dislocierung der Kräfte im Gegensatz zur Durchkämmung gewisser Gebiete immerhin zu einer Beruhigung geführt habe. Leider sei die Zahl der für die Dislocierung in Betracht kommenden Kräfte zu gering, angesichts der Tatsache, daß Polizeitruppen zur Bekämpfung der Kolpak-Bande nach Galizien abgezogen worden seien. Gerade ein für den mittleren Teil des Distrikts wertvoller motorisierter Zug sei fortgenommen worden. In den letzten Wochen träten wieder größere Banden auf, die auch stark bewaffnet seien. Die Bewaffnung der Sicherheitskräfte stehe vielfach in keinen Verhältnis zur Bewaffnung der Banden, und Polizeiabteilungen hätten manchmal nur ein leichtes Maschinengewehr und 1 oder 2 Maschinenpistolen. Auch die Versorgung der Truppe mit Benzin sei völlig unzureichend, was sich bei der Durchführung beschleunigter Operationen sehr ungünstig auswirke. Nach alledem sei es unter den gegenwärtigen Umständen den Polizeistützpunkten kaum möglich, die Banden zu überwinden.

Die Massierung starker Banden entwickle sich vor allem in jenen Gebieten, in denen die großen Rüstungsbetriebe lägen. Diese Rüstungsbetriebe bedürften abgesehen von der Errichtung von Stützpunkten darüber hinaus noch eines besonderen Schutzes. Leider müsse festgestellt werden, daß die Vorkehrungen für die Sicherung mancher Rüstungsbetriebe im Distrikt Radom

schlechter seien als zur polnischen Zeit. Der Werkschutz der Rüstungsbetriebe sei vielfach völlig unzureichend, die Werkschutzleute auch zumeist ungenügend ausgebildet und den Aufgaben eines Werkschutzes nicht gewachsen. Deshalb müßte dafür Sorge getragen werden, daß den Rüstungsbetrieben ein Werkschutz zur Verfügung gestellt werde, der zumindest zur Hälfte aus Deutschen bestehe. Darüber hinaus müßte die Wehrmacht selber den Schutz mancher Betriebe übernehmen, die unmittelbar für die Wehrmachtsproduktion arbeiteten.

Die übrige Industrie, die Zubringerindustrie, ferner die auf dem Ernährungssektor lebenswichtige Industrie habe im allgemeinen überhaupt keinen Schutz und sei auf eine Vermehrung der Polizei- und Wehrmachtsstützpunkte angewiesen. Diese Betriebe hätten zumeist keinen Werkschutz, lägen weitab von jeder Polizeistation, weshalb eine Verständigung mit ihr kaum möglich sei. Es sei sogar vorgekommen, daß mit Maschinengewehren bewaffnete Banditen eine Stadt vorübergehend hätten beherrschen können, weil sie die Unterkünfte der Polizeistützpunkte unter Beschuß gehalten hätten. Weiter sei der Eisenbahnverkehr im Distrikt Radom aufs äußerste gefährdet, was verschiedene Überfälle auf Eisenbahnzüge zeigten. Das gleiche gelte für den Straßenverkehr, für den es auch keine Sicherung gebe.

Diese Zustände der Unsicherheit hätten ihre besondere Bedeutung für die Volksdeutschen des Distrikts Radom, da sie Tag für Tag Überfällen ausgesetzt seien. In manchen Gegenden wie z.B. in der Kreishauptmannschaft Petrikau, die nur ganz ungenügend gesichert sei, richteten sich die Angriffe der Banditen hauptsächlich gegen Deutsche. Deshalb sei die Ansicht verbreitet, daß die deutsche Verwaltung nicht einmal in der Lage sei, das Leben ihrer eigenen Volksgenossen zu sichern, geschweige denn das Leben der Polen.

Es sei nunmehr höchste Zeit, daß ohne Rücksicht darauf, welche Dienstsparte unmittelbar einen Vorteil davon haben möge, alle Kräfte zusammenwirken müßten, um die Sicherung der Leistung des Generalgouvernements für die Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben zu gewährleisten. Wenn aber fast die Hälfte des geringen Personals der Verwaltungsbeamten zum Polizeihilfsdienst zum Schutze von Lagerhäusern usw. herangezogen werde, so sei das ein anormaler Zustand, da doch der Polizeihilfsdienst vornehmlich im Falle eines Aufstandes herangezogen werden sollte. Sollten wirklich einmal im Falle eines Aufstandes sämtliche deutschen Männer eingesetzt werden, dann werde es für sie kaum Uniformen, noch weniger aber Waffen und Munition geben.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß sich die Sicherheitslage im Distrikt Warschau infolge der scharfen Dislocierung in den letzten Wochen etwas gebessert habe. Über das ganze Gebiet des Distrikts sei jetzt ein Netz von Stützpunkten ▼ in Stärke von 1 : 7 bis 1 : 15 gezogen. Das gelte vor allem für das flache Land. Die unter dem Einfluß der Widerstandsbewegung stehenden Banden hielten sich zur Zeit besonders auf dem flachen Lande zurück, weil sie die Hereinbringung der Ernte im Interesse der polnischen Bevölkerung für notwendig hielten, falls der von ihnen erwartete Zusammenbruch komme. Daß es in Warschau nach wie vor eine starke Widerstandsbewegung gebe, sei klar.

Was die Rüstungsindustrie angehe, so könne man erst seit einigen Wochen feststellen, daß systematisch gegen Betriebe vorgegangen werde, in denen man die Arbeiter zwingen wolle, die Arbeit niederzulegen. Grosse Überfälle hätten sich aber in Warschau nicht ereignet. Gegenüber dem von der Widerstandsbewegung

auf die Arbeiter ausgeübten Druck, die Arbeitsstätte zu verlassen, gebe es nur das Mittel der Einrichtung eines wirksamen Werkschutzes. Ferner müßten bei Überfällen auf Deutsche oder bei Sabotageakten Repressalien ergriffen werden. Auch in den Betrieben selbst müßten von seiten der Betriebsleitung gegen undisziplinierte Arbeiter entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden können. Die Maßnahme der Unterbringung solcher Arbeiter in Zwangslager würde wie bei den Bauern gewiß eine gute Wirkung haben. Der Arbeiter müsse eben wissen, daß er, wenn er die Arbeitsdisziplin nicht einhalte, scharfe Strafe zu gewärtigen habe. Für die Sicherung der Betriebe bedürfe es weiter einer Verstärkung der Polizei- und Wehrmachtskräfte, vor allem auch einer Stabilität in der Besetzung. Es dürfe nicht vorkommen, daß z.B. ein Bataillon nach 3 Wochen wieder abgezogen werde. Die Nichtbesetzung der Stellung des SS- und Polizeiführers in Warschau habe ebenfalls nachteilige Wirkungen im Gefolge. Im übrigen sei festzustellen, daß Polizei und Gendarmerie äußerst angespannt und bald am Ende ihrer Kräfte angelangt seien.

Von seiten der Widerstandsbewegung werde mit allen möglichen Drohungen gegen die deutsche Bevölkerung ein Nervenkrieg geführt. Vornehmste Sorge müsse es daher sein, daß die deutsche Bevölkerung gleichwohl ruhig bleibe. Daher dürfe auch, wie es leider in manchen Kreisen geschehe, die Sicherheitslage der Bevölkerung nicht allzu gefahrdrohend hingestellt werden.

Gouverneur Dr. Wächter führt aus, daß die Lage in Galizien bis zum Juli 1943 als befriedet habe gelten können. Anfang Juli sei dann der Einmarsch der sogenannten Kolpak-Bande erfolgt, der im Rahmen einer militärischen Aktion bekämpft worden sei, ohne daß die Verwaltung wesentlichen Einfluß habe nehmen können.

Diese militärische Aktion sei im Laufe des Monats August abgeschlossen worden. Die Verwaltung habe sich jetzt mit den tiefgreifenden Folgeerscheinungen dieser Aktion auseinanderzusetzen. Die erste Folgeerscheinigung bestehe darin, daß die Bevölkerung, die bis dahin einen starken Glauben an die Macht der deutschen Führung gehabt habe, anderer Ansicht geworden sei. Die loyalen Teile hätten es mit der Angst bekommen, und zwar vor allem den eigenen nichtloyalen Teilen gegenüber, und die überall vorhandenen asozialen Kräfte seien sehr aktiv geworden. Weiter spiele die Tatsache eine bedeutsame Rolle, daß sich die Kolpak-Bande in viele Splittergruppen aufgespalten habe, die überall ihr Unwesen trieben. Davon würden besonders die Südkreise des Distrikts betroffen, die mit ihrem Waldreichtum die Bekämpfung illegaler Elemente außerordentlich erschwerten. Es zeige sich aber, daß es durchaus möglich, die Unruhe auch wieder abzufangen. Die früher in den Kreisen Kamionka und Rawa-Ruska bestehende Unruhe sei einer völligen Beruhigung gewichen, wohl deshalb, weil in den Monaten vor dem Einbruch der Kolpak-Bande fast die gesamte Wehrmacht an die Grenze gelegt und damit bei der breiten Masse der loyalen Bauernbevölkerung sofort das Gefühl der Sicherheit gekommen sei. Leider sei die Exekutive, die zur Bekämpfung der Kolpak-Bande starke Kräfte angesetzt habe, in der weiteren Entwicklung wieder abgezogen worden.

Für die Bekämpfung der Splittergruppen und der zahlreichen kriminellen Elemente sei eine weitere Dislocierung notwendig und, soweit erforderlich, auch im Gange. Er bitte, nach Möglichkeit die Landeseigene Polizei zu verstärken. Hier dürften finanzeille Bedenken nicht in den Vordergrund gerückt werden, da andernfalls die Zerstörung weit größerer Werte zu gewärtigen sei. In den Waldgebieten müßte für eine stärkere Berittenmachung der Gendarmeriekräfte gesorgt

werden. Man bemühe sich auch, aus den Gemeindeverbänden Pferdematerial bereitzustellen. Die deutshhe Verwaltung sei ferner bestrebt, im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen einen gewissen Selbstschutz z.B. für die Sägewerke aus landeseigenen Elementen aufzubauen. In dieser Beziehung habe man mit Förstern und Hegern schon gute Erfahrungen gemacht, desgleichen mit Kleinstformationen von Forstschutz und Zollgrenzschutz. Auf dem Verwaltungssektor wolle man der Unruhe dadurch entgegentreten, daß die Angehörigen der Verwaltung draußen ununterbrochen in Erscheinung träten. So zeigten sich denn auch die Kreishauptmänner z.B. ständig in den Dörfern, um zu beweisen, daß die deutsche Führung noch da sei.

Wo eine absolute passive Resistenz gezeigt werde oder sich stärkere Unruheherde bildeten, und wo genügend Polizeikräfte oder Wehrmacht zur Verfügung stehe, werde ein Durchgreifen im Rahmen einer Großaktion von Nutzen sein. Im übrigen müsse man aber mit Pauschalaktionen und der Anwendung von Repressalien sehr zurückhaltend sein, um nicht die zahlreichen loyalen Elemente an der deutschen Führung irrezumachen. Erfreulicherweise sei die Bevölkerung in ihrer politischen Einstellung zur deutschen Führung aufgespalten und stehe keineswegs geschlossen gegen sie. Die ältere Generation sei überwiegend für die deutsche Führung, während die junge Generation sehr labil sei. Die Jugend sei in nationalistische Gruppen gespalten, die zwar gegen die deutsche Führung eingestellt, aber auch sowjetfeindlich seien. Die größte Gefahr für den Distrikt Galizien bestünde darin, daß sich alle diese Elemente auf das Sowjetprogramm einigten. Die Sowjets trieben eine vorzügliche Propaganda, darauf eingestellt, daß sich Polen und Ukrainer auf panslawistischen Boden zusammenfinden müßten. Auch die Kolpak-Banden hätten eine sehr gute Propaganda betrieben und sich gegenüber

der Bevölkerung außerordentlich diszipliniert gezeigt. Ein Zusammenschluß der Gesamtbevölkerung gegen die deutsche Führung müsse mit allen Mitteln verhindert werden, und deshalb sollte eine elastische Politik gegenüber der Bevölkerung getrieben werden.

Zu seinem Bedauern müsse er in seinem Bericht zum erstenmal feststellen, daß die Sicherheitslage in Galizien einen schweren Rückschlag erlitten habe, und zwar nicht so sehr angesichts der Situation im inneren, sondern infolge der von außen kommenden militärischen Aktion. Deshalb müsse das Bestreben darauf gerichtet sein, die Wirkungen dieser Aktion abzufangen, und dr bitte deshalb die Verwaltung des Distrikts Galizien nach Möglichkeit durch Exekutivkräfte zu unterstützen.

Staatssekretär Dr.Bühler erinnert daran, daß vor etwa 6 Monaten unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs eine Besprechung der Sicherheitslage stattgefunden habe. Damals habe der Herr Generalgouverneur auf Grund der Voten des Höheren SS- und Polizeiführers wie der Befehlshaber der Sicherheits- und Ordnungspolizei festgestellt, daß die Sicherheit im Generalgouvernement gewährleistet sei. Er, Staatssekretär Bühler, habe demgegenüber damals der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man vielmehr vor einem Zunehmen der Unsicherheit stehe. Geschehen sei auf diesem Gebiet seit jenen Tagen wenig. Kein einziger Mann der Ordnungs- oder Sicherheitspolizei sei in dieses Gebiet mehr hereingekommen. Auch in der Verfolgung der Verbrecher sei keine methodische Änderung eingetreten. Der Erfolg sei, daß man heute etwa einer Verdopplung der Unsicherheit gegenüber stehe. Seien es damals schätzungsweise noch 5 ooo Überfälle je Monate im ganzen Generalgouvernement gewesen, so seien es heute mindestens lo ooo. Das Äußere Bild habe sich nur insofern geändert, als diese

Überfälle noch frecher selbst am hellen Tage stattfänden, Überfälle auf Industriestätten, auf Erzeugungsstätten der Landwirtschaft, auf Gefängnisse, auf Eisenbahnen, auf Läger usw. kurz auf alle die Einrichtungen, die für den Aufbau und die Aufrechterhaltung der Ordnung wichtig erschienen. Das bedenklichste sei, daß ganze Gruppen loyaler Fremdvölkischer, die bisher im deutschen Interesse gearbeitet hätten, in ihrem Entschluß, weiter zu arbeiten, durch Bedrohungen und Angriffe schwankend gemacht würden.

Einen Ausweg sehe er nur darin, daß sämtliche militanten Verbände des Generalgouvernements - Polizei, Wehrmacht, Luftwaffe, S.A. und S.S. - zum Aufbau eines allgemeinen Sicherheitsnetzes eingesetzt würden, und zwar nicht nur wie jetzt zum Zwecke der Erfassung der Ernte, sondern auch zur Gewährleistung ständiger Sicherheit. Er erhoffe sich keine Hilfe vom Reich; denn sie werde dort mit der Begründung abgelehnt, daß im weiteren Osten die Verhältnisse noch viel schlimmer lägen als im Generalgouvernement. Daher müsse sich das Generalgouvernement selber helfen. Wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden sei, könne man wohl auch heute noch Fortschritte hinsichtlich der Beruhigung dieses Raumes erzielen.

Generaldirektor Hoffmann gibt hierauf einen eingehenden Bericht über die in den letzten Monaten vorgekommenen Überfälle auf Deutsche und Polen wie Ukrainer und schildert dabei vornehmlich die Verhältnisse in Ostrowiec und Umgegend. Die Folgen dieser unsicheren Lage zeigten sich vor allem in einem geringer werden der Leistung der Werke. Heute sei es praktisch überhaupt nicht mehr möglich, ein Programm einzuhalten.

Seiner Ansicht nach müsse, um diese unhaltbaren Zustände abzustellen, zunächst einmal in dem Gebiet Ostrowiec eine Zerschlagung der großen Banden stattfinden. Einzelaktionen der Polizei kämen meistens 2 bis 14 Stunden zu spät. Wenn die Banden zerschlagen seien, müßten Einzelposten die Sicherung übernehmen. Nur so sei es möglich, die zersplitterten Banden entsprechend zu bekämpfen.

Was die Struktur der Banden angehe, so zeige sich in den letzten Wochen eindeutig eine Verschiebung zur Geheimorganisation im politischen Sinne. Das zeige ein aufgefundener Geheimbefehl, in welchem genaue Anweisungen gegeben würden, wie die deutsche Werksleitung zu bekämpfen, im Kampffalle zu entwaffnen und zu nivellieren sei. Eine weitere Notwendigkeit für die Bekämpfung der Banden liege darin, daß man den loyalen Teil der Bevölkerung nicht dazu zwinge, nicht zu den Banden zu gehen, um die Versorgung der Familie sicherzustellen. Einem großen Teil der Arbeiter sei es heute gar nicht mehr möglich, den Lebensunterhalt für sich und die Familie zu decken. Der Tatsache, daß im Werke Ostrowiec 17 % der Arbeiter einen Lohn erhielten, der unter dem Existenzminimum liege, stehe die Erhöhung der Lebenshaltungskosten gegenüber. Die reinen Lebenshaltungskosten auf dem Gebiete der Zuteilungsgüter lägen bei 115 bis 12o Zloty. Hinzu kämen die zahlreichen Verbrauchsgüter, die zur Aufrechterhaltung des Lebensminimums notwendig seien. Deshalb sei auch ein großer Teil der Arbeiter gar nicht mehr daran interessiert, in einem deutschen Werke zu arbeiten, da er in einem polnischen Schleichhandelsbetrieb bis zu lo Zloty Stundenlohn haben könne.

Betriebsführer Brandt-Pionki berichtet, daß sein Werk im letzten Jahre drei Werkschutzleute, einen deutschen und einen polnischen Meister durch Mordanschläge verloren habe. Auch sei eine größere Anzahl von Bränden zu verzeichnen, von denen viele nicht aufgeklärt werden konnten. Auch nähmen die Diebstähle von Alkohol und Leinensäcken ständig zu. - Die Wirksamkeit des Werkschutzes lasse in der letzten Zeit äußerordentlich nach. Er bestehe in seinem Werk hauptsächlich aus Ukrainern, und hier hätten sich Richtungen gebildet, die sich gegenseitig bekämpfen. Im übrigen könne er bestätigen, was der Vorredner über die unzureichenden Löhne und die erhöhten Lebenskosten gesagt habe. Es sei festzustellen, daß den geringen Löhnen eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten um das Dreifache gegenüberstehe.

Betriebsführer Köhnke-Warschau kann ebenfalls von einer größeren Zahl von Überfällen und Mordanschlägen auf Deutsche und Polen, die in der Rüstungsindustrie gearbeitet haben, berichten. Wie unsicher die Lage in Warschau sei, zeige der Umstand, daß vor kurzem Anschläge auf das Wasserwerk und das Elektrizitätswerk geplant gewesen seien. Fortgesetzte Bedrohungen der Straßenbahnführer hätten dazu geführt, daß der Wagenumlauf von 600 auf 450 gesunken sei. Man rechne damit, daß in nächster Zeit nur noch 300 Wagen zur Verfügung stehen würden. Ein großer Teil der führenden polnischen Mittelschicht erhalte fortgesetzt Todesurteile, Drohbriefe usw., so daß diese Leute es nicht mehr wagten den ihnen unterstellten Personen irgendwelche Anweisungen zu geben, weil sie sonst erledigt würden. Die Banditen gingen heute in Warschau so vor, als ob überhaupt keine Polizei mehr vorhanden wäre.

Eine große Gefahr für die Rüstungsbetriebe bedeute der Facharbeitermangel. Während man nach deutschen Grundsätzen 12 % Facharbeiter brauche, sei ihre Zahl in Warschau jetzt auf etwa 6,5 % gesunken. Der Ausstoß

der Betriebe leide darunter sehr. Von den Arbeitseinsatzbehörden seien den Werken jugendliche Arbeiter aus Handwerkerschulen zugewiesen worden. So habe z.B. die Firma Ursus 7oo Jugendliche erhalten, von denen aber 4oo bereits wieder weggeblieben seien. In der letzten Zeit mehrten sich die Sabotagefälle. So würden z.B. Konstruktionszeichnungen für Maschinen, die in den Werkstätten auslägen, mit Salzsäure begossen und vernichtet. Weiter zeigten sich an Maschinen, die in vollkommen ordentlichem Zustande verladen worden seien, später, als sie ausgeladen wurden, Schäden.

Sehr im argen liege die Frage des Werkschutzes, der zumeist aus Ukrainern bestehe. Die Disziplin des Werkschutzes habe sehr nachgelassen. Einen Ersatz zu finden, sei trotz der größten Anstrengungen fast unmöglich. Auch die Arbeitsdisziplin in den Werken selbst lasse viel zu wünschen übrig. Diese Verhältnisse seien wohl zum großen Teil auf die schlechte Entlohnung der Arbeiter zurückzuführen, die in keinem Verhältnis zu den erhöhten Lebenshaltungskosten stehe.

Betriebsführer Schröder führt aus, daß sich die Sicherheitslage infolge des Einfalls der Kolpak-Banden in letzter Zeit wesentlich verschlechtert habe. In der Nähe von 6 großen Werken hätten Kämpfe stattgefunden. Diese Werke seien die Hauptproduktionsstätten für die Flugzeughallen der Luftwaffe. Während früher dort die Produtkion glatt vonstatten gegangen sei, hätten sich nach dem Einfall der Kolpak-Banden die Sicherheitsverhältnisse außerordentlich verschlechtert. So sei z.B. in ganz kurzer Entfernung von dem Werk in Skole eine Patrouille von Landesschützen, Turkmenen, von einer Bande überfallen, 4 Mann seien getötet, 1 Mann schwerverletzt und ein leichtes Maschinengewehr geraubt worden. Weiter seien in der Nähe von Skole Forsthäuser überfallen und 4 Försterfamilien ermordet worden. Weitere

Überfälle seien gefolgt. Diese Zustände hätten dazu geführt, daß die Produktion in den Sägewerken erschrekkend zurückgegangen und die Holzabfuhr zum Teil unmöglich gemacht worden sei. Man werde auch in nächster Zeit mit starken Ausfällen zu rechnen haben, weil m. in diesen Gegenden kein Holz mehr abfahren könne. Auch die Heranführung von Rundholz aus den Wäldern liege jetzt völlig darnieder, und wenn die Lage nicht anders werde, bestehe keine Möglichkeit, die Luftwaffe mit den dringend notwendigen Flugzeughallen zu versorgen.

Rüstungsobmann Direktor Dr. Richter ergänzt die Ausführungen der anderen Betriebsführer und betont dabei, daß die Betriebe heute nicht mehr in der Lage seien, die ihnen auferlegten Fertigungen einzuhalten, geschweige denn die Leistung zu steigern. Die wenigen in den Betrieben beschäftigten Deutschen bekämen es langsam mit der Angst zu tun, zum Teil deshalb, weil sie wie z.B. in Stalowa-Wola auf sich selber angewiesen seien. Man versuche gleichwohl, diese Deutschen unter allen Umständen zu halten, da es nicht mehr möglich sei, andere deutsche Fachkräfte zu bekommen. Leider habe er feststellen müssen, daß vielfach die Durchführung von Maßnahmen, die sofort hätten ergriffen werden müssen, an Kompetenzfragen gescheitert seien. Dabei solle nicht verkannt werden, daß die Polizei die beste Absicht habe, die Banditen wirksam zu bekämpfen. Leider sei jedoch das Vertrauen in die Polizei angesichts mancher Vorkommnisse, z.B. angesichts der Tatsache, daß zwei Häuser von der Polizeiwache entfernt ein Mord oder Überfall geschehe, bei den Deutschen gesunken.

Für die Bekämpfung und Zerschlagung der Banden müßten zunächst einmal Großaktionen eingeleitet werden. Mit den im Generalgouvernement vorhandenen Kräften sei aber diese Aufgabe nicht zu erfüllen, sondern dafür bedürfe es der Heranziehung von Ersatzkräften aus dem Reiche. Ferner müsse sobald als möglich der Lebensstandard des polnischen Arbeiters gehoben werden. Weiter müßten für die Arbeiter Wohnungen geschaffen werden, damit sie in den Dörfern nicht fortdauernd von den Banden bedroht würden. Endlich müsse dafür Sorge getragen werden, daß deutsche Arbeits- und Fachkräfte als Aufsichtspersonal aus dem Reiche herangezogen würden.

Generaldirektor Grosse führt aus, daß die Erdölindustrie, die sich über weite Strecken des Generalgouvernements ausdehne, im besonderen Maße Sabotageakten unterliege. Die Kolpak-Bande habe bei ihrem Zug durch Ostgalizien zahlreiche Zerstörungen vorgenommen, es seien Bohrtürme abgebrannt und moderne Geräte fachmännisch gesprengt worden. Der ukrainische Werkschutz habe völlig versagt. Dies sei aber begreiflich, da die Zahl der Werkschutzmänner viel zu gering sei. Die dafür eingesetzten jungen Leute seien auch für eine solche Aufgabe nicht geeignet. Er habe deshalb angeordnet, zum Werkschutz ältere Arbeiter, die schon 1o, 2o oder 3o Jahre in den Betrieben arbeiteten und sich mit ihnen verbunden fühlten, heranzuziehen. Noch besser wäre es, wenn es gelänge, deutsche Werkschutzmänner als Gruppenführer zu erhalten.

In den entfernt liegenden Betrieben Ostgaliziens gebe es überhaupt keine polnischen Betriebsführer mehr, da sie fast sämtlich verschleppt oder ermordet worden seien. Diese Ermordungen und Verschleppungen in Ostgalizien würden vielfach von den Ukrainern vorgenommen.

Die polnischen Ingenieure hätten deshalb große Sorge, in den Betrieben zu bleiben, und daher werde in manchen Erdölfeldern nachts nicht mehr gefördert. Wenn die Verhältnisse in Westgalizien an und für sich auch nicht so ungünstig seien, so müsse doch festgestellt werden, daß hier ebenfalls schon passiver Widerstand geleistet werde. Die Arbeiter blieben vielfach von der Arbeit weg, zeigten sich widerspenstig, weigerten sich, bestimmte Arbeiten auszuführen usw.. Die Leistung gehe überall zurück. Das werde sich auf die Produktion sehr ungünstig auswirken.

Im allgemeinen seien die fremdvölkischen Arbeiter mit der Regelung der Ernährungsfrage einverstanden. Gleichwohl könnten befriedigende Verhältnisse erst hergestellt werden, wenn die Frage der Sicherheit gelöst sei. Er habe jetzt durch Verhandlungen erreicht, daß die Wehrmacht einige Kompanien in östliche exponierte Felder gelegt habe. Diese Maßnahme habe sofort eine günstige Wirkung gezeitigt.

Generalleutnant Schindler schließt sich den Ausführungen der Betriebsführer an und betont, daß die von ihnen gemachten Angaben noch weiteres Tatsachenmaterial ergänzt werden könnten. Die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements sei ein so wichtiger Bestandteil der Gesamtrüstung des Reiches, daß ihr Ausfall an der Front nicht ertragen werden könnte. Im Generalgouvernement werde ein Viertel bis ein Drittel der gesamten Infanteriemunition hergestellt, ferner hunderttausende von Granaten, hunderte von Geschützen und eine große Anzahl von Panzern.

Der größte Schaden liege in der inneren Aushöhlung der Rüstung, die von den Banden her erfolge. Deshalb müßten endlich durchgreifende Maßnahmen eingeleitet werden. Der Werkschutz sei vom ersten Tage an ein

Schmerzenskind gewesen: er zeige keine einheitliche Gestaltung, und das Menschenmaterial, das man für die Erfüllung dieser Aufgabe aus dem Reiche erhalten habe, sei nicht das beste. Im übrigen bestehe die Masse des Werkschutzes aus Ukrainern, die sich in ruhigen Zeiten im allgemeinen als brauchbar erwiesen hätten. Die lo % Volksdeutschen des Werkschutzes seien im allgemeinen unzuverlässig. Eine Vermehrung der Zahl der Reichsdeutschen sei nicht möglich gewesen, man habe im Gegenteil von den u.k.-gestellten reichsdeutschen Männern abgeben müssen. Der Werkschutz sei nunmehr dem unmittelbaren Einwirken der Rüstungsinspektion entzogen und unterstehe auf Grund einer im Reich ~~neu~~getroffenen Neuregelung auch der Polizei. Im ganzen gesehen habe der Werkschutz als solcher, wenn er auch Mängel aufweise, seine Funktion erfüllt. Er stelle natürlich keine Kampforganisation, sondern lediglich eine Alarmeinrichtung dar, und mehr könne man von ihm nicht verlangen. Infolge der Unzuverlässigkeit der Ukrainer habe allerdings der Werkschutz in letzter Zeit viel von seinem Wert eingebüßt.

(Pause von 13 Uhr bis 14 Uhr 15 Minuten)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ergreift zunächst Präsident Gerteis das Wort. Er kann im wesentlichen ein erfreulicheres Bild von den Verhältnissen bei der Ostbahn geben. Die Züge führen pünktlich, würden richtig und zeitgerecht gebildet, die Verkehrsdienststellen arbeiteten befriedigend, und selbst in den fabrikähnlichen Ausbesserungswerken sei der Leistungsstand im ganzen noch befriedigend. In den Werken sei je Mann und Einheit eine Leistungssteigerung von 27 % erzielt worden. Er schreibe das dem Umstand zu, daß sich die Ostbahnverwaltung seit Jahren bemüht habe,

in ein günstiges Verhältnis zur polnischen Belegschaft zu kommen. Die Auffassung, daß die Widerstandsbewegung mit Rücksicht auf die Versorgung des polnischen Volkes in verkehrstechnischer Beziehung den Betrieben der Ostbahn fernbleibe, beruhe wohl auf Wahrheit.

Terrorakte seien allerdings im Weichbild von Warschau-Praga vorgekommen. Hier habe sich auch in den Monaten August und September ein Leistungsrückgang von 29 % feststellen lassen. Diese Abwärtsbewegung sei durch eine stärkere deutsche Aufsicht eingefangen worden. Es sei auch gelungen, mit gewissen sozialen Maßnahmen den Terror in den Betrieben und die Zahl der durch Terroristen verübten Mordanschläge herunterzudrücken, so daß der Leistungsabfall im September auf lo % beschränkt werden konnte. Dafür habe aber der Terror jetzt auf das Werk Brusko übergegriffen. Meistens würden besonders tüchtige polnische Kräfte umgebracht, die der Leistungsklasse 1 angehörten: sie erhielten Drohbriefe und könnten nicht mehr aus dem Werk gehen, ohne getötet oder verwundet zu werden. Auch die Deutschen des Werkes seien stark gefährdet und könnten nur noch in Gruppen über die Straße gehen.

Angesichts des Verhältnisses der Ukrainer zu den Polen würden jetzt die Verhältnisse in Galizien schlechter. Man sei nun einmal in Galizien darauf angewiesen, ebenso wie die Industrie die Fachkräfte, gelernte Arbeiter, Fahrdienstleiter, Vorsteher, usw. aus den Polen zu nehmen, weil den Ukrainern die dafür notwendige Qualität fehle und es noch Jahre dauern werde, bis man aus ihnen ein tüchtiges Personal herangezogen habe. Die polnischen Angestellten der Ostbahn seien aufs äußerste bedroht und müßten vielfach vor Angriffen der Ukrainer flüchten.

Ganz anders sei das Bild, das sich für den Betrieb ergebe angesichts der Überfälle und Sabotageakte, die von außen kämen. Der Bereich des Generalgouvernements umfasse eine Eisenbahnstrecke von 7 ooo km mit 8 oo Dienststellen. Es sei ganz unmöglich, mit den zur Verfügung stehenden eigenen Polizeikräften zuzüglich dessen, was die Wehrmacht zum Schutze der Ostbahn gegeben habe, irgendwie einen Schutz zu gewährleisten. Man müsse sich darauf beschränken, eine lebhafte Bestreifung der Bahnanlagen und Bahnhöfe durchzuführen und überraschend an der einen oder anderen Stelle mit grösseren Kräften aufzutreten, wenn dort Gefahr drohe. Man könne höchstens behaupten, daß in den letzten Monaten eine Stabilisierung der Zahl der Überfälle eingetreten sei. Diese Überfälle seien aber im einzelnen viel frecher geworden: Züge, die mit Abwehrkräften besetzt seien, würden bei Tage überfallen, so z.B. bei Konskie. Bei einem Überfall auf einen Munitionszug in der Nähe von Pulawy sei dieser vollständig vernichtet worden. Ferner sei ein großes Schwellenanlager überfallen worden, und dabei seien sämtliche Schwellen verbrannt. Dazu kämen täglich zwei bis drei leichtere Überfälle mit Beraubung von Kassen usw.. Die Banditen verstünden es, ihre Kräfte auf die Haupttransportstraßen zu konzentrieren. Die immer schwerer werdenden Folgen dieser Überfälle seien lebhafte Störungen einzelner Transportstraßen bis zu 24 Stunden. Für die Bekämpfung solcher Überfälle ständen 8oo deutsche Bahnschutzleute zur Verfügung, die um 1 7oo nichtdeutsche Kräfte verstärkt seien. Dazu komme noch der Werkschutz für einzelne Großbetriebe mit 8oo Ukrainern. Dieser Werkschutz habe aber nur sehr zweifelhaften Wert. Die Sicherheitslage der Ostbahn sei ein Spiegelbild der allgemeinen Sicherheitslage. Auch die Ostbahn werde geschützt sein, wenn es gelinge, das Land einigermaßen zu befrieden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt führt aus, daß die Forst- und Holzwirtschaft von der Sicherheitslage insofern ganz besonders beeinflußt werde, als ihr Betrieb unmittelbar in den Wäldern bzw. in der Nähe der Wälder vor sich gehe, wo die Banditen ihre Quartiere hätten. In der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements seien 18o ooo Arbeiter beschäftigt, nicht in größeren Betrieben, so daß man sie überwachen oder schützen könnte, sondern diese 18o ooo Arbeiter gingen in kleinen Trupps zu 3 oder 5 Mann von jedem Dorf in den Wald, um dort das Holz einzuschlagen, und seien der Bedrohung durch die Banditen ganz besonders ausgesetzt. Die Banditen und Partisanen hätten die Anweisung, die Forst- und Holzwirtschaft, die ihre Produktion zum größten Teil der Wehrmacht zur Verfügung stelle, nach Möglichkeit zu stören. Der Terror, den die Banditen ausübten, habe unter den Arbeitern eine Psychose hervorgerufen, angesichts deren sie nicht mehr in den Wald gehen wollten.

Noch viel schwieriger sei es mit dem Schutze der Hunderttausende von Holzfuhrleuten bestellt, was ja praktisch jeder Bauer sei. Der Schutz jedes Einzelnen sei natürlich unmöglich. Die Bereitwilligkeit zur Arbeit hänge aber natürlich vom guten Willen der Leute ab, und dieser gute Wille werde durch den Terror der Banden sehr beeinträchtigt.

Von den Sägewerken seien 7o = lo % der vorhandenen Werke außer Betrieb gesetzt, immerhin schon ein merklicher Ausfall, da man keine anderen Werke einsetzen könne. Das Holz müsse eben von den Werken geschnitten werden, in deren Nähe es liege. Die motorisierte Holzabfuhr sei auch fast völlig stillgelegt, nachdem trotz aller Schutzvorkehrungen verschiedene Lastzüge gesprengt worden seien.

Die Zahl der Überfälle auf Forstgehöfte, Sägewerke, Waldbahnen usw. habe sich in den Monaten Mai und Juni um etwa 45o bewegt und sei dann im Juli auf 32o zurückgegangen, aber im August wieder auf die alte Zahl angestiegen.

Die polnischen Förster und sonstigen Angestellten der Forstverwaltung seien ebenso wie die ukrainischen Forstbeamten an sich loyal eingestellt. Gleichwohl bestehe die Gefahr, daß sie angesichts des Terrors der Banditen in das gegnerische Lager gezogen würden. Im Distrikt Radom seien nahezu sämtliche Forstgehöfte überfallen worden, die polnischen Forstbeamten flüchteten Nacht für Nacht aus ihren Gehöften, sammelten sich zum Teil in mehreren Förstereien, - eine große Belastung, unter der auch der Dienst auf die Dauer erheblich leiden müsse.

Die für die nichtdeutsche Gefolgschaft aus polizeilichen Gründen angeordnete Telefonsperre habe für die Wirtschaft sehr nachteilige Folgen, da ein Forstbeamter unter Umständen kilometerweit über Land fahren müsse, um eine Meldung zu überbringen. Diese Boten würden auch häufig abgefangen.

Bekanntlich nehme die Holz- und Forstwirtschaft des Generalgouvernements insofern eine entscheidende Stellung ein, als von ihr die südliche Ostfront mit Holz versorgt werden müsse. Weil die Ukraine sehr waldarm sei, deshalb sei das Generalgouvernement das Hinterland der Front. Ferner müßten die großen Nachschubtransporte der Eisenbahn beliefert werden. Dazu komme die Versorgung des großen Industriegebeites in Oberschlesien mit Grubenholz, ferner die Zellulosefabrikation. Auf jedem Gebiet sei das Holz ein wichtiger Rohstoff; wenn es nicht vorhanden sei oder nicht produziert werde, dann bedeute das automatisch ein langsames Laufen der Gesamtwirtschaft und der Maßnahmen an

der Front.

Die Lage der Holz- und Forstwirtschaft sei bis zum April dieses Jahres sehr günstig gewesen. Es sei gelungen, die technischen Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung von Hufeisen, von Stiefeln und Anzügen für die Gefolgschaft usw. zu überbrücken. Anfang Juni habe der Einschlag des Forstwirtschaftsjahres etwa zu 100 % am Boden gelegen, und die Abfuhr sei etwa zu 50 % durchgeführt worden. Dann aber habe die Unsicherheitslage eingesetzt, und man sei mit der Abfuhr seitdem eigentlich nur um 15 % weitergekommen. Wieviel man von dem fertigliegenden Einschlag werde fortschaffen können, hänge von der weiteren Entwicklung der Sicherheitslage ab. Das gleiche gelte für die Frage, ein wie großer Einschlag im kommenden Jahr gemacht werden könne. Jedenfalls würden vom Oktober ab nur noch etwa zwei Drittel der Holzmenge geliefert werden können, die man hätte liefern können, wenn die Sicherheitslage beständig geblieben wäre. Das bedeute einen Produktionsausfall von 30 bis 35 %.

Wenn die Lage auf dem flachen Lande und in den Wäldern sich nicht bald ändere, dann sei zu befürchten, daß der gesamte Betrieb zum Stillstand komme.

Die Bekämpfung des Bandenunwesens und ihre Schwierigkeiten könne vielleicht niemand so gut beurteilen wie der Forstmann, der in den Wäldern groß geworden ist und Gelegenheit gehabt habe, irgendwelche Aktionen zu leiten. Ein einfaches Durchkämmen der Wälder werde nie zum Erfolge führen, da ja die Banditen alle Schleichwege kennten. Also eine Einkreisung der Banditen von außen werde kaum möglich sein, sondern entsprechende Maßnahmen müßten von innen heraus getroffen werden. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die Forstbeamten und Forstarbeiter ein größeres Gefühl der Sicherheit erhielten. Die polnischen bzw. die ukrainischen

Forstleute müßten mehr als bisher zur Bekämpfung der Banden herangezogen werden. Staatssekretär Krüger habe gute Erfolge damit gehabt, daß diese Forstleute als Wegweiser benutzt wurden und man sich von ihnen Nachrichten geben ließ. Sie müßten dann aber auch entsprechend geschützt werden.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß schon seit einem Jahr die Erzeugungsbetriebe der Landwirtschaft Ziel und Mittelpunkt von Angriffen der Partisanen oder der Banditen gewesen seien. Begonnen habe es im Distrikt Lublin, und von Monat zu Monat sei das Problem immer ernster geworden. Der Gegner habe mit der Zerstörung von Molkereien und sonstigen Betrieben der Milchwirtschaft angefangen, und zwar in den Monaten Januar bis April 1943. Von den etwa 68o Molkereien, die im gesamten Generalgouvernement aufgebaut werden konnten, seien 15o total zerstört und 3oo schwer beschädigt. Allein in diesen Betrieben seien über 5 ooo Maschinen gesprengt oder nachhaltig zerstört worden. Kurz vor Beginn der Ernte hätten dann die Banditen ihr Hauptaugenmerk auf die Zerstörung der für die Ernte und ihre Bergung notwendigen Maschinen gerichtet. In fünf Wochen seien über 2 ooo Großdreschkästen völlig zerstört worden. Nachdem die Ernte einigermaßen geborgen sei, befürchte man Angriffe auf Zuckerfabriken und landwirtschaftliche Brennereien.

Vom April dieses Jahres an habe die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die zuständigen Stellen auf diese Dinge hingewiesen und geltend gemacht, daß im Interesse der Erntesicherung und der Erfassung der Ernte 1943 entsprechende Maßnahmen getroffen werden müßten. Es sei damals ganz klar gesagt worden, daß nur ein weitverzweigtes Stützpunktsystem helfen könne, daß Großaktionen vielleicht zur Zerschlagung größerer Banden notwendig seien, es damit aber nicht sein Bewenden haben dürfe. Eine nachhaltige Sicherung sei nur dadurch

möglich, daß mindestens in jede Sammelgemeinde ein Stützpunkt in Stärke von 1 : 3o, 1 : 2o oder 1 : 15 gelegt werde.

Die landwirtschaftliche Verwaltung habe von sich aus versucht, einen Selbstschutz in ihren Betrieben zu errichten, z.B. in Zuckerfabriken und Brennereien. Leider sei es bisher nicht gelungen, die für die Ausrüstung dieses Selbstschutzes notwendigen Waffen zu erahlten. Diese Waffen müßten nummehr baldmöglichst zur Verfügung gestellt werden. Mit einem solchen Werkschutz, der allerdings nur mit französischen Schrotflinten bewaffnet sei, habe man gute Erfahrungen gemacht.

Im Bereiche der Ernährungswirtschaft seien ca. 6o ooo fremdvölkische Menschen als Kreisagronomen, Bezirksagronomen und für den Erfassungsapparat eingesetzt. Von den 6o ooo Menschen seien allein in zwei Monaten 48o erschossen und Tausende verletzt worden. Selbstverständlich müßten sich diese Verluste auf die Arbeitswilligkeit und Einsatzfreudigkeit dieses fremdvölkischen Produktionsapparates ungünstig auswirken. Daneben seien Verluste in den Reihen der polnischen und ukrainischen Betriebsführer zu verzeichnen. Es sei deshalb vielfach nicht mehr möglich, Polen als Betriebsführer in ihren Stellungen zu belassen. Auch gut ablieferndе Bauern seien von den Banditen dafür bestraft worden, daß sie ihre Kontingente rechtzeitig abgeliefert hätten. Alles das habe natürlich für die Bereitwilligkeit zur Ablieferung und das Bestreben, den Befehlen der deutschen Verwaltung nachzukommen,höchst nachteilige Folgen.

Wenn bisher die Erfassung auf dem Gebiete des Getreides so zufriedenstellend gelaufen sei, dann sei es nur der Tatsache zuzuschreiben, daß in einer ganzen Reihe von Kreisen diese Stützpunkte vorbildlich hätten aufgebaut werden können, daß sich Wehrmacht, SS und

Polizei wie die gesamte Zivilverwaltung für die Erfüllung dieser Aufgabe zusammengefunden hätten. Überall da, wo das Stützpunktsystem in den Kreisen ausgebaut sei, sei das Tempo der Erfassung vorbildlich, und die Kontingente an Brot- und Futtergetreide seien so hereingekommen, wie man es geplant habe. Nun müßten aber auch Kartoffeln, Fleisch, Milch und andere Produkte erfaßt werden. Deshalb dürften etwa im November die Stützpunkte unter keinen Umständen aufgelöst werden, sondern es müsse, solange die Erfassung auch dieser Produkte laufe und auch noch darüber hinaus ein ausreichender Schutz gewährt werden. Wenn es gelinge, auf schnellstem Wege die Sicherheit so wieder herzüstellen, daß die Erfassung und Verteilung nach den festgelegten Plänen durchgeführt werden könne, dann werde es möglich sein, die Leistungen zu erstellen, die das Reich und die Wehrmacht vom Generalgouvernement verlangten und die notwendig seien, damit die Verpflegungssätze, die am 1.September bzw. 1.Oktober eingeführt werden sollten, auch tatsächlich eingehalten werden könnten.

Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalmajor Grünwald kann auf Grund seiner eigenen Anschauung und aus den eingehenden Berichten feststellen, daß man dort, wo das Stützpunktsystem frühzeitig aufgebaut worden sei, eine gewisse Befriedung habe erreichen können. Gleichwohl dürfe nicht verkannt werden, daß trotz des bestehenden Stützpunktsystems immer wieder eine Zusammenziehung der Polizeikräfte erfolgen müsse. Die Polizeikräfte könnten nicht dauernd in diesen Stützpunkten bleiben, da sonst jede weitere Ausbildung unmöglich wäre und die Schlagkraft der einzelnen Gruppen verlorengingen.

Eine Bewaffnung der Selbstschutzkräfte mit einer Schußwaffe könne von ihm zugebilligt werden, nicht aber eine Bewaffnung mit Maschinenwaffen; denn die Waffe in der Hand dieser Zivilisten bedeute keinen Schutz für sie, sondern biete für die Banden einen Anreiz, die Selbstschützkräfte zu überfallen, um sich in den Besitz der Waffen zu setzen.

Von den einzelnen Hauptabteilungen träten an ihn Wünsche auf besondere Sicherung heran. Er sei gern bereit, diesen Wünschen soweit als möglich zu willfahren. Andererseits seien aber die Polizeikräfte bis zum äußersten eingesetzt, so daß er, Generalmajor Grünwald, manchen wohlberechtigten Wünschen nicht nachkommen könne.

Im allgemeinen könne wohl gesagt werden, daß die einzelnen Betriebe des Generalgouvernements nicht in allzu großer Sorge zu sein brauchten, daß ihnen etwas geschehe. Das Land sei verhältnismäßig stark mit Stützpunkten durchsetzt, und in verhältnismäßig kurzer Zeit könnten auch gegebenenfalls Verbände der Polizei bzw. der Wehrmacht zum Einsatz gelangen. Alle Objekte im voraus zu schützen, werde nicht möglich sein. Es müsse vielmehr auch darauf zurückgegriffen werden, daß die Postierungen der Polizei im geeigneten Moment herangeholt würden. Die Sorge um die Sicherheit des einzelnen Rüstungsbetriebes und Werkes sei durchaus verständlich. Er sei aber erfreulicherweise auf ein großes Entgegenkommen von seiten der Wehrmacht gestoßen und könne feststellen, daß große Rüstungsbetriebe auch von der Wehrmacht selber gesichert würden. Immerhin könne sich die Lage stets wieder ändern, weil weder die Polizei noch die Formationen der Wehrmacht wüßten, wohin sie am nächsten Tage auf höheren Befehl beordert würden.

Das Stützpunktsystem und die damit herbeigeführte Sicherung größerer Gebiete habe den Erfolg gehabt, daß die Sicherheit ohne Zweifel zugenommen habe. Auch die Polizei- und SS-Führer wie die Gouverneure erkennten die Wirksamkeit des Stützpunktsystems an und bestätigten, daß es eine gewisse Sicherheit in die Bevölkerungskreise hineingetragen habe. Eine endgültige Befriedung des Raumes werde allerdings mit den zur Verfügung stehenden Kräften in kurzer Zeit nicht möglich sein.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp stellt fest, daß die Widerstandsbewegung im Generalgouvernement ständig in den letzten Jahren zugenommen habe. Das hänge nicht mit dem Raum zusammen, sondern mit der gesamten militärischen Lage des Reiches und sei in allen besetzten Gebieten so. Immer dann, wenn der Feind glaube, daß er irgendwelche stärkeren Schläge gegen das Deutsche Reich richten könne, werde er versuchen, die Kräfte des Landes, die auf seiner Seite ständen, gegen die deutsche Führung einzusetzen.

Die Widerstandsbewegung im Generalgouvernement sei zwei Wege gegangen, einmal den Weg der Zersetzung der einheimischen arbeitenden Bevölkerung, die sich freute, wieder Brot und Arbeit unter deutscher Führung finden zu können, zum anderen den Weg des aktiven Kampfes durch die Banden. Je schwieriger die militärische Lage des Deutschen Reiches zu werden schien, desto aktiver sei der Einsatz gegen die deutsche Führung geworden. Demgegenüber komme es jetzt darauf an, die Stimmung im Volke in irgendeiner Form für die deutsche Führung zu aktivieren, d.h. den Menschen das Gefühl wiederzugeben, daß die deutsche Führung im Lande eine Macht darstelle, mit der sie immer zu rechnen hätten und die nie wieder aus diesem Lande hinausgehe.

Wenn immer wieder die Banden Überfälle machen könnten, ohne bestraft zu werden, wenn es ihnen gelinge, Sabotageakte in großer Zahl durchzuführen, wenn Arbeitsunlust im Betriebe geduldet werde, dann würden nicht die guten Elemente dadurch gestärkt, sondern die Widerstandsbewegung. Daher habe auch die Sicherheitspolizei von jeher das Bestreben gehabt, nach Möglichkeit die wirklichen führenden Köpfe zu fassen und zur Verantwortung zu ziehen. Auf Grund des von der Sicherheitspolizei durchgeführten Systems seien diese Elemente hinter Schloß und Riegel und zur Verurteilung gebracht worden. Er werde in Zukunft dazu übergehen, auf offener Straße Exekutionen als Exempel vornehmen zu lassen: dort, wo der Überfall gewesen sei, werde der Täter hingerichtet. Die Bevölkerung müsse erkennen, daß schaff zugefaßt und derjenige, der sich gegen die deutsche Ordnung vergeht, der Strafe zugeführt werde. Wenn ihm gemeldet werde, daß in einem Betriebe die Arbeitswilligkeit nachlasse, dann werde er die Hetzer aus dem Betriebe holen bzw. sie im Betriebe hinrichten lassen. Bedauerlicherweise unterließen Betriebsführer häufig eine Anzeige, weil sie offenbar glaubten, daß dadurch die Gefahr für ihren Betrieb noch größer werde. Das sei eine vollkommen falsche Einstellung: nur dadurch, daß man den Leuten zeige, daß die Deutschen die Herren im Lande seien, werde man sich durchsetzen.

Er brauche aber noch eine weitere Unterstützung. Die Wirtschaft glaube immer, daß ihr Wirtschaftsinteresse im Vordergrunde stehe und die Sicherheit dazu kommen müsse. Beides gehöre engstens zusammen. Er habe sich aus Krakau z.B. Zahlenmaterial darüber geben lassen, wieviel Nachtausweise Fremdvölkischer allein von der Polizeidirektion ausgestellt worden seien. Ihm sei gemeldet worden, daß allein in Krakau 93 ooo Nachtausweise auf Antrag der Wirtschaft ausgestellt worden seien.

Dazu kämen noch zahlreiche Nachtausweise für die bei der Polizei, der Wehrmacht und anderen Dienststellen und Behörden beschäftigten Polen. Er werde demnächst aufs schärfste gegen diesen Mißbrauch vorgehen. Weiterhin müsse der Personenverkehr auf der Eisenbahn eingeschränkt. Alle diese Schwierigkeiten müßten gegeneinander abgestimmt werden, und man müsse zu einer Regelung kommen, die endgültig eine absolute Sicherheit im Generalgouvernement herbeiführe. Das liege vor allem auch im Interesse der Wirtschaft.

Betriebsführer Schröder betont, daß die Darlegung der Kommandeure der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei die Betriebsführer in keiner Weise befriedigen könnten. Es müsse vielmehr festgestellt werden, daß keine Spur einer Besserung vorhanden sei. Vor allem müsse mit dem Betriebsführer aufs engste zusammengearbeitet werden, damit keine Fehlgriffe vorkämen; sonst würde die Autorität in den Betrieben noch mehr untergraben werden.

Betriebsführer Scholze legt dar, daß das Stützpunktsystem oft keinen genügenden Schutz gewährleiste. Das sei z.B. in Stalowa-Wola der Fall, wo zwar eine Wachkompanie vorhanden sei, die aber bis zu einer Entfernung von 4o km vom dem Werk verstreut sei. Auch die Angehörigen einer Außenstelle der Sicherheitspolizei seien meistens in der Exekutive tätig und kämen ebenfalls für einen Einsatz nicht in Frage. Auch das Meldewesen sei schlecht organisiert, so daß jede Dienststelle andere Nachrichten erhalte und andere Maßnahmen treffe. Aus diesen Gründen hätten sich die Deutschen des Werkes zusammen getan, um z.B. den Schutz der Siedlung, die zum Werke gehöre, zu übernehmen. Daß eine solche Belastung auf die Dauer nicht tragbar sei, sei

klar. Im Wege eines zentralen Einsatzes der Kommandostellen könne man bestimmt die geringen vorhandenen Kräfte aktiver einsetzen als bisher.

Generaldirektor Hoffmann gibt zu bedenken, daß es hinsichtlich der Ausstellung von Nachtausweisen sehr schwer sei, eine Auswahl zwischen den Arbeitern zu treffen, denen man ein gewisses Vertrauen schenken könne, da ein Teil dieser Arbeiter im Lager der Banditen stehe. - Den Ausführungen des Befehlshabers der Ordnungspolizei könne er sich nicht anschließen. Man könne heute nicht einmal das, was man in vierjähriger Arbeit aufgebaut habe, halten, geschweige denn den erhöhten Anforderungen, die jetzt gestellt würden, genügen.

Betriebsführer Geldmahl kann für die Hasag-Werke in Kamiena berichten, daß dort die Verhältnisse ähnlich lägen wie in anderen Betrieben. Der Werkschutz bestehe aus 99 Mann, von denen 7o Ukrainer seien, deren Unzuverlässigkeit ja bekannt sei. Er habe sich deshalb für den Selbstschutz 22 Reichsdeutsche kommen lassen, von denen aber lo bald wieder hätten abgegeben werden müssen. Von einem Obersturmbannführer sei ihm erklärt worden, daß ein Angriff auf die Hasag-Werke durch 2 Banden zu erwarten sei, aber Hilfe nicht gewährt werden könne. Er habe dann die Rüstungsinspektion um Hilfe gebeten und darauf auch einen militärischen Schutz erhalten, rechne aber täglich damit, daß die Mannschaften wieder abgezogen würden.

Generalleutnant Schindler führt aus, daß man sich in der Rüstungsinspektion darüber klar sei, daß für die Bekämpfung der Banden nur geringe Kräfte zur Verfügung ständen. Angesichts der Aufgaben aber, die den Rüstungsbetrieben gestellt seien, fühle man sich verpflichtet,

die Nöte aufzuzeigen, mit denen man zu kämpfen habe. Man halte jetzt den Zeitpunkt für gekommen, in welchem offen über die Dinge gesprochen werden müsse. Deshalb habe er auch in der vergangenen Woche die Betriebsführer zusammengerufen, damit sie dem Generalgouverneur die Lage schildern könnten. Aus ihren Ausführungen wie auch den Darlegungen der Abteilungspräsidenten gehe klar hervor, daß der Notstand nunmehr einen Grad erreicht habe, der eine Änderung der Dinge dringend erforderlich erscheinen lasse. Die Rüstungsinspektion könne sich mit der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes unter keinen Umständen abfinden. Er habe dem Führer und dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition gegenüber die Verpflichtung, die erhöhten Forderungen durchzusetzen und die Leistungen zu vollbringen, die ihm aufgetragen seien. Unter den jetzigen Verhältnissen sei das kaum möglich. Es könne nur erreicht werden, wenn neue Kräfte für die Bekämpfung der Banden zur Verfügung gestellt würden. Er bitte deshalb die maßgebenden Instanzen der Polizei um ihre Unterstützung, und sei auch der Überzeugung, daß der Herr Generalgouverneur entsprechende Schritte ergreifen werde. Wenn keine Veränderung der Verhältnisse eintreten sollten, dann müßte er melden, daß er nicht in der Lage sei, die geforderte Ausbringung zu erreichen. Das wesentliche sei die Sicherung der deutschen Autorität im Wege der Heranziehung von Kräften der Polizei oder Wehrmacht, damit die Polen sähen, daß die Deutschen wieder führten.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> hält es für geboten, in Berlin darauf hinzuweisen, daß eine <u>Steigerung</u> des <u>Rüstungsprogramms</u> angesichts des <u>Mangels an Sicherheitskräften</u> im Generalgouvernement zur Zeit nicht möglich sein werde.

Generalleutnant Schindler erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß die Kapazität der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements eine bedeutende Erhöhung des Ausstoßes gestatte, und zwar unter Anwendung der Verfeinerungsmaßnahmen der Rationalisierung unter unwesentlicher Vermehrung der Arbeitskräfte mit den ungefähr gleichen Maschinen. Auch die Verlagerung, die man aufzunehmen habe, könne man tragen. Eine Schwierigkeit sei nur in so fern aufgetreten, daß sehr viel aus dem Osten zurückverlagert und großer Lagerraum benötigt werde, so daß wieder auf Industrieanlagen zurückgegriffen werden müsse, die eigentlich für die Verlagerung vorgesehen waren.

Gouverneur Kundt kann auf Grund der im Distrikt Radom gemachten Erfahrungen feststellen, daß das Stützpunktsystem die richtige Methode für die Gewährleistung der Sicherheit und damit für die Wiederherstellung der Autorität der deutschen Führung darstelle. Leider mangele es an der zureichenden Zahl von Stützpunkten. Gleichzeitig habe das Abziehen der motorisierten Kräfte eine systematische Zerschlagung der geschlossenen Banden unmöglich gemacht. Wenn also die Forderungen der Rüstungsindustrie erfüllt und alle sonstigen kriegswichtigen Maßnahmen getroffen werden sollten, dann müsse unbedingt eine Vermehrung der Stützpunkte eintreten. Auch die Bewaffnung der Mannschaften müsse wesentlich besser werden. Ein weiterer Übelstand liege darin, daß die Stützpunkte keine Reserven hinter sich hätten, und soweit sie vorhanden seien, seien sie ungenügend motorisiert. Die Stützpunkte selbst verfügten bestensfalls über Fahrräder, die aber vielfach nicht im gebrauchsfähigen Zustand seien. Auch die Ausstattung mit Nachrichtengeräten sei unzureichend.

Leider müsse festgestellt werden, daß seit der letzten Besprechung der Sicherheitslage im Mai ds.Jrs. trotz der ernsten Lage keine Vermehrung, sondern eher eine Verminderung der Kräfte der Sicherheitspolizei eingetreten sei. Angesichts der Überlastung der geschulten Kräfte der Sicherheitspolizei sei es ihnen vielfach gar nicht möglich, das einlaufende Informationsmaterial so schnell zu bearbeiten, daß eine aktuelle Wirkung herbeigeführt werden könne.

Betriebsführer Mehdorn hält es für möglich, eine wesentliche Leistungssteigerung der Rüstungsindustrie bis auf das Doppelte der bisherigen Leistung zu erreichen, wenn man es verstehe, die Polen zum Funktionieren zu bringen. Man sei zum größten Teil auf den polnischen Arbeiter angewiesen, der aber infolge der Sicherheitslage in seinem Einsatzwillen gehemmt werde. Es handele sich jetzt darum, die Kräfte, die in den Polen lägen, wieder für die deutschen Zwecke freizumachen. Dann werde man erheblich höhere Leistungen erreichen, ohne neues Menschenmaterial einsetzen zu müssen. Leider seien den Betriebsführern im einzelnen zu geringe Mittel in die Hand gegeben, damit sie Disziplinwidrigkeiten der Arbeiter entgegenwirken könnten. So habe er z.B. in Fällen von Disziplinlosikgeit und Obstruktion einzelner Arbeiter dem Arbeitsamt davon Meldung gemacht, und gebeten, diese Arbeiter in ein Erziehungslager zu überführen. Es sei ihm aber nicht gelungen auch nur in einem einzigen Fall eine solche Maßnahme zur Durchführung zu bringen. Diese Arbeiter befänden sich alle noch im Werke.

Präsident Gerteis nimmt zur Frage der Industrieverlagerung Stellung und betont, daß sich die Ostbahn seit 24 Stunden einer völlig neuen Situation gegenüber befinde. Die Ereignsisse im Osten hätten es notwendig

gemacht, z.B. 600 km einer eingleisigen Strecke zweigleisig auszubauen. Ferner sei man genötigt, vier große Ausbesserungswerke ins Generalgouvernement zu übernehmen. Die neuen Transportstraßen würden künftig solche erster Ordnung werden und erforderten deshalb einen erhöhten polizeilichen Schutz.

Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalmajor Grünwald begründet seine Behauptung, daß die Sicherheitslage eine Besserung erfahren habe, damit, daß infolge der Einrichtung des Stützpunktsystems eine gewisse Beruhigung in der Bevölkerung eingetreten sei, die sich besonders bei der Getreideerfassung gezeigt habe. Mit einem weiteren Bestehen des Bandenunwesens müsse leider gerechnet werden, und man wisse auch, daß einzelne Werke darunter sehr zu leiden hätten. Er gebe auch zu, daß mit den zur Verfügung stehenden Kräften eine weitere Sicherung des Landes nicht möglich sei. Zuzugeben sei, daß die Bewaffnung der Polizeimannschaften den Anforderungen, die an sie gestellt würden, nicht genüge. Ihm sei vom Hauptamt der Ordnungspolizei vor einigen Tagen zugesagt worden, daß für eine bessere Bewaffnung auch der Gendarmerie gesorgt werden solle. Die Schwierigkeiten, die sich der Motorisierung entgegenstellten, seien zur Zeit nicht zu beseitigen.

Generalmajor Haseloff wendet sich zunächst gegen die in offener und versteckter Form zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß es an der Zeit sei, daß die Wehrmacht die Dinge in die Hand zu nehmen habe. Solche Auffassungen seien völlig abwegig. Die der Wehrmacht gegebenen Befehle seien absolut eindeutig; sie besagten, daß für die Sicherheit des Landes allein der Reichsführer SS und seine Organe zuständig seien und die Wehrmacht die Organe des Reichsführers insoweit zu unterstützen habe, als dies ihre eigentlichen Aufgaben zuließen. Einmal habe die Wehrmacht die Aufgabe, den

Nachschub und die Schlagadern der Ostfront zu schützen, ferner den Schutz für die wichtigsten durch das Generalgouvernement führenden Eisenbahnen und Verkehrsstraßen in der Ost-West-Richtung zu übernehmen. Durch diese Aufgabe werde die Masse der Kräfte gebunden. Eine zweite Aufgabe liege in der Ausbildung von Rekruten als Ersatz für die kämpfende Truppe. Soweit es die Kräfte zuließen, habe man darüber hinaus die Unterstützung der Organe des Reichsführers sicherzustellen und die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Insgesamt habe man gegenüber einer Zahl von 9 ooo Mann Polizei etwa mit 25 ooo bis 3o ooo Mann zu rechnen, die einsatzmäßig zur Verfügung ständen. Für die eigentlichen Sicherungsaufgaben ständen rd. 25 Landesschützenbataillone zur Verfügung. Daneben ständen zwei Reservedivisionen. Der Name täusche leicht über den Charakter dieser Truppe. Die Reservedivisionen seien nichts anderes als Formationen zur Ausbildung von Rekruten. Ferner habe man rd. 1. Dutzend Bataillone, die lediglich zur Kriegsgefangenenbewachung dienten. Schließlich ständen noch etwa lo Bataillone landeseigener Verbände zur Verfügung. Es seien Georgier, Armenier, und ähnliche Truppen, die in besonderen Verbänden zusammengefaßt seien. Die Masse der militärischen Kräfte sei durch den Objektschutz gebunden, einen Teil davon habe man zum Schutze von Industriewerken und lebenswichtigen Anlagen des Nachschubes für die Ostfront einsetzen können, für Betriebsstofflager, Verpflegungslager usw..

Die Masse der Reservedivisionen habe man weitgehend zur Sicherung des Landes in Form der Stützpunkte eingesetzt. Die ostvölkischen Bataillone seien nur bedingt einsatzfähig, weil sie gerade in diesem Raum die Möglichkeit hätten, sich mit der Bevölkerung zu verständigen, und im besonderen Maße der feindlichen Propaganda ausgesetzt seien. Das einzige, was zur Zeit für die

Sicherung des Landes zur Verfügung stehe, seien die 25 Landesschützenbataillone. Befehle, die ostvölkischen Bataillone abzugeben, lägen bereits vor. Diese Truppe müsse der Beeinflussung durch die polnische Bevölkerung entzogen werden, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß sie unter diesem Einfluß immer mehr zerfalle. Ob es der obersten Führung möglich sein werde, als Ersatz dafür andere Kräfte zu geben, sei zu bezweifeln. Die Truppen der Reservedivisionen bestänen nur zu einem kleinen Teil aus ausgebildeten Leuten, nämlich den Ausbildern; alles andere seien Rekruten, die als Ersatz für die Ostfront ausgebildet würden. Angesichts der schweren Kämpfe im Osten sei damit zu rechnen, daß dieser Ersatz verhältnismäßig schnell angefordert werde.

Nach alledem müsse er feststellen, daß die Kräfte der Wehrmacht außerordentlich beschränkt seien. Gleichwohl sei man bereit, sich bis an die Grenze der eigentlichen Aufgabenstellung für die Sicherheit des Landes einzusetzen und Kräfte dafür zur Verfügung zu stellen. Aber auch diese Möglichkeit sei begrenzt.

Wenn die Vertreter der Werke unter anderen von dem Einsatz einer Wachkompanie gesprochen hätten, so müsse er schon gegen diesen Ausdruck Stellung nehmen. Diese Kompanien seien nicht etwa lediglich zum Schutze des Werkes eingesetzt, sondern sollten den gesamten Raum schützen. Die Truppe müsse auf dem Lande eingesetzt werden und schon durch ihre Anwesenheit wirken.

Eine Großaktion habe nach Auffassung des Wehrkreiskommandos nur Zweck, wenn sie mit ausreichenden Kräften durchgeführt werde. Die Kräfte, die dafür zur Verfügung ständen, reichten aber nicht aus, um für eine Großaktion einen Erfolg in Aussicht zu stellen. Deshalb werde der Einsatz von Kräften zur Zeit für Großaktionen abgelehnt. Man halte das Stützpunktsystem für das richtige. Die Truppe müsse sich im Lande zeigen und durch ihre Anwesenheit wirken, weil sie nicht stark genug sei, die Dinge an der Wurzel anzupacken.

Für das Erdölgebiet lägen die Verhältnisse etwas anders, und man habe sich damit einverstanden erklärt, daß dort nicht Stützpunkte eingerichtet, sondern einzelne Kompanien eingesetzt würden.

Daß der Einsatz der Truppe zuweilen an gewissen Zuständigkeitsfragen scheitere, sei wohl nicht richtig. Die Truppe sei dort, wo sie sich befinde, durchaus bereit für den Einsatz und auch schnell einsatzfähig. Er gebe zu, daß es örtlich einmal infolge der Unzulänglichkeit eines einzelnen Führers vorkommen könne, daß die Dinge nicht funktionierten.

Was die Frage des Selbschutzes angehe, so müsse es vom Standpunkt der Wehrmacht abgelehnt werden, daß Militärwaffen, Maschinengewehre usw. in die Hand der deutschen Bevölkerung gegeben würden. Die Erfahrungen sprächen ganz klar dafür, daß derjenige, der über solche Waffen verfüge, häufig das Ziel der Angriffe der Widerstandsbewegung sei. Gegen eine Bewaffnung der deutschen Bevölkerung mit Pistolen und Schrotgewehren sei nichts einzuwenden.

Wenn immer wieder die Forderung erhoben werde, dieses und jenes Werk zu schützen, so müsse dem entgegengehalten werden, daß die Wehrmacht nicht alles schützeh könne. Sowohl bezüglich der Aufgabenstellung wie auch bezüglich der örtlichen Verlagerung der Kräfte müsse man Schwerpunkte bilden. Zur Zeit sei es jedenfalls nicht möglich, das ganze Land mit den vorhandenen Kräften zu schützen. Wenn die Wehrmacht die Aufgabe erhalte, für die Einbringung der Ernte zu sorgen, dann könne sie nicht gleichzeitig alle Rüstungswerke bewachen. Leider glaube jede Stelle befugt zu sein, aus der Not der örtlichen Verhältnisse heraus Truppenteile der Wehrmacht oder Polizei usw. zum Einsatz anzufordern. Es gebe keine Stelle, die über die Vordringlichkeit dieser Forderungen urteile. Hier müsse ein System gefunden werden, das zu einer vernünftigen Regelung dieser Dinge führe. Auf Grund des Befehls, nach welchem

die Verantwortung für die Sicherheit des Landes bei den Organen des Reichsführers liege, sei es dazu gekommen, daß zahlreiche Führungskräfte der Wehrmacht bei diesem Einsatz ausgeschaltet würden. Wenn Bataillone und Regimenter eingesetzt und der Polizei unterstellt würden, dann würden automatisch die höheren militärischen Führer ausgeschaltet. Wenn es gelinge, durch eine Änderung der Organisation in der unteren Instanz diese Kräfte nutzbar zu machen, dann werde man auch etwas erreichen.

Das Wehrkreiskommando sehe keine Möglichkeit, ~~die~~ mit den zur Zeit vorhandenen Sicherheitskräften eine endgültige Bereinigung der Sicherheitsfrage durchzuführen. Eine solche endgültige Bereinigung werde nur möglich sein, wenn viel Truppen ins Land gelegt würden. Der Versuch sei vor wenigen Monaten auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs gemacht worden und sei bei den militärischen Stellen in Berlin auf grosses Verständnis gestoßen, dann sei aber dieser Vorschlag der Ablehnung verfallen, weil Gründe der militärischen Lage dagegen gesprochen hätten. Inzwischen habe sich die Lage wohl nicht gebessert, und man könne kaum erwarten, daß die oberste Führung mehr Kräfte zur Verfügung stellen werde. Man müsse deshalb versuchen, mit den vorhandenen Kräften die Höchstleistung zu erreichen.

General der Polizei SS-Obergruppenführer <u>von dem Bach-Zelewski</u> führt aus: Es ist das Recht einer kämpfenden Truppe, die Gesamtlage nach dem Frontabschnitt zu beurteilen, an dem die Truppe gerade kämpft. Wir wissen, daß die Truppe, die im Hauptkampf liegt, wenn sie Erfolge hat, optimistisch ist, daß die Truppe, die den Hauptstoß des Gegners auszuhalten hat und sich mühselig hält, die Gesamtlage vielleicht als schlechter

ansieht, als das wirkliche Bild ist, das die oberste Truppenführung hat, bei der alle Fäden zusammenlaufen.

In der gesamten Bandenbekämpfung Europas führe ich die Zentrale, bei der alle Meldungen über sämtliche Banden in Europa eingehen. Ich nehme für mich in Anspruch, vielleicht das klarste Bild sowohl über die Bandentätigkeit als auch über unsere eigenen Kräfte zu haben. Und auf die Gefahr hin, daß mich die einzelnen Betriebsleiter steinigen, muß ich doch sagen: ich wünschte,überall wären die Gebiete, für die ich im Auftrag des Reichsführers mit verantwortlich bin, so restlos befriedet wie das Generalgouvernement. Ich muß das einmal ganz offen aussprechen. Das Generalgouvernement macht mir in dieser Richtung die wenigsten Sorgen, auch dem Führer und dem Reichsführer SS. Ich kann mir das nur so erklären, - und ich bitte, das nicht als Schmeichelei aufzufassen, - daß hier eben die große Linie der Politik richtig war und daß hier Männer am Ruder sind, die auch die Nerven haben, schwere Zeiten durchzustehen. Darauf allein kommt es an.

Die meisten der Herren, die hier gesprochen haben, - vielleicht mit Ausnahme des Herrn Vertreters des Wehrkreisbefehlshabers - haben, wenn das auch berechtigt sein mag, nur ihre eigene Sparte gesehen, wie ich ja auch nur die Bandenbekämpfung sehe, was mein gutes Recht ist. Maßgebend dür die gesamte Bandenbekämpfung in Europa ist natürlich die gesamte politische Lage und vor allem die gesamte Frontlage. Die können Sie im einzelnen nicht so beurteilen, wie es bei uns in der Zentrale möglich ist, in der alles systematisch ausgewertet wird. Jeder kleine Rückschlag an irgendeiner Front macht sich sofort negativ bemerkbar, und das ist psychologisch verständlich.

Nun hat jeder von Ihnen sich wohl schon Gedanken gemacht, wie man gegen eine Verschlechterung und für eine Besserung der Sicherheitslage kämpfen kann, und jeder von Ihnen ist zu der gleichen Auffassung gekommen, die ein normal denkender Mensch haben muß: man befriedet ein Gebiet, indem man die Objekte in Gestalt der Bahnlinien und Werke usw. schützt, indem man die Banden durch kleine oder große Unternehmungen bekämpft und indem man das Gebiet durch Errichtung von Stützpunkten befriedet. Wenn wir also vollkommene Handlungsfreiheit hätten, dann würde eine solche Aufgabe leicht zu erfüllen sein. Eine - ich möchte fast sagen - kindliche Auffassung, wie sie bei einzelnen Sparten aus den Verhältnissen eines Gebietes heraus zum Ausdruck kommt, man könnte eine Besserung durch Änderung der Führung erzielen, muß ich genau so wie der Herr Vertreter des Wehrkreisbefehlshabers als völlig unsachlich ablehnen. Denn die Grundlagen sind ja hier gegeben, sonst müßte es Gebiete geben, in denen andere Zuständigkeiten herrschen. Aber die Grundlagen beweisen, daß die Entwicklung überall die gleiche ist. Wir haben im Operationsgebiet auch nicht weniger Sabotageakte von Banden, nicht weniger Sprengungen usw. als in dem Gebiet, in dem wir zuständig sind. Ich glaube also, daß ein solcher Antrag nur ein Lächeln hervorrufen würde. Denn schließlich kann der Führer allein anhand der gesamten Lage, wie sie ihm von Wehrmacht und Polizei gemeinsam darlegt wird, einen Überblick über die Dinge haben. Wenn der Beweis erbracht werden könnte, dann selbstverständlich wäre uns jedes Mittel, das im Interesse Deutschlands etwas ändern könnte, recht. Solange dieser Beweis nicht erbracht ist, muß auch dem Befehl des Führers gefolgt werden, und daran wird niemals gerüttelt werden. Wofür der Einzelne zuständig ist, bestimmt allein der Führer.

Es liegt schon eine gewisse Untreue darin, einen solchen Befehl des Führers in die Diskussion zu werfen.

So gibt es denn für die verantwortlichen Stellen nur die eine Frage: wie befriede ich das Gebiet mit den vorhandenen Mitteln? Welche Mittel zur Verfügung stehen, bestimmen der Führer und seine Organe beim OKW oder beim Reichsführer SS. Ich kann als verantwortlicher Mann in ganz bestimmten Gebieten nicht mit Wunschträumen hausieren gehen und sagen: ja, wenn meine Leute genau so bewaffnet wären wie die Banditen, dann wäre es leicht, sie zu überwinden. Wenn unsere Front immer die Waffen des Gegners gehabt hätte, dann gäbe es keinen Krieg mehr. Das ist ja unser Stolz, daß wir trotzdem überall so gestanden haben und auch heute noch stehen, trotzdem wir überall nicht nur zahlenmäßig, sondern auch technisch in manchen Dingen nicht so ausgerüstet waren, wie wir es wünschen und erträumen.

Genau so wird es mit der Bandenbekämpfung immer sein. Wenn die Front Waffen braucht, können wir keine bekommen. Wir stehen als Deutsche auf dem Standpunkt, daß der Geist und nicht nur die Waffe maßgebend ist.

Was die Herren Wirtschaftsführer und der Herr Rüstungsinspekteur gesagt haben, möchte ich warm unterstützen. Wie der Vertreter der Wehrmacht begrüße auch ich jede Unterstützung, die sachlich ist. Ob die notwendigen Kräfte vorhanden sind, muß aber an den oberen Stellen entschieden werden. Die Wehrmacht hat ja schließlich auch wichtigere Aufgaben zu erfüllen, die reinen Sicherungsaufgaben kommen erst an zweiter Stelle. Das gilt leider auch für die Kräfte des Reichsführers. Wenn uns für den Bandenkampf alle erforderlichen Kräfte zur Verfügung ständen, dann würde es im Generalgouvernement kein Bandentum mehr geben. Ich muß genau so wie der Führer an der Front nach Schwerpunkten suchen. Und dafür muß ich die Kräfte, die ich habe, - nicht, die ich haben könnte, - einsetzen.

Ich glaube, daß für diejenigen, die dem Herrn Generalgouverneur für die Sicherheit dieses Raumes verantwortlich sind, die Fragestellung lauten müßte: wie nutzen wir in diesem Raum die Kräfte bis zum letzten aus? Dann müßte der für dieses Gebiet allein Verantwortliche die letzte Frage allein beantworten: wo leiste ich bewußt Verzicht, um an anderer Stelle den Schutz zu verstärken? Ich kann nicht gleichzeitig den Bahnschutz und den Objektschutz verstärken. Wenn der Herr Generalgouverneur persönlich oder nach Rücksprache mit dem Führer der Auffassung ist, der Bahnschutz rangiere nach dem Objektschutz der Rüstungsindustrie, und man nimmt in Kauf, daß mehr Sabotageakte bei der Bahn stattfinden, dann kann man die Kräfte entsprechend verschieben. Ich bin der Ansicht, daß man bei einer restlosen Arbeit auf diesem Gebiet noch viel erreichen könnte. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei hatte schon Recht, wenn er von seinem Standpunkt aus von einer Befriedung sprach. Der Herr Generalgouverneur hatte befohlen, daß als lebenswichtig in erster Linie die Ernte beschützt werden müsse. Wenn diesem Befehl auch im Interesse des deutschen Volkes nachgekommen wird, dann lassen sich eben einzelne Sabotageakte auf anderen Gebieten nicht verhindern. Im großen und ganzen ist es erstaunlich, was im Generalgouvernement geschaffen worden ist. Ich wünschte, es wäre nur ein kleiner Teil davon auch in der Ukraine geschaffen worden, trotzdem die dort vorhandenen Kräfte das Vielfache der hiesigen ausmachen. Wenn ich von den geringen Zahlen höre, dann bin ich eigentlich erstaunt, daß es überhaupt noch so gut geht. Der Herr Generalgouverneur wird sich wohl auch darüber gewundert haben. Das ist nicht auf den Objektschutz, sondern augenscheinlich auf die gesamte Befriedung und die in diesem Raum getriebene Politik zurückzuführen.

Ich bin der Überzeugung, daß man im Grunde genommen keinen Raum nur mit Polizei und Wehrmacht schützen kann. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht, weder in Kroatien,noch in Serbien, noch in Frankreich. In erster Linie wird ein Raum durch politische Maßnahmen befriedet, und Wehrmacht wie Polizei können diese Maßnahmen nur unterstützen.

Der Herr Vertreter der Wehrmacht hat mit Recht der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Bewaffnung allgemein nicht in Frage komme. Wir haben die gleichen Erfahrungen auch in anderen Gebieten gemacht und könnten nur wünschen, daß wir jetzt in anderen besetzten Gebieten nicht die Sorge mit unserem Selbstschutz hätten und die Waffen nicht wieder zurückholen müßten, die wir zum Schutze der Objekte ausgegeben haben. Die Erfahrungen der letzten Zeit zwingen zur äußersten Vorsicht. Letzten Endes bleiben nur die Deutschen übrig, die wirklich etwas schützen können. Alle anderen sind schwankend, wenn die Lage kritisch wird.

Ob Großunternehmen oder Selbstschutz auf Stützpunkten , - dieser Entschluß muß sich von Fall zu Fall und je nach der Gegend ändern. Wenn z.B. jenseits des Bugs eine Bande von 8 ooo Mann im Entstehen ist, was man schon im Anfang feststellen kann, dann muß die höhere Führung an bestimmten Schwerpunkten geschlossene Formationen bereit halten, um der drohenden größeren Gefahr entgegen zu wirken. Solche Maßnahmen dürfen nicht immer nur vom eigenen Standpunkt aus beurteilt werden.

Die Errichtung von Stützpunkten hat auf die Qualität der Truppe keine günstige Wirkung. Die Ausbildung wie auch die ganze Moral einer Truppe leidet unter diesem Stützpunktsystem. Die Truppe muß beweglich gehalten werden, da sonst ihr Angriffsgeist verlorengeht. Diese Frage muß deshalb von Fall zu Fall von den verantwortlichen Stellen des Reichsführers nach Aussprache mit

der Wehrmacht entschieden werden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung zusammen und führt aus:

Aufgabe der heutigen Besprechung war es hauptsächlich, unter völlig offener Darlegung aller Erfahrungen, Wünsche und Beschwerden die Lage zur Kenntnis zu nehmen, und zwar zu dem klar ausgesprochenen Zweck, das nur irgendwie Mögliche zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Sicherheit dieses Raumes, insbesondere im Hinblick auf die Rüstungsindustrie zu gewährleisten. Ich danke allen Teilnehmern der Sitzung für ihr Interesse an der Beratung. Mir ist nunmehr klar und eindeutig die Möglichkeit gegeben, diese Frage in der nächsten Zeit aktiv einer Lösung zuzuführen. Sie können sich darauf verlassen, daß von mir mit aller Entschiedenheit das nur irgendwie Mögliche geschehen wird.

Ich möchte aber ganz besonders darauf hinweisen, daß die offenen Darlegungen der Wirtschaftsführer von uns ebenso offen auch aufgenommen wurden. Ich bitte die Herren Wirtschaftsführer, von alledem, was in diesem Rahmen gesprochen oder erörtert wurde, in keiner Weise, sei es auch nur im engsten Kreise ihrer unmittelbarsten persönlichen, geschäftlichen oder beruflichen Beziehungen, das geringste verlautbaren zu lassen. Im Gegenteil, ich weise alle an, weithin vernehmbar durchblicken zu lassen, daß die polizeiliche Sicherheit, vor allem auch die Personalsbestandslage unserer Sicherheitskräfte denkbar günstig ist und sich jeder Zeit weiterentwickeln wird. Von Ihnen, meine Herren, muß ein gläubiger Optimismus auf dem Sicherheit ausstrahlen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß es abwärts geht. Es geht nicht abwärts! Es wäre vollkommen falsch, daß Sie die ernsten sachlichen Darlegungen der Lage etwa dahin verstehen würden, daß wir

einer Katastrophe entgegengehen. Aus den Ausführungen des Vertreters des Reichsführers SS haben wir vernommen, daß unser Generalgouvernement, was die Sicherheitslage angeht, eine sehr gute Note besitzt. Das muß uns schließlich einen gewissen Auftrieb geben, und gerade weil diese gute Note besteht, müssen wir uns bemühen, sie zu erhalten.

Ich werde selbstverständlich mit aller mir zur Verfügung stehenden Energie bei der höchsten Stelle zu veranlassen suchen, daß unsere polizeilichen Sicherheitskräfte und auch die Kräfte der Wehrmacht hier im Raum möglichst gesteigert werden, weil das Gebiet des Generalgouvernements als relativ befriedetes Gebiet von größter Wichtigkeit für die gesamte Wirtschaft, insbesondere die gesamte Rüstungsindustrie des Reiches ist. Ich glaube, daß das, was wir heute hier erarbeitet haben, ein trostreicher Ausblick in die Zukunft ist. Es freut mich vor allem, daß wir uns alle grundsätzlich darüber einig sind, wie richtig die politische Linie ist, die wir in diesem Raum von Anfang an unter den schwierigsten Umständen aufgerichtet haben. Es kommt nämlich lediglich darauf an, die Arbeitspotenz dieses Raumes in sachlicher und menschlicher Beziehung dem Deutschen Reich so oder so sicherzustellen.

Ich schließe damit die Beratung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung ab. Ich übertrage nunmehr den Vorsitz Herrn Staatssekretär Dr.Bühler; denn ich möchte noch im unmittelbaren Anschluß an die Beratung mit dem Herrn Vertreter des Reichsführers SS über das Ergebnis der Beratung sprechen.

Nach einer kurzen Pause wird in die Beratung des zweiten Gegenstandes der Tagesordnung eingetreten:

Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeiterversorgung.

Hauptabteilungspräsident Dr.Emmerich führt einleitend aus:

Neben dem Problem der Sicherheit stehe als zweites Problem die Frage, wie den Polen, die im deutschen Interesse arbeiteten, die Grundlagen gegeben werden könnten, die sie arbeitsfähig erhielten, die sie und ihre Familien mit ihrem Los zufrieden machten und die Grundlagen für die Betriebsdisziplin schüfen. Die von dem Herrn Generalgouverneur vor Monaten angeordneten Maßnahmen vor allem auf dem Ernährungssektor, aber auch auf dem gewerblichen Sektor in Gestalt der Versorgung mit Textilien, Schuhwaren, Haushaltsgegenständen usw. seien am 1.September, auf dem Rüstungssektor schon früher angelaufen und würden am 1.Oktober endgültig wirksam werden. Diese Maßnahmen seien von der Wirtschaft als zweckmäßig anerkannt worden, haätten sich auch auf den Arbeitsprozeß durchweg günstig ausgewirkt.
In der Sitzung vom 17.September sei allerdings eine Einschränkung insofern gemacht worden, daß, selbst wenn der Arbeitswillige Pole auf den Schleichhandelsbezug nicht mehr angewiesen sei, er mit dem Arbeitsentgelt nach den Tarifbedingungen nicht auskomme, um die offiziel zugeteilten Warenmengen auf Grundlage der amtlich genehmigten Preise zu kaufen. Damit sei also eine Frage der Tarifordnung aufgerollt worden.

Generalleutnant Schindler weist darauf hin, daß es sich vor allem darum handle, die Lohnhöhe den gesteigerten offiziellen Preisen derjenigen Gegenstände anzupassen, die heute auf Karte, also gewissermaßen legal, den Arbeitern angeboten würden. Nach Feststellungen

verschiedener Betriebsführer seien die Preise um das Dreifache gestiegen, während allgemein die Löhne auf dem Vorkriegsniveau, zum Teil darunter lägen.

Demgegenüber stellt Präsident Dr.Struwe fest, daß die Löhne im allgemeinen höher seien als früher. Der Lohnstop habe überhaupt nicht gehalten werden können, weil die große Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen bestanden habe. Das Ziel der Bestrebungen aller Instanzen der Regierung sei es gewesen, der Bevölkerung ein Existenzminimum unter Zugrundelegung amtlicher Preise zu garantieren. Der Start dieser Regelung sei am 1. September erfolgt oder werde am 1.Oktober erfolgen.

Nun werde behauptet, daß die Polen mit den Tariflöhnen, die sie jetzt erhalten sollten, nicht auskommen könnten. Er habe auf Grund von genauen Berechnungen festgestellt, was der Mann erhalte, der zum bevorzugten Personenkreis gehöre, dem Kreis der Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter, und zwar einschließlich seiner Frau und mit 3, 4 und 6 Kindern. Danach könne das, was zugeteilt werde, von ihm auch gekauft werden. Allerdings müsse man die Aufwendungen für Wohnungsmiete, elektrischen Strom, Gas, Feuerung, Bekleidung, Straßenbahn und andere Nebenkosten in einem bestimmten Prozentsatz im Lohn berücksichtigen, um das Existenzminimum sicherzustellen. Man habe deshalb für diese Nebenkosten in den einzelnen Gruppen bestimmte Lohnsummen eingesetzt. Bei der Tarifgestaltung sei man von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Höhe der Lebensmittelpreise eine feststehende Tatsache sei, auch die Kosten der Miete, des elektrischen Stromes, die Kosten für Gas und Feuerung einigermaßen klar festgestellt werden könnten, daß dagegen aber die Kosten für die Beschaffung eines Arbeitsanzuges in Höhe von 12o Zloty

nicht berücksichtigt werden könnten. Hier müßten andere Mittel und Wege gefunden werden; denn man könne das ganze Lohngefüge nicht dadurch umstürzen, daß für bestimmte Spinnstoffartikel Preise zugrunde gelegt würden, die einfach nicht tragbar seien.

Die Betriebsführer Dr. Richter, Hoffmann und andere legen unter Anführung zahlreicher Beispiele dar, daß sich im allgemeinen die Lebenshaltungskosten verdoppelt bis verdreifacht hätten, während in den Löhnen gegenüber der Friedenszeit kaum eine Änderung eingetreten sei.

Ministerialrat Dr.Schulte-Wissermann nimmt zu der Frage Stellung, ob tatsächlich Preiserhöhungen in einem solchen Umfange stattgefunden hätten. Sobald man sich in die Einzelheiten vertiefe, werde man feststellen, daß es alle möglichen Unterschiede gebe, die man berücksichtigen müsse, bevor man überhaupt vergleichsfähige Unterlagen habe Es gehe nicht an, Nichtvergleichbares miteinander zu vergleichen. Man dürfe z.B. nicht irgendeine Qualität Rindfleisch mit der besten Qualität vergleichen, sondern müsse die Vergleichsunterlagen gegeneinander abstimmen. Ebenso wenig sei es möglich, illegale und legale Preise miteinander zu vergleichen. So sei z.B. behauptet worden, daß ein Ei 16 oder 2o Groschen koste; einen solchen Eierpreis gebe es nicht. Es komme aber jedenfalls in manchen Einzelfällen vor, daß amtliche Zuteilungen nicht zum amtlichen Preis berechnet würden. Wenn der Zuteiler sich einen Preis zahlen lasse, der über dem amtlichen Preise liege, so müßte das der Preisüberwachung gemeldet werden. Es habe keinen Zweck, darüber zu sprechen, daß jemand 2,2o Zloty für Fleisch bezahlt habe, sondern man müsse die richtigen amtlichen Unterlagen haben, um das, was man überhaupt nebeneinander legen könne, nebeneinander zu legen.

Es bedürfe genauester Prüfung, um nach dieser Richtung keine Fehlschlüsse zu ziehen. Im übrigen seien tatsächlich für den überwiegenden Teil aller für die Lebenshaltung des Einzelnen in Betracht kommenden Gebiete auch auf dem amtlichen Sektor zum Teil ganz wesentliche Preissteigerungen eingetreten. Die Preissteigerung sei vielleicht trotz des Hinweises auf die Warschauer Verhältnisse auf dem Gebiete der Mieten am geringsten. Denn hier gebe es amtlich zunächst nur den Mietstop, der in der Preisverordnung verankert sei, daneben nur Einzelpreisfeststellungen. Sollten wirklich die Mietpreise in Warschau in großem Umfange erhöht worden sein, so könne es sich hur um illegale Preise handeln. Zuzugeben sei, daß in Warschau für Wohnungen vielfach illegale Preise gezahlt würden. Aber es gälten amtlich auch in Warschau die Bestimmungen wie im übrigen Generalgouvernement.

Bei den Lebensmitteln müsse man im großen Schnitt von einer Erhöhung, die mindestens 5o - 8o %, ja sogar loo % betrage, sprechen. Die Begründung dafür liege wohl ganz allgemein darin, daß man im Generalgouvernement schon vor dem Kriege immer von der sogenannten Preisschere gesprochen habe, von der eigenartigen Preisdifferenz zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen, wobei die landwirtschaftlichen Erzeugnisse relativ schlecht abgeschnitten hätten. Daß sich diese Preisschere in der Situation, in der sich Deutschland und ganz Europa auf dem Lebensmittelsektor zur Zeit befinde, ganz besonders ungünstig habe auswirken müssen, sei klar. Infolgedessen sei man aus produktionspolitischen Gründen gezwungen gewesen, eine Reihe von Preiserhöhungen auf dem Lebensmittelsektor vorzunehmen. Ein weiteres wichtiges Gebiet in dieser Hinsicht seien die Bekleidungsgegenstände, wobei zwischen Schuhwerk und Textilien zu unterscheiden sei.

Der Preis des Schuhwerkes werde etwa um loo % gestiegen sein, was zum Teil mit Schwierigkeiten besonders in der Lederfertigung wie auch in der Schuhfertigung selbst zusammenhänge. Zum Teil liege es auch daran, daß der Rohstoff für das Leder angesichts der Viehpreise fortgesetzt teuerer werden mußte. Bei den Textilien könne man mit einer Preiserhöhung zwischen 2oo und 3oo % rechnen. Die Textilpreiserhöhung sei darauf zurückzuführen, daß Textilien, nachdem Polen früher in gewisser Hinsicht hier Selbstversorger gewesen sei, wesentlich aus dem Reich eingeführt werden müßten.

Wenn jetzt bei der Feuerung Torf an die Stelle von Kohle gesetzt worden sei, so dürfe auch hier wieder nicht vergleichbares Material nicht miteinander verglichen werden. Torf sei nicht gleich Kohle zu setzen, vor allem seien auch die Möglichkeiten der Torfgewinnung ganz anders als die der Kohlegewinnung. Daß der Arbeiter vielleicht lieber Kohle statt Torf haben möchte, sei verständlich; aber der Preiskommissar könne nichts daran ändern, daß die Kohlensituation so angespannt sei und man dem Arbeiter für seine Hausbrandzwecke keine genügenden Mengen an Kohle zur Verfügung stellen könne. Die Torfgewinnung sei zum größten Teil erst während des Krieges angelaufen und habe zu außerordentlichen Preisen führen müssen, die man zuerst überhaupt nicht habe genehmigen wollen. Auf die dringende Bitte der Wirtschaft habe man sich bereit gefunden, den erhöhten Torfpreis zu genehmigen, damit überhaupt eine Produktion möglich sei.

Was die Preise für elektrischen Strom und Gas angehe, so hätten da die Verhältnisse der Vorkriegszeit sehr unterschiedlich gelegen; neben niedrigen habe es sehr hohe Preise gegeben. Die Politik seiner Dienststelle sei während des Krieges darauf ausgerichtet

worden, eine gewisse Vereinheitlichung herbeizuführen. Das sei nicht in allen Fällen gelungen, vor allem sei es nicht möglich gewesen, die Richtpreise zu halten, und deshalb hätten nicht unwesentliche Verteuerungen vorgenommen werden müssen. Es sei aber außerordentlich schwer, hierfür einen einheitlichen Satz zu nennen, da die Verhältnisse bei den einzelnen Elektrizitäts- und Gaswerken außerordentlich verschieden lägen. Die für Pionki und andere Werke genannten Preise müßten wohl als Werkpreise nicht eigentlich als Verbraucherpreise bezeichnet werden und seien deshalb in der Vorkriegszeit so sehr gering gewesen.

Er gebe zu, daß auch hinsichtlich der Haushaltsware starke Preiserhöhungen eingetreten sind. Bei der Mannigfaltigkeit dieser Erzeugnisse könne dafür ein einheitlicher Satz nicht genannt werden.

Die handwerklichen und Transportleistungen hätten eine wesentliche Verteuerung erfahren. Hier handle es sich hauptsächlich um Verteuerungen im nichtamtlichen Sektor. Zugegeben werden müsse, daß während ein großer Teil der vorher genannten Erzeugnisse zu amtlichen Preisen zugeteilt werde, bei handwerklichen und Transportleistungen eine Preisfestsetzung nur zu einem ganz geringen Teil durchgeführt worden sei.

Er bitte, in der heutigen Besprechung nicht allzu sehr mit konkreten Zahlen zu arbeiten. Bevor man mit solchen Zahlen arbeite, müsse man sich erst genau über die Unterlagen verständigen. Er sei bereit, diese Unterlagen von seiner Dienststelle, wo sie sämtlich vorhanden seien, ohne weiteres zur Verfügung zu stellen, glaube aber, daß es in diesem Gremium viel zu weit führen würde, eine Lebenshaltungszahl auszurechnen, die man im allgemeinen nur nach schwierigen Untersuchungen feststellen könne. Die Regierung des Generalgouvernements habe sich lange bemüht, festzustellen,

um wieviel die Lebensverhältnisse im Generalgouvernement teuerer seien als im Reich. Man sei noch nicht zu einer endgültigen Feststellung gekommen, so daß z.B. die Frage der Festsetzung der Beschäftigungsvergütung für die Beamten noch nicht restlos gelöst sei. Er gebe aber ohne weiteres zu, daß auf allen wesentlichen Gebieten, vielleicht abgesehen von der Miete, bedeutende Preissteigerungen eingetreten seien, die über 2oo % hinausgingen.

Betriebsführer Scholze bezeichnet es als unerheblich, ob nun die Vergleiche ganz genau stimmten. Die von den Betriebsführern über die Erhöhung der Preise gemachten Angaben genügten vollkommen, um den Beweis zu führen, daß auf dem Gebiete der Lebensmittel z.B. fast überall eine Preissteigerung eingetreten sei Die Diskrepanz zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten sei damit gegeben, und kleine Unterschiede könnten dabei keine Rolle spielen.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es der Ostbahn angesichts gewisser dienstlicher Umstände gelungen sei, ihren Betrieb mit allen festen Anlagen so zu modernisieren, daß er ein durchaus europäisches Gesicht habe und in fast allen seinen Teilen neuzeitlicher sei als in vielen Bezirken des Reiches. Zusammen mit der günstigen Kriegskonjunktur ermögliche das zur Zeit der Ostbahn trotz der geringeren Leistungen der Polen heute noch wohl als einzigem Betrieb im Generalgouvernement zwar nicht die alten Tarife, aber höchstensndie Reichstarife festzuhalten. Der Lohnabfall sei an sich außerordentlich hoch. Die Ostbahn beschäftige 145 ooo Nichtdeutsche, von denen etwa 6o ooo gelernte Arbeiter seien: gleisarbeiter, Güterbodenarbeiter usw.. Das Lohnniveau sei gegenüber der

Friedenszeit unbedeutend höher. Die 6o ooo Menschen, von denen er spreche, arbeiteten unter dem Friedenslohn. Das sei für viele nur deshalb erträglich, da sie auf dem Lande wohnten und, wenn sie auch nicht Selbstversorger seien, doch ein kleines Gärtchen hätten, dessen Erträge ihnen ermöglichte, überhaupt zu leben. Im ganzen jedenfalls komme man kaum über die bei der polnischen Staatsbahn gezahlten Friedenslöhne hinaus. Auf diesem Lohnniveau könne der Mensch im Generalgouvernement kaum leben. Die Verwaltung der Ostbahn stehe auf dem Standpunkt, daß abgesehen von Warschau eine bis zu 5o % gehende Verteuerung der Lebenshaltungskosten stattgefunden habe, der die Löhne nicht gefolgt seien. Andererseits stehe man bei der Ostbahn auf dem Standpunkt, daß besonders mit Rücksicht auf die Ausbesserungswerke mit allen Mitteln vermieden werden müsse, den Lohnanteil am Fertigprodukt zu erhöhen, weil im polnischen Arbeiter noch große Leistungsreserven steckten, die erfaßt werden müßten. Die Grundlage dafür scheine durch die bessere Ernährung gegeben zu sein. Weiter müßte versucht werden, für das Tarifsystem eine größere Elastizität zu erreichen. Er komme zu dem Ergebnis, daß der Festlohn nur einen gewissen Prozentsatz, wenn nicht 2o %, so 5o % betragen dürfte. Das entspreche absolut der Mentalität des Ostarbeiters und auch des polnischen Arbeiters, und deshalb sollte man diese Mentalität mit allen Mitteln unterstützen. Es müßte möglich sein, den Lohnanteil am Fertigprodukt auf der bisherigen Höhe zu halten. Es nütze nichts, wenn der einzelne Arbeiter mehr Lohn erhalte und im gleichen Augenblick das, was er kaufen müsse, ihn soundsoviel mehr koste. Deshalb müßte damit parallel gehen der Aufbau einer Industrie für Konsumgüter: den im deutschen Interesse arbeitenden Betrieben müßten ähnlich wie in der Landwirtschaft

Konsumgüter an die Hand gegeben werden, die zu Festpreisen verkauft würden. Unter dieser Voraussetzung werde es gelingen, mit viel weniger Arbeitern dasselbe zu erreichen, was man heute etwa mit der großen Zahl von 45 ooo Arbeitern erreiche. Die Leistung würde dann mit 2o ooo Arbeitern auch vollbracht werden können.

Generaldirektor Hoffmann führt aus, daß man in seinem Betriebe den bestehenden Tarifvertrag nach der Qualität der Arbeit gestaltet und dadurch die Möglichkeit geschaffen habe, schlechte Arbeiter schlecht und gute Arbeiter gut zu bezahlen. Der Entwurf, der dafür ausgearbeitet sei, erhebe keinen Anspruch auf eine endgültige und restlos befriedigende Lösung, aber er sei eine Grundlage, auf der man weiterbauen könne, wenn man in Verbindung mit dieser Abstufung den Akkordanreiz zu erhöhen vermöge.

Ein Betriebsführer hält eine Gleichschaltung auf dem Gebiete des Deputatwesens für notwendig. Um die Schwierigkeiten auf dem Lohnsektor zu überwinden, werde häufig das Verfahren angewendet, daß man den Arbeitern Deputate gebe, und zwar in der Absicht, daß diese Deputate im Schleichhandel verkauft würden. Wenn z.B. bei der Ostbahn verhältnismäßig viel Kohle abgegeben werde, dann ständen sich die Arbeiter dort bedeutend besser als die Arbeiter in der Rüstungsindustrie. Diese Deputate in Gestalt von Kohle, Schnaps und anderen Produkten müßten allen Arbeitern gleichmäßig zugeteilt werden.

Ein anderer Betriebsführer ist der Ansicht, daß Geld nur für Mehrleistungen ausgegeben werden sollte. Dann würde auch die Währung nicht weiter erschüttert werden, sondern sie könnte dadurch sogar eine Stützung erfahren. Die Leistung, die heute in den Betrieben nur 3o, 4o oder 5o % betrage, müsse unbedingt erhöht werden.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß die Frage des Verhältnisses von Preisen zu Löhnen im Generalgouvernement nicht ohne Erörterung der Währungsfrage zu einer vernünftigen Lösung gebracht werden könne. Die von dem Herrn Generalgouverneur durchgesetzte Erhöhung der Zuweisung von Lebensmitteln an Polen bzw. an Nichtdeutsche werde in gewisser Hinsicht eine Revolutionierung des ganzen wirtschaftlichen Lebens im Generalgouvernement nach sich ziehen. Bereits jetzt seien Erscheinungen feststellbar, die mittelbar oder unmittelbar mit dieser Erhöhung der Lebensmittelsätze zusammenhingen. Das zeige z.B. das Sinken des Schleichhandelspreises für Schwarzbrot. Ähnliche Preistürze würden auch sonst eintreten. Die Tatsache, daß zugunsten der Ernteerfassung statt lo Millionen Liter jetzt 3o Millionen Liter Wodka verausgabt würden, habe das Ergebnis, daß jetzt der Schleichhandelspreis von 3oo Zloty auf 13o Zloty zurückgegangen sei. Wenn jetzt der Schleichhandelspreis so erheblich sinke, so würden Mittel für andere Zwecke frei. Die zusätzliche Kaufkraft werde sich preissteigernd auf anderen Gebieten auswirken, auf denen eine solche Vermehrung des Deputats nicht eingetreten sei. Deshalb sei es unbedingt notwendig, bei allen Maßnahmen, die getroffen oder in Aussicht genommen würden, die zusätzliche Kaufkraft, die auf dem Gebiete des Schleichhandels frei werde, abgeschöpft werde. Es sei nicht möglich, die Gewinne steuerlich zu erfassen, wenn Polizei oder Preisüberwachung nicht in der Lage gewesen sei, den Schleichhandel in die Hand zu bekommen. Man sollte deshalb die Auswirkungen der am 1.Oktober eintretenden Neuregelung auf dem gesamten Preisniveau abwarten und auch abwarten, wie die Arbeiterschaft auf die erhöhte Lebensmittelzuteilung reagiere.

Was die Überteuerung der Mietpreise vor allem in Warschau angehe, so habe die Finanzverwaltung im vorigen Jahre für die Festsetzung der Mietpreise neugeschaffener Wohnungen, für die keine Friedensmiete bestehe, Richtlinien herausgegeben, die alles berücksichtigten, was überhaupt möglich sei, den Bauzustand usw.. Für eine bessere Ausstattung werde ein Zuschlag gegeben. Diese Richtlinien hätten sich im ganzen Generalgouvernement ausgezeichnet bewährt. Es wäre ohne weiteres möglich, daß man diese Mietzinsrichtlinien allgemein für die Bemessung der Mieten maßgebend sein ließe, wo eine Überteuerung eingetreten sei. Wenn etwa durch Rückgang der Hauszinssteuer Nachteile wirtschaftlicher Art eintreten sollten, so müßte eine Ausgleichskasse geschaffen werden, für die gewiß keine großen Mittel erforderlich wären.

Die Schaffung einer Konversionskasse, die keinen anderen Zweck verfolge, als der Rüstungsindustrie die Möglichkeit einer billigen Lieferung ans Reich zu geben, komme unter keinen Umständen in Frage. Wer etwas aus dem Generalgouvernement beziehen wolle, habe das zu bezahlen, was es koste. Er bitte vor allem Generalleutnant Schindler als Chef der Rüstungsinspektion, diesen Standpunkt im Reich zuvertreten. Auch vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus sei es nur zu begrüßen, wenn die Rüstungsindustrie streng kalkulieren müsse. Diese strenge Kalkulation würde durch die Schaffung dieser Konversionskasse einfach aufgehoben werden. Auch würde diese Kasse, wenn sie wirklich geschaffen werden würde, unter die Kontrolle der Finanzverwaltung kommen. Wirtschaftlich sei es nicht vertretbar, auf die Dauer solche Zuschüsse zu geben.

Im vorigen Jahr seien die Zölle im Verkehr mit dem Reich aufgehoben worden. Sie hätten zuletzt für das Jahr 15o Millionen Zloty gebracht. Diese Summe stelle bei der Einfuhr aus dem Reich nur einen geringen Teil der Gestehungskosten dar. Nach seinen Feststellungen hätten sich diese Aufhebung der Zölle keineswegs zum Vorteil der Preislage im Generalgouvernement ausgewirkt. Wenn von Deputaten gesprochen worden sei, so sei dieser Ausdruck nicht richtig. Es handle sich, soweit Monopolartikel in Frage kämen, nicht um die Zuweisung von Deputaten, sondern um etwas Ähnliches, was bei der Lebensmittelproduktion vielfach üblich sei. Wer in einem besonders begünstigten Betrieb arbeite, erhalte eine bestimmte Menge Schnaps oder Zigaretten zugewiesen. Eine allgemeine Verteilung dieser Produkte an die Polen außerhalb der Ernteerfassung und der Betriebsbetreuung gebe es nicht. Bei den Zigarettenarbeitern z.B. seien diese Zuwendungen schon im Frieden ein Teil ihrer Entlohnung gewesen. Es sei interessant festzustellen, daß im Schleichhandel der Preis für Zigaretten am wenigsten gestiegen sei. Es werde möglich sein, daß ab 1.Oktober die Wodka-Zuweisung an die Rüstungsarbeiter und die Arbeiter der A-Betriebe um loo % erhöht werde. Ab 1.Oktober würden die 12o ooo Rüstungsarbeiter 1 Liter Wodka und die 2oo ooo Angehörigen der A-Betriebe ½ Liter Wodka erhalten.

Er sehe keine Möglichkeit, solle nicht eine weitgehende Unruhe hervorgerufen werden, die Deputate in der Tabakindustrie, die schon aus dem Frieden stammten, aufzuheben, Da es sich hier um die Aufrechterhaltung wohlerworbener Rechte handle.

Präsident Naumann erinnert an die von ihm schon einmal erhobene Forderung, daß, wenn die Lebensmittelrationen geändert würden, dann auch eine vollständige Neuregelung der Deputatfrage in allen Zweigen der Wirtschaft erfolgen müsse. Genau so, wie bei der Generaldirektion der Monopole gearbeitet werde, werde auch in der Zuckerwirtschaft gearbeitet. Schwierig sei es allerdings, Ordnung in diese Dinge zu bringen, weil immer Berufungen kämen. Er habe seinerzeit die beschleunigte Durchführung einer generellen Regelung angeregt. Er sei von der Kohlenbewirtschaftungsstelle mit einer Strafe von 2o ooo Zloty belegt worden, weil er angeordnet habe, daß in den Zuckerfabriken für die Dauer der Kampagne den Arbeitern je Monat ein Doppelzentner Kohle gegeben werden solle. Er habe sich dabei auf Regelungen bezogen, die in anderen großen Wirtschaftssektoren durchgeführt worden seien. Auch die Arbeiter in der Zuckerindustrie hätten wohlerworbene Rechte. Es sei unbedingt notwendig, daß schnellstens eine Regelung getroffen werde, die für alle Wirtschaftssektoren Geltung habe.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es der Ostbahn gelungen sei, ein Lohnsystem aufzustellen, das aus Akkordlohn plus Prämie bestehe. Dieses System sei in den Eisenbahnwerkstätten praktisch erprobt worden mit den Erfolgen, daß man bis heute mit derselben Belegschaft eine um 22 % höhere Leistung erzielt habe. Für diesen Zweck werde aber Prämienware gebraucht, außer Wodka und Zigaretten vielleicht alte Schwellen als Brennholz, alte Fahrräder usw., dazu auch Kohle. Ein großer Teil der Bahnarbeiterschaft, etwa 45 ooo Menschen, seien im Sommer und Winter im Freien beschäftigt und müßten eine Möglichkeit haben, ihren einzigen Anzug zu trocknen. Deshalb müßten sie mit gewissen Mengen von Brennstoff beliefert werden.

Präsident Struve bestätigt auf Grund seiner Erfahrungen, daß die Neuregelung der Ernährungsfrage auf allen Gebieten revolutionierend gewirkt habe. Auch die Lohnfrage sei dabei erneut in den Vordergrund getreten. Für die Lohnpolitik gebe es nur zwei Möglichkeiten: die eine Möglichkeit sei die, daß eine vernünftige Regelung gefunden werde, damit der Pole für den von ihm verdienten Lohn die amtlich zugeteilten Waren kaufen könne. Der Lohn des polnischen Arbeiters habe jetzt überhaupt erst Kaufkraft gewonnen. In den drei großen Gruppen sei dem Arbeiter das Existenzminimum auf dem Gebiete der Lebensmittel gewährleistet, und die Beschaffung dieser Lebensmittel zusätzlich anderer bestimmter Lebenshaltungsgegenstände sei im allgemeinen gesichert. Man könne darüber streiten, ob gewisse Dinge, die man als notwendig ansehen könne, unbedingt notwendig seien und welchen Weg man finden könne, angesichts der Preissteigerung auf vielen Gebieten z.B. bei Textilartikeln die benötigte Ware zu einem der Kaufkraft des Arbeiters entsprechenden Preis zur Verfügung zu stellen. Allerdings dürfe man das ganze Lohngefüge nicht dadurch zerstören, daß man generelle Lohnerhöhungen um 3o, 4o oder 5o % vornehme. Man könne nur ganz roh eine Tarifordnung entwerfen, mit der ein Grundlohn festgelegt werde, und dem Betriebe die Möglichkeit lassen, bis zu einem gewissen Grade eine Akkordverdienstspanne zu geben. Noch idealer wäre es, wenn der Grundlohn tief gehalten und ein Leistungslohn an seine Stelle gesetzt würde, d.h. daß alles, was der Pole gemessen an der Arbeitsleistung im Reiche im Durchschnitt leiste, als Durchschnittsleistung gewertet und alles, was der Pole darüber hinaus leiste, unbeschränkt bezahlt würde. Gegen eine solche Regelung beständen grundsätzliche Bedenken nicht. Es wäre nur zu begrüßen, wenn mit der Ernährungssicherung und der Festigung des Lohngefüges gleichzeitig auch eine erhöhte Arbeitsleistung herbeigeführt werden könnte. Entsprechende Vorschläge würden

ausgearbeitet. An sich brauche an dem derzeitigen Lohngefüge nichts geändert zu werden. Die Durchführung einer solchen Regelung sei Sache der Betriebe selbst.

Der Herr Generalgouverneur legt großes Gewicht auf die grundsätzliche Ausarbeitung dieser Vorschläge. Man könne eine solche Regelung nicht einzelnen Stellen überlassen, da ihre Durchführung auch amtlich gewährleistet sein müsse. Im Zusammenhang damit bedürfe auch die Deputatfrage einer endgültigen Lösung.

Präsident Struve führt dann weiter aus, daß der Prämienfrage eine grundsätzliche Bedeutung zufalle. Mit der Ordnung auf wirtschaftlichem Gebiet, besnnders auf dem Sektor der Arbeit, müsse auch die Möglichkeit geschaffen werden, in welchem Maße die Betriebsführer imstande seien, die Arbeitsleistung zu steigern. Voraussetzung sei, daß die Betriebe unter gleichen Produktions- und Arbeitsbedingungen arbeiteten. Beim Prämiensystem müsse man von der Entwicklung ausgehen, die es genommen habe. Es sei ein Kind der Zeit gewesen. Um die Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen auszugleichen, habe man das Bestreben gehabt, einen Reallohn zu geben. Die Lage der Betriebe sei vielfach nicht gleichmäßig gewesen, auch habe man oft im Umfang der Prämienzuteilung keine vernünftigen Grenzen eingehalten. So habe z.B. eine Hefefabrik jedem Arbeiter 8 bis lo Kilo Hefe gegeben. Andere Betriebe hätten Artikel gegeben, die lediglich auf dem Schwarzmarkt hätten Verwendung finden können. Wenn besonders begünstigte Betriebe mehr Wodka oder Zigaretten gäben als andere, so könne man wohl nicht von gleichen Produktionsbedingungen sprechen. Im allgemeinen sei nichts dagegen einzuwenden, daß als Belohnung für überdurchschnittliche Leistungen Prämien möglichst einheitlich und gleichmäßig, wenigstens dem Werte nach, gegeben würden. Er

habe an seine Abteilung "Betriebsbetreuung" gedacht, die schon jetzt die Betriebe mit gewissen Artikeln versorgt habe. Die Dienststelle müsse diese Dinge im Generalgouvernement überwachen und dafür sorgen, daß sie auf einen gleichen Nenner gebracht würden. Er beabsichtige auch, diese Frage mit den Präsidenten der Hauptabteilungen nochmals zu besprechen und dann entsprechende Richtlinien auszuarbeiten. Wenn man auf diese Weise zu einem wirklichen Leistungslohn komme, dann werde damit den Wünschen sowohl der Industrie wie auch der gesamten Wirtschaft Rechnung getragen.

Generalleutnant Schindler glaubt, nach den gemachten Erfahrungen die Feststellung treffen zu können, daß das Lohnniveau eines großen Teils der Arbeiter unter der Summe liege, die die Arbeiter brauchten, um sich die Lebensmittel zu den amtlichen Preisen zu kaufen. Die Lohnhöhe liege auf und unter dem Niveau, das am 1.September 1939 Geltung gehabt habe. Weiter sei festgestellt worden, daß die offiziellen Zuteilungen an die Arbeiter Preissteigerungen bis zu 2oo oder 3oo % erfahren hätten. Von den Rüstungsbetrieben müsse die Bedingung gestellt werden, daß der fleißige Arbeiter in seiner Kategorie mindestens soviel verdiene, daß er sich von seinem Verdienst die offiziell zugeteilte Ware kaufen könne und ihm darüber hinaus noch ein kleiner Rest verbleibe, mit dem er die übrigen Bedürfnisse des Lebens befriedigen könne.

In diesem Zusammenhang sei die Lösung der Währungsfrage eine unumgängliche Notwendigkeit. Selbstverständlich könne diese Frage derzeit nicht gelöst werden; mit ihr müsse sich ein kleineres Gremium beschäftigen. Auf Grund der herrschenden Lohnpolitik sei es dem Arbeiter lediglich möglich, sich diejenigen Dinge zu beschaffen, die ihm zu einem normalen Preise geliefert werden könnten. Alle anderen Dinge die die Arbeitsleistung etwa eines Schusters oder Schneiders bedingen,

müsse er zu Schleichhandelspreisen bezahlen. Für den Arbeiter müsse also die Möglichkeit geschaffen werden, sich diese Dinge wirklich zu kaufen. Eine Lohnerhöhung, die etwa dem Schleichhandelspreis entsprechen müßte, komme nicht in Frage. Es bleibe also nichts anderes übrig, als die Lösung dieser Frage von der Währungsseite anzufassen. Unzweifelhaft entfielen von dem Notenumlauf im Generalgouvernemt nur ein Drittel auf den offiziellen Verkehr und zwei Drittel auf den Schleichhandel. Diese zwei Drittel zahlten keine Steuer, würden nicht abgeschöpft und auch nicht in Anleihe festgelegt. Wenn es gelänge, von der Überzahl der Noten, die sich im Schleichhandel bewegten, etwas wegzunehmen, dann wäre die Balance wieder hergestellt. Eine Vermehrung der Ware von der Rohstoffseite her sei nicht möglich. Es gebe verschiedene Methoden, angefangen von der Zwangsanleihe bis zur Zwangseinziehung ~~in~~ der Noten.

Man müsse zwischhen Deputat und Prämie unterscheiden, zwei ganz verschiedenenDingen. Das Deputat sei ein Teil des Lohnes, der jedem Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistung im allgemeinen gegeben werde. Die Prämie dagegen sei kein Teil des Lohnes, sondern eine Sondervergütung, die von der Leistung des Arbeiters abhänge. Bei der Rüstungsindustrie habe es nie Deputate gegeben, und die Rüstungsarbeiter hätten auch in den letzten Wintern niemals ein Stück Kohle bekommen. Vielleicht würden die Rüstungsbetriebe in diesem Jahre zum erstenmal auf offiziellem Wege Kohle zugewiesen erhalten. In Aussicht gestellt sei Schlammkohle, die teuer sei. Man stehe aber in Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissar und habe Aussicht, looo to Kohle für die Rüstungsarbeiter zu erhalten. Bisher hätten also die Rüstungswerke den Weg der Prämie beschreiten müssen. Dank dem Entgegenkommen des Präsidenten Dr.Senkowsky sei es möglich gewesen, auf diesem Wege die Leistungen der Arbeiter zu steigern. Wenn die

Rüstungsbetriebe in die allgemeine Regelung einbezogen würden, die jetzt geplant seien, so könne er sich damit nur einverstanden erklären.

Was die Schaffung einer Konversionskasse angehe, so gebe es Bestimmungen, die etwas Derartiges vorsähen, die er aber nicht für endgültig halte. Er sei mit Präsident Dr. Senkowsky der Auffassung, daß unbedingt eine Überwachung der Preise eintreten müsse. Eine Herabdrückung der Preise sei ohne weiteres möglich, und bei allen Bestrebungen in dieser Hinsicht werde man stets die Unterstützung der Rüstungsinspektion finden.

Präsident Dr. Paersch kann sich nicht der von Präsident Dr. Senkowsky geäußerten Ansicht anschließen, daß auf dem Gebiet der Schleichhandelspreise eine Revolutionierung eingetreten sei. Nach den bei seiner Dienststelle vorliegenden statistischen Feststellung sei lediglich bei Brot ein geringfügiger Preisrückgang eingetreten. Für die übrigen Nahrungsmittelgebiete des freien Handels stehe das Ergebnis noch aus.

Die Ursache liege darin, daß man es einmal mit einer Übergangsregelung zu tun habe und zum anderen die Erfassung im Gegensatz zum Vorjahre nochmehr gesteigert und dadurch die dem freien Markt zur Verfügung stehende Warenmenge entsprechend knapper geworden sei. Die preisliche Auswirkung der Neuregelung der Ernährung bleibe daher zunächst abzuwarten. Damit entfalle auch die Überlegung und Schlußfolgerung auf dem Gebiete der sogenannten überschüssigen Kaufkraft. Sobald diese Probleme zu übersehen seien, werde die Währungspolitik dazu Stellung nehmen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt gegenüber den Ausführungen des Vorredners, daß ihm von den Gouverneuren und auch von anderen Dienststellen über die Entwicklung der Schleichhandelspreise infolge der Neuregelung der Ernährung anderslautende Berichte erstattet worden seien.

Auch Präsident Naumann kann von einem Durchbruch der Schleichhandelspreise bei Brot, aber auch schon bei Fleisch und Fett berichten.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, wie die Lage hinsichtlich der allgemein überschüssigen Kaufkraft sei. Er habe auch den Eindruck, daß es sich hier um eine Angelegenheit handle, die zum mindesten etwas konkretisiert in Aussicht gestellt werden könnte. Auch er halte die Behauptung für absolut begründet, daß eigentlich eine starke überschüssige Kaufkraft im Lande vorhanden sei. Diese Frage bedürfe jedenfalls noch der Klärung. Dann müsse aber auch die Frage der Währung mit den geplanten Konsumierungsmaßnahmen in Einklang gebracht werden.

Generalleutnant Schindler gibt der Befürchtung Ausdruck, daß eine Abnahme der Ware eine Erhöhung der Schleichhandelspreise mit sich bringen müsse.

Präsident Dr. Emmerich führt abschließend aus: alle Maßnahmen, die im Frühjahr dieses Jahres vom Herrn Generalgouverneur angeordnet seien, hätten das Ziel gehabt, die Ordnung der Wirtschaft wiederherzustellen und die anormalen Erscheinungen, die sich, von der Ernährungsseite ausgehend, zeigten, einzufangen. Die Regierung müsse das Steuer der Wirtschaft auch wieder vollkommen in die Hand bekommen. Die illegalen Selbsthilfemaßnahmen, die - geduldet oder nicht geduldet - an der Tagesordnung gewesen seien, müßten verschwinden. Bei den Betrieben und den amtlichen Organen müsse wieder eine Atmosphäre der Ehrlichkeit herrschen.

Man habe behauptet, daß man die Tarife innehalte, und habe doch nach Mitteln und Wegen gesucht, um die amtlichen Tarifsätze zu umgehen und in einer getarnten Form, etwa im Wege von Zuschlägen, den Verhältnissen

auf dem Preisgebiet gerecht zu werden, um damit allein das Niveau der Produktions im Generalgouvernement zu halten. Wären diese Selbsthilfemaßnahmen nicht ergriffen worden, dann würde die Bilanz des letzten Jahres in der Kriegsleistung des Generalgouvernements ganz anders aussehen. Es komme also darauf an, daß eine allgemeine Bereinigung in allgemeiner Aussprache durchgeführt werde. Was in der Diskussion vorgebracht worden sei, sei dafür ein wichtiger Fingerzeig.

Bisher sei für die Hausbrandversorgung der nichtdeutschen Bevölkerung in der Kohlendispositionsliste nichts vorgesehen gewesen. Er habe bei der letzten Besprechung mit dem Geschäftsführer der Reichsstelle für Kohle und dem Beauftragten Ost erreicht, daß bei der allgemeinen Sanierung der hiesigen Verhältnisse das Kohlenproblem nicht übersehen dürfe. Wenn man jetzt auch infolge des Ausfalls einer gewissen Kohlenposition im Osten nicht mehr mit dem Andauern der bisherigen günstigen Kohlenlieferlage rechnen könne, so solle doch der Fortfall gewisser Lieferungen ins Generalgouvernement nicht dazu führen, daß die Berechtigung, in begrenzten Mengen Kohle an die Arbeiter auszugeben, nicht mehr anerkannt werde. In diesem Zusammenhang richte er an die Betriebsleiter die Frage, ob es nicht angesichts der Tatsache, daß in den Betrieben sehr viel Kohle gestohlen werde, zweckmäßig erscheinen könnte, 5 % der bisherigen Liefermengen den Arbeitern zuzuteilen. Von den normalen Liefermengen könnte man vorab einen gewissen Prozentsatz in einen allgemeinen Topf geben und dann aus ihm dem Arbeiter legal etwas zuteilen. Diesen Topf könnte man später aus gewissen Mengen, die man von der Reichsstelle für Kohle freibekomme, noch vergrößern. Für die Wirtschaft sei es äußerordentlich schwierig, auch nur loo kg Kohle für den kommenden Winter zugunsten des einzelnen Arbeiters freizumachen.

Das bedeute schon eine monatliche Belastung des Kohlenkontingents von 3o- bis 4o ooo to, also von über lo %, die nicht zusätzlich herauszuziehen seien, wenn man nicht versuche, sie innerhalb der gegebenen Kontingente irgendwie einzusparen.

Er sei der Auffassung, daß die Aussprache außerordentlich nützlich gewesen sei und zahlreiche Wege zu dem Ziele gewiesen habe, die Normalisierung des Wirtschaftslebens im Generalgouvernement in die Tat umzusetzen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, den beteiligten Ressorts den Auftrag zu geben, in beschleunigten Verhandlungen mit allen Abteilungen entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Der Herr Generalgouverneur spricht den Teilnehmern an der Sitzung seinen Dank aus und gibt vor allem seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich der Kriegswirtschaftsstab und der Verteidigungsausschuß auch hinsichtlich des zweiten Gegenstandes der Tagesordnung eine große Aufgabe gestellt hätten. Gerade die Behandlung des letzten Gegenstandes könne als Auftakt für die Realisierung einer Reihe von Notwendigkeiten gewertet werden. An erster Stelle stehe die Regelung des Lohnverhältnisses innerhalb der großen industriellen Bereiche des Generalgouvernememts, an zweiter Stelle die Frage der Deputatzuweisung, an dritter Stelle würde der Versuch stehen, die Entwicklung der Währung in Einklang mit den Konsumierungsmaßnahmen zu bringen. Für alle diese Bereiche, vornehmlich für die beiden ersten werde er die Hauptabteilungspräsidenten ersuchen, die notwendigen Maßnahmen zu besprechen und ihm dann möglichst bald Bericht zu erstatten.

Schluß der Sitzung 18 Uhr 4o Minuten.

END OF

VOL. # 33

R 10

VOL. #34

R.10

86

Samstag, den 1. Januar 1944 bis
Dienstag, den 4. Januar 1944

IV/We

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Zakopane.

Dienstag, den 4.1.44.

IV/We

10 Uhr Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Zakopane nach Krakau.

12 Uhr Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Sicherheitslage im Generalgouvernement. Er kann berichten, dass man in der letzten Zeit mit dem Kampf gegen die Banden gute Erfolge gehabt habe. Die vor kurzer Zeit ergriffenen scharfen Exekutivmassnahmen zeigten offenbar eine gute Wirkung.

Der Herr Generalgouverneur glaubt aus dieser Schilderung den Eindruck gewinnen zu können, dass jetzt mehr und mehr eine Festigung der Verhältnisse eintrete und dass man mit Vertrauen auf die feste Gefügtheit der deutschen Führung in das neue Jahr gehen könne.

17^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. von Burgsdorff.

Der Gouverneur Dr. v. Burgsdorff gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von seiner Absicht, in Tarnow eine Ausstellung " die jüdische Weltpest " zu eröffnen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. von Burgsdorff, zur Eröffnung dieser Ausstellung

4.1.1944

auch die Woids und die in deutschen Diensten tätigen Polen einzuladen. - Er teilt weiter mit, dass er beabsichtige, die Gouverneure für den 19. Januar zu einer internen Besprechung in Warschau zusammenzurufen -. Den Termin für die Übergabe der Distriktsstandortführung an Gouverneur Dr. von Burgsdorff setzt der Herr Generalgouverneur auf den 15. Januar fest.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Gouverneur Dr. v. Burgsdorff dann einige Weisungen für seine nunmehrige Tätigkeit. Es werde seine Aufgabe sein, sich gründlich über alle massgebenden Verhältnisse im Distrikt zu informieren. Vor allem müsse das Bestreben des Gouverneurs darauf gerichtet sein, etwaigen Übergriffen der Polizei mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Von der Tatsache, dass etwa ein Deutscher von der Polizei verhaftet werde, müsse ihm, dem Herrn Generalgouverneur, sofort Meldung erstattet werden.

In dieser Besprechung wird weiter zu der Frage Stellung genommen, in welcher Weise der bisherige kommissarische Amtschef des Distrikts Krakau Dr. Eisenlohr Verwendung finden soll. Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmässig, ihm die Verwaltung eines Grenzkreises zu übertragen.

17[55] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Verbindungsoffizier Oberst Fischer.

Der Herr Generalgouverneurgibt Oberst Fischer davon Kenntnis, dass an ihn, den Herrn Generalgouverneur, wie an Staatssekretär Dr. Bühler von Generalmajor Haseloff ein Schreiben gerichtet worden sei, in welchem dem Wunsche Ausdruck gegeben werde, dass der Herr Generalgouverneur auf die Tätigkeit der unmittelbaren Verbindungsoffiziere,

4.1.1944

des Obersten Fischer und des Oberleutnants v. Dazur, aus Gründen der sogenannten Wehrmachtsvereinfachung verzichten solle. Er denke nicht daran, diesem Ansinnen zu folgen. Er sehe die Stellung der beiden Verbindungsoffiziere nicht als territorial verwurzelt an, sondern sie seien ihm seinerzeit auf sein persönliches Ersuchen vom Generalfeldmarschall Keitel persönlich zur Verfügung gestellt worden, und zwar im Einvernehmen mit dem Führer, damit ohne Rücksicht auf die militärisch sich aussergewöhnlich kompliziert entwickelnde Lage eine direkte Verbindung zwischen dem Herrn Generalgouverneur und dem OKW bezw. der Luftwaffe bestehe.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich Oberst Fischer über diese seine Stellung klar sei, wird von diesem bejaht.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberst Fischer, den Oberleutnant v. Dazur in gleicher Weise zu informieren.

Im übrigen willder Herr Generalgouverneur dem Generalmajor Haseloff auf sein Schreiben eine Antwort zugehen lassen, dass es nicht in seiner Zuständigkeit liege, über die Frage eines Verbindungsoffiziers des OKW bezw. der Luftwaffe mit dem Herrn Generalgouverneur zu verhandeln. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Oberst Fischer, im Anschluss an diese Besprechung sich mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple in Verbindung zu setzen und ihnen von dieser seiner Stellungnahme Mitteilung zu machen.

Der Herr Generalgouverneur weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, dass er dem Oberst Fischer diese Erklärung nicht nur deshalb abgebe, weil er gerade zugegen sei, und er sich schon jahrelang bewährt habe, sondern weil die Entwicklung der militärischen Situation im Generalgouvernement ihn mehr denn je zwinge, eine direkte Verbindung, vor allem mit dem OKW, zu haben. Gerade jetzt sei die Stellung der Verbindungsoffiziere von besonderer Wichtigkeit.

3a

4.1.44

Ein Verhandeln mit dem Wehrkreiskommando bringe ihm keinen Nutzen, wenn Truppenteile in das Generalgouvernement verlegt würden, die dem Wehrkreiskommando garnicht unterständen. Er habe es auch nicht nur mit dem Luftgaukommando 8, dem General Sommé, sondern auch mit solchen, die ihm nicht unterständen, zu tun, die jetzt ins Generalgouvernement kämen. Jetzt werde sich die Wichtigkeit der Verbindungsoffiziere zeigen, und es sei eigentlich unerfindlich, weshalb man gerade in dieser Zeit die Verbindungsoffiziere abberufen wolle. Er ermächtigte Oberst Fischer, von dieser seiner Stellungnahme soweit als möglich Gebrauch zu machen und die massgebenden Instanzen davon in Kenntnis zu setzen. Weiter werde er Staatssekretär Dr. Bühler anweisen, dem Generalmajor Haseloff auf sein Schreiben die Antwort zukommen zu lassen, dass er, der Herr Generalgouverneur, es leider ablehnen müsse, über diese Frage mit dem Wehrkreiskommando zu verhandeln.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberst Fischer, dass er im Hauptquartier, wohin er sich noch heute begeben werde, dem Generalfeldmarschall Keitel Vortrag über die Sachlage halten werde. Er selber halte seine Stellung als Verbindungsoffizier absolut für für überflüssig, umsoweniger, da ja über Nacht ein Teil Galiziens zum Operationsgebiet gemacht werden könne.

In einem telefonischen Gespräch gibt der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Bühler Kenntnis von der eben mit Oberst Fischer geführten Verhandlung und ersucht

41.44

ihn, dem Generalmajor Haseloff ein im Sinne dieser Besprechung gehaltenes Antwortschreiben zuzuleiten. In diesem Schreiben müsse vor allem festgestellt werden, dass die beiden Verbindungsoffiziere ihm, dem Generalgouverneur, persönlich für die Fragen zur Verfügung gestellt worden seien, die, übergeordnet den territorialen militärischen Bereichen, der allgemeine Politik und die allgemeinen Fragen der Wehrmacht im Generalgouvernement beträfen, und dass er, der Generalgouverneur, daher überhaupt nicht im Stande sei, mit dem Wehrkreiskommando über diese Stellung der Verbindungsoffiziere zu verhandeln. Weiter müsse in dem Schreiben betont werden, dass mehr denn je gerade in den kommenden Wochen und Monaten, in denen zahlreiche Truppenteile ins Generalgouvernement verlegt werden würden, die dem Wehrkreiskommando und dem Luftgau nicht unterständen, eine direkte Verbindung zwischen OKW und Generalgouverneur bestehen müsse.

18^{30} Besprechung mit dem stellvertretenden Chef der Kanzlei Assessor Schulz, Adjutant SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth und Fahrdienstleiter Schulze;

Gegenstand der Besprechung: die Verpflegung der Kraftfahrer.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, dass sich die Kraftfahrer selber rechtzeitig um ihre Verpflegung zu kümmern hätten, so dass sie jederzeit für ihn zur Verfügung ständen, und weist Assessor Schulz an, die Kraftfahrer entsprechend zu belehren.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

IV/We

Mittwoch, den 5.1.44

10^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Breslau und Agnetendorf i/Rie.

Montag, den 10.1.44

Auf einer vom Reichsminister des Innern, Reichsführer SS einberufenen Tagung der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Breslau hält der Generalgouverneur einen Vortrag über die Verwaltung des Generalgouvernements.

-.-.-.-.-.-.-

LEISTUNGEN DES GENERALGOUVERNEMENTS

(beispielhaft beschränkt auf wenige Gebiete und Zeitabschnitte)

1) Ernährung und Landwirtschaft

Es wurden 1942/43 an das Reich geliefert

630 000 t Getreide
520 000 t Kartoffeln
28 666 t Zucker
55 000 t Vieh
und 7 500 t Fette.

Für 1943/44 sind folgende Reichslieferungen geplant und grösstenteils schon durchgeführt:

450 000 t Getreide
525 000 t Kartoffeln
20 000 t Zucker
40 000 t Vieh
und 7 700 t Fette.

2) Forst- und Holzwirtschaft

Für die Ausfuhr nach dem Reich, für die Bauprogramme der Ostbahn, für das Oberschlesische Grubenrevier sowie für die Versorgung der kämpfenden Truppe sind 25% des Nutzholzaufkommens des Generalgouvernements, nämlich 4,6 Millionen Festmeter in den vergangenen 4 Jahren aufgebracht und geliefert worden.)

3) Rüstungswirtschaft (Zahlen sind geheim)

Zahl der beschäftigten Rüstungsarbeiter 140 000;

Wert der Lieferungen im vergangenen Jahr ca. 3/4 Milliarden Reichsmark (nach Senkung der Preise für die Rüstungsproduktion).

Hergestellt werden im Generalgouvernement:

1/4 der gesamten Infanteriemunition, neue Auftragsverlagerungen sehen die Herstellung von 1/3 - 1/2 der gesamten zur Kriegsführung benötigten Infanteriemunition vor;

3 grosse Werke für die Herstellung von Infanteriemunition sind soeben im Aufbau begriffen.

Gegenüber den vorhergehenden Jahren musste die Produktion von Infanteriemunition auf das 8fache, künftig muss sie nochmal auf das 5fache der derzeitigen Produktion gesteigert werden.

Alle Sparten der Rüstungsfertigung sind im Generalgouvernement vertreten vom Panzer über das Flugzeug zum U-Boot:

Panzerwerke in Warschau;

Flugzeugmotorenwerke in Reichshof;

Flugzeugzellenbau in Mielec;

umfangreiche Zubringerindustrie für Flugzeugbestandteile - 30 bis 40 Firmen;

6 grosse Reparaturwerke für Flugzeugmotoren;

2 grosse Munitionswerke für Artillerie-Munition:

Geschütz-Geräte-Fertigung, besonders für Flak,
Fliegermunition und Fliegerleuchtbomben,
Karabinerherstellung monatlich 15 000 und MGs.

Auf Grund gebietseigener Erfindung Monopol für

U-Boot-Panzerung;
Minenfertigung für die Marine;

sonstige Bestandteile für U-Boote;

grosse optische Werke, Fernrohre und Entfernungsmesser,
Zeiss in Warschau, ausserdem weitere 2 Werke.

Auf dem Gebiet der Elektrotechnik sind tätig die Firmen Philipps und Erikson:

Produktion von Nachrichtengerät, insbesondere Sende- und Empfangsgerät für U-Boote.

Eisenbahnproduktion:

Waggonfabrik in Ostrowiec - monatlich 200 Güterwagen und Unmengen sonstiger Zubehörteile für den Fahrpark der Eisenbahn.

Grosse Eisenbahnreparaturwerkstätten.

Grösste deutsche Baracken- und Flugzeughallenfertigung. Lange Zeit im Besitz des Monopols für die Fertigung von Einzelflugzeughallen.

Stahlerzeugung - monatlich 23 000 t Edelstähle.

Das Generalgouvernement ist ferner als Ausweichproduktionsstätte für ausgebombte Werke des Reiches ein gern in Anspruch genommenes Erzeugungsgebiet.

4) Arbeitererfassung für das Reich.

Ins Reich gelieferte Arbeitskräfte

1,2 Millionen Polen und Ukrainer.

Daneben die Vermittlung des grossen Kräftebedarfs für die Rüstung, die Ostbahn und den Bausektor.

5) Verkehr.

Das Netz der Ostbahn musste mit Rücksicht auf den bevorstehenden Kampf gegen den Bolschewismus besonders großzügig ausgebaut werden.

Bisher sind im Bahnbau bewegt worden:

14 Millionen cbm Erdmassen.

Es wurden neu gelegt: 900 km Gleise.

Es wurden neu hergestellt: 440 Brücken und Brückenverstärkungen von 18 500 m Länge.

Im öffentlichen Güterverkehr wurden

1940 15,3 Millionen t,

1942 18,2 Millionen t

verfrachtet; im Personenverkehr wurden

1940 47,8 Millionen,

1942 127,5 Millionen

Reisende befördert.

6) Deutsche Post Osten.

Der Briefverkehr ist gestiegen von 1940 - 1942 von 360 Millionen auf 480 Millionen,

der Paketverkehr von 3,1 auf 5,3 Millionen,

der Geldverkehr von 3,5 Milliarden auf 13,5 Milliarden.

Das Fernleitungsnetz hat sich erweitert von rund 95 000 km vor dem Krieg bis auf 350 000 km Ende 1942.

Besonders wichtig ist der Umschlag der Feldpost im Generalgouvernement und die Schaffung eines besonders leistungsfähigen Nachrichtenwesens im Dienst der Wehrmacht.

7) Bauwesen.

a) Strassenbau.

Übernommen wurden 3 800 km Durchgangsstrassen,
3,700 km Distriktstrassen und 6 900 km Kreisstrassen,
durchwegs sämtliche in restlos ungenügendem Zustand.

Die west-östlichen Strassenzüge mussten alle mit neuzeitlichen Strassendecken versehen und verbreitert werden sowie mit entsprechenden Brücken versehen werden.

Daneben entstander eine Zahl von Tal- und Flussübergängen, darunter 4 grosse Weichselbrücken.

Als neue Aufgabe im Juli 1940 das sogenannte Otto-Programm, das den Ausbau von rund 990 km Strassen und später von weiteren rund 800 km vorsah.

Begonnen wurden im Herbst 1941 ferner die Ausbauarbeiten an der Durchgangsstrasse Lemberg - Tarnopol bis zur Grenze des Generalgouvernements, sowie eine Durchgangsstrasse Lemberg - Brody in Richtung Kiew. Diese Bauvorhaben wurden z.T. schon vollendet.

b) Wasserbau.

Es wurden rund 240 000 ha entwässert, 5 600 drainiert,
9 200 ha umgebrochen, 220 km Deiche wurden neu geschüttet,
1 100 km Flußläufe reguliert und profilmässig ausgebaut,
3 600 km Gräben neu geschaffen.

Ferner wurde die gewaltige Talsperre Roznow bis zum Dezember 1941 fertiggestellt (50 % der Baufertigung für Zwecke der Energieerzeugung). Der Bau einer weiteren Ausgleichsperre Czchow wird im nächsten Jahr beendet werden.

IV/We

Mittwoch, den 12. Januar 1944.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Fahrt nach Zakopane.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Schlusssitzung der 3. Deutschen Landwirtschaftlichen Führertagung im Generalgouvernement teil, die in den Kurlichtspielen in Zakopane stattfindet.

Der Präsident der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann begrüsst den Herrn Generalgouverneur auch im Namen der Tagungsteilnehmer auf das Herzlichste und gibt der Freude darüber Ausdruck, dass der Herr Generalgouverneur zu den Tagungsteilnehmern sprechen und dadurch dieser Tagung erst ihren richtigen Höhepunkt geben wolle.

Weiter begrüsst Präsident Naumann die Ehrengäste aus der Partei, der Regierung, den Distrikten, Kreisen und Städten. Insbesondere dankt er auch den zur Tagung erschienenen Pressevertretern wie überhaupt der Presse, die in den vergangenen schweren Zeiten die Bestrebungen der Hauptabteilung so hervorragend unterstützt habe.

Er fährt dann fort: aus allen Teilen des Generalgouvernements sind zu dieser nun schon traditionell gewordenen Arbeitstagung die führenden Männer und Frauen aus dem Agrarsektor zusammengekommen, um für die vor uns liegenden schweren Aufgaben auf dem Gebiete der Erzeugung für das Jahr 1944 die letzte Ausrichtung zu erhalten. Vor Ihnen, Herr Generalgouverneur, hat sich zwar nicht Ihr schönstes und vielleicht auch nicht ausgeglichenes Bataillon versammelt; denn alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,

12.1.1944

die seit 1939 zu Ihrem Agrarsektor gestossen sind, kommen entweder aus der rein landwirtschaftlichen Praxis, sie sind in ihrer Heimat selbstständige Bauern und Landwirte, oder sie kommen zum weitaus grössten Teil aus dem erst 1933 nach der Machtübernahme errichteten jungen Reichsnährstand. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hatte nicht das Glück, auf Verwaltungen zurückgreifen zu können, wie es andere Hauptabteilungen der Regierung des Generalgouvernements tun konnten. Hier hat sich aber gleichwohl ein Bataillon zusammengefunden, das mit zu den einsatzfreudigsten des Generalgouvernements gehört. Wir sind unter Ihrer obersten Führung zu einem festen Block zusammengewachsen, innerhalb dessen einer für den anderen einsteht. Uns eint die grosse Aufgabe, hier im Osten im völkischen Nebenland moderne Landwirtschaft und moderne Ernährungswirtschaft aufzubauen und sie für die deutschen Kriegsinteressen einzusetzen.

In den vergangenen 4 Jahren sind viele harte Wetterstürme über Ihre Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft hinweggebraust: oft haben wir unter schwerem Beschuss gestanden, aber immer haben wir versucht, die Aufgaben, so gut es möglich war, zu meistern. Und wenn es einmal so schwer wurde, dass wir nicht mehr weiter wussten, dann haben Sie Ihre schützende Hand über uns gehalten und haben uns Richtung und Ziel gewiesen. Diese Schicksalsschläge und diese harten Zeiten haben Ihren Agrarsektor nicht umgeworfen, sondern ihn nur härter und stärker gemacht.

Ich kann Ihnen im Namen der hier anwesenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, zugleich aber auch im Namen jener Hunderte, die draussen im Lande auf einsamen Posten stehen, die Versicherung abgeben, dass Sie sich auch in Zukunft auf Ihre Hauptabteilung,

auf die Männer und Frauen im Agrarsektor verlassen können.

(Lebhafter Beifall)

Regierungsdirektor Albert.fasst hierauf das Ergebnis der Tagung zusammen und stellt die Grundforderungen für die Erzeugungsschlacht des Jahres 1944 heraus. Er kennzeichnet sie folgendermassen:

1.) Wir bauen trotz aller Schwierigkeiten unsere Viehstapel auf und lassen uns darin auch nicht durch die Viehablieferungen behindern.
2.) Wir sorgen für eine geordnete Futterwirtschaft.
3.) Wir machen das Generalgouvernement zum führenden Land in der Humuswirtschaft.
4.) Unser Beratungsapparat wird im Wege laufender Schulung richtig eingesetzt und dauernd kontrolliert.
5.) Die Beispielswirtschaft gestalten wir zu einem wertvollen Mittel der landwirtsdhaftlichen Produktion.

Regierungsdirektor Albert schliesst seinen Bericht mit folgenden Worten:grosse Aufgaben stehen wieder vor uns. Wir haben sie uns als Nationalsozialisten im einzelnen selber gestellt und sind entschlossen, sie völlig zu verwirklichen. Im vergangenen Jahre habe ich Sie aus diesem Saal mit dem Aufruf entlassen, in dem schweren Schicksalskampf unseres Volkes alles zu tun, was nur möglich ist, und um uns die Sorgen zu nehmen. Wir haben uns gelobt, dem Führer nach Möglichkeit seine Sorgen abzunehmen. An uns darf es nicht fehlen, auf uns muss sich der Führer zu jeder Stunde verlassen können. Wir wissen, dass unsere Arbeit mehr ist als eine wirtschaftliche Leistung: sie ist eine der wesentlichen Grundlagen für die deutsche Herrschaft in diesem Raum. Jeder von uns ist hier Repräsentant des Führers und des Reiches.

12.1.44

Nach unserem Können, nach unserer Leistung, nach unserer Haltung werden das Reich und das deutsche Volk hier im Raum beurteilt. Als Nationalsozialisten wollen wir auch in Zukunft danach handeln. Sie, meine Herren Kreisleiter und Oberleiter,und alle Ihre Mitarbeiter haben bisher mit den grössten Schwierigkeiten und Nöten fertig werden können. Wir müssen Herr werden all dessen, was sich uns entgegenstellen will; nichts darf uns schwach machen oder ins Wanken bringen, wir müssen stärker sein als die Verhältnisse. Die Mobilmachung des Ackers für den deutschen Schicksalskampf geht weiter. Wir werden diesen Kampf gewinnen.

(Lebhafter Beifall).

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Landwirtschaftsführer und Landwirtschaftsführerinnen des Generalgouvernements! Ich bin sehr gern zu der heutigen abschliessenden Sitzung Ihrer Tagung gekommen, weil ich diese Tagung als eine der wichtigsten Zusammenkünfte amtlich bevollmächtigter und praktisch tätiger Menschen im Generalgouvernement ansehe. Ich möchte mich selbstverständlich nicht in Ihre fachlichen Angelegenheiten weiter einmengen. Es liegt mir fern, den Versuch machen zu wollen, Ihnen mit praktischen Ratschlägen an die Hand gehen zu wollen; denn meine praktischen Beziehungen zur Landwirtschaft sind leider nur die eines Konsumenten Ihrer Güter.

(Heiterkeit).

Aber es ist ganz zweifellos einer der wichtigsten Augenblicke, in dem Sie tagen, nicht nur für die Geschichte Ihres eigenen Arbeitsprogramms in dem jetzt laufenden Erntejahr, sondern auch angesichts der Gesamtentwicklung der Kriegslage und der Situation unseres Reiches. Bei Ihrer letzten Tagung, die wohl etwa vor einem Jahre stattfand, erstreckte sich die deutsche Front im Osten annähernd 1300 km in der Luftlinie von der Ostgrenze des Generalgouvernements weg; in dem gegenwärtigen Augenblick, da wir hier zusammengekommen sind, ist die Front teilweise bis

auf 80 km an die Ostgrenze des Generalgouvernements herangerückt.

In diesen monumentalen Zahlen liegt eines der grössten Schicksalsgewichte, die uns aufgebürdet sind. Denn selbstverständlich ist damit das Generalgouvernement als der grosse geordnete Block deutscher Macht und Führungsautorität im Osten heute wieder ganz anders in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt, als das vor einem Jahr der Fall war. Ich sehe daher in Ihrer jetzigen Tagung eine gleichsam kriegsbedingte, fast militärisch disziplinierte Befehlsausgabe an jene, die unter diesen unsagbar schweren Verhältnissen des Reiches und des Generalgouvernements in ernstester Führerverantwortung die ernsteste aller Aufgaben, die Versorgung unseres Volkes, die Versorgung aller arbeitenden Individuen mit Lebensmitteln und Nahrung, durchzuführen haben. Neben dem Krieg der Waffen und des Eisens, neben dem Krieg der Waffen des Geistes und der Seele geht noch dieser ungeheure Krieg gegen Deutschland vor sich, mit dem Ziel, durch Entzug der notwendigen Nahrungsmittel uns das Kriegsgeschehen sich zur Niederlage entwickeln zu lassen.

Die Blockade - ein Begriff, der im Weltkrieg 1914/18 eine geradezu niederdrückend erschreckende Rolle gespielt hat,- ist dank der einzigartigen Leistung nationalsozialistischer Bauernführung, Bauernwerdung und landwirtschaftlicher Erzeugungsführung heute kaum mehr ein Schlagwort. Deutschland und das von ihm beherrschte Europa sind im gegenwärtigen Augenblick absolut berechtigt, mit Zuversicht in dieses kommende Jahr zu gehen, was die Ernährungssituation betrifft.

Dass kriegsmässige Schwierigkeiten sich häufen, ist klar. Selbstverständlich muss die Arbeitskraft bis aufs äusserste mehr denn je an die Nervensubstanz herange-

peitscht

werden. Selbstverständlich ist es auch, dass das junge starke Blut unseres Volkes unausgesetzt fliessen muss und dass daher eine Minderung der unmittelbaren Energiekräfte eintreten kann. Aber mit gesteigertem glühendstem Willen erhöht sich die Leistungsbereitschaft, die totale Einzelhingabe an das grösse Ziel dieser Zeit. Dabei sind ja gerade die Bauern, der Landwirt, das Landleben, die Gesetze der landwirtschaftlichen Produktion ein ungeheures Lehrmittel auch für die politischen Gesetze: der Bauer weiss, wie er mit dem Boden umzugehen hat; er ist gewohnt, dank seiner Tatkraft, dank des Saatgutes, dank der Güte des bearbeiteten Bodens alles das zu tun, was man schlechterdings von einem pflichtbewussten bäuerlichen Volksgenossen verlangt. Er weiss aber darüberhinaus, dass dies alles allein nicht genügt, sondern dass ein nicht ganz in unserer Macht stehendes Element dazu kommen muss: er hat noch zu harren auf das Wetter, er hat noch die Sonne zu sehen und den Hagel zu scheuen, er muss Beharrung zeigen und abwarten können, bis die Stunde der Ernte gekommen ist. Es ist kein Zweifel, dass die Arbeit, die am bodennächsten ist, auch die himmelnächste ist, dass die Arbeit, die die Scheuer füllt, auch den Blick in den ewigen Himmel lehrt und dass in dieser Arbeit tatsächlich die Totalität von Wille, seelischer Haltung, Geduld, Ausdauer und unbeirrbarem Glauben als traditionelles Charakterfundament unseres Volkes sich immer wieder aufgerichtet hat.

Die Politik des Nationalsozialismus hat sich an diese Regel zu halten. Gerade der deutsche Bauer ist es, der wieder die grössten Opfer zu bringen hat: er opfert seine Arbeit, er opfert seine Söhne. Aber das ganze deutsche Volk steht in der geleichen Opfergemeinschaft. Wenn man ins Reich hineinfährt, dann sieht man, wie

12.1.44

diese elementaren Fundamente der bäuerlichen Lebensführung heute Gemeingut unseres Volkes geworden sind, unter steter Bereitschaft alles, aber auch das letzte, für die Volksgemeinschaft zu tun. Wie der Bauer auf die Ernte, so sollten wir auf den ewigen Herrgott schauen und ihn um den politischen Segen unserer Opfer in diesem Kriege bitten.

Wenn Sie mich nun fragen: Wie steht es um den Krieg?- Du, Generalgouverneur, musst uns jetzt irgendetwas vom Krieg sagen,-was für eine Parole gibst Du uns auf den Weg?- nun, die Parole des Führers haben Sie gelesen, ich will sie nur ganz kurz erwähnen. Der Krieg hat sich im letztvergangenen Jahre in ungeheuren Schlägen gegen uns ausgewirkt. Es gibt niemanden mehr, der das verkennen oder verschweigen wollte. Die Verluste, die wir an Menschen erlitten haben, sind ungeheuer. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft, war das letztvergangene Jahr eines der schrecklichsten erlebnisgehäuften Jahre, die das deutsche Volk je durchgemacht hat.

Aber ich kann es Euch aus unmittelbarer Kenntnis der Dinge mit auf den Weg geben: diese Schreckenszeit nähert sich dem Ende. Der Feind wird das Generalgouvernement nicht betreten.

(Stürmischer Beifall).

Es werden Divisionen über Divisionen heranrücken, die mit Gottes Segen in diesem Jahre das zurückschlagen werden, was dieser ohne-dies ausgeblutete Tyrannenkoloss Sowjetrussland als seinen Schicksalsschlag zu erwarten hat. In diesem Jahre wird die grosse Auseinandersetzung mit neuen Waffen, mit neuen Menschen, mit neuen Divisionen beginnen, und über England zieht sich das furchtbarste Vergeltungsgericht zusammen, das jemals die Weltgeschichte gekannt hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall).

12.1.44.

Wir stehen damit in einer schlechterdings durch furchtbarste Schicksalsschläge gehämmerten buchstäblich stählernen Härte diesem Kriege gegenüber. Und wenn nun einer fragt: ja, musste denn dieser Krieg sein, mussten ddiese Städte zerstört werden, musste dieses Elend kommen, konnte man nicht noch warten, konnte nicht das oder jenes geschehen, war der Krieg gegen Sowjetrussland notwendig? - meine lieben Landwirtschaftsführer des Generalgouvernements, Ihnen werden ja auch immer wieder diese Fragen gestellt,- aber dann sagen Sie den Leuten immer eines: dieser Krieg war ebenso notwendig, wie für den alten grossen König Preussens der siebenjährige Krieg. Man wird nicht Staat, indem man vor den Schrecken der Geschichte zurückweicht. Wer vor der Geschichte Angst hat, wer glaubt, durch Demut und Nachgiebigkeit in dieser Welt etwas zu werden, der täuscht sich. ¥ Für uns Deutsche war es klar, dass das einzigartige Schicksal, das uns einen Adolf Hitler und seine nationalsozialistische Volksgemeinschaftsidee und auf ihr fussend die deutsche Wehrmacht des nationalsozialistischen Reiches gegeben hat, auch gleichzeitig die Stunde bedeutete, in welcher wir Deutschen vom Staat zum Weltreich aufsteigen werden. Und dies ist für uns im Generalgouvernement wichtig. Von diesem Wort müssen wir den Zweig der Überlegung abspalten, der direkt in unsere Aufgabe hineinführt. Denn Polen und das polnische Volk lagen unglückseeligerweise zwischen dem deutschen Volk und den Äckern des deutschen Volkes im Osten. Auf diesem Wege, der von der deutschen Heimat und dem Wachstum unseres Volkes zu der Notwendigkeit führte, die erforderlichen Lebensmittel zu erzeugen, und zu der daraus wieder sich ergebenden Notwendigkeit, neues Ackerland zu gewinnen, lag Polen. Und mit Polen wurde die Barriere zurückgeschoben, die seit Jahrhunderten

12.1.44

das deutsche Volk im Osten eingeengt hat.

(Nun kann einer fragen: wozu brauchen wir ein Weltreich? - es war doch auch so ganz gemütlich. Darauf kann man nur erwidern: ein Volk wie das deutsche konnte auf die Dauer nicht in dieser schon bedrohlich gewordenen Enge weiter leben, die schon über unserem Volke lastete. Ich brauche wohl nicht zu sagen, dass man schliesslich 85 Millionen Menschen auch bei noch so intensiver landwirtschaftlicher Entwicklung nicht auf demselben Terrain ernähren kann, auf dem etwa vor hundert Jahren 25 Millionen gelebt haben.)

Wenn wir also wachsen wollen, dann müssen wir diese Aufgabe auf uns nehmen. Der Krieg wäre so oder so gekommen. Zu glauben, er wäre nicht gekommen, wenn Adolf Hitler nicht gekommen wäre, heisst: das Problem umgekehrt sehen. Der Krieg wäre gekommen. Er kann aber nur gewonnen werden, weil wir einen Adolf Hitler und die nationalsozialistische Volksgemeinschaft haben.

(Lebhafter Beifall).

Das wollte ich Ihnen, gern zu Beginn dieses Jahres sagen. Sie haben ein Recht darauf, ein doppeltes Recht: ein Recht als Deutsche und ein Recht als Mitarbeiter auf einem der wichtigsten Gebiete unserer Gemeinschaftsarbeit im Generalgouvernement.

Heute ist es so weit, dass auch die öffentliche Sprache unserer Reichsführung immer klarer und deutlicher wird. Wir können es daher auch im Generalgouvernement auf uns nehmen, ganz klar und deutlich zu sprechen. Der Verlust der Ukraine bedeutet, absolut genommen, einen enormen Verlust an Ernährungswerten, an relativ hohen Ernährungswerten, aber auch den Verlust an Erntechancen für 1, 2 oder 3 Jahre. Es ist gar kein Zweifel, dass daher die Ertragskraft des Generalgouvernements mehr denn je wieder in die öffentliche Erörterung eingezogen wird. Es ist aber ein wahres Ertragswunder, was Sie im Lande Generalgouvernement geschaffen haben. In der

12.1.44

Agrargeschichte ist es noch niemals dagewesen, dass unter den hier gegebenen Voraussetzungen und Möglichkeiten im Laufe von knapp 4 Jahren aus einem Agrarzuschussgebiet ein Agrarüberschussgebiet gemacht wurde. Sie, die Sie hier in diesem Saal sitzen, und diejenigen, die Sie draussen als Ihre Mitarbeiter vertreten, können sagen, dass Sie dieses Wunder gemeistert haben. Ich bin stolz darauf, Ihnen das sagen zu können. Das Generalgouvernement ist in seiner Agrarleistung schlechterdings ein bis jetzt unerreichtes Vorbild geworden.

Dazu darf ich Ihnen noch folgendes aktuell berichten. Ich habe vor wenigen Tagen in Breslau vor den dort versammelten Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches auf Einladung meines Parteigenossen Himmler über das Generalgouvernement gesprochen. Im Anschluss an meine Ausführungen teilte der Reichsführer SS Himmler der allgemeinen Versammlung folgendes mit. Er sagte: er sei 4 Tage vorher - etwa am 6. Januar 1944 dieses Jahres - im Führerhauptquartier anwesend gewesen, als Staatssekretär Backe dem Führer den Abschlussjahresbericht über die landwirtschaftlichen Leistungen Europas und des deutschen Reiches erstattete. Bei dieser Gelegenheit habe Staatssekretär Backe seinen Bericht mit folgenden Worten begonnen: Mein Führer, an der Spitze der Leistungskraft, der Leistungsenergien und der Leistung selbst steht in dem gesamteuropäischen Raum das Generalgouvernement.

(Lebhafter Beifall).

- Mit dem gleichen Beifall, den Sie nun Ihrer eigenen Leistung billigerweise gezollt haben, hat der Führer diese Ausführungen entgegen genommen. Meine werten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Sie können nun aber auch von diesem Platz aus meinen Dank und meine Anerkennung entgegennehmen. Denn ich weiss, was das geheissen hat.

12.1.44

Es wäre vielleicht gut, wenn all das, was wir an Unmöglichkeiten, an Zerstörtheiten, an Mangel der Voraussetzungen übernommen haben, und wenn andererseits das, was wir jetzt demgegenüber an menschlicher Leistungsfähigkeit, an Werkzeugen, Maschinen, Einrichtungen usw. besitzen, auch statistisch festgehalten wird; denn dann könnte man kommende Geschlechter darauf hinweisen, was eine Hand voll deutscher Männer und Frauen in diesem landwirtschaftlich schwer verwüsteten Gebiet geleistet hat.

Meine verehrten Kameraden und Kameradinnen! Ich kann aus dem Programm, das Sie sich für diese Tagung gestellt hatten, entnehmen, das Sie sich mit den gesamten wesentlichen Fragen der Erzeugung, der Agrarproduktion eingehend beschäftigt haben. Die Richtlinien sind Ihnen gegeben worden. Ich hoffe aber auch, dass Sie Gelegenheit hatten, im Laufe dieser Tagung Ihre Erfahrungen, Ihre Sorgen und auch Ihre Beschwerden anzubringen. Denn in einem so ernsten Zeitabschnitt wie dem, der vor uns liegt, wo das Generalgouvernement mit in die wichtigste Zone einrücken wird, muss es das offene Wort als alleinige Richtlinie geben. Es darf keine Nebeltaktik, kein falschverstandenes Prestige geben, es kann nur darum gehen, unter nüchternster eiskalter Einschätzung aller gegebenen Dinge so, wie sie sind, und nicht so, wie man sie sehen will, das zweckmässige durchzusetzen. Damit komme ich auf eine der wichtigsten Fragen, nämlich auf die Behandlung des fremden Volkstums in diesem Raum.

Aus den Berichten der agrarischen Behörden und Dienststellen unseres Generalgouvernements habe ich immer wieder entnehmen können, dass Ihre Erfahrungen mit der Arbeitsfreude und dem Arbeitseifer der fremdvölkischen Bevölkerung im allgemeinen ausgezeichnet sind. Ich möchte daher das heutige Zusammensein benutzen, um über Sie hinaus allen Bauern und Bäuerinnen, auch den Polen und den Ukrainern des Generalgouvernements meinen Dank und meine Anerkennung für die loyale Diensterfüllung dessen, was ihnen auferlegt war, auszusprechen. Dieses fremdvölkische Volkstum hat sich

12.1.44

unter Ihrer fachlichen vertrauensvollen Führung zu einem wichtigen Arbeitsfaktur empor entwickelt. Ich glaube, dass wir darin eines der Ergebnisse einer vernünftigen schonenden fremdvölkischen Behandlungstaktik erblicken können.

(Lebhafter Beifall).

Was an mir liegt, wird geschehen, um diesen, ich möchte sagen, europäischen Gesichtspunkt einer vernunftvollen Behandlung der fremdvölkischen Belange in diesem Raum weiter durchzusetzen.

Sie selber stehen dabei als die dauernd und unmittelbarst und am dichtesten von fremdvölkischem Volkstum umgebenen Dienstleister des Generalgouvernements an der Spitze der Erfahrung. Sie haben es ja nur mit fremdvölkischen Menschen zu tun; denn die wenigen Deutschen, die sich in Ihrem Sektor betätigen, bedeuten wirklich eine weit unter jeder Vorstellbarkeit liegende Verhältniszahl. Daher ist es auch klar, dass ich sehr wohl Verständnis dafür hätte, dass gerade aus Ihren Erfahrungen heraus immer wieder der Appell zur Vernunft in diesen Dingen gekommen ist. Sie wissen, dass das Gegeneinander der volkspolitischen Betrachtung in den letzten Jahren da und dort spürbar war, Sie wissen auch, dass manchem von uns der Vorwurf der Polenfreundlichkeit gemacht wurde, weil man Massnahmen, die wir pfleglich diesem Lande gegeben oder gewährt haben, als einseitig vom Poleninteresse diktiert angesehen hat. Wenn aber der polnische Bauer seine Äcker in Frieden bestellt, seine Ernte bringt und abliefert, dann ist seine gute und verständige Behandlung keine im Vordergrund polnischen Interesses stehende Angelegenheit, sondern ausschliesslich als von dem allgemeinen deutschen Führungs-und Ertragsinteresse diktiert anzusehen.

(Anhaltender stürm. Beifall).

12.1.44

Gerade darin haben wir aber auch eine der Wurzeln des viel erörterten Sicherheitsproblems des Generalgouvernements zu erblicken. (Wenn man sinnlos mit Gewalt Hunderte und Tausende polnischer Bauern von ihren Höfen vertreibt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie als Räuber in die Wälder gehen.)

(Langanhaltender stürm. Beifall).

Es ist daher klar, dass hier ein Kampf hart auf hart um die Methode der Führung dieses Raumes ausgetragen werden musste. Entweder war der Wahnsinn massgeblich, oder die klare Vernunft, die besagt, jetzt gilt nur das, was dem Sieg des deutschen Volkes dient, sonst garnichts.

(Erneuter stürmischer Beifall).

Auf Grund der Ereignisse der letzten Monate kann ich aber wohl eine allseitig aufklärende Feststellung treffen. Ich kann heute sagen, dass sich diese von mir mit allem Nachdruck und, ich möchte fast sagen, mit bäuerlicher Zähigkeit durchgehaltene Richtung restlos durchgesetzt hat. Es kommen immer weniger Leute, die fragen, wie es kommt, dass hier noch nicht alle Polen weg sind. (Heiterkeit). Es ist schon ein Gewinn. Wenn so ein Übergescheiter, der das Generalgouvernement kaum kennt, der unsere Briefmarken kaum kennt, sich ein Urtiβl über unsere Schwierigkeiten erlaubt, dann werde ich ihn einmal einladen, sich 14 Tage bei einem unserer Kreislandwirte aufzuhalten.

(Heiterkeit).

Dann würde er schon erkennen, wie die grossen und, ach, am grünen Tisch so leicht aufzustellenden, sogenannten, Herren-und Rassen-,Volkstums-weltpolitischen Gesichtspunkte letzten Endes in der Praxis aussehen.

Aus alledem ergibt sich: wir sind dazu berufen, die Arbeitskraft, die Gesundheit, den Arbeitswillen und auch - sagen wir es ruhig - die Lebensfreude der

12.1.44

Bevölkerung zu erhalten im Interesse des deutschen Sieges. Wenn mein Verbindungsoffizier zur Wehrmacht vor 3 Tagen aus dem OKW zurückkam, wenn er mir erklärte, dass dort an Hand der Karten von ganz Europa festgestellt wurde, dass das Generalgouvernement das befriedetste Land von ganz Europa ist - wir meinen, das es turbulenteste ist,- (Heiterkeit) so können Sie daraus entnehmen, wie es jetzt in anderen Bereichen Europas aussieht.

Ich wäre heute nicht in der glücklichen Lage, zu Männern und Frauen zu reden, die gewohnt sind, die Dinge wirklich so zu sehen und zu sagen, wie sie sind, wenn ich verschweigen wollte, was ich dazu noch zu sagen habe: ich glaube, hätte man unsere Methode der Volkstumsbehandlung überall angewendet, dann würde auch überall mehr Frieden und Ruhe herrschen.

(Beifall).

So sind wir denn, wie man wohl sagen kann, hier ein Laboratorium des von Deutschland geführten Europa. Ich muss sagen, dass hier ein Mann und eine Frau unter Umständen unter Hunderten von Polen mehr am wirklichen Dienst auf diesem Gebiete leisten als so und so viele Schwätzer und Gewaltredner. Wir sind Praktiker; wir haben keine Politik zu machen. Wir sind ein Nebenland des Grossdeutschen Reiches und arbeiten als Funktionäre eines Staatsvolkes. Wir sehen die Dinge, wie sie sind, wo andere sich mit politischen Problemen beschäftigen. Aber ich will noch ganz hart folgendes dazu sagen: ich werde mich in diesem Jahre mehr noch als bisher in der Richtung eines möglichst engen Kontaktes mit der Fremdbevölkerung weiter zu entwickeln trachten. Ich habe in meinem Weihnachtsaufruf diesen Gedanken vorangestellt, und ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Art der fremdvölkischen Behandlung auch die volle Zustimmung des Führers hat.

(Lebhafter Beifall).

12.1.44

Eines der grössten und schönsten Merkmale, die das bäuerliche Leben und das Leben der Landwirtschaft mit sich bringt, ist jene herrliche Kombination von Volksgemeinschaft und Idealismus. Es ist klar, dass der Bolschewismus mit der Beseitigung der bäuerlichen Einzelixistenz die Axt an die Kulturbedeutung des Individuums gelegt hat. Es ist auf der anderen Seite klar, dass man, wenn man den deutschen Menschen als einen Idealtyp bezeichnen wollte, ihm seine Eigenschaft als Individuum lassen muss. Der deutsche tendiert zur Persönlichkeit, nicht zur allgemeinen Unterjochtheit und Unfreiheit, sondern zur persönlichen Selbstverantwortung und zur persönlichen Freiheit. Das ist es ja, was wir verteidigen, wenn wir gegen den Bolschewismus den heiligen Krieg entfesseln.

Der Bauer ist der für die Volksgemeinschaft wichtigste. Er steht ihr am nächsten; er ist aber auch der, individuell eigenwilligste aller Volksgenossen. Die Landwirtschaftsverwaltung unseres Generalgouvernements und Sie a Alle, meine lieben Landwirtschaftsführer und Landwirtschaftsführerinnen, können glücklich sein, dass Sie hier im Generalgouvernement noch im gewissen Sinne diese persönliche bäuerliche Initiative bewähren können. Ich betrachte es als ein Glück, dass wir im Generalgouvernement so eine Art Verantwortungsinsel sind. (Wir Deutsche in diesem Land machen nur 1% der Gesamtbevölkerung aus, eingerechnet Polizei und alles andere, und wir regieran 99%.) Das ist nur möglich, wenn jeder dieser Deutschen ein im besten Sinne bewährter Idealist und von persönlicher Verantwortungsfreude getragener Energiefaktor ist. Nur dann, wenn wir weich werden und uns in einen allgemeinen Massenbrei auflösen, wenn jeder, vor der Verantwortung zurückschreckend, alles nach oben weiterleitet, wenn wir hier verbürokratisieren und verformalisieren, dann sind wir in diesem Land erledigt.

12.1.44

Wenn wir aber die Härte behalten, wenn Jeder von Euch so wie bisher ein unübertreffliches Vorbild von Energie und eisernem Willen gibt, dann richten wir hier im Osten dem Führer einen Block auf, über den hinweg er im Osten Europas zur Unsterblichkeit seines Sieges emporsteigen wird.

(Lang anhaltender stürmischer Beifall).

Präsident Naumann dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte, die der Landwirtschaftlichen Führertagung die höchste Weihe gegeben hätten, und verspricht, dass alle seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch in Zukunft nur das eine Bestreben haben würden, dem Generalgouverneur und seinem Werke zu dienen.

Mit dem von Präsident Naumann ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Landwirtschaftliche Führertagung ihren Abschluss.

13^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

15^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der) Burg.

Donnerstag, den 13.1.44

9[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Fischer und Oberstleutnant v. Dazur, die mitteilen, dass die Angelegenheit "Verbindungsoffiziere" im Sinne des Generalgouverneurs erledigt sei.

10[0] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit den Staatssekretären die Ereignisse und die Situation im Osten. Dabei wird übereinstimmend festgestellt, dass das Ostministerium in Berlin offensichtlich nicht mehr Herr der Verwaltungsführung im Osten ist. Die Anordnungen dieses Ministeriums werden von den Dienststellen im Osten nicht mehr befolgt.

Der Herr Generalgouverneur gibt auf Grund dieser Sachlage die Weisung, dass in Zukunft alle mit den Evakuierungsmassnahmen im Osten zusammenhängenden Probleme von der Regierung des Generalgouvernements autonom an Ort und Stelle gelöst werden sollen. Den Staatssekretären gibt er auf, gemeinsam die Verhandlungsart der auftauchenden Probleme zu erörtern und ihm darüber Vortrag zu halten.

Anschliessend berichtet der Herr Generalgouverneur über seine Eindrücke von der Tagung der Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches in Breslau und der Landwirtschaftstagung in Zakopane. In Breslau habe der Reichsführer SS Himmler vor den versammelten Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches im Anschluss an eine mit grossem Beifall aufgenommene Rede des Generalgouverneurs über die Verwaltung im Generalgouvernement ausgeführt, dass er vier Tage vorher Zeuge

13.1.44

gewesen sei, wie Staatssekretär Backe dem Führer Bericht über die Ernährungsleistungen im Jahre 1943 erstattet habe. Dabei habe Staatssekretär Backe dem Führer gemeldet, dass an der Spitze aller Anstrengungen, aller Leistungen und Energien in weitem Abstand das Generalgouvernement stehe. Reichsführer SS Himmler habe sich gefreut, dieses dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit der Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches mitteilen zu können.

Der Herr Generalgouverneur wertet diese Art des Berichtes, als Durchsetzung seiner jahrelangen Bemühungen, im Generalgouvernement zu einer klaren Verwaltungsführung zu kommen. Im übrigen habe sich der Grundsatz - Einheit der Verwaltung -, wie er im Generalgouvernement herrsche, als der einzige Rettungspunkt herausgestellt, mit dem das Reich auch in seiner inneren Ordnung wieder aufgerichtet werden könne.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dann, dass er am Vortage in Zakopane vor den Landwirtschaftsführern des Generalgouvernements eine Rede gehalten habe. Bei der Tagung habe er den Eindruck gewonnen, dass hier richtige Männer und Frauen an der Arbeit seien und dass gerade bei diesen grösstes Verständnis für die Durchsetzung einer friedlichen, menschlich gerechten Behandlung der loyalen fremdvölkischen Bevölkerung im besonderen Masse vorhanden sei.

10[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt Pressechef Gassner, der ihm interessante Auslassungen der polnischen Emigrantenführer in Moskau und England übermittelt, die deutlich erkennen lassen, dass die interne Befriedungspolitik des Generalgouverneurs diesen Kreisen ausserordentlich auf die Nerven geht.

13.1.44

11[05] Ministerialrat Dr. Weh übergibt dem Herrn Generalgouverneur das erste Heft der Schriftenreihe der Verwaltungsakademie mit der Rede des Herrn Generalgouverneurs über das "Führerprinzip in der Verwaltung".

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Dr.Weh das Ergebnis seiner Besprechung mit Präsident Gerteis wegen der Blockierung der Druckerei beim Druck der Fahrpläne der Ostbahn bekannt. Präsident Gerteis habe erklärt, dass sich diese zeitweilige Blockierung nicht vermeiden lasse; er sei aber damit einverstanden, dass die Druckerei der Ostbahn für den Druck der Verordnungsblätter freigegeben werde. Staatssekretär Dr. Boepple solle mit Dr.Weh diese Druckerei als Staatsdruckerei übernehmen.

Dr. Weh weist darauf hin, dass diese Druckerei für den Druck der Verordnungsblätter nicht das nötige technische Rüstzeug besitze, jedoch könnten dort amtliche Vordrucke usw. fertiggestellt werden.

Zum Schluss legt Dr.Weh dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

Verordnung über den Verkehr mit Giften im Generalgouvernement,

Verordnung über die Arbeit mit lebendigen Krankheitserregern,

Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Personenstandsrecht der Deutschen im Generalgouvernement v. 16.3.40,

Verordnung über die Begrenzung und Zahlung von Förderabgaben in der Erdölwirtschaft,

Verordnung über die Ablieferung von Pflichtstücken an die Staatsbibliotheken des Generalgouvernements,

13.1.44

Verordnung zur Änderung der Zollstrafverordnung und 9. Devisenverordnung für das Generalgouvernement

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterschreibt die Entwürfe.

11[25] Der Herr Generalgouverneur empfängt Regierungsrat von Manzano zur Verabschiedung, der von Reichsstatthalter Rainer als Verwaltungsberater auf das Stammgut der Manzano in der Nähe von Udine berufen wurde. Der Herr Generalgouverneur verspricht Regierungsrat von Manzano sein Bild mit Unterschrift als Anerkennung für Verdienste im Generalgouvernement.

11[30] Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich.

Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass zum Abschluss der seit längerer Zeit laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit dem Reich Präsident Kehrl vom Reichswirtschaftsministerium gegen Ende des Monats in Krakau eintreffen werde. Sollte sein Besuch 2 Tage dauern, dann schlage er die Einberufung des Kriegswirtschaftsstabes des Generalgouvernement zu einer Sitzung vor.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Weiter erklärt Dr. Emmerich, dass am 20.ds.Mts. die Berliner Verhandlungspartner über den Pachtvertrag mit der Karpateh-Öl nach Krakau kommen würden. In den bis jetzt stattgefundenen Vorverhandlungen in Berlin habe man sich über die Bedingungen geeinigt. Leider könne die vom Generalgouvernement gewünschte Kapitalserhöhung von 30 auf 50 Millionen wegen der angespannten Lage nicht vorgenommen werden. - Ausserdem statte eine Danziger Delegation etwa am 23. - 24.1.dem Herrn Generalgouverneur einen Besuch ab.

13.1.44

Mitte Februar plane er in Krynica eine Tagung der Wirtschaftler des Generalgouvernements, und er bitte den Herrn Generalgouverneur, analog seiner Ansprache bei der Landwirtschaftsführertagung in Zakopane auch hier eine Ansprache zu halten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit. Dr. Emmerich gibt er zu dem bevorstehenden Besuch noch einige Anregungen über die Gestaltung des Programms.

12^{00} Besprechung mit Präsident Struve.

Präsident Struve überbringt dem Herrn Generalgouverneur im Auftrag des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiters Sauckel dessen herzlichsten Dank für die dem Reich geleisteten Dienste des Generalgouvernements auf dem Gebiet der Arbeitergestellung, gleichzeitig auch dessen Bitte, die für das Jahr 1944 geforderte Gestellung von 100 000 Arbeitskräften, die in Anerkennung der bisherigen Leistungen besonders niedrig gehalten worden sei, zu unterstützen. Die Vorbereitungen für die Gestellung dieser Arbeitskräfte seien von der Hauptabteilung Arbeit getroffen worden, die Kontingente auf die einzelnen Distrikte verteilt.

Er habe in Gegenden, in denen Strassen-und Bahnbauten geplant seien, 10 km rechts und links dieser Orte sogenannte Schongebiete gebildet; in wichtigen Industriezentren, die einen starken Eigenbedarf an Kräften aufwiesen, habe er sogenannte Sperrgebiete geschaffen. Den Arbeitseinsatzleitern sei von ihm schon vor längerer Zeit der Auftrag erteilt worden, mit dem jeweiligen Gouverneur die einzelnen Kontingente, ihre Aufbringungsmöglichkeit und Aufbringungsart gründlich durchzusprechen und

13.1.44

einen Plan zu entwickeln, in welcher Zeit und mit welchen Methoden diese relativ kleinen Kontingente aufgebracht werden könnten. Das Jahreskontingent eines Distrikts entspräche dieses Mal nur dem früheren Kontingent eines Vierteljahres. Die Aufbringung bilde nach seiner Meinung kein Problem, wenn überall der gute Wille vorhanden sei. Er persönlich hege nur beim Distrikt Galizien Befürchtungen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Struve anlässlich seiner Anwesenheit in Lemberg am 23. und 24.1.44 ebenfalls nach dort zu kommen, damit die Angelegenheit an Ort und Stelle erledigt werden könne. Präsident Struve möge dazu alles vorhandene Material, insbesondere auch Detailsachen über den Distrikt Galizien und seine bisherigen Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitergestellung, mitbringen.

Präsident Struve berichtet dann weiter, dass die vielen aus dem Osten ins Generalgouvernement strömenden Flüchtlinge in Durchgangslägern erfasst würden und nur, soweit sie arbeitsfähig seien, sofort weiter ins Reich transportiert würden. In jüngster Zeit nun würden immer mehr diese dafür unbedingt nötigen Durchgangsläger von Zivilverwaltungsstellen, der Wehrmacht und von aus dem Osten zurückkommenden Einheiten beschlagnahmt.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Struve die Weisung, sich sofort mit Staatssekretär Dr. Bühler in Verbindung zu setzen, der diese Angelegenheit ins Reine bringen solle. Es gehe nicht an, dass der Arbeitsverwaltung diese Läger weggenommen würden.

12^{10} Besprechung mit Intendant Stampe.

Intendant Stampe berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den unangenehmen Zwischenfall im

13.1.44

Staatstheater bei der Sylvesteraufführung, bei der angeheiterte Soldaten Zwischenrufe gemacht hätten.

Der Herr Generalgouverneur betont, dass im Staatstheater solche Vorfälle nicht geduldet werden dürften. Intendant Stampe möge sich, wenn solche Zwischenfälle wieder vorkämen, mit dem Wehrkreisbefehlshaber zwecks strenger Untersuchung+ und Bestrafung in Verbindung setzen.

Intendant Stampe berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur über laufende Vertragsverhandlungen mit bekannten Künstlern aus dem Reich und über kommende Neuaufführungen. Zum Abschluss bittet er den Generalgouverneur um Zurverfügungstellung weiterer finanzieller Mittel zur persönlichen Verwendung, da die zuletzt gewährte Summe aufgebraucht sei.

Der Herr Generalgouverneur sagt dieser Bitte zu.Er unterrichtet Intendant Stampe über den neuesten Stand seiner Ernennung zum Generalintendanten. Anlässlich des Besuches des Staatssekretärs Gutterer in Krakau werde er die Angelegenheit persönlich vorbringen und ausserdem ein Erinnerungsschreiben an Staatsminister Meissner richten. Sollte die Angelegenheit dann trotzdem zu keinem positiven Ergebnis führen, werde er kraft seiner Vollmachten Intendant Stampe die Dienstbezeichnung"Generalintendant" verleihen.

12^{35} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Abteilungsleiter Kormann.

Auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Ohlenbusch, dass Gouverneur Dr. Wächter mit der Berufung des Regisseurs Janssen an das Theater in Lemberg einverstanden sei. Daraufhin gibt der Herr Generalgouverneur die Genehmigung zur Engagierung Jannssens.

13.1.44

Abteilungsleiter Kormann ersucht den Herrn Generalgouverneur, wegen der uk-Stellung einiger jüngerer Kräfte für das Theater in Lemberg an den Führer heranzutreten.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden, bittet aber, die Angelegenheit vorher noch mit dem Verbindungsoffizier zum OKW Oberst Fischer zu besprechen und mit diesem ein entsprechendes Schreiben an den Führer abzufassen und ihm vorzulegen.

Präsident Ohlenbusch legt anschliessend dem Herrn Generalgouverneur das Programm für den Besuch des Staatssekretärs Gutterer in Krakau und für die Volkstumstagung vor, zu dem der Herr Generalgouverneur noch einige Wünsche vorbringt.

In der Angelegenheit "Staatsdruckerei des Generalgouvernements"berichtet Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur, dass alle Druckereien, die er besichtigt habe, dafür nicht geeignet seien. Man müsse ein neues Gebäude suchen und dahin die besten Maschinen aus dem Generalgouvernement bringen. Diese Aufgabe habe er einem Druckereifachmann aus Hamburg übertragen.

In Radom habe sich die SS aus beschlagnahmtem jüdischen Vermögen eine Druckerei aufgebaut und führe sie in eigener Regie. Solche Ausnahmen dürfe die Regierung des Generalgouvernements nicht dulden.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich dagegen aus, dass die SS einen eigenen Druckereibetrieb hat, und ersucht Präsident Ohlenbusch, die Angelegenheit mit SS-Obergruppenführer Koppe ins Reine zu bringen.

Präsident Ohlenbusch gibt zum Schluss dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einer von der Hauptabteilung Propaganda geplanten Grossaktion: man wolle die breite Masse des polnischen Volkes durch geschickte Propaganda dahin bringen, Resolutionen gegen den

13.1.44

Bolschewismus an den Generalgouverneur zu richten.

12[50] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Pg. Kobusch.

Der Herr Generalgouverneur teilt den Inhalt des Schreibens des Reichsleiters Bormann vom 7.1.44 mit und fragt Pg. Stahl, ob er bereit sei, nun zur Wehrmacht einzurücken.

Parteigenosse Stahl bemerkt, dass es ihm selbstverständlich höchste Pflicht sei, seine Wehrpflicht zu erfüllen.

Daraufhin gibt der Herr Generalgouverneur Pg.Stahl den Auftrag, ein Antwortschreiben an Reichsleiter Bormann vorzubereiten und ihm spätestens am nächsten Tage zu übergeben. In diesem Schreiben solle geklärt werden, dass Pg.Stahl seine uk-Stellung zum nächstmöglichsten Termin aufzuheben bitte, um seiner Wehrpflicht nachkommen zu können, dass der Herr Generalgouverneur mit der baldigen Abberufung des Pg.Seifert einverstanden sei und dass der als Nachfolger für Pg.Stahl in Aussicht genommene Pg.Thiessler sich möglichst bald beim Herrn Generalgouverneur melden solle.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Geschichte des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP ein und erklärt, dass er den Arbeitsbereich für die Kriegsdauer so durchhalten wolle, wie er ihn seinerzeit gegründet habe. Es sei absolut notwendig, dass die Gouverneursfunktion mit der eines Distriktstandortführers kombiniert bleibe, denn nur so sei es möglich, angesichts der drückenden Nervenbelastung der wenigen Deutschen des Generalgouvernements jeden Unfrieden auf ein Minimum zu beschränken.

13.1.44

Pg. Stahl bittet dann den Herrn Generalgouverneur, am 17.1. 21 Uhr, zu Luftwaffenoffizieren in der Schulungsburg zu Krakau zu sprechen. Weiter bittet er, am 30.1. die Hitlerjugendführer des Generalgouvernements, die aus Anlass der Verabschiedung des Hauptbannführers Förschle in Krakau zusammenkommen, auf der Burg zu empfangen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dieser Bitte des Pg. Stahl statt.

16^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 14. Januar 1944

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{45} Besprechung mit Abteilungsleiter Henseling von der Direktion der Sternwarten des Generalgouvernements.

Als Leiter der Abteilung zur Pflege des astronomischen Weltbildes in der Direktion der Sternwarten des Generalgouvernements gibt Henseling dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die Tätigkeit und Arbeit der drei Sternwarten des Generalgouvernements in Krakau, Warschau und Lemberg. Er weist darauf hin, dass diesen Sternwarten leider nur mittelgrosse Instrumente zur Verfügung ständen, die Aufstellung grosser Instrumente auch angesichts der im Generalgouvernement herrschenden Luftverhältnisse unzweckmässig wäre. Die Fassung eines grösseren Instrumentes befinde sich in der Sternwarte zu Krakau, während das Objektiv seines Wissens nach Budapest gebracht worden sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Abteilungsleiter Henseling, sich in dieser Angelegenheit mit dem Botschaftsrat Dr. Schumburg in Verbindung zu setzen, die Sachlage zu klären und ihm dann gemeinsam mit Botschaftsrat Dr. Schumburg Vortrag zu erstatten.

Abteilungsleiter Henseling führt dann weiter aus, dass sich ein Teil der Aufgaben der Abteilung - astronomische Abende, Einführungskurse, Arbeitsgemeinschaften, öffentliche Sternführungen - bisher nicht habe angemessen entwickeln lassen, weil weder ein Vorlesungssaal in der Sternwarte noch ein geeignetes Instrument noch eine geeignete Hilfskraft zur Verfügung ständen. Ein anderer Teil der öffent-

lichen Arbeit, das Wirken durch die Tagespresse, sei trotz anfänglich günstiger Entwicklung dadurch unmöglich geworden, dass die der Zeitung zur Verfügung gestellten Beiträge von der Schriftleitung dilettantisch entstellt worden seien. Versuche zu gütlicher Verständigung seien erfolglos geblieben. - Die Vortragsreihen zur Einführung in das astronomische Weltbild für die Oberklassen höherer Schulen seien nach glücklichen Anfängen ins Stocken geraten, seit einer der öffentlichen Abende des Abteilungsleiters durch unsachliches Verhalten eines Teilnehmers gestört worden sei. Die weitere Tätigkeit der Abteilung hänge davon ab, dass die Arbeit in höheren Schulen ungestört fortgeführt und ausgebaut werden könne. Zu erwägen bleibe, ob im Zusammenhang mit der Gründung einer Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement eine Tätigkeit in ihrem Namen durch Erteilung eines entsprechenden Forschungsauftrages zur Hauptverpflichtung des Abteilungsleiters in wissenschaftlicher Hinsicht gemacht werden sollte.

Abteilungsleiter Henseling fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, dass er sich in einem Angestelltenverhältnis als Abteilungsleiter in der Direktion der Sternwarten, die zur Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gehöre, befinde. Der Direktor der Sternwarten Prof. Walter befinde sich zur Zeit noch im Heeresdienst, doch sei der Hauptabteilung versichert worden, dass er aufgrund besonderer Pläne uk-gestellt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Beschwerde des Abteilungsleiters Henseling über das obenerwähnte unsachliche Verhalten eines Parteifunktionärs in einem öffentlichen Ausspracheabend beraumt der Herr Generalgouverneur zur Klärung dieses Vorfalles eine Besprechung an, an der Präsident Dr. Eichholz, Präsident Ohlenbusch, Schulungsleiter Holweger und Abteilungsleiter Henseling

teilnehmen sollen.

lichen Arbeit, das Wirken durch die Tagespresse, sei trotz anfänglich günstiger Entwicklung dadurch unmöglich geworden, dass die der Zeitung zur Verfügung gestellten Beiträge von der Schriftleitung dilettantisch entstellt worden seien. Versuche zu gütlicher Verständigung seien erfolglos geblieben. - Die Vortragsreihen zur Einführung in das astronomische Weltbild für die Oberklassen höherer Schulen seien nach glücklichen Anfängen ins Stocken geraten, seit einer der öffentlichen Abende des Abteilungsleiters durch unsachliches Verhalten eines Teilnehmers gestört worden sei. Die weitere Tätigkeit der Abteilung hänge davon ab, dass die Arbeit in höheren Schulen ungestört fortgeführt und ausgebaut werden könne. Zu erwägen bleibe, ob im Zusammenhang mit der Gründung einer Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement eine Tätigkeit in ihrem Namen durch Erteilung eines entsprechenden Forschungsauftrages zur Hauptverpflichtung des Abteilungsleiters in wissenschaftlicher Hinsicht gemacht werden sollte.

Abteilungsleiter Henseling fügt seinem Bericht ergänzend hinzu, dass er sich in einem Angestelltenverhältnis als Abteilungsleiter in der Direktion der Sternwarten, die zur Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht gehöre, befinde. Der Direktor der Sternwarten Prof. Walter befinde sich zur Zeit noch im Heeresdienst, doch sei der Hauptabteilung versichert worden, dass er aufgrund besonderer Pläne uk-gestellt werden soll.

Im Zusammenhang mit der Beschwerde des Abteilungsleiters Henseling über das obenerwähnte unsachliche Verhalten eines Parteifunktionärs in einem öffentlichen Ausspracheabend beraumt der Herr Generalgouverneur zur Klärung dieses Vorfalles eine Besprechung an, an der Präsident Dr. Eichholz, Präsident Ohlenbusch, Schulungsleiter Holweger und Abteilungsleiter Henseling

teilnehmen sollen.

14.1.44

Abteilungsleiter Henseling überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Entwurf seiner Stellungnahme zur Gesellschaft der Wissenschaften des Generalgouvernements. In diesem Entwurf weist er darauf hin, dass die deutschen Wissenschaftler im Generalgouvernement während des Krieges nur in Ausnahmefällen ungestört unter rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten können. Die Fälle, in denen eine wissenschaftliche Persönlichkeit im GG über die täglichen praktischen Dienstaufgaben hinaus mit Arbeiten von Dauerwert produktiv sein könne, dürften bis auf weiteres vereinzelt bleiben. Publikationen, besonders periodisch, werde die Gesellschaft daher hauptsächlich im Anschluss an wesentliche zeitbedingte Aufgaben angewandter Wissenschaft entwickeln. Eine ihrer Hauptaufgaben werde sein, in sorgsamer Auswahl schöpferische Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens zu gastweisem Wirken ins Generalgouvernement zu ziehen. Kernstück der Veröffentlichungen der Gesellschaft müsse eine Schriftenreihe werden, in der die öffentlichen Veranstaltungen und die Sitzungen der Gesellschaft ihren Niederschlag finden. Die Gliederung der Gesellschaft in Abteilungen (Sektionen) werde sich den üblichen Einteilungen anzupassen haben. Die Leitung der Gesellschaft werde der Mitarbeit eines Beirats aus erfahrenen Fachwissenschaftlern nicht entraten können, dürfe aber nicht durch dessen Verfassung in der Freiheit ihrer Entschlüsse gehemmt werden. Ein erster Überblick über die einer Gesellschaft der Wissenschaften gegebenen praktischen Arbeitsmöglichkeiten wäre durch Feststellung aller dauernd im Generalgouvernement tätigen wissenschaftlich vorgebildeten Deutschen zu schaffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diese Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen, und verspricht Abteilungsleiter Henseling, ihm in jeder Weise bei seinen Planungen helfend zur Seite zu stehen.

14.1.1944

11[10] Der Herr Generalgouverneur empfängt in seinem Arbeitszimmer im neuen Kanzleigebäude die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses. Bei diesem Empfang sind zugegen die Staatssekretär Dr. Bühler, Koppe, Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp, Pressechef Gasner, Oberlandesverwaltungsrat Weihrach und Bürgermeister Türk.

Der Präsident des Ukrainischen Hauptausschusses Professor Kubijowitsch richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Euer Exzellenz! Zum 5. Mal während dieses Krieges sind wir bei Ihnen, Herr Generalgouverneur, anlässlich des Jahreswechsels erschienen, um Ihnen im Namen des Ukrainischen Hauptausschusses und der ganzen ukrainischen Volksgemeinschaft die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Zwar ist heute bereits der 14. Januar, aber gerade bei uns ist das der erste Tag des neuen Jahres, und deshalb kommen wir mit unserem Neujahrsbesuch nicht verspätet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Tätigkeit des Ukrainischen Hauptausschusses im vergangenen Jahre in einer kurzen Rückschau erfassen und die Schwierigkeiten betonen, die sich bei uns im verflossenen Jahre fühlbar gemacht haben.

Zunächst aber gestatten Sie, Herr Generalgouverneur, Ihnen den aufrichtigen Dank für die Anerkennung auszusprechen, die Sie in Ihrer Weihnachtsbotschaft für das ukrainische Volk als das alte Bollwerk der europäischen Kultur und Zivilisation im Osten zum Ausdruck gebracht haben. Tatsächlich ist es die geschichtliche Aufgabe des ukrainischen Volkes, mit den europäischen Kräften mitzuwirken, die den Kampf gegen die drohende Gefahr des Bolschewismus aufgenommen haben. Daher stammt eben das

deutsch ukrainische Bündnis, dessen Sie ebenfalls in Ihrer Weihnachtsbotschaft gedacht haben.

Wir sind uns dessen bewusst, dass heute die deutsche Wehrmacht die einzige Macht darstellt, die die europäischen Völker vor der bolschewistischen Sintflut zu retten im Stande ist und die weiten Gebiete des Ostens in das Leben der europäischen Völkergemeinschaft eingliedern kann. Daher haben wir es als unsere erste Aufgabe betrachtet, zu diesem geschichtlichen Gang der Ereignisse nach allen Möglichkeiten beizutragen. In diesem Sinne hat auch der Ukrainische Hauptausschuss seine Tätigkeit im vorigen Jahre in einer bescheidenen Form der Wohlfahrt und der Ernährungshilfe entwickelt.

Das vergangene Jahr war für uns eins der schwersten. Der grössere Teil unseres Volksbodens wurde wiederum von den Bolschewisten überflutet. Dank dem Allmächtigen aber ist unsere engere Heimat von den Kriegshandlungen ziemlich ferngehalten. Deshalb war es uns möglich, unsere bisherige Tätigkeit im allgemeinen im Rahmen der Kriegsbedingungen ruhig fortzusetzen.

Ausser der Pflege unserer Kultur und unseres Volkstums sowie ausser der Hilfe für die Bedürftigen und die Linderung der Kriegsnot hat der Ukrainische Hauptausschuss seine Aufmerksamkeit den Kriegswirtschaftsfragen gewidmet. Mit dem opferwilligen Einsatz unserer Bauern hat Galizien als der 5. Distrikt des Generalgouvernements allein ein Drittel der gesamten Menge des Getreides dieses Nebenlandes des Reiches geliefert. Fast eine halbe Million ukrainischer Arbeiter aus dem Generalgouvernement steht heute im Reich im Dienste der Kriegsindustrie und der Landwirtschaft.

14.1.44

Obwohl wir eins der ersten Völker sind, das seine Waffen gegen den Bolschewismus vor 25 Jahren aufgehoben hat, war es für uns lange Zeit hindurch nicht möglich, uns aktiv diesem Kampfe anzuschliessen. Erst im Frühling des vergangenen Jahres wurde dank Ihrer wohlwollenden Unterstützung, Herr Generalgouverneur, und dank dem tatkräftigen Mitwirken des Gouverneurs von Galizien die Aufstellung der SS-Schützendivision Galizien verkündet und durchgeführt. Der feierliche Aufruf zur Aufstellung der Division Galizien und die ersten Einberufungen der Freiwilligen haben alle feindlichen Kräfte in Bewegung gesetzt. Sie scheuten keine Mittel, um die ruhigen Verhältnisse im Lande zu stören und die Aufstellung der Division zum Scheitern zu bringen. Aber dank der positiven Haltung aller Schichten des Völkes ist es gelungen, sich ihnen mit Erfolg zu widersetzen und die Division zu Stande zu bringen.

Durch die tatsächliche Aufstellung der Division sind die Gegenkräfte noch aktiver geworden. Mit den raffiniertesten Mitteln versuchten sie, um jeden Preis die Anarchie und das Chaos als die besten Verbündeten des Bolschewismus herbeizuführen. Es kostete den Ukrainischen Hauptausschuss besondere Bemühungen, in enger Zusammenarbeit mit der ukrainischen Intelligenz die breiten Schichten des Volkes in einer ununterbrochenen Aktion über die verkappten Ziele dieser Gegenkräfte aufzuklären, um Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung haben wir als unser erstes Ziel angesehen und dieser wichtigsten Aufgabe falls alle unsere Kräfte gewidmet. Das Hereinbrechen der bolschewistischen Partisanen nach Galizien und einige Ausschreitungen unberechenbarer Elemente haben harte polizeiliche Gegenmassnahmen hervorgerufen, und darunter haben auch unschuldige Menschen gelitten. Trotz alledem ist unser Land weiterhin eines der ruhigsten Gebiete geblieben. Das gibt uns die Grundlage, zu hoffen, dass manche von diesen harten Massnahmen gemildert werden.

14.1.44

Das vergangene Jahr hat unser ganzes Volk die schweren Lasten des Krieges noch empfindlicher spüren lassen als die vorigen Jahre. Aber das hat uns noch mehr gehärtet und in dem Entschluss gefestigt, auch im nächsten Jahre nicht die Hände fallen zu lassen, sondern in gemeinsamer Anstrengung, von dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg der Gerechtigkeit beseelt, die kämpfende Front zu unterstützen, bis der Bolschewismus vernichtet ist.

Für die Zukunft hegen wir den einzigen Wunsch, dass in diesem neuen Jahre Bedingungen für die ukrainische Volksgemeinschaft geschaffen werden, durch die uns die Möglichkeit gegeben würde, alle unsere bis jetzt noch nicht ausgenutzten Kräfte in dem Kampf gegen den Bolschewismus erfolgreich einzusetzen.

Zu Ihren Händen danken wir für das Verständnis, das wir im vergangenen Jahre für unsere Belange bei den Ihnen untergeordneten Stellen gefunden haben. Wir hoffen, dass wir uns im neuen Jahr noch grösseren Verständnisses werden erfreuen können.

Aus dem Anlass des Jahreswechsels wollen Sie, Herr Generalgouverneur, als Vertreter und Statthalter des Führers in diesem Raume unsere besten Glückwünsche entgegen nehmen. Zum Andenken an den heutigen Tag überreiche ich Ihnen gemäss unserer Volkssitte als Neujahrsgeschenk dieses bescheidene Bild aus der Gegend von Zaleszczyki, die, wie wir gehört haben, Ihr besonderes Interesse gefunden hat.

14.1.44

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich habe gern Gelegenheit genommen, Sie heute als Vertreter des ukrainischen Volkstums im Generalgouvernement im Beisein meiner Mitarbeiter zu empfangen. Aus diesem Umstand allein können Sie schon ermessen, Herr Professor, welch' grosses Gewicht wir auf das friedlich-freundschaftliche, kameradschaftliche schicksalsgewollte Zusammenarbeiten der Regierungsfaktoren dieses Raumes und der ukrainischen Bevölkerung legen. Ich kann nur wiederholt betonen, was ich bei jeder Gelegenheit gesagt habe, dass die Millionenmasse der ukrainischen Bevölkerung des Generalgouvernements nach wie vor überzeugt sein darf, dass ich persönlich wie alle meine Dienststellen alles tun werde, um den Gesichtspunkten zu entsprechen, die sich aus der notwendigen und gemeinsamen Schicksalsverbundenheit des deutschen und ukrainischen Volkes ergeben.

Was Sie in Ihren Neujahrsworten ausführten, findet meine volle Billigung. Ich bekenne erstens Ihnen gegenüber erneut meine Dankbarkeit für die hervorragenden Leistungen der ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes auf allen Gebieten der Landwirtschaft, der Kriegsindustrie und nunmehr insbesondere auch des tapferen Einsatzes mit der Waffe in der Hand für die Freiheit Europas, für die Verteidigung unserer europäischen Kultur gegen den bolschewistischen Zerstörungskrieg.

Zweitens werde ich, sofern aus Ihren Worten der eine oder andere Schmerz über eine staatliche Massnahme aufgeklungen sein sollte, der ja in der harten Zeit des Krieges da und dort entstehen kann, sofort Sorge tragen, dass solche Schmerzen, unter denen, wie Sie sagen, manchmal auch Unschuldige leiden müssen, in Zukunft soweit nur irgendmöglich vermieden werden können. Ich möchte aber gerade zu diesem Punkt darauf hinweisen, dass es im Interesse der vielen Millionen loyaler Ukrainer liegt, dass die wenigen, die sich diesem notwendigen europäischen Kurse mit Gewalt widersetzen, im

14.1.44

Interesse auch des Ansehens des ukrainischen Volkstums eben dem Kriege entsprechend behandelt werden. Es ist umso notwendiger, dass die gesamte Bevölkerung der Ukrainer von dem lebendigen Geist der Notwendigkeit der Verteidigung Europas durchzogen ist, als ja, wie Sie wissen, die gewaltige Waffenauseinandersetzung im Osten gerade im dem letztabgelaufenen Jahre erneut die ungeheure Stärke des bolschewistischen Reiches gezeigt hat.

Was das deutsche Volk an Blutopfern in diesem Ringen für Europa bringt, kann man überhaupt niemals genug würdigen. Es gibt keine Familie im grossdeutschen Reich, ganz gleich, wo immer, die nicht entweder an der Front oder durch die Terrorbomben der verkommenen angelsächsischen Mörder Todesopfer über Todesopfer gebracht hätte.Es ist klar, dass bei diesem letzten höchsten und äussersten Einsatz des deutschen Volkes für Europa und damit auch für Sie und für Ihr Volkstum, meine ukrainischen Freunde, selbstverständlich von mir und allen Dienststellen dieses Raumes die höchstgesteigerte Leistungsmöglichkeit auch von den Ukrainern verlangt werden muss. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns Träumereien hingeben und uns fragen: was werden wir machen, wenn wir gesiegt haben, wie werden wir aufblühen? - Das mag sehr schön sein, es mag die Vorstellung darüber geben, was die Ukrainer alles sein und tun werden, wenn wir gesiegt haben. In diesem Augenblick geht es aber um etwas anderes. Sie haben sich im Schicksalskampf Europas gegen den Bolschewismus klar und eindeutig zur Seite des Führers und des Grossdeutschen Reiches bekannt. Ich erkläre dafür, dass der Führer und Gross-Deutschland die Sache der ukrainischen Kultur, des ukrainischen Volkstums und des ukrainischen Glückes auch zu der Ihrigen gemacht haben. So ist das ein klares sachliches schicksalhaftes Zusammenstehen.

Wie Sie mich kennen, habe ich, seit 1939 in diesem Lande stehend, vielleicht auch einen klareren Einblick in die kommenden Dinge als mancher andere. Ich habe vom ersten Augenblick an diese Zusammenarbeit zu meinem Leitmotiv gemacht, und es ist geglückt, dieses Leitmotiv zum restlos herrschenden in diesem

14.1.44

Raum zu erheben.

So glaube ich denn sagen zu können, dass die Ukrainer im Generalgouvernement mit dem Schicksal, das ihnen der Führer durch mich und durch die Staatsstellen dieses Raumes bereitet hat, durchaus zufrieden sein können: Ihre Bauern bestellen die Felder, Ihre Männer arbeiten in Deutschland, Ihre kulturellen Einrichtungen sind im Gange, ob es nun die Schulen, die Oberschulen, die akademischen Lehrkurse sind, Ihre kirchlichen Angelegenheiten sind ins Reine gebracht. Und alles das begibt sich auf dem stolzen Untergrund, dass damit die Ukrainer des Generalgouvernements für sich selber ihrer völkischen Ehre und Kultur leben können, im Gesamtrahmen der von dem Führer gegebenen Ordnung.

Indem ich Ihre Glückwünsche entgegen nehme, Herr Professor, und damit die Wünsche des ukrainischen Volkes des Generalgouvernements, möchte ich Ihnen und dem ukrainischen Volke mit meinem Dank für die von ihm vollführten Leistungen meine besten Wünsche für das kommende Jahr auf den Weg geben. Unser Glück ist Ihr Glück, unser Schicksal auch Ihr Schicksal. Daher mögen wir beide gemeinsam zu dem ewigen Herrgott beten, dass er unsere europäischen Kultur schützen, dass er unsere Waffen, unsere Felder und unsere Arbeit segnen möge. Alles andere wird sich dann aus der Treue um Treue ergeben. Herr Professor, ich wünsche Ihnen alles Gute und danke Ihnen auch sehr für das liebe Geschenk. Seien Sie überzeugt, dass wir alles tun werden, um diese unsere Gemeinschaft aufrecht zu erhalten.

Im Anschluss an den Empfang hat Staatssekretär Koppe noch eine Unterhaltung mit Professor Kubijowitsch und anderen Mitgliedern des Ukrainischen Hauptausschusses. Er bittet die Mitglieder des Hauptausschusses, die Bevölkerung zu ermahnen, sich jeglicher

14.1.44

Widerstandshandlungen zu enthalten. Er würde es begrüssen, wenn in Zukunft über diese Dinge ganz offen gesprochen werden könnte, damit ein gemeinsamer Weg gefunden werde, damit die Überaktivisten, mit denen sich ja die Masse der ukrainischen Bevölkerung gewiss nicht einverstanden erkläre, von vornherein ausgeschaltet würden. Die Zusammenarbeit könne vielleicht noch intensiver sein, wenn gegebenenfalls radikale Elemente rechtzeitig gewarnt würden. Er bitte auch, die Mitglieder des Ukrainischen Hauptausschusses, ihm geeignete Vorschläge zu machen und sich überhaupt in allen diesen Fragen immer an ihn zu wenden.

12^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe, Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp, Pressechef Gassner, Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch und Bürgermeister Türk.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, dass nach den letzten Meldungen, die er erhalten habe, die Russen an mindestens zwei Stellen sich in grosser Nähe der Ostgrenze des Generalgouvernements befänden. Er habe zunächst noch keine amtliche Meldung darüber, welche Widerstandskräfte der deutschen Wehrmacht überhaupt zur Verfügung ständen. Da die Situation in Galizien ziemlich undurchsichtig werde, müsse man sich jetzt darüber klar werden, was vor allem mit dem hereinströmenden fremden Volkstum zu geschehen habe.

Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch bemerkt, dass die Wehrmacht praktisch jetzt oder für die nächste Zeit alle verfügbaren Räumlichkeiten in Anspruch nehme. Was das hereinströmende fremde Volkstums angehe, so könnten zwar die Arbeitsfähigen zur Arbeit ins Reich vermittelt werden, die Arbeitsunfähigen würden

14.1.44

vom Reich nicht aufgenommen. Nach einer ihm gewordenen amtlichen Mitteilung von militärischer Seite müsse man sich jedenfalls darauf gefasst machen, dass grössere Flüchtlingsströme ins Generalgouvernement kämen. Ein kleiner Teil von ihnen könne wohl untergebracht werden, sollte es sich aber um Massen von Hunderttausenden handeln, dann müssten Auffangstellen eingerichtet werden, sonst würde man vor einem Chaos stehen. Vor allem müsse auch dafür Sorge getragen werden, dass im militärischen Interesse die Strassen nicht verstopft würden.

SS-Oberführer Bierkamp bezieht sich auf Berichte aus Lemberg und Lublin, nach welchen der Reichskommissar für die Ukraine den Befehl gegeben habe, sofort mit der Räumung der Bezirke Wolhynien und Podolien zu beginnen. Er habe sechs Übergangsstellen festgesetzt, an denen die Trecks in das Generalgouvernement rücken sollten. Seine Frage, ob eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Generalgouvernements und dem Reichskommissar vorliege, sei verneint worden. Man habe aber gebeten, dem Durchmarsch keine Schwierigkeiten zu bereiten. Weiter sollten Verhandlungen zwischen den Distriktsstellen der Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement und den Behörden des Reichskommissars geführt werden. Aus der Tatsache, dass er plötzlich von seinen SS-und Polizeiführern die Mitteilung erhalte, der Reichskommissar habe angeordnet, dass Galizien und Lublin als Auffangräume bestimmt seien, ergäbe sich für ihn eine völlig unmögliche Situation.

Der Herr Generalgouverneur stellt darauf amtlich fest: weder an die zuständigen Instanzen noch an ihn sei irgendein Ansinnen von irgendeiner Reichsstelle in dieser Sache gerichtet worden. Demnach existierten für ihn keinerlei solche Vereinbarungen und auch

14.1.44

keinerlei Benachrichtigungen. Er ermächtige daher die zuständigen Instanzen, so zu verfahren, wie sie es für zweckmässig hielten. Es gehe unmöglich an, dass einfach von anderer Seite Auffangräume und Läger im Generalgouvernement in Anspruch genommen würden, und er behalte sich deshalb vor, als Aufnahmeort den Regierungsbezirk Zichenau zu bestimmen. Jedenfalls müssten jetzt alle massgebenden Stellen des Generalgouvernements dauernd zusammen arbeiten. Ihm könne es gleichgültig sein, welche Aufnahmeräume der Reichskommissar bestimme. Er lehne die Verantwortung für ein solches Verfahren im Namen der Regierung des Generalgouvernements ab, könne auch die Polizei im Lande nicht für das verantwortlich machen, was etwa infolge dieser Ereignisse geschehe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der Frage Stellung genommen, ob und in welchem Umfamge im Generalgouvernement Läger für die hereinströmenden Flüchtlinge vorhanden sind bezw. geschaffen werden können.

Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch teilt mit, dass die Ukrainer sich bereit erklärt hätten, sämtliche arbeitsunfähigen Angehörigen ihres Volkstums, Kinder, Greise, Frauen, bei den Bauern unterzubringen.

Demgegenüber weist SS-Oberführer Bierkamp auf die Gefahren hin, die sich daraus ergäben, dass ein Strom von nichtüberprüften Leuten ins Land hereinfliesse. Man müsse damit rechnen, dass das Fleckfieber im Lande wieder grösseren Umfang annehme. Im übrigen habe er nicht den Eindruck, dass der Leiter der zuständigen Dienststelle in Lemberg Oberst Bisanz der ihm gestellten Aufgabe vollauf

14.1.44

gerecht werden könne.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es möglich wäre, dass sich die zuständigen Dienststellen sofort mit denjenigen der Wehrmacht über diese Frage auseinander setzen könnten, erwidert SS-Oberführer Bierkamp, dass Oberst Rödenbeck restlose Unterstützung der Instanzen des Generalgouvernements zugesagt habe. Die Wehrmachtsinstanzen wollten prüfen, ob Läger zur Verfügung gestellt werden können. Diese Läger seien auch allen Dienststellen bekannt. Darüber hinaus müsse aber eine scharfe Grenzkontrolle einsetzen, aufgrund deren die Zahl und die Kategorie der hereinkommenden Männer und Frauen festgestellt werden könne.

Der Herr Generalgouverneur kommt aufgrund der bisher getroffenen Feststellungen zu der Auffassung, dass man die hereinströmenden Flüchtlinge wohl behalten, sie aufteilen und dann den Ernährungsplan entsprechend ändern müsse. Für die Unterbringung von Angehörigen des ukrainischen Volkstums bei ukrainischen Bauern müsse der ukrainische Hauptausschuss eingeschaltet werden. Man könne also diese fremde Bevölkerung auf das ganze Generalgouvernement verteilen, müsse sie allerdings sofort in die Ernährungsbilanz einbeziehen. Was infolgedessen für das Generalgouvernement an zusätzlichen Leistungen entstehe, das müsse selbstverständlich dem Reich angerechnet werden.

14.1.44

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, dass nach von ihm getroffenen Feststellungen die Distrikte das Bestreben hätten, diese Lasten von sich abzuwälzen. Daher werde es notwendig sein, diese Fragen von einer zentralen Stelle aus zu leiten. Es könne ein Einsatzstab geschaffen werden, dessen Leitung allerdings in den Händen des Gouverneurs liegen müsste.

Der Herr Generalgouverneur geht bei Beurteilung der gesamten Frage von der Auffassung aus, dass man die gesamte fremde Bevölkerung nicht werde ins Reich abschieben können. Andererseits müsse unter allen Umständen dafür gesorgt werden, dass weder Seuchen noch Gefahren für die Front entständen. Weiter müsse Klarheit darüber geschaffen werden, was etwa an den Regierungsbezirk Zichenau abgegeben werden könne.

SS-Oberführer Bierkamp weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Laufe des Jahres 1944 noch 100 000 Arbeiter aus dem Generalgouvernement ins Reich geschafft werden müssten, und wirft die Frage auf, ob nicht ein grosser Teil der jetzt von den fremdvölkischen ins Reich gebrachten Menschen auf das Kontingent des Generalgouvernements angerechnet werden könne. Im übrigen wehre er sich dagegen, dass durch die Polizei wieder zwangsweise Menschen zur Arbeit im Reich erfasst würden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, dass Polizeikräfte zur Durchführung solcher Massnahmen in Anspruch genommen würden. Eine solche Aufgabe gehöre nicht in den Bereich der Polizei.

14.1.44

Der Herr Generalgouverneur trifft abschliessend folgende Verfügung:

1.) In Gegenwart des Generals der Infanterie Hänicke hat eine Besprechung wegen der Festlegung der Verantwortungszonen stattzufinden.

2.) Für die Bildung der Einsatzstäbe bei den Gouverneuren wird ein besonderer Befehl durch Staatssekretär Dr. Bühler herausgegeben.

3.) Die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge in Lagern wird, soweit noch notwendig, einer Prüfung unterzogen. Für die Einrichtung der Läger werden Vollmachten erteilt, sowie Geld und die notwendigen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Die Vollmachten ergehen in enger Zusammenarbeit mit dem beim Gouverneur zu bildenden Stab. Die Einsatzstäbe erhalten dezentralisierte Sondervollmachten. Darüber hinaus müssen Gesamtvollmachten erteilt werden, die sich nicht nur auf einzelne Distrikte erstrecken.

14.1.44

15^{00} Einführung des Gouverneurs Dr. v. Burgsdorff in sein Amt als Distriktstandortführer des Distrikts Krakau im Sitzungssaal der Distrikts-tandortführung Stefansplatz 9.

Nachdem Hauptabschnittsleiter Stahl einen kurzen Rückblick über die Geschichte des Distriktstandortes gegeben hat, richtet der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache an die Politischen Leiter und Mitarbeiter der Distriktstandortführung:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich freue mich sehr, dass ich einmal hier in Ihrem Kreise im Distriktstandort erscheinen kann. Es wäre mein lebhafter Wunsch, in eine viel intensivere persönliche Beziehung zu allen Arbeitsleistungen des Generalgouvernements zu kommen. Aber Sie können sich vorstellen, dass die Aufgaben, die gerade in diesem Augenblick auf mir lasten, eine, ich kann wohl sagen, ungewöhnliche Anspannung auch meiner persönlichen Kräfte bedeuten.

Ich habe vor wenigen Tagen Gelegenheit gehabt, auf Ersuchen des Reichsführers SS Himmler vor den versammelten Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten des Grossdeutschen Reiches über das Generalgouvernement zu sprechen. Aus seinen Worten, die er dann als Dank für diese meine Ansprache an die Obersten Spitzen der deutschen Verwaltung des Grossdeutschen Reiches einschliesslich der besetzten Gebiete gerichtet hat, konnte ich zu meiner Freude entnehmen, dass der Führer selber wenige Tage vorher in Anwesenheit des Reichsführers SS seiner grossen Genugtuung über die Leistungen des

14.1.44

Generalgouvernements Ausdruck verliehen hat.

Am 4. Januar dieses Jahres hatte Staatssekretär Backe im Führerhauptquartier dem Führer über die gesamte Ernährungssituation Europas und über die Leistungen der einzelnen Teile Europas Bericht erstattet. Der Reichsführer SS berichtete nun vor den Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten, dass Staatssekretär Backe amtlich gemeldet habe, dass an der Spitze aller Gebiete Europas, was die Leistungsenergie und die absolute Leistung im Ernährungssektor betrifft, mit grossem Abstand das Generalgouvernement stehe. Das bedeutet für uns alle, die wir in diesem Gebiete sind, eine so grosse Genugtuung, dass, wenn Sie damit die da und dort vorhandenen Missverständnisse gegenüber dem Generalgouvernement in Vergleich ziehen, uns diese Missverständnisse nicht bewegen können. Der Führer selber hat mir in einem persönlichen Schreiben zu Beginn dieses Jahres mitgeteilt, dass er an meiner Arbeit voll Verständnis Anteil nimmt und genau weiss, welche Leistungen wir alle hier zu vollführen haben. Er hat auch der Erwartung Ausdruck gegeben, dass wir auf der bisher so bewährten Linie unsere Arbeit fortsetzen werden.

Vor wenigen Tagen hat mir der Verbindungsoffizier des Generalfeldmarschalls Keitel in dessen Auftrag mitgeteilt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht des Generalgouvernements und allen Dienststellen hervorragend sei.

Und so kann ich wohl, wenn ich auf die gesamten Äusserungen, die nun endlich nach den vier Jahren des Aufbaukampfes und auch, wie ich sagen darf, nach beinahe vier Jahren des Kampfes gegen

14.1.44

Missgunst, Neid und Verleumdung aufzuhören scheinen, eingehe, auf die Anerkennung des Führers hinweisen und sagen: wir alle dürfen die volle und wahrhaftige Empfindung haben, dass wir restlos auf dem richtigen Wege sind. Die Wenigen, die sich dieser Anerkennung noch sperren, werden sich im Laufe der kommenden Wochen schon einer anderen Meinung zubefleissigen haben.

Es kommt mir aber darauf an, meine lieben Parteigenossen, Ihnen hier im engsten Kreise auch etwas von meinen Sorgen mitzuteilen. Wenn ich in diesem Augenblick zu Ihnen komme, so stehe ich am Ende einer Sitzung, die eben auf der Burg stattgefunden und in der folgender Tatbestand zur Erörterung gestanden hat. Nach Mitteilung des hiesigen Wehrkreiskommandos und nach mir zugegangenen Frontmeldungen befindet sich die russische Armee an manchen Stellen nur noch 80-100 km von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt. Gleichzeitig wird mir mitgeteilt, dass man zunächst noch nicht wiss, in welcher Form der Widerstand der deutschen Wehrmacht gegen diesen drohenden Einbruch aus dem Osten stattfinden wird. Ich selber aber weiss, und zwar, wie Sie annehmen können, aus unmittelbarster Beziehung zum Führer, dass das alles nur ganz momentane, augenblicksartige Entwicklungen sind, denen schon in ganz kurzer Zeit ein ungeheuer gewaltiger Gegenschlag der deutschen Wehrmacht folgen wird. Ich möchte gerade hier, wo ich Gelegenheit hätte, ganz vertraulich zu sprechen, Ihnen sagen, dass die Lage an der Ostfront weder vom Führer noch von sonst einem massgebenden einsichtigen Mann irgendwie als tragisch oder katastrophal angesehen wird, dass vielmehr alle Vorbereitungen getroffen sind, um, sofern es die allgemeine Wetterlage und die Entwicklung der Dinge zulässt, zu einem geradezu überwältigenden

14.1.44

Gegenschlag gegen die Sowjetunion zu schreiten.

Sie wissen, dass dieser Krieg im Osten entschieden wird und dass diese Entscheidung im Osten nur zu Gunsten des deutschen Schwertes fallen kann. Sie wissen auch - das sagt Ihnen nicht nur etwa Ihr Glaube und Ihre nationalsozialistische Gesinnung, sondern auch Ihre Einsicht in die Zusammenhänge, dass die Qualität des deutschen Soldaten unter der nationalsozialistischen Führung so ungeheuerlich höher ist als die Durchschnittseigenschaften der sogenannten russischen Infanterie, dass wir gar keinen Zweifel haben dürfen: in diesem Jahre wird die Entscheidung zu unseren Gunsten im Osten in wesentlichstem Ausmass gefördert.

In diesem Zusammenhang, aber auch in dem weiteren Hinblick auf diese Entwicklung tauchen nun Probleme auf, mit denen wir fertig werden müssen. In dem Augenblick, in welchem wir hier friedlich tagen, wälzt sich über die Ostgrenze des Generalgouvernements ein ununterbrochener Strom von Flüchtlingen in das Generalgouvernement hinein: Frauen, Kinder, Greise, Kranke, Gesunde, Arbeitsfähige, Arbeitsunfähige, Bauern, Intellektuelle, - alles strömt mit Pferdewagen, mit allem möglichen Zeug, leider auch mit Fleckfieber, Typhus, Cholera in das Generalgouvernement ein. Und nun soll an sechs Grenzübergangsstellen im Norden und Süden auf einer Strecke von fast 800 km, also einer Strecke von München bis Hamburg, mit unseren geringen Polizeikräften eine Sicherung aufgezogen werden. Alle diese Menschen sollen untersucht, versorgt, in Lagern untergebracht, die Arbeitsfähigen sollen von den Arbeitsunfähigen getrennt, Frauen, Kinder, Greise sollen verpflegt, gekleidet und untergebracht werden. Wenn Sie bedenken, dass es sich hierbei um Hunderttausende handelt, so sei damit nur eines der Probleme aufgezeigt, mit denen das Generalgouvernement

14.1.44

fertig zu werden hat.Denn das Reich und die Reichsinstanzen, so weit man sie überhaupt noch telefonisch erreichen kann, erklären sich völlig ausserstande, uns eine Hilfe zukommen zu lassen.

In dem gleichen Augenblick, da ich diesen Anforderungen gegenüberstehe und sehen muss, dass ich irgendwo Lager, Baracken, Unterkünfte bekomme, Ärzte, Medikamente, Kleidung, Nahrungsmittel für Hunderttausende beschaffe, teilt mir die Wehrmacht mit, dass sie Zehntausenden von Lazarettbetten gebrauchen werde, weil die Lazarette drüben geräumt werden müssen. Wo denn sonst als im Generalgouvernement, dem einzig wirklich geordneten Gebilde, können sie untergebracht werden? Im Reich ist es ja nicht mehr möglich, da die Reichsgaue ohnehin schon überfüllt sind und jedes Gebiet noch von hereinströmenden Truppen belegt wird. Ich will das nur betonen, um Ihnen eine Ahnung von dem zu geben, was nun auf der Handvoll führender Persönlichkeiten dieses Nebenlandes an Aufgaben liegt. Nur wer in diesem Betriebe steht, kann daher ermessen, was wir zu Leisten haben.

Es geht dabei gar nicht um das persönliche Prestige des Einzelnen oder gar um ein so Hohes, wie es im Begriff der Politik liegt. Ich habe mir längst abgewöhnt, Politik zu machen; denn die Politik ist etwas so Hohes und Herrliches, dass ich, der ich in den Tagesproblemen stecke, gar nicht mehr dazu komme. Ich bin froh, wenn ich die Verwaltung,die Eisenbahnen, die Fabriken, das Ernährungssystem in Gang halte, wenn dafür gesorgt werden kann, dass das Licht noch brennt, dass das Wasser noch läuft und uns die Seuchen nicht überwältigen, wenn es mir darüber hinaus gerade noch gelingt, die Autorität der deutschen Sicherheit in diesem Lande aufrecht zu erhalten.

14.1.44

Und dann kommen die Herren der Wehrmacht und sagen: wir sind dafür nicht zuständig, wir machen Euch nur die Sorgen, aber damit müsst Ihr fertig werden; und auch die Heimat sagt: wir sind nicht zuständig, das sind eben Auswirkungen des Krieges. So will denn alles, was hereinkommt, aus unserem Lande leben. Ich bin sogar in der glücklichen Lage, mich damit einverstanden erklären zu müssen, dass die Wehrmacht ihren Sold in Zloty zahlt, während ich doch für die Währungsgarantie allein verantwortlich bin.

Ich wollte dies hier im engsten Kreise vor Euch nationalsozialistischen Kameraden und Kameradinnen vortragen, um Euch einmal einen ganz kurzen Momentfotografischen Beleuchtungsblick von dem zu vermitteln, was es heisst, Generalgouverneur zu sein. Es ist schon richtig, wenn mir der Führer zu Weihnachten 20 Pfund Kaffee geschickt und mir gesagt hat: Lieber Franck, ich glaube, Du brauchst ab und zu eine Stärkung, deshalb schikke ich Dir als alter Freund diesen Kaffee. Der Führer versteht ja immer, richtig zu schenken und zu trösten.

Es ist ja nun so, dass man hier anders als im deutschen Reich, wo man zu einem Volke reden kann, alle seine Sorgen verstecken muss, und nach aussen hin den strammen Maxi zu markieren, grossartig da zu stehen hat, weil doch Millionen von Polaken nur darauf lauern, dass ich etwas nicht richtig mache, und fragen: was macht er nun? (Ich muss mir den Quatsch von einer Operette anhören, weil ich genau weiss: wenn ich nicht hingehe, dann sagen alle sofort: aha, jetzt ist ihm die Lust am Theater vergangen.) So muss ich sein, ich muss

14.1.44

das alles machen. Ich wäre ja auch lieber bei meiner Truppe, meinem Regiment geblieben, von dem ich am 15. September 1939 vom Führer abberufen wurde, bei meiner Kompanie, von der heute niemand mehr am Leben ist, als dass ich dieses Zauberspiel vollführe, Repräsentant eines Reiches zu sein, in Wirklichkeit aber ein sorgenträchtiger Mann sein zu müssen. Sie werden daran ermessen können, was für mich ein Vorbild wie Adolf Hitler bedeutet, der das, was ich im kleinen Rahmen zu tragen habe, für uns alle zu tragen hat.

Wenn man in die Tiefen der Lage des Generalgouvernements schaut und wenn ich dann wieder vom Reichsführer SS Himmler höre, dass das Generalgouvernement das einzige, wirklich erfolgreich arbeitende Gebiet ist - in allen anderen hat er nur grosse Sorgen -, so muss uns alle und auch Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, das mit grosser Genugtuung erfüllen. Als ich damals diesen Befehl vom Führer erhielt, aus dem Teil Polens, der nicht gleich Deutschland angegliedert wurde, eine Art Ordnung aufzubauen, da musste ich zunächst einmal an die staatliche Ordnung denken, daran, eine Regierung, Gouverneure, Instanzen, irgendwelche Ämter, Behörden usw. ins Leben zu rufen, die überhaupt aus dem, was damals völlig zusammen gebrochen war, eine gewisse Ordnung hätten aufbauen können.

Und ein halbes Jahr, nachdem ich das ins Leben gerufen hatte, kam mir der Gedanke: wie führe ich hier die Partei ein? Ich habe mir damals die Partei als einen Arbeitsbereich vorgestellt, und ich kann wohl sagen, dass die Idee der Schaffung eines Arbeitsbereichs, von mir selber konstruiert, sich auch in ihrem inneren Aufbau durchgesetzt hat. Ich habe es damals dem Stellvertreter des Führers Rudolf Hess gesagt, und er hat sich dem angeschlossen. Aus vielen

14.1.44

Bestätigungen auch des Reichsleiters Bormann weiss ich, dass diese Struktur selbstverständlich die einzig mögliche ist, die wir der Partei hier geben können. Denn wir sind hier ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Die deutschen Menschen dieses Raumes sind dünn gesät, dass wir, wenn wir hier neben dem Staat eine vollkommen vom Staat losgelöste völlig eigene Parteiorganisation aufbauen wollten, dafür weder die Menschen noch die Energiekräfte besässen. Es geht nur darum, nicht eine endgültige Struktur zu finden. Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herum treibt, Hackfleisch gemacht werden, es kann gemacht werden, was will. Aber in diesem Augenblick kommt es nur darauf an, ob es gelingt, fast 15 Millionen eines gegen uns sich organisierenden feindlichen Volkstums in Ruhe, Ordnung, Arbeit und Disziplin zu halten. Wenn es nicht gelingt, dann kann ich vielleicht triumphierend sagen: Ich habe 2 Millionen Polaken umgebracht. Ob dann aber die Züge an die Ostfront fahren, ob die Monopolbetriebe arbeiten, die jeden Monat 500 000 Liter Wodka und so und so viele Millionen Zigaretten liefern, ob die Ernährung und Landwirtschaft gesichert wird, von der wir allein 450 000 to Getreide ans Reich geliefert haben, das steht auf einem anderen Blatt.

Politik ist mehr als Gewalt. Die Gewalt ist eine lächerliche ABC-Angelegenheit. Die Staatskunst beginnt jenseits der Gewalt. Wenn ich drei Polizeibataillone dieses Raumes dringendst zur Füllung von Lücken an die Front abgeben muss - heute ist ein solches dringendes Hilfsersuchen an mich gekommen -, so bedeutet das, dass ich wiederum die Koeffizienz dieses Raumes um drei Polizeibataillone reduziere. Das kann ich nur, wenn ich sozusagen einigermassen auf die Bevölkerung rechnen kann. Wenn ich heute den 150 000 Polen, die die Ostbahn

14.1.44

betreiben, nichts mehr zu essen gebe, wenn ich sie nicht mehr kleide, ihnen keine Sicherheit des Lebens gewähre, - die 5000 Deutschen, die ich bei der Ostbahn habe, bringen keinen Zug vorwärts. Von den Fabriken will ich ganz absehen. Wissen Sie, dass wir für 1,5 Milliarden Zloty jährlich zusätzlich dem deutschen Reich wertvollste Rüstung und Munition fabrizieren?

Das ist nun nicht etwa nur zu erreichen, indem man sagt: ich befehle, ich will so, wenn er nicht will, erschiesse ich ihn; Quatsch, - ich kann jeden erschiessen; das ist keine Kunst. Ich bin kein Polenfreund, aber ich bin dafür verantwortlich, dass in diesem Raum für die deutsche Ostfront keine Rebellion im Rücken entsteht. Wenn ich den Polen etwas zu essen gebe, wenn ich ihnen ihre Kirchen belasse, ihnen Schulen gebe, dann tue ich das nicht als Polenfreund, sondern als verantwortlicher Politiker dieses Raumes, und ich verbitte es mir, dass jemand seine Schnauze deswegen aufreisst. Wer keine Verantwortung hat, kann leicht reden.

Und so war es notwendig, dass ich, nachdem ich diese Grundsätze aufgestellt hatte, selbstverständlich auch die politische Organisation des deutschen Volkes in diesen Raum hineinführte, unsere alte herrliche Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der ich nebenbei bemerkt, seit 1919 angehöre. Ich habe den seltenen Vorzug, vom Schicksal neben den Führer gesetzt worden zu sein, als damals im Juni 1919 die ersten grossen Vorträge stattgefunden haben. Ich brauche keine Belehrungen über den Nationalsozialismus; ich gehöre selber zu denen, die Lehrer des Nationalsozialismus sind. Wenn ich auch meine eigenen Anschauungen habe, so habe ich diese Anschauungen als Nationalsozialist mit Tapferkeit vertreten.

Ich weiss,

betreiben, nichts mehr zu essen gebe, wenn ich sie nicht mehr kleide, ihnen keine Sicherheit des Lebens gewähre, - die 5000 Deutschen, die ich bei der Ostbahn habe, bringen keinen Zug vorwärts. Von den Fabriken will ich ganz absehen. Wissen Sie, dass wir für 1,5 Milliarden Zloty jährlich zusätzlich dem deutschen Reich wertvollste Rüstung und Munition fabrizieren?

Das ist nun nicht etwa nur zu erreichen, indem man sagt: ich befehle, ich will so, wenn er nicht will, erschiesse ich ihn; Quatsch, - ich kann jeden erschiessen; das ist keine Kunst. Ich bin kein Polenfreund, aber ich bin dafür verantwortlich, dass in diesem Raum für die deutsche Ostfront keine Rebellion im Rücken entsteht. Wenn ich den Polen etwas zu essen gebe, wenn ich ihnen ihre Kirchen belasse, ihnen Schulen gebe, dann tue ich das nicht als Polenfreund, sondern als verantwortlicher Politiker dieses Raumes, und ich verbitte es mir, dass jemand seine Schnauze deswegen aufreisst. Wer keine Verantwortung hat, kann leicht reden.

Und so war es notwendig, dass ich, nachdem ich diese Grundsätze aufgestellt hatte, selbstverständlich auch die politische Organisation des deutschen Volkes in diesen Raum hineinführte, unsere alte herrliche Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, der ich nebenbei bemerkt, seit 1919 angehöre. Ich habe den seltenen Vorzug, vom Schicksal neben den Führer gesetzt worden zu sein, als damals im Juni 1919 die ersten grossen Vorträge stattgefunden haben. Ich brauche keine Belehrungen über den Nationalsozialismus; ich gehöre selber zu denen, die Lehrer des Nationalsozialismus sind. Wenn ich auch meine eigenen Anschauungen habe, so habe ich diese Anschauungen als Nationalsozialist mit Tapferkeit vertreten.

Ich weiss,

14.1.44

die Stunde kommt, da die Anschauung~~en~~, die ich als Deutscher und Nationalsozialist immer vertreten habe und immer vertreten werde, dass ohne Rechtssicherheit eine Volksgemeinschaft nicht bestehen kann, absolut als mit dem Führer und mit dem Nationalsozialismus vereinbar anerkannt werden wird.

Als ich die Partei hier einführte, war es für mich klar, dass ich mit den wenigen Deutschen im Lande diese gigantische einmalige Aufgabe nur erfüllen kann, wenn Partei und Staat, Polizei und SS und Wehrmacht wie alles, was an Deutschen in diesem Raume sich befindet, nicht auf die Uniform, nicht auf die Trennungsmomente unter uns Deutschen schauen, sondern darauf, dass wir, als Deutsche schlechterdings eine Handvoll, eine einheitliche Marschlinie in der Führung, Ordnung und Bewältigung dieser Raumprobleme einzunehmen haben.

Ich habe eine schwere Opposition in diesem Lande im vorigen Jahr beseitigt. Jahrelang wurde gegen mich mit der These gearbeitet, ich sei zu weich, ich sei ein Polenfreund, ich könne die Gewalt nicht verstehen usw. Die Repräsentanten dieser Anschauung haben uns schwer geschadet. Sie haben jahrelang durch fälschliche Berichte an das Reich und an alle möglichen Stellen die furchtbarste Greuelverleumdung über unseren Raum gebracht. Ich habe diesen Kampf bestanden, nicht nur deshalb, weil ich als alter Bauernbursche Alt-Bayerns Nerven wie ein Kälberstrick habe, sondern auch deshalb, weil ich genau weiss, dass der Weg, den ich gehe, richtig ist. Da mir niemand das Generalgouvernement nachgemacht hat und ich keine Methode kenne, die besser als die von mir eingeschlagene gewesen wäre, wusste ich, dass ich siegen werde, - und ich habe gesiegt. Die Opposition in diesem Lande ist mit der Abberufung ihres Chefs beseitigt worden.

14.1.44

Mir kommt es darauf an, dass nunmehr die Partei in diesem Raum ihre ganz grosse menschenführende Aufgabe im engsten Kontakt mit allen Stellen der deutschen Verwaltung dieses Raumes erfüllt. Was z.B. im Distrikt Krakau auf diesem Gebiete geschehen konnte, ist wohl geschehen. Ein Nachteil war der häufige Wechsel in der Leitung dieses Distrikts. Er ist nun bereinigt, da ich im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS Himmler einen der bewährtesten deutschen Männer, den Herrn Dr. v. Burgsdorff, als Gouverneur des Distrikts Krakau eingesetzt habe. Er ist selber Gruppenführer der SA, Nationalsozialist aus entscheidender Stunde, Träger des Ritterkreuzes, ein Mann, der sich auch als Soldat persönlich bewährt hat. Einen besseren Mann kann ich auch der Bewegung dieses Distrikts nicht als Leiter geben. Es wäre nur möglich, eine Trennung dieser Funktionen vorzunehmen, wenn man bezweifeln wollte, dass sich die Parteigenossen dieses Distrikts voll und ganz in die einheitliche Führung dieses Raumes einzufügen vermöchten; nur dann hätte es einen Sinn, einen anderen Leiter für die Partei als für den Staat zu nehmen. Wenn Sie nämlich beide das Gleiche tun, dann ist einer von beiden überflüssig. Das können wir uns einfach im Kriege nicht erlauben. Auf Grund dieses Prinzips ist ja auch im Reich der Gauleiter und Oberpräsident bezw. Reichsstatthalter in einer Person gegeben, ist auch der Führer des Reiches und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht identisch mit dem Führer der Partei, auch der Generalgouverneur mit dem Leiter der Partei identisch. Aus diesem Grunde werde ich auch das Prinzip, dass der Gouverneur gleichzeitig Distriktsstandortführer, mit anderen Worten: der Distriktstandortführer gleichzeitig Gouverneur ist, durchführen, Solange ich an diesem Platz zu sein die Ehre habe, wird sich an dieser Struktur nur etwas ändern, wenn es der Führer persönlich befehlen würde.

14.1.44

Der Führer hat mir aber sofort sein Vertrauen schriftlich und mündlich ausgesprochen, so dass ich genau weiss, dass er meinen Weg billigt.

Ich bin kein schwacher Mann. Ich weiss sehr wohl, meine Stärke zu erkennen. Auch wenn ich mich in kulturellen Formen zu bewegen verstehe, ist es trotzdem so, dass ich die Energie da, wo sie notwendig ist, anwenden kann. Man soll daran nicht zweifeln. Deshalb möchte ich auch Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, nachdrücklich darauf aufmerksam machen, dass im Generalgouvernement tätig sein heisst: in einen völlig Neuen tätig sein. Es ist kein Wunder, dass uns die Heimat da und dort nicht versteht. Reichsführer SS Himmler hat mit Recht in Breslau darauf hingewiesen, dass in der deutschen Verwaltung noch viel zu sehr das Alte gepflegt wird, die Methode etwa, wie sie der Alte Fritz in seiner Verwaltung aufgebaut hat, die Methode der Pfennigfuchser, der kleinlichen Bürokraten usw. Es ist zweifellos, daß, wo solche Elemente als Typen herrschen, sie sich überall breit machen. Ich bin der Letzte, der behaupten möchte, im Generalgouvernement wären sie nicht vorhanden. Aber eins ist sicher: wenn wir das ändern, wenn wir Neues bringen wollen, kann es nur geschehen, wenn die Partei in das Geschehen dieses Raumes unmittelbarst eingefügt ist. Wir sind ja ein abstrakter Staat, abstrakt heisst: losgelöst eigentlich von der Wirklichkeit der Verwaltung. Alle anderen Gaue des Reiches haben eine alte Tradition; sie sind früher Länder oder Provinzen gewesen, sie haben vor allem ein Volk, das den Staat unbedingt bejaht. Ich habe hier einen abstrakten Staat, der aus Regierung, Gouverneuren, Ämtern, Behörden und einem Volk besteht, das diese Sache mehr oder weniger erträgt, das aber diesen Staat zumindest nicht aus eigenem Schaffen oder jemals aufrecht erhalten würde.

14.1.44

Umso wichtiger ist es, dass die wenigen Deutschen im Lande auf einer Linie marschieren.

Daher habe ich mich auch bemüht, den einheitlichen Begriff des Nationalsozialisten hier zu schaffen. Ich wollte mit den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden, mit den bunten Bildern, in denen auch unsere Partei erscheint, erst anfangen, wenn die Partei als solche geschlossen dasteht.

Sie kennen meinen Grundsatz, der da lautet: Führerprinzip und Einheit der Verwaltung. Reichsführer SS Himmler selber hat in Breslau gesagt, als einziges Vorbild für den kommenden Ausbau der deutschen Reichsverwaltung kenne er zur Zeit nur das Generalgouvernement. Wir haben uns bemüht, die Einheit der Verwaltung hier durchzuführen. Das gibt es im ganzen Reich nicht. Staatssekretär Stuckart hat gesagt, im Reich bedürfe man für die Zuteilung eines Blecheimers der Tätigkeit von 45 Behörden. Er zählte sie auf: Wirtschaftsstellen und, weiss der Teufel, was alles. Und ich habe dazu gesagt: und trotzdem kriegt man den Eimer nicht. Wenn wir hier die gesamten Wirtschaftsstäbe, Sonderbeauftragten, Sonderbevollmächtigten, die Untergliederungen der Ministerien, die Hauptstellen, Landesstellen, Provinzialstellen, Stadtstellen, die Wirtschaftsverteilungsorganisationen, Planungsämter, untergeordnete Stellen usw. einführen wollten und uns ihre Wirksamkeit plastisch vorstellten, dann würden wir einen Horror bekommen.

Es hat keinen Wert, hier bei uns eine Bürokratie der Partei einzuführen. Wir könnten die Stellen ja gar nicht besetzen. Es hat keinen Sinn, wenn ich für einen Standort, in welchem 10 Deutsche wohnen, 24 verschiedene Parteiinstanzen einführe. Wir müssen halt etwas Neues machen. Das Deutsche Reich will ein

14.1.44

Weltreich werden, und muß einmal aus dieser bürokratisch-formalistischen Enge von früher heraus.

Und das haben wir für den Staat mit Glück exerziert. Mir konnte keine größere Genugtuung werden als die, daß der vom Führer berufene Reichsminister des Innern, der oberste Beauftragte der Reichsverwaltung, zu den Regierungspräsidenten dieses Wort in Breslau sprach. Ich war auch der einzige, der als Gast zu dieser Tagung eingeladen war; die anderen zählten nicht. Es ist ganz klar: wir haben etwas Neues aufgebaut, von uns kann man lernen.

So ist es eben auch mit der Partei, meiner lieben guten alten Partei. Viele Leute müssen jetzt lernen, daß die Partei nicht überall nach dem Schema des Heimatgaues leben kann, sondern daß es andere Schemen gibt, die uns die Zeit und das Leben in einem fremdvölkischen Raum aufgeben, und zwar unter Bedingungen, die überhaupt nichts mit denen der Heimat zu tun haben. Daß da gewisse andere Forderungen kommen, ist klar.

Nun bin ich ein Kerl, der sich leider Gottes nur im Kampfe wohl fühlt. Deshalb habe ich auch immer einen Kampf. Erfreulich ist es aber auch, daß man vom Schicksal ausersehen wird, einen solchen Kampf zu führen. Bei anderen rührt sich überhaupt nichts; die anderen leben dahin, biedermeierlich, devot, demütig, sie fallen nicht auf, wie man beim Militär sagt. Es ist auch schwer, mit uns zu debattieren, und viel leichter, Fernschreiben und Briefe an uns zu richten, als uns Auge in Auge gegenüber zu stehen. Es ist furchtbar, gegenüber den Argumenten der Wirklichkeit mit Theoremen zu kommen, die schließlich gar nicht mehr sachlich, vielleicht nur persönlich sind. Und das ist gerade in einem Raum wie dem, in dem wir leben, in einem Zeitpunkt wie dem, den wir jetzt erleben, etwas Verwerfliches und Verderbliches.

14.1.44

Ich gebe Euch heute einen Distriktstandort-führer. Einen besseren habe ich nicht; es ist der Beste, den es überhaupt geben kann. Es ist klar, dass man über solche Dinge hin und her reden kann, auch über die Frage, ob es notwendig ist, dass der Gouverneur gleichzeitig Führer des Distriktstand-ortes ist, und ob man nicht einen eigenen Distrikt-standortführer haben könnte, - über alles lässt sich reden. Aber jetzt frage ich Euch: würdet Ihr damit einverstanden sein, dass der Distriktsandortführer gleichzeitig Gouverneur ist ? - Und da würden Sie sagen: Freilich, ganz klar, auf den Staat müssen wir Einfluss haben. Dann sage ich Euch aber: wenn das der Fall ist, könnt Ihr Euch ja nichts besseres wünschen, als dass Euer Distriktstandortführer gleichzeitig Gouverneur ist. Sonst könntet Ihr schliesslich das Pech haben, dass ich Euch einen saugroben Gouverneur hinsetze, der in einen furcht-baren Konflikt mit Eurem Distriktstandortführer kommt.

Ich bin froh, zu wissen, dass eine Persönlich-keit von der Staatsverwaltungserfahrung, wie aber auch von der kämpferisch-soldatischen Erfahrung - keiner von uns in diesem Kreise hat das Ritterkreuz- an der Spitze Ihres Parteidistrikts stehen wird.

Dem Parteigenossen Stahl danke ich in diesem Zusammenhang ganz besonders. Sie haben, wie Sie wissen, mein volles Vertrauen. Sie haben sich wacker geschlagen und den Kampf für die Partei in wirklich hervorragender Weise geführt. Ich werde morgen Ge-legenheit haben, das noch im einzelnen auszuführen. In diesem Rahmen danke ich Ihnen nur dafür, dass Sie den Distriktstandort Krakau geführt haben.

14.1.44

Herr Gouverneur Dr. von Burgsdrff, im Namen des Führers frage ich Sie nunmehr: Sind Sie gewillt, die Führung des Distriktsstandortes Krakau zu übernehmen?

(Gouverneur Dr.v.Burgsdorff:jawohl.)

Sie wissen, dass der Krieg, den wir jetzt führen, gegen den Nationalsozialismus geführt wird, und sind sich darüber klar, dass die Partei in einen Weltkampf um die Durchsetzung ihrer Ideale eingetreten ist. Wenn ich Sie zum Distriktstandortführer ernenne, so ist das nicht eine zusätzliche, sozusagen eine neben Ihrer Gouverneurfunktion hergehende Tätigkeit, sondern es ist vom Standpunkt der Weltanschauung mit der Führung und Beherrschung der gegenwärtigen Zeitprobleme eine Hauptfunktion in diesem Raum. Denken Sie daran, dass der Nationalsozialismus uns allen Religion, Glaube und Gottverbundenheit gibt und dass in der Tiefe des Nationalsozialismus die neue Weltordnung steht, dass es daher etwas unedlich grösseres ist, in der Partei zu kämpfen als im Staat ein Funktionär zu sein.

Herr Gouverneur Dr. v. Burgsdorff, im Namen des Führers ernenne ich Sie mit Wirkung vom 26.12. 1943 zum Distriktstandortführer des Distrikts Krakau und verpflichte Sie durch Handschlag auf eine treue Dienstleistung.

Distriktstandortführer, Gouverneur Dr. von Burgsdorff erwidert auf die Ansprache des Herrn Generalgouverneurs mit folgenden Worten: für mich ist es eine bedeutungsvolle Stunde, in der Sie mir die Distriktstandortführung des Distrikts Krakau anvertraut haben. Bewegten Herzens danke ich Ihnen dafür.

14.1.44

Ich freue mich darüber, dass Sie, Herr Generalgouverneur, als Vertreter des Führers mir nun eine Hauptaufgabe meines Lebens gegeben haben, in einem Augenblick, in dem es tatsächlich auf jeden einzelnen ankommt und darauf, dass jeder seine Pflicht bis zum letzten tut. Sie können versichert sein, dass ich alles, was ich im Herzen und im Kopf habe, an diese Aufgabe setzen werde. Ich werde alles tun, um unseren Volksgenossen draussen im Lande ein Berater und Freund zu sein. Ich werde versuchen, ihnen nach Möglichkeit zu helfen und ihnen auch ein wirklicher Führer zu sein.

Es gibt für mich drei einfache Grundsätze, nach denen ich arbeiten will:

1.) den Grundsatz der Tapferkeit,
2.) den Grundsatz der Gerechtigkeit,
3.) den Grundsatz, dass wir alle den Glauben an das deutsche Schicksal in die Brust und das Herz jedes einzelnen Volksgenossen legen.

Vielleicht fühlt noch nicht jeder in seinem Herzen, welch' unendlich grosses und gnädiges Schicksal gerade das deutsche Volk erhalten hat. In dieser entscheidenden Stunde hat uns die Vorsehung in Adolf Hitler einen Mann gegeben, der ganz von dem Bewusstsein erfüllt ist, eine Schicksalsmission gegenüber dem deutschen Volke erfüllen zu müssen. Wenn jemand noch nicht aus der Geschichte den Glauben an die Aufgabe des deutschen Volkes als einer Ordnungsmacht in Europa hat, so muss er ihn daraus gewinnen, dass uns die Vorsehung einen Mann gegeben hat, von dem wir wissen, dass er zur Rettung Deutschlands und Europas diese seine Aufgabe erfüllen wird.

14.1.44

16[10] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

16[30] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt dem Herrn Generalgouverneur davon Kenntnis, dass er in Sachen der Ernennung des Gouverneurs Dr. v. Burgsdorff zum Distriktstandortführer des Distrikts Krakau ein Fernschreiben an Reichsleiter Bormann gerichtet habe.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Fernschreibens an Reichsleiter Bormann:

Sehr geehrter Parteigenosse Bormann!
Ich teile Ihnen mit, dass ich, um den augenblicklichen Schwierigkeiten, die bedrohlich aus der Ostsituation für das Generalgouvernement aufsteigen, auch parteipolitisch im Distrikt Krakau gewachsen zu sein, den Gouverneur Dr. von Burgsdorff heute als Distriktsstandortführer des Distrikts Krakau eingeführt habe.

Ich bitte Sie nunmehr dringendst wie schon zu wiederholten Malen um die Ermöglichung einer persönlichen Aussprache über die Parteiprobleme im Generalgouvernement. Es ist unmöglich, dass ich als der vom Führer eingesetzte Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP auf die Dauer mit Ihnen als dem Leiter der Parteikanzlei niemals persönlich Kontakt erhalte. Wie ich Ihnen wiederholt mitgeteilt habe, stehe ich jederzeit zu

14.1.44

einer Aussprache zur Verfügung. Ich halte nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, dass zwischen uns beiden eine kameradschaftliche Aussprache über alle diese Fragen stattfindet.

16[50] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

(Samstag, den 15.1.44)

IV/9

11^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

11^{10} (Tagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.)

Auf Vorschlag des Hauptabschnittsleiters Stahl ernennt der Herr Generalgouverneur den SS-Obersturmbannführer Dr. Waibgen im Namen des Führers zum kommissarischen Leiter des Arbeitsbereichs Volkstumsfragen im Arbeitsbereich. - Weiter spricht der Herr Generalgouverneur dem aus seinem Amte scheidenden Hauptbannführer Förschle seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm als Leiter der Hitlerjugend des Generalgouvernements geleistete vortreffliche Arbeit. Hauptbannführer Förschle habe, so führt der Herr Generalgouverneur aus, die Hitlerjugend zur hervorragendsten Einrichtung des deutschen Lebens gemacht und habe sich in seiner Tätigkeit als hervorragenden Nationalsozialisten, Organisator und als treuen Vorkämpfer des Führers gezeigt. - Der Herr Generalgouverneur führt sodann den Nachfolger des Hauptbannführers Förschle in sein Amt als Leiter der Hitlerjugend des Generalgouvernements ein und begrüsst Hauptbannführer Schimmelpfennig in dieser seiner Eigenschaft.

Hauptabschnittsleiter Stahl erstattet hierauf einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Arbeitsbereichs im vergangenen Jahre.

15.1.44

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Ich habe die heutige Sitzung des Arbeitsbereichs wahrgenommen, um mir in der üblichen Weise einen Überblick über das Wirken von Ihnen allen zu verschaffen. Ich danke Ihnen, Parteigenosse Stahl, dass Sie unter vollster seelisch-geistiger Erfülltheit von dieser Aufgabe mir, und uns allen, diesen eindrucksvollen Überblick über die Leistungen der Partei im Generalgouvernement im abgelaufenen Jahre vermittelt haben. Es obliegt mir, Ihnen, Parteigenosse Stahl, an erster Stelle zu danken, der Sie in meiner Stellvertretung die gesamte Arbeit der NSDAP in diesem Raum geführt und mit so grosser Lebendigkeit sich durchgesetzt haben. Ich bin stolz auf Mitarbeiter, wie Sie es sind.

Aber auch allen anderen, ob sie nun ein Haupt-oder Nebenamt in der Partei inne haben, möchte ich ohne jede Ausnahme meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

Das letzte Jahr - wir haben es aus den wahrhaft höchst eindrucksvollen Berichten und Zahlen entnommen - zeigte eine geradezu überschäumende Aufstiegskraft der nationalsozialistischen Arbeit im Raum.

Wenn man Eure gemeinsame Arbeit, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, aus dem Vergleichspunkt des Beginnes des Arbeitens in diesem Raum in so fruchtbarem Entwicklungsgang beobachtet, so muss einen wunder nehmen, dass an dieser Arbeit noch von irgendjemand Kritik geübt werden kann. Es ist mir klar, dass die Schwierigkeiten, die das Neuartige, das Fremdkonstruierte, das Kriegsbedingte, Problematische dieses Raumes mit sich brachte, von Anfang an auf grösste Verständigungsbereit-

schaft

15.1.44

angewiesen waren. Es bedurfte eines ungeheuren Impulses, um entsprechend dem Auftrag des Führers diesem Teil des alten Polens, der nicht sofort mit dem Deutschen Reich staatsrechtlich in engste Verbindung kam, irgendwie eine Organisation und eine eigene Lebenswirklichkeit zu vermitteln.

Es war daher auch klar, dass eine Fülle von Missverständnissen von Anfang an, zu beobachten war. Unsere Zentralstellen sind gewohnt, mit den Provinzen des Reiches zu rechnen; sie rechnen mit Gauen und Provinzen. Es fehlt in dem Schema der trägheitsgesetzlich weiter geführten Bereiche des Dienstbetriebes zunächst ein Raum für neue Gebilde. Es ist wirklich so, wie das unlängst mein Parteigenosse Reichsführer SS-Himmler in Breslau bei einer Zusammenkunft der gesamten deutschen Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten aus Gross-Deutschland in seiner Eigenschaft als Reichsinnenminister ausgeführt hat, wo er sagte: Es ist höchste Zeit, dass die Heimatinstanzen endlich verstehen lernen, dass es jetzt ein anderes Reich gibt als dieses einheitsstaatlich, zentralistisch zu führende Gebilde, das 1939 vorhanden war. Er wies darauf hin, dass die neuen Gebilde, die zum Reich gekommen sind, eben eine Eigengesetzlichkeit mitbringen, die sie notwendigerweise brauchen, damit sie allmählich durch intensive autonome Selbstbeherrschung und Steigerung der eigenen Leistung auf das Niveau des Reiches gebracht werden können. Er sagte mit Recht, dass gerade das Generalgouvernement ein Vorbild für das ganze Reich ist. Er führte wortwörtlich aus, dass es den Deutschen im Generalgouvernement gelungen sei, mit allen den Schwierigkeiten, von deren ungeheurer Grösse man sich in der Heimat gar keine Vorstellung mache, im Laufe von wenigen Jahren fertig zu werden, wie das in keinem anderen Bereich Grosseuropas

15.1.44

möglich war.

Wenn diese Anerkennung von dem Reichsinnenminister als dem obersten Chef der deutschen Verwaltung vor allen Regierungspräsidenten und manchen Oberpräsidenten des Grossdeutschen Reiches ausgesprochen wird, so kann das für die Aufbauarbeit, die wir geleistet haben, als eine Art Schlusspunkt angesehen werden. Mehr können wir schliesslich nicht erreichen als dieses positive Urteil des obersten Chefs der deutschen Reichsverwaltung.

Wer sich allerdings mit den Problemendieses Raumes nicht aus rein sachlichen Erwähungen, sondern aus unsachlichen, also persönlichen Argumenten beschäftigt, wird selbstverständlich immer Anlass zum Kritisieren finden. Aber es gibt einen Grundsatz: Wer sich angewöhnt, immer nur das Negative zu suchen und zu sehen, der wird selber negativ. Ihm entgeht dann die grosse strahlende und gläubige Fruchtbarkeit, die eben allein aus der grundsätzlich positiven Einstellung zu Mensch, Zeit und Raum aufsteigen kann.

Für uns, die wir als Nationalsozialisten keine bolschewistische Massennivellierung betreiben und auch nicht eine Entseelung des Individuums als Grundsatz aufrichten, ist es, ich möchte sagen, eine gesinnungsaristokratische Anschauung, dass wir in der Persönlichkeit ein wichtigstes Element der Gemeinschaft erblicken.

Die Kritik, soweit sie persönlich bedingt ist, zählt überhaupt nicht; denn das, was unsachlich gegen uns gesagt worden ist, konnte ja nur die Tendenz haben, entweder unsere Regierungsform oder unsere Arbeit fortgesetzt zu diskriminieren. Sie wissen ja auch, dass dies in überreichem Maße geschehen ist. Ich und alle meine Mitarbeiter mussten in den vergangenen Jahren erleben, dass man vor keinem Mittel zurückschreckte, uns alle und unsere Arbeit zu verunglimpfen, zu verkleinern und

herabzudrücken, wo und wie das nur möglich ist. Es gibt keinen Vorwurf, den man irgendwie erheben kann, der nicht in dieser oder jener Form gegen mich und viele meiner Mitarbeiter im Rahmen unserer Gesamtarbeit erhoben worden wäre. Freilich hat man das eine vergessen, dass nur der getroffen werden kann, der überhaupt ein Objekt für solche niedrigen Unternehmungen darstellt. Wer aber von vornherein aus der Höhe des Führers kommt, ist über solche Versuche erhaben.

Daher kann ich heute auch abschliessend dazu feststellen, dass, seit die Hauptgruppe dieses Widerstandes gegen unseren Aufbau im vorigen Jahre aus dem Lande weggeholt wurde, die negativen Kritiker des Generalgouvernements derart in eine isolierte Defensive zurückgeschlagen wurden, dass heute die Gemeinschaftsleistung von uns allen in diesem Raum bis zur obersten Spitze eindeutig festgelegt ist. Denn was wollte man eigentlich mehr von uns allen hier verlangen als das, was geleistet wurde ? Man hat wohlweisslich unterlassen, mir ein Beispiel hinzustellen, an dem ich hätte lernen können, wie man es besser machen soll. Im Gegenteil, ich stelle fest, dass nach der amtlichen Erklärung, die Staatssekretär Backe am 4. Januar in Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler dem Führer persönlich im Hauptquartier abgegeben hat, das Generalgouvernement in der gesamten europäischen Produktion und in der Erfüllung von Ernährungsverpflichtungen dem Grossdeutschen Reich gegenüber an Leistungswillen, Leistungskraft und Organisation absolut an der Spitze des gesamten von Deutschland beherrschten Raumes marschiert. Diese Anerkennung, die vom Führer mit grosser Freude entgegengenommen wurde, ist nur ein Teil dessen, was, da die negativen Aktionen gegen uns zerschmettert sind, immer deutlicher aufsteigen wird. Das Generalgouvernement

15.1.44

hat uns niemand vorgearbeitet, es hat uns auch keiner nachgemacht, und wir sind daher das Unikum geblieben, das wir von Anfang an waren.

Daher darf Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, der ruhige und sachliche Stolz erfüllen, an einer der grössten gemeinsamen Kriegsleistungen von Nationalsozialisten beteiligt zu sein, die in diesem Kriege feststellbar sind. Die wenigen Unbelehrbaren sind schon nicht mehr interessant. Zwischen den Führer und mich stellt sich niemand; ich brauche beim Führer weder einen Vermittler noch einen Verteidiger; ich stehe mit dem Führer in unmittelbarstem Zusammenhang.

Daher ist es klar, dass die Stärke unserer Stellung nicht aus Neigung oder aus Sympathie oder gar aus dem Gesichtspunkt heraus kommt, dass man seit 1919 bei der Partei ist, also dass/das etwa ein altparteigenössisches Moment wäre, sondern es beruht darauf, dass wir dem Führer, um es auf eine ganz lapidare Formel zu bringen, die wenigsten Sorgen gemacht haben. Der Führer weiss, dass ich meine eigene Meinung habe, er kennt diese Meinung und weiss,welche Anschauung ich persönlich über die Fragen der Rechtssicherheit, des unmittelbaren Richtertums usw. vertrete. Aber er weiss auch, dass ich als sein unbedingtester und unbeirrbarster Gefolgsmann mit ihm durch dick und dünn gehe, dass es für mich ein stolzer Gedanke ist, feststellen zu können, dass ich mich seit 25 Jahren, nämlich seit dem 16. Juni 1919, zu seinen Vertrauten rechnen kann.

Wenn ich angesichts dieser Zusammenhänge nun von meiner Person absehe, die Sie, Parteigenosse Stahl, in einer mich beschämenden Weise so ausserordentlich in den Vordergrund zu rücken die Güte hatten, dann möchte ich aber nun Euch, Parteigenossen und Parteigenossinnen, sagen, dass das kommende Jahr, für das ich Euch nunmehr

15.1.44

die Parole zu geben habe, ohne Zweifel das ernsteste und schwerste Jahr werden wird, das Deutschland je durchgemacht hat. Die Situation ist weltgeschichtlich klar. Wir haben die Möglichkeit, gegen die Sowjetunion und gegen Grossbritanien in unmittelbarstem territorialen Wirken zurückzuschlagen, eine Möglichkeit, die uns gegenüber dem dritten grossen Feind, den wir haben, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nicht unmittelbar territorial gegeben ist.

Daher wird man sich in diesem Jahre kriegsthematisch sowohl mit der Niederringung der Sowjetunion wie der Vergeltung und, man kann beinahe sagen, auch mit der Zerstörungsnotwendigkeit gegenüber Grossbritañien beschäftigen. Meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, halten Sie es nicht für einen leeren Spruch und nicht etwa nur für eine dünkelhafte Kriegsanmassung, wenn ich Ihnen jetzt sage, dass die Lage an der Ostfront gut ist. Seien Sie überzeugt, dass das, was uns in diesen Tagen und Wochen noch ausserordentlich zu belasten scheint, eine in die grosse Planung des Führers fallende Ermöglichung einer denkbar günstigen Ausgangsposition für die dieses Jahr wahrscheinlich krönende grandiose Offensive gegen die Sowjetunion darstellt. Die Sowjetunion wird in diesem Jahr von mehreren Armeen dies Deutschen Reiches mit Waffen ohne Ende, mit Munition in wahrhaft gigantischen Mengen, mit Soldaten, die geistig und technisch geschult und ausgerichtet sind, zu Boden geschlagen werden.

Es ist gar kein Zweifel, dass, mit allen Formen von sogenannten Invasionen der alliierten Armeen zusammenhängend, auch eine ungeheure Vergeltung über England herabschmettern wird.

Dies sind die beiden Hauptthemen und Hauptaufgaben. Wenn man sie so im allgemeinen kalt und sachlich formuliert, dann ist damit eine Summe von Einzelleistungen

ausgedrückt, und zwar in der Ausbildung der Soldaten, der Herstellung der Waffen, der Sicherstellung der Transporte, der Ernährung, der Ausrüstung, der Inordnunghaltung der Kommandostäbe, der Gliederung in Heeresgruppen, Armeen, Divisionen, der Kombinatorik von Heer und Luftwaffe, darüber hinaus in der Aufstellung von Einzelplänen bis ins letzte, und diese Arbeit, die unter dauernder Leitung des Führers vor sich geht, wird einmal als eine der grössten Feldherrnleistungen aller Zeiten angesehen werden.

Daher haben wir gerade als Nationalsozialisten dieses Raumes eine ungeheure Verpflichtung, und die oberste Parole, die ich für das kommende Jahr Ihnen und über Sie hinaus allen Parteigenossen und Parteigenossinnen hier im Lande auf den Weg gebe, ist die: es muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass der absolut blinde Siegglaube und das bis ins tiefste Mark des Wesens verwurzelte Treueglauben zum Führer zum Gemeingut aller Deutschen wird und richtungweisend für ihr Verhalten ist.

Wir wollen uns immer daran erinnern, dass das deutsche Volk im abgelaufenen Jahre in der Heimat eine Probe abgelegt hat, die allein schon dieses Volk auf die gigantische Höhe weltgeschichtlicher Berechtigungen empor geführt hat. Was die deutschen Männer und Frauen in den von den Terrorbombenangriffen niedergewürgten und zerstörten deutschen Städten durchgemacht, gelitten und geleistet haben, ist ebenso unvergänglich, wie die grossartigen Leistungen unserer Partei, die diesen zerbrochenen und zerschmetterten Menschen eine erste und später die Dauerhilfe gegeben hat. Die Partei hat sich damit als ganz grosser Kamerad des deutschen Volkes in allen Schichten ein unvergängliches Verdienst geschaffen, und das wird dazu beitragen, dass das deutsche Volk in alle Zukunft hinein unserer Partei auf Gedeih und Verderb verbunden und ihr mit Liebe und Zuneigung zugetan bleiben wird.

15.1.44

Wenn wir darüber hinaus daran denken, was unsere Soldaten an den verschiedenen Fronten leisten, so muss man sagen, dass auch hier eine Gesamtfunktion unseres Volkes an den Tag und das Licht der Weltgeschichte getreten ist. Erinnern wir uns daran, wie 1918/19 unser grosses stolzes Heer verraten wurde. Und in der knappen Zeit von sechs Jahren, von 1933-1939, ist das nun alles anders geworden. Was an Kriegsgeschehen seit 1939 über uns hinweggebraust ist, vor allem in Gestalt der furchtbaren Rückschläge, die wir im letzten Jahre erlebt haben, das zu ertragen, hat ausschliesslich die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei durch ihre sture, harte und selbstsichere Haltung dem deutschen Volke ermöglicht. Nur, weil das deutsche Volk nationalsozialistisch geführt, erzogen und gehalten wird, ist es geistig und seelisch diesem gewaltigen Ansturm von Sorgen gewachsen. Und damit hat auch die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ihre weltgeschichtliche Erprobung bestanden. Dass im Jahre 1944 für die Partei im Reich ganz allgemein, wenn sich die Luftangriffe noch steigern sollten, wenn die Not auf vielen Gebieten noch wächst, noch grössere Aufgaben entstehen werden, ist ganz zweifellos.

Für unseren Raum wird dieses Jahr kolossale Sorgen bringen. Wir haben im Zusammenhang mit der Räumung der Ukraine, der Zurückführung der deutschen Truppen und Verwaltungsbehörden, der Institutionen aller Art, der technischen, landwirtschaftlichen, maschinellen und sonstigen Einrichtungen einen solchen Ansturm und Rückstrom von Menschen, Institutionen und Gegenständen zu bewältigen, dass alles bis ins letzte angespannt wird tätig sein müssen, um diesen Kampf mit der Not der Zeit zu bestehen.

15.1.44

Die Partei wird hierbei von mir in weitestem Maße mit herangezogen und werden müssen, vor allem wegen der Volksdeutschen und auch wegen der Betreuung der deutschen Parteigenossen, die aus diesem Raum zurückströmen, wie es bisher schon der Fall war. Aber die Sorgen werden auch auf anderen Gebieten kommen. Im Zusammenhang mit der Rückführung der Truppen finden nicht nur weitere intensive Belegungen der Ostgebiete des Generalgouvernements mit Militärstellen aller Art statt, - ich erinnere daran, dass man von uns auch unausgesetzt Tausende und Abertausende von Betten für Lazarette verlangt. Es werden Divisionen über Divisionen ins Generalgouvernement kommen, die hier untergebracht, verpflegt, gekleidet, ausgerüstet und exerziert werden sollen, die Licht, Heizung, Wasser, Holz benötigen, die unausgesetzt Bedarf nach Raum haben, was wieder, allem anderen vorangehend, unsere eigene kaum mehr vorhandene freie Raumzone restlos über den Haufen wirft und eine Weitschichtigkeit mit sich bringt, aus der allenfalls ernste Gefahren entstehen können. Wir haben jetzt schon Läger, in die wieder das Fleckfieber eingezogen ist. Was also Seuchenherde angeht, werden Gefahren über Gefahren aufsteigen. Dazu kommt noch das Hereinströmen von Hunderttausenden nichtdeutscher, fremdvölkischer Scharen, die an allen Grenzübergangsstellen der Ostgrenze unseres Generalgouvernements Tag und Nacht mit Sack und Pack, Männer, Frauen, Kinder, Greise, Sieche und Kranke mit ihren Tieren, mit Hühnern und Rindern, in ihren Wagen hereinströmen. Es ist in Wahrheit eine überstürzte schreckengepeitschte Völkerwanderung, die unter dem Druck der Kriegsereignisse in unsere Gefilde hereinströmt.

15.1.44

In diesem Augenblick ist es mir noch garnicht möglich, Ihnen auch nur annähernd zu sagen, welche Erscheinungen im Gefolge dieser Ereignisse und Massnahmen bei uns eintreten werden. Aber das ist sicher: der Führer hat entschieden, dass ganz gleich, was auch militärisch, sozial, volkspolitisch oder sonst wie geschieht, die Regierungsform des Generalgouvernements völlig unverändert bleibt, d.h., dass es keinerlei Militärverwaltung oder keinerlei Abgabe von Territorien des Generalgouvernements an andere Verwaltungen oder Bereiche geben wird. Diese Entscheidung des Führers vom Anfang des Jahres ist ein erneuter Beweis für das Vertrauen, das der Führer in uns legt.

Daher ist es notwendig, dass das Generalgouvernement und damit selb-stverständlich auch vor allem unsere Parteiorganisation in diesem Jahre in unmittelbarste Berührung mit Frontzusammenhängen kommt. Weiter ist es notwendig, dass aus den rückstrahlenden Ereignissen dieses Jahres unsere Parteiarbeit da und dort konzentriert auf ganz neuartige Aufgaben wird eingestellt werden müssen. Denn so neu der Raum, so eigenartig und eigenwillig die Konstruktion dieses Raumes ist, ~~dass~~ wir müssen in diesem Jahre die Elastizität bewähren, hinsichtlich all' dessen, was kommt, mit alter Nationalsozialistischer Tatkraft fertig zu werden. Wir tagen in Permanenz; ununterbrochen finden Sitzungen und Besprechungen statt und werden Telefongespräche geführt, Befehlsstäbe werden organisiert usw. Es gibt hier kein Ausspannen. Aber wir werden diese Aufgabe auch meistern dank der grossen vorbildlich loyalen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit aller meiner Regierungsdienststellen, der Polizeidienststellen untereinander und mit den Wehrmachtsdienststellen. Mit ihnen allen und mit den Parteistellen wird es auch gelingen, diese totale Arbeit zu bewältigen.

15.1.44

Die Partei ist mir dafür verantwortlich, dass das, was man die Stimmung nennt, in diesem Raum bei den Deutschen gehalten wird. Es ist eine der Haupteigenarten dieses Raumes, dass wir einen, ich möchte sagen, abstrakten Staat darstellen. Denn das eigentliche Volk ist nicht staatseigen. Wir haben einen Staat von oben her aufgebaut, und das Volk wird von uns im grossen nur als Objekt dieses Staates, nicht als irgendwie in die Führungs-und Planungsaufgaben mit eingeschaltet betrachtet. Umso wichtiger ist es, dass diese Staatsorganisation versucht, unter allen Umständen die Arbeit, den Frieden, die Sicherheit, die Ernährung und auch die Gesundheit der nichtdeutschen Bevölkerung dieses Raumes zu erhalten.

Unausgesetzt ist ein Propagandakrieg gegen das Generalgouvernement im Gange. Was in Presseerzeugnissen, in Flugblättern, in Radiosendungen fortwährend gegen uns gearbeitet wird, zeigt mir allerdings, dass der Weg, den ich beschritten habe, von den Emigranten im Ausland als für sie ausserordentlich bedenklich angesehen wird. Es ist ja auch klar: je befriedeter dieser Raum, je arbeitssamer die Bevölkerung ist, je mehr sich teilweise die Fremdbevölkerung dieses Raumes allmählich auf die deutsche Führung einstellt, desto geringer sind die Chancen unserer Feinde, dieses Land von aussen her in Aufruhr zu bringen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass dieser Weg, den ich schon 1939 ganz kurz auf die Formel gebracht habe: es kommt nicht auf die Zahl der erschossenen Polen an, um die deutsche Arbeit in diesem Raum als erfolgreich hinstellen zu können, sondern die Zahl auch der Arbeitenden, - richtig war und dass die von mir angewendete Formel von den Weltfeinden des Generalgouvernements mit furchtbarstem Ingrimm aufgenommen wurde, dann liegt er darin:

15.1.44

der Ministerpräsident der polnischen Emigrantenregierung in London hat erst vor wenigen Tagen ein grosses Interview gegeben, in welchem er sich mit meinen Plänen beschäftigt und erklärt, dass der Generalgouverneur seit einigen Monaten eine merkwürdige Tendenz zur Befriedung des Raumes durch Versprechungen und Leistungen an das polnische Volk zeige; selbstverständlich seien diese Versuche umsonst. Und er fährt dann fort: Aber - dieses "aber" ist wichtig - festgestellt muss werden, dass eine Abneigung gegen den Bolschewismus in Polen vorhanden ist. In diesem "Aber" liegt die Warnung an die Welt: Vergesst nicht, dass jetzt Leute im Generalgouvernement tätig sind, die schliesslich unter Ausnutzung der antibolschewistischen Neigungen dieses Volkes unsere ganze Emigrantenpolitik über den Haufen werfen könnten.

Sie wissen nun selber, dass diese unsere Arbeit in allen diesen Jahren von Tröpfenaller Art immer wieder als Polenfreundlichkeit hingestellt, dass wir als polophil verdächtigt wurden, dass man ein Gequatsche ohne Ende machte, um alle möglichen Verdächtigungen über diese Dinge auszusprechen. Aber solche Argumente gehören nicht in die Politik - denn die Politik kann es nur mit ernsten Dingen zu tun haben -, sondern sie gehören in den Kreis persönlicher Auseinandersetzungen. Die Politik fängt bekanntlich erst jenseits der Gewalt an. Gewalt ist bloss das ABC der Staatsführung.

Es ist klar, dass, wenn diese Ergebnisse heute für uns feststehen, also auch für die Partei, wir ganz vorsichtig die Befriedungspolitik dieses Raumes unter allen Umständen werden durchhalten müssen. Niemand ist da, der an die Stelle der arbeitenden Massen dieses Raumes gesetzt werden kann.

Dass es uns geglückt ist, die Zahl der Morde an Deutschen bis auf wenige zu reduzieren, die bedauerlicherweise von verhetzen Elementen immer noch verübt

15.1.44

werden, hängt damit zusammen, dass im Ausgleich zu diesen grossen Befriedungsaktionen ganz kriegsmässig und lapidar zugeschlagen wird, wo ein Mord an einem Deutschen geschieht. Ich habe durch meine Ermächtigung vom 26.Juni des vergangenen Jahres dafür gesorgt, dass nach der Entscheidung von Standgerichten unmittelbare Exekutionen am Tatort stattfinden für den Fall, dass die Deutschen weiterhin solchen Mordüberfällen zum Opfer fallen. Das hat sehr gewirkt. Ich habe mich nicht gescheut, zu erklären, dass, wenn ein Deutscher erschossen würde, bis zu hundert Polen erschossen würden. Diese Polen sind keine Geiseln, sondern es handelt sich um bereits amtlich als Mitglieder der Widerstandsbewegung oder sonstige Feinde unserer Gemeinschaftsarbeit festgestellte Elemente. Die Methode ist Ihnen bekannt: ich lasse die Namen von unserer Sicherheitsbehörde vorher verlautbaren und verkünden, dass, wenn wieder etwas gegen einen Deutschen geschieht, die und die Polen erschossen werden. Das hat sich, wie ich glaube, erfolgreich ausgewirkt. Dank der fachlichen Führung der Polizei im Generalgouvernement, die inzwischen eingetreten ist, ist es auch geglückt, eine grossartige Intensivierung des Polizeiwirkens hier herbeizuführen. Die Erfolge sind geradezu überraschend, Diese Intensivierung der Polizeiarbeit ist also für uns jetzt eine Tatsache, und es zeigt sich, dass die unausgesetzte intensive Tätigkeit der deutschen Männer der Polizei Wunder gewirkt hat. Es ist sehr interessant, dass gerade gestern mir berichtet wurde, dass in Warschau ein grosses Lager von Giftstoffen ausgehoben wurde, die bereits dazu vorbereitet waren, um in grossem Umfange gegen die Deutschen Verwendung zu finden. Die Gefahren sind also enorm, und es ist klar, was ich kurz „die Stimmung der Deutschen dieses Raumes zu halten" nannte, eine unserer grössten

15.1.44

und höchsten Aufgaben ist.

Die Stimmung der Deutschen ist überall so wie die Stimmung des Führerkorps. Wenn das Führerkorps von kameradschaftlicher gegenseitiger kriegsbedingter Hilfsbereitschaft, gegenseitiger Loyalität und zusammen geschworener einheitlicher Grundhaltung ist, dann wird auch das Volk von diesem Gedanken erfüllt sein. Wenn aber ein Führerkorps anfängt, sich untereinander in die Haare zu geraten, wenn da und dort der persönliche Kampf in den Vordergrund tritt, wenn sich einer gegen den anderen stellt, zum Teufel, wie soll da die Stimmung des Volkes gut sein! Der Luxus der persönlichen Intrigen ist heute Landesverrat, und der heimtückische Kampf aus persönlichen Motiven ist Sabotage.

Man soll sich nicht darüber streiten können, ob man Hoheitsträger ist oder nicht. Die Hoheit des Reiches trägt jeder in sich, der bereit ist, für dieses Reich zu sterben. Jeder Grenadier an der Front ist Hoheitsträger. Im übrigen aber ist der Hoheitsträger vor allem Sorgenträger und Verantwortungsträger. Da ist es ganz gleichgültig, wie er eingestuft, einbeamtet und durch irgendein bürokratisches Schema beschäftigt und deklariert ist. Daher ist es absolut notwendig, dass wir mit diesem Luxus des persönlichen Strebens und Geizens aufräumen. Es ist hohe Zeit.

Ich selber weiss, was ich will. Ich bin mir über den Weg, den ich hier gehe, klar. Ich betone wiederholt, dass ich den Weg solange gehen werde, bis der Führer mich von hier abberuft. Jemand anderes kann sich hier mit Fug nicht einmengen. Es ist auch klar, dass ich diese historische Verantwortung der Repräsentanz des deutschen Reiches Adolf Hitlers gegenüber dem Raum, den wir zu betreuen haben, voll inhaltlich ausfülle.

15.1.44

Daher wird die Stimmung dieses Raumes von Ihnen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, in diesem Jahre mit ganz besonderem Nachdruck aus diesen Gesichtspunkten heraus zu pflegen sein. Ich bestehe darauf, dass gerade auch die Mitglieder des obersten Führergremiums unseres Arbeitsbereichs unausgesetzt den persönlichsten Kontakt mit den Schichten des Volkes gerade der Deutschen in diesem Raum haben. Es kommt nicht darauf an, ob man hier Parteibeamter ist. Ich brauche hier Verantwortungskämpfer. Parteibeamte sind notwendig und unerlässlich, und gegen ihr Wirken sei nichts gesagt, im Gegenteil, es kann immer nur mit Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, wie wichtig es ist, dass wir auch die organisatorische Ordnung, Sauberkeit und gewissenhafte Finanzgebarung ebenso wie die Autorität unserer Parteigerichte stützen und halten. Aber ebenso wichtig ist es, dass man sich nicht einkapselt und glaubt, dass das, was man in seinem Winkel tut, entscheidend wäre für das, was im Raum der Welt vor sich geht.

Und daher sind wir gekommen, die alten Parteiburschen. Man hat uns nicht ernannt, sondern der Führer hat uns gerufen, und unser Gewissen hat uns zum Führer geholt. Wir haben nicht an Gehaltsklassen und ähnliche Dinge gedacht, sondern daran, wie das deutsche Volk in die Höhe zu bringen ist. Die Partei muss ein glühender Block dieser unabhängigen Kämpfer-Individualität sein und bleiben, oder sie wird nicht mehr sein.

Das ist es, was die Stimmung ausmacht:dem Volke in die Augen sehen können, vor ihm bestehen können, das Herz des Volkes mit der Liebe zum Führer erfüllen und den Geist des Volkes aufrütteln aus den niederdrückenden Erlebnissen dieser schwersten Zeit unserer Nation.

15.1.44

Die Stimmung ist daher Euch anvertraut. Geht ins Land, redet, sprecht zum Volke, macht Euch zum Sorgenträger der Nation, und dann seid Ihr an sich sowieso Hoheitsträger. Ich selber bin auch nur ein einfacher Parteigenosse, der den Sonderauftrag hat, Führer des Arbeitsbereiches zu sein. Infolgedessen kann ich als einfacher Parteigenosse auch so sprechen.

Es ist also klar, dass man,um diese Stimmung des Volkes klarzulegen, etwas in sich tragen muss. Es genügt nicht, dass man bloss mit der Zunge Bewegungen macht und diese dann als Worte den Mund verlassen, sondern es muss der innere Einklang gegeben sein. Man muss spüren, dass etwas Ernstes, Hohes, Heiliges vor sich geht. Das ist umso wichtiger, als wir ja als die Vertreter des deutschen Volkes in diesem Raum hier eine einmalige Aufgabe haben. Ein lächerliches kleines Prozentchen sind wir alle miteinander, und Millionen-Massen sind praktisch gegen uns. Wer will da noch von Polizei reden? Die paar Männer, die man uns noch gelassen hat, werden Tag um Tag reduziert. Polizeikräfte müssen wir schon wieder abgeben, damit sie in dringendsten kriegerischen Zusammenhängen Verwendung finden. Das ist alles nicht so einfach. Wenn Sie z.B. daran denken, dass etwa bei der landwirtschaftlichen Verwaltung auf einen Deutschen 150 Polen kommen, so können Sie sich vorstellen, wie dieser isolierte Landwirtschaftsvertreter d unserer Regierung draussen im Lande seinen Kontakt aufrecht erhalten muss.

Von Gewalt reden, Gewalt predigen, den grossen Maxi spielen mit Niedertrampeln des feindlichen Volkstums und all' soldes Gequatsche ist leicht. Aber wir haben hier die Energie von 15 Millionen Menschen zu sichern. Dass sie für Deutschland arbeiten, Munition herstellen, Züge fahren, Wasser und Licht produzieren, dass sie ins Reich zur Arbeit gehen, dass die Maschinen hier laufen, das kann ich nicht mit Gewaltsprüchen und auch nicht mit

15.1.44

Gewalt allein erreichen. Denken Sie nur daran, was im Generalgouvernement zu allem übrigen, was wir für die Ernährung der Bevölkerung aufbringen, noch geleistet wird. Es ist doch gewiss sehr beachtlich, dass es unsere landwirtschaftliche Verwaltung möglich macht, dass wir als einziges Gebiet von ganz Europa unsere Getreideverpflichtung gegenüber dem Reich mit 480 000 to bereits im Dezember erfüllt hatten. Wenn Sie weiter bedenken, dass zusätzlich für 1,5 Milliarde oder 750 Mill. RM Rüstungswerte im Lande mit unseren Mitteln erzeugt werden, so ist das, wenn Sie den Ausgangspunkt von 1939 mit 0,5 Milliarde Zl. ansetzen, doch eine ungeheure Aufgabe. Wir wollen uns da immer auch die Techniker in gewissem Sinne ein Vorbild sein lassen. Es war gerade die technische Seite der Führung in diesem Raum, die mir von Anfang an beistand und die sagte: es kommt darauf an, dass die Räder rollen und nicht die Köpfe. Was dann vor sich geht, wenn wir den Krieg gewonnen haben, - mein Gott, ich weiss nicht, was der Führer über diesen Raum beschliessen wird. Ich hoffe sehr, dass er dann endlich die drei Reichsgaue macht, von denen so viel die Rede war, dass dann endlich die Möglichkeit besteht, die Dinge so einzurichten, wie es den allgemeinen Gegebenheiten entsprechen wird. Jedenfalls können wir aber sagen: mit dem Wenigen, was uns Deutschland mit auf den Weg gab, haben wirndem deutschen Volke Milliarden-Werte sichergestellt.

Freilich muss zu dieser Stimmung der ewige Appell an die Härte kommen.Die Härte ist ein Kennzeichen für die Haltung in Gefahren. Ein leuchtendes Vorbild sehen wir in unserem Führer, der die grösste Sorgenlast in diesem Jahre getragen hat. Die Geschichte wird einmal diesen Abschnitt des Weltgeschehens nur mit dem Namen Adolf Hitlers bezeichnen können, so, wie die Epoche Napoleons dessen Namen trägt. Es ist so einmalig,

15.1.44

was Adolf Hitler in diesem Jahr für sein deutsches Volk an Sorgen auf sich genommen hat, dass ich nicht weiss, was man mehr bewundern muss: die Fähigkeit, in Ruhe dieses Hereinströmen von Sorgen zu bewältigen, oder die Tatsache, dass neben dieser Fähigkeit die Kraft wirksam geblieben ist, mit diesen Sorgen unausgesetzt fertig zu werden und positiv weiter zu führen.

Der Führer ist daher wirklich befugt, sich einen harten Menschen zu nennen, er ist uns in dieser Härte ein Vorbild. Es gibt noch ein anderes Beispiel in der Geschichte, das wir auch mit Recht zitieren können, Friedrich den Grossen, der im siebenjährigen Krieg eine Härte gezeigt hat, die geradezu ungeheuerlich und einmalig ist im Ertragen von Strapazen, von Kriegsnot usw. Dieses Vorbild müssen wir in unseren Kundgebungen in menschlich packender Weise auch unseren Volksgenossen immer wieder nahe bringen.

Man darf nun aber Härte nicht mit Brutalität verwechseln. Es gibt ungeheuer harte Menschen wie etwa Friedrich den Grossen, die Flöte spielen, wenn sie Ruhe haben. Ein zweites Vorbild ist der Führer. Er hat mir einmal erzählt: wenn er eine Stunde frei hat, dann setzt er sich vor sein Radio und lässt sich auf dem Plattenspieler die von ihm besonders geliebte 7. Symphonie von Bruckner ertönen.

Das soll heissen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, dass wir nicht Härte und Hartherzigkeit, Härte und Brutalität und - sagen wir - Härte und ausgeprägte Bizeps-Haltung mit einander verwechseln sollen. Nicht jeder, der schmetternd redet, hart auf den Tisch haut, sich eckig und ungezogen benimmt, ist deshalb schon ein harter Mann. Harte Haltung ist also durchaus vereinbar mit kultiviertem Benehmen. Das ist sehr entscheidend und wichtig. Man sollsich nicht immer einen Idealtyp von - wie soll man sagen - brutalem Wüterich vor Augen halten, wenn man von hartem Typ redet.

15.1.44

Wenn ich einen 100/PS-Motor hart behandle, weil man mir sagt, er sei sehr stark, wenn ich mit dem Hammer darauf haue, dann wird die Stärke dieses Motors eines Tages in nichts zerfliessen. Je stärker ein Motor ist, mit desto zarterem Werkzeug muss er behandelt werden. Beachten Sie das auch für die Behandlung des starken Motors, der als Kampfcharakter in dem Menschen vorhanden ist.

Es gibt eine Anfeuerung zu Höchststimmungen, die oft aus einem Liede Schuberts oder aus der Betrachtung eines Bildes oder der Lektüre eines Buches aufsteigen kann.

Es ist klar, dass damit die psychologische Behandlung des grossen Faktors Härte auch in Ihren Versammlungen Beachtung finden muss. Man merkt sofort als alter Versammlungsmann, was da vor sich geht. Das hat man schon im Gefühl: jetzt komme ich in den Raum, da sitzen die Leute herum, und da ist so irgendein Flüstern, und dann weiss ich sofort, wie sich das entwickelt, und dann beginne ich zu reden.

Wir müssen uns aufs intensivste mit dem Volk in Verbindung bringen und diese Kunst der Rede pflegen. In diesem Jahre 1944 brauche ich Kundgebungen, Versammlungen, Zusammenkünfte im kleinsten Rahmen noch und noch. Ich kann Euch nur bitten: Gehe jeder von Euch hinaus. Am liebsten würde ich es haben, dass sich keiner ausschliesst, ganz gleich, welche Funktion er hat. Ihr müsst mit dem Volk reden, das Volk auch anhören, seine Sorgenweiter tragen.

15.1.44

Wir müssen bei dieser Stimmung und dieser Härte auch bedenken, dass es eine Nervosität gibt. Es ist kein Wunder, wenn Menschen, die über Nacht durch Schrecken eines Bombenterrorangriffes gegangen sind, in ihren Nerven herunter kommen. Es ist kein Wunder, dass im 5. Kriegsjahr die Nervenkraft da und dort nachlässt. Es muss nun Ihre eigenste Verpflichtung sein, selber mit dafür zu sorgen, dass, wenn alle Nerven brechen, die Nerven der Partei unzerstörbar gesund sind.Die Pflege Ihrer Gesundheit ist daher nicht Luxus, sie ist Dienstpflicht. Die Pflege Ihrer Nerven ist Ihnen aufgegeben wie die Pflege eines geistigen Instrumentes, von dem Sie Gebrauch machen müssen in diesen schweren Zeiten. Zu dieser Nervenpflege gehört es, dass man vernünftig lebt, dass man bei sich selbst immer wieder die grosse Glaubenskraft aufrichtet, dass man diese Formen von Nervenschwäche überwindet, die einem das Schicksal auferlegt. Das Leben geht immer weiter, daher nehmt Euch das immer vor und denkt daran: alle Kriege, mögen sie noch so gewaltig sein, nehmen ein Ende, auch dieser Krieg. Wesentlich ist nur, dass er siegreich für uns zu Ende geht. Wenn schon der Witz entstanden ist, dass der dreissigjährige Krieg offenbar der einzige Blitzkrieg in der Weltgeschichte ist, so ist doch sicher, dass, solange dieser Krieg noch dauert, die Nervenkraft für die massgeblichen Männer und Frauen der deutschen Volksführung der NSDAP erhalten bleiben muss. Nehmen Sie sich auch hier ein Beispiel am Führer. Er führt sein asketisches Leben, um sich seine Körper-und Geisteskräfte im Dienste des Volkes zu bewahren. Man kann auf vieles verzichten, wenn es in dem höheren Rahmen betrachtet wird: nützt es meiner Gesundheit, und nutze ich damit meinem Werk ?

Wir sind hier nicht mehr viele. Wir müssen auch in diesem Jahr wieder eine Fülle von Männern zur Wehrmacht abgeben. Wichtigste Mitarbeiter werden uns voraussichtlich in diesem Jahre wieder verlassen, an deren Stelle Männer treten werden, die wir nicht kennen. Sie werden sich ein-

15.1.44

arbeiten müssen; aber jedenfalls sinkt die frische jugendliche Spannkraft im Kriege selbstverständlich immer tiefer. Es ist daher nicht nur so hingeredet, wenn man sagt: pflegen wir unsere Nerven. Es gibt nichts im Leben, was einen erschüttern soll; man muss alles mit der Wohlgemessenheit einer inneren Glaubensfestigkeit tragen. Dass wir in dieser Zeit hineingestellt worden sind, um das Grösste für unser Volk zu ermöglichen, - eine höhere Funktion gibt es in der Welt nicht.

Dem Volke gegenüber wirkt auch das Vorbild. Wenn z.B. ein nervös mit Blättern spielender Mann in einer Versammlung spricht, der sich dauernd verhaspelt, den Satz verliert und stottert, dann macht das einen furchtbaren Eindruck. Das Volk richtet sich nun einmal danach aus, es fragt sich: wie sieht der Mann aus, wie lebt er, was macht er, wie spricht er? Daher können Sie es auch wohl verstehen, wenn ich selber unter Überwindung vieler Hemmungen ab und zu in eine Operette gehe, weil ich weiss, das erzählt man sich ja doch, und dann wird es heissen; wenn der in eine Operette geht, dann wird es nicht so schlimm sein. Auf alle diese Dinge müssen Sie sich einstellen. Auch der persönliche Kontakt muss immer besser werden. Der Feind kümmert sich nicht darum, wer die braune oder eine andere Uniform trägt. Er wird uns alle umbringen. Und es ist gar kein Zweifel, dass er es Ernst meint, wenn er von Kriegsverbrechern spricht. Wir haben Beweise zur Verfügung, dass ich selber als Kriegsverbrecher die Nummer 1 in der Kartei trage. Es ist klar, dass die eine oder andere Zahl auch auf Euch abgewälzt werden kann. Somit müssen wir diese Form der Gemeinschaft aufrecht erhalten, in dem Bewusstsein, dass wir hier etwas für das Deutsche Reich Adolf Hitlers gegen die ganze Welt unternehmen und deshalb an der Weltfront des Deutschtums stehen.

Damit hat aber die Partei auch hier diesen grossen beschwingenden Zug. Sie hat eine grosse Aufgabe, die weit über die Wohlfahrts-und Fürsorgeorganisation ins weltpolitische hinausgeht. Die Partei strahlt ihr Leben aus, weil

15.1.44

sie Leben in sich trägt. Die Partei ist ja auch Eigentum des ganzen deutschen Volkes und nicht das Privateigentum irgendwelcher Einrichtungen oder Institutionen. Die Partei ist über jeden Verdacht erhaben, sich irgendeinem Gruppengesetz zu eigen zu geben; sie gehört uns allen. Es gibt keinen, der mehr berechtigt wäre, im Namen der Partei zu sprechen, als wir. Tragt diesen Stolz in Euch! Und wem diese Haltung zu stolz ist, der soll es mir ruhig sagen, er sei in Gnaden entlassen. Ich kann hier nur Persönlichkeiten brauchen, nur Menschen, die diese neue Aufgabe verstehen und die wissen, dass wir gerade jetzt, da die Ostfront auf uns zukommt, eine historische Mission zu erfüllen haben.

Freilich haben wir es kennen gelernt, dass jemand auch mit Leistungen enttäuschen kann; aber das darf uns hier nicht beirren. Über jede Leistung von Ihnen freue ich mich persönlich; ich möchte mich jedem Einzelnen von Ihnen verbunden wissen. Zur Bereinigung aller Zweifel kann ich sagen, dass ich hier in diesem Saal niemanden sehe, dem ich persönlich irgendwie fremder wäre, sondern ich bin einem jeden von Ihnen ohne Ausnahme verbunden und vertraut. Denn ich kenne das Werden eines jeden Einzelnen. Ich kann auf mein eigenes Leben hinweisen, um Ihnen dieses Erkennen zu übermitteln, dass das Leben des Einzelnen und sein Kampf durch unendlich viele Klippen und Härten führt, dass jeder immer wieder hin und her geschüttelt wird. Im Glauben und im Wissen, im Persönlichen und Sachlichen haben wir alle eine Mühsal in unserem Leben zu bestehen. Es ist die Kunst der Führung, dass man sich mit allen menschlichen Formen des Wirkens vertraut wissen muss. Ich hasse die Einförmigkeit, denn sie ist der Tod deutschen Lebens. Ich verabscheue jeden Versuch der Gleichförmigkeit. Entscheidend ist die Gleichrichtung,die in mittlerer Form vor sich geht. Wenn wir als Idealziel aufstellen würden, dass

15.1.44

alle Deutschen gleich aussehen, gleich uniformiert und gleich gesinnt sind, - um Gottes Willen, wie entsätzlich langweilig würde das deutsche Leben werden! Weil jeder Deutsche für sich ein Gebirge ist, das den Sturm besteht, deshalb sind wir Deutsche das Element, das sich gegen die ganze Welt von Juden, Plutokraten und Schweinehunden auflehnt. Die wissen schon, warum sie das deutsche Volk zerstören wollen. Aus unserer Kraft kommen ja die dämonisch Einmaligen. Wir sind nie ein Massenvolk gewesen, wir sind immer ein Volk von Persönlichkeiten.

Für uns in diesem Raum ist ja die Partei die geistig-seelische Lebenszentrale. Was haben wir denn sonst in diesem Raum als diese deutsche Bewegung, die wir hier eingeführt haben, in der wir zusammen kommen und die mit dem Volke Kontakt hält. Die paar Deutschen im Lande wären isoliert und geistig allen Gefahren ausgesetzt, wenn sie die Partei nicht immer wieder aufrichten würde. Wenn etwas für den Erfolg unserer Arbeit hier beachtlich ist, dann sind es die grossartigen Zahlen, die Parteigenosse Stahl bekannt-gegeben hat und die den Beweis für den einmaligen Erfolg der Arbeit hier im Raume erbringen, darüber hinaus aber die Tatsache, dass sich die Wehrmacht zu unseren Schulungen begibt. Wo gibt es das noch im Reich ? Das ist doch ein Zeichen dafür, dass wir hier etwas zu sagen haben und die Konkurrenz mit irgendjemandem nicht zu scheuen brauchen. Soll Jeder, der gegen uns ist, es wagen, neben uns sein Programm für diesen Raum aufzustellen! Ich weiss, dass der Führer im innersten mit uns einig ist. Es wird eben altmodisch, gegen das Generalgouvernement zu sein, es wird lächerlich anachronistisch, und es ist höchste Zeit, dass hier die Kurse umgestellt werden. Wir lachen ja darüber. Wer gegen uns ist, will nicht für uns sein, und das ist in dieser Zeit

15.1.44

etwas Unmögliches.

Das ewige heilige Deutschland hat uns auf einen einsamen Platz gestellt. Wir führen hier im Namen des Führers und seiner Bewegung ein völlig eigenes schicksalumtostes Kampfschiff in den Ozean.der Weltgeschichte. Ich rufe Sie nun auf zum Jahre des grossen Mutes. Das deutsche Volk braucht diesen grossen Mut. Wenn man Cross-Deutschland in die Ewigkeit hinein bauen will, dann braucht man vor allem grosse deutsche Menschen, grosses weitgespanntes idealen Denken, das Bewusstsein, dass der Herrgott uns diese gewaltigen Prüfungen schickt, damit wir in ihnen noch grösser und stärker werden. Wer immer einmal im Namen des Führers hier in diesem Raum sprechen wird, wer immer das hier zu übernehmen hat, - ich wünsche ihm, dass er ein solches Korps von Mitarbeitern hat, wie ich es in diesem Augenblick um mich versammelt sehe. Ihr habt Euch tapfer geschlagen, Ihr habt Euch als brave Männer bewährt. Im Namen des Führers danke ich Euch. Gewiss liegt eine Gefahr darin, dass die Nöte des Tages oft den Geist zu überwinden vermögen, dass unter den Alltagssorgen und den im Alltag gehämmerten Schwierigkeiten grosse ideale Zusammenhänge verloren gehen können. Da ist es wichtig, dass die Partei die Ewigkeitskünderin bleibt und nicht selbst im Tage untergeht. Da ist es wichtig, dass wir predigen. Ich glaube, wir haben die bolschewistischen Kommissare der russischen Wehrmacht zu sehr verachtet. Es wäre vielleicht ein Gewaltiges gewesen, wenn eine jede Kompanie des deutschen Heeres einen fanatischen Nationalsozialisten an der Front gehabt hätte,der auch als Repräsentant der Härte und des Schicksalsbewusstseins der Ewigkeit die Schwäche überwunden hätte. Was wir durch unser Wirken an den Generälen noch werden leisten können, das zu tun, wollen wir uns feierlich versprechen. Ich freue mich sehr über unsere Schulung. Sie sehen also, dass wir Nationalsozialisten doch niemals von dieser geistigen Grundhaltung zurückzubringen sind.

15.1.44

Dieses Jahr des grossen Mutes bedeutet daher für uns eine gewaltige Stärke. Wenn die anderen glauben, Deutschland würde trotzdem bezwungen werden können, wenn sie uns mit bedingungsloser Kapitulation bedrohen, so kann man sagen:mit Euch kann man darüber später nicht reden, nicht einmal darüber verhandeln, weil Ihr nicht mehr da sein werdet.

Und so muss denn aus Euch, meine Parteigenossen und Parteigenossinen, diese Energie flammen. Ich muss sehen, dass "Ihr von der Auffassung dieser Zeit durchzuckt seid und Euch noch mehr als bisher in diesem grossen geistigen Ringen als Persönlichkeit bewährt. Es ist die grosse Bewährungsprobe, und dieses Jahr des grossen Mutes wird gerade in der Partei des Generalgouvernements die Höchstform finden.

(Meine Autorität in diesem Raum ist die Autorität des Führers.) Keiner kann gegen mich sein, ohne zugleich zu bekennen, dass er damit gegen den Führer ist. Das ist alles, was ich zu dem zu sagen habee, was Parteigenosse Stahl vorhin angedeutet hat. Ich wünsche, dass mit der heutigen Sitzung auch die in der Vergangenheit liegenden persönlichen Reibungen und Auseinandersetzungen restlos ihr Ende finden. Ich werde mich in keiner Weise weder direkt noch indirekt in diese Auseinandersetzungen einmischen. Ich verlange von Euch, dass Ihr Euch restlos miteinander versteht. Soll der Eine dahin neigen, der Andere dorthin; soll der Eine sagen: meine Neigung gehört der Dienststelle des Reiches, - der Andere: das ist mir ganz gleichgültig. Wenn er sich hier nur als treuer Nationalsozialist bewährt, dann bin ich zufrieden. Wir sind ja nicht vom Reich gelöst, sondern wir gehören mit ins Reich hinein. Unsere Selbstständigkeit ist uns ja nicht zu unserer Freude gegeben, sondern um der Notwendigkeit willen, diesen Raum eigengesetzlich zu führen.

15.1.44

Es wird vielleicht zweckmässig sein, wenn Ihr alle Besucher aus dem Reich künftig nicht nur in Krakau empfangt, sondern sie in die kleinen Orte des Landes hinaus schickt, damit sie ahnen, was dieser Raum bedeutet. Denn wenn diese Besucher hier in Krakau von Deutschen zu Deutschen gehen und sehen, dass es hier teilweise genau so geübt wird wie im Reich, so führt das ja zu der Auffassung, dass wir hier schon ein deutsches Land sind. Es schadet gar nichts, wenn sie sich wirklich mit den Dingen dieses Raumes in Verbindung setzen.

Ich glaube, dass wir in diesem Jahr des grossen Mutes auch dem Reich wieder grosse Dienste werden leisten können. Ich kann Euch nur Sorgen versprechen. Viel Freude werden wir erst dann in diesem Jahre haben, wenn der Sieg unserer Waffen und unserer Vergeltung errungen sein wird. Der Schmerz über die Opfer, die unwiederbringlich dahin sind, wird bleiben, aber mit diesem Schmerz verbindet sich der grosse Glaube an die Zukunft, der uns trägt.

Das Jahr des grossen Mutes wird uns Deutsche des Generalgouvernements bereit finden. Bleibt gute Kameraden unter einander, denkt immer daran, dass wir alle auf einander angewiesen sind. Ihnen, Parteigenosse Stahl, darf ich nochmals sagen, dass Sie mein volles Vertrauen haben, und dieses Vertrauen erstreckt sich auf alle Ihre Mitarbeiter.

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Tagung ihren Abschluss.

13^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Samstag, den 15.1.44

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

Erstaufführung der Strauss'schen Operette "Die Fledermaus"

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Sonntag, den 16. Januar 1944

9^{30} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an einer Morgenfeier im Staatstheater.

13^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Montag, den 17. Januar 1944

12[CO] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
nach Kressendorf.

Anschliessend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs
von Kressendorf nach Trzebinia und von da aus
ins Reich.

NSR 2700-424/44

Tgb.Nr. 3/44g

N i e d e r s c h r i f t

Über die Aussprache zwischen dem Generalgouverneur Dr.Frank und Reichsleiter Bormann im Führerbau zu München am 18.Januar 1944 11 Uhr vormittags.

Generalgouverneur Dr.Frank gab einleitend einen kurzen Überblick über die im Vordergrund seiner Sorgen stehenden augenblicklichen Verhältnisse und Gefahren. Er wies insbesondere auf die Schwierigkeiten hin, die der deutschen Kriegführung mit der Rücknahme der Front in allgemein politischer und psychologischer Beziehung erwüchsen und die für das Generalgouvernement geradezu bedrohlich würden. Reichsleiter Bormann gab angesichts dieser Besorgnisse seiner zuversichtlichen Überzeugung Ausdruck, daß die Front noch vor dem Generalgouvernement zum Stehen gebracht werde.

Generalgouverneur Dr.Frank ging dann auf das persönliche Verhältnis zwischen Reichsleiter Bormann und ihm ein. Er brachte unumwunden zum Ausdruck, daß allgemein die Meinung herrsche, Reichsleiter Bormann sei ein Feind des Generalgouverneurs. Reichsleiter Bormann erklärte hierzu, daß davon keine Rede sein könne. Er wäre glücklich, wenn das persönliche Verhältnis zwischen dem Generalgouverneur und ihm so gut wie nur möglich und wenn die politische Zusammenarbeit zwischen ihnen beiden restlos gesichert wäre. In einem Augenblick wirklich herzlicher Kameradschaft gaben sich Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr.Frank die Hand und schlossen damit symbolisch die ganze bisherige, manchmal Fehldeutungen ausgesetzt gewesene Entwicklung ab.

Bezüglich der Organisation der NSDAP im Generalgouvernement erklärte ~~der~~ Generalgouverneur Dr.Frank, daß er angesichts des Führermangels unbedingt solange als nur irgend möglich an der Personalunion zwischen dem Generalgouverneur und dem Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP festhalten müsse. Es sei mit seinem Prestige völlig unvereinbar, daß er die Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP abgebe. Reichsleiter Bormann erklärte, daß er nicht daran denke, die Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP von der Person des Generalgouverneurs zu lösen. Dies sei im Augenblick gar nicht möglich, sei von ihm aber auch gar nicht beabsichtigt.

Bezüglich des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP erklärte Generalgouverneur Dr.Frank, daß er nach wie vor schon aus alter parteigenössischer Treue und Verbundenheit an der Person des Dienstleiters Schalk festhalte. Er habe dementsprechend den Pg.Stahl von Anfang an nur mit der Führung der Geschäfte des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs betraut. Dem Pg.Tießler -dem Bruder des Oberbürgermeisters von Kattowitz- bringe er erwartungsvolles Vertrauen entgegen. Sollte Pg.Tießler als Nachfolger für den gemäß Führerbefehl zur Wehrmacht einrückenden Pg.Stahl eingesetzt werden, so könnte er, solange der Pg.Schalk bei der Wehrmacht und nicht von seiner Stellvertretungsfunktion unter gleichzeitiger Berufung auf ein anderes ehrenvolles Amt der Bewegung unter besten Bedingungen entbunden sei, nur als "der mit der Führung der Geschäfte des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereichs Beauftragte" tätig werden. Pg.Thießler würde also als Nachfolger des Pg.Stahl, sofern dieser zur Wehrmacht einrücke, "Stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP, mit der Führung der Geschäfte beauftragt".

Reichsleiter Bormann verschloß sich diesen Argumenten keineswegs und sagte, er wünsche, daß diese persönlichen, die Pgg.Schalk und Stahl betreffenden Fragen in ehrenvoller Weise gelöst werden sollten.

Hinsichtlich der Distriktsstandortführer im Generalgouvernement vertrat Generalgouverneur Dr.Frank den Standpunkt, daß alle 5 Distriktsstandortführer einheitlich in gleicher Position stünden und daher -unbeschadet endgültiger Regelung- auch in gleicher Weise zu behandeln seien. Dies sah Reichsleiter Bormann ein.

Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr.Frank waren darüber einig, daß der Pg.Seyfferth tunlichst bald abzuberufen sei.

Zum Schluß dieses persönlichen Teiles der Aussprache gab Reichsleiter Bormann die Zusicherung ab, daß er volles Verständnis für die Schwierigkeiten des Generalgouverneurs habe und daß er sich dem Generalgouverneur in jeder Weise -auch außerhalb des Parteisektors- zu Aussprachen wie zu Hilfestellung dienstlicher Art zur Verfügung halte.

Im Anschluß an diesen durchaus harmonisch und herzlich verlaufenen Teil der Aussprache wurden die Pgg.Dr.Friedrichs, Stahl, Thießler, Kobusch und Walkenhorst hereingerufen. Generalgouverneur Dr.Frank

wiederholte in großen Zügen unter Bestätigung durch Reichsleiter Bormann das Wesentliche der getroffenen Vereinbarungen. Es wurde abgemacht, daß zur weiteren Besprechung der hiernach notwendigen Einzelheiten die Pgg.Dr.Friedrichs und Thießler am 27.Januar 1944 nach Krakau kommen sollten, um an Ort und Stelle die weiteren Schritte vorzubereiten.

Im Anschluß hieran empfingen Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr.Frank den StaatssekretÄr Dr.Klopfer und den Ministerialrat Dr.Weh. Es wurden Fragen der Gesetzgebung wie der Personalien der Beamten des Generalgouvernements besprochen. Bezüglich der Gesetzgebung betonte StaatssekretÄr Dr.Klopfer ausdrücklich, daß die jetzige Methode durchaus reibungslos und zufriedenstellend ablaufe und sich bewÄhrt habe. Es sei nicht Übertriebener Ehrgeiz, wenn sich die Partei-Kanzlei für die Vorlagen des Generalgouvernements interessiere, es komme nur darauf an, die in anderen besetzten Gebieten gesammelten Erfahrungen weitgehend und nutzbringend anzuwenden. Einzelheiten werde StaatssekretÄr Dr.Klopfer nachmittags noch mit Ministerialrat Dr.Weh besprechen. Reichsleiter Bormann bemerkte noch, daß es keineswegs seinem Wunsche entspreche, wenn Verordnungsentwürfe des Generalgouvernements anderen Reichsinstanzen zugeleitet würden. In den ganz vereinzelten Pällen, in denen dies etwa geschehen sei, hätte ein Versehen eines Sachbearbeiters der Parteikanzlei vorgelegen; es sei Vorsorge getroffen, daß sich Derartiges nicht wiederholen werde.

Bezüglich der Personalien der Beamten des Generalgouvernements erklärte Reichsleiter Bormann, er könne sich nicht entsinnen, daß die Parteikanzlei die Behandlung von Ernennungs- oder Beförderungsvorschlägen verzögert habe. Was den Fall des Herrn Staatssekretärs Bühler anlange, so habe er bereits vor langer Zeit dem Reichsminister Dr.Lammers seine Zustimmung gegeben.

Generalgouverneur Dr.Frank regte an, daß auch Herr StaatssekretÄr Dr.Klopfer demnÄchst ins Generalgouvernement kommen solle, um an Ort und Stelle insbesondere mit StaatssekretÄr Dr.BÜhler einen Meinungsaustausch zu pflegen. Reichsleiter Bormann genehmigte diese Reise, die etwa für den Monat März geplant ist, bereitwillig.

Im Anschluß hieran waren Reichsleiter Bormann und Generalgouverneur Dr.Frank noch einige Zeit unter vier Augen zusammen. Das Ergebnis der Besprechung zusammenfassend, dankte Generalgouverneur Dr.Frank

dem Reichsleiter Bormann für die freundliche und herzliche Art der Aussprache und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr für alle Zukunft, die ja in diesem Jahr so schwer über Deutschland lagere, die ehrliche Zusammenarbeit zwischen ihnen beiden und ihren Dienststellen festgestellt sei. Reichsleiter Bormann sagte, der Dank sei ganz auf seiner Seite, ihm käme es vor allem darauf an, daß die Parteiarbeit so intensiv wie möglich weitergeführt werde und er nähme an, daß das heute Besprochene sehr nützlich sein werde. Er wolle von sich aus allen erreichbaren Persönlichkeiten mitteilen, daß zwischen Generalgouverneur Dr.Frank und ihm volles Übereinkommen herrsche. Ferner wurde besprochen, daß Generalgouverneur Dr.Frank vor der gesamten Führerschaft der NSDAP einen aufklärenden Vortrag über das Generalgouvernement in Anwesenheit des Reichsleiters Bormann halten solle. Im Übrigen wiederholte Reichsleiter Bormann nochmals seine Zusicherung, daß er auch außerhalb der eigentlichen parteipolitischen Fragen dem Generalgouverneur nach Kräften behilflich sein wolle; die Schwierigkeiten des Generalgouverneurs seien ihm voll bekannt.

Im herzlichen Einvernehmen wurde die Aussprache um 11.30 Uhr geschlossen.

IV/9

Dienstag, den 18. Januar 1944

b i s

Dienstag, den 25. Januar 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 25. Januar 1944

8^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur hält im Pompejanischen Saal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vor Rundfunkschriftleitern einen Vortrag.

25.1.44

16[50] Vortrag des Herrn Generalgouverneurs, gehalten vor Vertretern der Inlandspresse im Pompejanischen Saal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

Hauptdienstleiter Sündermann, Stellvertreter des Reichspressechefs, begrüsst den Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten:

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich unserer Freude darüber Ausdruck gebe, dass Sie, Herr Generalgouverneur, seit langer Zeit wieder einmal in unserem Kreise weilen. Früher, als Sie Ihre Aufgaben im Reiche hatten, haben wir Sie häufiger gesehen. Seit dem Sie aber schon 4 1/2 Jahre in Krakau eine für das Reich ausserordentlich wichtige Aufgabe erfüllen, ist unser persönlicher Kontakt vielleicht etwas weniger direkt, wenn auch unser geistiger und politischer Kontakt nie abgerissen hat. Wir danken Ihnen herzlich, dass Sie zu uns gekommen sind, um uns ein informatives Bild über die Aufgaben und Zustände Ihres Generalgouvernements zu geben.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort und führt aus:

Meine Damen und Herren! Lieber Parteigenosse Sündermann! Ich darf Ihnen sehr für diese lieben Worte der Begrüssung danken. Ich freue mich auch aufrichtig, in diesem schönen Saale zu Ihnen einmal einige Worte über diesen neuralgischen Punkt der gegenwärtigen Weltpolitik, über Polen sprechen zu dürfen.

Es ist kein Zweifel, dass die Frage des Generalgouvernements unter den verschiedensten Gesichtspunkten betrachtet werden kann. Zu Beginn

25.1.44

meiner Ausführungen ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen persönlich, Parteigenosse Sündermann, der Sie so oft durch Ihre Anwesenheit im Generalgouvernement Verständnis für unsere Belange gezeigt haben, wie aber auch der deutschen Presse insgesamt meinen und aller Deutschen des Generalgouvernements Dank zum Ausdruck zu bringen für die vielfach so rege und interessierte Anteilnahme an dem Geschehen dieses Raumes. Ich kann ruhig sagen, dass dieses Aufbauwerk, das dort drüben nun im fünften Jahre unter schwierigsten Umständen vor sich geht, ohne diese dauernde aufgeschlossene und ausgezeichnet technisch geleitete wie durch-geführte Interessennahme der deutschen Presse nicht möglich gewesen wäre. Ich habe es immer wieder feststellen können, in welchem Maße Aufsätze über das Generalgouvernement, die in der Presse erschienen, das grösste Interesse in der Öffentlichkeit gefunden haben. Ich habe Briefe von Beamten erhalten, die sich auf Grund der Nachrichten in der deutschen Presse bereit erklärten, bei mir Dienst zu nehmen. Interessierte deutsche Gruppen haben sich bei mir gemeldet, Künstler usw.

Wenn es daher für mich in diesem Augenblick ein wirklich wichtiges Argument bedeutet, die Vertreter und Gestalter der deutschen öffentlichen Meinung um mich zu wissen, so ist es durch das Gefühl einer notwendigen Arbeitseinbezogenheit und Arbeitsgemeinschaft mit Ihnen, meine Damen und Herren, und der politischen führungs-und verwaltungsmässigen Arbeit bedingt, die wir an diesem kritischen Punkt Europas leisten.

Ich darf vielleicht ganz kurz die Geschichte dieses Raumes rekapitulieren. 1939 haben wir im Generalgouvernement den grösseren Teil der früheren Republik Polen in eine autonome Verwaltung übernommen, die unter dem Titel "Generalgouvernement" seither ein legislatives führungs-und verwaltungsmässiges Eigengebilde innerhalb des Grossdeutschen Machtbereiches darstellt.

25.1.44

Alle Zuständigkeiten, die im Reich den Reichsministern zukommen, sind in der Regierung des Generalgouvernements zusammengefasst. Ich selber, an die Spitze dieses ganzen Aufbaues von Partei und Staat gestellt, sehe in dieser Methode auch die einzige Form der Erfüllung von zeitnotwendigen und zeitgegebenen Aufgaben. Es ist völlig unmöglich, dass wir, gewöhnt, von einem Zentrum aus mit den irgendwie volkstümlichen einheitlichen Belangen eines festgefügten Mutterlandes zu arbeiten, die Belange neuer Bereiche autoritär damit decken, ohne dass autonome Abspaltungen innerhalb des gesamten Gebildes "Weltreich der Deutschen Nation!" entbehrt werden könnten. Daher ist es nicht ein Vorrecht, welches das Generalgouvernement geniesst, wenn es diese eigene legislative Führungs-und Verwaltungsposition bezieht, wenn wir drüben als Regierung unmittelbar und ausschliesslich dem Führer genau so unterstehen wie hier die Reichsregierung, sondern es ist eine Methode, deren es bedarf, damit die höchst potenzierte Leistung dieses Raumes sicher gestellt werden kann. Das Weltreich der Deutschen Nation muss anders verwaltet werden als der Einheitsstaat der Deutschen von früher.

Diese Schule haben wir nun drüben, wie ich sagen möchte, laboratoriumsmässig ausgebaut. Das Generalgouvernement ist daher von Anfang an das gewesen, was ich etwa einen abstrakten Staat nennen möchte: ein Staatsgebäude mit Regierung, Gouverneuren, Kreishauptmännern, Vögten, mit eigener Gesetzgebung, eigenen Gerichten, eigenem Rechnungshof, mit eigenen Finanzen und eigenem Zollwesen, mit eigenem Gebührenwesen, - ein Staat, abstrakt aufgebaut in einem völlig völkisch fremden Bereich. Vergessen Sie nie, meine Damen und Herren, dass bei günstigster Zählung das Verhältnis von Deutschtum und fremdvölkischer Bevölkerung im Generalgouvernement von 1% zu 99% steht, dass nämlich auf

25.1.44

16 Millionen der Bevölkerung des Gesamtgebietes knapp 250 000 Deutsche kommen.)

Daraus werden Sie nun aber entnehmen können, welche Bedeutung dem einzelnen Deutschen, seinem Verhalten, seiner - hier kann ich es ruhig sagen - nationalsozialistischen Klarheit und Haltung in der Durchsetzung der notwendigen Beaufsichtigung, Überwachung und schöpferischen Erweckung diesem fremden Volkstum gegenüber zukommt.

Die Beamtenschaft des Generalgouvernements beträgt, was die Zahl der Deutschen angeht, wenige Tausend. Es sind insgesamt vielleicht 4000 bis 5000; wenn ich die Ostbahn hinzunehme, sind es etwa 10000 bis 12000, mit der deutschen Polizei sind es alles in allem etwa 25_bis 30 000 deutsche Beamte. Ihnen stehen innerhalb des öffentlichen Betriebes mehr als 260 000 Beamte und Staatsangestellte nichtdeutscher Abkunft gegenüber, so dass z.B. in einem Bereich wie dem der Ostbahn - das ist das staatliche Institut, das die Eisenbahnen des Generalgouvernements, die Eigentum des Nebenlandes sind, betreut, - auf 152 000 fremdvölkische Beamte und Angestellte nur 8300 deutsche Beamte und Angestellte kommen.

Diese allgemein abstrakte Situation, numerisch so dargestellt, wird zunächst einmal zeigen, welche Energie notwendig ist, damit dieses Führungsgebilde überhaupt durchgesetzt werden kann. Dazu kommt, dass nun diese Millionenbevölkerung des Generalgouvernements wieder in etwa 10 Millionen Polen, annähernd 4,6 bis 4,7 Millionen Ukrainer und in den Rest anderer Volksstämme wie der Goralen, Lemken usw. aufgeteilt ist. Juden haben wir im Generalgouvernement zur Zeit vielleicht noch 100 000.)(Daher ist es wichtig und auch m.E. für die deutsche Presse immer beachtlich, dass es völlig abwegig wäre, von vornherein zu sagen: das Generalgouvernement ist ein deutsches Land.)

25.1.44

(Es ist kein deutsches Land, sondern ein deutschgeführtes fremdvölkisches Land.) Wir müssen gerecht sein und sagen, dass hierin die gleiche Aufgabe liegt, wie sie vor vielen Jahrhunderten unsere Vorfahren an der Elbgrenze vorgefunden haben. Sie waren auch nur wenige Deutsche und haben, um den grosslawischen Raum des Ostens zu durchdringen, mit derselben Tatkraft und Energie sich allmählich durchgesetzt. Wir können uns in Warschau, Radom, Krakau, Lublin wie in Lemberg und anderen Teilen des Landes auf Dokumente Jahrhunderte alter hervorragendster deutscher Vorarbeit stützen, die einzigartig sind und an denen Interesse zu nehmen eigentlich Pflicht jedes Deutschen wäre. Dass durch das Mittelalter hindurch grösste deutsche Künstler wie Albrecht Dürer, Veit Stoss u.a. in allen Teilen des Landes gewirkt haben, dass unter dem Regime August's des Starken eine deutsche Baukunst in diesem Raum entfaltet wurde, dass vom Mittelalter ausstrahlend das deutsche Rechtsbewusstsein und deutsche Rechtssysteme drüben lebendig wurden, dass die polnischen Könige des Mittelalters deutsche Städte nach deutschem Recht für deutsche Einwohner gegründet haben, in denen in deutscher Sprache Recht gesprochen wurde, dass in Krakau noch bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts die Bürgerbücher in deutscher Sprache gefasst waren, all das sind nur kleine Andeutungen für die Fülle von historisch fragmentarischen Ergebnissen unserer Forschung, die eindeutig beweisen, dass dieses Land der deutschen Aufgabe von Anfang an aktivst aufgeschlossen werden sollte. Wäre etwa um die Mitte des 15. Jahrhunderts das Deutsche Reich ein machtvolles Gebilde gewesen, dann wären diese einzelnen bedeutenden Pioniere unserer deutschen Arbeit in diesem Raum nicht verloren gegangen, dann wären ihre Arbeit nicht in diesem polnischen Volksozean versunken, sondern, von dem mächtigen deutschen Reich emporgehoben, treuester Stützbalken einer Reichsbrücke

brücke nach dem Osten gewesen.

Wir müssen heute auf diesem stolzen Fundament aufbauen und sagen: wenn denn schon die Bevölkerung dieses Raumes offensichtlich, und zwar evident nach den Ergebnissen aller polnischen Staatsgründungsversuche, viele Jahrhunderte hindurch nicht im Stande gewesen ist, ein wirklich fruchtbares staatliches Dauergebilde polnischer Eigenprägung zu errichten, dann sind wir Deutschen allein berufen, diesen Raum zu beherrschen. Mit dieser historischen Legitimation also sind wir in diesen Raum gedrungen, und diese Legitimation wird von dem grandiosen Bewusstsein gestützt, dass es ja deutsche Soldaten gewesen sind, die unter Einsatz ihres Lebens diesen Raum dem Deutschen Reich 1939 erobert haben.

Ganz zweifellos wirft sich nun ein greller Blick zur polnischen Volksbewusstheit. Heute ist ja die Frage die: wie stellt sich im 5. Jahre des Bestehens des Generalgouvernements nun das polnische Volkstum zu ihm ? - Darum allein geht es ja nach allem, was wir in diesen Jahren aufgebaut haben: Wird dieses Gebilde Generalgouvernement von der Millionenmasse der Polen bejaht, unterstützt, gefördert, oder findet es schärfste Gegnerschaft? Wie steht es damit?

Wenn ich ganz offen sein will, dann muss ich sagen:Sie werden bei sich selber vielleicht manchmal das Empfinden haben: Na,na, was ich da so vom Generalgouvernement höre, das ist eigentlich nichts anderes als Bandenüberfälle, Partisanenkämpfe, Meuchelmord, Unsicherheit, Raubüberfälle auf Eisenbahnzüge usw.; da kann der Generalgouverneur sagen, was er will, - ich bin fest überzeugt, dass die Geschichte mit den Polen doch nicht so stimmt. Es könnte ja sein, dass der eine oder andere diese Überzeugung hat. Er könnte sie vielleicht auch mit Einzelerfahrungen begründen: da kommt einer aus Warschau und erzählt,in Warschau

25.1.44

gehe es furchtbar zu, man könne kaum ausgehen, jeden Tag werde dort geschossen, - oder es kommt einer aus Lublin, dessen Zug unterwegs beschossen wurde, - und derartiges mehr.

Nun ist es ja klar, dass dieses Wunder einer Staatsgründung mitten im Kriege gegenüber einer so antideutsch ausgerichteten Bevölkerung wie der polnischen nur gegen einen Widerstand vor sich gehen konnte. Dieser Widerstand war und musste in der ersten Zeit sehr stark sein, da doch die Bevölkerung im Deutschen den Feind der eigenen Freiheit, den Eindringling, den Zerstörer des völkischen Eigenstaates, jener vielgerühmten polnischen Republik von 1918 erblickte. Heute kann ich Ihnen aber ruhig ein Wort mitteilen, das der oberste Betreuer der Sicherheitsbelange des Grossdeutschen Machtbereichs Reichsminister Heinrich Himmler kürzlich in Breslau vor den Regierungspräsidenten ausgesprochen hat. Er sagte, dass das Generalgouvernement als das weitaus befriedetste Gebiet aller Bereiche, die Deutschland seit 1939 besetzt hat, anzusehen ist. Dieses Wort bedeutet für uns eine absolut evidente Wahrheit. Wir können heute angesichts der allgemeinen Einstellung des polnischen Volkes gegenüber der Regierung des Generalgouvernements und der deutschen Führung feststellen, dass Millionen und Abermillionen dieses Volkes erkannt haben, dass diese Führung in ihrem Gerechtigkeitsstreben, in ihrer - man kann es ruhig sagen - menschlichen Aufgeschlossenheit, in ihrer - man möchte fast sagen - natürlichen von Sympathie getragenen Verbundenheit mit den allgemeinen Volksinteressen eine grosse Aktivität besitzt. Die Polen haben heute im Generalgouvernement den Eindruck: um gotteswillen, alles möge geschehen, aber niemals soll der Bolschewismus über Polen kommen. Das Generalgouvernement ist für die Polen tatsächlich eine Heimstätte des Friedens und der Arbeit geworden. Ich beweise es Ihnen:

25.1.44

auf Grund der Situation des polnischen Bauern und Arbeiters: der polnische Bauer und der polnische Arbeiter haben bisher in allen bisherigen sozialen und staatlichen Systemen Polens eine geradezu beklagenswerte Existenz gefunden. Der Begriff der sogenannten polnischen Wirtschaft war ja geradezu weltsprüchwörtlich geworden. Was hing mit diesem Begriff nicht alles zusammen! Ich schweige von dem Zustand der Strassen, der Kanalisation in den Städten, der Pflasterung, der Wasserleitung, von alledem, was man sich in dieser Hinsicht bei einem modernen Staat billigerweise vorstellen kann. Aber der Zustand der Städte, der Strassen, der Transportmittel, der hygienischen Anlagen, die wir 1939 übernommen haben, spottet nach europäischen Begriffen jeder Beschreibung. Es war ein Skandal, dass sich diese sogenannte Polenrepuplik 20 Jahre lang als ein Kulturmitglied der völkischen Gemeinschaft Europa gerierte und gleichwohl Zustände in dem eigenen Land hatte, die überhaupt nicht vorstellbar sind. Eine Stadt wie Warschau mit 1,5 Mill. Einwohnern hatte nur 1/4 20% eine Kanalisation; eine Stadt wie Krakau mit 320 000 Einwohnern hatte nur 10% gepflasterte Strassen und Bürgersteige. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem allgemeinen Ergebnis dessen, was wir übernommen haben.

Der Zustand der Bauern und Arbeiter aber war an sich grauenhaft. Durch die Jahrhunderte hindurch war das Land in Grossbesitze aufgeteilt, die Bauern waren/wie im Mittelalter Hörige des Grundbesitzers, sie waren schollegebunden, erbuntertänig und entrechtet. Das war das ständige Merkmal der bäuerlichen Bevölkerung. Wir haben diesen Bauern und Arbeitern erst die Sicherheit der Entlohnung, die Garantie ihrer sozialen Position, die Sicherstellung ihrer familiären Beziehungen und ihrer individuellen Entwicklung gebracht. Ich kann es vor ganz Europa beweisen, dass das deutsche Volk auf dem Wege über das Generalgou-

25.1.44

vernement diesen polnischen Millionenmassen der Bauern und Arbeiter die soziale Befreiung gebracht hat. Was andere Völker aus eigenem Impuls geschaffen haben, haben wir den Polen gebracht.

Heute bekommt der polnische Bauer, der sehr brav, sehr arbeitswillig, sehr bescheiden und ungeheuer fleissig ist, wenn er seine Ernte abliefert, das, was er zum Leben braucht und, was er sich selber nicht beschaffen kann. Ich habe das System der Prämienscheine eingeführt, für das sich vielleicht der eine oder andere interessiert hat. Es ist ein eigenartiges Verfahren: wir geben dem Bauern, wenn er seine Ernte bei den Ablieferungsstellen abliefert, nicht nur Geld dafür, sondern er erhält auch eine Anweisung auf in staatlichen Lägern zu kaufende Gegenstände, die nach dem Wert dessen, was er abliefert, verschiedene Kategorien haben. Er kann sich Leder kaufen, Kleidung, Tabak, Eisenwaren, Alkohol kann er beziehen und anderes, wofür sein Herz Lust hat und was er für seine Wirtschaft weiterhin braucht. Wir haben diesen staatlichen Lägern alles zugeführt, was wir sonst ohnedies der Bevölkerung gegeben hätten. Wir verbinden den Vorteil, dass die Ernte abgeliefert wird, mit dem anderen Vorteil, dass die Bevölkerung befriedet ist.

So kann denn die bäuerliche Bevölkerung des Generalgouvernements von sich sagen, dass es ihr sozial und wirtschaftlich noch niemals so gut gegangen ist, wie heute. Die Grossgrundbesitzer des alten Polens, die Potocki, Lubomierski und, wie sie alle heissen mögen, hatten kein Verständnis für die kleinen Leute ihres Landes. Sie gaben ihnen weder Lohn noch eine sonstige Lebenssicherheit, wie überhaupt der totale sozial unüberbrückbare Abstand der sogenannten gehobenen Schichten des Volkes von den anderen Schichten bezeichnend war. Es waren unerhörte Zustände. Auf manchen Gütern, in die wir kamen, stellte man fest, dass die Familien des Adligen schon seit Jahren im Ausland, zumeist in Paris und London lebten, wo sie ein Prasserleben führten, was die Folge hatte, dass einmal die Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nicht erfüllt wurden und zum anderen

25.1.44

in jedem Jahr so viel vom Grund und Boden verkauft wurde, wie man brauchte, um wiederum ein Jahr in Paris weiterleben zu können. Dazu gehörten vor allem Leute, die als Botschafter im Auslande oder sonstwie eine grosse politische Rolle zu spielen unternahmen.

Für den Arbeiter gilt in Polen das gleiche. Im Generalgouvernement haben die Arbeiter erst durch die Regierung des Generalgouvernements eine echte Fürsorge erfahren. Es war früher völlig unmöglich, sich vorzustellen, dass sich etwa ein Betriebsleiter um die Wohlfahrt seiner Arbeiter kümmerte. Früher waren es hauptsächlich Juden, die diese kleinen Betriebe inne hatten und die in der Ausbeutung dieses harmlosen, gutmütigen Volkes wahrhaft Sadistisches leisteten. Wir haben jetzt die Arbeiterversicherung eingeführt, Arbeiterschutzmassnahmen auf allen Gebieten getroffen. Wir haben dafür gesorgt, dass ihnen ein wertbeständiger Lohn in der Form gezahlt wird, dass Lebensmittel, Kleidung, Schuhe geliefert werden, dass ihnen Erholungsurlaub gewährt wird, - alles Dinge, die für uns in Europa selbstverständlich waren, aber für die Millionenmasse des arbeitenden polnischen Volkes eine vollkommene Neuerung darstellten.

Dass diese Fürsorge sich nun auch stimmungsmässig auswirken musste, ist klar und selbstverständlich. Ich weiss, viele von Ihnen, meine Damen und Herren, waren schon im Generalgouvernement. Wir freuen uns hier über jeden Besuch, den uns die Vertreter der deutschen Presse abstatten. Jeder von Ihnen, der diese Reise gemacht hat, hat Gelegenheit gehabt, das an Ort und Stelle festzustellen.

Wir standen nun unter dem kolossalen Druck, dass wir unsere Politik nicht nach den Gesichtspunkten der Menschlichkeit und sozialen Fürsorge einzurichten hatten, sondern nach dem viel härteren Grundsatz der Kriegsnotwendigkeiten. Denn schliesslich war ja nicht so sehr entscheidend die Frage, wie wir die Polen behandeln, sondern entscheidend war, dass die Polen für Deutschland arbeiteten.

25.1.44

Es kam nicht darauf an, die Polen zu verfolgen, sondern sie an die Maschinen zu bringen, die polnischen Bauern zur Ernteablieferung zu veranlassen.

Dieses - ich möchte sagen - Stimmungsprogramm haben wir als unser Leitmotiv aufgestellt. Lassen Sie sich in Ihrem Urteil nicht dadurch beeinflussen, was Ihnen im Laufe dieser Jahre an Greuelmeldungen sondergleichen von der Ermordung und Niedermetzelung von Tausenden von Polen berichtet wurde. Neben dieser Millionenmasse von polnischen Arbeitern und Bauern, Beamten und Angestellten sind es vor allem die polnischen Polizisten, die ganz ausgezeichnet arbeiten. Es wird Sie vielleicht überraschen, aber es ist Tatsache, dass niemand so zuverlässig bei der Entdeckung polnischer Aspirationen gegen das Generalgouvernement ist wie der polnische Kriminalpolizist, dass niemand so grausam und hart gegen die eigenen Volksgenossen vorgeht, wie der polnische Polizist, den ich selber durch Regulative anhalten musste, seine polnischen Mitbürger anständig zu behandeln. Ich habe einmal einem polnischen Polizeioberst gesagt: Sie dienen indirekt dem deutschen Reich, und da ist es nicht üblich, dass man den Gummiknüppel zur Tötung von Menschen benützt, weil sich einer einmal im Strassenverkehr eine Übertretung hat zuschulden kommen lassen. Aber diese Handlungsweise ist ein Zeichen dafür, in welcher Weise dort der Staat früher den einzelnen Bürger als ein völlig ihm ausgeliefertes schutzloses Objekt zu behandeln pflegte.

Dass innerhalb dieser Millionenmasse von treu arbeitenden polnischen Bauern und Arbeitern eine kleine Gruppe von Widerständlern vorhanden ist, ist selbstverständlich. Wenn mir einer sagt: ja, Sie haben aber die Widerstandsbewegung, - da kann ich ihm nur erwidern: wundert Sie das ? Ich kann nur sagen: es ist wirklich ein Wunder, dass wir angesichts dieser geringen Zahl von Polizeikräften und angesichts der Notwendigkeit von Pflicht-und Arbeitserfüllung wie Arbeitsleistung,die

25.1.44

wir der Fremdbevölkerung im Dienste unseres Reiches und unseres Sieges auferlegen, dass wir so wenig Widerstand finden, und zwar trotz einer unausgesetzten feindlichen Propaganda. Dass da, wo sich diese Widerstandsbewegung vor allem in Gestalt des Meuchelmordes an dem oder jenem Deutschen bemerkbar gemacht hat, von uns kriegsmässig durchgegriffen werden musste, ist klar. Es wäre falsch, wenn man östliche Völker nur mit der Form des Liedes behandeln würde. Selbstverständlich muss das Kriegsgesetz mit seinen Härten gerade dort gelten, wo ein gefährlicher Widerstand sich zeigt. Bedenken Sie, dass ein solcher Widerstand unmittelbar im Rücken der Ostfront zu ungeheuersten Kriegsfolgen negativer Art führen würde. Dass das alles aber nicht das kriegsmässig Normale übersteigt, möchte ich ausdrücklich feststellen. Es ist eine Infamie sondergleichen, dass solche Greuelmärchen über das Generalgouvernement im Ausland immer wieder verbreitet werden. Das Volk selbst hat gar kein Verständnis für diese Greuelmeldungen, ganz abgesehen davon, dass es wie alle Slawen froh ist, wenn es seinen Frieden hat und gemütlich leben kann.

(Der Pole ist sehr romantisch veranlagt. Dass ich das Chopinmuseum eröffnet und damit dem polnischen Volkstum gegenüber eine ganz grosse kulturelle Geste gezeigt habe, galt den Polen mehr, als wenn ich, weiss Gott, irgendeine materielle Leistung vollbracht hätte/ Ich habe also das Chopin_Museum eröffnet, ich habe auch die Polen einladen lassen, um ihnen zu zeigen, was mit Hilfe des Generalgouvernements von Erinnerungen an Chopin in Frankreich, Italien, Spanien herbeigeschafft werden konnte. Das habe ich zusammen getragen und habe nun das grosse Chopin-Museum in Krakau eröffnet, -(ein Unternehmen, das mich nur Geld kostete, aber dem heroischen und etwas romantischen Stil des polnischen Volkes durchaus entsprach) und ungeheuer kulturgewinnend - propagandistisch wirkte.)

25.1.44

Wenn ich die 120 besten Musiker, die Polen hatte, Professoren der damaligen Akademie, in der Philharmonie des Generalgouvernements vereinigt habe, und wenn die nun unter einem deutschen Dirigenten die Werke unserer deutschen Meister zu Gehör bringen, so wirkt das mehr, als wenn ich irgendwelche materiellen Angebote gemacht hätte.

Überhaupt hat der Pole für diese Dinge ein sehr grosses Verständnis. Wenn man ihm das wenige, was er für sich kulturell beanspruchen zu können glaubt, belässt, ist er absolut zufrieden und willig. Ich kann sagen, dass mein persönliches Verhältnis zu den Polen im allgemeinen ausgezeichnet ist. Wir haben uns sehr gut verstehen gelernt. Diese Art gefällt mir auch; denn ich liebe die Gewalt nicht: die Gewalt ist ein ABC der Politik, und erst jenseits der Gewalt beginnt die Staatskunst. Das ist es, was wir auch im Generalgouvernement geübt haben. Ich kann wohl eine Zeit lang versuchen, mit Gewalt irgendeinen Zustand aufrecht zu erhalten. Aber auf die Dauer eines Krieges kommt es nicht auf das Beuteprinzip und nicht auf das Unterdrücken an, sondern auf das Erwecken von Energien. Wir ständen in diesem Lande still, wenn das Volk nicht mitmachen, wenn der Bauer und die Arbeiter streiken, wenn die Eisenbahner Sabotage üben würden. Wenn ein Zug im Generalgouvernement stecken bliebe, würde man es an der Ostfront sofort spüren. Das ist daher für mich entscheidend. Widerstandsbewegung hin oder her - sie war uns in keinem Fall hinder-lich, die Führung wie die Verwaltung dieses Landes und auch den völlig ungestörten Gang unserer Industrien irgendwie fortzusetzen.

Die Züge laufen, die Fabriken arbeiten, die Nahrung wird aufgebracht usw. Dafür will ich einige Zahlen geben: Wir haben im Jahre 1942/43 dem Deutschen Reich aus dem Ergebnis unserer Ernährungspolitik allein an Brotgetreide 760 000 to geliefert, und zwar aus einem Gebiet, das im Jahre 1939 noch ernährungsmässig ein Unterschussgebiet war.

Nehmen Sie also nur diese Zahl allein, und bedenken Sie dabei, dass diese Menge aus mehr Einzelwirtschaften herausgewirtschaftet werden muss, als das grosse Deutsche Reich Einzelwirtschaften hat. Die Einzelwirtschaften des Generalgouvernements sind ganz kleine Zwergbetriebe, die von einer bäuerlichen Familie bewirtschaftet werden und deren Grösse nur einige Morgen beträgt, die aber auch ihre Produkte abliefern. Wenn nun unsere Verwaltung sich die Ernte mühselig aus diesen Einzelbetrieben herausholen muss, so kann ich das nur als ein Zeichen höchster Leistung ansehen. Und wenn unsere Rüstungsindustrie im letzten Jahre Güter im Werte von über einer Milliarde Reichsmark oder zwei Milliarden Zloty für das Deutsche Reich produziert hat, so ist das m.E. auch eine Leistung, die anerkannt zu werden verdient; denn wir haben ja im ersten Jahre kaum für Zwanzig Millionen Reichsmark liefern können, da wir damals noch die gänzlich zerstörten Fabriken übernommen hatten. Und wenn heute der Einlagenbestand der Sparkassen und Banken polnischer Sparer im Generalgouvernement auf eine Milliarde 600.000 000,-- Zloty gestiegen ist, - eine Zahl, die über derjenigen der Einlagen der gesamten polnischen Republik von 1939 liegt, - so ist das auch ein Beweis für das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zu unseren Führungsmassnahmen.

So könnte ich Ihnen noch eine Fülle von Beispielen anführen. Für mich ist die Politik klar vorgeschrieben: ich werde dem polnischen Volkstum gegenüber diese absolut loyale aufgeschlossene Haltung beibehalten. Dabei helfen mir viele Faktoren. Ich habe 1.300.000 polnische Arbeiter ins Reich abgegeben, eine Zahl, die sich sehen lassen kann. Ob ihre Qualität als Arbeiter 100%-ig ist oder nicht, kann ich nicht so beurteilen. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Polen gut arbeiten, wenn sie gut geführt werden. Sie müssen eben angeleitet und ausgerichtet werden, man kann sie sich selber nicht so überlassen; aber sie leisten, was man billigerweise von ihnen verlangen kann. Wir haben auf allen diesen Gebieten gespürt, dass die Polen mit uns gehen.

25.1.44

Unterstützt wird diese Politik durch Massnahmen, die ich ergriffen habe. Ich habe z.B. die katholischen Kirche nicht angerührt. Ich habe damals den Pfaffen gesagt: Wenn Ihr brav seid, bin ich es auch, wenn Ihr loyal seid, bin ich es auch; wenn Ihr von Eu rer Kanzel die Autorität des Generalgouvernements vertretet, wenn Ihr dafür werbt, dass die Bauern auf dem Felde arbeiten, dass die Arbeiter in die Fabriken und nach Deutschland gehen, dann könnt Ihr Euern Gottesdienst weiterhalten. Das hat sich grossartig bewährt. Die katholische polnische Organisation hat sich dieser Loyalität gefügt, und ich habe meine guten Erfahrungen damit gemacht. Ich habe keine einzige Kirche im Generalgouvernement geschlossen. Das Leben geht seinen Gang, soweit das kriegsmässig möglich ist.

Auch hat es seine Früchte getragen, dass ich den Polen ihre Volksschulen und Fachschulen gelassen habe, dass 22 000 polnische Lehrer dem polnischen Volk Unterricht geben, dass in hochschulartigen Kursen auch polnische Akademiker herangebildet werden und in Lemberg Fachkurse eingerichtet worden sind. Dies alles ist ein Zeichen dafür, dass die Polen aufgeschlossen mitarbeiten.

(Wenn Sie nun sagen: aber wir hören immer von Ausrottung der Intelligenz der Polen, die so notwendig wäre, - so kann ich darauf nur entgegnen; wer von Ausrottung der Intelligenz spricht, der weiss garnicht, dass die Intelligenz gottlob von akademischen Abschlussexamen unabhängig ist.) Es kommt auch nur darauf an, festzustellen, dass es nicht Polenfreundschaft ist, wenn ich polnische Ärzte und polnische Verwaltungsbeamte heranzüchte; denn ich kann sie ja nicht durch Deutsche ersetzen. Es sei hier im Vertrauen gesagt, dass ich im Generalgouvernement ganze 130 deutsche Ärzte habe. Wenn ich Seuchen wie Fleckfieber, Bauchtyphus oder Cholera, die heute viele Menschen ergreifen, bekämpfen will, dann kann ich nicht anders arbeiten, als dass ich auch polnische Ärzte hinzuziehe. Daher bedeutet diese Art der Heranbildung polnischer Ärzte, Techniker, Ingenieure

usw.

eine Notwendigkeit für die deutsche Führung dieses Raumes.

Wir müssen uns diese Einsichten allmählich angewöhnen. Wir müssen lernen, dass man fremde Volkstümer nach Gesetzlichkeiten beherrscht, die uns jetzt neu aufgegeben sind und für die man nicht am grünen Tisch von vornherein Grundsätze aufstellen kann, sondern die wir mühselig, ich möchte fast sagen, kolonialpolitisch an Ort und Stelle erarbeiten müssen.

Zu diesem Kapitel ist noch zu sagen, dass selbstverständlich die ganze polnische Lebenshaltung und Führung heute besser ist, als sie in der polnischen Republik war. Ich betone das ausdrücklich und beweise das auch. Wenn ich von Schmerzen reden will, dann muss ich Ihnen eines sagen: Als ich heute durch Berlin fuhr und zum ersten Mal nach einem halben Jahr unsere Reichshauptstadt wieder sah, ergriff mich ein Wehmutsgefühl: ich denke an das Leben von Hunderttausenden Deutscher und vergleiche es mit dem Leben, das heute Millionen Polen führen. Wenn uns in der Welt wegen Kriegsverbrechen Vorwürfe gemacht werden sollten, dann können wir diese Anklagen strahlend und siegreich gegen die wirklichen Verbrecher dieses Krieges zurück schmettern; denn die Sprache unseres Aufbaues gerade im Osten ist eines der stärksten Verteidigungsmomente, wenn es deren überhaupt bedürfte. Etwas derartiges haben wir den Polen nicht zugefügt; wir Deutschen sind menschlicher. Gerade von dieser Reise nach Berlin nehme ich den Eindruck mit, dass jedes Opfer, das ich diesem fremden Volk auferlegen kann, und das erträglich ist, im Zusammenhang mit unserem dauernden Kriegsziel von mir auch diesem Volke auferlegt wird und wurde.

Es ist nicht so, dass das Generalgouvernement ein Paradies des Friedens ist. Wir haben selbstverständlich aus dem Osten Partisanenbanden bekommen. Die sind bei uns durchgezogen: es waren zwei grosse Banden, geführt von Sowjetoffizieren, die aus der Ukraine zu uns herein brachen und uns in Galizien und im Distrikt Lublin schwer

25.1.44

zu schaffen machten.

(Wir haben auch Fehler gemacht, so den Fehler, dass wir glaubten, wir könnten jetzt mit Gewalt Deutsche in diesen Raum einsiedeln.) Das ist nicht möglich; denn dazu bedarf es einer gewissen Entwicklung. Ich kann nicht Deutsche einsiedeln und von ihnen sofort einen Ernteertrag verlangen. Ich brauche aber jetzt die Ernte, denn das deutsche Volk will Brot haben, die deutsche Wehrmacht Kartoffeln und Fett. Das kann ich nicht, wenn ich soundsoviele in ein Siedlungsverhältnis bringe.

Sie sehen also, dass alle diese Gesichtspunkte die eines Praktikers sind, die eines Verwaltungsmannes, wenn Sie so wollen, eines Technikers der Führung, die mit den grossen politischen Belangen an sich nichts zu tun hat. Wenn die Herren in London und Moskau sich um Polen streiten, so kann ich nur sagen: mögen sie sich um des Kaisers Bart streiten - den Bart besitzen wir, Polen haben wir im Besitz. Und es dem deutschen Volke nahe zu bringen, dass im Generalgouvernement eine Millionenbevölkerung sichunter deutscher Führung dem europäischen Aufbau in ruhiger, stetèr, befriedeter klarer Arbeit verschrieben hält, das wäre m.E. das Ergebnis dieser Stunde.

Meine Damen und Herren!
Ich habe Ihre Zeit sehr lange in Anspruch genommen. Es wäre über manches noch sehr viel zu sagen. Ich möchte Ihnen augenblicklich nicht von meinen Sorgen sprechen. Dass ich Sorgen habe, werden Sie verstehen. Ich möchte aber gleich feststellen, dass die deutsche Front m.E. und meinem Eindruck nach niemals in das Generalgouvernement zurückverlegt werden wird. Das Generalgouvernement ist frei von feindlichen Soldaten und wird es bleiben. Damit ist für uns auch psychologisch der Ansatzpunkt

gegeben.

25.1.44

Wir haben Sorgen. Sorgen macht uns z.B. unsere Währung, aber reden Sie nicht darüber, denn mein Bankpräsident würde mich totschlagen, wenn er es erführe. Wir haben eine Währung, die praktisch nur durch Ordnung und Autorität gehalten werden kann.

Sorgen machen uns unsere Wohnungsprobleme und weiter die aus dem Osten herein dringenden Seuchen. die mit den Rückzügen, Rücktransporten von Instituten, Fabriken, Lägern usw. zusammen hängen. Aber diese Sorgen sind ja an dem, was uns sonst auferlegt ist, gemessen nicht beachtlich. Eins weiss ich jedenfalls: wenn heute der polnische Exil-Ministerpräsident Mikolaitschik über Polen mit irgendjemand verhandelt, so verhandelt er im luftleeren Raum. Die Position in Polen hat das deutsche Reich unter Adolf Hitler bezogen und wird sie nie mehr aufgeben. Für Deutschland ist das polnische Problem in alle Zukunft hinein siegreich gelöst.

(Lebhafter Beifall)

Auf eine Frage eines Pressevertreters erwidert der Herr Generalgouverneur: die Feindpropaganda ist diejenige, die wir aus den deutschen Zeitungen kennen. Es ist die Propaganda der Exilregierung über das, was Mikolaitschik mit Moskau vereinbart haben soll. Feindpropaganda ist auch schliesslich das, was die Rundfunksender bringen. Es ist die Propaganda, die dauernd davon spricht, dass Deutschland den Krieg verlieren werde und dass es für Polen besser sei, auf deutschem Gebiet zu kämpfen, als dauernd ein Sklave Deutschlands zu bleiben. Diese Art der Propaganda versagt völlig; denn die Polen sind absolut der Überzeugung, dass ein Emigrant nichts ausrichten kann. Die Reden der Emigrantenregierung haben auch in früherer Zeit keinen Eindruck auf das Volk gemacht. In Polen ist niemand schwächer als ein emigrierter Minister. Diese Feindpropaganda tut uns gar nichts. Wohl aber hat ein Ereignis wie

25.1.44

das von Katyn uns ausserordentlich gefördert und der Gegenseite einen enormen Rückschlag gebracht. Also die Feindpropaganda wirkt sich in ihrer Bedeutung nicht so aus, dass sie spürbar wäre. Wir haben in den letzten Jahren weder einen Streik noch irgendwie eine nennenswerte Sabotage gehabt.Das muss wohl genügen. Ich kenne es überhaupt nicht, dass irgendein Betrieb durch solche Sabotageakte stillgelegt worden ist oder ein Zug nicht fährt.

Namens der Pressevertreter spricht Hauptdienstleiter Sündermann dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank aus.

Mittwoch, den 26.1.1944

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Hauptbahnhof zu Krakau.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Koppe.

Eingangs berichtet der Herr Generalgouverneur von Besprechungen, die er anlässlich seines Aufenthaltes im Reich mit einigen führenden Persönlichkeiten des Reiches gepflogen hat. Bei allen diesen Besprechungen habe er für den Kurs des Generalgouvernements absolutes Verständnis gefunden; er führe diese Bereinigung der Atmosphäre in der Hauptsache auf die gute Zusammenarbeit des Generalgouvernements mit Reichsführer SS Himmler zurück. Die jahrelange Verleumdungskampagne gegen das Generalgouvernement sei endgültig zusammengebrochen,und alle Reichsstellen blickten mit Achtung auf die Leistungen des Generalgouvernements. Die Regierung des Generalgouvernements müsse sich aber auch klar sein, dass das Generalgouvernement in der heutigen Kriegssituation mehr denn je auf sich selbst gestellt sei.

Staatssekretär Dr. Bühler unterrichtet den Herrn Generalgouverneur von seinen Eindrücken bei seiner Reise nach Lemberg und in die Kreishauptmannschaften Tarnopol und Szloczow. Sein Vertrauen in die Verwaltung sei dadurch sehr gestärkt worden; während jenseits der Grenze des Generalgouvernements das ganze Land sich selbst überlassen sei, habe

26.1.44

die Verwaltung des Generalgouvernements das Heft fest in der Hand. Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Stellen der Wehrmacht entwickele sich zur vollen Zufriedenheit. Der Flüchtlingsstrom sei seit dem 19. Januar 1944 wieder abgeebbt. Schätzungsweise seien 50 000 Fremdvölkische aus dem Osten ins Generalgouvernement eingesickert.

Staatssekretär Koppe weist auf ein Fernschreiben des Reichsführers SS Himmler an den Bevöllmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Sauckel hin, in dem die Auffassung vertreten worden sei, dass die Arbeitseinsatzbehörden des Generalgouvernements nicht in der Lage seien, den Flüchtlingsstrom aufzufangen und die Arbeitsfähigen für den Arbeitseinsatz im Reich zu erfassen. Präsident Struve habe aber sein möglichstes getan, auch bisher etwa 3000 für den Arbeitseinsatz geeignete Personen erfasst. Viele Flüchtlinge hätten aber ihren Weg ins Generalgouvernement über die grüne Grenze genommen und sich dadurch bisher der Erfassung entzogen. Er, Koppe, lasse nun die Gendarmerieposten an der Grenze verstärken. Die Kreishauptleute müssten die in ihren Kreisen sich aufhaltenden arbeitsfähigen Flüchtlinge aus dem Osten zu erfassen suchen. -
Die Volksdeutsche Mittelstelle habe den Volksdeutschen unter diesen Flüchtlingen versprochen, dass sie ihr Vieh, das sie mit sich führten, ins Reich mitnehmen dürften. Diese Anordnung habe er angesichts der damit verbundenen ungeheuren Gefahr einer Verbreitung von Seuchen aufheben müssen. Das Vieh werde in drei Quarantänekreise gebracht, abgeschlachtet und zur Versorgung der Truppe verwendet.

26.1.44

Staatssekretär Dr.Bühler erklärt, dass die Regierung des Generalgouvernements gebeten worden sei, Dienststellen des Reichskommissariats Ukraine ihre Tätigkeit vom Generalgouvernement aus ausüben zu lassen. Er habe dazu seine Einwilligung gegeben, so weit solche Dienststellen zur Abwicklung von Geschäften notwendig seien.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dann, dass Staatssekretär Ganzenmüller anlässlich seines Besuches bei ihm in Berlin erklärt habe, dass er an eine Aufhebung der Ostbahndirektion Lemberg nicht denke, ebenso wie er auch an der jetzigen Struktur der Ostbahn keine Änderung plane; er wünsche vielmehr eine möglichst baldige Klärung der noch ausstehenden restlichen Fragen. Nach Warschau müsse er einen Abwicklungsstab für den Osten legen.

Obergruppenführer Koppe kommt anschliessend auf die Worte des Herrn Generalgouverneurs, dass sich das Generalgouvernement selber helfen müsse, zurück und erklärt, dass er bestrebt sei, die Polizeikräfte des Landes mit allen Mitteln zu verstärken. So beabsichtige er, den Sonderdienst beschleunigt zu vergrössern und in verstärktem Maße als Polizeitruppe einzusetzen. Man müsse auch einmal daran denken, die Alarmeinheiten für dringende Erfordernisse wie z.B. für die sehr im Argen liegende Holzabfuhr aufzurufen. Weiter sei er mit der Prüfung der Frage beschäftigt, wie man mehr Kräfte aus dem Objektschutz freimachen könne. Ausserdem müsse überlegt werden, inwieweit man junge Ukrainer zum truppenmässigen Polizeidienst heranziehen könne. Er beabsichtige auch, eine Kompanie aus Deutschstämmigen zu rekrutieren, sie auszubilden und dann evtl. als V-Männer unter die Banditen in die Wälder zu schicken. -

26.1.44

Den SS-und Polizeiführern habe er den Befehl gegeben, für ihren Bereich die Alarmpläne bestens auszuarbeiten und auszuprobieren; die Arbeiten dazu seien abgeschlossen.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man vor ungewöhnlich ernsten Ereignissen stehe und dass die nächsten Monate die schwersten des deutschen Schicksalskampfes würden. Im Ernstfalle müssten die deutschen Männer des Generalgouvernements die Waffen in die Hand nehmen; die Männer der Regierung müssten zeigen, dass sie hier als deutsche Männer nicht nur gelebt hätten, sondern im Notfall auch für die Fahne des Reiches zu sterben wüssten.

Zum Schluss wird in Anwesenheit des Hauptabschnittsleiters Stahl die Gestaltung des 30.Januar besprochen.

12^{10} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

14^{00} Essen.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Donnerstag, den 27.1.44

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit General Schindler und Oberingenieur Kobold ih Anwesenheit der Staatssekretäre Bühler und Koppe.

General Schindler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht übder die Lage der Rüstungswirtschaft im Generalgouvernement und ihre Schwierigkeiten. Infolge des Näherrückens der Front träten die unmittelbaren Belange der Front wieder stark in den Vordergrund. Sein Bestreben sei es, die aus dem Osten herein-dringenden Anforderungen der Front aufzufangen, provisorisch unterzubringen und in der Hand zu behalten. In der Hauptsache handele es sich ~~de~~ um Instandsetzung von Kraftfahrzeugen, Panzern, Pioniergerät und um Reparaturen aller Art. Sein Ziel sei es, nicht so sehr kleine Reparaturwerkstätten ins Generalgouvernement zu bekommen, sondern dafür ein neues grosses Werk mit 12 000 Arbeitern aufzuziehen, damit ein rationelles Arbeiten gewährleistet werde. Hemmend wirke sich die Tatsache aus, dass er z.B. bei der Kraftfahrzeugreparatur mit 3 oder 4 Generälen der Front verhandeln müsse. Er wolle nun mit dem Wehrkreisbefehlshaber beim Generalquartiermeister eine einheitliche Verhandlungsstelle errichten. Die Verfügung über die Fertigung der Produktion müsse in der Hand der Rüstungsinspektion bleiben, und die Front dürfe nur als Besteller auftreten. Diese Idee möchte er von oben sanktioniert sehen.

27.1.44

Den Herrn Generalgouverneur wolle er darauf hinweisen, dass alle deutschen Menschen und Maschinen, die in der Ukraine eingesetzt gewesen seien, nach Bialistock gebracht würden, obwohl die Anforderungen der Front in immer steigendem Masse an das Generalgouvernement gerichtet würden. Es wäre vernünftig, wenn diese Menschen und Maschinen ins Generalgouvernement gebracht würden. Vielleicht könne der Herr Generalgouverneur deswegen an Reichsminister Speer und Reichsminister Koch herantreten. In Bialistock stünden viele Maschinen, sei eine Unmenge Holz vorhanden, während im Generalgouvernement jede Maschine und sämtliches Holz dringend benötigt würden. Es wäre gut, wenn von einer übergeordneten Stelle eine Entscheidung darüber herbei-geführt würde, dass die Verlagerung der Maschinen und der Arbeitskräfte von Ost nach West, also von der Ukraine nach dem Generalgouvernement erfolgen würde. Den Versuch, Maschinen aus dem Osten lediglich im Generalgouvernement unterzustellen, habe er zunichte gemacht. Er müsse nämlich eine ganze Reihe von grossen Werken mit einer Belegschaft von je etwa 3 - 4 000 Arbeitern aufziehen. Er habe von den Stellen der Front Leute in seine Inspektion abkommandieren lassen, die ihre Befehle von ihm erhielten und die Wünsche der Front von drüben bekämen. Auf der anderen Seite strömten dauernd beträchtliche Mengen von Maschinen ins Generalgouvernement. Weiter seien Verhandlungen im Gange mit dem Zweck, ein grosses Walzwerk von Belgien nach Tschenstochau zu verlegen. Zwei Hochöfen sollten ebenfalls von Belgien nach Ostrowiec verlegt werden. Dafür seien ungefähr 12 - 15 Millionen RM notwendig. Man müsse nun den Vierjahresplan zur Bereitstellung dieser Summe veranlassen, was gewisse Schwierigkeiten bereiten werde.

3

27.1.1944

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß diese Pläne am Finanziellen nicht scheitern dürften; man könnte im Notfalle diesen Plan im Rahmen der Werke des Generalgouvernements mit Staatsmitteln des Generalgouvernements finanzieren. Dazu gibt er Staatssekretär Dr. Bühler die Ermächtigung.

General Schindler weist dann auf die Notwendigkeit der Steigerung der Eisenproduktion im Generalgouvernement hin, da die Einfuhr von Schrott bald aufhören werde. Die Erzgruben des Generalgouvernements müßten so instand gesetzt werden, daß man sie bald in Betrieb nehmen könne. Er spricht von den großen Schwierigkeiten in der Rüstungswirtschaft und streift dabei vor allem den Sektor der Energiewirtschaft und den Mangel an nötigen deutschen Aufsichtskräften; während in Oberschlesien der Anteil der Deutschen an der Gesamtbelegschaft 12 % betrage, stelle er sich im Generalgouvernement auf 0,8 %. Trotzdem sei er mit der Arbeitsleistung der Polen zufrieden, Sabotagefälle kämen kaum vor.

Die Rüstungskapazität des Generalgouvernements sei nicht völlig ausgenutzt. Aufträge, die das Generalgouvernement für die Front übernehmen könnte, würden heute noch nach Holland vergeben, da dort die Preise niedriger lägen. Die Preise im Generalgouvernement wären so hoch, daß er große Mühe habe, seine Betriebe mit ordentlichen Aufträgen voll zu legen. So könne er z.B. in Ostrowiec monatlich 25o Güterwagen anfertigen; das Werk habe aber nur eine Auflage von 2oo, die neuerdings von der Reichsbahn auf 5o herabgesetzt worden sei. Die Waggonfabrik in Sanok liege ganz still.

27.1.1944

Die Ursache für die hohen Preise stellten das Lohn- und Währungsproblem und der Schwarzmarkt dar. Das Währungsproblem brenne allmählich auf den Fingern. Die Rüstungswerke des Generalgouvernements seien nicht konkurrenzfähig, weil sie für ihre Arbeiter zuviel aufwenden müßten. So beschäftige z.B. Starachowice 800 Leute, die zusätzlich für die Bedürfnisse der Gefolgschaft in Bäckereien, Schlächtereien, als Schuster oder Schneider usw. tätig seien. Die Werke seien auf diesem Gebiet an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, und er müsse nunmehr in den sozialen Dingen eine großzügige Hilfe des Staates verlangen.

Der Herr Generalgouverneur faßt als Schlußfolgerung zusammen, daß in den nächsten Tagen eine Währungssitzung stattfinden werde, zu der ein kleiner Kreis von Fachleuten geladen werden müsse. Ein weiteres Besprechungsthema werde die soziale Situation des polnischen Arbeiters sein müssen. - Wegen der Nichtausnutzung der Lokomotiv- und Waggonfabriken des Generalgouvernements werde er an Staatssekretär Ganzenmüller ein Fernschreiben richten. General Schindler möge in Zukunft schwebende Probleme und Schwierigkeiten ihm schriftlich mitteilen; er werde sich dann bei seinen des öfteren stattfindenden Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des Reiches zwecks Lösung dieser Probleme einschalten.

General Schindler gibt dann einige Zahlen der vorjährigen Rüstungsfertigung des Generalgouvernements bekannt, bittet aber, unter keinen Umständen irgendwelche Veröffentlichungen über die Rüstung in der Presse vorzunehmen: an Artilleriemunition seien insgesamt 13,2 Millionen Stück, an Infanteriemunition 121 Millionen Stück hergestellt worden. Bei letzterer müsse man

Donnerstag, den 27.1.44

auf eine monatliche Fertigung von 100 Mill. Stck. kommen; dazu seien vier neue Werke notwendig. An Pistolen-munition habe man 82,3 Mill., an gefüllten Geschossen 32 Mill. hergestellt. Weiter seien eine Unzahl von Einzelteilen für Waffen fabriziert worden; hier habe man insbesondere bei den 8,8 cm Rohren die Leistung des Vorjahres verdoppelt. 3570 russische Beuteflaks seien ausgebessert worden. Die Karabinerfertigung habe man mit 231450 Stück verdreifacht, 104 000 Pistolen, 574 Panzerwagen, 405 Panzertürme, 56380 Panjewagen, 20 Lokomotiven und 2896 Waggons hergestellt. 107 000 to Roheisen, 253 000 to Stahl, davon 58 000 Elektrostahl habe man geliefert. Die Monatsproduktion dieses gesuchten Erzeugnisses auf der Welt müsse von 23 000 to auf 33 000 to gesteigert werden. Dazu seien die beiden Hochöfen aus Belgien notwendig. 5525 to Pulver und Sprengstoff habe man erzeugt. 2471 optische Geräte, 3500 Antriebe für Kommandogeräte, 660 optische Instrumente für U-Boote, 8390 Sende und Empfangsanlagen für U-Boote, 36 600 km schwere Feldkabel, und eine Menge von Mikrofonen und Strommessern seien hergestellt worden. Nach einem im Generalgouvernement entwickelten neuen Verfahren würde hier der Hauptteil der Panzerschilde für U-Boote hergestellt, ebenso Torpedoteile, Minensuchgeräte, Horchgeräte, Suchgeräte für Flieger usw.

Das Luftwaffenwerk in Reichshof habe 1800 verschiedene Motorteile in laufender Ausbringung hergestellt. Die Luftwaffenkapazität werde von der Luftwaffe aber leider nicht ganz ausgenützt. 308 Flug-und Industriehallen, 3040 Baracken, 465 Holzhäuser und für Bombengeschädigte nochmal 450 Häuser seien errichtet worden, deren Gesamtfläche 796 000 qm betrage. Unzählbar sei die Herstellung militärischer Ausrüstungsgegenstände wie Uniformteile, Koppel, Tornister, Kochgeräte usw.(u.a. 150 000 Pelzwesten,

60 000 Pelzmützen). Der Gesamtwert der Rüstungsproduktion im Generalgouvernement lasse sich auf 3,4 Milliarden RM beziffern.

Der Gefolgschaftsstand betrage rund 140 000 Mann, davon etwa 26 000 Juden. Der Einsatz der letzteren werde um 6 bis 8 000 Mann noch erhöht.

Jetzt müsse er sich auch um die Zubringerbetriebe kümmern. Er sei aber bestrebt, möglichst viele dieser Betriebe in der Hand der Regierung zu lassen und selbst nur so viele zu übernehmen, als er überwachen könne. Vielleicht könne die Hauptabteilung Wirtschaft eine Unterabteilung Kriegswirtschaft bilden und in ihr diese Betriebe zusammenfassen.

12^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

12^{10} Bankdirigent Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur an Hand von Tabellen und Statistiken über sein Arbeitsgebiet.

12^{45} Oberbefehlsleiter Friedrichs stellt dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit des Hauptabschnittsleiters Stahl Oberdienstleiter Thiessler vor, der anstelle des zur Wehrmacht einrückenden Pg Stahl die stellvertretende Leitung des Arbeitsbereichs Gouvernement der NSDAP übernimmt, vor.
Der Herr Generalgouverneur gibt bei dieser Gelegenheit einen eingehenden Bericht über die Lage des Generalgouvernements und über die im Vordergrund stehenden Probleme der Partei in diesem Raum und in dieser Zeit.

13^{10} Mittag-essen.

15^{15} Besprechung mit dem Sekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer und Regierungskommissar Dr. Heuber.

27.1.44

16^{00} Besprechung mit Ministerialrat von Streit.

16^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Frau Katharina Kutz zum Tee.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur besucht ein Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter der Leitung von Prof. Clemens Krauss. Zur Aufführung gelangen:

1.) 6. Symphonie (Pastorale) von L.v. Beethoven

2.) Rumänische Rapsodie I. von Enescu

3.) "Don Juan" Symphonische Dichtung von Richard Strauss

4.) Vorspiel zu "Die Meistersinger von Nürnberg" von Richard Wagner.

Anschliessend Empfang und Abendessen auf der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Freitag, den 28.1.1944

13^{15} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Präsident Ohlenbusch und Sendeleiter Noglik.

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Samstag, den 29.1.1944

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl den Stabsführer der Reichsjugendführung Möckel.

In der anschliessenden Besprechung werden verschiedene die Jugendführung im Generalgouvernement betreffende Fragen besprochen. - Stabsführer Möckel gibt dem Herrn Generalgouverneur u.a. Kenntnis davon, dass Gauleiter Hanke/Schlesien sich bereit erklärt habe, 1200 Jugendliche aus volksdeutschen Kreisen des Generalgouvernements im Gau Schlesien für 1 Jahr unterzubringen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Massnahme schon um deswillen einverstanden, weil damit die volksdeutschen Kinder des Generalgouvernements Deutschland kennen lernten und den Einflüssen ihrer polnischen Umgebung entzogen würden.

Des weiteren wird zur Frage der Kinderlandverschickung eingehend Stellung genommen. - Der Herr Generalgouverneur wünscht einen möglichst baldigen Ausbau der K.L.V.- Stadt Rabka, durch den dann Krynica und Zakopane, die demnächst wohl völlig von der Wehrmacht mit Beschlag belegt werden würden, entlastet werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann Stabsführer Möckel ein anschauliches Bild von den staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Generalgouvernements und weist in diesem Zusammenhang auf die hervorragende Leistung der Hitlerjugendführung im Generalgouvernement hin, die höchste Anerkennung verdiene. Er gedenkt weiter der vorbildlichen Arbeit des nunmehr aus seinem Amt scheidenden Hauptbannführers Förschle, der es verstanden habe, die

29.1.44

weltanschauliche Aufgabe im Generalgouvernement mit der politischen Verpflichtung zu verbinden. Er bittet Stabsführer Möckel, dafür zu sorgen, dass auch fürderhin die Reichsjugendführung der Jugendführung des Generalgouvernements hilfreich zur Seite stehen möge.

Stabsführer Möckel sagt diese Hilfe seitens der Reichsführung zu, will auch dafür Sorge tragen, dass sieben unbesetzte Posten von Bannführern und die Stelle eines Distriktsinspekteurs baldmöglichst vom Reich aus besetzt würden.

Abschliessend dankt der Herr Generalgouverneur Stabsführer Möckel für sein Erscheinen und das Interesse, das er den Belangen der Jugendführung des Generalgouvernements gegenüber zeige, und verspricht, alles zu tun, um der Hitlerjugend im Generalgouvernement den ihr gebührenden Platz zu sichern. Er werde auch dafür sorgen, dass beim nächsten Parteitag des Generalgouvernements vor allem die Jugend des Generalgouvernements und ihr Leben im Rahmen der Hitlerjugend in den Vordergrund träten.

12[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirektor Dr. Hohlfelder und Ministerialrat Dr. Fleischmann vom Reichserziehungsministerium. Bei diesem Empfang sind zugegen Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Eichholz und Oberstudienrat Dr. Patscheider.

In der anschliessenden Besprechung schildert Ministerialdirektor Dr. Hohlfelder die Eindrücke, die er während der kurzen Zeit seines Aufenthaltes in Krakau von dem Schulwesen des Generalgouvernements erhalten hat. Er habe, so führt er aus, Gelegenheit gehabt, an einer Arbeitsbesprechung der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht teilzunehmen, habe dort instruktive Berichte der Leiter der deutschen Oberschulen des Generalgouvernements vernommen und auf diesem Wege einen Ein-

druck von der Haltung, Gesinnung und dem Geiste dieser Schulmänner gewonnen, die auch für das Schulwesen des Reiches vorbildlich sein könnten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Eichholz, dass zur Zeit 10 Oberschulen im Generalgouvernement bestänben mit je einer Parallelklasse für das humanistische Gymnasium.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang seinem Wunsche Ausdruck, dass auch im Generalgouvernement die humanistische Bildung nach Möglichkeit gefördert werde.

Ministerialdirektor Dr. Hohlfelder gibt dem Herrn Generalgouverneur dann einen Einblick in die gegenwärtigen Schulverhältnisse des Reiches, die zu mancherlei Beanstandungen Anlass gäben, und weist insbesondere darauf hin, dass angesichts der Heranziehung von Jugendlichen zum Flakhelferdienst drei Jahrgänge verloren gingen, was grosse Nachteile in erzieherischer Hinsicht zur Folge haben werde.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Dr. Eichholz, ihm eine Aufstellung darüber zu geben, was von den Schülern der höheren Schulen des Generalgouvernements an dienstlichen Verpflichtungen ausserhalb der Schule verlangt werde.

13^{00} Mittagessen.

29.1.1944

14^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus der Deutschen Jugend.

15^{10} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an einer Tagung der Führer und Führerinnen der Hitlerjugend des Generalgouvernements. Anwesend sind weiter Hauptabschnittsleiter Stahl und Stabsführer Möckel.

Hauptbannführer Schimmelpfeng begrüßt den Herrn Generalgouverneur und den Stabsführer Möckel und dankt ihnen für ihren Besuch, der für die Führer und Führerinnen des Generalgouvernements eine große Auszeichnung bedeutete. Er weist dann auf die schwere Arbeit hin, die die Hitlerjugendführung im Generalgouvernement zu leisten habe, der sie sich aber voller Freude und voller Hingabe unterziehe, im Bewußtsein dessen, daß der Herr Generalgouverneur dem Jahre 1944 die Bezeichnung "Jahr des großen Mutes" gegeben habe. Der Reichsjugendführer habe der Jugendführung des Generalgouvernements als einem Teil der gesamten deutschen Hitlerjugend den stärksten Kriegseinsatz befohlen. Die Hitlerjugendführung des Generalgouvernements werde nicht ruhen und rasten, bis sie diesen Auftrag erfüllt habe.

Stabsführer Möckel gibt zunächst die Umbesetzung der Befehlsstelle der Hitlerjugendführung des Generalgouvernements bekannt, verabschiedet den zur Wehrmacht einberufenen Hauptbannführer Förschle und führt Hauptbannführer Schimmelpfeng in sein Amt als Leiter der Befehlsstelle ein. In längeren Ausführungen umreißt er dann die Aufgaben der Hitlerjugendführung im Generalgouvernement und gibt den Führern und Führerinnen der HJ. des Generalgouvernements Anweisungen für ihre weitere Arbeit.

29.1.1944

Der Herr Generalgouverneur richtet dann folgende Ansprache an die Führer und Führerinnen der Hitlerjugend des Generalgouvernements:

Ich habe schon Gelegenheit genommen, Sie, Parteigenosse Förschle, zu verabschieden und Sie, Parteigenosse Schimmelpfeng, in Ihr Amt einzuführen.

Ich glaube, daß die Hitlerjugend des Generalgouvernements Ihnen, Parteigenossen Möckel, den Eindruck gemacht hat, von dem Sie schon kurz gesprochen haben. Ich möchte als oberster Chef auch der staatlichen Dinge dieses Raumes erneut meiner großen Freude und Genugtuung über die wirklich hervorragende Anteilnahme der Jugend dieses Raumes an der Aufbauarbeit und den täglich dringender werdenden Belangen der Kriegsnotwendigkeiten dieses Gebietes verleihen. Ich könnte mir die Arbeit in diesem Raum, insbesondere die Verstärkung des deutschen Elements, die Durchdringung dieses Gebietes mit deutscher Kultur- und nationaler Willensbewußtheit ohne die Hitlerjugend gar nicht mehr denken. In Sie, Führer und Führerinnen der Hitlerjugend dieses Raumes, setze ich in diesem Zeitpunkt deutscher Geschichte, in dem die letzten großen schweren, gewaltigen Schläge zu bestehen sind, zu denen ein in ohnmächtigem Grimm gegen uns antobender Feind ausholt, meine großen Hoffnungen. Ich möchte an Sie den feuerflammenden Appell zur Fortsetzung dieser segensreichen Arbeit richten. Seien Sie sich bis ins Mark Ihres Bewußtseins darüber klar, daß dieser geschichtliche Augenblick darüber entscheidet, ob das deutsche Volk als ein Teil Europas in der Geschichte weiter bestehen bleiben oder von wütenden landgierigen Feinden bis in seine letzten Bestandteile zerbrochen werden soll.

29.1.1944

Es ist heute nicht der Augenblick, in dem wir über Folgen des Krieges und über Schwierigkeiten im einzelnen irgendwie besorgt nachzudenken haben. Es geht heute nicht darum, objektiv die Nachteile dieses oder jenes Verfahrens zu erwägen, sondern ausschließlich darum, durch Handeln, durch Aktivität, durch Kühnheit, durch Einsatzbereitschaft bis zum letzten mit der Not dieser Zeit siegreich fertig zu werden. Alles andere wird der durchgestandene Sieg wieder erreichen lassen.

Lassen Sie sich daher niemals durch etwas Negatives unterkriegen, niemals durch Sorgen, und seien sie noch so groß, durch Leidempfinden, sei es noch so erschütternd, von dieser klaren, eindeutigen inneren Markierung Ihres Lebensmarsches abbringen. Gerade Sie, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, haben sich noch den frischen unverbrauchten Pulsschlag zu erhalten, der soviel des tröstlichen in sich trägt. In Ihnen soll das Ideal eines Glaubens leuchten. Seien Sie daher von mir gebeten, nicht mißmutig an dieser Erde Arbeit teilzunehmen. Es ist jetzt eine Zwischenzeit der Opfer, nach der die Jugend wieder zu ihrem Recht zurückzukehren vermag. Jetzt aber braucht das Vaterland diese Jugend mit allen Kräften, deren sie fähig ist.

Wir haben im Generalgouvernement besonders schwere Aufgaben. Die Front ist nicht weit entfernt von den Grenzen unseres Gebietes: während noch vor einem Jahre die Front 1400 Kilometer von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt war, ist sie in den letzten Tagen bis auf 100 Kilometer herangekommen. Sie können daraus ersehen, wie sich in unserem geschichtlichen Raum die Probleme steigern und wie sehr ich daher

auf die Mitarbeit und die eherne klare Entschlossenheit der wenigen deutschen Männer und Frauen in diesem Raum angewiesen bin, um diese Schwierigkeiten bestehen zu können.

Daß in diesem gefügten Problem selbstverständlich die Jugend mit ihrer Tatkraft voranzumarschieren hat, daß aus ihren Augen, ihrem Verhalten die ganz kalte sachliche Erkenntnis der Notwendigkeiten dieser Zeit ebenso erscheinen muß wie der unzerstörbare Glaube an den letzten Sieg, dessen sich immer bewußt zu sein ist Ihre deutsche Aufgabe im Generalgouvernement nicht anders als sonst im Reich. Daß Sie es hier, die Sie als deutsche Menschen im Generalgouvernement nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung darstellen, mit einem Raume zu tun haben, der zu alledem noch das nationale Problem mit sich bringt, daß Sie als eine Handvoll Deutscher mit Millionen Fremdvölkischer zu ringen haben, darin liegt Ihre besondere Leistung. Daß Sie es in einem Gebiet tun müssen, in dem nur mit Zwang und unter äußerstem Druck die Sicherheit, die Ordnung, die Arbeitskraft und Arbeitslust einer mißmutigen Bevölkerung in Gang gehalten werden können, das ist Ihr besonderer geschichtlicher Beitrag. Und so sind denn in den unvergleichbaren Verhältnissen dieses Gebietes auch unvergleichbar gesteigerte Energien notwendig. Ich vertraue aber voller Zuversicht auf Sie, meine Führer und Führerinnen der Hitlerjugend des Generalgouvernements.

Ich danke Ihnen, Parteigenosse Möckel, für Ihr Erscheinen. Uns freut ja immer diese enge persönliche Teilnahme, die die Zentralen des deutschen Organisationslebens uns zeigen. Nehmen Sie unsere besten Grüße an die Jugend des Deutschen Reiches in der Heimat mit!

29.1.1944

Mit dem von Hauptbannführer Schimmelpfeng ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet die Tagung ihren Abschluß.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

22^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

22^{45} Abfahrt vom Hauptbahnhof Krakau in Richtung Lemberg.
In den fahrplanmäßigen D-Zug sind eingestellt:

1. der Salonwagen 1oo6, Insassen:
   der Herr Generalgouverneur, Pressechef Gassner, Hauptsturmführer Pfaffenroth, Hilfsreferent Mohr und Polizeimeister Nickl
2. der Salonwagen 1ool, Insassen:
   SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Gerteis, Oberst Fischer und Oberstleutnant Dazur;
3. ein Personenwagen mit 25 Mann Bahnschutzpolizeikommando Krakau.

23^{17} erfolgt bei Kilometer 22,3 eine dumpfe Detonation, herrührend von der Explosion eines elektrisch gezündeten Sprengkörpers, von dem 1 Meter Schienenstrang herausgerissen wird. Die Explosion erfolgt unmittelbar hinter der letzten Achse des Salonwagens 1oo6, der durch den Luftdruck hin- und hergeschüttelt wird. Der Salonwagen 1ool springt sofort aus den Schienen und bewegt sich auf dem Bahnkörper ebenso wie der nachfolgende Begleitwagen stoßend und holpernd weiter. Der

29.1.1944

Wagenmeister des Salonwagens 1006 zieht unmittelbar nach der Detonation die Notbremse, während der Lokomotivführer von sich aus den Zug sofort bremst und bei einer Geschwindigkeit von etwa 60 km auf eine Strecke von ca. 80 m zum Stehen bringt.

Zwei Bahnschutzangehörige, die sich auf der Lokomotive befinden, beobachten im Anschluß an die Detonation Mündungsfeuer von rechts und eröffnen mit ihren Maschinenpistolen sofort das Feuer. Nach Stillstand des Zuges verstärkt das Begleitkommando sofort ebenfalls mit Maschinengewehren das Feuer auf den rechts der Bahnstrecke liegenden Wald. Das Bahnschutzkommando einschließlich einer im letzten Wagen des Zuges befindlichen Zugwache von 10 Mann übernehmen sofort die Sicherung des Zuges und des Vorgeländes zu beiden Seiten der Bahnstrecke unter Führung des SS-Obergruppenführers Koppe.

Präsident Gerteis veranlaßt über die nächste Blockstelle die unverzügliche Aufnahme der Verbindung mit dem Hilfszug Krakau.

SS-Obergruppenführer Koppe führt die erste Untersuchung des Attentats durch und stellt dabei fest, daß die Sprengung mittels einer ca. 60 m langen Leitung mit Hilfe einer Taschenlampenbatterie vom Waldrand her ausgelöst worden ist.

Die Zugwache gibt an, etwa 3 bis 5 Personen am Waldrand erkannt und beschossen zu haben.

Sonntag, den 3o.Januar 1944

1[3o] Der Hilfszug Krakau trifft an der Überfallstelle ein. Der restliche Zugteil, der auf den Schienen stehengeblieben ist, wird abgekoppelt und ein Schlafwagen 3.Klasse freigemacht. In diesen Schlafwagen begeben sich der Herr Generalgouverneur und seine Begleiter.

3[oo] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung nach Krakau.

4[oo] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

Oberstleutnant von Dazur übernimmt es, für die Beschaffung eines Flugzeuges Sorge zu tragen.

8[oo] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Flugplatz Krakau.

8[3o] Abfahrt des Flugzeuges, einer Ju.52, vom Flugplatz Krakau.

In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befinden sich Oberst Fischer, Oberstleutnant von Dazur, Hauptabschnittsleiter Stahl, Pressechef Gassner und SS-Hauptsturmführer Pfaffenfoth.

Angesichts des böigen Wetters beträgt die Flughöhe nur etwa 2oo bis 3oo m. Der Flug verläuft ohne Zwischenfall.

9[43] Landung des Flugzeuges auf dem Flughafen Lemberg. Dort wird der Herr Generalgouverneur von Gouverneur Dr. Wächter begrüßt und in seine Wohnung geleitet.

1o[3o] Bei dem Herrn Generalgouverneur meldet sich der kommandierende General der Luftwaffe Vierling.

1o[5o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Städtischen Theater Lemberg.

30.1.1944

11[00] G r o ß k u n d g e b u n g der Distriktsstandortführung Lemberg im Städtischen Schauspielhaus.

Eingeleitet wird die Kundgebung durch das Vorspiel zu Richard Wagners "Rienzi", gespielt von einem Musikkorps der Luftwaffe.

Nach einem gemeinsam gesungenen Lied und einem vom Leiter der Abteilung Propaganda SA-Obersturmbannführer Verhouz gesprochenen Prolog eröffnet Gouverneur Dr. Wächter als Distriktsstandortführer die Kundgebung.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend!

Der 30. Januar 1944 erfüllt die Deutschen des östlichsten Distrikts des Generalgouvernements mit besonders tiefen Gedanken. Ein Jahr hat begonnen in der Geschichte des Deutschen Reiches, ein Jahr in dem größten Kriege der deutschen Geschichte, und dieses Jahr 1944 - das ahnen wir alle - bringt die klare Entscheidung. Es ist mir daher eine ganz besonders freudig erfüllte Pflicht gewesen, zu Euch, Ihr Deutschen des Distrikts Galizien, insbesondere der Stadt Lemberg, zu kommen, um Euch die Grüße des Reiches und des Generalgouvernements zu übermitteln. Ihr, die Ihr einmal die Brücke wart zwischen West und Ost und Ost und West, Ihr seid nun wieder die Eckbastion geworden. Ihr, die Ihr einmal Verbindungsland wart, seid in weitem Umfang wieder eingerückt in die Position eines der stärksten Glieder, die der Front, die schwer, tapfer und unbesiegbar im Osten kämpft, Haltung und Verbindung sichert und die dem deutschen Volk im Deutschen Reiche zeigt, daß es unmöglich ist, daß Deutsche irgendwo in dem Raum, den uns der Heldenmut unserer Truppen erkämpft hat, jemals weichen. Was in

diesem Jahre 1944 vor uns liegt, ist in einfachen Worten die Durchsetzung der Lebenskraft in letzter Potenz und in höchster Anspannung, die jemals auf dem deutschen Volk lagerte.

Wir haben am 30. Januar 1933 erlebt, daß unser Führer Adolf Hitler nach fast 14-jährigem Ringen zum Reichskanzler ernannt worden ist. Es gibt kein Datum in der ganzen Weltgeschichte, von dem eine solche monumentale Bedeutung ausstrahlt wie von diesem Tage. An diesem Tage richtete sich die revolutionäre Bewegung Adolf Hitlers sieghaft empor und erhob ihr Banner zum Reichssymbol. Adolf Hitler kam aus der Tiefe des Volkstums, aus der Tiefe der breiten Massen, aus der namenlosen Kraft des einfachen Volkes; er ist der Kinder der großen deutschen Geschichte, daß das ehrwürdige Greisenhaupt des unvergeßlichen Feldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg diesem Manne Adolf Hitler den Weg in die Freiheit des deutschen Volkes anvertraute. Welch' ein großartiger Gedanke, welch' ein Ineinanderflammen von gewaltigen Kraftströmen! Der ehrwürdige Sieger von Tannenberg, der in seiner Person die besten Eigenschaften deutschen Wesens: die Selbstlosigkeit, die Selbstdisziplin, die Treue zum Vaterland, die Hingabe an große Ideen einer Zeit, die soldatische Haltung repräsentierte, - Hindenburg, mit dessen Namen schon die gewaltige Kraft des Weltkrieges 1914/18 ein heroisches Symbol gefunden hatte, reicht die Hand dem im Weltkrieg völlig unbekannt kämpfenden einfachen Frontsoldaten Adolf Hitler. Es ist kein Wunder, daß dieses Ereignis schon aus seiner äußeren symbolhaften Kraft einen tiefen Eindruck auf unser Volk machte.

30.1.1944

Und dann begann mit dem 30. Januar 1933 dieser einzigartige Aufstieg unseres Volkes und Reiches aus der Knechtschaft von Versailles in die Freiheit der Selbstbestimmung unserer nationalen Belange. Wir haben diese Selbstbestimmung bekommen, weil die Millionen Gefallener des Weltkrieges nicht umsonst gefallen sein sollten. Sie gaben uns den Marschbefehl. Aus dem Verrat vom November 1918, der den Opfertod der deutschen Front damals so schmachvoll entstellte, wurde durch den Kampf der Bewegung die Wiederaufrichtung unserer Nation in Ehre und Freiheit.

Wo gibt es, ich frage Euch, in der Geschichte ein Beispiel dieser Art? Welches Volk hätte so eine schamerfüllte Tiefe und wenige Jahre darauf einen so einzigen Aufstieg zur Weltmacht erlebt? Wir haben allen Anlaß, am 30.Januar jedes Jahres das Haupt hochzutragen. Der deutsche Name hat in der Weltgeschichte ein großes Ordnungsfundament Europas geschaffen, das Reich. An diesem 30. Januar bekennen wir Deutsche, daß wir die Mission für Europa einer ganzen Welt gegenüber durchhalten werden.

(Lebhafter Beifall)

Das Reich hat ein ehrwürdiges Alter. Es ist nicht nur so ein Staat, wie es Hunderte von Staaten in der Weltgeschichte gibt, die da kommen und wieder vergehen; es ist nicht nur so ein Staat mit Regierung und Parlament, mit Revolutionen, Korruption usw.. Das Deutsche Reich hat sich schon vor tausend Jahren den Ehrentitel einer heiligen Institution gegeben, weil in diesem Deutschen Reiche allein das werden konnte, was heute die unvergleichliche Größe Europas ausmacht.

30.1.1944

Schauen wir daher an diesem 30. Januar in der Welt umher. Wer, welches Volk kann ein Reich sein Eigen nennen, wie wir es seit tausend Jahren anvertraut erhalten haben? Erheben wir uns am 30.Januar in unseren Gedanken zu dem gewaltigen Raum der deutschen Reichsgeschichte! Es war vor über tausend Jahren, daß diese europäischen Zonen, die völlig unkultiviert und mit weiten Urwäldern überzogen waren, durch arische Völker der Kultur erschlossen wurden, - Zonen, die nach Griechenland und Rom nun einer Neuordnung harrten und die damals schon die gleiche Grundformung aller Problemehatten, wie wir sie heute haben: damals die Hunnen, später die Mongolen. Immer kam aus dem Osten über das Kulturland Europa als Zerstörer der Steppengeist. Immer drohte die Ebene, die alles gleichmacht, die jede Höhung stürzt, die jeden Dom bricht und jede Persönlichkeit in die Fläche der Gleichordnung einwalzen will. Diese Steppe der Masse, der Entpersönlichung, der Beraubung des Menschenglücks war immer unser Todfeind. Und wenn Europa bestand, wenn es bestehen wollte, dann war damals vor tausend Jahren die Gefahr nicht größer oder kleiner als heute.

Aber schon damals gab es nur ein Volk, das im Osten zurückschlagen konnte, und das waren wir. Damals klang in Europa der Name des ersten großen Gestalters, Karls des Großen, auf, ein unvergänglich gigantischer Name, den in die Sterne zu erheben wir Deutsche allen Anlaß haben. Er glättete die Wogen des Durcheinanders und ordnete das europäische Dasein zu fester Form. Und diese Form haben wir nun. Es ist heute nicht anders, deutsche Männer und Frauen Lembergs: wir können auf Karl den Großen zurückschauen und sagen: wir halten das Reich genau so wie du vor tausend Jahren. Und wir können daher auch diesen heutigen Tag des 30.Jan.

mit dem Gedanken feiern, daß schon noch ganz etwas anderes kommen müßte als ein Partisanenhäuptling à la Stalin, um dieses Reich in den Grund zu stoßen.

Wir sind uns klar darüber, daß in diesen tausend Jahren deutscher Reichsgeschichte immer wieder Krisen kamen, wenn das deutsche Volk einer typisch europäischen Sendung gegenüber gleichgültig wurde, wenn es zu sehr mit sich selbst beschäftigt war, wenn ihm Konfessionen, Stände, Klassen, Länder, Einzelmeinungen, Ritterschaften usw. wichtiger erschienen als das Reich. Die Weiterführung der deutschen Sendung aber gelang trotz aller Krisen, indem von Zeit zu Zeit, immer dann, wenn das Reich dem Abgrund entgegensank, aus dem Volk der Mann kam, der das Panier des Reiches wieder aufrichtete und das ganze deutsche Volk wieder um sich und um die historische Sendung sammelte, dem Reiche selbst die Ordnung und das Leben und damit Europa das Rückgrat zu geben.

Wie war es denn? Nach der furchtbaren Katastrophe des 30-jährigen Krieges, zerfiel das Deutsche Reich in Hunderte und Aberhunderte kleiner souveräner Territorien. 368 Länder, Staaten, Städte, Fürstentümer, Bistümer usw. waren damals das Zusammenlegespiel geworden, das man "Deutsches Reich" nannte. Das deutsche Volk, einmal führendes grandioses Werk einer Gemeinschaftshaltung sondergleichen, war nach den Dreißigjährigen Krieg auf drei bis vier Millionen zusammengesunken. Ja, damals war man sich in Paris einig, daß das Deutsche Reich erledigt sei. Da entstand dieses grauenhaft tragische Wort "Das Heilige Römische Reich, daß Gott erbarm, sollte lieber heißen das Heilige Römische Arm". Dieses Reich wurde auch dann wieder gerettet und aufgerichtet, weil aus seiner

30.1.1944

Mitte, aus den Traditionen der Reichsidee heraus, die neuen Impulse der Gemeinschaftsbewutßheit aufstiegen. Es waren die großen Systeme, die das Reich aufgestellt hatte, und die zunächst beide nebeneinander hierliefen, die sich einander bekriegen mußten, dann auseinandergingen, um schließlich heute die endgültige Synthese zu finden. Ich meine jenen Aufstieg des soldatischen preußischen-brandenburgischen Kerns einer neuen Staats- und Reichsbewußtheit und zugleich das stolze traditionelle Festhalten an der Reichsgröße und den konservativen Werten des Reiches. Wir haben heute nicht zu richten über die inneren Auseinandersetzungen unseres Volkes. Aber es ist symbolhaft gewesen, daß sich Tradition und Revolution wertvollst vereinten, um das große Neue zu schaffen. So flossen schließlich die Linien, die einen Friedrich den Großen zu dem grandiosen Wiedererwecker des deutschen Heroismus machten, mit den konservativ-traditionellen Kulturelementen der alten süddeutschen Reiche zusammen. Und wir können nur sagen, daß auch Hindenburg und Adolf Hitler am 30.Januar die alte große Kombination herstellten und das Beste unserer Vergangenheit mit dem Unzerstörbaren unserer Zukunft nach göttlichem Willen glückhaft vereinten.

Eine Rückschau auf dieses Jahrtausend deutscher Geschichte läßt uns die Wehmut deutschen Lebens ebenso empfinden wie die Freude. Die Weimarer Republik ist tot, und als Deutscher geboren zu werden ist wieder die höchste Auszeichnung, die der Herrgott auf dieser Erde verleihen kann.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen uns daher auch an diesem 30.Januar 1944 beugen vor den großen Mahnern der deutschen Geschichte.

30.1.1944

Als Adolf Hitler 1933 das unsagbar schwere Amt übernahm, dieses völlig in den Abgrund gewirtschaftete Reich nun auf eine neue Höhe zu bringen, hatte er nichts auf der Welt als sein deutsches Volk. Nehmt einen Atlas zur Hand, schaut eine Karte an, seht Euch die Position des Deutschen Reiches vom 30.Januar 1933 immer wieder an, seht, wie damals die Tschechoslowakei unseren Volkskörper entzwei riß, wie damals die Zwangsgrenzen von Versailles und St.Germain unsere deutsch-österreichischen Volksgenossen vom Heimatland gewaltsam abgetrennt hielten, wie damals Elsaß Lothringen den Franzosen gehörte, wie damals die polnische Grenze knapp 100 Kilometer östlich von Berlin gezogen, wie damals die deutsche Stadt Danzig uns genommen war. Erinnert Euch der Zeit, als damals Deutschland 100 000 Mann Soldaten hatte und ringsum schwerst gerüstete Völker auf den Augenblick lauerten, erneut über uns herfallen zu können, als damals 7 1/2 Millionen Arbeitslose nicht einmal das tägliche Brot fanden, als die deutschen Bauern von Grund und Boden verjagt wurden. Denkt daran, wie an diesem 30.Januar 1933 die ganze Welt lachte über das Abenteuer dieses "Brauerei-Revolutionärs" Adolf Hitler, wie man ihn damals nannte, und wie damals so schmunzelnd die alterprobten Weisen auch unseres Landes Adolf Hitler einige Wochen, höchstens ein Vierteljahr Zeit gaben, um sein ohnedies doch unmögliches Rezept in die Tat umzusetzen.

Ja, wenn wir von diesem 30.Januar 1933 nun immer wieder ausgehen, so können wir sagen: warum sind wir am 30.Januar 1944 in Lemberg, einer der Großstädte des Generalgouvernements, das unter der Souveränität Adolf Hitlers in diesem früheren Polen deutsche Ordnung gebracht hat? Das Deutsche Reich Adolf Hitlers

scheut sich nicht, eine ganze Welt herausgefordert zu haben; denn diese ganze Welt war entschlossen, mit Deutschland Schluß zu machen.

Wenn wir nun auf den 30.Januar 1933 zurückschauen und dann hören würden: Ja, wir sind aber in einem furchtbaren Kriege, die Ostfront kämpft schwer, im Süden wird gekämpft, im Westen steht vielleicht eine neue Front bevor, jede Nacht kommen die feindlichen Flieger über unsere Städte, da willst du noch "Feierstunde" halten, wo wir die Not sehen? Dann sage ich Euch, deutsche Männer und Frauen: wir sehen nicht das, was jetzt tagelang an den Fronten oder in den Städten geschieht, sondern wir sehen hier das, was seit dem 30.Januar 1933 der deutsche Soldat Adolf Hitlers zu Deutschland hinzugefügt hat.

(Lebhafter Beifall)

Und wir müssen uns sagen: heute weht die Flagge des Reiches in Rom, Paris, Brüssel, Amsterdam, Oslo, Kopenhagen, in Warschau und Lemberg, in Triest, Bozen, Meran, Trient und in Prag. Und das weiß man: diese deutsche Flagge ist nicht aufgerichtet zum Vergnügen der Welt, sondern sie ist aufgerichtet, damit sie von uns unter dem Einsatz unserer letzten Kraft verteidigt wird. Denn alles wird geschehen, aber diese Flagge holt man nur nieder, wenn das deutsche Volk nicht mehr wäre.

Wir führen daher diesen Krieg schon in dem Bewußtsein und der Erkenntnis der Not, der Sorge und des entsetzlichen Leides, das über unser Volk gekommen ist, des furchtbaren Schmerzes, der Trauer, der Sorge, des Kummers, ja in einer verzweifelten Ohnmacht gegenüber dem zerstörenden Schicksal; aber alles dieses durchstrahlt die glaubenserfüllte Hoffnung auf die Kraft unseres unsterblichen Reiches. Möge in diesem

lo

30.1.1944

Augenblick dieses Jahrtausendalte Bewußtsein auch über diesem Kreise leben! Mögen wir erkennen, daß wir, die wir mit unserem eigenen Leben nur einen kümmerlichen Ausschnitt der Geschichte unseres Volkes darstellen, doch die Tragbalken sind, über die hinweg unser Volk in die Zukunft schreitet. Es ist einfach, die Sorge in den Vordergrund zu rücken und grau in grau zu malen; es ist aber viel größer und auch viel richtiger, die Dinge des Reiches aus dem hohen Rahmen einer tausendjährigen Geschichte zu sehen.

Ich weiß, deutsche Männer und Frauen, daß Sie hier in Lemberg diesen Gedanken in sich tragen und daß zu Ihnen daher das deutsche Volk aufschauen kann. Und Sie, meine deutschen Männer und Frauen, werden hier auch das eine empfinden, daß dieses Reich den Namen des Mannes trägt, der es wieder emporgehoben hat, der wie ein Atlas eine ganze Welt auf seinem Rücken trägt: Adolf Hitler. Ich weiß, wie es heute vielen Tausenden schwer wird, in diesem idealen Bewußtsein zu verharren, wenn die Nöte des Tages kommen und uns in einen Strudel von Sorgen hinabzuziehen trachten. Wenn wir versagen, ist das kommende Jahrtausend unseres Reiches vielleicht verloren.

Wenn man nun sagt: war dieser Krieg notwendig, konnte man hin nicht vermeiden? - dann bitte ich nur den Haß der Welt zu ermessen, der sich heute zeigt und der nicht erst im Kriege kam; - der Krieg war nur eine Auslösung eines bereits in der Welt vorhandenen antideutschen Handelns und Denkens. Ermessen Sie diesen Haß gegen unsere Kraft, unsere Ordnung, unsere Sauberkeit, unsere Gläubigkeit, gegen unsere Tüchtigkeit in der ganzen Welt, und fragen Sie sich, was aus

unserem Volke geworden wäre, wenn dieser Haß hätte über einem ohnmächtigen Deutschland zusammenschlagen können, wenn Herr Stalin mit seinen Truppen über die Ostgrenze des Reiches in ein ohnmächtiges Land hätte hereinbrechen können, wenn die Engländer, Franzosen und die Amerikaner uns von der Welt hätten abschnüren können in jeder nur denkbaren Weise, wenn selbst die Polen, die von Jahr zu Jahr stärker wurden, von heute auf morgen hätten in Berlin einbrechen können. Wäre dieser Krieg dem deutschen Volke leichter geworden? Nein! Dieser Krieg war unvermeidlich. Und nicht, weil das deutsche Volk nationalsozialistisch ist, kam der Krieg. Er wäre für uns so und so gekommen.

Ich kann Ihnen daher nur danken, daß Sie diese hohe Form des Verhaltens in den letzten schweren Monaten hier gezeigt haben. Sie haben sich würdig dieses großen Deutschen Reiches gezeigt, und ich bitte Sie, in dieser klaren Haltung fortzufahren, einträchtig zusammenzuwirken und jede Uniform, ganz gleich, welche, nur anzusehen als ein Symbol gemeinsamer Pflichten dem Vaterlande gegenüber. Schauen wir, daß die Fahne immer hoch aufgerichtet ist nach dem Osten. Wir werden, Mann für Mann, dieses Land verteidigen, und ich kann nur sagen, kein Feind wird mit der Waffe in der Hand dieses Land betreten. Das geloben wir.

Wir werden in diesem Kriege beharren auf Härte, Selbstsicherheit, Klarheit, Disziplin und nur vergleichbar sein der Besatzung eines großen Schiffes, das bestimmt ist, einen stolzen, tapferen Kurs zu steuern. Der Führer hat sein Vertrauen in die Verwaltung und Führung und in unsere gemeinsame Arbeit wiederholt deutlich ausgesprochen, insbesondere aber zum Ausdruck gebracht, daß er ohne Rücksicht auf die militärischen und Frontereignisse die Führung dieses

30.1.1944

Raumes den deutschen Männern und Frauen anvertraut hält, die vorher hier tätig waren. Es wird sich an diesem Regime nichts ändern. Es bleibt so, und so wird unmittelbar hinter der kämpfenden Front dann unsere Verwaltung, unsere Führung, unsere Bewegung stehen und Arm in Arm mit der Wehrmacht Ordnung, Freiheit und Sicherheit aufrecht erhalten.

Die gleiche Haltung, wie sie die Deutschen hier so vorbildlich zeigen, ist auch zu erwarten von der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Distrikts. Sie, die Millionenmassen Ukrainer, wissen ja aus eigener Erfahrung, was ihnen droht, wenn jemals wieder der Bolschewik diesen Raum bekäme. Auch die fremdvölkische Bevölkerung hat tapferste Beweise ihrer Treue zum deutschen Regime in diesem Raum abgelegt, nicht nur durch die saubere Fortführung der Arbeit und der geradezu friedensmäßigen Ausgeglichenheit aller Ordnungsfunktionen, - sie hat sich auch zum Einsatz mit der Waffe zu Tausenden und Abertausenden an die deutsche Kampffront gemeldet. Das Deutsche Reich wird diesen Dienst der Ukrainer des Distrikts Galizien niemals vergessen, und es wird nur zum Vorteil für die kulturelle, soziale und nationale Entwicklung der Bevölkerung des Generalgouvernements sein, wenn diese Richtlinie bedingungslos eingehalten wird. Ich möchte Euch, meine lieben deutschen Männer und Frauen, bitten, bei allen Euren Sorgen und Nöten, bei alledem, was an Euch herantritt und was Euch trifft, an Adolf Hitler zu denken und daran, daß er nichts anderes will als seinem Volk Frieden, Freiheit und Brot erkämpfen und daß er die Lasten fast der ganzen Welt auf sich geladen hat.

Es ist jetzt in der Welt eine große Diskussion wegen Polen. Moskau, England, Amerika, die sogenannten Exilregierungen in London haben ein wildes Hin und Her begonnen, und es obliegt uns, die wir ja den Bart haben, um den die anderen streiten, zu diesem Problem ganz kurz Stellung zu nehmen.

30.1.1944

Es ist völlig uninteressant, welche Meinungsverschiedenheiten wohl zwischen Moskau und den Alliierten wegen der Exilregierung des früheren Polen und der West- und Ostgrenze einer in der Phantasie wiedererstehenden polnischen Republik bestehen. (Ich stelle fest, daß das polnische Problem für Europa mit der Übernahme der Führung dieses Raumes durch das siegreiche Deutschland für alle Zukunft gelöst ist.) Ich stelle weiter fest, daß die Souveränität über diesen Raum bei Adolf Hitler, dem Führer des Großdeutschen Reiches, liegt und daß in seinem Namen durch die im Generalgouvernement eingesetzten Obrigkeiten dem großen Millionenbereich der arbeitenden Massen der polnischen Bevölkerung jede soziale Befreiung zuteil wurde, auf die sie unter dem Mißregiment ihrer eigenen Herrschaftsgeschlechter und Herrschaftskasten seit vielen Jahrhunderten wartete. Das deutsche Regime in diesem Raum hat den Millionen anständiger Bauern, Bürger und Arbeiter polnischer Nationalität im Frieden das Leben gesichert, Wohnstätten errichtet, Kultur und Kirchen sichergestellt und ein Einkommen gewährleistet, das bis zur Übernahme der Führung dieses Raumes durch Deutschland hier noch niemals vorhanden war.] Der polnische Bauer und der polnische Arbeiter waren die geknechtetsten und mißbrauchtesten Lebewesen, die es auf dieser Welt in diesem Maße nur noch im bolschewistischen Rußland gab.

Wir haben allen diesen Menschen Freiheit und Brot gebracht. Ich weiß, daß die Millionenmasse dieser Bauern und Arbeiter die deutsche Führung in jedem Falle der bolschewistischer Versklavung vorzieht.

Aus diesen Elementen,
1. dem deutschen Sieg im Jahre 1939,
2. der notwendigen Lösung der sozialen Probleme in diesem Raum,
3. der völligen Ungeeignetheit der Polen, sich selbst eine friedensgarantierende Regierung zu geben,
4. der völligen Uneinigkeit aller unserer Feinde auf diesem Boden,
ergibt sich nur noch eine Feststellung: England ist in diesen Krieg eingetreten, um den Korridor und Danzig für Polen zu retten. Heute verlangt England für Polen den Verzicht auf die Hälfte seines damaligen Landes. Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung von selbst: das Deutsche Reich, in seiner Geschichte der unantastbare Garant des europäischen Friedens und der europäischen Größe, heißt die fremdvölkischen Bürger dieses Landes als seine Schutzbefohlenen willkommen in seinem Machtbereich. Wir sind entschlossen, das Deutsche Reich hier zu vertreten und für alle Zukunft diesem Teil Eruopas die Möglichkeit zu geben, in Europa hineinzuwachsen. Es ist daher klar, meine deutschen Männer und Frauen, daß angesichts des Ergebnisses der Geschichte das Deutsche Reich auch diesen Raum niemals mehr aus seiner Schutzbezogenheit entlassen wird. Die deutsche Flagge in Lemberg, Warschau, Radom, Krakau und Lublin bleibt für alle Zukunft bestehen.

Der 3o. Januar 1944 hat uns zu dieser festlichen Stunde vereint. Ich danke Euch, Ihr Männer und Frauen, für die Teilnahme an dieser heutigen Kundgebung. Ich danke Euch für Euer Verhalten in diesen Monaten und Wochen. Ich möchte Euch aber, wenn ich von Euch nun die größte Tapferkeit, den größten Mut und den unbändigsten Glauben an den Führer und seinen Sieg

erbitte, auch immer wieder auf das hingewiesen haben, was jeder einzelne von Euch erlebt hat und erleben könnte.

Wir Deutschen haben, auf diesem großen Abschnitt unserer Geschichte angelangt, nunmehr alles gemeinsam, was äußere Güter des Lebens bedeuten. Es kann in diesem Kriege nicht mehr darum gehen, ob der eine oder andere einen Vorrang, ein Vorrecht für sich allein behielte. Wir alle haben unser Glück, unseren Glauben, unsere ganze Lebenskraft einem großen Werk dieser Erde verschrieben, auf das wir des ewigen Gottes Segen herabflehen, dem Heiligen Deutschen Reich.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

30.1.1944

12^{30} Gemeinsames Mittagessen im Distriktskasino.

13^{15} Kundgebung der ukrainischen Bevölkerung vor dem Distriktsgebäude.

Während die Kolonnen der ukrainischen Kundgebungsteilnehmer auf dem Platz vor dem Distriktsgebäude Aufstellung nehmen, empfängt im großen Audienzsaal dieses Gebäudes der Herr Generalgouverneur, umgeben von seinem Gefolge, von den Vertretern der Distriktsbehörden mit Gouverneur Dr.Wächter an der Spitze und in Gegenwart von Vertretern der Partei und der Wehrmacht eine Abordnung des ukrainischen Volkes.

Nachdem die Töne eines ukrainischen Volksliedes, vorgetragen von dem Leontowicz-Chor, verklungen sind, wendet sich der Vorsitzende des Lemberger ukrainischen Hilfskomitees Dr. Pankiwskij mit folgenden Worten an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Am heutigen Jahrestage der Machtübernahme durch den Führer sind Sie nach Lemberg gekommen, um mit Ihrer Person diesen Tag seine Weihe zu geben. Die Vertreter aller Schichten des ukrainischen Volkes Galiziens sind hier erschienen, um Ihnen auch an diesem denkwürdigen Tage unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit und zum Mitkampf zum Ausdruck zu bringen. Wir hoffen, daß das fünfte Kriegsjahr das Jahr der Entscheidung in diesem Kriege sein wird. Wir sind bereit, alle unsere Kräfte zur Erfüllung unserer Aufgaben sowohl auf dem Gebiete der Ernährung und Arbeit wie auch auf anderen Gebieten einzusetzen.

30.1.1944

Wir Ukrainer Galiziens haben die bolschewistischen Greuel erlebt und wissen, was die bolschewistische Herrschaft bedeutet. Deshalb haben wir unsere Söhne und Männer gern zur Waffen-SS aufgerufen. Wir sind auch überzeugt, daß sie unserer Väter Tradition in Ehre und Pflicht tapfer folgen werden.

Wir freuen uns, Herr Generalgouverneur, Sie hier begrüßen zu können. Zugleich danken wir Ihnen für Ihr großzügiges Verständnis und Entgegenkommen für unsere nationalen Belange, welches Sie uns ungeachtet der schweren Kriegsverhältnisse immer gezeigt haben.

Herr Generalgouverneur, berichten Sie dem Führer, daß das ukrainische Volk Galiziens unerschütterlich in den Reihen der Völker steht, welche unter seiner Führung Europa vor der bolschewistischen Überflut verteidigen, um in gemeinsamem Kampf den Endsieg zu erringen.

Eine Vertreterin der ukrainischen Frauen, Frau Hatschkiewitsch, als Mutter eines Angehörigen der SS-Schützendivision Galizien, richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Es sei auch mir gestattet, Sie in Lemberg im Namen der ukrainischen Frauenorganisation zu begrüßen. Wir sind uns dessen bewußt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt des größten und härtesten Ringens der Deutschen und der mit ihnen verbündeten Truppen gegen die bolschewistische Walze uns allen besonders schwere Aufgaben und Pflichten auferlegten. Wir freuen uns, daß auch wir, die ukrainischen Frauen, diesen Pflichten nachkommen können. Ganz gleich, ob wir es nun als Frauen von

30.1.1944

Bauern, von Handwerkern oder Soldaten tun, überall wollen wir unseren Männern zur Seite stehen oder sie vertreten, um ihnen ihren schweren Dienst zu erleichtern. Als Mütter und Frauen von Freiwilligen, die in die SS-Schützendivision Galizien eingetreten sind, sind wir stolz darauf, daß es unseren Söhnen und Männern möglich ist, in den Reihen der besten Armee der Welt für die Freiheit unseres Volkes und für die europäische Kultur zu kämpfen. Wir glauben fest daran, daß unsere Söhne und Männer heldenhaften Beispielen früheren Generationen folgen und tapfer kämpfen werden, bis der endgültige Sieg errungen ist.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen außerordentlich für die große Ehrung, die Sie mir persönlich heute hier bereitet haben. Ich freue mich darüber umso mehr, als aus den Worten, die ich hier vernommen habe, aus dem schönen ukrainischen Volkssoldatenlied, aus der Begrüßung durch die Menge eine innige seelisch-geistige Bezogenheit zu dem Gedenktag aufleuchtet, den wir heute feiern: am 30.Januar 1933 hat Adolf Hitler die Würde eines Kanzlers des Deutschen Reiches, erhalten, und an diesem Tage beginnt in Europa eine neue Entwicklung.

Auch der Umstand, daß die Ukrainer dieses Raumes, die damals unter dem furchtbaren Terror der polnischen sogenannten Pazifierungsmethode zu leiden hatten, heute aber ukrainische Schulen, ukrainische Trachten, ukrainische Kirchen haben, die ukrainische Sprache und Kunst pflegen können, - auch dieser Umstand hängt immer innerlich damit zusammen, daß

30.1.1944

am 30.Januar 1933 der größte Mann der deutschen Geschichte die Führung des Deutschen Reiches übernahm.

Sie haben schwere Jahre des Leides sowohl in Polen als auch in der Sowjetunion hinter sich. Was geschehen konnte, Sie wieder zu dem Glück des Lebens zurückzuführen, das ist wirklich geschehen, wenn Sie dabei bedenken, welche Schwierigkeiten dieser Krieg für das deutsche Volk mit sich bringt. Ich bin mir mit meinen Herren der Regierung wie des Distrikts der Verantwortung bewußt, die wir einem so braven, so tüchtigen, so tapferem und so kulturreichem Volke wie dem ukrainischen gegenüber im Rahmen europäischer Verpflichtung zu tragen haben. Sie sollen in dem Gedanken, daß Ihre größere Zugehörigkeit zum Reiche Adolf Hitlers für Sie gegeben ist, eine Freude finden, und Sie sollen wissen, daß es eine der heiligen Aufgaben ist, die wir uns gestellt haben, Ihnen, Ihren Familien und Ihren Kindern eine glückliche Zukunft im engen Zusammenhang des Großdeutschen Reiches zu geben.

Die Arbeitsleistungen der ukrainischen Bevölkerung im ganzen Generalgouvernement sind hervorragend. Was Ihre Bauern und Bäuerinnen leisten, gehört dem großen stolzen Kapitel der Agrargeschichte dieses Raumes an.

Daß Sie nun aber auch noch Ihre Söhne und Männer für die kämpfende Truppe dem deutschen Volke zur Verfügung stellen, das gibt erst dieser Gemeinsamkeit unserer Arbeit die Weihe. Entsprechend der heroischen Tradition des ukrainischen Volkstums haben sich tapfere ukrainische Männer in die Reihen der deutschen Waffen-SS und damit der deutschen Wehrmacht eingereiht. Ich hoffe, daß das, was Sie eben sagten,

eintreten wird. Ich weiß auch, daß es geschehen wird, daß diese Männer als treue ukrainische Volkszugehörige und zugleich als tapfere deutsche Soldaten ihre Pflicht erfüllen werden.

Ich möchte Ihnen meinen Dank aussprechen und gleichzeitig die Versicherung geben, daß ich, die Herren meiner Regierung und die Herren des Distrikts alles tun werden, um in diesem Sinne auch dem ukrainischen Volke des Generalgouvernements eine glückliche Zukunft zu bereiten.

Im übrigen liegt das Schicksal aller Menschen bei Gott. Er wägt die guten und die schlechten Handlungen. Er hat Ihr Volk durch Not und Sorge, durch Nacht und Grauen zu Europas Licht zurückgeführt. Er verlangt jetzt von dem deutschen Volk die größten Opfer im Kampf gegen den Bolschewismus. Es ist für uns klar, daß Adolf Hitler der Vollstrecker einer wahrhaft hohen Schicksalsmission für Europa ist. An ihn zu glauben, ihm den Sieg zu wünschen, ihm zu helfen, daß er siegt, heißt auch für die Ukrainer dem eigenen nationalen Vorteil sich verschreiben.

Der Bolschewismus wird nicht siegen; siegen wird Europa, siegen wird Deutschland. Und hier wird niemals wieder die bolschewistische Armee einmarschieren; seien Sie dessen überzeugt. Des zum Zeichen bin ich heute hier, um auch Euch für Euer Ausharren und Eure Tapferkeit zu danken, Euch aufzurichten in dem stolzen, europäischen Gemeinschaftsbewußtsein: Wie unsere Väter gekämpft haben, so werden auch wir den Kampf gegen die Verderber Europas bestehen. Das Glück Deutschlands ist das Glück der Ukrainer; das Glück der Ukrainer ist das Glück Deutschlands; - das wird uns für alle Zukunft verbunden halten.

30.1.1944

Den Worten des Herrn Generalgouverneurs folgt eine weitere Darbietung des ukrainischen Volkschors.

Dann tritt der Herr Generalgouverneur in Begleitung dreier ukrainischer Mädchen in farbfrohen Volkstrachten auf den Balkon des Distriktsgebäudes. Auf die stürmischen Heilrufe der zahlreichen Ukrainer erwidert er mit einer kurzen Ansprache, in der er etwa sagt:

Deutschlands Glück ist auch das Glück Europas und damit das Glück der Ukrainer; der Ukrainer Glück aber ist auch das Glück Deutschlands. Hier in diesem Gebiet könnt Ihr ruhig leben und arbeiten, könnt Ihr ruhig der Zukunft entgegenblicken im Glauben an ein besseres Schicksal. Ich will es Euch sagen, daß man in Deutschland weiß, welch' arbeitsames, ehrliches, treues und tapferes Volk die Ukrainer sind. Wir haben uns hier versammelt, um gemeinsam dem Führer zu huldigen, der der Bürge unseres Glückes ist. So, wie ich jetzt die Hand dieser jungen Angehörigen Ihres Volkes drücke, reicht Deutschland den Ukrainern die Hand. Gemeinsam mit Euch wollen wir in eine glücklichere Zukunft Europas schreiten.

Nach diesen Worten bringt die Menge dem Herrn Generalgouverneur begeisterte Huldigungen dar.

14^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Wohnung des Gouverneurs Dr. Wächter.

17^{00} T e e - Empfang mit einer ukrainischen Abordnung im Hause des Gouverneurs Dr.Wächter.

30.1.1944

18^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Opernhause.

18^{30} Aufführung der Oper "Aida" von Verdi.

Anschließend Abendessen bei Stadthauptmann Dr. Höller.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Hause des Gouverneurs Dr.Wächter.)

Montag, den 31.Februar 1944

9^{00} Rückflug des Herrn Generalgouverneurs vom Flugplatz Lemberg mit der gleichen Maschine wie am Vortage. - Der Flug verläuft ohne Zwischenfall.

10^{45} Landung des Flugzeuges auf dem Flugplatz Krakau. - Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst der Flieger Sachs und Oberstleutnant der Flieger Meißner.

Oberst Sachs meldet dem Herrn Generalgouverneur seine Versetzung in eine andere Dienststellung, Oberstleutnant Meißner seinen Dienstantritt als Generalsstabschef des Luftgaukommandos VIII.

13^{00} M i t t a g e s s e n , an dem General Sommé, Oberst Sachs, Oberstleutnant Meißner und die Besatzung des Flugzeuges teilnehmen.

15^{35} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Dienstag, den 1.Februar 1944

16^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Stefan Keith und Stabsfeldwebel Geber.

Stabsfeldwebel Geber berichtet dem Herrn Generalgouverneur die genauen Einzelheiten des Heldentodes des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs, Kammergerichtsrats und Leutnants Dr. Franz Keith. Anhand einer mitgebrachten Karte erklärt Geber die Stellung der Kampfgruppe, bei der Leutnant Keith am 24.Januar gefallen ist.

Die aus 500 Mann bestehende Kampfgruppe, zu der das Bataillon infolge seiner großen Ausfälle durch Eingliederung der Angehörigen des Trosses zusammengestellt war, habe bei Konstantinowka, etwa 35 km von Kalinowka-Winniza entfernt, eine Front von mehreren Kilometern als Flügelsicherung für 4 von rechts angreifende deutsche Divisionen halten müssen. Am Tage vorher habe die Kampfgruppe bereits starke Angriffe der Russen abzuwehren gehabt und dabei in starkem Artillerie- und Granatwerferfeuer gelegen. Die Stellung habe aber unbedingt gehalten werden müssen, um den Vormarsch der 4 Divisionen zu ermöglichen.

Leutnant Keith habe bei den infolge der feindlichen Übermacht eintretenden Verlusten das Gefühl gehabt, schon die Nacht vorher nicht mehr zu überleben. Sie wären beide befreundet gewesen und hätten sich gegenseitig das Versprechen gegeben, die Angehörigen zu benachrichtigen, falls ihnen etwas zustoßen sollte.

Am Morgen des 24. Januars sei die Meldung vom Einsatz russischer Panzer gekommen. 18 russische Panzer rollten auf die Kampfgruppe zu. Leutnant Keith habe gerufen: "Los, Panzer!", habe eine

Faustgranate ergriffen und auf einen Panzer angelegt. Im Moment des Abziehens müsse vor Leutnant Keith in ungefähr 2 m Abstand eine russische Pak-Granate eingeschlagen und an seinem Oberarm in Schulterhöhe krepiert sein. Er selber habe das nicht genau beobachten können, da er nach links auf einen anderen Panzer geschossen habe. Leutnant Keith habe gerufen: "Emil, hilf mir, denk' an Dein Versprechen"! und sei sofort verblutet. Wegen starken Artilleriefeuers hätten sie den Toten nicht wegschaffen, sondern nur in den Graben legen können. Am Abend sei die Leiche nach Kalinowka gebracht worden, wo am dortigen Heldenfriedhof im Gelände der Kirche am 26.Januar unter militärischen Ehren die Beisetzung stattgefunden habe. Leutnant Keith sei in Uniform in einen Sarg gelegt und neben Hauptmann Ebert, der vorher das Bataillon geführt und am gleichen Tage gefallen sei, beerdigt worden. Das Grab sei kenntlich gemacht und Bilder von der Beisetzung und vom Grab selbst aufgenommen worden.

Der Herr Generalgouverneur widmet dem Gefallenen ehrende Worte; er sei ein prachtvoller Mensch gewesen, der im Generalgouvernement große Aufbauarbeit geleistet habe. Am kommenden Donnerstag finde für ihn in Anwesenheit aller Gefolgschaftsmitglieder und vieler Vertreter der Regierung des Generalgouvernements auf der Burg eine Trauerfeier statt.

Dem Bruder des Gefallenen Herrn Stefan Keith verspricht der Herr Generalgouverneur, alle persönlichen Fragen, die durch den Tod Dr. Keiths aufgetaucht seien, wie Weiterbenutzung der Wohnung auf der Burg durch die Hinterbliebenen im günstigen Sinne zu regeln. Das sei ihm selbstverständliche Ehrenpflicht.

1.2.1944

Der Herr Generalgouverneur läßt sich dann von Stabsfeldwebel Geber eingehenden Bericht über die Verhältnisse am Frontabschnitt, an dem Leutnant Keith eingesetzt war, erstatten.

16[55] Besprechung mit Staatssekretär a.D. Dr. Mühlmann und Architekt von Palézieux in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Dr. Meidinger.

Thema der Besprechung ist der Stand der Übergabeverhandlungen der Kunstschätze des Generalgouvernements durch das Amt für die Pflege alter Kunst in den Gewahrsam der Burg zu Händen des Architekten von Palézieux.

Herr von Palézieux berichtet, daß alle durch das Amt für die Pflege alter Kunst listenmäßig erfaßten Kunstschätze übergeben seien bis auf die, die sich zur Zeit noch in Berlin und Wien befänden. Unter anderen seien dies der Marienaltar, ein Brief und eine Zeitung von Veit Stoß (Nürnberg und Reichskanzlei) und ein Wateau im Besitz des Reichsmarschalls. Auch ein großer Teil des Museums von Warschau sei nicht aufzufinden. Im ganzen handle es sich um ca. 296 Stück. Auf der anderen Seite seien aber auch Sachen vorhanden, die gar nicht erfaßt gewesen seien.

Staatssekretär Dr. Mühlmann erklärt, daß vor dem Tätigwerden des Amtes ein großes Chaos geherrscht habe und damals sicherlich verschiedene Kunstgegenstände unkontrollierbar verschwunden seien. Dekorative Stücke habe man auf Weisung des Herrn Generalgouverneurs auch für die repräsentativen Bauten des Generalgouvernements verwendet.

3a

1.2.1944

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er eine solche Weisung nicht gegeben habe. Wenn alte Kunstgegenstände in den Bauten des Generalgouvernements vorhanden seien, müßten darüber doch sicherlich die Architekten Bescheid wissen. Auch müsse ein Verzeichnis der im Reich befindlichen Leihgaben existieren.

Im Übrigen sollten nun die Übergabeverhandlungen in naher Zukunft beendet werden, damit er Staatssekretär Mühlmann in einem feierlichen Akt Entlastung erteilen könne.

Staatssekretär Dr. Mühlmann erklärt, daß dieser Akt in zwei bis drei Wochen stattfinden könne.

1.2.1944

17[1o] Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger, Architekt von Palézieux und SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth.

Der Herr Generalgouverneur gibt die Weisung, daß an seine Familienangehörigen von der Lagerverwaltung der Burg nichts mehr ausgegeben werden darf, es sei denn mit seiner schriftlichen Genehmigung. Das Gleiche gelte für die Anforderung eines Wagens für eine Fahrt von Kressendorf nach Krakau oder umgekehrt durch ein Mitglied seiner Familie.

17[5o] Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und SS-Obergruppenführer Koppe.

18[oo] Arbeitsbesprechung im Königssaal der Burg.

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr.Bühler, Koppe und Dr. Boepple, Hauptabschnittsleiter Stahl, die Präsidenten Gerteis, Naumann, Emmerich, Senkowsky und Ohlenbusch, Regierungskommissar Dr. Heuber, Oberst Fischer und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Besprechung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Ich habe heute das Bedürfnis, einmal in einem kleineren Kreis der wichtigsten Mitarbeiter des Generalgouvernements einige Fragen zu besprechen, die mir vordringlich erscheinen; ich will also heute keine offizielle Regierungs- oder Hauptabteilungsleitersitzung abhalten. Ich habe darum für die heutige Besprechung auch keine Tagesordnung aufgestellt. Die außerordentliche Zeit und die Ereignisse, die jeder Tag mit sich bringt, sind derart, daß ich das Bedürfnis habe, Sie ab und zu bei mir zu sehen, um mit Ihnen eine Plauderstunde abzuhalten

über das, was Sie und mich bewegt. Es ist klar, daß die Verhältnisse, die sich jetzt ungeheuer zuspitzen, gerade für uns im Generalgouvernement außerordentliche Auswirkungen haben; es ist weiterhin klar, daß diese Auswirkungen vor allem darauf zurückzuführen sind, daß in weiten Zonen der Reichsverwaltung eine gewisse Nervosität Platz gegriffen hat, von der man manchmal den Eindruck hat, daß sie die Dinge hingleiten läßt, ohne sich noch um Details zu kümmern.

Unter schwierigsten Umständen ist es geglückt, die - ich möchte fast sagen - rein persönliche Seite des Generalgouvernements zu überwinden. Durch die Berufung des Parteigenossen Koppe, durch meine Aussprache mit Reichsführer SS Himmler und neuerdings mit Reichsleiter Bormann sind diese Fragen restlos bereinigt. Alle diese Kampffelder existieren nicht mehr, und es hat sich eine Welle wohlwollender Zusammenarbeit herausgebildet. Dies war aber auch der letztmögliche Zeitpunkt.

Jeder Einzelne von uns hat heute neben seinen privaten Sorgen auch seine amtlichen Sorgen. Ich möchte die heutige Aussprache dazu benutzen, um jedem der Herren Gelegenheit zu geben, hier auch seine Überlegungen für die zukünftige Arbeit darzulegen.

Präsident Ohlenbusch schildert zunächst die Angst der Polen beim Vordringen der Bolschewisten. Die Wehrmachtsberichte der letzten Tage hätten dann eine gewisse Beruhigung in die polnische Bevölkerung gebracht. Die Polen seien sich über die vom Führer

in seiner letzten Rede aufgezeigte Alternative - entweder unter den Deutschen leben oder unter den Bolschewisten sterben - klar.

Präsident Ohlenbusch liest zum Beweis dieser Behauptung verschiedene Berichte aus den einzelnen Teilen des Generalgouvernements vor, die die Haltung der polnischen Bevölkerung dokumentieren. So habe z.B. die polnische naticnale Widerstandsbewegung am Grabe eines von bolschewistischen Banden ermordeten Deutschen einen Kranz mit der Aufschrift niedergelegt: "Gefallen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind".

Die Tätigkeit der nationalen Widerstandsbewegung gehe in der letzten Zeit gegenüber der der bolschewistischen zurück. In der letzten Zeit würden auffallend viel Überfälle auf Autos ausgeführt, die nach einigen Tagen wieder zurück-erstattet würden. Allem Anschein nach benütze die Widerstandsbewegung diese Wagen zu Kurierdiensten.

Die antibolschewistische Stimmung der polnischen Bevölkerung sei weiterhin sehr stark. Als Zeugnis dafür könnten die vielen Aufschriften in Warschau angeführt werden, auf denen Parolen wie: "Wir werden den polnischen Osten niemals abtreten" oder: "Einigkeit macht stark" zu lesen seien.

Die kommunistische Propaganda auf den Dörfern nehme ständig zu. Die Banden umstellten ein Dorf und holten alle Bewohner auf einen Platz zusammen, wo dann Agitationsredner ihre Tätigkeit ausübten. Dabei vermieden die Banden jeglichen Übergriff am Eigentum der Bevölkerung.

1.2.1944

Die illegale Flugblattpropaganda steige ständig; die Flugblätter seien von allen möglichen Parteien unterzeichnet. Präsident Ohlenbusch gibt den Text einiger Flugblätter bekannt.

Die polnische Bevölkerung werde durch die deutsche antibolschewistische Propaganda fortgesetzt und wirkungsvoll beeinflußt. Diese Propaganda sei von ihm durch die sogenannte geheime Aktion B verstärkt worden, bei der der Versuch gemacht werde, unter Einschaltung der Rüstungs- und Zivilbetriebe in den Betrieben Gefolgschaftsappelle abzuhalten, bei diesen durch die deutschen Betriebsführer einen Jahresrückblick geben zu lassen, den Dank für die geleistete Arbeit abzustatten und darüber hinaus zur weiteren treuen Mitarbeit für 1944 aufzurufen und von den polnischen Arbeitern Resolutionen gegen den Bolschewismus spontan herbeizuführen. Diese Aktion sei eingehend abgesprochen mit Oberführer Bierkamp; auch Obergruppenführer Koppe und Staatssekretär Dr.Bühler seien unterrichtet. Die Aktion und vor allem ihre praktische Durchführung habe er mit den Präsidenten Naumann und Struve und Bereichsleiter Stahr abgesprochen. Eine Voraktion in Warschau habe verblüffende Ergebnisse erzielt und erzweifle auch nicht am Erfolg der gestarteten Aktion.

Staatssekretär Koppe spricht davon, daß man sich hüten müsse, dem Ganzen Schriftform zu geben, denn jeder würde sagen, die Polen seien zur Abgabe ihrer Unterschrift gezwungen worden. Man müsse sich überhaupt hüten, im jetzigen Augenblick die Leistungen des polnischenArbeiters allzu sehr zu besingen.

1.2.1944

Präsident Gerteis legt noch einmal die bereits Präsident Ohlenbusch gegenüber geäußerten Bedenken für ein Gelingen dieser Aktion dar. Von den über looo Betriebsführern der Ostbahn sei nur ein kleiner Teil als Redner geeignet, während die übrigen zur Abhaltung von Betriebsversammlungen nicht das nötige Rüstzeug besäßen.

Präsident Ohlenbusch bezeichnet die Aktion als wohlüberlegt und vorbereitet und glaubt an einen Erfolg. - Als Pläne für die Zukunft bezeichnet er die Veranstaltung von Fabrikkonzerten, Film- und Rundfunkreportagen mit einer Hervorhebung der guten Leistungen des polnischen Arbeiters, Reportagen aus Werkstätten und Fachschulen über Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, Wohltätigkeitsveranstaltungen in der polnischen Bevölkerung für Flüchtlinge aus dem Osten, Indienststellung der polnischen Schulen zur Agitation gegen den Bolschewismus, Durchführung einer Schallplattenaktion für die polnischen Arbeiter im Reich, Aufführungen polnischer Varietees in den Betrieben, Gründung einer antibolschewistischen Liga und Gründung einer antibolschewistischen Wochenzeitung.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß die Wirtschaft des Generalgouvernements in zunehmendem Maße im Zeichen der Doppelfunktion, die das Generalgouvernement zur Zeit erfülle, stehe in dem Sinne, daß sie auf der einen Seite vom Reich voll in Anspruch genommen werde und auf der anderen Seite von ihr zunächst unmittelbare Frontdienste verlangt würden. Es herrsche bis zu einem gewissen Grade ein Wettbewerb um die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements, wobei sich die verschiedenen Organisationsträger keineswegs über den zu beschreitenden Weg im klaren seien: auf der einen Seite bestehe die Parole, daß das Generalgouvernement für die Rüstung arbeiten müsse, auf der

anderen Seite herrsche das Bestreben, das Generalgouvernement rücksichtslos für die Bedürfnisse der Front in Anspruch zu nehmen. Es bestünden zwar alle Ansätze für eine Einigung dieser beiden Richtungen, jedoch fehle nach seiner Meinung hinsichtlich des Abstimmens dieser Dinge eine einheitliche Befehlsstelle, da der Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement gegenüber den Ansprüchen der Heeresgruppen nicht ohne weiteres das letzte Wort sprechen könne. Es fehle zwar nicht der gute Wille, sondern es erwiesen sich gewisse starre Richtlinien als sehr hinderlich. Eine bestimmte Wehrmachtsformation teile z.B. die Landkarte in gewisse parallele Streifen auf und beanspruche für sich ein bestimmtes Hinterland ohne Rücksicht darauf, ob nun die in diesem Streifen liegenden Betriebe zweckmäßigerweise nicht besser für etwas anderes eingesetzt werden könnten.

Die durch diese starren Richtlinien entstehende Entwicklung bereite ihm Sorgen; sie falle mit dem Zeitpunkt zusammen, in dem die gesamte Sanierungsaktion in der Wirtschaft des Generalgouvernements erfolgversprechend angelaufen sei. Diese Sanierungsaktion könne man so umreißen, daß man auf Grund der Ernährungssicherung für die Arbeiterschaft durch eine Versorgung der Arbeiter mit gewerblichen Gütern in einem vertretbaren Ausmaß eine Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin ~~in~~ in den Betrieben erreichen wolle; auf der anderen Seite werde durch diese Aktion ein materieller Beitrag zur Befriedung des Landes geleistet. Es sei nämlich klar, daß eine gut versorgte Arbeiterschaft den Anfechtungen der Zeit weniger zugänglich sei.

Dieser materielle Beitrag zur Befriedung des Landes sei seit Monaten Gegenstand der Maßnahmen der Hauptabteilung und ihrer Besprechung mit dem Reich. Der für die zweite Hälfte dieser Woche angesetzte Besuch des Präsidenten Kehrl werde den Schlußpunkt unter die Anforderungen setzen, die die Hauptabteilung in diesem Zusammenhang an das Reich gerichtet habe. Die Idee dabei sei folgende: man müsse einmal im Sinne der Ernährungssicherung alles tun, um der Hauptabteilung E.u.L. die Erfassung der Ernte zu ermöglichen, d.h. E.u.L. habe im vergangenen Jahr einen viel zu geringen Eiseneinsatz gehabt, um die Produktionsmittel instand zu halten; es sei also ein Versäumnis nachzuholen. Auf der anderen Seite müsse noch Zusätzliches hineingegeben werden. Dadurch werde ein wichtiger Sektor des Schleichhandelns weitgehend ausgeschaltet, gleichzeitig aber durch zusätzliche Erfassung von Ernährungsgütern wiederum die Vollversorgung der Rüstungsarbeiter gewährleistet.

Das geplante Programm habe leider noch nicht voll durchgeführt werden können; es bestehe noch ein Defizit von 5o ooo Rationen. Die Zusatzernährung werde der Ausgangspunkt dafür sein, daß sich die Produktion vermehre, daß sie offiziell erfaßt werden könne und so eine Abgabe in den Schleichhandel verhindert werde. Wie Präsident Kehrl das nenne, gebe es dadurch eine Initialzündung für den Wirtschaftskreis des Generalgouvernements.

Regierungskommissar Dr.Heuber berichtet, daß er sich in den letzten Monaten mit der Organisation der Zentralkammer habe befassen müssen; seinen Eindruck könne er als befriedigend bezeichnen. Hauptprobleme seien Ernährungsfragen, Erreichung der 5o ooo fehlenden Rationen, Organisationsfragen, Überprüfung der persönlichen Verhältnisse, Erfassung der Produktion,

lo

1-2.1944

Einschränkung des Schleichhandels, Preisbildungs- und Währungssorgen. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Mitgliedern sei an sich gut; soweit sie Polen betreffe, könne er feststellen, daß sie willig mitarbeiteten und gern alle Unterstützung annähmen.

In Unternehmerkreisen herrsche die lebhafte Sorge, daß die Front nicht gehalten werden könne und mit einem Einströmen des Bolschewismus zu rechnen sei.

Präsident Naumann behandelt zuerst Ernährungsfragen und dann rein wirtschaftliche Erzeugungsfragen. Die Ernährungssituation stelle sich im großen und ganzen weit besser dar als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Versorgung der Bevölkerung erfolge zu weit höheren Rationen. Während im vergangenen Jahr für die Ernährung der Bevölkerung 560 ooo to Verwendung gefunden hätten, betrage die diesjährige Menge etwas über eine Million Tonnen. Einige hier und da auftauchenden Versorgungsschwierigkeiten oder die geringe Schlechterstellung der Versorgung der ledigen Ostbahnarbeiter auf Grund der am 1.September 1943 eingeführten Neuregelung der Rationssätze würden durch die Tatsache aufgehoben, daß jetzt alle Familienangehörigen der nichtdeutschen Arbeitermassen eine ausreichende Versorgung erhielten.

Die schlechte Kartoffelernte bereite erhebliche Sorgen, obwohl die Lage des Generalgouvernements auf diesem Gebiet noch wesentlich günstiger sei als die des Reiches. Das gesteckte Erfassungsziel habe man leider nicht ganz erreichen können.

Auf dem Gebiet der Fleisch-, Milch- und Fettversorgung gebe es ebenfalls Schwierigkeiten. Mit dem Näherrücken der Ostfront sei die Ablieferungswilligkeit auf diesem Gebiet geringer geworden, so daß es jetzt und auch in Zukunft größter Anstrengungen bedürfte, damit die eingeführten Rationssätze bis zum neuen

Versorgungsjahr durchgehalten werden könnten. Erschwert würden alle Maßnahmen durch das Hereinlegen der rückwärtigen Frontdienste in das Generalgouvernement. Es vergehe fast kein Tag, an dem nicht irgendeine Dienststelle versuche, z.B. neue Lager zu bekommen. So habe eine Stelle 80 000 qm Lagerraum - diese bedeuteten eine Unterbringungsmöglichkeit für 100 000 to Brotgetreide - gefordert und erklärt, die Rüstung habe im Lande nichts mehr zu suchen. Im gleichen Moment komme der Beauftragte des Reichsministers für Bewaffnung und Munition und fordere eine Erhöhung der Erzeugung von Infanteriemunition und moniere alle Dienststellen des Generalgouvernements mit Fernschreiben des Inhalts, daß unter allen Umständen die beiden grossen Getreidelager in Warschau dafür geräumt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann um Überlassung der Unterlagen für diese beiden sich völlig widersprechenden Forderungen, um sie dem Führer vorzulegen.

Präsident Naumann fährt fort, daß auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung die Dinge noch zufriedenstellend liefen. Wenn alles programmmäßig ablaufe, werde es möglich sein, eine einigermaßen vernünftige Frühjahrsbestellung hinzulegen.

Präsident Naumann bringt dann folgende Gedanken zum Ausdruck: er und seine Männer hätten sich überlegt, aus welchem Grunde es die Deutschen immer fertigbrächten, sich eine fremde Bevölkerung zum Feinde zu machen, wenn sie in ihr Land kämen, während es doch die Engländer fertigbrächten, die Völker der besetzten Gebiete sich wenn nicht zu Freunden so doch mindestens zu Neutralen zu machen, obwohl die Deutschen bemüht seien, für diese Völker doch auch etwas zu tun.

1.2.1944

Zweifellos verhungern zur Zeit in Bengalen mindestens 2 bis 3 Millionen Inder. Die Engländer erklären, daß sie hier helfen müßten, daß sie Lebensmittel hinschicken müßten, daß sie einen großen Ausschuß hingeschickt haben, der über die Beseitigung der Not beraten müsse. In Wirklichkeit aber würden sie für die hungernden Inder verflucht wenig tun. Die Worte des Reichsmarschalls beim Erntedankfest, der gesagt habe, ehe Deutsche hungerten, müßten Polen verhungern, hätten uns die Polen bestimmt nicht freundlicher gestimmt,. Wenn er sich (Präsident Naumann) mit einfachen polnischen Bauern unterhalte, erklärten sie ihm folgendes: "Ihr Deutschen seid komische Menschen! Entweder wollt Ihr den Osten militärisch erobern, dann müßt Ihr ungeheuer stark sein, oder Ihr wollt den Osten militärisch und politisch erobern, dann müßt Ihr auch eine gewisse politische Entfaltung vom Stapel lassen und müßt auch den fremden Völkern im gewissen Umfang ihr Eigenleben garantieren wollen oder wenigstens so vormachen, damit Ihr dem Fremdvolk nicht den Lebensmut raubt".

Betrachtet man die letzten Jahre im Generalgouvernement, dann könne man feststellen, daß wir Deutsche dem polnischen Landvolk praktisch viel mehr gebracht, als wir ihm genommen hätten: an Erfahrung, an Aufbau, an Entwicklung der Ernährungswirtschaft, der Saatgutwirtschaft und all' der Dinge, die jedem einzelnen polnischen Bauern zugute gekommen seien und kämen. Was die Regierung des Generalgouvernements im Laufe der letzten vier Jahre für das polnische Landvolk aufgebracht habe, das hätten die Polen nicht im entferntesten während der letzten zwanzig Jahre aufgebracht. Die Parole, die der Herr Generalgouverneur in seiner letzten Rede vor der deutschen Inlandspresse in Berlin aufgestellt habe, sei loo % richtig.

1.2.1944

Die Hauptabteilung habe seit November des vergangenen Jahres ihre deutschenMitarbeiter in diesem Sinne erzogen und ihnen aufgegeben, die von der deutschen Verwaltung durchgeführten positiven Momente immer mehr in den Vordergrund zu rücken. "Ihr seid zwar gute Bauern, aber die Erfahrungen, die in Deutschland gesammelt wurden, haben Euch erst die Deutschen gebracht, und diese Erfahrungen und Verbesserungen sind nicht wenige!" Seiner Meinung nach sei hier der Keimpunkt geschaffen, von dem ausgehend den Ostvölkern klar gemacht werden könne, daß die deutsche landwirtschaftliche Führung den polnischen und ukrainischen Bauern große Fortschritte gebracht habe.

Man müsse natürlich aufpassen, daß dies nicht ins Gegenteil umschlage. Erst müsse man einmal versuchen, Ruhe in die Landbevölkerung hineinzutragen. Die Deutschen würden nicht immer als Bedrücker, sondern auch als Heilsbringer angesehen genau so wie die Engländer in den letzten zweihundert Jahren.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf seine Rede vor der Berliner Presse und auf die bei der Lemberger Kundgebung hin, bei denen er ausgeführt habe, daß die deutsche Verwaltung der Bevölkerung des Landes eine soziale Revolution gebracht habe. Man müsse sich auf die Bauern und Arbeiter dieses Landes stützen, denn die sogenannte Intelligenz könne man nie für die deutschen Belange gewinnen. Die deutschen Leistungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft, für die Arbeiter und Gewerbetreibenden dieses Raumes müßten einmal zusammengestellt werden.

Den Polen müsse man aberauch immer wieder sagen: im Vergleich zu den Opfern, die die Engländer in einer einzigen Bombennacht vom deutschen Volk fordern, stellten die Opfer der deutschen Exekutionen eine kleine

Zahl dar. Außerdem mordeten die Engländer die Unschuldigsten der Unschuldigsten, während die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements nur amtlich verurteilte Leute hinrichte.

Präsident Gerteis führt aus, daß der Ostbahn durch das Hereinströmen verschiedener Heeresteile große Sorgen erstanden seien. In den Bezirken Lemberg, Lublin und Warschau hätten sich zahlreiche Wehrmachtsversorgungsstäbe niedergelassen, die einen großen Empfang und Versand von Wagen besäßen, so daß neue Gleise und Entladerampen erstellt werden müßten.

In den letzten zwei,drei Jahren sei das Netz der Ostbahn für einen großen Durchgangsverkehr ausgebaut worden, so daß seit dem Frühjahr des letzten Jahres alle geforderten Leistungen neben dem eigenen Verkehr hätten bewältigt werden können. Die jetzige Aufgabe sei eine ganz andere: man müsse den ganzen Schwall, der vom Osten zurückflute und der vom Westen hereinströme, bewältigen, den Bahnhöfen zuführen und entladen. Das habe zur Folge, daß die große Gefahr drohe, daß der eigene Wirtschaftsverkehr, der der Versorgung der Bevölkerung und auch der Wehrmacht diene, zu kurz komme. Seine Aufgabe sei es, für die Aufrechterhaltung des unbedingt notwendigen eigenen Wirtschaftsverkehrs zu sorgen; könne er nicht durchgeführt werden, wäre das der Beginn einer gewissen Verwaltungsauflösung, z.B. wenn es nicht gelinge, Lemberg oder Lublin mit Lebensmitteln zu versorgen.

Bis jetzt sei er mit seinen Forderungen bei den militärischen Transportstellen noch nicht voll durchgedrungen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Gerteis um Einschaltung, falls unüberwindliche Schwierigkeiten auftreten sollten.

1.2.1944

Die Zahl der Sabotagefälle habe sich in der letzten Zeit etwas verringert, jedoch sei die Qualität der Überfälle besser und die Wirkung zielsicherer geworden. Die Zahl der Überfälle auf Schnell- und D-Züge sowie auf Urlauberzüge habe sich vermehrt. Früher seien Bahnhöfe ohne Sinn und Verstand gesprengt worden, während heute bessere Arbeit geleistet werde. Die Abwehrmaßnahmen der Ostbahn erfolgten im bescheidenen Umfange, da die Zahl der Bahnschutzkräfte unzureichend sei. 18 Kompanien der Wehrmacht, meist Armenier und Aserbeidschaner, patrouillierten in größeren Gruppen auf Strecken,die als Wehrmachts- und Transportstraßen gelten würden.

Personalmäßig sei die Situation der Ostbahn an den Grenzen schwierig; jedoch sei Vorsorge getroffen, beim Näherrücken der Front die Strecken mit deutschem Personal zu besetzen. Bei der Gefolgschaft herrsche Ruhe mit Ausnahme in den großen Betrieben in Warschau. Die Täter einiger Sabotageakte habe man ermittelt und hingerichtet.

Präsident Gartels schildert dann die Gedankengänge der polnischen Arbeiter auf dem Ernährungsgebiet: Die Arbeiter könnten nicht verstehen, warum der Bauer nach Ablieferung seines Kontingents zusätzlich erzeugte Nahrungsmittel abgeben dürfe, während doch der Schleichhandel amtlich bekämpft werde.

Dazu nimmt Präsident Naumann Stellung: im Generalgouvernement unterscheide man zwischen einem Mindestkontigent und einem Festkontingent. Das erstere werde auf eine Ware umgelegt, d.h. man fordere z.B. von einem bestimmten Betrieb mindestens zwei Doppelzentner. Der Betrieb müsse aber darüber hinaus trotzdem eine Mehrerzeugung abführen. Beim Festkontingent müsse ein Bauer eine gewisse Menge abliefern; was er

darüber hinaus erzeuge, könne er entweder selbst essen, in seiner Wirtschaft verbrauchen oder zum Erwerb von Produtkionsmitteln, die ihm amtlich nicht gegeben werden könnten, verwenden. Das Festkontingent werde bei Produkten gewählt, die man schnell in die Hand bekommen wolle. In diesem Jahr gebe es z.B. ein Festkontingent in Getreide, d.h. vom erzeugten Getreide müsse der Bauer eine bestimmte Menge abliefern, während er das übrige für seine Ernährung und für die Hühner- und Schweinehaltung verwenden müsse. Praktisch könne also nichts in den Schleichhandel abgegeben werden außer auf Kosten der Hühner- und Schweinefütterung. Bekämpfe man den Schleichhandel überhaupt nicht, dann bestehe die Gefahr, daß man z.B. bei der Milch die auferlegten Kontingente überhaupt nicht bekomme. Um das aufgestellte Fettprogramm durchzuhalten, müßten pro Kuh und pro Jahr 5oo Liter erfaßt werden; in Wirklichkeit habe man bisher aber nur 25o Liter pro Kuh erfassen können. Beim Fleisch sei es folgendermaßen: wenn ein Bauer seine Mehrproduktion an Getreide für die Schweinemast verwende, könne er, je mehr er mäste, desto mehr selbst verbrauchen. Wenn er z.B. zwei Schweine füttere, müßte er nur eines abliefern; ob er das andere selber esse oder verschiebe, sei ihm überlassen. Dadurch wolle man die Bauern dazu bringen, zwei Schweine zu füttern. Das dem Bauern überlassene Schwein erhalte zur Kenntlichmachung einen Rollstempel und werde nicht als Schwarzhandelsware beschlagnahmt. Durch diese Anordnung, habe man in diesem Jahr 3oo % mehr Schweine erfaßt als im vorigen.

Die Hauptabteilung habe während der vergangenen vier Jahre die polnische Mentalität genau studiert und alle Methoden, die sie einführe, würden erst probeweise in zwei Kreisen gestartet. Gerade mit diesen

Mindest- und Festkontingenten habe man die besten Erfahrungen genacht.

Auf den Einwurf des Präsidenten Gerteis, daß die Polizeiorgane vielfach auch diese Schweine mit den Rollstempeln beschlagnahmen würden, erklärt Präsident Naumann, daß im sogenannten Grünen Heft, einem Merkbüchlein für die Polizei, Erläuterungen über diese neue Methode gegeben seien.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, die Methode mit Staatssekretär Koppe, Präsident Emmerich und Dr. Heuber genau durchzusprechen.

Präsident Gerteis bringt dann die Bitte vor, ob nicht das Reiseverbot der Nichtdeutschen ohne besondere Erlaubnis aufgehoben werden könne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Koppe um Prüfung der Angelegenheit und um Aufhebung des Verbots zum 1.März, falls nicht besondere Gründe dagegen sprächen.

Präsident Gerteis berichtet zum Schluß von infolge des Näherrückens der Ostfront notwendig gewordenen Bahnstreckenbauten, die die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements überstiegen. Man benötige dazu 75 ooo Arbeiter, von denen 4o ooc vorhanden seien. Die Kosten betrügen eineinhalb Milliarden Zloty.

Präsident Senkowsky führt aus, daß die Finanzverwaltung jetzt schon die Einsatzziffern für den Haushalt 1944 einigermaßen übersehen könne und auch nach Verlauf von lo Monaten des jetzigen Rechnungsjahres einen gewissen Rückblick über das Ergebnis dieses Jahres geben könne. Sie habe bisher die Stellung sozusagen gehalten. Die Aufwärtsentwicklung sei in diesem Jahr abgebrochen; das hänge zum Teil damit zusammen, daß die Aufbaujahre vorüber seien. Verschärfend

und nachteilig trete jetzt die Situation an der Ostfront in Erscheinung, während vorher die ausserordentliche Unsicherheit auf dem flachen Lande hemmend gewirkt habe. Bei früherer Gelegenheit habe er bereits auf die Schwierigkeit in der Beitreibung der Steuern auf dem flachen Lande hingewiesen.

Bei den Gouverneuren, in der Distrikts-und Kreisebene vermisse er ein gewisses Verständnis für die Bedürfnisse der Eintreibung der Steuern. Besonders werde von den Finanzinspekteuren des Distrikts Galizien geklagt, dass man ihnen vorhalte, mit der Steuereinziehung nicht so scharf vorzugehen, um die Stimmung der Bevölkerung nicht zu vergrämen. Mit diesen Ausführungen wolle er jedoch keine konkreten Beschwerden führen.

Einen weiteren Ausfall in den Besitz-und Verkehrssteuern habe die Judenaussiedlung gebracht, da die Juden den grössten Teil dieser Steuern bezahlt hätten. Bis jetzt sei es nicht gelungen, die Leute, die nunmehr an Stelle der Juden die Geschäfte machten, steuerlich zu erfassen. In diesem Jahre habe sich zum ersten Mal gezeigt, dass ein Monatsertrag niedriger gewesen sei als in den Vorjahren.

Weiter sei die Frage der Beförderungssteuer der Ostbahn noch nicht geklärt, die an sich in Höhe von 60 Mill. in den Haushalt eingesetzt gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, dass diese Frage für die Hauptabteilung Finanzen in positivem Sinne gelöst werden müsse. Er ersucht Präsident Senkowsky und Präsident Gerteis um die Ausarbeitung einer Einigung; Staatssekretär Dr. Bühler möge ihm danach Vortrag darüber halten.

Staatssekretär Koppe erklärt in diesem Zusammenhang, dass in den neuen Ostgebieten bei der Einsetzung der deutschen Verwaltung der gesamte bäuerliche Besitz als

1.2.1944

Staatseigentum übernommen worden sei. Da dies im Generalgouvernement nicht der Fall gewesen sei, müsse doch die Möglichkeit bestehen, dem polnischen bäuerlichen Haus-und Gewerbebesitz eine Zwangshypothek als Kriegsbeitrag aufzuerlegen.

Der Herr Generalgouverneur sieht darin mehr Nachteile wie Vorteile. Unbedingtes Bestreben der deutschen Verwaltung müsse essein, die bestehende kleine Vertrauensdecke der Fremdvölkischen nicht zu zerreissen. Die Einlagen in den Sparkassen und die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung seien mindestens ebensoviel wert. Die Erörterung dieser Frage werde aber in einer kommenden Wirtschaftsbesprechung erfolgen.

Präsident Senkowsky berichtet dann, dass im Haushalt auch der Ertrag einer Erhöhung des Kriegszuschlages auf Branntweinerzeugnisse eingesetzt worden sei. Über die bescheidene Preiserhöhung von 8 auf 10 Zloty pro Liter hätte keine Einigung erzielt werden können, so dass er den Antrag erneut einbringen müsse. Dabei habe er festgestellt, dass wenig Verständnis für die Notwendigkeit, Einnahmequellen für den Staat zu erschliessen, vorhanden sei.

Staatssekretär Dr.Bühler bezeichnet als Grund der Ablehnung die Tatsache, dass für die Landwirtschaft bereits bestimmte Ablieferungspreise festgesetzt gewesen seien, und dass man deshalb nicht nachträglich eine Erhöhung des Preises der Prämienware habe durchführen wollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer kommenden Erhöhung des Kriegszuschlages einverstanden.

1.2.1944

Als letzten Posten, der Einnahmen erbringe, bezeichnet Präsident Senkowsky einen pfleglich behandelten Staatskredit.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, Präsident Senkowsky zusammen mit Bankdirigent Paersch zu einer eingehenden Aussprache in dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen zu empfangen.

Präsident Senkowsky gibt zum Schluss die Erklärung ab, dass für die notwendigen Ausgaben die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Oberst Fischer gibt die dem Herrn Generalgouverneur bereits vorgetragene Anordnung des Führers über die Operationsgebiete bekannt, wonach der Führer eine Erweiterung des Operationsgebietes endgültig abgelehnt habe. Wenn die Front ins Generalgouvernement hereindränge, werde lediglich eine 20 km breite Zone als Gefechtszone eingerichtet, aus der die Zivilverwaltung zurückgezogen werde; sonst aber bleibe die Zivilverwaltung bestehen. Damit sei schon gesagt, dass das Militär dort verwaltungsmässig nichts zu sagen habe.

In der Erkundung von Lagerräumen für Wehrmachtszwecke habe man befürchtet, dass die Machtbefugnis der Befehlshaber nicht mehr ausreichen würde, wenn die Heeresgruppen darin weiteren Bedarf hätten. In diesen Fällen sei beabsichtigt, ein besonderes Gremium zusammen-zu-stellen, um nicht jedes Mal die Entscheidung des Führers herbei-holen zu müssen. Dieses Gremium solle aus dem Herrn Generalgouverneur, Reichsminister Speer und dem jeweiligen Befehlshaber bestehen, wobei noch zweifelhaft sei, ob der Heeres-

1.2.1944

gruppenbefehlshaber oder Wehrkreisbefehlshaber herangezogen werde. Dieses Gremium müsse jeweils über die dringendsten Belange eine Entscheidung treffen.

Staatssekretär Koppe führt aus, dass sich die Sicherheitslage im Generalgouvernement besonders in den Distrikten Galizien und Lublin und in den letzten Tagen auch im Distrikt Warschau - hier vor allem in der Stadt Warschau - verschlechtert habe. Es sei ein nicht unerheblicher Druck auf die Grenzen des Generalgouvernements vom Osten her zu spüren; russische Banden hätten von Stalin die Weisung erhalten, nach Westen vorzustossen. Eine grössere Bande habe man im Bereich gehabt, leider aber nicht einkesseln können. Sogar Politruks seien festgestellt worden, die die Aufgabe hätten, sich führungsmässig in die kommunistische Widerstandsbewegung einzuschalten. Aus diesem Grunde werde man mit einer verstärkten Tätigkeit der polnischen Kommunisten in Zukunft zu rechnen haben. Während die polnischen Kommunisten manche ihrer geplanten Massnahmen auf Grund der scharfen deutschen Vergeltungsmassnahmen sicherlich beeinflussen liessen, würden die Politruks darauf keine Rücksicht nehmen. Sie seien im Gegenteil froh, wenn wir scharfe Exekutionen durchführten. Trotzdem halte er die scharfen Massnahmen im gegenwärtigen Zeitpunkt für richtig. Wenn die deutsche Führung nunmehr in dieser Beziehung weich werde, erhielten diese Kreise immer mehr Auftrieb. Weiter habe er den Eindruck, dass auch die nationale Widerstandsbewegung wohl mit Rücksicht auf die geplante Invasion von London die Weisung erhalten habe, nunmehr einen grösseren Aktivismus zu entfalten. Ständig erbeute die Polizei Kurzwellensender, die die Verbindung mit London herstellten. Kaum seien Fallschirmspringer

abgesprungen oder Attentate ausgeführt, sofort werde der Vollzug nach England gemeldet; von hier aus komme dann Gegenweisung. Man sei davon überzeugt, dass die nationalen Polen ihre Stunde für gekommen sehen würden, wenn die Invasion anfangs Erfolge erziele. Von deutscher Seite sei man aber im allgemeinen gut darauf vorbereitet, und er glaube, dass in Verbindung mit der Wehrmacht ein kommender Aufstand unterdrückt werden könne.

Die Zielstrebigkeit der Attentate trete immer klarer zu Tage, wie z.B. das Attentat auf den Herrn Generalgouverneur beweise. So sei auch der Gegenzug von Lemberg nach Krakau auf eine Mine gelaufen, da die Widerstandsbewegung wohl angenommen habe, dass mit ihm Teilnehmer an der Lemberger Kundgebung zurückfahren würden. Auch das Attentat auf Brigadeführer Kutschera in Warschau liege auf der gleichen Ebene. Die Nationalen ~~Volks~~ befassen sich in verstärktem Maße mit den Führerpersönlichkeiten der SS und Polizei, da sie diese als die treibenden Kreise für den verschärften deutschen Kurs ansehen.

Er habe erneut Befehl gegeben, die Alarmpläne taktisch bestens aufzustellen, sie innerhalb der einzelnen Polizeisparten entsprechend zu verzahnen und mit der Wehrmacht abzustimmen. Darin sei auch der Einsatz von feindlichen Fallschirmspringern berücksichtigt. Für jede Stadt würden Angriffs-und Verteidigungsbasen aufgestellt, damit man im Ernstfall wisse, wo die Reserven, das Kommando usw. zu finden seien.

Staatssekretär Koppe verliest dann einen neuen Befehl an die Polizei, die dadurch in allen ihren Sparten erneut zum Aktivismus aufgerufen wérde.

1.2.1944

Da darin Polizeikontrollen auf freiem Feld angeordnet sind, weist der Herr Generalgouverneur auf einen früheren Befehl hin, demzufolge bei solchen Kontrollen von den Angehaltenen sofort geschossen werden soll. Er ersucht Obergruppenführer Koppe um eine entsprechende Abänderung des Befehls.

Staatssekretär Koppe kommt dann darauf zu sprechen, dass von deutscher Seite laufend Fehler gemacht würden. Wenn die Widerstandsbewegung den Wechsel einer führenden Persönlichkeit durch Beobachtung festgestellt habe, sei es ihr ein leichtes, einen erfolgreichen Anschlag auszuführen. Das habe sich im Fall Kutschera deutlich gezeigt. Führende Persönlichkeiten sollten nicht immer den gleichen Weg fahren und vor allen Dingen die Schusswaffe ständig bereit-halten. Wenn man z.B. durch einen Wald fahre, sei es gut, die Pistolen zum Fenster herauszuhalten. Der polnische Gegner sei von Haus aus schwach und feige, und es genügten ein paar Schuss ins Gelände, um ihn zu verjagen.

Auch grössere Vorsicht bei den Telefongesprächen müsse unbedingt beobachtet werden, da alle Gespräche mitgehört würden. In Diensträumen, in denen Polen tätig seien, könne nichts geheim bleiben; jedes Schriftstück, das Polen in die Hände käme, würde bekannt werden. Jeder Behördenchef müsse Mitarbeiter für das deutsche V-Netz anstellen; er könne Leute, die die stärksten Charaktere seien und die viel mit Polen zu tun hätten, dafür heraus-suchen. Nur so könne das Ziel erreicht werden, ein V-Netz von vielleicht 50 000 Menschen aufzuziehen.

Für die Bekämpfung der Banden habe er Waffen angefordert und gestern bereits zwölf 7,62 cm russische Beutegeschütze erhalten. Er hoffe, noch weitere zu bekommen, und werde sie in die Distrikte verteilen. Auch Oberst Fischer habe er um die Überlassung von Panzern, Panzerspähwagen, Paks usw. aus Beutebeständen gebeten, die für den Einsatz an der Front nicht mehr geeignet seien, jedoch in der

1.2.1944

Bandenbekämpfung ausserordentliche Dienste leisten könnten. Ein Gendarmeriezugführer, der einen Panzerspähwagen zur Verfügung habe, könne damit gegen jede Bande ankämpfen.

Um den Attentaten auf Eisenbahnzüge etwas die Kraft zu nehmen, könne man vielleicht anordnen, dass nachts auf jeden geschossen werde, der sich auf eine gewisse Entfernung dem Bahnkörper nähert. Am Bahnkörper selbst müssten vielleicht unter Einschaltung der Alarmeinheiten gewisse Schwerpunkte gebildet werden.

Im übrigen sei er absolut zuversichtlich, dass man die Lage beherrsche. Allerdings seien die vorhandenen Kräfte schwach. Ein Attentäter, der sein Leben einsetzen wolle, könne immer etwas erreichen. Weiter habe er die Überzeugung, dass die Front im Osten zum Stehen komme.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, dass viele der hier erörterten allgemeinen Probleme noch Gegenstand einer Besprechung der Hauptabteilungsleiter oder besonderer Besprechungen bilden müssen. Das Generalgouvernement stehe in der grössten Zeit seiner Bewährung. Es freue ihn, dass der Führer in seiner Entscheidung die Stellung der allgemeinen Verwaltung klar umrissen habe.

Auf dem Raumsektor habe das Näherrücken der Front erhebliche Beschwerden gebracht; es sei aber immerhin gelungen, die Wünsche der Wehrmacht zu befriedigen und einen Burgfrieden zu halten. Auch auf dem zivilen Sektor müsse Raum für die im Generalgouvernement aus Abwicklungsgründen stationierten Dienststellen des Ostens gefunden werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht werde die starke Einbeziehung des Generalgouvernements in die Kriegsereignisse auf die Dauer schwere Belastungen bringen. Jeder einzelne Soldat, der ins Generalgouvernement komme, bedeute durch seinen Konsum und durch das, was er aus diesem Raum wegzu-schaffen versuche, eine Schwächung der Wirtschaftskraft

1.2.1944

Wirtschaftskraft des Generalgouvernements.

Bei der Reise nach Galizien habe er erfreulicherweise feststellen können, dass die Distriktsverwaltung und die Kreishauptleute die Verhältnisse voll beherrschten,und es zu keinerlei chaotischen Zuständen wie jenseits der Grenze gekommen sei. Damals habe er den Gedanken erwogen, ob nicht die Ernennung eines unmittelbaren Verbindungsmannes zur Heeresgruppe Süd von Nutzen sei, durch den einigermassen ein Kontakt hergestellt werden könne. Auf der Reise habe er auch festgestellt, dass ca 50 000 Fremdvölkische bewaffnet über die Grenze des Generalgouvernements eingesickert seien. Wünschenswert für das Generalgouvernement wäre die Feststellung, ob sich weitere Trecks zum Generalgouvernement hin bewegten, ob drüben grössere Banden vorhanden seien usw.

Im übrigen verweise er auf die von Staatssekretär Koppe geäusserte Bitte einer strengsten Geheimhaltung aller dienstlichen Belange.

Der Herr Generalgouverneur will bei kommenden Reisen in das Land eine absolute Geheimhaltung gewahrt wissen. Zu diesem Zweck werde er vielleicht ein Flugzeug benutzen. Nachricht über den beabsichtigten Besuch werde der betreffenden Stelle erst im letzten Moment gegeben. Die führenden Männer der Regierung müssten jederzeit damit rechnen, kurzfristig zur Teilnahme einer solchen Reise von ihm aufgefordert zu werden.

Schluss der Sitzung 21 Uhr.

21^{10} Abendessen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Mittwoch, den 2. Februar 1944

Gegen 12 Uhr rief Staatssekretär Dr. Bühler den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs an und teilte mit, daß er in dringendster Sache mit Staatssekretär Koppe, den Präsidenten Gerteis, Naumann und Senkowsky und dem Leiter der Abteilung Straßenverkehr, Ministerialrat Wessel, beim Herrn Generalgouverneur vorstellig werden müsste, da unmittelbare Nachrichten eingegangen seien, die diese Besprechung notwendig machten.

Kurz darauf erschienen die genannten Herren. Staatssekretär Dr. Bühler berichtete, daß ihm kurz vor 11 Uhr von Präsident Gerteis und fast gleichzeitig von Obergruppenführer Koppe folgendes mitgeteilt worden sei: Die Sowjetrussen seien überraschend aus der Richtung Sarny vorgestoßen, hätten Rowno besetzt und seien heute früh nach Dubno vorgedrungen. Da Dubno nur 60 km von Brody entfernt liege, betrachte er das Land in der Gegend von Brody - Sokal in schwerer Gefahr und bitte um die Genehmigung zum Abtransport der lebenswichtigen Einrichtungen und Güter aus diesem Bereich.

Der Herr Generalgouverneur ließ sich darauf unmittelbar von Staatssekretär Koppe und Präsident Gerteis Bericht erstatten. Die beiden Herren bestätigten aus den ihnen von ihren örtlichen Dienststellen in Lemberg zugegangenen Berichten die Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Daraufhin stellte der Herr Generalgouverneur fest, um welche abzutransportierenden Gegenstände auf dem Sektor der Landwirtschaft und der Monopolverwaltung es sich handle, und gab die Weisung, daß aus den Bezirken Brody und Sokal diese lebenswichtigen Gegenstände auf Schiene und Straße unverzüglich in Richtung Krakau und Warschau abzutransportieren seien.

Der Herr Generalgouverneur entließ daraufhin die Präsidenten Naumann und Senkowsky sowie Ministerialrat

Wessel. Inzwischen war der Verbindungsoffizier zum Oberkommando der Wehrmacht, Oberst Fischer, eingetroffen. Der Herr Generalgouverneur setzte sich ferner telefonisch mit dem als dienstältesten Offizier beim Wehrkreiskommando Krakau anwesenden Oberst Förster in Verbindung und ersuchte denselben gleichfalls dringlich auf die Burg zu kommen. Ferner bat der Herr Generalgouverneur den Kommandierenden General und Befehlshaber im Luftgau VIII, General der Flieger Sommé, sich auf der Burg einzufinden.

Als die Herren General Sommé mit seinem I a und dem Chef des Generalstabs sowie Oberst Förster auf der Burg waren, wurde dem Generalgouverneur folgendes Bild vermittelt. Oberst Förster teilte mit, daß er heute morgen etwa gegen 10 Uhr die Meldung bekommen habe, daß im Bereich des 4. Panzer-Armee-Korps die Russen durchgebrochen seien, ohne daß eine Aussicht bestehe, daß das 4. Panzer-Korps sich den einbrechenden Kräften entgegenstellen könne. Das 4. Panzer-Korps forderte den Oberst Förster auf, aus eigenem zur Verteidigung der Grenze des Generalgouvernements alle Kräfte zusammen zu holen.

Auf die Frage des Generalgouverneurs, ob er, Oberst Förster, der einzige im Wehrkreis anwesende Offizier sei, erklärte Oberst Förster, daß sowohl General Haenicke wie General Haseloff dienstlich im Führerhauptquartier sich befänden, während der Chef des Stabes, Oberst Rödenbeck, auf Urlaub abwesend sei. Auf die weitere Frage des Generalgouverneurs, ob Oberst Förster der Oberbefehlshaber der im Generalgouvernement eingesetzten Streitkräfte sei, gab dieser eine völlig unsichere Antwort, die zu einer Erörterung der Frage führte, wer denn angesichts der sehr ernsten Sachlage hier der Oberbefehlshaber wäre, nachdem Oberst Förster sich nicht als Kommandovertreter des Generals Haenicke betrachte. Oberst Förster teilte dann mit, daß er von sich aus, entsprechend dem Ersuchen des 4. Panzer-Korps,

die zwei einzigen im Generalgouvernement vorhandenen Ausbildungsdivisionen, deren Kampfwert allerdings sehr gering sei, da sie aus Rekruten sehr junger Jahrgänge bestünden, die erst wenige Tage in der Ausbildung begriffen seien, zur Verfügung zu stellen bereit sei. Oberst Förster betonte jedoch, daß es ihn schwere Mühe koste, telefonische Verbindungen mit den entsprechenden Dienststellen zu erreichen, und daß er kaum mehr als zwei Regimenter auf die Beine bringen könne. Außerdem fehle es an Waffen und an Gerät und es würde einen unnützen Menschenverschleiß bedeuten, wenn die jungen, unausgebildeten Leute geopfert würden, da selbstverständlich diese Truppen durchaus nicht imstande wären, gegen die hereinbrechenden Panzer der Sowjetrussen Widerstand zu leisten. Auch seien keine nennenswerten panzerbrechenden Waffen vorhanden. Immerhin glaube er, daß er alles getan hätte, was unter den gegebenen Umständen zu tun sei.

Auf Ersuchen des Generalgouverneurs gab der Kommandierende General und Befehlshaber des Luftgaues VIII, General Sommé, einen Überblick über die Lage. Er teilte mit, daß er vom Luftgau 28 in Lemberg Nachrichten hätte, die im wesentlichen dem entsprechen, was Oberst Förster bereits berichtet hätte. Er selbst habe keine Nachrichten vom Wehrkreiskommando bekommen und hätte daher auch zunächst keine Möglichkeit gehabt, in den Gang der Aktion einzugreifen. General Sommé erklärte sich sofort bereit, drei Flakabteilungen aus Biala Podlaska, Drohobycz und Warschau dem Unternehmen des Oberst Förster zur Verfügung zu stellen. Er erklärte sich ferner bereit, Aufklärungsverbände und Bomber soweit wie irgend möglich zur Verfügung zu stellen. General Sommé machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß durch den Abzug dieser Flakkräfte die betreffenden Örtlichkeiten des Generalgouvernements völlig ohne Flakschutz wären, was insbesondere bei Warschau und dem Erdölgebiet von Drohobycz nicht unbedenklich sei.

General Koppe erklärte, daß er glaube, fünf Polizei-Batl. an die Einbruchsstellen bei Brody schicken zu können, die unter den Oberbefehl der Wehrmacht treten würden, um zu versuchen, eine Widerstandslinie gegen die Russen zu errichten. Er gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß von Seiten des Wehrkreiskommandos nichts geschehen sei, um der unmittelbar drohenden Gefahr generalstabsmäßig entgegen zu arbeiten. General Koppe drückte in beachtlichen Worten seine Verwunderung darüber aus, daß es jetzt in letzter Minute eines solchen Apparates von unvorbereiteten Maßnahmen bedürfe. Da sich Luftwaffe und Polizei ohne weiteres bedingungslos jedem Plan des Wehrkreises zur Verfügung gestellt hätten, könne er nicht umhin, das Verhalten des Wehrkreises zum mindesten als merkwürdig zu bezeichnen.

General Sommé bestand dann darauf, daß wenigstens ein mit Führungsautorität klar versehener General die Führung in diesem kritischen Augenblick übernehmen solle. Er erteilte dem Oberst Förster dienstlichen Befehl, sofort dafür zu sorgen, daß der nächsterreichbare General, nämlich der Oberfeldkommandant von Tarnow, General Liebhart, noch heute nach Krakau geholt würde, um hier, von der Zentrale aus, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärte dann abschließend, daß nunmehr der Zustand der militärischen Bedrohung des Generalgouvernements eingetreten sei. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß angesichts dieses Umstandes alle Kräfte in Permanenz für jede Dienstleistung bereit stehen. Er gab noch dem anwesenden Oberst Fischer den Auftrag, sich mit dem Oberkommando der Wehrmacht in Verbindung zu setzen, um näheres über die Entwicklung der militärischen Lage zu erfahren. Der Herr Generalgouverneur gab zum Schluß erneut seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß er

über die Entwicklung nicht amtlich unverzüglich als erster vom Wehrkreiskommando verständigt worden sei. Er formulierte seinen Eindruck dahin, daß er offen sagte, daß er das Verhalten der Wehrmachtsdienststellen in diesem Zusammenhang nicht verstehen könne.

Die Besprechung endigte um 14 Uhr.

Am gleichen Tage um 16^{30} Uhr erschien nochmals General Sommé mit Oberst Sachs und teilte folgendes mit:

Er habe nunmehr den Oberst Sachs beauftragt - da andere Generale nicht greifbar sind, habe er das tun müssen -, zur Entlastung von Oberst Förster zunächst im Wehrkreiskommando zu bleiben, die eingehenden Meldungen zu sichten und die Maßnahmen zur möglichst unverzüglichen Fortführung der Verteidigungsunternehmungen des Generalgouvernements gutachtlich mit zu betreuen. General Sommé erklärte, daß das Wehrkreiskommando keine Schuld trage an den Schwierigkeiten; diese hängen damit zusammen, daß es sich offensichtlich bei dem Ereignis Sarny-Rowno-Luzk um ein plötzliches, gänzlich unerwartetes Hervorbrechen von ungekannten Truppenteilen der Sowjets handle.

Donnerstag, den 3.Februar 1944.

Um 12^{15} mittags rief General Haseloff vom Wehrkreiskommando an - nachdem schon um 11 Uhr Oberst Förster mitgeteilt hatte, daß Dubno noch im Besitz der Deutschen sei - und teilte mit, daß General Haenicke und er wieder zurück seien und daß sie die Lage als absolut haltbar und durchaus nicht gefahrdrohend ansehen.

General Haseloff bat den Herrn Generalgouverneur, alles Vertrauen zu haben, daß die militärische Führung voll und ganz im Besitz des Raumes und der nötigen Widerstandskräfte sei.

Freitag, den 4. Februar 1944.

Um 12 Uhr kamen die Generale Haenicke, Sommé und Haseloff sowie Oberst Meissner zum Herrn Generalgouverneur. General Haseloff gab an Hand einer Karte einen Einblick in die gegenwärtige Lage, wonach einige schwächere Kavallerie- und Schützenkontingente der Sowjets Rowno und Luzk besetzt hätten, denen aber bereits aus der Süd- und südöstlichen Seite starke deutsche Panzerkräfte entgegentreten würden. Dubno sei heute morgen noch in deutscher Hand gewesen.

General Haseloff gab weiterhin einen Überblick über die im Generalgouvernement vorhandenen Truppen und Waffen und schloß seine Ausführungen mit einem beruhigenden Ausblick auf die militärische Lage, zu deren Meisterung alles aufgeboten würde. Im übrigen sei die Lage an der Front - so führte General Haseloff weiter aus - nicht deshalb schwierig, weil die Russen übermächtig seien, sondern offenbar die Zurücknahme der

Front in den höheren strategischen Plänen des Führers inbegriffen sei.

Der Herr Generalgouverneur dankte den Herren und machte darauf aufmerksam, daß er das größte Gewicht darauf lege, jeweils rechtzeitig und so schnell wie möglich informiert zu werden und teilte die Maßnahmen mit, die er seinerseits in den unmittelbar bedrohten Grenzkreisen des Generalgouvernements habe treffen lassen, um die wertvollen Vorräte sicherzustellen, nachdem für den Schutz und den Rücktransport der nicht unbedingt zu einem Aufenthalt in diesen Kreisen verpflichteten Personen alle nötige Vorsorge getroffen worden sei.

General Haseloff bat dann, daß er von seiten der Regierung über die von der allgemeinen Verwaltung getroffenen Maßnahmen, Vorkehrungen, Erlasse usw. in diesem Punkte verständigt würde, damit er diesbezüglich seinen Truppenkommandeuren Anweisung geben könne, diese allgemeinen Anordnungen der Regierung zu beachten.

Der Herr Generalgouverneur sagte dies zu.

Mittwoch, den 2.Februar 1944

12^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Mühlmann und Referent von Palézieux.

12^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{55} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär SS-Obergruppenführer Koppe, Präsident Gerteis, Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Naumann, Oberst Fischer, Oberst Förster und Oberregierungsrat Wessel.

16^{00} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky und Bankdirigent Präsident Dr. Paersch und Regierungskommissar der Zentralkammer Dr. Heuber.

Der Herr Generalgouverneur gibt zunächst einen Überblick über die allgemeine militärische und politische Lage und nimmt dann auf die am 1.Februar stattgefundene Besprechung Bezug, in der Präsident Dr. Senkowsky Ausführungen zur Frage der Anleiheaufnahme gemacht hat. Die heutige Besprechung solle der Vorbereitung einer Grundaussprache über Währungsfragen dienen.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß er die Währungsfrage nicht vom Standpunkt der Anleihewirtschaft, sondern der Gesamtwirtschaft betrachte. Er werde auch als Gauwirtschaftsberater mit der Frage befaßt und ebenso in der Rüstungskommission darauf angesprochen. Leider verfüge er über kein authentisches Material, müsse sich vielmehr über Berlin Auskunft holen.

2.2.1944

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt, daß auch er keine Unterrichtung über Steuerangelegenheiten erhalte. Die mit dem früheren Leiter der Hauptabteilung Finanzen Präsident Spindler getroffenen Vereinbarungen seien nur kurze Zeit eingehalten worden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welche Unterrichtung Präsident Dr. Senkowsky über die Währungssituation benötige, erklärt dieser, daß ihn die Entwicklung des Notenumlaufes und der Giroverbindlichkeiten interessiere und er außerdem eine ständige Fühlungnahme mit der Entwicklung der Dinge für erforderlich halte.

Bankdirigent Dr. Paersch erbittet demgegenüber einen Einblick in die Haushaltsgebarung und eine Unterrichtung über die laufenden monatlichen Staatseinnahmen.

Der Herr Generalgouverneur hat hinsichtlich dieser Wünsche keine Bedenken, wenn das zur Verfügung gestellte Material nur zur Unterrichtung dienen solle.

In einer Aussprache über den Verwendungszweck der beiderseits erbetenen Informationen bemerkt Präsident Dr. Senkowsky, daß er keine Kontrolle, dagegen einen bestimmenden Einfluß auf Maßnahmen der Emissionsbank wünsche.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die erbetenen Unterlagen beiderseits zur Verfügung zu stellen sind.

Präsident Dr. Senkowsky bezeichnet dann verschiedene bisher auf dem Währungsgebiet getroffene Maßnahmen als falsch zum mindesten als verspätet. Es sei vielleicht nicht möglich gewesen, den Notenumlauf

vernünftig zu stabilisieren, dagegen wohl die nachteiligen Folgen der inflationistischen Maßnahmen des Reiches im Generalgouvernement zu bekämpfen. Er habe in dieser Richtung keine Gegenmaßnahmen der Emissionsbank erkennen können. Mit dieser Feststellung sollten jedoch keine persönlichen Vorwürfe erhoben werden.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt, daß er nicht wüßte, ob die Wehrmacht oder die Reichsausgaben allein Anlaß für das Anziehen des Notenumlaufes gewesen seien oder ob nicht auch innere Maßnahmen im Generalgouvernement einen entscheidenden Einfluß gehabt hätten. Der Notenumlauf im Generalgouvernement wäre vielleicht noch größer, wenn nicht eine Abschöpfung durch den Wehrbeitrag erfolgt wäre.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt, daß er bisher regelmäßig, wenn auch unverschuldet teilweise verspätet, die Verwaltungsberichte der Emissionsbank an Präsident Dr. Senkowsky geschickt habe. Aus ihnen sei ein völliger Einblick in die Währungssituation zu gewinnen, insbesondere seien daraus die Gegenpositionen des Notenumlaufes zu entnehmen, unter denen die Reichsguthaben des Generalgouvernements als wesentlich anzusprechen seien. Die von ihm eingeleiteten Maßnahmen erstreckten sich zunächst darauf, überhaupt Einfluß auf die die Währung beeinflussenden Ursachen zu gewinnen, also die Wehrmacht und sonstige Stellen des Reiches zu einer straffen Geldwirtschaft zu veranlassen. Da noch im August 1942 Wehrmachtsstellen versucht hätten, sich dem Zwang einer geregelten Bewirtschaftung zu entziehen, sei erst jetzt eine

rationelle Geldwirtschaft dieser Stellen erreicht, insoweit der Erhöhung des Notenumlaufes durch Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs entgegengearbeitet, vor allem auch der Erwerb von Sachgütern durch Zusammenarbeit mit den Bewirtschaftungsstellen geregelt und die Inanspruchnahme des "Schwarzen Marktes" als unerwünschte Belastung für Sachbedürfnisse ausgeschaltet sei.

Präsident Dr. Senkowsky wirft die Frage auf, wie sich diese Maßnahmen in Zahlen auswirken würden. Zahlenangaben würden die Verständigung erleichtern. Er brauche für seinen Bereich keine Unterstützungen, betrachte aber eine Zusammenarbeit als notwendig, da beide Teile vor gleiche Aufgaben gestellt seien.

Bankdirigent Dr. Paersch kommt dann auf die Steigerung der Giroguthaben zu sprechen und verweist nochmals darauf, daß die Notenbank diese Entwicklung nicht allein in der Hand habe. Alle ihre Maßnahmen seien in der Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erschöpft. Die in dieser Richtung getroffenen Anordnungen, insbesondere die Anordnung, daß alle Zahlungen über 25o Zloty bargeldlos vorzunehmen seien, hätten sich anfangs günstig ausgewirkt, seien jedoch später nicht mehr so wirksam gewesen. Aus der Tatsache, daß vor anderthalb Jahren das Verhältnis zwischen Giroguthaben und Notenumlauf 1 : 3, jetzt nur noch 1 : 4 sei, dürfe kein vorschnelles Urteil gebildet werden. Die Notenbank habe keinen Einfluß auf die Zahlungsanweisungen, sondern könne nur versuchen, den Zahlungsverkehr möglichst lange im Bereich des Kreditverkehrs zu halten.

2.2.1944

Bankdirigent Dr. Paersch geht dann auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Liquidität der Wirtschaft seit Bestehen des Generalgouvernements ein und weist auf die starke Flüssigkeit der Kreditinstitute in den Anfangsjahren hin. Mit der Entwicklung der Wirtschaft und der stärkeren Einschaltung des Kreditgewerbes sei notwendigerweise ein Abfließen der Guthaben und eine Steigerung des Notenumlaufes verbunden gewesen. Die Notenbank sei bestrebt gewesen, durch Einleitung der Rückzahlung alter Schulden die flüssigen Gelder der Wirtschaft über die Banken zu binden. Diese Maßnahmen müßten durch Steuern, Gewinnabschöpfung und Anleihen ergänzt werden. Die Steuerbelastung der polnischen Wirtschaft habe vor 1926 angesichts der Inflation geringe Bedeutung gehabt und sei erst nach Abschluß der inflationistischen Erscheinung wirksam geworden. Diese Vorgänge hätten im alten Polen eine Kapitalbildung erschwert, die es zunächst zu fördern gegolten habe. Auch habe die Zersplitterung der Besitzverhältnisse auf dem Lande eine starke versteckte Arbeitslosigkeit gezeigt, jedenfalls der Landbevölkerung keine Sparmöglichkeit gegeben, sie aber auch nicht bei einer günstigen Entwicklung zur Sparfreudigkeit erzogen oder gar mit banktechnischen Einrichtungen vertraut gemacht.

Für die Anleihepolitik müsse die Frage der Aufnahmemöglichkeit geprüft werden. In den Jahren 1928 bis 1938 seien im alten Polen durchschnittlich nicht mehr als loo Millionen Zloty auf dem inneren Anleihemarkt in Anspruch genommen worden. Die Aufnahme sei mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen, zumal die Bevölkerung kein Vertrauen zum Staat gehabt habe.

Dies sei dadurch bewiesen, daß seit 1938, als sich die ersten außenpolitischen Krisenzeichen bemerkbar machten, bis zu 7o % der Einlagen durch die polnische Bevölkerung von den Kreditinstituten wieder abgezogen worden seien. 194o seien die ersten Anleihen mit 13o Millionen zur Finanzierung dringender Arbeiten begeben worden. 1941 seien nur 8o Millionen im Anleihewege aufzubringen gewesen, weil in den Haushalt noch kein Wehrbeitrag eingesetzt war. 1942 seien 285 Millionen, 1943 dagegen 424 Millionen im Anleihewege aufgenommen worden. Der Gesamtanleiheumlauf betrage heute 669 Millionen Zloty, zu denen noch loo Millionen Zloty für 1944 hinzuzurechnen seien, insgesamt also 769 Zloty.

Es sei alles geschehen, was eine Steigerung des Notenumlaufes durch Beeinflussung der Ursachen und Folgen verhindern könne. Man dürfe jedoch nicht übersehen, daß das Kreditgewerbe in immer steigendem Maße von der Wirtschaft in Anspruch genommen werde. Zu diesen Anforderungen seien schließlich noch die Rüstungswirtschaft und z.B. die Verwaltung der Ernährungswirtschaft als belastendes Moment hinzugetreten.

Für die weitere Entwicklung seien Voraussagen seitens der Emissionsbank nicht möglich, weil die weitere Entwicklung von der Lage an der Ostfront entscheidend beeinflußt werde.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> hält die bisherigen Darlegungen nicht für vollständig, weil die Belastung des Generalgouvernements durch das Reich von Bankdirigent Dr. Paersch bisher nur unzureichend berührt worden sei.

2.2.1944

Präsident Dr. Senkowsky betont, daß die Notendeckung durch Reichsguthaben eine reine Fiktion darstelle. Die Emissionsbank bahandle diese Guthaben wie eine echte Devisendeckung. Dagegen werde die innere Deckung der Währung z.B. durch erhöhte Produktion der Landwirtschaft oder des Gewerbes nicht bewertet.

Bankdirigent Dr. Paersch ist der Auffassung, daß die Frage der wirtschaftlichen Grundlage der Notendeckung die Notenbank nur mittelbar betreffe. Sie zeige sich in den Bilanzen des Kreditgewerbes. Bei der Notenbank beschränke sich die Tätigkeit auf Kreditzusagen, sie gewähre selbst keine Kredite. Was die zifferenmäßige Auswirkung des Reichesbedarfs auf die Währung des Generalgouvernements angehe, so sei der Bedarf zunächst über den Verrechnungsverkehr gelaufen und seine Ausgleichung sei anfangs möglich gewesen. Das sei aber seit 1941 mit dem steigenden Bedarf angesichts der Entwicklung an der Ostgrenze nicht mehr gelungen. Heute sei es wichtig, die Möglichkeit des Verrechnungsverkehrs überhaupt aufrecht zu erhalten und Gegenposten zu haben. Deshalb habe währungsmäßig ein Interesse daran bestanden, daß das Generalgouvernement einen Wehrbeitrag an das Reich leistet, dessen Finanzierung aber eine Aufgabe des ordentlichen Haushalts und nicht des Anleihemarktes sei. Die in der Ukraine eingetretenen Verhältnisse sprächen übrigens für die Politik der Notenbank. Dort habe man versucht, den Finanzbedarf für Wehrmacht und Reichsleistung auf dem Anleihewege über die Banken zu decken, mit dem Erfolg, daß jetzt die ukrainischen Banken mit ihren Anleihen in das Reich zurückgekehrt seien und dort die Abdeckung zum Problem stehe.

2.2.1944

Die bisher von ihm über die Emissionsbank durchgeführte Währungspolitik habe sich restlos bewährt. Es sei jedenfalls gelungen, schwerste Krisen z.B. im Jahre 1942 zu überwinden. Was den tatsächlichen Kaufwert des Zlotys angehe, so sei zwischen einem staatlichen Wert, zu dem die Deckung der staatlichen und bewirtschafteten Bedürfnisse erfolge, und dem Wert des freien Marktes zu unterscheiden, der sich unabhängig von den Führungsmaßnahmen der Verwaltung entwickle. Was die Relation zwischen Notenumlauf, Reichsverschuldung und Preisauswirkung betreffe, so müsse auf den seit dem Jahre 1936 im Reich durchgeführten Preis- und Lohnstopp hingewiesen werden.

Nach den Gründen der Steigerung des Notenumlaufs gefragt, verweist Bankdirigent Dr. Paersch auf die bekannten Vorgänge, die seinerzeit zu einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Funk Veranlassung gegeben hätten. Dann habe Präsident Kehrl eindeutig erklärt, daß die Bedürfnisse der Wehrmacht befriedigt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur sieht nach diesen Ausführungen keine Möglichkeit, die Steigerung des Notenumlaufs anzuhalten. Die Frage der Währung hänge jedoch eng zusammen mit der Lohn- und Preisentwicklung.

Bankdirigent Dr. Paersch betont, daß ihre Beeinflussung durch den Preiskommissar erfolgen müsse, da die Emissionsbank nur im beschränkten Umfange Hilfe leisten könne.

Präsident Dr. Senkowsky stellt fest, daß die monatliche Steigerung des Notenumlaufes aus Reichsanforderungen 25o Millionen Zloty, im Jahre also etwa 3 Milliarden Zloty betrage. Von diesen Beträgen seien

bisher durch Zusammendrängung der Wehrbeitragszahlungen auf loo Millionen monatlich im Bereiche des Notenumlaufes nur 15o Millionen als Moment der Steigerung in Erscheinung getreten.

Bankdirigent Dr. Paersch würde an sich eine Steigerung des Wehrbeitrages des Generalgouvernements begrüßen, wünsche jedoch, daß die Steigerung im Rahmen des öffentlichen Haushaltes bestritten werde.

Präsident Dr. Senkowsky glaubt feststellen zu können, daß es der Wunsch des Herrn Generalgouverneurs sei, eine Steigerung des Notenumlaufs hintanzuhalten. Es frage sich aber, welche Maßnahmen in dieser Richtung zu ergreifen seien. Weine keine Anleihen aufgenommen würden, sei er nicht in der Lage, den Wehrbeitrag abzuführen. Seit 1939, insbesondere seit dem Ausscheiden der bisher die Wirtschafts Polens tragenden Juden, sei eine grundsätzliche Strukturveränderung eingetreten. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß seit 194o die Wirtschaft im Generalgouvernement zum mindesten zu einem Drittel in deutsche Hand gelangt sei. Diese Kreise könnten ebenfalls für die Unterbringung der erforderlichen Anleihen herangezogen werden, zumal sich im Augenblick währungspolitisch ungünstige Wirkungen aus dem Verhalten gerade dieser Kreise zu zeigen begännen. Im großen Umfange versuchten die deutschen Elemente zur Sicherung ihrer Gewinne die flüssigen Geldmittel in das Reich zu transferieren.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt, daß von seiner Seite auch auf diesem Gebiet alles getan worden sei, damit etwa durch Anregung entsprechender Maßnahmen bei der Devisenstelle eine solche Entwicklung unterbunden werden könnte. Seines Wissens seien deutsche Unternehmer auch bereits dazu übergegangen, Bürgschaften, die

lo

2.2.1944

für eine Kreditgewährung des Generalgouvernements im Reich hinterlegt seien, zurückzuziehen und die Haftung auf die im Generalgouvernement vorhandenen Mittel zu beschränken. Die Erfassung dieser Wirtschaftskreise sei aber Aufgabe der Steuerverwaltung, nicht der Anleiheverwaltung.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu, daß wohl Steuern gezahlt würden, weist aber darauf hin, daß die für die Finanzverwaltung in Betracht kommenden Wirtschaftskreise durch das im Generalgouvernement bestehende Bankgeheimnis restlos geschützt würden. Die deutsche Wirtschaft im Generalgouvernement weise heute nur Gewinne auf, die einem Notenumlauf von 2 Milliarden entsprechen würden, wobei auf die allgemein bekannte Diskrepanz zwischen Bankguthaben und Steuerleistung hingewiesen werden müsse.

Bankdirigent Dr. Paersch erkennt die Zwangslage der Finanzverwaltung an und erklärt sich bereit, soweit möglich, seine Hilfe in Einzelfällen zur Verfügung zu stellen.

Während der Herr Generalgouverneur die Schwierigkeiten für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Fehlen der notwendigen Kräfte erblickt, hält Präsident Dr. Senkowsky die Anleiheaufbringung aus dem übersteigerten Notenumlauf für entscheidend. Jede Maßnahme, die auf diesem Gebiete ergriffen werde, wirke auf die Umlaufsteigerung abbremsend. Andererseits könne er z.B. durch Einschränkung der Staatsausgaben auf die Hälfte Einsparungen von einer Milliarde erzielen, die der Notenbank zur Verminderung des Notenumlaufes zur Verfügung gestellt werden könnten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden nochmals die Anleihemöglichkeiten erörtert, ebenso die Möglichkeiten der Aufhebung oder Beschränkung des Bankgeheimnisses oder der Durchführung von Zwangsmaßnahmen.

Bankdirigent Dr. Paersch will von seiner Seite jede Möglichkeit ausnutzen, um die seiner Aufsicht unterstehenden Banken und Bankdirektoren entsprechend zu unterrichten. Er sei auch bereit, Vorschläge und Anregungen auf dem Gebiete des Steuerwesens zu machen.

Präsident Dr. Senkowsky bittet/Bekanntgabe dieser Vorschläge, verweist jedoch andererseits darauf, daß er wiederholt solche Vorschläge gemacht habe, sie aber als "bolschewistisch" gerade von der Emissionsbank abgelehnt worden seien. /um

Präsident Dr. Senkowsky kommt nochmals auf das Gesamtproblem der Erfassung besonders kapitalkräftiger Wirtschaftskreise zu sprechen und betont dabei, daß es ihm nicht nur um die Erfassung der Einleger bei den Banken zu tun sei. Es handle sich darum, überhaupt einmal die an der Umschichtung beteiligten und dadurch besonders begünstigten Kreise festzustellen. Wenn Dr. Paersch bereit sei, loo Millionen Zloty im Anleihewege zu geben, so würden doch insgesamt 5oo Mill. benötigt, die nur unter Druck aufzubringen seien. Es sei ein Unding, daß die Hauptabteilung Finanzen die Emissionsbank zur Anleihebegebung auffordere, während es umgekehrt sein müsse. Die Anleiheaufnahme gehöre zur Verantwortung des Bankpräsidenten als des Wächters des staatlichen Kredits.

2.2.1944

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt nur seine Bereitwilligkeit zur Begebung einer Anleihe von loo Millionen Zloty, bzw. dem Versuch, weitere Mittel auf dem Anleihewege aufzubringen. Er weist jedoch auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus den geplanten Zwangsmaßnahmen ergeben könnten. Durch Zwangsmethoden würden die weiter benötigten 4oo Millionen Zloty für die Finanzverwaltung kaum aufgebracht werden können, zumal der Emissionsbank wie auch den Kreditinstituten jegliche Zwangsmittel fehlten, die vor allem der Hauptabteilung Finanzen auf dem Steuerwege zur Verfügung ständen. Bei zu starkem Druck auf die Wirtschaft würden sich die in Betracht kommenden Kreise zurückziehen und den geplanten Maßnahmen ausweichen können.

Präsident Dr. Senkowsky bestreitet diese Gefahr und glaubt, daß selbst bei teilweise beschränkten, im ganzen aber doch noch großen Verdienstmöglichkeiten im Generalgouvernement mit dem Verbleiben der Betroffenen gerechnet werden könne, daß vielmehr Maßnahmen der Konzessionsentziehung und Streichung der Zulassungsgenehmigung erwogen werden müßten.

Bankdirigent Dr. Paersch bemerkt, daß der Emissionsbank auf diesem Gebiete keine Möglichkeit gegeben sei. Immerhin könnten in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganisationen der Zentralkammer etwaige Möglichkeiten geprüft und dann entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt weiter, daß er in Ergänzung der von der Emissionsbank und den Wirtschaftsorganisationen geplanten Maßnahmen zu einer

2.2.1944

Abschöpfung der Kaufkraft des "Schwarzen Marktes" schreiten wolle. Zunächst einmal durch Abgabe von Erzeugnissen des Branntweinmonopols außerhalb des Kontingents zu Preisen des freien Marktes.

Gegen diesen Vorschlag erheben sowohl der Herr Generalgouverneur wie auch Bankdirigent Dr. Paersch Bedenken, vor allem im Hinblick darauf, daß für die Monopolerzeugnisse von seiten des Staates ein staatlicher Preis festgelegt sei und sich aus der Einschaltung in den freien Markt politisch ungünstige Auswirkungen ergeben könnten.

Präsident Dr. Senkowsky schildert im einzelnen die Durchführung der von ihm gedachten Maßnahmen. Man habe zunächst geplant, bestimmte private Unternehmer mit dem Vertrieb von Monopolerzeugnissen zu beauftragen, damit wäre jedoch diesen Vertriebsstellen ein ein unverdienter Gewinn zugeflossen. Er habe sich daher entschlossen, den Vertrieb durch staatliche Verkaufsstellen in den wichtigsten Städten des Generalgouvernements unter schärfster Kontrolle durchzuführen, wobei selbstverständlich den Abnehmern der Monopolware keine Schwierigkeiten bereitet werden dürften. Er hoffe, auf diese Weise bis Ende März die von ihm benötigten Mittel in Höhe von 3oo Millionen aus der Wirtschaft ziehen zu können.

Nach verschiedenen Erwägungen wird dieser Vorschlag von dem Herrn Generalgouverneur gebilligt, vor allem mit Rücksicht darauf, dass man auch die Ernteerfassung durch Gewährung von Prämienware fördere. Die von Präsident Dr. Senkowsky geplante Maßnahme sei an sich nichts anderes als eine Elderfassung ~~ven~~ durch Zuteilung von Monopolerzeugnisprämien. Sofern die geplanten Maßnahmen unter Sicherungsmaßnahmen erfolgen, glaube er, der Generalgouverneur, seine Zustimmung geben zu können.

2.2.1944

Präsident Dr. Senkowsky weist jedoch nochmals darauf hin, daß alle besprochenen Pläne ein Ganzes bilden und insgesamt wirksam werden müßten. Dazu gehöre auch die Aufhebung des Bankgeheimnisses, daß im Generalgouvernement im Gegensatz zum Reich noch unbeschränkt bestehe.

Demgegenüber verweist Bankdirigent Dr. Paersch nochmals auf die Gefahren, die sich gerade aus dieser Maßnahme ergeben würden, so daß der Herr Generalgouverneur schließlich zu einer Entscheidung kommt, von der offiziellen Aufhebung des Bankgeheimnisses abzusehen, wohl aber stillschweigend eine Lockerung im Wege der Bankaufsichtsführung nach den besprochenen Richtlinien zu versuchen, im übrigen aber die bisher durchgeführte Währungspolitik auch in Zukunft durchzusetzen.

Abschließend wird noch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der wichtigen Verantwortungsträger der Emissionsbank und Steuerverwaltung betont. Diese habe sich nach Ansicht des Herrn Generalgouverneurs vor allem bereits gelegentlich der geplanten Besprechung des Währungsproblems im erweiterten Rahmen zu erweisen.

Dem Herrn Generalgouverneur erscheint die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung des Inhalts wünschenswert, daß die zur Währungssicherung erforderlichen Maßnahmen bereits gemeinsam in Aussicht genommen seien.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt seine Bereitwilligkeit, auch Bankdirigent Dr. Paersch glaubt seine Zustimmung unter gewissen Vorbehalten geben zu können.

2.2.1944

16[5o] Besprechung mit General der Flieger Sommé, Oberst Sachs und Oberleutnant Großmann.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/IX/9

Krakau

Donnerstag, den 3.Februar 1944

12^{00} T r a u e r f e i e r für den an der Ostfront gefallenen Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Kammergerichtsrat und Leutnant Dr. Franz Keith, im Türkenzelt der Burg.

Anwesend sind die Witwe des Gefallenen, sein Bruder Stefan, hohe Vertreter aus Partei, Staat und Wehrmacht sowie die Angehörigen der Kanzlei.

Einleitend spielt das Assmann-Quartett einen Satz aus Schubert's "Der Tod und das Mädchen".

Stabsfeldwebel Geber:

Herr Generalgouverneur, sehr verehrte gnädige Frau!

Ich bin von der Front hierher geeilt, um die auch für uns unfaßbare Nachricht zu überbringen, daß unser Kompanieführer, der letzte Offizier unseres Bataillons des Panzergrenadier-Regiments 147, mein guter Kamerad, Herr Leutnant Dr. Franz Keith, gefallen ist. Ein volles Jahr war ich mit ihm zusammen, habe alles miterlebt,und dann traf uns der furchtbare Schlag: zehn Schritte neben mir, mit der rauchenden Faustgranate unter dem Arm, fiel er. Wir beerdigten ihn in Kalinowka bei Winniza. Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger:

Herr Generalgouverneur, verehrte gnädige Frau, hohe Gäste, meine Kameraden!

Mit Erschütterung haben wir vom Heldentod unseres unvergeßlichen Dr. Keith Kenntnis erhalten. Er ist gestorben, wie er gelebt hat, als Muster und Vorbild soldatischer Pflichterfüllung. Mit Kammergerichtsrat Dr. Keith ist einer der verdientesten und hervorragendsten Beamten des Generalgouvernements dahin gegangen,

ein Mann, dessen Persönlichkeit und Leistung ihm weit über sein Amt hinaus Namen und Geltung verschafft hatten. Um seiner würdig zu gedenken, haben Sie, Herr Generalgouverneur, die führenden Männer aus allen Dienstbereichen des Generalgouvernements hierher gebeten. Lassen Sie mich zu Beginn dieser Gedenkstunde einer Dankespflicht genügen, die für mich nicht nur eine dienstliche Obliegenheit, sondern eine wahre Herzenssache ist.

Meine Kameraden und Kameradinnen von der Kanzlei des Generalgouverneurs! Es war mir vergönnt, mit Herrn Kammergerichtsrat Dr.Keith drei Jahre lang zusammenzuarbeiten. Wir haben am gleichen Tag - am 1.Dezember 1939 - unseren Dienst beim Herrn Generalgouverneur angetreten. In dieser über dreijährigen Tätigkeit hatte ich als engster Mitarbeiter des Herrn Dr.Keith Gelegenheit, nicht nur seine überragenden Fähigkeiten, sondern vor allem auch die Lauterkeit seiner Gesinnung und seine tiefe und wahre Herzensgüte kennenzulernen. Stets aufgeschlossen für all' die großen und kleinen Nöte eines jeden Einzelnen von uns war er uns immer ein gütiger und gerechter Chef. Ich weiß aus unzähligen persönlichen Unterhaltungen und dienstlichen Besprechungen mit ihm, wie sehr ihm das Wohl seiner Gefolgschaft am Herzen lag und wie er sich unabläßig bemühte, die Lebenshaltung der seiner Führung unterstellten Menschen großzügig zu gestalten. Für all' das schulden wir ihm tiefen und herzlichen Dank.

Mit Worten des Dankes allein können wir dieser Pflicht nicht genügen. Nur eines gibt es für uns:

folgend seinem Vorbild treu bis zum letzten unsere Pflicht zu erfüllen und uns mit hingebungsvoller Opferbereitschaft dem hohen Werk zu widmen, dem wir uns verschworen haben. Dazu, meine Kameraden und Kameradinnen, rufe ich Sie in dieser ernsten Stunde auf; denn nur so können wir bestehen vor den Augen unseres in die Unsterblichkeit eingegangenen Freundes und Kameraden.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Wir haben soeben aus dem Munde eines Frontkameraden in wenigen, kurzen militärischen Sätzen die dramatischen Umstände geschildert erhalten, unter denen der Beste einer aus unserer Mitte, das Mitglied der Regierung des Generalgouvernements, Kammergerichtsrat Dr. Franz Keith sein junges hoffnungsreiches Leben für Führer, Reich und Vaterland hingegeben hat. Wir glauben ihn vor uns zu sehen, unseren Franz Keith, wie er als Einzelkämpfer Mann gegen Panzer todesmutig und entschlossen seinen Gegner, eine tod- und feuerspeiende Festung angenommen hat.

Die gleichen herrlichen und hervorleuchtenden Eigenschaften, die unseren Kameraden Franz Keith bei diesem seinen ruhmvollen Gang ausgezeichnet haben, hat der Gefallene auch schon während der Zeit, in der er in unserer Mitte gearbeitet und gewerkt hat, an den Tag gelegt. Treue, Mut und Entschlossenheit, hohe berufliche Begabung und Fähigkeit verband er in idealer Weise mit Klugheit und Besonnenheit. Er kämpfte stets mit dem Einsatz seiner ganzen Person ohne jede Hinterhältigkeit. Er strahlte die ganze Kraft und Potenz einer achtunggebietenden Persönlichkeit aus. Daneben

war er uns auch als Mensch und Kamerad sehr nahe. Er nahm am Leid ebenso Anteil wie an den Freuden dieses Lebens. Trotz seiner Jugend war er der natürliche Mittelpunkt seiner Familie, ein liebevoller Gatte, ein treubesorgter Sohn und Bruder.

Meine Kameraden! Die Nachricht vom Heldentod unseres Kameraden Franz Keith hat uns alle mehr erschüttert und aufgewühlt als je eine Ereignis in der vergangenen Zeit. Ich selber, der ich den Vorzug hatte, ihm vielleicht näher zu stehen als andere, verliere in ihm nicht nur einen Mitarbeiter. Wir sind unsagbar traurig über den Heimgang unseres Kameraden, aber ebenso unsagbar stolz ist die Regierung des Generalgouvernements, in ihren Reihen einen Mann gehabt zu haben, der sein sauberes, lauteres und reines Leben den höchsten menschlichen Idealen zum Opfer gebracht hat. Die Größe der Zeit, in der wir leben, hat ihr unauslöschliches Merkmal auch dem Heldentod unseres Kameraden Franz Keith aufgedrückt.

Wir verabschieden uns von unserem Kameraden in dem Gedanken, daß ein Volk, in dem ein Satz

"Dulce et decorum est pro patria mori"

durch die Tat allgemeine Gültigkeit erlangt hat, unbesiegbar ist.

3.2.1944

Der Herr Generalgouverneur:

Gnädige Frau! Herr Stefan Keith!

Es liegt nun bei mir, von unserem Franz Keith im Namen der Deutschen des Generalgouvernements in gesammelter Feierlichkeit Abschied zu nehmen. Ich habe den herzbewegenden Worten dienstlicher und kameradschaftlicher Würdigung, die die engsten Mitarbeiter eben ausgesprochen haben, nur Weniges anzufügen; denn ein Leben wie dieses, strahlend im Aufstieg, klar in den charakterlichen und Wesensvoraussetzungen, eindeutig in der Zielrichtung, ist an sich kurz umschrieben. Eine kurze Frist ist ihm nur gegönnt gewesen; aber sein Leben war hineingestellt in eine Epoche, die ihn wie alle jene, die in dieser Epoche zum Licht emporgetragen werden, in die Unsterblichkeit führt.

So stehen wir betroffen vor einem Opfer in dem Bewußtsein einer göttlichen Rätselhaftigkeit vom Leben an sich, die mit dem Werden der Menschen, ihrem tiefsten Sinn und dem Walten des Flügelschlages des Schicksals auf diesem Planeten verbunden ist. In diesem Gedanken einer tiefsten Betroffenheit, einer wurzellosen Ausweglosigkeit verliert sich die Trauer. Es gibt Rätsel, deren Lösung uns versagt ist, und es gibt das Quälende in der Welt, das man ahnt, daß der Herrgott ewig nur Fragen, Fragen um Fragen stellen läßt und daß er uns durch dieses Leben führt, um uns erst, vielleicht kaum gehaucht, in der letzten Minute, in der letzten Sekunde des Lebens, lichtaufflammend ein weites Tor zu öffnen.

3.2.1944

Wenn wir nun unserem Kameraden Franz Keith in die Augen sehen könnten, würde er wissen, was sein kurzes strahlendes Leben bedeutet: aufflammend wie ein Meteor, aufsteigend in kurzer Lebensbahn zu seinen Altersgenossen zumeist verschlossenen Höhen, plötzlich hinabgerissen in die Nacht des Todes und doch, wie wir sagen, höher emporgehoben in Gottes Land!

Ich selbst habe ihn nun seit Jahren an meiner Seite. Er war bei mir in der Akademie für Deutsches Recht, kam dann auf diese Burg. Ich ließ ihn nicht mehr in eine andere Position ziehen. Viele wurden ihm angeboten; man riß sich um Franz Keith, jeder wollte ihn haben; denn jeder staunte ob dieser klaren prägnanten Energie seiner Persönlichkeit, ob dieses klaren Willens, ob dieser selbstlosen,dienstlichen Sicherheit des Befehlenkönnens und zugleich des Überzeugenkönnens von der Richtigkeit der Befehlsgebung.

Ich kann in einem Wort sagen, was er mir war: er hat dieses, was ich Kanzlei des Generalgouverneurs nenne, aufgebaut, organisiert; er hat diese Burg eingerichtet und hat die Bauten auf dieser Burg geschaffen. Er hat in unermüdlichem Arbeiten und Wirken diese Zentrale der deutschen Führung im Weichselraum aufgerichtet, und ich kann nur sagen: der Herrgott hat ihn zu Größerem abberufen, er wird mir keinen Nachfolger seiner Art mehr geben. Mit ihm stirbt der dahin, der an meiner Seite das Werk auf dieser Burg begann und der würdig war, in der Reihe der Männer zu stehen, die als Regierung des Generalgouvernements auf ihren Positionen, in ihren Funktionen Ähnliches zu erreichen berufen sind.

Er war Kammergerichtsrat. Er gehörte damit einem charakteristischen dienstlichen Gremium an, dessen Geschichte einen bedeutungsvollen Ausschnitt aus der Geistesgeschichte des deutschen Volkstums bedeutet. Diese preußischen Kammergerichtsräte setzten sich in Jahrhunderten stolzer deutscher Reichsgeschichte aus den bedeutendsten Männern preußischer deutscher Rechtsfindung zusammen. Nicht nur das: der Titel Kammergerichtsrat war der stolze Titel, der den Rechtskämpfer bezeichnete. Unvergänglich die Szene, wie die Kammergerichtsräte vor den Alten Fritz zitiert wurden, um dort vor des Königs Majestät zu bekennen, daß das, was sie tun, rechtens ist, und daß das, was der König verlangt, unrechtens ist, - die sich nicht scheuen, in den Kerker zu gehen und zu sagen: Majestät können uns verhaften und in den Kerker werfen, das Urteil ist rechtens und wird nicht geändert. Der berühmte Fall des Müllers Arnold steigt hier auf.

Von dem stolzen Geist dieser Kammergerichtsräte hatte auch unser Keith das Wesentliche an sich. Auch er hatte die Kraft des offenen Blicks, der sich nicht knechtisch hinter der Wirklichkeit versteckt, sondern der das bekennt, was bekennensnotwendig ist, der tut, was seines Glaubens ist, und der unterläßt, was für ihn unmöglich zu tun ist.

In dieser geraden Haltung war der Kammergerichtsrat Keith auch ein würdiges Mitglied dieses preußisch-deutschen Gerichtshofes, er war in seinem ganzen Wesen ein Mann des Rechtes, er war die Gerechtigkeit in Person. Er liebte die Dinge des Rechts. Er war mit mir in dem Bestreben zusammengehalten, der Rechtsidee zu dienen, wie wir sie in der Akademie für Deutsches Recht als großem Areopag einer Ideenwelt aufgerichtet haben, in

Er war Kammergerichtsrat. Er gehörte damit einem charakteristischen dienstlichen Gremium an, dessen Geschichte einen bedeutungsvollen Ausschnitt aus der Geistesgeschichte des deutschen Volkstums bedeutet. Diese preußischen Kammergerichtsräte setzten sich in Jahrhunderten stolzer deutscher Reichsgeschichte aus den bedeutendsten Männern preußischer deutscher Rechtsfindung zusammen. Nicht nur das: der Titel Kammergerichtsrat war der stolze Titel, der den Rechtskämpfer bezeichnete. Unvergänglich die Szene, wie die Kammergerichtsräte vor den Alten Fritz zitiert wurden, um dort vor des Königs Majestät zu bekennen, daß das, was sie tun, rechtens ist, und daß das, was der König verlangt, unrechtens ist, - die sich nicht scheuen, in den Kerker zu gehen und zu sagen: Majestät können uns verhaften und in den Kerker werfen, das Urteil ist rechtens und wird nicht geändert. Der berühmte Fall des Müllers Arnold steigt hier auf.

Von dem stolzen Geist dieser Kammergerichtsräte hatte auch unser Keith das Wesentliche an sich. Auch er hatte die Kraft des offenen Blicks, der sich nicht knechtisch hinter der Wirklichkeit versteckt, sondern der das bekennt, was bekennensnotwendig ist, der tut, was seines Glaubens ist, und der unterläßt, was für ihn unmöglich zu tun ist.

In dieser geraden Haltung war der Kammergerichtsrat Keith auch ein würdiges Mitglied dieses preußisch-deutschen Gerichtshofes, er war in seinem ganzen Wesen ein Mann des Rechtes, er war die Gerechtigkeit in Person. Er liebte die Dinge des Rechts. Er war mit mir in dem Bestreben zusammengehalten, der Rechtsidee zu dienen, wie wir sie in der Akademie für Deutsches Recht als großem Areopag einer Ideenwelt aufgerichtet haben, in

der schließlich die soziale Ordnung dessen, was wir heute Europa nennen, eine glühende Vorbedingung zu sehen hat: daß ein Volk ohne Recht nicht bestehen kann und daß auf die Dauer ein Volk ohne Rechtssicherheit nicht lebt, dass Europa und Recht eins sind und daß die Gewalt Asiens dieses Recht nicht überwinden wird, daß die deutsche Rasse in sich das Rechtsgefühl als heilige Wegzehrung auf die Wanderung durch die Jahrtausende ihrer Geschichte bekommem hat. Aus diesem Flammengeist war seine Seele gespeist und trug seinen Geist in ideale Höhe.

Aber er war nicht nur dieses; er war vornehm in seinem ganzen Wesen, ein klarer vorbildlicher Offizier. Er war das, was allen deutschen Ständen voranleuchtet, ganz gleich, wo sie wohnen: er war der preußische Offizier, er war das, was einmalig in der ständischen Ordnung unserer deutschen Geschichte seine Bedeutung hat als Voraussetzung der wiedererstehenden Reichskraft, - der preußische Offizier, dessen klare Haltung, dessen eindeutige Selbstsicherheit, dessen Truppengenialität eben dieses Reich einmal auf dem militärischen Sektor geschaffen hat. Dieser preussische Offizier, der, aus der alten Geschichte Brandenburgs aufsteigend, heute zum Vorbild aller deutschen Offiziere geworden ist.

Dieser preußische Offizier war Keith. In ihm lebte dieses Flammenblut des Soldatischen, des Kämpferischen, des nicht Ausweichenwollens, des schnurgerade Durchschlagenwollens, des rücksichtslos Draufgehens da, wo es nottut, wo man spürt, daß Hindernisse nur künstlich sind, nur aufgerichtet, um irgendetwas, was nicht klar ist, zu verdecken.

Dieser klare befehlsgewohnte preussische Offizier war es auch, der die schwierigen Verhältnisse im Aufbau einer führenden Organisation als Behörde überwand und der die Vielfalt menschlicher Schwächen, die sich in einem solchen Bereich zeigen, nach Art

des Kompaniechefs klar hintanzustellen wusste, und dort, wo es nottat, auch klar beseitigte.

Ich möchte daher aus dem Vollbewusstsein des Verlustes dieses Mannes uns allen den traurigen Wehmutsgedanken nicht ersparen, daß diese Männer, wie wir in Franz Keith einen verloren haben, uns allen als Vorbild voranleuchten können und sollen. Indem wir ihn ehren, indem wir seiner gedenken, ehren wir alle, die für Deutschland fallen, gedenken wir aller, die Deutschland ihr Leben als Opfer gebracht haben. Sie haben diesen kurzen Weg durch die Erde überstanden und sie sind in die Ewigkeit eingegangen. Um uns alle lauert der Tod: heute Du, morgen ich. Einmal ergreift jeden von uns diese Hand, die uns hinausführt aus der Welt und die uns dann die Offenbarung gibt, an die wir alle glauben.

Wir wissen, daß sich in diesen Hunderttausenden und Millionen, die jetzt gefallen sind, die an den Fronten und in den Ozeanen ruhen, die dort in den zertrümmerten Kellern zu Asche verbrennen, die Flammen innerster unsterblicher Hingabe für unser schwer ringendes deutsches Vaterland zu einer einzigen Opferflamme sammeln. Die Seele Keiths flammt unter ihnen. Möge der Herrgott gerade aus diesen Opfern unseres Volkes erkennen, wie tiefernst uns die Idee der Freiheit unseres Vaterlandes geworden ist. Ein Volk, das solche Helden endlos, endlos sich in die graue Schar der Toten einreihen sieht, ein solches Volk hat ein Anrecht auf seinen Platz.

Ihnen, gnädige Frau, möchte ich als Trost in dieser einzig schweren Stunde dieses mit auf den Weg geben: das Schicksal hat Sie an die Seite eines Mannes gestellt, dem es von dem gleichen Schicksal bestimmt war, sein Leben für die Gemeinschaft hinzugeben.

3.2.1944

Sie sind geweiht als Gattin eines unsterblichen Helden. Indem wir uns alle erheben, spreche ich Ihnen, gnädige Frau, und der ganzen Familie Keith im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements, aller seiner Untergebenen und Vorgesetzten unser tiefst empfundenes Beileid aus.

--

Den Abschluß der Trauerfeier bildet das Adagio von Beethoven, vorgetragen vom Assmann-Quartett.

13^{30} Essen

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

3.2.1944

des Kompaniechefs klar hintanzustellen wusste, und dort, wo es nottat, auch klar beseitigte.

Ich möchte daher aus dem Vollbewusstsein des Verlustes dieses Mannes uns allen den traurigen Wehmutsgedanken nicht ersparen, daß diese Männer, wie wir in Franz Keith einen verloren haben, uns allen als Vorbild voranleuchten können und sollen. Indem wir ihn ehren, indem wir seiner gedenken, ehren wir alle, die für Deutschland fallen, gedenken wir aller, die Deutschland ihr Leben als Opfer gebracht haben. Sie haben diesen kurzen Weg durch die Erde überstanden und sie sind in die Ewigkeit eingegangen. Um uns alle lauert der Tod: heute Du, morgen ich. Einmal ergreift jeden von uns diese Hand, die uns hinausführt aus der Welt und die uns dann die Offenbarung gibt, an die wir alle glauben.

Wir wissen, daß sich in diesen Hunderttausenden und Millionen, die jetzt gefallen sind, die an den Fronten und in den Ozeanen ruhen, die dort in den zertrümmerten Kellern zu Asche verbrennen, die Flammen innerster unsterblicher Hingabe für unser schwer ringendes deutsches Vaterland zu einer einzigen Opferflamme sammeln. Die Seele Keiths flammt unter ihnen. Möge der Herrgott gerade aus diesen Opfern unseres Volkes erkennen, wie tiefernst uns die Idee der Freiheit unseres Vaterlandes geworden ist. Ein Volk, das solche Helden endlos, endlos sich in die graue Schar der Toten einreihen sieht, ein solches Volk hat ein Anrecht auf seinen Platz.

Ihnen, gnädige Frau, möchte ich als Trost in dieser einzig schweren Stunde dieses mit auf den Weg geben: das Schicksal hat Sie an die Seite eines Mannes gestellt, dem es von dem gleichen Schicksal bestimmt war, sein Leben für die Gemeinschaft hinzugeben.

3.2.1944

Sie sind geweiht als Gattin eines unsterblichen Helden. Indem wir uns alle erheben, spreche ich Ihnen, gnädige Frau, und der ganzen Familie Keith im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements, aller seiner Untergebenen und Vorgesetzten unser tiefst empfundenes Beileid aus.

--

Den Abschluß der Trauerfeier bildet das Adagio von Beethoven, vorgetragen vom Assmann-Quartett.

13^{30} Essen

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Freitag, den 4.2.1944

9^{55} Besprechung mit Oberstleutnant von Dazur.

10^{00} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh.

10^{40} Währungssitzung im Königssaal der Burg.

Teilnehmer: Der Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Bühler,
Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Dr. Senkowsky,
Präsident Dr. Emmerich,
Präcident Dr. Struve,
Präsident Naumann,
Regierungskommissar der Zentralkammer, Dr. Heuber,
Präsident Tetzner.

(Protokoll siehe Beiakten).

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

Sonnabend, den 5.2.1944
bis Montag, den 7.2.1944

IV/8

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs
im Reich.

-.-.-.-.-.-.-

Berlin

IV/9

Sonnabend, den 5.Februar 1944

6^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Berlin - Schlesischer Bahnhof.

Anschließend fährt der Herr Generalgouverneur mit seiner Begleitung zum Hotel Adlon. Dort empfängt er im Laufe des Tages

1. den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin Landgerichtsrat Taschner
2. den Berliner Schriftleiter der Krakauer Zeitung Spannagel
3. den Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Gassner.

14^{30} Der Herr Generalgouverneur besucht die Opernvorstellung "La Traviata" in der Staatsoper, für die ihm Generalintendant TTietjen seine Loge zur Verfügung gestellt hat.

18^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Berlin-Schlesischer Bahnhof mit dem Kurierzug ins Führerhauptquartier.

Sonntag, den 6.Februar 1944

8^{30} Ankunft auf der Bahnstation des Führerhauptquartiers.

9^{00} SS-Obersturmführer Beermann von der persönlichen Begleitung des Führers meldet sich bei dem Herrn Generalgouverneur im Salonwagen.

14^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs ins Führerhauptquartier Sperrkreis A.

14^{30} Unterredung mit dem F ü h r e r .

Anschließend Besprechungen des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsleiter Bormann, Professor Dr.Morell, SS-Gruppenführer Bormann, Reichspressechef Dr.Dietrich und Generalfeldmarschall Keitel.

(Siehe Seite)

17^{30} Rückkehr des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung zum Salonwagen.

$2o^{30}$ Abfahrt des Kurierzuges nach Berlin.

IV/9

Sonntag, den 6.Februar 1944

14^{30} bis 17^{00} Im Führerhauptquartier (Sperrkreis A) hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung beim Führer.

Der Herr Generalgouverneur gibt über den Inhalt und Verlauf seiner Besprechungen folgenden Bericht:

Ich fuhr um 14 Uhr mit dem Adjutanten SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth und mit Obersturmführer Beermann von der Begleitung des Führers in den Sperrkreis A des Führerhauptquartiers. Dort wurde ich von Reichsleiter Bormann empfangen. Kurze Zeit darauf empfing mich der Führer. Anschließend aß er mit Reichsleiter Bormann und mit mir zu Mittag. Der Führer war außerordentlich aufgeschlossen und machte den Eindruck eines völlig gesunden, lebensfrischen, energiegeladenen Mannes. Er erschien mir wie in seinen besten Jahren.

Während des Essens entspann sich sogleich eine lebhafte politische Unterhaltung. Der Führer begann mit der Bemerkung, daß die Rede, die ich morgen vor der Auslandspresse in Berlin zu halten gedächte, ihm ausgezeichnet gefallen hätte. Er fragte dann sogleich, was denn nun eigentlich die Polen machten. Ich berichtete im Zusammenhang über die Situation der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement, zeichnete in großen Linien die Entwicklung der Einstellung zur deutschen Führung und die Parteien, die sich gewissermaßen im polnischen Volkstum uns gegenüber gebildet hätten. Ich erwähnte den Zwiespalt zwischen der sogenannten nationalpolnischen Widerstandsbewegung und der von Moskau aus geführten kommunistischen Gruppe und skizzierte die Lage dahin, daß die Millionenmasse der polnischen Arbeiter und Bauern trotz aller Versuche, sie gegen uns aufzuputschen, im allgemeinen loyal ihren Pflichten nachkomme.

6.2.1944

Ich konnte in diesem Zusammenhang auf die beachtlichen Leistungen verweisen, die das Generalgouvernement für das Deutsche Reich erbracht hat.

Ich führte dann einige Zahlen auf. Der Führer war sehr interessiert an den Zahlen der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie. Er war völlig informiert über die hervorragenden Leistungen des Generalgouvernements. "So wie Sie es gemacht haben, ist es völlig recht. Den Polen muß man immer sagen, daß sie nur unter deutscher Führung leben können und daß - wenn die Bolschewiken ins Land kämen - in einigen Jahren kein polnisches Volk mehr existieren würde."

Ich erklärte daraufhin, daß mir meine Politik viel Widersprüche eingetragen habe, daß man mich als polenfreundlich verschrieen habe, daß ich aber bekennen müßte, jene Leistungen, für deren Anerkennung ich dem Führer besonders dankte, seien nur kraft dieser pfleglichen politischen Behandlung möglich gewesen. Ich bemerkte, daß ich mir selbstverständlich über die Gefahren einer derartigen Schonung, insbesondere der Kirche und der nationalistischen Lehrerschaft der Polen völlig im klaren sei, daß es aber jetzt nicht darauf ankommen könne, im Raum des Generalgouvernements große nationale Auseinandersetzungen durchzuführen, sondern daß es nur ein Ziel geben könne: die Millionenmasse der Polen möglichst ungehemmt in Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und sonstiger Arbeit für das Großdeutsche Reich einzusetzen. Ich erwähnte als Beispiel die Zahl der in der Ostbahn beschäftigten Nichtdeutschen im Verhältnis zu den dort tätigen Deutschen. Ich verwies auf die Hunderttausende darüber hinaus im deutschen Interesse arbeitenden Polen aller Schichten, denen natürlich ein Minimum an Lebensfreude

und nationaler Lebenszukunft sichergestellt werden müsse, damit sie überhaupt bei ihrer Arbeitskraft erhalten bleiben könnten.

Der Führer bestätigte diese Ausführungen mit besonderem Nachdruck und erklärte, daß diese Art der Behandlung auch von der österreichischen Verwaltung in Galizien lange Jahre über mit Erfolg gepflogen worden sei. Ich wiederum bestätigte, daß auch unsere Erfahrungen mit den Ergebnissen der altösterreichischen Verwaltungskunst in Galizien die denkbar besten seien.

Ich sprach dann in diesem Zusammenhang von der Philharmonie, von dem demnächst zu eröffnenden polnischen Theater, von der Duldung der Kirchen und vor allem auch über die vielfach mißverständlich beurteilten Hochschulkurse in Lemberg. Ich verwies auf die geringe Zahl der deutschen Ärzte im Generalgouvernement und machte die Notwendigkeit der Heranbildung eines minimalen Ausbildungsprogramms geltend.

Den Führer freuten offensichtlich diese Ausführungen; denn er machte daraufhin die witzige Bemerkung, daß er als Ausbildungsleiter für diese polnischen Ärzte seinen persönlichen Arzt, Dr. Brandt, empfehlen möchte.

Der Führer schnitt dann das Ukrainerproblem an. Ich konnte hierbei auf die Erfolge unserer Ukrainerpolitik verweisen. Ich sagte ihm, daß wir in Galizien eine ukrainische Bevölkerung haben, die absolut treu und sicher sei und die, wie die Ernteergebnisse gezeigt hätten, ihren Pflichten eifrigst nachkomme. Ich verwies auf die Freiwilligen bei der ukrainischen SS-Division und erwähnte, daß die Ukrainer mit Feuer und Flamme sich dem Kurs des Generalgouverneurs angeschlossen hätten. Der Führer sagte, er müsse das anerkennen; im übrigen verwies er auf das Beispiel des alten Österreich, wo die Ruthenen zwar ein verachtetes und nicht sehr geschätztes, aber politisch ein

als antipolnisches Element gern gebrauchtes Volkstum dargestellt hätten.

Bei dieser Gelegenheit verwies ich auf die Notwendigkeit, daß bei der demnächst wieder zu erwartenden Rückeroberung der Ukraine der unmittelbar an Galizien anschließende Teil der ehemaligen Republik Polen, insbesondere also das Gebiet von Wolhynien, zum Generalgouvernement kommen müsse. Ich begründete dies damit, daß dort die großen weiten Flächen seien, dünn besiedelt und überaus fruchtbar, die im Generalgouvernement fehlten. Der Führer nahm diesen Hinweis mit großen Interesse auf und sagte: "Ja, das ist richtig, dieses Gebiet gehört schondeshalb zum Generalgouvernement, damit die ukrainische Bevölkerung zahlenmäßig zunimmt."

Ich bemerkte dann, die Intelligenz der Ukrainer sei nicht sehr hoch, was ihre fachliche Ausbildung anlangt. Es sei daher für uns ein schweres Problem, die weitmehr europäisch gebildeten Polen zurückzuhalten und polnischen Führernachwuchs zu erziehen.

Der Führer bestätigte dies, indem er bemerkte, die Polen seien zweifellos ein hochbegabtes Volk.

Ich berichtete dann dem Führer über die großartige Haltung der Deutschen im Generalgouvernement, berichtete über die Kundgebung in Lemberg und sagte ihm, daß es für uns von großem Interesse wäre zu wissen, wie wir uns angesichts der neuesten Ereignisse (Verlust von Luck, Rowno und Dubno) verhalten sollten. Daraufhin meinte der Führer: "Ja, mein lieber Frank, es ist eigenartig, das Generalgouvernement haben wir früher alle als einen etwas im Hintergrund liegenden Winkel angesehen, heute ist es die Bastion des Ostens. Ich bin genau im Bilde über die Leistungen des Generalgouvernements und sage Ihnen, daß ich alles tun werde,

um es nicht zum Kriegsschauplatz werden zu lassen. Im übrigen nehme ich an, daß es sich bei diesem von Ihnen angeführten Vorstoß zunächst nur um schwache Spitzenkräfte handelt, mit denen wir schon fertig werden wollen. Ich würde alles unternehmen, um einen weiteren Vormarsch auf das Generalgouvernement abzuwehren".

Ich berichtete dann über unsere Erfahrungen bei Eintreffen der Meldung, daß Rowno besetzt worden sei, und sagte dem Führer, daß ich es peinlich empfand, nicht sogleich in der gewohnten Weise seitens der Wehrmacht informiert worden zu sein; ich wolle aber im allgemeinen rühmend anerkennen, daß im Wehrkreiskommando ansonsten ein gutes kameradschaftliches Verhältnis mit der Regierung gepflogen werde; das Bestreben, sich mit der NSDAP im Generalgouvernement gut zu stellen, gehe besonders daraus hervor, daß auch Generale an Schulungsveranstaltungen der NSDAP teilnähmen.

Der Führer schnitt dann die Frage der Verteilung der Wehrmacht im Generalgouvernement an und wünschte zuwissen, ob sich alle Generale jeweils bei mir meldeten. Er lege größtes Gewicht darauf, daß die deutsche Führung dieses Raumes in absolut großzügiger Repräsentanz in Erscheinung trete. Darauf lege er um so mehr Gewicht, weil er wisse, daß dies eine der wesentlichsten deutschen Voraussetzungen für die Durchführung des deutschen Auftrags im Generalgouvernement sei; die führenden deutschen Kreise müßten absolut als Vertreter eines großen starken Reiches und nicht als kleine bürokratische Spießer in Erscheinung treten.

6.2.1944

Ich berichtete dann kurz über den Mangel an Polizeikräften, erzählte von unseren Bunkern und Stützpunktbauten an der Grenze und von anderen sonstigen Maßnahmen, erwähnte insbesondere, daß wir aus dem unmittelbar gefährdeten Kreis begonnen hätten lebenswichtige Güter zurück zu transportieren, daß wir aber die Verwaltungsbehörden, Parteiorgane und sonstigen Kräfte unter allen Umständen bis in die äußerste Zone zu halten entschlossen seien. Der Führer billigte diesen Standpunkt.

Ich sprach dann von dem Eisenbahnattentat auf mich, über das der Führer offenbar schon informiert war.

Ich kam dann auf die deutsche Kultur im Generalgouvernement zu sprechen und schilderte genau die Theater in Krakau, Warschau und Lemberg mit ihren Programmen. Ich erzählte vom Aufbau des Staatstheaters des Generalgouvernements und beantragte, daß der Intendant Stampe nun endlich den Titel "Generalintendant" erhalten solle, habe er doch das einzige Dauertheater des Ostens aufgebaut, das Oper, Schauspiel und Operette bringe und das Tausenden deutscher Menschen, insbesondere deutscher Soldaten, deutsche Kultur laufend vermittle. Der Führer sagte, daß er die Berufung zum Generalintendanten vornehmen werde, worüber sich Reichsleiter Bormann eine besondere Notiz machen sollte.

Ich erwähnte an besonderen Beförderungswünschen, daß es schmerzlich sei, daß mein wichtigster Mitarbeiter, Staatssekretär Dr. Bühler, immer noch nicht in die ihm gebührende Dienststellung habe einrücken können; Reichsleiter Bormann bemerkte hierauf, diese Beförderung sei eingeleitet, alles sei klar; sie könne in der nächsten Zeit ausgesprochen werden.

6.2.1944

Der Führer sah sich anschließend, während ich mich hinter ihn stellte, das mitgebrachte Material genau an. Hierbei ergab sich immer wieder Gelegenheit, weitere interessante Fragen zu besprechen. Ich legte ihm Blatt für Blatt der gutgelungenen Karten des Hauptamtes für Raumordnung vor, die sein Interesse in ganz besonderem Maße fanden. So meinte der Führer z.B., das Generalgouvernement mit seinen 12o Einwohnern auf den Quadratkilometer sei eigentlich schon als übervölkert anzusprechen. Daran anknüpfend verwies ich auf die Unmöglichkeit, jetzt Deutsche ins Generalgouvernement einzusiedeln; gerade diese Einsiedlungen seien es, die große Unruhe in die Bevölkerung trügen. Der Führer stimmte dem zu und meinte, er hoffe, daß zunächst einmal die Germanisierung der eingegliederten Ostgebiete durchgeführt werden könnte; die Frage, wie es im Generalgouvernement nationalpolitisch werden solle, könne ruhig der Zukunft überlassen werden.

Bei der Karte über die Ernährungsleistungen des Generalgouvernements zeigte sich der Führer besonders im Bilde. Er machte wiederum die Bemerkung, es sei wirklich großartig, was die deutsche Verwaltung aus dem Lande herausgeholt hätte. Er fragte, wieviel meiner Meinung nach das Generalgouvernement wohl einmal unter normalen Friedensverhältnissen zu leisten imstande sei. Ich antwortete, daß das Generalgouvernement unter Einbeziehung des Gebietes von Wolhynien wohl über ½ Million Tonnen Getreide werde regelmäßig liefern können, wozu dann noch die Fülle der anderen Leistungen treten würde. Freilich müßten die nötigen Maschinen und sonstigen Investitionen, auf die die Ernährung und Landwirtschaft dringend angewiesen sei, zur Verfügung stehen, ungeachtet der dringend notwendigen Verbesserungen der Straßenverhältnisse.

6.2.1944

Bei der Karte über die Waldverteilung bezeichnete es der Führer als auffallend, daß wir so wenig Wald hätten und trotzdem soviel Holz lieferten. Ich verwies darauf, das sei vor allem dem Umstand zu danken, daß die seinerzeitige Zusage einer Grenzrevision zu Gunsten der Ungarn, die uns den besten Wald genommen hätte, rückgängig gemacht werden konnte. Gerade aus den Waldbeständen in Galizien, die damals so bedroht waren, seien die stärksten Holzlieferungen erzielt worden.

Ich betonte in diesem Zusammenhang die unliebsamen Verhältnisse, die offenbar in Ungarn in puncto der Polenpolitik vorhanden seien. Der Führer zeigte sich darüber völlig im Bilde und meinte, er wünsche nur einmal einen eklatanten Fall mitgeteilt zu erhalten, er würde dann schon drakonisch durchgreifen.

Wir kamen dann bei der Bevölkerungskarte auf die Bevölkerungszusammensetzung im Generalgouvernement noch kurz zu sprechen. Ich sagte dem Führer, daß die Deutschen alles in allem 1 % der Gesamtbevölkerung ausmachten und verwies dabei auf die Notwendigkeit der Parteiarbeit im Generalgouvernement, die sehr erfolgreich vonstatten ginge.

Die Beseitigung der Juden aus dem Generalgouvernement sei eine enorme Entlastung für die Gesamtlage des Landes gewesen. Heute seien nur noch die unerläßlich notwendigen, für anderweitig nicht zu befriedigende Arbeit eingesetzten Kräfte vorhanden.

Der Führer fragte dann nach Warschau und meinte, Warschau würde mir wohl die meiste Sorge im Generalgouvernement verursachen. Ich konnte ihm nur bestätigen, daß Warschau den schwärzesten Punkt im Generalgouvernement bedeute. Der Führer bezeichnete es als

absolut richtig, daß wir Krakau zur Hauptstadt gemacht hätten; Warschau müßte sobald sich die Möglichkeit dazu ergebe, abgebaut werden.

Bei der Karte über die Industrieverlagerung kamen wir auf verschiedene Detailfragen zu sprechen. Ich erwähnte die Schwierigkeiten der Währungslage, der Rohstoff- und Warensituation und führte aus, daß hier unbedingt eine Klärung der Probleme herbeigeführt werden müsse. Ich wies darauf hin, daß ich und meine Mitarbeiter in den zurückliegenden Jahren das Opfer böswilliger Mißverständnisse geworden seien; es müsse ganz allgemein wieder eine positive Einstellung zum Generalgouvernement Platz greifen. Aus dem ewigen Verneinen werde nur schwerster Schaden für das Reich entstehen. Ich berichtete in diesem Zusammenhang, wie glücklich ich sei, indem Parteigenossen Koppe einen so verständnisvollen und kameradschaftlich mitarbeitenden Staatssekretär für das Sicherheitswesen bekommen haben. Der Führer nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis und meinte: "Wer wollte das heute noch bestreiten, daß das Generalgouvernement das vielleicht wichtigste besetzte Gebiet ist, das wir noch haben?"

Der Führer fragte dann über die Aussicht der Erdölproduktion im Generalgouvernement. Ich berichtete über die Beobachtung der allmählichen Erschöpfung unserer Erdölquellen. Neue Bohrungen seien wenig ergiebig. Der Führer meinte, auch er habe diesen Eindruck, die Ölquellen Galiziens wären schon im alten Österreich-Ungarn kolossal ausgebeutet worden. Er habe auch den Eindruck, daß die rumänischen Ölfelder einer allmählichen Erschöpfung entgegengingen. Ich konnte dem Führer versichern, daß wir alles daran setzen, die Produktion auch unter den ungünstigen Verhältnissen weiterhin auf der Höhe zu halten oder gar zu steigern.

lo

6.2.1944

Ich berichtete dann noch über die Kulturbauten im Generalgouvernement und erzählte über die Neubauten auf der Burg, die sich sehr harmonisch in das Ganze eingefügt hätten. Der Führer beschaute sich dann eingehend das Heft "3 Jahre NSDAP im Generalgouvernement", wobei er wiederholt über die dem Heft beigegebenen Aufnahmen seine Anerkennung äußerte. Er meinte, daß sei ja wie der Parteitag zu Nürnberg aufgezogen. In künstlerisch empfundenen Worten sprach er davon, daß Krakau überhaupt eine der schönsten Städte des großdeutschen Machtbereiches sei, und verwies auf das Gegenstück Gotenhafen, das zwar vielleicht zweckmäßig und für uns als Hafen sehr wertvoll sei, aber im übrigen sich mit der schönen Hauptstadt des Generalgouvernements in keiner Weise baulich und künstlerisch vergleichen ließe.

Ich kam dann auf die etwaige Beteiligung von polnischen Freiwilligen am Kriege zu sprechen. Der Führer wehrte sofort ab, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Er möchte um keinen Preis mehr eine Pilsudskjarmee haben. Er fuhr fort: "So, wie Sie das in Ihrer ausgezeichneten Rede vor der Auslandspresse, die wirklich sehr gut ist, morgen sagen werden, ist es richtig; die Polen sollen arbeiten, der deutsche Soldat wird sie mit ganz Europa gegen den Bolschewismus verteidigen".

Wir sprachen dann verschiedenes Sachliche und Persönliche. Der Führer erzählte vom Kriegsgeschehen, sprach über die schwierigen Wetterverhältnisse, die für diesen Krieg charakteristisch seien. Wäre das Wetter 1941 nicht so schlecht gewesen, wäre Moskau längst in unserer Hand. Trotz allem gab er dem felsenfesten Glauben Ausdruck, daß wir den Kampf siegreich bestehen werden. Ich konnte ihm diesen Optimismus aus dem Erleben der Deutschen im Generalgouvernement, die treu am Führer hingen, nur bestätigen und

erzählte ihm einzelne Beispiele tapferen Erlebens deutscher Männer und Frauen im Generalgouvernement und berichtete über meine Unterhaltungen mit den verschiedensten Frontsoldaten.

Der Führer sagte dann gegen Schluß, daß er alles tun werde, um mir zu helfen. Meine Aufgabe sei eine wichtige. Er vergewisserte sich dann auch noch, ob Reichsleiter Bormann alles aufgezeichnet habe, was aus der Besprechung festzuhalten sei. Im übrigen gab er mir anheim, mich künftig vertrauensvoll an ihn zu wenden.

Die Besprechung hatte insgesamt annähernd 2 1/2 Stunden gedauert und endete in freundlicher Harmonie und war wohl vom Führer so gedacht, um einen völligen Ausgleich zwischen ihm und einem seiner ältesten Mitkämpfer in Anwesenheit des Leiters der Parteikanzlei zu dokumentieren.

Ich begab mich sodann in das Vorzimmer des Adjutanten, Obersturmbannführers Darges, wo ich noch einige Zeit verweilte, weil einige Telefongespräche wegen der von mir noch weiter geplanten Besprechungen im Führerhauptquartier zu erledigen waren. Während dessen kam der Führer noch einmal heraus, stellte sich neben mich, um noch einiges Persönliche mit mir zu besprechen. Er erzählte mir, daß eine Einsatzgruppe noch heute aus dem Führerhauptquartier an einen besonders bedrohten Punkt der Ostfront abrücke. Ich erzählte dem Führer einiges Heitere, u.a. auch einen Wiener Witz, der sein herzliches Lachen hervorrief.

Er sagte mir dann, daß er jetzt große starke Bunker für die gesamte Belegschaft des Führerhauptquartiers bauen lasse, da man nie wissen könne, was geschehe; die modernen Bomben mit ihrer Durchschlagskraft seien bei der Errichtung der jetzigen Gebäude ja noch nicht bekannt gewesen. Der Führer entließ

6.2.1944

mich dann endgültig mit seinen besten Wünschen; er erkundigte sich noch nach meiner Familie und gab mir die besten Grüße und Wünsche für Frau und Kinder mit.

Ich verabschiedete mich dann auch von Reichsleiter Bormann, der betonte, mir in Parteigenossen Tiessler einen seiner besten Männer zu schicken. Er hoffe, daß alles gut werden möge, und er selbst hätte daran das größte Interesse und bedauere aufrichtig, zur Zeit nicht nach Krakau kommen zu können, werde diesen Besuch aber nachholen, sobald er Gelegenheit dazu finde.

Ich begab mich sodann in den sogenannten Teepavillon, wo sich nach kurzer Zeit Professor Morell, Gruppenführer Bormann und der Reichspressechef Dr. Dietrich einfanden. Prof. Morell bat mich um medizinisch bedeutsame Tierdrüsen, die in Schlachthöfen anfielen, da er diese dringend für seine Kliniken brauche. Ich sagte ihm die Erfüllung seines Wunsches zu und lud ihn für baldigst nach Krakau ein. Er meinte, diesen Besuch schon in der nächsten Zeit abstatten zu können. Ich befragte ihn nach dem Gesundheitszustand des Führers, worauf er meinte, dem Führer ergehe es jetzt gesundheitlich besser, als je zuvor. Er hätte keinerlei Magenbeschwerden mehr und hätte - was vor allem ein gutes Zeichen sei - besten Appetit. Er sei stolz, daß ihm dies geglückt sei. Ich brachte ihm meine besondere Anerkennung dafür zum Ausdruck und bestätigte ihm, daß auch ich denselben Eindruck von dem hervorragenden Gesundheitszustand des Führers bekommen habe.

Gruppenführer Bormann sagte mir, daß er sich sehr freue, den jahrelangen Kampf beendet zu sehen; er habe von Anfang an gewußt, daß diese Stunde einmal kommen werde.

6.2.1944

Mit dem Reichspressechef Lr. Dietrich besprach ich die Angelegenheit des Verhältnisses Ohlenbusch-Gassner und sagte ihm, daß ich auf keinen Fall eine Reduzierung der Stellung Gassner hinnehmen würde. Ich müßte strikt daran festhalten, daß Gassner als Pressechef des Generalgouvernements die führende Persönlichkeit des Pressewesens im Generalgouvernement bliebe. Ich kam dann mit ihm überein, daß wir diesen Standpunkt gemeinsam allen entgegengesetzten Bestrebungen des Reichspropagandaministeriums gegenüber durchhalten wollten.

Wegen des morgigen Vortrages vor der Auslandspresse sagte mir Dr. Dietrich, daß der Führer meine Rede als außerordentlich gut empfunden habe und daß er erklärt hätte, Frank solle diese Rede so schnell wie möglich halten. Er - der Reichspressechef - habe von sich aus alles getan, um die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg werden zu lassen, zu einem Erfolg, den meine langjährige Politik längst verdient hätte. Er bitte dringend darum, die polnische antibolschewistische Liga so schnell wie möglich zu gründen und führende Polen dafür zu gewinnen. Er bat darum, möglichst bald hierüber pressemäßig informiert zu werden.

Besonderes Interesse fand auch mein Plan der Eröffnung des polnischen Theaters zum 16.Februar, die er pressemäßig ganz groß herauszubringen versprach. Der mitanwesende Gruppenführer Bormann sagte dabei, der Führer habe vor einigen Tagen aus seinem Schlafzimmer kommend zu ihm gesagt, diese Rede, die Frank halten wolle, sei ganz ausgezeichnet, er müsse sie sofort auch lesen. Er habe also vom Führer selbst Kenntnis von dieser Sache bekommen.

6.2.1944

Ich begab mich daraufhin zum Generalfeldmarschall Keitel, der mich ungewöhnlich kameradschaftlich aufnahm. Ich trug ihm die Entwicklung des Generalgouvernements vor und schilderte ihm in großen Zügen meinen jahrelangen Kampf. Generalfeldmarschall Keitel sagte, für ihn als Soldaten habe es nie einen Zweifel gegeben, er freue sich darüber, daß die Mißverständnisse nunmehr ausgeräumt seien. Er sagte: "Sie haben sich ja restlos durchgesetzt, ich beglückwünsche Sie aufrichtig dazu. Die Wehrmacht hatte ja für Ihren Standpunkt, wie Sie wissen, immer großes Verständnis".

Ich kam dann auf meine Sorgen zu sprechen und verwies vor allem auf die Notwendigkeit, daß das Generalgouvernement unter allen Umständen aus der Front herausgehalten werde. Generalfeldmarschall Keitel sagte mir, er glaube bestimmt, daß das gelingen werde. Er seien alle irgendwie möglichen Maßnahmen ergriffen, das Generalgouvernement müsse von feindlichen Kriegshandlungen freibleiben. Er wisse genau, was das Generalgouvernement bedeute. Erst unlängst habe der Führer die Bedeutung der Arbeit des Generalgouverneurs besonders unterstrichen, und er - der Generalfeldmarschall - habe ihm gesagt, das Generalgouvernement sei der Rückhalt im Osten, den es unter allen Umständen zu verteidigen gelte. Ich sprach Generalfeldmarschall Keitel meine besondere Freude und Dankbarkeit für diese Einstellung aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die vom OKW ergriffenen Maßnahmen wirklich von Erfolg sein möchten.

Ich sprach dann mit ihm über die Währungsfrage. Er sagte, er sehe die Gefahr voll, er sei in jeder Weise bereit, ihr zu begegnen. Vor allem sei er bereit, meinen Vorschlag anzunehmen, in größtem Ausmaße

6.2.1944

Marketenderware für die Wehrmacht ins Generalgouvernement zu liefern, um auf diese Weise den Wert des Zloty möglichst zu halten. Er würde, wenn ich dies wünschen sollte, jetzt auch gleich einen besonderen Offizier zur Verhandlung nach Krakau schicken. Ich dankte Generalfeldmarschall Keitel für dieses Entgegenkommen und bat, den Besuch des Beauftragten möglichst bald stattfinden zu lassen.

Ich schilderte ihm dann die schwierige Situation hinsichtlich der Übernahme von lo ooo Ukrainern ins Generalgouvernement. Er bat mich dringend, diese Leute zu übernehmen, sie würden sonst von den Bolschewiken umgebracht. Ich sagte, als vorübergehende Notmaßnahme könnte ich das vielleicht unter äußerster Anspannung tun, immer vorausgesetzt, daß die Zahl lo ooo eine Höchstzahl sei, sagte aber weiterhin, daß vermutlich auch die äußersten Anstrengungen nicht ausreichten, die schlimmen Folgen solcher zwangsweisen Einsiedlungen abzuwenden. Generalfeldmarschall Keitel sagte mir zu, daß er mir beim Eintritt solcher Folgen auf alle Fälle helfen werde. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß die Situation jener Menschen eben verzweifelt sei.

Ich betonte abschließend, daß ich mir eine endgültige Entscheidung vorbehalten müsse; keinesfalls aber könnten mir künftig solche Maßnahmen einfach fernschriftlich angekündigt werden. Generalfeldmarschall Keitel erklärte mir, er habe in dringender Not gehandelt, die Schreie aus dem Osten seien furchtbar. Er beschwor mich geradezu, auch seine und die Schwierigkeiten des Führers in solchen Fällen zu bedenken.

6.2.1944

Generalfeldmarschall Keitel fragte mich, wie mein Verhältnis zu dem neuen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe, sei. Ich konnte ihm nur bestätigen, daß ich mit ihm ganz hervorragend zusammenarbeiten könne.

Unter einigen persönlichen Bemerkungen familiärer Art begleitete mich Generalfeldmarschall Keitel hinaus und verabschiedete sich sehr herzlich, nachdem ich noch gegen Schluß der Unterredung seine volle Zustimmung erhalten hatte, daß die beiden Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur unter allen Umständen beibehalten werden könnten. Generalfeldmarschall Keitel meinte, er habe gleich bemerkt, daß hier unter dem Vorwand von Ersparnismaßnahmen örtlich unliebsam gewordene Persönlichkeiten weggedrückt werden sollten. Über solche Fragen könne aber nur zwischen dem OKW und dem Generalgouverneur unmittelbar verhandelt werden. Der Generalgouverneur habe die Notwendigkeit der Verbindungsoffiziere betont, er - der Generalfeldmarschall - sehe sie ein, und damit sei die Angelegenheit endgültig geklärt.

Ich begab mich daraufhin nochmals kurz zu einem Abschiedsbesuch zum Reichspressechef Dr. Dietrich und besprach mit ihm einige noch uns interessierende Fragen. Er stellte auch abschließend nochmals fest, daß sich meine Politik erfolgreich durchgesetzt habe. Er habe vom Führer Weisung erhalten, die morgige Rede als bedeutsame Kundgebung der deutschen Führungsmethode im Osten pressemäßig herauszustellen. Er schilderte dabei die Unmöglichkeit des Pressebetriebes in dem Bereich des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, bei dem keine klare, erfolgreiche Entwicklung erkennbar gewesen sei. Er lege daher auf die Pressearbeit im Osten nur noch wegen des Generalgouvernements

6.2.1944

Gewicht und hoffe, dies schon demnächst einmal durch seinen Besuch in Krakau besonders dokumentieren zu können.

Ich begab mich daraufhin wieder zu meinem Salonwagen zurück, in dem ich das Führerhauptquartier in Richtung Berlin verließ.

Montag, den 7.Februar 1944

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Berlin-Schlesischer Bahnhof.

Der Herr Generalgouverneur wird von seinem Bevollmächtigten in Berlin Landgerichtsrat Taschner am Bahnhof begrüßt und mit seiner Begleitung ins Hotel Adlon geleitet. Dort empfängt der Herr Generalgouverneur im Laufe des Tages

1. den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin Landgerichtsrat Taschner
2. den Berliner Schriftleiter der Krakauer Zeitung Spannagel
3. den Hauptamtsleiter Dr. Dresler
4. den Pressechef der Regierung des Generalgouvernements Gassner.

16^{00} Rede des Herrn Generalgouverneurs vor der Auslandspresse im Akademischen Auslandsklub, Leipziger Platz 16.

(Siehe Seite)

18^{02} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Berlin-Bahnhof Zoologischer Garten nach Krakau.

IV/8

Montag, den 7. Februar 1944

16 00 Der Herr Generalgouverneur hält im Auslandsclub, Berlin Leipziger Platz, vor Vertretern der Auslandspresse folgende Rede:

Die Ereignisse der letzten Zeit haben zweifellos das Generalgouvernement als den heimatlichen Siedlungsraum des polnischen Volkes in den Vordergrund des Interesses der Weltöffentlichkeit gezogen. Daher habe ich mit besonderer Freude der Einladung zugestimmt, heute vor Ihnen, meine Herren, als den Vertretern der ausländischen Presse einige im Zusammenhang damit stehende Fragen zu erörtern. Ich darf betonen, dass mir eine freimütige Äusserung meiner Anschauungen umso leichter fällt, als mir meine nun beinahe viereinhalb Jahre währende massgebliche Tätigkeit im Generalgouvernement eine Unzahl ausserordentlich wertvoller Erkenntnisse über die Struktur und die Funktionen dieses Raumes, der unter dem Namen Generalgouvernement mit der Geschichte dieses Krieges unlösbar verbunden bleiben wird, ebenso vermittelte, wie ausserordentlich detaillierte Erfahrungen über das Leben und die Bedürfnisse seiner Einwohner, die in einem überwiegenden Maße, nämlich zu fast 80% dem polnischen Volkstum angehören.

Dieses Gesamtbild meiner persönlichen Erkenntnisse und Erfahrungen, das im Laufe langer Jahre durch die Erkenntnisse aus der Tätigkeit zahlreicher bewährter Mitarbeiter sinnvoll ergänzt und geweitet wurde, hat den unanfechtbaren Vorzug, nicht ein hohles Gebäude überspitzter und augenblickgebundener Propagandathesen zu sein; es entstand vielmehr auf dem Fundament realer und nüchterner Tatsachen, deren Sprache

7.2.1944

wir gerade im Laufe des gegenwärtigen Krieges in so nützlicher Weise zu verstehen gelernt haben. Sie selbst, meine Herren, werden aus Ihrer Tätigkeit wissen, in welchem Maße das Generalgouvernement seit Beginn dieses Krieges von Seiten unserer Feinde zum Gegenstand ihrer auf Propagandawirkung abzielenden Betrachtungen und Erörterungen gemacht wurde. Wir selbst haben uns dagegen mit unserer ganzen Kraft auf die wesentlichen Aufgaben der Wirklichkeit konzentriert, die manchmal schwer waren, aber lohnend und uns, davon bin ich überzeugt, im Endeffekt ein gültigeres Zeugnis ausstellen werden, als die oft so ungeheuerlich plumpen und schon deshalb auf lange Sicht unwirksamen Anwürfe unserer Gegner. Unser Werk war von Anfang an von dem Bewusstsein einer grossen europäischen Verantwortung getragen. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wären wir zweifellos nicht imstande gewesen, die erste Phase unserer Arbeit im Generalgouvernement, die ich als Phase des Wiederaufbaues bezeichnen möchte, in geradezu unwahrscheinlich kurzer Frist nicht nur mit dem völligen Ausgleich jener zahllosen Spuren moralischer und materieller Verwüstung, die die Kriegshandlungen des Herbstes 1939 im Weichselraum hinterliessen, sondern auch mit einer Korrektur vieler unhaltbarer sozialer und politischer Verhältnisse zu beenden, die der ehemalige polnische Staat einer zweckentsprechenden und zukunftsbejahenden Lösung nicht hatte und - davon sind wir mehr denn je überzeugt - auch nicht hätte entgegenführen können. Ich stehe nicht an, sogar zu behaupten, dass die deutsche Führung des Generalgouvernements der Millionenmasse der polnischen Bauern erst die Befreiung aus den zwar nicht de jure, aber doch de facto bestehenden Verstrickungen

7.2.1944

übelsten Feudalismus gebracht und die Millionenmasse der polnischen Arbeiter aus unwürdigen sozialen Zuständen herausgeführt hat, die ihnen ein im reinsten Fahrwasser jüdischer Ausbeutungsmethoden segelndes System auferlegt hatte.

Wurden alle unsere Bemühungen schon dadurch wesentlich gefördert, so fanden sie auch Unterstützung durch die Tatsache, dass der für fremde Interessen von der seinerzeitigen Warschauer Regierung leichtfertig provozierte Krieg - auch davon sind wir heute überzeugt - in der breiten Masse des polnischen Volkes keinerlei Ansprüche auf Popularität erheben konnte, ein Umstand, der uns in steigendem Maße bei der Bewältigung der gegenwärtigen zweiten Phase unserer Arbeit, nämlich der Einbeziehung des Generalgouvernements in die gemeinsame europäische Abwehrfront im Kampf gegen den Bolschewismus und die Ausbeutungstendenzen der Plutokratie, zugute kommt.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir uns ausserstande fühlten, dem polnischen Volk - genau wie den anderen im Generalgouvernement siedelnden Volksgruppen - etwa alle jenen oft gewiss nicht leichten Beschränkungen und der europäischen Gesamtheit gemeinsamen kriegsgegebenen Pflichten zu ersparen, zumal der Weichselraum allein unter dem Gesichtspunkt seiner geographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten durchaus nicht die Voraussetzungen dafür besitzt, in der Zeit grösster, weltweiter Erschütterungen eine paradiesische Insel zu sein, auf der es möglich wäre, inmitten einem Meer von Arbeit und letzter Kraftanstrengung ein glückliches und selbstgefälliges Dasein zu führen. Im Gegenteil, wir mussten in eigenen Interesse aller Bewohner des Generalgouvernements, auch der Polen also, und gerade in der ersten Zeit des Bestehens des Generalgouvernements oft Anforderungen stellen, die vielleicht hier und da sogar höher waren als in anderen Gebieten Europas. Ihre Erfüllung war jedoch unerläss-

7.2.1944

lich, um das Land jenem verderblichen Chaos zu entreissen, das uns im Herbst 1939 als unseliges Erbe von Erscheinungen und Ereignissen empfing, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Wir sind dabei im Generalgouvernement selbst nur von wenigen missverstanden worden, und die im Laufe der Zeit eingetretene allgemeine Stabilisierung der Verhältnisse auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens musste uns in unserer Überzeugung bestärken, dass wir den richtigen Weg gewählt haben.

So ist es nicht übertrieben, wenn wir heute mit einer vielleicht auch Aussenstehenden verständlichen Genugtuung feststellen können, dass wir aller Schwierigkeiten im Generalgouvernement in einem Mass Herr geworden sind, das durchaus die These zu rechtfertigen geeignet ist, dass das Generalgouvernement heute eine der ruhigsten Zonen des gesamteuropäischen Bereiches ist. -

Rekapitulieren wir in aller Kürze, was es alles zu tun galt, um nur die primitivsten Grundlagen für einen nach europäischen Grundsätzen geregelten Ablauf des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu schaffen.Als wir im Herbst 1939 ins Land kamen, gab es keine Verwaltung, keine Post, keine Eisenbahn. Ein harter Krieg war über das Land gebraust. Industriebetriebe waren vernichtet oder sie lagen still. Die Maschinen waren weg, Vorräte an Nahrungsmitteln waren nicht vorhanden oder nicht erfassbar, Verbrecher waren aus den Gefängnissen entlassen und hatten sich über das Land verteilt. Dass urter diesen Umständen auch das wirtschaftliche Leben erstorben war, dass es über eine halbe Million Arbeitslose gab, sei nur am Rande vermerkt. Es waren jedenfalls chaotische Zustände, in die mit harter und sicherer Hand eingegriffen werden musste.

Bei näherer Betrachtung aber erwiesen sich die vorgefundenen Problemstellungen noch komplizierter als ursprünglich angenommen, durch eine Reihe von Tatsachen, die hier nur angedeutet werden sollen:

7.2.1944

Das Land war übervölkert, es gibt bäuerliche Landstriche, in denen 80 und mehr Menschen auf den Quadratkilometer sitzen; die Landwirtschaft arbeitete nach den rückständigsten Methoden; an allen Ecken und Enden war die Misswirtschaft sichtbar, die offenbar von den Warschauer Regierungen zum System erhoben worden war; zudem aber wurde es jedem Einsichtigen klar, dass das wirtschaftliche Leben angesichts der veränderten Verhältnisse einem gründlichen Strukturwandel unterzogen werden musste, wenn es überhaupt aufrechterhalten, geschweige denn florieren sollte; nicht zuletzt aber erwiesen sich die Voraussetzungen eines Wirtschaftsverkehrs - Verkehrswege, Verkehrsmittel - in desolatem Zustande. Es ist nicht unbekannt, dass beispielsweise der schlechte Zustand der polnischen Strassen geradezu die Bezeichnung "Maginot-Linie" Polens gefunden hat.

So bedurfte es nicht nur gestrafftester Energie der deutschen Führung, sondern auch erheblicher materieller Hilfe aus Reichsmitteln, um über die ersten, wahrlich schlimmen Monate hinwegzukommen. Wer denkt heute noch daran, dass im Winter 1939/40 erhebliche Mengen an Brotgetreide und Kartoffeln in das Generalgouvernement aus Reichsbeständen hineingepumpt werden mussten ? Dass die fahrbaren Grossküchen der NSV eine alltägliche Erscheinung in den polnischen Städten waren ? Dass die Sozialversicherungskassen leer waren und durch Reichskredite finanziert wurden, um Arbeitslose und Kranke vor bitterster Not zu bewahren ? Es war von vornherein klar, dass das Generalgouvernement schon angesichts der Beanspruchung des Reiches in seinem Kampf auf Leben und Tod sich selbst helfen musste. Dazu war eine ausserordentliche Kraftanstrengung unerlässlich, die alle im Lande miteinbeziehen musste. Denn es galt nicht mehr und nicht weniger als dem Aufbau eines neuen Staatsgebildes aus den Trümmern eines vergangenen, ein Unterfangen, dessen Schwierigkeit jeder

ermessen wird, der weiss, um wieviel leichter es ist, ein Wohnhaus aus neuen Materialien als aus Trümmern eines alten aufzurichten.

Auf die Einzelheiten dieses Baues, in dessen Verlauf es selbstverständlich Schwierigkeiten und Krisen gab, will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Ich darf sie auch als bekannt voraussetzen. Als "Nebenland des Reiches" steht dieser Bau heute festgefügt vor uns, und seine Bauherren geben sich der Überzeugung hin, politisch gesehen, einen Grossteil der osteuropäischen Schütterzone konsolidiert und zu ihrem Teil einen konstruktiven Beitrag zum uns allen bitter notwendigen Zusammenwachsen unseres europäischen Kontinents geleistet zu haben. Eine einfache und in ihrer Einheitlichkeit schlechterdings beispielmachende Verwaltung ist aufgebaut und erfüllt die ihr zufallenden Aufgaben. Richter sprechen Recht,und zwar zu jedem in seiner Muttersprache; denn im Gegensatz zu der Assimilationspolitik des früheren polnischen Staates ist eine klare Scheidung der Volksgruppen voneinander vorgenommen, und jeder bekennt sich zu dem Volkstum, dem er durch die Bande des Blutes verbunden ist.

Das gesamte wirtschaftliche Leben wickelt sich, umgestellt auf die Bahnen kriegsgegebener Notwendigkeiten, reibungslos auf einer konsolidierten Basis ab. Es ist dank einer zweckentsprechenden Mobilisierung aller Kräfte zu einem massgebenden Faktor des gesamten osteuropäischen Wirtschaftsraumes geworden. Eine Unmenge wertvoller Erfahrungen wurde bei der Durchführung der notwendigen Strukturänderungen gesammelt. Diese Tatsache trug wesentlich dazu bei, das wirtschaftliche Potential des Generalgouvernements gegenüber den Vorkriegsverhältnissen dieses Raumes erheblich zu steigern. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, dass zur Gewährleistung

dieser Entwicklung umfangreiche Massnahmen zur Mobilisierung der Arbeitsreserven des Weichselraumes getroffen werden mussten, wobei jede unnötige Härte vermieden und von niemandem mehr verlangt wurde, als ihm auf Grund rechter und billiger Vergleichsmasstäbe zu analogen Lösungen im Reich zugemutet werden konnte. Dabeimusste naturgemäss eine nicht selten umfangreiche Verlagerung von Arbeitskräften vorgenommen werden, eine Tatsache, die auch nur dort Anlass zu Missdeutungen geben konnte, wo eine grundsätzliche negative Einstellung gegenüber den Forderungen herrscht, denen sich heute jeder Angehörige eines europäischen Volkes angesichts der ungewöhnlich hohen Anforderungen, die an jeden von uns gestellt werden, beugen muss.

Und wenn wir heute etwa die Feststellung treffen, dass die Einlagen bei den Kreditinstituten des Generalgouvernements von 66 Millionen Zloty zu Beginn des Jahres 1940 sich in stetem Ansteigen in den folgenden Jahren bis auf etwa 1 900 Millionen Zloty zu Beginn dieses Jahres erhoben, also die Höhe der analogen Ziffer des alten mehr als doppelt so grossen polnischen Staates erreichten, oder feststellen, dass der Telegrammverkehr von 1,26 Millionen Jahresleistung in der polnischen Republik auf 4,05 Millionen im Generalgouvernement anstieg, so ist das Bild eines wirtschaftlichen Aufstieges aus dem Chaos des Jahres 1939 zur Höhe des Jahres 1944 zur Genüge gekennzeichnet. Eine Zahl möge Ihnen im übrigen die Leistungen illustrieren, die auf dem Gebiete der Verkehrswege in die Augen springen: allein 5 800 000 Tonnen Steinmaterial wurde für Strassen und Eisenbahn verbaut, eine Menge, die nur dem Fachmann sagen kann, was sie bedeutet, und die im übrigen von Tag zu Tag grösser wird.

7.2.1944

Wir wären ausserordentlich kurzsichtig, hätten wir nicht von allem Anfang an den engen Zusammenhang erkannt, der zwischen der Nutzung wertvoller Arbeitskräfte und einer ausreichenden Ernährung der gesamten arbeitenden Bevölkerung besteht. Es ist daher unser Bemühen gewesen, mit allen verfügbaren Mitteln die Produktion ernährungswichtiger, land wirtschaftlicher Güter zu steigern, um damit eine auskömmliche Versorgungsbasis für die Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements zu garantieren. Ähnlich wie auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet mussten aber auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor erst zahllose Erscheinungen einer früheren Misswirtschaft und alle Ansätze zu der im Kriege besonders gefährlichen Spekulation mit landwirtschaftlichen Verbrauchsgütern beseitigt werden, ehe die Verwirklichung wesentlicher Neuplanungen auf allen Gebieten der Landwirtschaft erfolgen konnte. Trotz der stiefmütterlichen Behandlung, die die Natur den meisten der Gebiete zuteil werden liess, die heute von den Grenzen des Generalgouvernements umschlossen werden, und trotz erheblicher Schwierigkeiten, die unter anderem infolge der Härte mehrerer Winter für die landwirtschaftliche Leistung des Weichselraumes entstanden, ist es gelungen, die bestehenden Möglichkeiten in einem - ich kann offen sagen - unerwarteten Maße auszuschöpfen.

Ich bin deshalb besonders glücklich, dass es uns im vergangenen Herbst, also zu Beginn des 5. Kriegsjahres, unabhängig von dem Beitrag, den wir auch weiterhin der gesamteuropäischen Ernährung leisten, gelungen ist, die Verpflegungsrationen für alle Schichten der Bevölkerung des Generalgouvernements erneut zu steigern und damit auf eine Höhe zu bringen, die jede Diskussion über das Thema "Hunger im Generalgouvernement" in jeder Beziehung illusorisch werden lässt. Es will durchaus etwas heissen, wenn gerade in einem Augenblick, wo die sich des Besitzes der fruchtbarsten Landstriche der Erde erfreuenden

7.2.1944

Engländer und Amerikaner des Hungers in von ihnen besetzten Gebieten nicht Herr werden können, das verhältnismässig arme und übervölkerte Generalgouvernement im-stande ist, nicht nur seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern darüber hinaus Monat für Monat in Tausenden von Paketen unzähligen zur Zeit im Reich eingesetzten Arbeitern und ebenso polnischen Kriegsgefangenen ausserhalb der Grenzen des Generalgouvernements zusätzliche Nahrungsmittelgeschenke zu übermitteln. Dieses unser Bestreben, in weitmöglichstem Umfang alle materiellen Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung zu befriedigen, ist eines jener immer wieder von mir mit Nachdruck vertretenen Elemente einer pfleglichen Behandlung des unserer Führung anvertrauten polnischen Volkstums, die auf allen anderen Gebieten des Lebens ihre sinnvolle Ergänzung finden.

Es hat sich auch meiner Auffassung nach für uns nie gelohnt, jene törichten Agitationslügen unserer Gegner zu widerlegen, in denen davon die Rede ist, dass wir Deutschen die Absicht hätten, etwa die Polen zu germanisieren oder sie gar auszurotten. Sind derartige Lügen für jeden gesunden Menschenverstand schon deswegen lächerlich, weil eine solche uns zugeschriebene Absicht uns nicht nur des so ausserordentlich kostbaren Arbeitspotentials von Millionen Menschen beraubte, sondern auch ein Beweis dafür wäre, dass wir Deutschen uns in keiner Weise jener grossen Sendung gegenüber einer neuen europäischen Zukunft bewusst wären, so werden sie eindeutig durch von uns geschaffene Tatbestände im Generalgouvernement widerlegt.

Wir haben schon unmittelbar nach Aufnahme unserer Arbeit eine vorerst durch die Not der Zeit gebotene Aktivierung der Selbsthilfe gegeben, indem wir den Polnischen Hauptausschuss ins Leben riefen, der heute von mir

schlechthin als Interessenvertreter des polnischen Volkes gewertet und entsprechend behandelt wird, wenngleich er ursprünglich nur als Ergänzung der staatlichen Fürsorge gedacht war. Der Polnische Hauptausschuss, der sich in 59 Komitees und 1 226 Delegaturen untergliedert, ist zu einer Organisation geworden, die sich über das ganze weite Land verästelt und wie keine andere Organisation geeignet erscheint, Aufnehmer der Stimme und der Nöte des Volkes zu sein.

Unter anderem ist er der Betreuer der Bedürftigen und Kranken aus jenen Schichten der Bevölkerung, die mangels gesetzlicher Voraussetzungen nicht von der öffentlichen Hand oder den Sozialeinrichtungen des Staates betreut werden können. Er hat bisher 40 1/2 Million Zloty aus Subventionen aus öffentlichen Mitteln und über 21 Millionen Zloty aus eigenen Sammlungen verbraucht. Die Lebensmittelzuweisungen an ihn aus öffentlichen Mitteln erreichen bisher das stattliche Gewicht von 9 016 Tonnen. Der Hauptausschuss unterhält laufend 1 729 Volksküchen, 270 Kindergärten und im vergangenen Sommer hat er 71 Ferienvoll-und 862 Ferienhalbkolonien für Kinder eingerichtet. Ihm obliegt auch neben vielem anderen die Verteilung der ausländischen Liebesgaben.

Das gesamte Eigenleben der katholischen Kirche und aller ihrer Religionszwecken dienenden Einrichtungen ist im Generalgouvernement nie angetastet worden. Wir haben uns im Gegenteil bemüht, der traditionellen katholischen Erziehung des Polentums keine wie immer gearteten Hindernisse in den Weg zu legen. Wenn jemand annimmt, dass wir dabei nicht mit der notwendigen Objektivität gehandelt haben, so kann ich ihm erwidern, dass wir den grössten Wert auf die Arbeit der katholischen Kirche als einen der entscheidend antibolschewistischen

7.2.1944

Faktoren im polnischen Volke legen. Ebenso sind wir weit davon entfernt, der heranwachsenden jungen Generation der Polen im Generalgouvernement ihr gesundes Streben nach Erlangung gründlicher Kenntnisse für ihr praktisches Leben in Schule und Berufserziehung zu beeinträchtigen. Im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht haben wir es jedem Polen ermöglicht, in Schulen, für die unsere Regierung ausserordentlich grosse Mittel zur Verfügung gestellt hat, ihr Wissen zu üben und sich für kommende Lebensaufgaben in einem selbstgewählten Beruf vorzubereiten.

In Rahmen einer umfassend angewandten Nachwuchslenkung müssen wir dabei allerdings besonderen Wert darauf legen, dass alle unsere Bemühungen zur Erziehung lebensnaher und arbeitsfreudiger Existenzen vor allem darauf ausgerichtet sind, den tatsächlichen, durch den plötzlichen Strukturwandel bedingten Bedürfnissen des Generalgouvernements Rechnung zu tragen. So waren gewisse zeitgebundene Einschränkungen im besonderen auf dem Sektor der im polnischen Staat zu Unrecht besonders gepflegten und ein Intelligenzproletariat heranzüchtenden Gymnasialbildung unerlässlich, ein jetzt und in nächster Zukunft keineswegs zu Mangel an Allgemeinbildung führender Zustand, dem auf der anderen Seite jedoch eine ganz besondere Förderung des im polnischen Staat vernachlässigten berufsbildenden Schulwesens gegenübersteht. In 13 500 Volksschulen unterrichten über 33 000 Lehrer. Es gibt 207 Berufspflichtschulen, 134 Handwerker-und 154 Handelsschulen. Es gibt unter anderem, um noch die wichtigsten aufzuzählen, 24 technische und 27 Handelsfachschulen, eine höhere technische Fachschule neben zahlreichen Haushaltungs-, Kinderpflegerinnen-und Sonderschulen, von den überaus zahlreichen Landwirtschaftsschulen ganz zu schweigen, deren Ausbau wir uns als einem Agrarland im Interesse des

Bauernstandes besonders angelegen sein liessen.

Es würde zu weit führen, Ihnen hier ein Kolleg über das polnische Schulwesen des Generalgouvernements und die Bildungsabsichten seiner Regierung zu lesen. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass in universitätsartigen Instituten - es sind gegenwärtig fünf - bis zu dem Augenblick einer Neuregelung auch der notwendige akademische Nachwuchs herangebildet wird. Wenn im übrigen nach Beendigung seiner gesetzlich festgelegten Schulzeit jeder polnische Jüngling für eine gewisse Zeit im sogenannten "Baudienst", einer Parallelеinrichtung zum deutschen und anderen europäischen Arbeitsdiensten, dazu herangezogen wird,im Dienste der Allgemeinheit in nützlicher praktischer Betätigung das Ethos der Arbeit kennen zu lernen, so kann das nur dazu beitragen, die Aufgeschlossenheit eines jeden heranwachsenden polnischen Jünglings für die sozialen Probleme unserer Zeit und für den Wert der Leistung des arbeitenden Menschen zu fördern. Der Baudienst, dessen Einsatzstärke für das laufende Jahr sich auf 70 000 Männer erstreckt, hat seit seinem Bestehen 23 000 000 Tagewerke in Landeskulturarbeiten zur Verbreitung der Ernährungsbasis und im Katastropheneinsatz, wie bei Wasser-und Schneekatastrophen, im Dienste seines Volkstums geleistet.

Nicht zuletzt wird für die Befriedigung kultureller Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung alles im Rahmen der kriegsgegebenen Einschränkungen nur Denkbare getan. Über 9 000 Kulturschaffende polnischen Volkstums haben sich bei uns registrieren lassen, wozu noch zweifellos weitere Tausende kommen, die als schöpferische oder ausübende Künstler ihren Unterhalt bestreiten. In den Künstleragenturen sind in den letzten Monaten mehr als tausend Verträge je Monat vermittelt worden. Drei grossstädtische Theater sind in Betrieb und geniessen erhebliche Staatssubventionen, dazu kommen noch über 1 Dtz. Varietees und Cabarets, sowie noch über 1 Dtz. kleine Theater und zwei grosse Wanderbühnen. Es versteht sich

7.2.1944

am Rande, dass es auch Kinos in der Zahl von mehr als 250 festen gibt. Aber auch fahrende Kinos und Freilichtaufführungen vermitteln der Bevölkerung das Erlebnis der Leinwand dort, wo selbst in der Zeit des polnischen Staates nie ein Film zu sehen war.

Neben ungezählten Salonorchestern wirken zwei grosse aus Staatsmitteln erhaltene Orchester, das Warschauer Symphonieorchester und die unter grossen technischen und mit erheblichen finanziellen Mitteln in Krakau aus den besten polnischen Musikern geschaffene Philharmonie des Generalgouvernements, die auch dem polnischen Publikum Monat für Monat Stunden tiefster künstlerischer Erbauung bereitet. Wir haben auch keinerlei Hemmungen empfunden, als wir beispielsweise einem der grössten Genies, das sich im Raum des heutigen Generalgouvernements entfaltet hat und von den Polen als eine ihrer grössten Persönlichkeiten verehrt wird, nämlich Chopin, ein ehrendes Andenken zu setzen, indem wir alle für uns nur erreichbaren Erinnerungen seines Lebens in einer besonders dafür hergerichteten Stätte zusammentrugen, um sie in einem würdigen Rahmen als Chopinmuseum der Nachwelt zu überliefern, eine Einrichtung, die die polnische Republik in 20-jährigem Bestehen nicht zustande gebracht hat.

Dieselbe pflegliche Behandlung ist zahllosen anderen geschichtlichen Schätzen und Erinnerungen, die wir in diesem Raum vorfanden, zuteil geworden. Die Kostbarkeiten der Kirchen, Museen, Archive und Bibliotheken, die zahlreichen historischen Erinnerungsstücke, die sich beispielsweise in der Krakauer Burg befanden, sind jedem illegalen Zugriff ebenso entzogen worden, wie jeder möglichen Einwirkung des Krieges und warten unter der Fürsorge bester deutscher und polnischer Fachleute auf die Tage des Friedens, in denen es wieder möglich sein wird, sie in vollem Umfang der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

7.2.1944

Auch eine polnische Presse ist wiedererstanden. Es ist sogar dafür Sorge getragen, dass alle erscheinenden polnischen Zeitungen in die Lage versetzt wurden, Tag für Tag ihren Lesern anhand umfangreicher objektiver Informationen einen Überblick über die jeweilige Situation zu ermöglichen. Dabei muss besonders bemerkenswert erscheinen, dass alle Zeitungen gegenüber der Vorkriegszeit eine ungewöhnlich starke Steigerung ihrer Auflageziffern erfahren haben, woraus das Interesse und das Vertrauen deutlich wird, das ihnen entgegengebracht wird, 9 Tageszeitungen mit rd 700 000 Auflagen, 11 Wochenzeitschriften mit rd. 410 000, 9 Monatsschriften mit rd 210 000 und 25 Fachschriften mit rd 1 220 000 Auflagen dienen der Information, der Unterhaltung, Belehrung und der kulturellen Betreuung der Bevölkerung.

Auf dem Büchermarkt hat sich das Schwergewicht der polnischen Neuerscheinungen zugunsten der ausgesprochenen Fachliteratur verlagert, eine Erscheinung, die durchaus verständlich wird, wenn man den fühlbaren Mangel an guten derartigen Werken in Polen kennt. So sind neben anderen landwirtschaftliche Fachbücher und Buchreihen in 35 Titeln mit über 1 100 000 Auflage erschienen. Auch die belletristische Buchproduktion, die wir erst seit der Einführung der Papierkontingentierung erfassen konnten, ist in den letzten zwei Jahren mit 732 Neuerscheinungen und 4 626 000 Auflage beachtlich. Dem sich durch die Aufbrauchung alter Bestände bemerkbar machenden Mangel an polnischen Schulbüchern wird ernstlich zu Leibe gerückt. So sind im Jahre 1943 7 neue Titel mit 640 000 Auflage erschienen, weitere 10 Titel mit 930 000 Auflage sind im Druck. Dass dies alles angesichts der bekannten europäischen Papiersituation Leistungen im Sinne der pfleglichen Behandlung der Polen im Generalgouvernement sind, wird niemand bestreiten können.

7.2.1944

Das Bild der pfleglichen Behandlung der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements aber wird durch eine Reihe weitererеTatsachen gerundet, auf die ich nur in aller Kürze hinweisen kann: Dass polnische Richter nach polnischen Gesetzen die Rechtsbelange der Angehörigen ihres eigenen Volkstums wahren, ist bereits erwähnt worden. Dass dank umfassender behördlicher Massnahmen die Bevölkerung trotz ungünstiger Voraussetzungen vor Seuchen und Epidemien geschützt werden konnte, dass im Gegenteil die im Gebiete des alten Polen epidemischen Seuchen - Fleckfieber, Trachom, Bauchtyphus - beinahe zum Aussterben gebracht werden konnten, muss besonders betont werden. Im besonderen wurden zur Fleckfieberbekämpfung rd. einhundert Seuchenkrankenheuser neu errichtet, 385 feste Entlausungskammern eingesetzt, auch Einrichtungen, die die polnische Republik nie zustande gebracht hat.

Neben den gesundheitlichen Betreuungsmassnahmen der Regierung, die sich etwa unter vielen anderen in der kostenlosen obligatorischen Volksimpfung gegen Bauchtyphus oder in der gesetzlichen verankerten Tuberkulose-und Trachomhilfe äussert, und in der Vermehrung der Krankenhausbetten von 16 904 im Jahre 1940 auf 28 991 im Jahre 1943 auf dem Gebiet des alten Generalgouvernements (ohne Galizien, das weitere 10 748 Betten hat) gipfelt, laufen die Gesundheitsmassnahmen der Staatsunternehmungen des Generalgouvernements wie Ostbahn, Deutsche Post Osten, Monopolbetriebe, die die ärztliche Betreuung ihrer Gefolgschaft allgemein europäischen Masstäben angeglichen haben. Dass gerade hier auch die Betätigung polnischer Mediziner und Ärzte, deren Nachwuchs seit über zwei Jahren in den schon genannten Hochschulkursen herangebildet wird, nicht den geringsten Einschränkungen unterlag, ist selbstverständlich, und so lässt sich ohne Übertreibung feststellen, dass dem polnischen Volk keine Chance vorenthalten

blieb, unter Wahrung seiner Substanz sich an dem ihm gebührenden Platz an den allgemeinen Anstrengungen Europas zum Wohle einer neuen europäischen Zukunft zu beteiligen. Dass es davon im Genusse sozialer Arbeitsrechte Gebrauch machte - 298 445 Polen stehen als Beamte und Angestellte allein im Dienste der Staatsverwaltung und der Staatsbetriebe des Generalgouvernements - und bei gutem Willen durchaus imstande war, die Früchte seiner Arbeit nahe und greifbar zu wissen, hat selbstverständlich unsere Gegner nicht ruhen lassen.

So hat sich denn besonders die englische Agitation unter jedem Verzicht auf Sparsamkeit bei der Anwednung ihrer Mittel und bei der Wahl ihrer Argumente redlich bemüht, den von uns geförderten Prozess der allgemeinen Stabilisierung zu stören und die polnische Bevölkerung des Generalgouvernements mit allen nur denkbaren Versprechungen und Hoffnungen auf eine Bahn zu ziehen, die dem Bestreben der Engländer, Unruhe und Verbitterung zu stiften, dienlicher gewesen wäre als der durchaus verantwortungsbewussten Einstellung der breiten Schichten des polnischen Volkes. Seit dem Jahre 1941 hat auch die sowjetische Agitation versucht, diese Bemühungen dort, wo es Moskau angebracht erschien, zu unterstützen, in den meisten Fällen jedoch für die Erreichung ihrer eigenen Ziele, und zwar nicht immer im Sinne der angelsächsischen Bundesgenossen, auszunutzen.

Wir haben keine Veranlassung gehabt, vorzeitig unserer Freude darüber Ausdruck zu geben, dass die englische Agitation mit ihrer wahren Flut von Greuellügen über das Generalgouvernement und mit einer Unzahl von immer wieder nicht eingelösten Versprechungen uns einen geradezu unschätzbaren Dienst erwiesen hat. Sie enthob uns nicht nur der Mühe, etwaige Gegenargumente bereitzustellen, sondern sie sorgte auch dafür, dass der moralische und politische Kredit, den England vor Ausbruch des Krieges

7.2.1944

vielleicht bei manchen Polen genoss, so gut wie völlig untergraben wurde. In diesem Lichte müssen daher auch alle Versuche der Engländer gewertet werden, sich zur Erreichung rein egoistisch-englischer Ziele polnischer Emigranten in den angelsächsischen Ländern zu bedienen, die bei der Mehrzahl ihrer eigenen Volksgenossen mit dem weniger angenehmen Nimbus von zweifelhaften Helden umgeben sind, die in der entscheidenden Stunde ihr Volk feige im Stich liessen und ein bequemes Leben im Ausland der verantwortungsvollen Mitarbeit an einer konstruktiven Lösung der Zukunftsprobleme dieses ihres eigenen Volkes vorzogen. Und wenn oft auf der Seite unserer Gegner mit grosser Geheimnistuerei von der Existenz einer sogenannten "Nationalen polnischen Widerstandsbewegung" im Generalgouvernement zu Rede ist, so können wir, ohne dabei ein Geheimnis zu verraten, sehr wohl feststellen, dass wir über die Tätigkeit und den Umfang der Bemühungen englischer Agenten sehr wohl informiert sind. Vielleicht gerade deshalb existiert weder im Augenblick noch in der Zukunft irgendeine ernst zu nehmende Möglichkeit, die Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement zu stören.

Ich stelle fest, dass keinerlei nennenswerte Sabotageakte im Generalgouvernement zu verzeichnen waren. Auch örtliche Versuche der Feindagitation und ihre gelegentlichen Provokationen in Form gemeiner Meuchelmorde vermochten keineswegs das durchaus anerkennenswerte und korrekte Verhalten der polnischen Bevölkerung gegenüber den deutschen Behörden des Generalgouvernements zu stören. Wir freuen uns darüber, dass in allen diesen Fällen die politischen Zentralen Englands keinen Zweifel über ihre Verantwortlichkeit und ihre Direktiven aufkommen liessen. Es mag das vielleicht für englische Politiker ein befriedigendes, vielleicht auch beglückendes Gefühl sein, einem zahlenmässig sehr begrenzten Kreis asozialer Elemente verbrecherische Anweisungen zu geben. Wir sind damit zufrieden, der überwiegenden Millionenmasse des

polnischen Volkes, die ehrlich und loyal mit uns zusammenarbeitet und sich einen anständigen Platz im künftigen Frieden erobern will, unsere Wünsche für eine weitere, noch fruchtbarere Zusammenarbeit im Dienste des neuen Europa äussern zu können.

Es ist dabei nur selbstverständlich, dass wir nicht zuletzt im Interesse der arbeitenden polnischen Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft des Generalgouvernements gegenüber dem Banditentum alle in zivilisierten Staaten üblichen staatlichen Machtmittel in Anwendung bringen. Der englischen Agitation gegenüber aber stelle ich fest: unsere Staatsorgane erschiessen keine Geisel, sondern sie machen nur jene Elemente unschädlich, die gegen die Interessen ihres eigenen Volkes für fremdes Geld dort eine blutige Saat säen wollen, wo das Gesetz einer gemeinsamen Arbeit im Dienste gemeinsamer Interessen die Stunde zu regieren hat. Während England es immerhin verstand, seine Bemühungen mit dem Deckmäntelchen einer der sowjetischen Mentalität vielleicht unter anderen Umständen durchaus entsprechenden "Konspiration" zu umgeben, verlegte sich Moskau in erster Linie darauf, dass schon vor dem Kriege in gewissen Landstrichen des jetzigen Generalgouvernements vorhandene Raub-und Banditenunwesen zu stärken.

Auch gegenüber allen diesbezüglichen Erscheinungen musste unsere Sprache klar und eindeutig sein, zumal auch die Tätigkeit bolschewistischer Banden bisher in keiner Weise imstande war, irgendwelche lebenswichtigen Interessen zu gefährden, sondern ausschliesslich den eigenen Belangen der eingesessenen polnischen Bevölkerung Abbruch tat. Es kann mich nämlich niemand davon überzeugen, dass ein bolschewistischer Fallschirmagent, der hier und da vielleicht einmal einen Vorratsschuppen ansteckt, oder eine Erntemaschine verbrennt, die von uns vertretenen Belange des Generalgouvernements ernstlich zu gefährden vermag. Was er vernichtet, ist nichts anderes als das tägliche Brot

7.2.1944

des polnischen Volkes, die Werkzeuge seiner Arbeit. Noch nie hat sich die wahre geschichtlich gewachsene Abneigung der Polen gegenüber den Bolschewisten klarer und eindeutiger offenbart als in den vergangenen Monaten, in denen die Ostfront sich erheblich jenem Gebiet näherte, in dem Moskau in der Zeit von 1939 bis 1941 alle jene Erfahrungen bestätigt, die die Polen im Laufe vieler Jahrhunderte unter allen nur denkbaren Umständen mit ihrem grossen Nachbarn im Osten gemacht haben.

Wohl niemals ist das Vertrauen gegenüber der deutschen Armee stärker gewesen als gerade jetzt, und wohl niemals konnten wir, denen die Sorge um das Generalgouvernement anvertraut wurde, ruhiger und hoffnungsvoller in die Zukunft sehen als heute. Wir verzichten dabei bewusst auf die Taktik unserer Gegner, den Polen neue Illusionen in Gestalt detaillierter Zukunftspläne zu unterbreiten, sondern beschränken uns darauf, Tatsachen sprechen zu lassen. Diese Tatsachen sind für das polnische Volkstum im Generalgouvernement klar gegeben. Unter deutscher Führung hat es in seinen arbeitenden Millionenmassen der Industrie und der Landwirtschaft jene soziale Befreiung erlebt, zu der ihre eigenen Machthaber in vielen Jahrhunderten sich völlig ungeeignet gezeigt haben. Die "polnische Wirtschaft" war dabei ebenso allgemein weltsprichwörtlich geworden wie die geradezu besipiellose ständische und individuelle Entrechtung und Unterdrückung dieses im Grunde genommen gutmütigen und tüchtigen osteuropäischen Volkes durch seine Adligen, Gutsbesitzer und sonstigen Machthaber. Dieses polnische Volk lebte Jahrhunderte hindurch unter einer geradezu erschütternden Furcht vor seinen eigenen Herren. Das Land befand sich in den Händen weniger Grundbesitzer, die in keinerlei persönlichem Arbeitskontakt mit ihrem Boden ein prasserisches Leben im Ausland führten. Die sogenannte polnische Republik von

7.2.1944

1919 bis 1939 war ein von fortgesetzten Korruptionsskandalen und politischen Machenschaften durchzittertes, schwankendes Gewaltgebilde.

Das polnische Volk hat heute unter deutscher Führung seinen inneren wirtschaftlichen und kulturellen Frieden gefunden. Jeder, der heute das Generalgouvernement unvoreingenommen bereist, kann sich von der Wahrhaftigkeit dieser Tatsache überzeugen. Es wird daher keinen wie immer gearteten Machenschaften angelsächsisch-sowjetischer Agenten gelingen, das Polentum durch Unterwerfung unter Moskauer Statute für die Aufgabe seiner europäischen Zukunft zu gewinnen.

Meine Herren, es ist Ihnen jede Möglichkeit gegeben, sich jederzeit davon an Ort und Stelle zu überzeugen. Ich lade Sie hiermit ein, sich diese Überzeugung persönlich dort zu holen, wo allein verantwortlich im Namen des polnischen Volkes gesprochen werden kann: nicht in Moskau, London oder Washington, sondern in Krakau und Lemberg, in Warschau, Lublin und Radom.

Krakau

Dienstag, den 8.Februar 1944

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Oberdienstleiter Tiessler.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten, die zur Übernahme der Dienstgeschäfte des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches durch Oberdienstleiter Tiessler eingeleitet worden sind.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Verfügung:

> Die von dem bisherigen Stellvertreter des Leiters des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP Pg. Schalk inne gehabte im dritten Stock des Hauses der NSDAP gelegene Dienstwohnung wird von Pg. Schalk in der bei Dienstwohnungen üblichen Weise zu räumen sein, sobald seine endgültige Abberufung terminmäßig durchgeführt ist. Da sich Pg. Schalk fernschriftlich mit seiner Abberufung in den Gau Kassel einverstanden erklärt hat, ist mit dieser Abberufung schon demnächst zu rechnen. Der Nachfolger des Pg. Schalk kann von dieser Dienstwohnung insoweit Gebrauch nehmen, als dies für ihn und seine beiden größeren Kinder ab sofort notwendig ist.

11^{05} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

8.2.1944

12[lo] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe den zum Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung ernannten bisherigen Kriegsverwaltungs-Vizechef Dr. von Craushaar.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt Präsident Dr. von Craushaar in herzlicher Weise und gibt ihm davon Kenntnis, daß er beabsichtige, ihn bei der nächsten Regierungssitzung den Mitgliedern der Regierung und den Hauptabteilungsleitern vorzustellen. Er nehme an, daß sich Präsident Dr. von Craushaar mittlerweile einen ersten Einblick in seine Aufgaben als Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung verschafft habe. Präsident Dr. von Craushaar übernehme seine Tätigkeit in einem Zeitpunkt, da das Generalgouvernement mehr als bisher angesichts des Näherrückens der Front in die Kriegsereignisse gestellt sei. Das Generalgouvernement werde nach einem Versprechen des Führers als Bastion des Ostens mit allen militärischen Mitteln verteidigt werden. Damit sei die Position des Generalgouvernements klar umrissen. Er könne in diesem Zusammenhang seiner großen Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der Führer nach langen Jahren des Kampfes der von ihm, dem Generalgouverneur, geführten Politik seine volle Anerkennung gezollt habe.

Präsident Dr. von Craushaar gibt dem Herrn Generalgouverneur dann eine Schilderung seiner Tätigkeit in Belgien.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu der Flüchtlingsfrage Stellung genommen. Hier teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß der Führer gebeten habe, lo ooo Ukrainer mit Familienangehörigen in das Generalgouvernement aufzunehmen. Er, der Generalgouverneur, habe sich bereit erklärt, dieser Bitte zu

entsprechen, und werde die Frage prüfen lassen, was mit diesen Ukrainern zu geschehen habe. Die Arbeitstauglichen müßten möglichst zur Arbeit ins Reich geschickt werden.

Präsident Dr. von Craushaar geht sodann auf die Frage der Räumung gewisser Gebietsteile des Generalgouvernements ein. In einer Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler habe man es als notwendig bezeichnet, vorbereitende Maßnahmen mobilmachungsmäßiger Art zu treffen. Es handle sich jetzt darum, festzustellen, wo diese Vorbereitungen getroffen werden sollten. Hier sei seiner Ansicht nach größte Vorsicht am Platze. Um bei der fremdvölkischen Bevölkerung keinen falschen Eindrücke entstehen zu lassen, müsse vor allem darauf gedrungen werden, daß Beamte in höheren Stellungen mit ihren Familien im Generalgouvernement blieben. Auch die anderen Hauptabteilungen müßten darauf hingewiesen werden, daß sie ohne die Zustimmung der maßgebenden Instanzen keinerlei Anweisungen über die Räumung gäben.

Der Herr Generalgouverneur und Staatssekretär Dr. Bühler schließen sich dieser Auffassung an. Staatssekretär Dr. Bühler meint, daß überhaupt nicht von Räumung gesprochen werden dürfe, da schon dadurch der Anschein erweckt werden könne, als gebe man das Gebiet auf.

Der Herr Generalgouverneur hält es für zweckmäßig, sofort eine Verfügung an sämtliche Hauptabteilungen, vor allem auch an die Generaldirektion der Ostbahn, und an die Polizeibehörden zu erlassen, in welcher darauf hingewiesen werde, daß die im Dienst stehenden Beamten und Angestellten mit Familie an ihrem Dienstsitz zu verbleiben hätten. Genehmigungen

für Ausnahmen von dieser Regelung zu erteilen müsse Aufgabe eines dafür zuständigen Zentralstabes sein. Auch Wirtschaftsorganisationen müßten unter diese Regelung fallen. Der Führer habe sich damit einverstanden erklärt, daß, soweit notwendig, wertvolle Güter aus gefährdeten Gebieten des Generalgouvernements fortgeschafft werden könnten, habe aber bestimmt, daß die deutschen Verwaltungsstellen weiter ihre Tätigkeit ausüben müßten.

In diesem Zusammenhang geht Staatssekretär Dr. Bühler auf die Frage der Kinderlandverschickung ein. Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß zur Zeit noch kein Anlaß bestehe, die Kinder aus dem Distrikt Krakau fortzunehmen. Für das Generalgouvernement bedeute die Kinderlandverschickung ein Prestige, wenn sie auch eine schwere Belastung darstelle, und überstürzte Maßnahmen dürften hier nicht ergriffen werden. Diese Frage bedürfe einer eingehenden Besprechung mit den zuständigen Stellen der Partei bzw. der Hitlerjugendführung des Generalgouvernements.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß bisher für die Kinderlandverschickung die Kurorte Krynica, Zakopane und Rabka in Frage gekommen seien. Rabka sei jetzt als Ausweichquartier für Luftangriffe in Aussicht genommen. Immerhin werde es sich empfehlen, die Verschickung von Kindern aus dem Reich ins Generalgouvernement hintanzuhalten.

Präsident Dr. von Craushaar gibt zu bedenken, daß für die Wehrmacht gewisse Räume im Generalgouvernement gebraucht würden. Deswegen werde es sich empfehlen, für die zurückflutende Bevölkerung des Ostens Durchgangslager anzulegen und polnische Volksangehörige nach Möglichkeit auf das Land zu verteilen.

8.2.1944

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Zu diesem Behufe unterstelle er auch die Parteiorganisation dem Staatssekretär Dr. Bühler und werde als Leiter des Arbeitsbereichs die Parteiorganisation, insbesondere die Hitlerjugendführung anweisen, sich absolut den Anordnungen des Staatssekretärs Dr. Bühler zu fügen.

Staatssekretär Koppe gibt dann eine eingehende Schilderung des auf den SS- und Polizeiführer Kutschera in Warschau verübten Attentats. Er gibt dabei der Auffassung Ausdruck, daß leider vielfach in deutschen Kreisen, wie der vorliegende Fall zeige, eine gewisse Sorglosigkeit gegenüber den von Partisanen oder Angehörigen der Widerstandsbewegung zu befürchtenden Überfällen zu beobachten sei. Auch gerade leitende Persönlichkeiten müßten mehr als bisher zur Vorsicht gemahnt werden.

Der Herr Generalgouverneur ist ebenfalls der Meinung, daß die Frage des persönlichen Schutzes mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden müsse, und bittet Staatssekretär Koppe, einen seiner bewährtesten Fachmänner einen Vortrag darüber halten zu lassen. Es müßten jetzt für diese Frage amtliche Weisungen gegeben werden. Es könne nicht mehr im Belieben des Einzelnen stehen, zu entscheiden, wie er sich im gegebenen Falle zu verhalten habe. Daß sich die maßgebenden Vertreter des Führers persönlich selber schützten, gehöre zu ihrer Dienstpflicht.

8.2.1944

12[40] Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er zunächst zum Reichsaussenminister von Ribbentrop und dann ins Hauptquartier zu Besprechungen fahren werde. Man erwarte von ihm offenbar einen Bericht über die allgemeine politische Situation der Polenfrage und Anregungen dafür, was praktisch außenpolitisch geschehen solle, um das Polentum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mobil zu machen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er mit dem Gesandten Rühle bereits über diese Frage gesprochen habe. Botschaftsrat Dr. Schumburg könne dem Gesandten Rühle mitteilen, daß er, der Generalgouverneur, das Programm auch vom Generalgouvernement aus durch prominente Polen fördern könne. Übrigens habe der Führer ihm, dem Generalgouverneur, die völlige Richtigkeit seiner Politik, gerade was die Polenbehandlung angehe, bestätigt. Der Führer habe auch den Text der Rede, die er am 7.Februar in Berlin vor der Auslandspresse gehalten habe, vollauf gebilligt. Diese Rede solle im Einverständnis des Führers auch von der deutschen Presse soweit wie möglich veröffentlicht werden. Er bitte Botschaftsrat Dr. Schumburg, dem Reichsaußenminister von Ribbentrop den Text dieser Rede zu übermitteln, der übrigens auch sämtlichen deutschen Botschaften und Gesandtschaften bekanntgegeben werden solle.

Botschaftsrat Dr. Schumburg weist dann darauf hin, daß in polnischen Kreisen immer wieder die Amnestiefrage und vor allem die Frage der sogenannten Geiselerschießungen aufgerollt würden.

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß Geiseln nicht mehr erschossen würden. Bei den Erschießungen handle es sich ausschließlich um nachweisbar als Mitglieder der Widerstandsbewegung festgestellten Personen, die sich auch dazu bekannt hätten. Mit diesen Elementen müsse endgültig aufgeräumt werden. Außerdem müsse die polnische Bevölkerung in allen ihren Schichten immer bedenken, daß sie durch die deutsche Führung des Generalgouvernements geschützt werde.

Botschaftsrat Dr. Schumburg hält es für notwendig, daß die Säulenanschläge, in denen die Erschießungen bekannt gemacht würden, etwas klarer gefaßt sein müßten. Es sei nicht zur Genüge daraus zu erkennen, daß es sich um die Rückgängigmachung von Gnadenerweisen handle.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Botschaftsrat Dr. Schumburg, sich in dieser Frage mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe ins Benehmen zu setzen.

Botschaftsrat Dr. Schumburg geht dann auf die Frage einer evtl. Amnestierung von Polen ein, die zum Teil wegen geringfügiger Vergehen oder Übertretungen in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht und dort monatelang festgehalten würden.

Der Herr Generalgouverneur will eine Amnestie vielleicht für den 1.Mai ds.Jrs. in Aussicht nehmen. Gleichwohl müsse daran festgehalten werden, daß die deutsche Führung des Generalgouvernements jetzt keinerlei Schwäche zeigen dürfe.

Botschaftsrat Dr. Schumburg ist der Auffassung, daß in der Propaganda mehr als bisher auf die Vorteile hingewiesen werde, die das Polentum unter der deutschen Führung genieße. Was programmatisch in der Rede des

Herrn Generalgouverneurs gesagt sei, müsse den Polen in konkreter Form nahegebracht werden. Es müsse ihnen ganz deutlich gesagt werden, daß sie zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus zu wählen hätten. Es sei gar nicht so schwer, das polnische Bürgertum und die polnische Intelligenz auf die Seite der deutschen Führung zu bekommen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, mit den zuständigen Stellen Überlegungen darüber anzustellen, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden könnten. Demnächst werde in einer besonderen Sitzung die soziale Lage der polnischen Arbeiterschaft einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Man werde auch dazu übergehen, ähnliche Wohlfahrtseinrichtungen für die polnische Bevölkerung zu schaffen, wie sie im Deutschen Reiche beständen.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Mittwoch, den 9.Februar 1944

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Besprechung mit Parteigenossen Stahl und Parteigenossen Tiessler.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Fregattenkapitän Chorus, Kapitän Oehrl und Kapitänleutnant Pastuschek.

Gegenstand der Besprechung ist die Einrichtung einer Nachwuchswerbung für die Kriegsmarine, im Generalgouvernement, für die der Herr Generalgouverneur der Regierung des Generalgouvernements und seine volle Unterstützung zusagt.

12^{10} Besprechung mit dem Befehlshaber des Luftgaues VIII, General der Flieger Sommé, dem Befehlshaber des Wehrkreises Generalgouvernement, General der Infanterie Haenicke, Generalmajor Haseloff und Oberstleutnant i.G. Meissner in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Obergruppenführer Koppe über die militärische Lage.

13^{10} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Obergruppenführer Koppe.

13^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt den stellvertretenden Hauptschriftleiter der "Münchener Neuesten Nachrichten" Höpker in Anwesenheit des Pressechefs Gassner zum Essen.

9. Februar 1944

16[10] Besprechung mit Oberst Fischer.

16[15] Besprechung mit dem Chef der Kanzlei I.Staatsanwalt Dr. Meidinger und den Architekten von Palézieux und Korinthenberg.

Der Herr Generalgouverneur berichtet, dass ihm der Führer anlässlich seines Besuches am 6. Februar 1944 erklärt habe, dass er mit der Errichtung der Neubauten auf der Burg zu Krakau voll einverstanden sei, da sie aus Sicherheitsgründen und als Machtausdruck des Grossdeutschen Reiches in einem fremdvölkischen Raum notwendig seien. Der Herr Generalgouverneur weist die Herren an, für eine Intensivierung weiterer notwendiger Bauvorhaben Sorge zu tragen; finanzielle Fragen dürften dabei kein Hinderungsgrund sein.

Die weitere Besprechung ist Personal-und sonstigen dienstlichen Fragen gewidmet.

17[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Stoeppler von der Krakauer Zeitung zum Tee.

18[20] Besprechung mit dem Geschäftsführer des Grossdeutschen Schachbundes, Oberamtmann Post, und Abteilung Beetz von der Hauptabteilung Propaganda.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

NARA 356019

T Bl. 1

Geheim.

Donnerstag, den 10. Februar 1944

10^{45} Besprechung mit General der Flieger Sommé.

11^{10} Besprechung mit Präsident Wille.

Präsident Wille berichtet über zwei Strafverfahren, deren Niederschlagung er für veranlaßt hält.

a) Das erste Verfahren betreffe den Fall eines Scharführers des Forstschutzkommandos, der nach Erhalt der Nachricht, daß sein Kamerad von Banditen erschossen worden sei, einen Nervenschock erlitten und dann, nachdem er ein größeres Quantum Alkohol zu sich genommen hatte, auf der Straße vier Polen mit seiner Dienstpistole niedergeschossen und zum Teil schwer verletzt habe. Die Niederschlagung des Verfahrens werde beantragt, weil der Täter unter der Schockwirkung, die der Tod seines Kameraden bei ihm ausgelöst habe, gehandelt habe; eine rechtzeitig erfolgte Untersuchung durch einen Sachverständigen hätte zweifellos die Unzurechnungsfähigkeit des Täters im Augenblick der Tat ergeben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Wille um Durchführung des Strafverfahrens, da sonst die Gefahr bestehe, daß sich derartige Zwischenfälle wiederholten. Einer Verrohung der Moral, wie sie im 5. Kriegsjahr da und dort auftrete, müsse mit allen Mitteln entgegen getreten werden. Den von Präsident Wille vorgebrachten Gesichtspunkten könnte nach Durchführung des Strafverfahrens im Wege der Begnadigung Rechnung getragen werden.

b) Im zweiten Falle handle es sich darum, daß gegen einen Mann, der wegen Körperverletzung und räuberischer Erpressung im Amt bereits zu 1 Jahr 4 Monate Zuchthaus verurteilt worden sei, und diese Strafe zur Zeit in einer Strafanstalt im Reich abbüße, ein weiteres Ver-

fahren eingeleitet worden sei, da sich bei der ersten Verhandlung herausgestellt habe, daß er bei Aktionen im Judenviertel Juden wegen angeblicher Widersetzlichkeiten erschossen habe.

Der Herr Generalgouverneur stimmt der beantragten Niederschlagung des Verfahrens zu, will aber, da er das Verhalten des Verurteilten auf das schärfste mißbilligt, aktenkundig gemacht haben, daß die Niederschlagung nicht "im Wege der Gnade", sondern aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen erfolge.

Zum Schluß ersucht der Herr Generalgouverneur Präsident Wille, mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe in Verbindung zu treten und den Fall Bayer nochmals aufzugreifen, da es sich dabei um ein Opfer des früheren Staatssekretärs für das Sicherheitswesen im Kampf gegen ihn, den Generalgouverneur, handele. Das damals ausgesprochene reine Zweckurteil müsse aufgehoben werden; Präsident Wille möge ihm in dieser Sache einen Brief an Reichsjustizminister Thierack vorlegen.

11[30] Besprechung mit Landgerichtsrat Wilden, SS-Oberführer Bierkamp und Stadthauptmann Dr. Krämer über die Zurverfügungstellung einer Kirche im deutschen Viertel für die deutschen Zivilkatholiken.

Landgerichtsrat Wilden erklärt, daß die Wehrmacht auf einer eigenen Garnisonskirche bestehe und nicht ins deutsche Viertel ziehen wolle, da die dortige Kirche für die Wehrmacht zu klein und zu schlecht gelegen sei; außerdem wolle die Wehrmacht analog den Verhältnissen im Reich ihre eigenen Gottesdienste abhalten. Auf Grund dieser Haltung der Wehrmacht bleibe nur übrig, entweder den bishe-

10.2.1944

rigen Zustand zu belassen oder die Kirche im deutschen Viertel nur für die Zivilkatholiken bereitzustellen. Pfarrer Burger von der Zivilkirche wünsche nur die Gelegenheit zu haben, einen oder zwei Gottesdienste in der Woche noch in der Garnisonskirche abzuhalten, wenn ihm eine Kirche im deutschen Viertel für seine Zwecke zur Verfügung gestellt werde.

SS-Oberführer Bierkamp bezeichnet als Ideallösung, wenn die Wehrmacht auch in die Kirche im deutschen Viertel zöge. Aufgrund ihrer Weigerung werde nunmehr neben einer nichtüberfüllten Kirche noch eine zweite freigestellt. Die deutschen Katholiken würden dann je nach ihrer Wohngegend die eine oder andere Kirche besuchen, wogegen er sich aus Sicherheitsgründen streuben müsse; zudem würde mit zwei Kirchen eine Zersplitterung des Deutschtums eintreten.

Stadthauptmann Dr. Krämer weist auf die Notwendigkeit hin, die Kirche im deutschen Viertel für den Besuch durch Polen zu sperren. Tausende von Polen kämen zum Besuch des Gottesdienstes dieser Kirche in das deutsche Viertel, was aus Sicherheitsgründen einer Abstellung bedürfe. Ausserdem könnten die Katholiken unter den in Krakau wohnenden 35 000 deutschen Zivilisten Anspruch auf zwei Kirchen erheben.

Der Herr Generalgouverneurstellt fest, dass die Wehrmacht trotz aller Bemühungen von Seiten der Zivilverwaltung die Garnisonskirche Peter und Paul nicht aufzugeben gedenkt, und gibt aufgrund dieser Sachlage den drei Herren die Anweisung, alle Vorbereitungen zu treffen, damit die Kirche im deutschen Viertel baldigst den

deutschen Zivilkatholiken zur Verfügung gestellt werden könne. Diese Verfügung sei der Wehrmacht mitzuteilen; vielleicht werde sie später auf eine eigene Kirche verzichten und die Kirche im deutschen Viertel mitbenützen.

Landgerichtsrat Wilden berichtet noch, dass er am gleichen Tage mit Fürsterzbischof Sapieha zusammenkommen werde, um ihn über einige infolge der Kriegslage notwendig gewordene Klosterbeschlagnahmungen aufzuklären, und dass er dabei die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs in der oben behandelten Frage mitteilen werde.

12^{00} Besprechung mit Stadthauptmann Krämer.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Stadthauptmann Krämer, dem Landesverband Generalgouvernement des Grossdeutschen Schachbundes für seine Zwecke ein geeignetes Lokal zur Verfügung zu stellen.

Stadthauptmann Krämer erklärt seine Bereitwilligkeit, sich der Angelegenheit persönlich anzunehmen.

12^{15} Besprechung mit Oberstleutnanz von Dazur.

12^{20} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes, Rechtsrat Dr. Hammerle in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger.

Der Herr Generalgouverneur gibt Dr. Hammerle den Auftrag, etwa 20 besonders geeignete Sonderdienstangehörige für Ordonnanzdienste auf der Burg und in Kressendorf auszubilden und zur Verfügung zu stellen, da er das nichtdeutsche Personal in seiner Umgebung auswechseln wolle. Diese Sonderdienstmänner könnten

10.2.1944

dann zugleich als Sicherheitsorgane tätig sein. Wegen entsprechender Kleidung und Unterkunft möge er sich mit dem Chef der Kanzlei in Verbindung setzen.

Dr. Hammerle will für diesen Zweck besonders geeigneten Sonderdienstmännern mit entsprechender Bildung eine Spezialausbildung zukommen lassen.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenicke, der folgendes mitteilt:

Am Vortage sei vom AOK VIII mitgeteilt worden, dass der Bereich des Distrikts Galizien aus dem Bereich des Wehrkreiskommandos Generalgouvernement sofort an die Heeresgruppe Süd zu übergeben sei und die in Galizien stationierten Verbände demnach mit sofortiger Wirkung dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd zu unterstellen seien. Diese Nachricht sei nur mündlich übermittelt worden.

Indessen sei am heutigen Tage folgendes Fernschreiben eingegangen:

Der Führer habe in der vergangenen Nacht nach eingehender Besprechung der Gesamtlage entschieden, dass der Distrikt Galizien auch fernerhin dem Befehl des Wehrkreiskommandos Generalgouvernement unterstellt bleibe.

General Haenicke erklärt dazu, dass er bei dieser Nachricht sofort an das habe denken müssen, was der Herr Generalgouverneur ihm über die Auffassung des Führers bezüglich der einheitlichen Führung des Generalgouvernements mitgeteilt habe.

10.2.1944

Im übrigen berichtet General Haenicke, dass sich offensichtlich nur ganz schwache sowjetrussische Truppenverbände in der Gegend von Luzk und Rowno bewegten und vorerst keinerlei mitteilenswürdige Veränderung der Lage einzutreten scheine. Solite eine solche Veränderung eintreten, werde er sofort Bericht erstatten.

Der Herr Generalgouverneur dankt General Haenicke für seine Nachricht und ersucht, auch weiterhin zu glauben, dass er grösstes Gewicht darauf lege, dem Führer im Generalgouvernement eine vorbildliche Zusammenarbeit von Wehrmacht und politischer Staatsführung zu zeigen.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Geschäftsführer des Grossdeutschen Schachbundes Oberamtmann Post, Herrn Nowarra, Herrn Lünnenschloss und Dr. Painsip in Anwesenheit des Präsidenten Ohlenbusch und des Abteilungsleiters Beetz.

Thema der Besprechung ist eine Intensivierung des Schachspiels im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur äussert sich bedauernd über die so wenig an die Öffentlichkeit tretende Tätigkeit des seinerzeit mit grossen Hoffnungen gegründeten Landesverbandes Generalgouvernement des Grossdeutschen Schachbundes. Sein Bestreben gehe dahin, aus Krakau eine Schachmetropole zu machen, da das Schachspiel von ungeheurer Wichtigkeit sei. Stadthauptmann Krämer sei gern bereit, für die Zwecke des Landesverbandes und zur Pflege des Schachspieles ein geeignetes

10.2.1944

Lokal zur Verfügung zu stellen.

Oberamtmann Post weist darauf hin, dass der Geschäftsführer des Landesverbandes Nowarra nur im stillen gewirkt und nicht den richtigen Griff gehabt habe. Viel Schuld an dieser geringen Entwicklung trage sicherlich auch das bisherige Fehlen eines geeigneten Lokals. Bei den jetzigen Besprechungen habe man vereinbart, dass er selbst für eine gewisse Zeit die Führung des Landesverbandes übernehme. Die nächsten Wochen werden dem intensiven Ausbau von Schachgemeinschaften in den einzelnen Orten gewidmet sein.

Der Herr Generalgouverneur äussert seine Freude über die Vorwärtsentwicklung der Angelegenheit. Staatssekretär Dr. Boepple möge auf seinen Wunsch die Stellung als Präsident abgeben, da er sich infolge seiner anderweitigen dringenden Arbeit den Plänen des Landesverbandes nicht mit genügendem Nachdruck widmen könne;
Herr Post möge dann die Leitung kommissarisch übernehmen. Geschäftsführer solle weiterhin Herr Nowarra bleiben.

Vordringlich sei die Errichtung einer Geschäftsstelle und ein Hervorwagen an die Öffentlichkeit. Die benötigten und bisher fehlenden Schachfiguren könne man im Benehmen mit Präsident Eichholz in einer Holzschnitzerei in Zakopane anfertigen lassen. Auch an die Herausgabe einer kleinen Zeitschrift ähnlich der des Deutschen Alpenvereins müsse man denken. Präsident Ohlenbusch möge als staatlicher Verbindungsmann die Bestrebungen des Landesverbandes besonders fördern. Eine Organisation könne jedoch nicht ständig ihre Impulse von staatlicher Seite empfangen, sondern müsse aus eigenem wachsen. Fehle es an den notwendigen finanziellen Mitteln, könne von staatlicher Seite nachgeholfen werden.

10.2.1944

15[45] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch über die Vorbereitungen zur Eröffnung der polnischen Theater.

16[30] Besprechung mit Gastronom Keck - Staatskasino.

17[15] Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Chef der Kanzlei Dr. Meidinger dem Intendanten Friedrichfranz Stampe die vorläufige Ernennungsurkunde über seine vom Führer am 6. Februar ausgesprochene Ernennung zum Generalintendanten der Staatstheater des Generalgouvernements und spricht ihm Dank und Anerkennung für seine hervorragende Aufbauarbeit im Theaterwesen des Generalgouvernements aus.

17[25] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

18[00] Besprechung mit Oberst Fischer.

18[05] Besprechung mit Präsident Teitge.

19[30] Besuch des Volkskonzertes der Philharmonie im Haus "Urania".

Anschliessend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs ins Regierungsheim.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Freitag, den 11.Februar 1944

10^{45} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und SS-Obergruppenführer Koppe über die Lage und laufende Dienstangelegenheiten.

11^{10} Verabschiedung des bisherigen Leiters des Personalamtes des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Oberbereichsleiter Seyfert in Anwesenheit des stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches (ViA) Stahl und des Oberdienstleiters Tiessler sowie des mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte des Personalamtes beauftragten Abschnittleiters Hannemann.

Der Herr Generalgouverneur macht dabei Ausführungen über seine Besprechung mit dem Führer, über die gegenwärtige Lage und über vordringliche Aufgaben der Partei im Generalgouvernement. Weiter gibt er dem zukünftigen stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Pg. Tiessler Richtlinien für die praktische Personalpolitik im Kriege.

Pg. Seyfert, der zunächst in die Parteikanzlei nach München berufen ist und dann eine Tätigkeit beim Arbeitsbereich Niederlande ausüben wird, spricht er seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

11^{35} Besprechung mit Pressechef Gassner.

11.2.1944

IV/9 11^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Schulungsburg des Arbeitsbereichs Generalgouvernement.

12^{05} Zum Abschluß des 17. Lehrganges der Schulungsburg hält der Herr Generalgouverneur vor Zellen-, Blockleitern und Amtswaltern aus allen Dienststellen des Generalgouvernements folgende Rede:

Meine lieben Parteigenossen!

Ich bin gern der Einladung des Parteigenossen Bühler gefolgt, um einiges mit Ihnen im vertrauten Parteigenossenkreise zu sprechen, was allenfalls Ihr Interesse verdient.

Für uns im Generalgouvernement und damit auch für die Parteiorganisation des Generalgouvernements, den Arbeitsbereich, ist die ernsteste Stunde der Entwicklung seit 1939 angebrochen. Der Feind steht in Luck, nur noch etwa 60 km von Rowno entfernt, und wir können damit rechnen, daß die Ereignisse des Krieges da und dort das Generalgouvernement noch intensiver in Mitleidenschaft ziehen werden. Andererseits steht aber fest, daß das Deutsche Reich mit aller Waffenmacht dieses Generalgouvernement als die Bastion des Ostens verteidigen wird. Daher ist gerade jetzt in diesen entscheidenden Stunden die ruhigste, klarste und eiskalte Haltung die Voraussetzung.

Wenn jemals die Bewegung von sich sagen konnte, daß sie der Kern der germanischen Weltrevolution ist, dann ist es selbstverständlich, daß die Repräsentanten des Ausdrucks der gigantisch umformenden Genialität unseres Germanentums in diesem Raum auch die Träger ganz ausgeprägter Charaktermerkmale sein müssen.

11.2.1944

Wenn sonst mit der Vorstellung des Parteilichen etwas Binnenländisches verbunden wird und man bei der Vorstellung von der Partei immer an eine Volksgemeinschaft im Rahmen eines Staates denkt, wenn wir an sich gewohnt sind, mit dem Parteilichen gewisse Aufgaben zu verbinden, als da sind: Aufklärung des Volkes, Sicherung, Erhaltung und Erziehung des Volkes, Verwirklichung der Volksgemeinschaft, des Sozialismus, Aufrütteln der Müden, Schwachen und Fortsetzung der sozialistischen Gemeinschaftshilfe in der NS-Volkswohlfahrt, in der Hitlerjugenderziehung, in der Durchführung von Massenkundgebungen, und was sich immer an verschiedensten Aufgaben mit der Vorstellung der politischen Arbeit der Bewegung verbindet, - so kommt zu alledem bei uns im Generalgouvernement noch dazu, daß wir das alles nicht in einem wohlbefriedeten Heimatbereich tun können, sondern daß wir diese Aufgaben erfüllen müssen in der entscheidensten Kampfzone des größten Krieges aller Zeiten.

Wir haben also ein Mehr gegenüber dem, was wir uns sonst im allgemeinen an parteipolitischen Aufgaben der Bewegung gestellt haben. Und dieses Mehr unterscheidet uns von der Heimatarbeit. Es bedeutet zu gleicher Zeit auch ein Andersgeartet-Sein der Parteiarbeit. Wenn Sie an Ihre Heimatgaue denken, so haben die auch ihre schweren und schwersten Kriegsaufgaben: denken Sie nur an die Arbeit der Partei in Gauen, deren Hauptstädte oder wesentliche Siedlungen durch den Bombenterror zerstört werden, an die Fülle der anderen kriegsbedingten Aufgaben, die die Partei in allen Gauen des Reiches zu erfüllen hat.

11.2.1944

Wir haben noch dazu die Aufgabe erhalten, erstens die Partei in einem Gebiet aufzurichten, das zunächst überhaupt erst seit 1939 staatlich völlig neu zu organisieren war, zweitens in einer staatlichen Ordnung zu leben, deren Aufgabe ausschließlich der Kriegsdienst für das Reich ist, drittens die Partei in einem Volksbereich aufzurichten, von dem hoch gerechnet nur 1 % dem Deutschtum angehört, 99 % aber nichtdeutsch sind. Wenn wir diese drei Voraussetzungen der Andersartigkeit und der gesteigerten Parteiverantwortung dieses Raumes uns immer wieder vor Augen halten, werden wir vor einander bestehen können. Wir können sagen: trotz dieser Schwierigkeiten, trotz des darüber hinaus noch hereingebrochenen Führermangels - denn die besten und stärksten der Männer, die jugendlichen Jahrgänge sind alle an der Front _ ist es doch etwas Großartiges, was die Partei im Generalgouvernement unter diesen Voraussetzungen geleistet hat.

Ich komme vom Führer. Ich war vor wenigen Tagen mit dem Führer in seinem Hauptquartier zusammen und habe in einer über viele Stunden sich erstreckenden persönlichen Aussprache auch Gelegenheit gehabt, ihm über das Parteileben im Generalgouvernement zu berichten. Es wird Sie freuen, Parteigenossen, zu hören, daß der Führer unsere Broschüre "3 Jahre NSDAP im Generalgouvernement", die wir zum letzten Parteitag herausgebracht haben, eingehend in meiner Anwesenheit durchgeblättert hat. Bei den Aufnahmen von unseren Aufmärschen auf dem Burghof und in der alten Stadt Krakau hat er gesagt: "Das ist ja wie Nürnberg". Daraus ist zu erkennen, welche Freude es ihm macht, daß wir die Partei hier so hoch und stolz aufgerichtet haben.

11.2.1944

Im übrigen ist es ja selbstverständlich, daß das, was ich Ihnen von der Bedeutung des Generalgouvernements und von der Wichtigkeit dieser Position sage, hier ja auch allgemein eingesehen wird. Sie brauchen sich nur die Karte anzusehen, um zu ermessen, welche Bedeutung diese Bastion Generalgouvernement heute für die gesamte Situation des Reiches besitzt. Aber darüber hinaus ist der Ausdruck, daß das Generalgouvernement schlechthin die Bastion des Ostens ist, eben vor wenigen Tagen mir gegenüber vom Führer persönlich gefallen. Er bezeichnete das Generalgouvernement als die von uns aus Dreck und Chaos aufgebaute Bastion des Ostens und gab uns allen damit ein großes Lob, aber auch eine große Verpflichtung. Denn er schaut selbstverständlich auf uns, und dieses unmittelbar leuchtend über uns strahlende Auge des Führers muß jedem von Ihnen in das Herz dringen. Sie müssen sich klar sein, daß die Aufgabe, der Sie sich unterzogen haben, ungeheuer wichtig ist. Die Partei ist nämlich kein Luxus, sie ist nicht irgendwie etwas Kriegsunwichtiges, nicht irgendetwas, was weit und tief unter dem Kriegsgeschehen an sich stünde. Um die Partei geht ja der Krieg. Es mußte ein Mann wie Adolf Hitler kommen, der dem deutschen Volke in der Idee des Nationalsozialismus die größte organisatorische und charakterliche Neuformung gab, die wir jemals erfahren haben, um die Welt völlig aufhorchen zu lassen. Wenn heute da und dort jemand fragt: war dieser Krieg notwendig, mußte jetzt wieder ein Krieg kommen, nachdem wir noch den anderen erst 2o Jahre zurückliegenden erlebt haben? - so können Sie sagen: dieser Krieg wäre auf jeden Fall in dem Augenblick über Deutschland gekommen, in dem das deutsche Volk sich wieder aufzurichten begonnen hätte. Es ist also ganz gleich ob Sie sich die Entwicklung der deutschen Politik nun nationalsozialistisch oder anders denken: wenn überhaupt irgendwo wieder ein Ansatz des deutschen Lebens gekommen wäre, dann wären auch wieder unsere Todfeinde, der Jude, der bolschewistische Massenmörder und d.engl.Plutokrat,

dagewesen, um uns erneut zu überfallen. Aber in welchem Zustande hätten sich dann das deutsche Volk und das Deutsche Reich befunden, wenn dieser also geschichtsmäßig doch einmal notwendige Akt, daß wir wiederum in einen Krieg kommen, über uns hereingebraust wäre, ohne daß Deutschland einen Adolf Hitler und eine NSDAP gehabt hätte.[2] Das müßt Ihr Euch immer vor Augen halten und müßt es auch allen Volksgenossen immer wieder sagen. Das heißt also: wenn wir diesen an sich notwendigen Krieg siegreich bestehen, dann nur, weil es einen Adolf Hitler und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gibt. Das sagen wir, weil wir es wissen, meine Parteigenossen; wir sagen es nicht aus Anmaßung, denn die Partei will eigentlich praktisch nichts anderes sein als die große Notorganisation unseres Volkes zur siegreichen Bestehung über das deutsche Volk hereinbrechender Katastrophen.

Adolf Hitler hat daher mit diesem Nationalsozialismus dem deutschen Volk den Wiederaufstieg gegeben. Was heißt das denn? Wenn da und dort gesagt wird: jetzt sind unsere Häuser nicht mehr, die Städte sind zerstört, wir stehen in einem furchtbar schweren Krieg, allüberall' sehen wir uns den Angreifern und Feinden gegenüber, unsere U-Boote können zur Zeit nichts machen, wir haben ungeheuer schwere Kämpfe zu bestehen, in Rußland räumen wir seit Monaten ununterbrochen, - was soll da schon noch groß an Stimmung vorhanden sein? - nun, meine Parteigenossen, ich verlange von Ihnen, daß Sie solchen Argumenten gegenüber mit ungeheuerstem Nachdruck darauf hinweisen, daß das deutsche Volk und das Deutsche Reich noch niemals so klar gesehen haben, daß wir der Wende des Kriegsgeschehens entgegenschreiten, wie in diesem Augenblick.

11.2.1944

Je näher die Russen, desto kürzer der Anmarsch zur Offensive gegen sie, je mehr Flieger in Deutschland, desto mehr Legitimation zu jeder Form von Vergeltung England gegenüber, je mehr Not allüberall', desto mehr Härte, sie zu besiegen. Das ist die nationalsozialistische Antwort. Und wenn man sagt: ja, die mit ihren riesigen Produktionsziffern, mit ihren Riesenmassen, - was ist denn dann? Nicht, weil ich es glaube, sondern, weil ich es aus unmittelbarster Quelle weiß, gebe ich es an Sie weiter: mit noch soviel Menge und Quantität an Material und Menschen wird man gegen die Qualität der deutschen Waffen, der deutschen Flieger, der deutscher Flugzeuge, der deutschen Munition, die jetzt schon ausgegeben oder teils noch in der Ausgabe begriffen ist, wird man gegen die deutsche Wehrmacht, die die Vorbereitungen zu grandiosen Gegenschlägen trifft, niemals aufkommen können.

Schauen Sie nach Italien, schauen Sie sich das Ereignis Nettuno an, verfolgen Sie es bis ins letzte und denken Sie sich, ob nicht dahinter ein großer Plan des Führers steckt, daß er gerade in Nettuno ein erstes Mal so gleichsam spielerisch den Herren Amerikanern und Engländern beweist, was ihnen bevorsteht, wenn sie erst einmal die Invasion wagen. Und wenndie Sowjetrussen glauben, sie könnten uns mit ihrem Material noch weiter Schwierigkeiten machen, so können Sie auch hier auf große Pläne des Führers rechnen.

Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, meine Parteigenossen, Sie brauchen das, was ich eben formulierte, bei der Zurückschlagung aller irgendwie weichen Argumente gegen uns nicht mehr damit zu begründen,

daß Sie das glauben, also daran glauben, daß der Führer dies oder jenes tun wird, um zurückzuschlagen, daß mit England etwas geschehen wird, was dem Engländer sehr unangenehm sein wird, weil es nämlich die ganze Existenz des englischen Volkes sofort aufs Spiel setzen kann. Also nicht, daß Sie das nur glauben, daß wi sozusagen zu allem gerüstet seien, - nein, Sie können sagen, daß Sie es jetzt wissen. Wenn Sie heute durch Deutschland gehen, so werden Sie überall die Kasernen voller Soldaten sehen. Sie werden dann wissen, daß die deutschen Aufgebote an Menschen ein Maß erreicht haben, das geradezu gigantisch ist und noch niemals da war, daß wir überhaupt noch nie in unserer Geschichte soviel Soldaten hatten, wie wir sie heute haben. Überlegen Sie sich das einmal, und Sie werden bekennen müssen: es muß etwas dahinter sein, daß der Führer im Osten die Russen so herankommen läßt.

Ich wollte Ihnen das nur so in einigen Stichworten andeuten, damit Sie auch das, was ich heute Ihnen sage, richtig verstehen. Ich komme nicht, um Stimmung zu machen, ich betätige mich nicht als Redner, um irgendwie aufzurütteln oder aufzurichten. Es wäre eine Beleidigung, wenn ich in einer Massenkundgebung etwas Derartiges tun wollte, und hier in einem Kreis von Parteigenossen ist es auch völlig unmöglich. Wir sitzen hier zusammen, bilden uns gegenseitig und lernen voneinander, auf daß wir wissen, wie wir die in uns lebenden Parolen in Worte prägen können, um sie weiterzugeben.

Das Generalgouvernement wird also in diesem Gesamtgeschehen rein strategisch bis zum äußersten einem verteidigten Kampfigel gleichen, der Feuer speit.

11.2.1944

Kein feindlicher Soldat wird das Generalgouvernement mit der Waffe in der Hand betreten. Sie werden sich daher in den kommenden Wochen so zu betätigen haben, daß von Ihnen die glühendste Selbstsicherheit des Wissens um den Sieg und nicht nur des Glaubens an den Sieg ausstrahlt. Ich freue mich, den Eindruck haben zu können, daß Sie auch diese Leistung vollbringen werden. Von Ihnen hängt jetzt viel ab.

Wir Nationalsozialisten haben uns aber vor allem auch mit der Volkslage zu beschäftigen, mit der Lage unseres deutschen Volkes. Wie nimmt denn nun das große deutsche Volk in den viele, viele Millionen zählenden Angehörigen seiner Masse diesen Krieg auf im fünften Kriegsjahr? Es ist eines der unsterblichen Verdienste der Partei, unserer Parteipropaganda, unseres gesamten parteilichen Wirkens, daß die Lage des deutschen Volkes rein seelisch-geistig im fünften Jahree eines derartig das Letzte von den Menschen fordernden unausgesetzten schonungslosen Kriegsgeschehens so einzigartig ist, wie es in der Geschichte kein Gegenstück dafür gibt. Stellen Sie sich auch dieses Volk ohne den Nationalsozialismus vor, denken Sie an das alte Parteiensystem, das feudale Kastenwesen, das konfessionelle landesverräterische Treiben unserer Pfaffen, - stellen Sie sich das alles einmal in einem Augenblick vor, in welchem England, Rußland, Amerika und ein ganzer Schwanz von Trabanten gegen Deutschland steht, und fragen Sie dann, was aus diesem deutschen Volk bei einer so miserablen Zusammensetzung seiner führenden Schichten im fünften Jahre seines Krieges geworden wäre. Da soll noch einer irgendwie die Bedeutung der NSDAP in Zweifel zu ziehen wagen. Nur die Partei in ihrer Geschlossenheit und Entschlossenheit, in ihrer glühenden seelisch klaren Haltung, in ihrer unabdingbaren Marschiergradlinigkeit ist imstande gewesen, dieses Wunder zu halten.

11.2.1944

Wenn Sie heute durch die vom Terror zerstörten deutschen Städte fahren, wenn Sie an Ihre eigene Heimat denken, - keiner ist ja hier im Saal, der von seinem Heimatgau sagen könnte, daß in ihm nicht irgendeine Stadt verwüstet ist, viele von Euch sind ja schon ohne Wohnung, wie Tausende und Hunderttausende, ja Millionen unserer Volksgenossen, die nichts mehr haben als das, was sie auf dem Leibe tragen, die aber die Entschlossenheit in sich tragen, um keinen Preis der Welt diesen Krieg mit einer Niederlage Deutschlands enden zu lassen, - wenn Sie dieses Volk ansehen, das das ärmste in der Welt ist und gleichwohl eine so bewundernswerte Haltung zeigt, wenn Sie durch Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Karlsruhe, Frankfurt fahren, wenn Sie sich dieses herrliche deutsche Volk immer wieder vor Augen halten, diese abgemühten armen Mütterchen mit ihren dünnen Mänteln,wie sie sich in der Straßenbahn mit Sack und Pack drängen, wenn Sie bedenken, daß sie ihre Kinder irgendwohin verschickt haben, daß der Mann an der Front ist, wenn Sie bedenken, daß diese Menschen oft krank sind und trotzdem unter mühsamsten Lebensbedingungen durchhalten und ausharren, - wenn man das alles bedenkt, dann kann sich einem das Herz weiten, es kann einen mit Stolz erfüllen vor der göttlichen Sendung eines Volkes, das durch nichts in seinem Glauben erschüttert werden kann.

Vergleichen Sie mit dem Antlitz dieses Volkes unserer deutschen Städte heute im fünften Kriegsjahr jene blassen verbrecherischen Gesichter der Börsenjuden von New York und Washington, die jeden Mörder bezahlen, der deutsche Kinder und Frauen umbringt, - vergleichen Sie damit solch' einen asiatischen Verbrecher wie den Herrn Stalin oder diese süßlichen geleckten Ausbeuterlords von London. Unsere deutschen

lo

11.2.1944

Menschen werden angesichts des furchtbaren Geschicks, das über sie kommt, in die reinste Zone dessen herabgeschleudert, was ihnen zum Bewußtsein bringt: jetzt habe ich nur noch mein Leben, den Glauben an mein Volk und in mir auch diese demütige Zuversicht, daß ein ewiger Herrgott die Gerechtigkeit über unserem Volk nicht zurückziehen wird.

Das Volksleben im fünften Kriegsjahr ist etwas Einzigartiges. Jeder von Ihnen, meine Parteigenossen, weiß Beispiele dafür zu bringen, denn jeder erlebt sie Tag für Tag; jeder weiß es aus den zahlreichen Briefen, er weiß es von überall her, daß es so ist, jeder weiß, was unsere Männer an der Front, was unsere Frauen, was unsere Kinder und Jugendlichen in der Heimat heute leisten. Allüberall' ist dieser Rhythmus der Freiheit zu spüren, dieses grandiose Lied eines Volkes zu hören, das in Energien gesammelt dem Licht entgegenmarschiert, dasalles von sich streift, was Materie ist, und das in sich die Überzeugung trägt, daß das Große auf dieser Welt aus dem Glauben und nicht aus der Sache kommt.

Wenn wir neben dieser Volkslage die Reichslage betrachten, also die Lage des Staates "Deutsches Reich", so können wir sagen, daß die Verantwortungsaufgaben des Deutschen Reiches seit 1939 um ein Vielfaches gewachsen sind. Sie müssen sich vorstellen, daß wir heute einen Bereich haben, der vom Nordkap bis südlich von Rom und von den Pyrenäen bis nach Estland geht, der sich von den britanischen Inseln im Kanal bis Kreta erstreckt. Er umfaßt eine Zahl von Quadratkilometern, die wir bisher im Laufe der deutschen Geschichte noch niemals zu verwalten hatten. In diesem Bereiche sind nun deutsche Beamte, deutsche Eisenbahner, deutsche Postbeamte tätig. Die deutsche Polizei muß unausgesetzt bemüht sein, mit den Gegenkräften, die sich

natürlich im Laufe des Krieges rühren, fertig zu werden. Das ist ja bei uns in unserem Gebiet auch allen klar. Wenn wir es erreicht haben, im Generalgouvernement die Führung und Verwaltung wie die polizeiliche Sicherung doch wenigstens so durchzuhalten, daß im allgemeinen das Entwicklungsstreben unserer Wirtschaft, unserer Landwirtschaft und Industrie gesichert bleiben konnte, so ist das eigentlich schon ein anerkennenswerter Erfolg. Und ich kann ruhig sagen, daß wir auch im Generalgouvernement, was den staatlichen Teil angeht, zufrieden sein können.

Der Führer hat mir gegenüber seine Anerkennung in großen Worten ausgesprochen, und ich kann sie Ihnen nur weitergeben. Jeder von Ihnen ist irgendwie im allgemeinen tätig, jeder kümmert sich um die große Reichssituation, die wir haben. Jeder hat auch verstehen gelernt, daß das Generalgouvernement mit seiner notwendigen Eigenart eine eigene Führung und Verwaltung braucht, daß man nicht einfach das Schema der allgemeinen Reichsverwaltung auf uns übertragen kann, sondern daß wir hier ein eigenes Gebilde brauchen. Jeder von Ihnen weiß, daß sich dieses Prinzip auch durchaus bewährt hat. Der Führer denkt sogar daran, wie er mir gesagt hat, das Generalgouvernement zu vergrößern.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus, ist es für uns wichtig, zu wissen, daß das Verhältnis von Staat und Partei im Generalgouvernement absolut vorbildlich zu sein hat. Ich kann es nicht ertragen, wenn Spannungen irgendwelcher Art zwischen Partei und Staat und Staat und Partei auftreten. Wir sind in diesem Raum so unsagbar wenige Deutsche und innerhalb dieser Deutschen so unsagbar wenige, die aktiv wirken und verantwortlich arbeiten, daß eine Spannung unter den Deutschen aus irgendwelchen Gründen ein Verbrechen wäre; denn

der Todfeind im Lande, der Söldling der Engländer und Amerikaner, der Meuchelmörder und der Bandit hier im Lande fragen nicht nach den Unterschieden der Deutschen. Die Liste der getöteten und gemeuchelten Deutschen setzt sich aus Angehörigen aller Bereiche zusammen. Der Pole sagt nicht: Ach, der trägt eine Staatsuniform, den erschieße ich nicht, oder: der trägt eine Parteiuniform, den halte ich mich, - sondern er sagt: ob der nun eine Partei- oder Staatsuniform trägt, den Kerl schieße ich nieder, wenn ich ihn erwische.

Im Dienste des Reiches gibt es heute im Generalgouvernement keine Interessen, die wichtiger wären als das Interesse, dem Führer zu helfen, daß er den Krieg gewinnt. Dieses Ihmhelfen bedeutet, das Generalgouvernement unter allen Umständen in tätigster Wirksamkeit halten. Um das nun wieder zu erreichen, kannn ich im Lande weder Streik noch Sabotage, noch Unruhe, noch sonst etwas Derartiges brauchen. Es hilft mir nichts, wenn ich loo ooo Polen umbringe; damit ist dem Führer nicht gedient. Es hilft nur etwas, wenn ich loo ooo Polen zur Arbeit bringe und an der Arbeit halte. Das müssen wir uns ehern vor Augen halten. Denn jetzt im Kriege können wir Nationalpolitik in anderem Sinne gar nicht treiben. Was nach dem Kriege sein wird, wenn der Krieg gewonnen ist und nun das deutsche Volk sich zu regen beginnt und neue Gebiete belegt, das brauchen wir jetzt noch nicht zu erörtern.

Daraus ergab sich oft ein Mißverständnis. Es darf nicht als Polenfreundlichkeit angesehen werden, wenn man dafür sorgt, daß die Polen arbeitsfähig und arbeitslustig bleiben. Es darf nicht als Schwäche ausgelegt werden, wenn all' das nicht mit Brutalität letzter Prägnanz geschieht, was geschehen könnte. So gescheit

bin ich auch, zu wissen, daß man, wenn man einen Revolver hat, einen anderen niederschießen kann. So gescheit bin ich auch, zu wissen, daß ich Hunderte von Menschen, weiß Gott, wo einsperren kann. Meine Gescheitheit hilft mir nichts, wenn sie mich nur dazu brächte. Wir müssen dahin kommen, daß 14 Millionen Polen für Deutschland arbeiten. Dann dienen wir dem Führer, und das ist jetzt allein das Gebot der Stunde.

Ich habe auf Veranlassung des Führers eine große Rede über diese Zusammenhänge gehalten, die ich allen Parteigenossen in führender Stellung zugehen lassen werde. Denn diese Rede hat das gesamte Programm auch auf diesem Gebiete zum Inhalt. Der Führer hat diese Rede als ausgezeichnet erklärt, sie restlos bestätigt, und damit ist auch für uns im Generalgouvernement die Reichspolitik klargelegt, die in dieser Formulierung liegt.

Die Mißverständnisse auf diesem Gebiete, die oft sehr peinlich gewesen sind und mir viele Anfragen eingetragen haben, sind Gott sei Dank überwunden. Diese Politik der allgemeinen Befriedethaltung mit allen Mitteln, um die Arbeit, um den Transport, die Industrie, die Ernährung, auf die Deutschland brennend angewiesen ist, zu sichern, hat gewisse Folgerungen, die uns Nationalsozialisten im Augenblick nicht angenehm sind. So ist z.B. jetzt jede Germanisierung dieses Raumes völlig ausgeschlossen. Wir dürfen nicht die Grundsätze, die für Posen, Danzig und Oberschlesien maßgebend sind, auf unser Gebiet übertragen. Der Führer hat ausdrücklich erklärt, daß zunächst einmal dem Deutschtum die ins Reich eingegliederten Gebiete zurückzuführen sind, daß dagegen das Generalgouvernement offizieller Reichsschutzbereich des polnischen Volkstums ist. Das muß immer wieder gerade auch bei der Partei gesagt werden, weil da manchmal der Irrtum herrscht, das Generalgouvernement

sei so eine Art verlängerter Warthegau. Zwischen Warthegau und uns besteht ein gewaltiger Unterschied hinsichtlich der Prozedur der Einführung dieses Bereiches in das Großdeutsche Reich. Im Warthegau ist der Pole ein Subjekt, das sozusagen in einiger Zeit abgeschoben oder sonst beseitigt werden wird. Bei uns aber ist der Pole eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, und das bitte ich immer und immer wieder zu bedenken. Wir müssen dafür sorgen, daß die Polen und die Fremdvölkischen überhaupt in Frieden und Ruhe gehalten werden. Sie wissen ja, wie sich die Sicherheitslage entwickelt, wenn solche Zwangseinsiedlungen wie in Lublin durchgeführt werden.

Wir können keine Kirchen- und Schulpolitik treiben. So gescheit bin ich auch, zu wissen, daß die Pfaffen unsere Todfeinde sind, daß die polnischen Lehrer nichts anders treiben als die Widerstandsbewegung stützen. Aber ich muß auch hier die höhere Weisheit anwenden und mich fragen: was ist das kleinere Übel? Das kleinere Übel ist, daß ich das jetzt ertrage, dafür aber die Leute bei der Arbeit halte. Und diese meine Politik hat sich, wie ich wohl sagen kann, restlos durchgesetzt. Im Bereiches des Generalgouvernements wird sich wohl niemand mehr finden, der offiziell oder inoffiziell gegen diesen Kurs aufzutreten vermöchte; denn nunmehr bin ich autorisiert, diese Politik im Namen des Führers durchzuführen.

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches ist Ihnen bekannt. Die Wirtschaftslage des Generalgouvernements besitzt in Ergänzung dazu eine beachtliche Position. Sie wissen selber, was das Generalgouvernement für das Deutsche Reich bedeutet. Aber ich war doch überrascht, aus dem Munde des Führers zu hören, daß das Generalgouvernement ein wahrhaftes Wunder ist. Nach den eigenen Worten des Führers ist es ein Wunder. Der

11.2.1944

Der Führer sagte zu mir: Als ich 1939 Ihnen das Generalgouvernement gab, war ich der Meinung, es sei ein irgendwie nur kriegsmäßig zu verwaltender Winkel, von dem Deutschland verhältnismäßig wenig haben wird; was aber nunmehr aus dem Generalgouvernement wurde, ist wirklich ein Wunder. Aus diesen Worten des Führers muß ich entnehmen, daß wir eigentlich phantastisch dastehen.

Wenn Sie bedenken, daß es uns geglückt ist, in einem Jahre 76o ooo to Brotgetreide an das deutsche Reich abzuliefern, und wenn Sie damit vergleichen, daß die statistisch endgültig festgesetzten echten Zahlen aus dem gesamten Ostraum, den wir in den gleichen Jahren von der Krim herauf bis nach Estland besetzt hatten, insgesamt nur 2,6 Millionen to mit den Wehrmachtsleistungen betragen haben, so bedeutet das für unser Gebiet von 15o ooo qkm, dem zehnten Teil dessen, was im Osten besetzt war, eine ungeheuere Leistung. Obwohl wir nur ein Zehntel des gesamten besetzten Ostraums darstellen, haben wir mehr als ein Drittel dessen abgeliefert, was der Osten hat abliefern können. Das können Sie sich nachrechnen. Und wenn der Führer von einem Wunder spricht, so kommt es uns selber auch so vor, wenn wir feststellen können, daß wir im Jahre 1943 als einziges europäisches Land imstande waren, das uns vom Reich auferlegte Kontingent von 48o ooo to Brotgetreide pünktlichst auf den Termin des 1. Dezembers restlos an das Reich abzuliefern. Auch das wurde vom Führer besonders anerkennt. Er sagte: Nicht nur, daß Sie liefern, Sie liefern auch so rechtzeitig, daß das alle Anerkennung verdient.

Sie sehen also daraus, das auf dem Ernährungssektor wirklich eine hervorragende Leistung vollbracht worden ist. Siemüssen bedenken,was darüber hinaus noch hier im Lande in den Lazaretten, von Soldaten,

von sonstigen Durchreisenden usw. verzehrt wird. Und wenn es geglückt ist, die Volksernährung wenigstens im allgemeinen auf eine gewisse Grundlage zu bringen, so können wir alle mit dieser Gemeinschaftsleistung zufrieden sein.

Weiter ist es geglückt, nach dem Osten hin Transportleistungen zu erreichen, die kaum erfüllbar gewesen wären, wenn die Polen rebellisch werden würden. Wir haben 150 000 Polen bei der Ostbahn, denen nur etwa 8 000 Deutsche gegenüber stehen, die vollkommen ohnmächtig wären, wenn die Polen streiken oder Sabotage treiben wollten. Dann würde mir keine Drohung, kein schönes Wort mehr helfen. Wenn die Polen die Arbeit niederlegen, kommt kein Zug mehr nach dem Osten. Diese Leistungen des Transportwesens im Generalgouvernement sind also sehr beachtlich, und Sie können sich denken, daß das den Führer ganz besonders gefreut hat.

Daß im Generalgouvernement ein Drittel des gesamten Munitionsbedarfs der Wehrmacht erzeugt wird, dürfte für Sie auch eine Überraschung sein. Daß dieses eine Drittel vom Generalgouvernement geliefert wird, ist auch ein Kennzeichen für die ungeheure Wichtigkeit dieses Raumes.

Man kann danach die Wirtschaft als eine vollkommen im Kriegsdienst stehende staatlich geführte Planwirtschaft bezeichnen, die in allen ihren Funktionen von dem einen Interesse getragen wird, wie das Generalgouvernement am besten der Kriegsführung dient. Das Deutsche Reich braucht uns jetzt dringender denn je, Angesichts der Zerstörung weiter Gebiete, der Aussiedlung von Menschen und der umfangreichen Einziehungen.

11.2.1944

Ich bin der Partei dafür dankbar, daß sie in wichtigster Arbeit hier dafür gesorgt hat, daß Leben in die Betriebe kam, daß sich die Betriebe nach nationalsozialistischen Prinzipien ausrichteten, daß wir hier hier den Leistungswettkampf durchgeführt haben und anderes mehr. Wir werden diese Art der Energiesteigerung durch nationalsozialistische Ideen und Organisationen in jeder Weise fördern.

Als letztes noch ein Wort zur Kulturlage. Die Kulturlage ist deshalb so wichtig, weil wir das geistig-seelische Element im fünften Kriegsjahr mehr denn je brauchen. Ich habe mir mit Absicht das Programm gestellt, daß das Kulturleben des Deutschen im Generalgouvernement auf denkbar höchstem Niveau aufgerichtet werden muß. Denn nur dann, wenn wir absolut vorbildlich auf der Höhe deutscher Kulturfähigkeit stehen, werden wir den deutschen Menschen auch überzeugen, daß er sich im Generalgouvernement in einem absolut gleichberechtigten Kulturbestandteil des alten deutschen Wohnraumes befindet. Dazu haben wir auch eine Verpflichtung. Sie wissen, daß in Krakau, in Warschau, in Lemberg, ja selbst in Lublin und Radom wie in vielen anderen Teilen des Generalgouvernements durch Jahrhunderte hindurch größte deutsche Meisterkultur gepflegt wurde. Denken Sie nur an Namen wie Veit Stoß, Hans von Dürer. Alle die großen Bauten dieses Raumes sind deutsch. Die großen Stätten der Wirtschaft des Mittelalters wie die Fuggerstadel an der Weichsel und andere sind deutschen Ursprungs. Monumentalste Kunstwerke wie etwa der Marienaltar sind deutsche. Polnisch sind in diesen Land eigentlich, wenn wir ehrlich sein wollen, nichts als der Dreck, die Läuse und die schiechten Straßen.

Deshalb ist es wohl auch vollkommen richtig, wenn ich die Tradition der deutschen Führung dieses Raumes an das anknüpfe, was unsere Vorfahren durch die Jahrhunderte hindurch in diesem Raum geschaffen haben. Demnach ist es nicht so, wie da und dort vorwitzige Leute meinen, daß es viel zu viel Theater, Konzerte, viel zu viel Veranstaltungen kultureller Art gebe. Nein, Parteigenossen und Parteigenossinnen, ich sage: viel zuwenig!

In einem Zeitpunkt, da die ganze Welt aufgewühlt ist, können wir nur immer wieder das Bekenntnis zu den höchsten geistig-seelischen Schöpfungskräften unserer Nation als einem der herrlichsten Momente der Selbstaufrichtung ablegen.

Dieses Kulturleben der Deutschen muß auch von der Partei gepflegt werden. Die Veranstaltungen der Organisation „Kraft durch Freude" erfreuen sich bei mir nur sehr zweifelhafter Anerkennung. Ich wünsche, daß gerade die Partei in ihren Kraft durch Freude-Veranstaltungen das beste gibt, was zu geben überhaupt nur möglich ist. Ich werde mir in der nächsten Zeit die zuständigen Herren kommen lassen und werde ihnen sagen: So geht das nicht; wenn der Staat die erstklassigen Gastspiele aus dem Reich vermittelt und sich alles danach drängt, im Generalgouvernement aufzutreten, dann verlange ich, daß die Partei mit noch größeren, aber nicht mit schwächeren Kräften kommt. Nur so werden wir die geistig-seelische Führungsaufgabe dieses Raumes durchsetzen.

11.2.1944

Welche Wichtigkeit der Führer auch dieser Aufgabe zuwendet, können Siedaraus ersehen, daß er auf meinen Antrag den Intendanten des Staatstheaters Stampe zum Generalintendanten berufen hat, - eine ganz ungewöhnliche Auszeichnung, die erkennen läßt, welche Wirkung unser deutsches Kulturleben in diesem Raume hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle diese Dinge wie z.B. die Philharmonie des Generalgouvernements in höchstem Maße auch allgemein propagandistisch zu verwenden sind.

Auch die Partei muß auf diesem Gebiete voll wirksam und tätig sein. Da möchte ich auf eins hinweisen, was mir sehr am Herzen liegt: es ist die geistige Schulung und, sagen wir, das Sichhingezogen-Fühlen zu den großen, tiefen Denkwerten unserer Nation. Es ist mir ein Grimm, zu sehen, daß wir unsere katholische Kirche auch im Generalgouvernement mit Deutschen mehr füllen, als ich das jemals erwartet hätte. Ich hatte bei mir die stille Hoffnung, daß es in diesem Neuland des Deutschen Reiches gelingen würde, diesen Einfluß der Kirche hier nicht eindringen zu lassen. Da es aber keine Möglichkeit des Zwanges auf diesem Gebiete gibt und auch nicht geben darf, so bin ich doch sehr erstaunt, feststellen zu müssen, daß sich Hunderte und Aberhunderte - ich glaube, es sind schon fast Tausende, - gerade im Generalgouvernement wieder in die Kirchen drängen. Das gibt uns in der Partei die große Aufgabe, immer mehr daran zu denken, daß man die Kirche nicht nur negativ bekämpfen kann. Es ist falsch, wenn wir die Methoden einer sogenannten Kirchenaustritts-Propaganda, einer Beschimpfung der kirchlichen Einrichtungen oder einer schweren Kritik solcher Dinge usw. betreiben. Unendlich viel wichtiger ist, daß

sich die Partei zum Repräsentanten einer klaren geistig-seelischen Führung der Volksgenossen macht. Es darf nicht dahin kommen, daß die Leute sagen: ja, der Staat schnauzt den Volksgenossen an, die Partei tut es auch, aber die Kirche in ihrer ewigen Demütigkeit umarmt den Volksgenossen. Es müß so sein, daß auch die Partei das Instrument für die letzten seelisch-geistigen Nöte, ich möchte fast sagen, in Barmherziger Aufgeschlossenheit dem Volksgenossen gegenüber ein Tröster ist. Wo gibt es denn sonst noch eine Stelle, an der der Deutsche nicht angeschnauzt wird? Beim Staat geschieht es, bei der Wehrmacht gehört es zum Beruf. Man muß sich wundern, daß die Leute nicht geschlossen sagen: wenn mein Sohn gefallen, wenn mein Mann an der Front ist, dann höre ich das schöne Glockengeläute, dann erbaue ich mich im Gottesdienst, und das ist mir dann ein Trost. Und daneben steht dann die Partei und behauptet, daß sie die weltanschauliche Führung des deutschen Volkes habe. Die haben wir absolut nicht, wenn in einem Raum wie dem hiesigen sich sozusagen aus dem Nichts eine katholische Welt aufbaut. Wir schweigen dazu, wir sehen es nicht, wir glauben, daß einer mit einem Zauberstab kommt und sagt: Jetzt ist es aus mit der katholischen Kirche.

Wir müssen uns also zusammennehmen, damit wir in diesem weltanschaulich-geistigen Ringen bestehen. Es ist nicht so einfach. Das sind ausgewichste Burschen, die mit ihren Märchen schon seit zweitausend Jahren im Lande herumziehen. Daher muß ich es Ihnen, Parteigenossen, mit allem Ernst sagen: die Schulung in Ehren, aber um die menschlich seelisch-geistige unmittelbare Bezogenheit zu den innersten und geheimsten Werten der Volksgenossen muß sich die Partei sehr kümmern. Man sagt: die Nazis sind die Feinde der katholischen Kirche,

und infolgedessen brauchen wir uns nicht darum zu kümmern; denn es ist klar, daß von uns keiner in die katholische Kirche geht. Jedoch gibt es so einige Vertrottelte, die haben innere Hemmungen und neigen doch dazu, in die Kirche zu gehen; sie trauen sich zwar nicht so recht und machen es deshalb hintenherum. Die anderen schauen etwas schief, und die Protestanten sind manchmal recht matt, bei ihnen ist der echte Luthergeist auch geschwunden, und sie spielen darum keine große Rolle. Aber hinsichtlich der katholischen Kirche ist es umso beschämender, wenn Sie etwa daran denken, welchem Engländer es wohl in Indien einfallen würde, sich zur Kirche der Eingeborenen zu bekennen. Wir nennen uns Herrenmenschen, wollen ein Land einrichten und laufen hinter den Kalbschlägern genauso krummbucklig hinterdrein wie die Polacken.

Das wollte ich sagen, wenn ich mich dagegen immer wieder verwahre, daß mit einem Atemzug auch, sagen wir, die geistige Bildung bei uns gewissermaßen als eine Gefahr angesehen wird. Wer z.B. die Universitäten und die großen deutschen Philosophen bekämpft, der kann nicht gleichzeitig sagen, daß er die Kirche auch bekämpfe. Wir Deutsche haben im Laufe der Jahrhunderte ein großes Denksystem entwickelt, das wichtiger ist als alles andere, weil es im Gegensatz zur Kirche steht. Diese Denksysteme unserer größten deutschen Philosophen beweisen zur Evidenz, daß das, was da drüben gemacht wird, Zauber und Spuk ist, gegen den sich auch die Partei mit allen Mitteln wenden muß. Ich habe die Gesellschaft der Wissenschaft des Generalgouvernements gegründet, um einen Ansatzpunkt für eine neue geistige Ausrichtung zu schaffen, aus der sich der deutsche Mensch unabhängig von der Kirche und von kirchlichen Dingen als Nationalsozialist seine eigene Welt

aufbauen kann. Sie wissen ja auch, daß ich diese Bestrebungen als Verbindungsmann tätig betreibe.

Mein Wunsch ist, daß wir hier die größten Sternwarten aufbauen, daß eine Art germanischen Weltbildes entsteht und daß aus der Betrachtung der Unendlichkeiten des Weltalls und den herrlichen Geheimnissen dieses Weltenvorganges, in dem auch unsere Erde als Planet nur ein kleines Stäubchen ist, - daß aus diesem Fundament das werden kann, was vielleicht so aussieht wie eine Volksreligion. Vor diesen gigantischen Weiten schrumpft dann selbst so ein Kerzenpapst in Nichts zusammen. Deshalb habe ich versucht, die Sternwarten hier aufzubauen und damit ein Weltbild einzurichten. Aber leider Gottes gehen die Dinge immer schief, man erwischt immer wieder die falschen Menschen. Es ist ein entsetzliches Elend, daß man so etwas immer wieder selber machen muß.

Es kommt jetzt darauf an, daß Sie aus dem, was ich Ihnen in einigen kritischen Worten sagte, das Gefühl mit hinausnehmen, daß die Partei im Generalgouvernement eine ungeheure Bedeutung hat und eine ungeheure Wichtigkeit aktuellster Art besitzt. Mein Ziel wäre etwa, eine Parteiversammlung jetzt in Brody oder unmittelbar drüben irgendwo ganz an unserer Grenze in Hrubieschow abzuhalten. Sozusagen angesichts des sowjetrussischen Feindes soll die Partei in Erscheinung treten. Das wird mir durch Sie leicht gemacht; denn ich habe soviele brave, tapfere Parteigenossen und Parteigenossinnen in der Partei und in allen Ämtern des Generalgouvernements, daß ich Euch allen nur danken kann

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Schulungsleiter Holweger schließt die Veranstaltung mit dem Führergruß.

11.2.1944

12^{55} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Boepple, des Präsidenten Ohlenbusch und des Referenten Kormann sowie Stadthauptmanns Dr. Höller-Lemberg den neuernannten Intendanten Hansen. und den neuernannten Musikdirektor Margraf des Lemberger deutschen Theaters.

15^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Posen.

Posen

Sonnabend, den 12.Februar 1944

2^{11} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof Posen.

9^{00} Meldung des SS-Standartenführers Rabenaar, der auf Veranlassung des SS-Obergruppenführers Koppe dem Herrn Generalgouverneur den Tag über zur Verfügung steht.

12^{00} Besuch des Herrn Generalgouverneurs bei Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser.

Der Herr Generalgouverneur besichtigt unter Führung des Gauleiters Greiser in nahezu einstündigem Rundgang die Neubauten des Posener Schlosses.

13^{00} M i t t a g e s s e n des Herrn Generalgouverneurs mit SS-Standartenführer Rabenaar, Ministerialrat Dr. Weh und SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth im Hotel Ostland. - Anschließend Rückfahrt zum Salonwagen.

17^{00} Besuch des Herrn Generalgouverneurs bei SS-Obergruppenführer Koppe und dessen Familie.

19^{00} Rückfahrt zum Salonwagen.

19^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug des Reichsministers des Inneren Reichsführer-SS Himmler in Begleitung von SS-Obergruppenführer Koppe, Ministerialrat Dr. Weh und SS-Hauptsturmführer Pfaffenfoth.

12.2.1944

19[30] bis 21[00] Unterredung des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsführer-SS Himmler in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Koppe.

Über den Inhalt und den Verlauf der Unterredung gibt der Herr Generalgouverneur nachstehenden Bericht:

Ich traf in Begleitung des SS-Obergruppenführers Koppe, des Ministerialrats Dr. Weh und des SS-Hauptsturmführers Pfaffenroth um 19 Uhr 30 Minuten im Sonderzug des Reichsführers ein. Der Reichsführer nahm mich in herzlichster Weise auf.

Unmittelbar nach der Begrüßung trat der Reichsführer-SS Himmler mit mir und SS-Obergruppenführer Koppe in die Unterredung ein. Der Reichsführer fragte mich gleich zu Beginn, wie ich mit dem neuen Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe zusammen arbeite. Ich gab meiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck, daß sowohl zwischen mir und SS-Obergruppenführer Koppe wie zwischen Staatssekretär Dr. Bühler und ihm ein selten schönes Verhältnis kameradschaftlicher Zusammenarbeit herrsche.

Ich veranlaßte daraufhin SS-Obergruppenführer Koppe, einen Bericht über die Lage im Generalgouvernement zu geben. Anhand der Lagekarte machte Obergruppenführer Koppe seine Ausführungen über die Situation, die sich heute militärisch und sicherheitsmäßig im Generalgouvernement ergibt.

Dann wurde eine eingehende Besprechung vorgenommen, in deren Verlauf folgende Punkte, die der Reichsführer sofort seinem Adjutanten diktierte, vereinbart wurden:

12.2.1944

1. der SS- und Polizeiführer im Distrikt Krakau, SS-Oberführer Scherner, wird mit sofortiger Wirkung abberufen,

2. der SS- und Polizeiführer im Distrikt Galizien, SS-Oberführer Thier, wird in den Distrikt Krakau versetzt,

3. zum SS- und Polizeiführer im Distrikt Galizien wird der bisherige Polizeipräsident von Danzig, SS-Oberführer Schön, berufen,

4. SS-Obergruppenführer Koppe wird ein eigener Chef der polizeilichen Grenzschutz- und Bandenkampforganisation beigegeben, dem sozusagen die unmittelbare Truppenführung der polizeilichen und SS-Verbände im Grenzgebiet des Generalgouvernements gegen Banden und sonstige Eindringlinge in Unterstellung unter SS-Obergruppenführer Koppe obliegen soll.

Für diesen Posten schlug der Reichsführer den Kommandeur des Flak-Regiments der Waffen-SS SS-Oberführer Burck-Prag vor, der sofort Order erhielt, sich nach Krakau zu begeben.

Im weiteren Verlauf der Unterredung traf ein Ferngespräch des Gouverneurs Dr.Wächter aus Lemberg ein, der mich und anschließend auch den Reichsführer bat, den Parteigenossen Thier in Lemberg zu belassen. Sowohl der Reichsführer wie ich waren uns mit Obergruppenführer Koppe darüber einig, daß Thier zwar ein hervorragend zu qualifizierender Mann, aber für die Härte der jetzigen galizischen Kampfaufgaben nicht restlos geeignet sei.

12.2.1944

Der Reichsführer nahm jedoch auf meinen Vorschlag die weitere Bitte des Gouverneurs Dr.Wächter, eines der beiden jetzt im Generalgouvernement eintreffenden ukrainischen SS-Regimenter in Lemberg auszuladen und zum Zwecke eines großen Propagandaumzuges durch die Stadt zu führen, gern auf.

Die an der Besprechung Beteiligten waren übereinstimmend der Meinung, daß angesichts der nunmehrigen Lage im Distrikt Galizien mit einem verstärkten Andrang ukrainischer Freiwilliger zu den Grenzschutztruppen der SS und Polizei zu rechnen wäre, dem unter allen Umständen Raum gegeben werden müsse. So sagte auch ich zu, alles zu tun, um die Freiwilligen-Werbung nachdrücklich zu fördern.

Der Reichsführer zeigte sich sehr befriedigt über die Errichtung der einzelnen Schutz- und Bollwerke, die SS-Obergruppenführer Koppe nun seit Monaten an den Grenzen des Generalgouvernements erstelle.

Im übrigen erklärte er, meine Besprechung mit dem Führer habe geradezu sensationell gewirkt, und der Führer habe die Belange der Verwaltungsführung des Generalgouvernements der Wehrmacht gegenüber aufs schärfste vertreten. Der Führer habe es erst vor zwei Tagen auf das entschiedenste abgelehnt, die Verwaltung auch nur eines Teiles des Gebietes der Wehrmacht zu übertragen. Der Führer habe in leidenschaftlicher Überzeugung auf den Tisch geklopft und gesagt, das könnte ihm gerade einfallen, solchen Dilettanten diese so musterhaft aufgebaute Verwaltung des Generalgouvernements in einem so ernsten Zeitpunkt auszuliefern; die Generale sollten Krieg führen, aber nicht verwalten.

5

12.2.1944

Im weiteren Verlauf der Besprechung bat ich den Reichsführer, nunmehr entsprechend dem neuen Kurs, den ich nach der vom Führer genehmigten Rede vor der Auslandspresse den Polen gegenüber durchzuführen gedächte, auch polizeilicherseits zu unterstützen. Der Reichsführer sagte dies zu und erklärte sich insbesondere bereit, dafür zu sorgen, daß auch im Reichsgebiet die für die Polen besonders diffamierenden Verlautbarungen (z.B. "Juden und Polen") wegfallen sollten.

Im übrigen bat mich der Reichsführer, ihm doch unmittelbar über solche Vorfälle zu berichten; denn er lege größtes Gewicht darauf, auf dem Laufenden zu bleiben. Er wisse nunmehr genau, welches ungeheure Gewicht auf dem Generalgouvernement liege. Er werde dafür sorgen, daß keines-falls mehr Polizeikräfte aus dem Generalgouvernement abgezogen würden, wolle im Gegenteil alles tun, dem Generalgouvernement noch mehr zu helfen.

Unter Darlegung der Währungssituation des Generalgouvernements, die SS-Obergruppenführer Koppe unterstrich, wurde die Möglichkeit besprochen, ob nicht die beweglichen Gegenstände des Judenvermögens jetzt sofort dem Generalgouvernement zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Reichsführer erklärte sich dazu bereit, das bewegliche jüdische Vermögen dem Generalgouvernement sofort zur Verwertung zu übergeben. Anfallende Barbeträge sollten auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, das später für Siedlungszwecke Verwendung finden solle. Der Reichsführer erließ sofort eine schriftliche Verfügung an das SS-Hauptamt, nach welcher alle im Generalgouvernement vorhandenen beschlagnahmten Juden-Gegenstände dem Generalgouvernement herauszugeben seien.

12.2.1944

Ich hatte dann noch eine Aussprache unter vier Augen mit dem Reichsführer. Er berichtete mir, daß der Führer ganz besonders glücklich darüber sei, daß sich nun zwischen mir und dem Reichsführer ein so herzliches Verhältnis herausgebildet habe. Wortwörtlich sagte mir der Reichsführer: "Damit haben wir beide dem Führer eine große Freude bereitet".

Ich kam noch kurz auf die Frage der Dienstwohnung des SS-Obergruppenführers Koppe auf der Burg zu Krakau zu sprechen und sagte, es sei nicht tragbar, daß dem Obergruppenführer Koppe die ihm zustehende Wohnung nicht offenstehe; ich hielte es für dringend nötig, daß eine Änderung etwa in der Form eintrete, daß der Familie Krüger eine entsprechende Wohnung anderswo in Krakau zur Verfügung gestellt würde und dann spätestens in einigen Wochen SS-Obergruppenführer Koppe mit seiner Familie endgültig in seine Dienstwohnung auf der Burg einziehen könne. Der Reichsführer sah dies ein, meinte aber, es sei für ihn sehr schwer, in dieser etwas peinlichen Situation sofort etwas zu unternehmen. Er glaube jedoch, daß es wohl möglich sei, bis spätestens in zwei Monaten die Angelegenheit zu bereinigen. Ich erbot mich daraufhin, dem Reichsführer vertraulich die in Aussicht genommenen Wohnungsobjekte mitzuteilen, worauf der Reichsführer erklärte, er werde die Sache dann weiter in die Hand nehmen; denn SS-Obergruppenführer Koppe müsse zu seiner Dienstwohnung kommen.

21^{00} Auf Einladung des Reichsführers begab ich mich sodann mit meiner Begleitung - Obergruppenführer Koppe verabschiedete sich, um noch kurz seine Familie aufzusuchen , - zu dem Abendessen, das der Reichsführer den zu der Posener Tagung versammelten Oberbürgermeistern des Großdeutschen Reiches in der "Goldenen Ähre" gab.

12.2.1944

Im Verlaufe dieses Abends hatte ich noch verschiedentlich Gelegenheit, mich mit dem Reichsführer, mit Staatssekretär Dr. Klopfer, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner, Reichsleiter Fiehler und Staatssekretär Stuckart zu unterhalten. Staatssekretär Dr. Klopfer berichtete mir von dem gewaltigen Eindruck, den die Unterredung des Führers mit mir gemacht habe, über die er im wesentlichen durch die Lektüre der von Reichsleiter Bormann verfaßten Niederschrift erfahren habe. Er freue sich, daß alle Angelegenheiten nunmehr bereinigt seien und meine Politik endlich ihre Anerkennung gefunden habe. Er werde alles tun, um auch von seiner Seite aus dem Generalgouvernement zu helfen, wie er nur könne.

Besonders interessant war mir die Bemerkung des Staatssekretärs Dr. Klopfer, beim Führer habe es geradezu Aufsehen erregt, daß nach meinem Bericht der Distrikt Galizien über 5oo ooo to Getreide geerntet habe, während in Wolhynien nur etwa lo % dieser Ernte hereingebracht werden konnten. - Reichsleiter Bormann habe die ihm vom Führer in der Besprechung gegebenen Aufträge bereits weiter bearbeitet. So sei insbesondere schon an Staatsminister Meißner der Auftrag weitergeleitet worden, die Urkunde betr. die Berufung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten auszufertigen. Im übrigen sagte mir Staatssekretär Dr. Klopfer, daß er sich auf seinen Besuch im Generalgouvernement schonsehr freue.

Mit SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner besprach ich die Ergebnisse der heutigen Unterredung im Hinblick auf die allgemeine Polenpolitik. SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner sagte mir, er habe gerade gestern ein Fernschreiben des SS-Oberführers Bierkamp erhalten,

in dem dieser schon anfrage, wie er, Kaltenbrunner, sich zur neuen Polenpolitik einstelle. Ich verwies SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner auf die Rede, die ich im Auftrage des Führers vor der Auslandspresse gehalten hatte, und konnte ihm gleich berichten, daß der Reichsführer den neuen Kurs vollinhaltlich billige. Ich bat ihn, in diesem Sinne Weisungen an SS-Oberführer Bierkamp zu geben und zu betonen, daß er sich nunmehr grundsätzlich meiner Richtung anschlösse. SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner sagte dies gern zu und bat mich, ich möchte auch meinerseits eine entsprehhende Weisung an SS-Obergruppenführer Koppe ergehen lassen; denn er habe den Eindruck, daß SS-Obergruppenführer Koppe im Hinblick auf Strafsanktionen manchmal mehr verlange, als die Sicherheitspolizei beantrage. Auch bezüglich der Bahandlung der Polen im Reich werde er sich gern bemühen dem neuen Kurs Rechnung zu tragen.

Staatssekretär Stuckart fragte mich, ob ich etwas dagegen hätte, wenn der Reichsführer bei der Trauerfeier für den so tragisch ums Leben gekommene Vizegouverneur Bauer durch Gouverneur Dr. Wächter einen Kranz niederlegen lassen möchte. Ich dankte ihm sehr für diese Anteilnahme des Reichsführers und sagte ihm zu, daß auch ich eine entsprechende Weisung an Gouverneur Dr. Wächter ergehen lassen werde.

Im übrigen erklärte Staatssekretär Stuckart, daß die Gegenzeichnungen für die Ernennungsurkunde des Staatssekretärs Dr. Bühler bereits auf einer zweiten Urkunde - die erste Urkunde sei bei einem Bombenangriff vernichtet worden - vorlägen und nunmehr alles vorbereitet sei, damit die Ernennung wirksam werde. Er werde nochmals unmittelbar bei Staatsminister Meißner anrufen, ob die Urkunde schon dem Führer vorliege.

12.2.1944

Mit Reichsstatthalter Greiser, der mich schon mittags sehr freundlich im Schloß zu Posen empfangen hatte, vereinbarte ich eine amtliche Reise der prominenten Persönlichkeiten des Generalgouvernements nach Posen im letzten Drittel des Monats März.

Nach herzlicher Verabschiedung von Reichsführer SS Himmler, Gauleiter Greiser und den anderen Herren begab ich mich in den Sonderwagen zurück.

Sonntag, den 13.Februar 1944

1^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs und seiner Begleitung zum Salonwagen, in den später auch SS-Obergruppenführer Koppe zusteigt.

4^{29} Abfahrt vom Hauptbahnhof Posen.

12^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Montag, den 14. Februar 1944

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{10} Besprechung mit Präsident Bauder und Hauptmann Seeländer in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen den von Dr. Simon verfassten Artikel über die Errichtung eines Bauausschusses im Generalgouvernement auf Weisung des Reichsministers Speer im Wirtschaftsteil der Krakauer Zeitung vom 12. Febr. In einem Augenblick, da der Feind vierzig Kilometer vor der Grenze des Generalgouvernements stehe, müsse unbedingt die deutsche Autorität im Generalgouvernement in der Hand des Generalgouverneurs geschlossen in Erscheinung treten. Intern könne selbstverständlich die Arbeit der Dienststellen entsprechend den Reichszusammenhängen vor sich gehen, aber nach aussen müsse die absolute Geschlossenheit der Führung des Generalgouvernements in Erscheinung treten. Das Führungsorgan des Reiches im Generalgouvernement sei der Generalgouverneur und seine Regierung.

Präsident Bauder erklärt, dass er von diesem Aufsatz nicht in Kenntnis gesetzt worden sei, sonst hätte er die Veröffentlichung in dieser

14.2.1944

Form verhindert.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, dass mit Reichsminister Speer vereinbart sei, dass im Generalgouvernement nichts passieren dürfe, was das geschlossene Gefüge des Generalgouvernements behindere; scheinbar handele es sich hier um ein voreiliges Vorpreschen der hiesigen Dienststelle des Reichsministers. Er werde sich den Verfasser Dr. Simon kommen lassen und ihm die Stellung des Generalgouvernements darlegen.

Der Herr Generalgouverneur betont, dass es im jetzigen Augenblick auf die gleiche Richtung der Bemühungen des Reiches und des Generalgouvernements, nämlich die Richtung auf den Sieg ankomme. Das Generalgouvernement halte diese Richtung in der ihm eigenen Form. Einrichtungen des Reiches aber könnten nach Lage der Dinge nicht einfach auf das Generalgouvernement übertragen werden. Präsident Bauder möge die Veröffentlichung eines korrigierenden Aufsatzes an gleicher Stelle veranlassen.

12^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dressler.

Der Herr Generalgouverneur setzt eine Besprechung mit den interessierten Persönlichkeiten über die Gründung einer polnischen antibolschewistischen Liga für die nächsten Tage fest und ersucht Präsident Ohlenbusch um beschleunigten Abschluss der hierzu erforderlichen Vorarbeiten.

Pressechef Gassner weist dann darauf hin, dass ihn der Artikel Dr. Simons über die Errichtung eines Bauausschusses im Generalgouvernement auf Weisung des Reichsministers Speer von der Krakauer Zeitung vor seiner Veröffentlichung nicht vorgelegt worden sei.

14.2.1944

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen diese Eigenmächtigkeit der Krakauer Zeitung und diktiert an den Verlagsleiter Strozyk einen Brief, in dem er gegen das eigenmächtige Vorgehen der Krakauer Zeitung Stellung nimmt und eine Untersuchung fordert, ob den Wirtschaftsschriftleiter Krafft in dieser Sache ein Verschulden trifft. Sollte ein solches Verschulden vorliegen, müsse er auf der Entlassung des Schriftleiters Krafft bestehen. Es gehe nicht an, dass die Autorität seines Wirkens im Generalgouvernement in diesem ernsten Zeitpunkt durch Organe des Generalgouvernements gefährdet werde.

13^{20} Besprechung mit dem Chef der Rüstungsinspektion im Generalgouvernement Generalleutnant Schindler in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

13^{30} Besprechung mit SS-Brigadeführer Diehm in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe und des Staatssekretärs Dr. Bühler.

13^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Chef der Luftflotte IV General der Flieger Deßloch und dessen Begleiter Generalstabsintendant Dr. Berndt und Oberst Roehre in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe sowie des Verbindungsoffiziers der Luftwaffe Oberstleutnant von Dazur.

14^{10} Essen zu Ehren des Generals der Flieger Deßloch.

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Koppe über die Sicherheitslage.

14.2.1944

16[15] Besprechung mit Dr. Dresler.

19[00] Besuch der Aufführung von Goethes "Faust" im Staatstheater.

Anschliessend Empfang im Staatskasino.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Dienstag, den 15. Februar 1944

10^{40} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Pelz.

Gegenstand der Besprechung ist das bevorstehende Einrücken des SA-Oberführer Pelz zur Wehrmacht. Sein Nachfolger als Leiter des SA-Führungsstabes im Generalgouvernement soll Ende März in der Person des SA-Brigadeführer Kühnemund in Krakau eintreffen.

10^{55} Besprechung mit Medizinalrat Dr. Schultze-Heubach.

11^{00} Besprechung mit Dr. Dresler-Berlin.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt General Haenicke, Generalmajor Haseloff und Oberstleutnant Roehrig und seine beiden Staatssekretäre Dr. Bühler und Koppe.

General Haenicke gibt anhand der Karte einen Überblick über die militärische Lage.

12^{40} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

13^{05} Besprechung mit dem Chef der Kanzlei Dr. Meidinger und Architekt von Palèsieux über die Einrichtung von Gästewohnungen auf der Burg.

13^{10} Besprechung mit Lagerverwalterin Lanzinger, in Anwesenheit des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger und des Referenten von Palézieux.

15^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Mittwoch, den 16. Februar 1944

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Arbeitseinsatzstrafverordnung,
2. Agrarleistungsverordnung,
3. Verordnung über Kosten des Rechtsmittelverfahrens in Steuersachen,
4. Verordnung über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken, und über die Einführung eines Schiffsregisters im Generalgouvernement,
5. Verordnung über die Zahlbehandlung der deutschen Jugendlichen im Generalgouvernement und
6. Verordnung über die Vereinheitlichung des Krankentransportes im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Obergruppenführer Koppe über die Sicherheitslage.

10^{45} Der Herr Generalgouverneur überreicht verdienten Persönlichkeiten des Generalgouvernements im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz I.Kl. ohne Schwerter im Kanonensaal der Burg und hält dabei folgende Ansprache:

Meine Herren!
Ich habe Ihnen im Auftrage des Führers einige Auszeichnungen des Kriegsverdienstkreuzes I. Kl. zu überreichen. Ich möchte diesen Anlass benutzen,

16.2.1944

um Ihnen im Namen des Führers und des Reiches dafür zu danken, dass Sie sich so tapfer, so fachlich und charakterlich hervorragend im Dienste des Aufbaues des Generalgouvernements bewährt und eingesetzt haben. Indem ich den Herren die Auszeichnungen überreiche, danke ich ihnen für ihren Einsatz.

11^{00} Regierungssitzung im Königssaal der Burg.

(Protokoll siehe Beiakten).

13^{50} Gemeinsames Eintopfessen.

15^{00} Hauptabteilungsleitersitzung im Königssaal.

(Protokoll siehe Beiakten).

19^{15} Besuch des Herrn Generalgouverneurs beim Befehlshaber des Wehrkreises Generalgouvernement General der Infanterie Haenicke.

Anschliessend Beisammensein des Herrn Generalgouverneurs mit den Staatssekretären und Gouverneuren im Regierungsheim.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Donnerstag, den 17. Februar 1944

10^{15} Besprechung mit dem Kreishauptmann des Kreises-Krakau-Land Schaar und Direktor Mosch-Kressendorf.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Kreishauptmann Schaar, sich wegen eines umstrittenen Grenzstreifens in Kressendorf mit dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Verbindung zu setzen, damit in Verhandlungen mit Oberschlesien die Angelegenheit bereinigt werden könne.

10^{30} Stadthauptmann Krämer und vier führende Persönlichkeiten der Stadtverwaltung überreichen dem Herrn Generalgouverneur den Gesamteinsatzplan des örtlichen Luftschutzleiters der Hauptstadt Krakau.

Stadthauptmann Krämer berichtet dazu, dass die Arbeit zu 80% abgeschlossen sei und die restlichen 20% in den nächsten Wochen fertig würden. Alle Erfahrungen, die man bei den Luftangriffen auf die Städte des Reiches habe sammeln können, seien im Luftschutzplan der Hauptstadt Krakau verwertet worden.

Der Herr Generalgouverneur spricht für die geleistete vorbildliche Arbeit seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er regt bei dieser Gelegenheit an, in Zukunft Krakau als Hauptstadt zu bezeichnen.

17.2.1944

11[00] Feierliche Verabschiedung des bisherigen stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, Hauptabschnittsleiter Stahl (V.i.A.) und Amtseinführung von Oberdienstleiter Tiessler als stellvertretender Leiter durch den Herrn Generalgouverneur im Hause der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Rede:

Meine Parteigenossinnen und Parteigenossen! Der Arbeitsbereich Generalgouvernement der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei begeht heute eine besonders wichtige Stunde. Es obliegt mir als dem Hoheitsträger dieses Raumes, im Namen des Führers eine Ablösung in der Position meines Stellvertreters in der Leitung des Arbeitsbereiches vorzunehmen.

Wie Sie alle wissen, habe ich damals den Arbeitsbereich zusammen mit dem Parteigenossen Schalk aufgebaut. Er hat sich in der ersten Zeit wie auch in der ersten Entwicklungsperiode in diesem Raum ganz ausserordentliche Verdienste erworben; er war derjenige, der mit der ganzen nüchternen und sachlichen Haltung des alten erfahrenen Parteikämpfers die Schwierigkeiten des Raumes in jedem Hinblick verstand, und der, entsprechend seinem Alter und seiner inneren Einstellung dem Rufe des Vaterlandes folgend, nun bereits seit zwei Jahren im Kriegsdienst unseres Vaterlandes steht. Er hat sich während dieser Zeit soldatisch hervorragend bewährt, wurde einige Male verwundet und befindet sich jetzt kurz vor seiner Beförderung zum Leutnant. Pg. Schalk hat in Anerkennung seiner Verdienste um den Arbeits-

17.2.1944

bereich von Reichsleiter Bormann eine hervorragende Stellung als hochstehender Vertreter des Gauleiters des Gaues Hessen-Nassau in Kassel erhalten und hat diesen Ruf angenommen. Er wird schon in den nächsten Tagen in Krakau eintreffen, und wir werden Gelegenheit haben, ihn in feierlicher Form aus seiner bisherigen Funktion als stellvertretender Leiter des Arbeitsbereiches zu verabschieden.

Als der hochverdiente Pg. Schalk damals zur Wehrmacht ging, habe ich die Stellvertretung der Leitung des Arbeitsbereiches Pg. Stahl anvertraut. Seit dem 1. Dezember 1941 - nunmehr 2 Jahre und 3 Monate - haben Sie, Pg. Stahl, in hervorragender Weise sämtliche Erwartungen erfüllt, die ich persönlich oder die Mitarbeiter des Arbeitsbereiches an den Träger der Stellvertretung der Leitung des Arbeitsbereiches stellen konnten. Sie haben sich in unermüdlichem Energieeinsatz, in tadelloser charakterlicher und parteigenössischer Haltung mit einem klaren Leben innerhalb und ausserhalb des Dienstes um das Parteileben im Generalgouvernement ganz hervorragend verdient gemacht.

Da die Gründung des Arbeitsbereiches erst wenige Monate zurücklag, als Sie die Stellvertretung in der Leitung des Arbeitsbereiches übernahmen, kann ich mit Fug und Recht sagen, dass die Gesamtentwicklung des Arbeitsbereiches seit dem 1. Dezember 1941 von Ihnen in einem geradezu grossartigen persönlichen und sachlichen Einsatz durchgeführt wurde. Sie waren mir in dieser über zwei Jahre währenden unausgesetzten Einsatzbereitschaft und durchglühten Aktivität einer der wichtigsten Mitarbeiter der Partei in diesem Raum und vor allem auch im ganzen Generalgouvernement geworden.

17.2.1944

Es ist Ihnen geglückt, die grossen Schwierigkeiten dieses Raumes im Parteisektor zu bewältigen und das Gesamtverhältnis der Parteiorganisation zu den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden raumentsprechend und die Raumbedürfnisse speziell erfüllend in Ordnung zu bringen. In Ihre Zeit fallen die grandiosen Manifestationen des Bewegungslebens in diesem Raum, und durch Sie wurde hier eine Fülle von Parteieinrichtungen ins Leben gerufen, deren lebendige Wirksamkeit sich von Tag zu Tag mehr offenbart.

Sie haben sich, lieber Parteigenosse Stahl, in der Geschichte des deutschen Ostens eine bedeutende und unvergängliche Stellung geschaffen. Ich habe mich daher in meiner Eigenschaft als Präsident des Instituts für deutsche Ostarbeit entschlossen, Sie zu ersuchen, den Rang eines Ehrenmitgliedes des Instituts anzunehmen. Sie mögen in dieser Ernennung die Anerkennung erblicken, die ich Ihnen persönlich und Ihrem Wirken in diesem Raum zuteil werden lasse. Ich frage Sie, lieber Parteigenosse Stahl, ob Sie mit Rücksicht auf die grosse Arbeit, die Sie hier geleistet haben, uns auch fernerhin als Parteiredner und als tätiger Mitgestalter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP sich zur Verfügung stellen wollen ?

An mich ist nun die grosse Frage herangetreten, einen Nachfolger für Parteigenossen Stahl, dessen innere Neigung ebenso zum Militärdienst drängt, wie die allgemeine Notwendigkeit, dass gerade die führenden Persönlichkeiten der Partei sich dem Dienst mit der Waffe für das Vaterland verschreiben, und auch für Parteigenossen Stahl zu finden. Reichsleiter Bormann, mit dem ich aus diesem Anlass in München eingehende Besprechungen pflog, - Besprechungen, die sich unlängst im Führerhauptquartier fortgesetzt und, ich kann wohl sagen, vollendet haben, - bei denen

17.2.1944

die Gesamtproblematik der Bewegung dieses Raumes eingehend erörtert wurde, schlug - wie er sich ausdrückte - einen der besten Männer vor, über die er verfügt, den hier anwesenden Oberdienstleiter PG Diessler.

Pg. Tiessler, sind Sie bereit, die stellvertretende Leitung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP anzunehmen ? -- Dann möchte ich Sie in unser aller Namen auf das herzlichste begrüssen. und Ihnen feierlich diese Position übertragen. Ich bitte Sie, sich darüber klar zu sein, dass das von Ihnen zu übernehmende Amt ausserordentlich schwierig ist. Sowohl Reichsleiter Bormann als auch ich sind der Überzeugung, dass das Parteileben in diesem Raum genau so vorbildlich zu sein hat, wie das Leben im staatlichen Sektor. Sie werden in eine Position gestellt, auf die die gesamte Bewegung im Reich schaut. Gerade in diesem Augenblick kommt es darauf an, dass die Bewegung stärker, entschlossener, härter und siegläubiger denn je wirkt. Meine und aller Anwesenden Wünsche begleiten Sie in dieses neue Amt, und unser ganzer Glaube strebt Ihnen aufs herzlichste entgegen.

Nachdem ich nun die formale Handlung durchgeführt habe, möchte ich den Anlass benutzen, um Ihnen, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, einiges zu sagen, was mir die allgemeine Situation gerade eingibt. Die Situation, in der sich heute das Generalgouvernement befindet, ist wesentlich anders als die, die wir noch vor einem Jahr hatten. Wenn vor einem Jahr, die Front gegen die Sowjetunion noch 1400 km von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt war, so ist sie durch die tragisch-ernsten Ereignisse der letzten Wochen bei Dubno bis auf fast 50 km an die Grenze des Generalgouvernements herangekommen.

17.2.1944

Daraus entsteht für uns eine Fülle wuchtigster Probleme, mit denen die Führung des Generalgouvernements fertig zu werden hat. Es ist ganz selbstverständlich, dass in diesem Augenblick gerade die Parteigenossenschaft dieses Raumes mit entschiedenster Festigkeit und eiskalter Ruhehaltung die Position des Deutschtums des Generalgouvernements ebenso wie die Positionen der deutschen Wirtschaft dieses Raumes, der deutschen Ernährung dieses Raumes, der deutschen Rüstung dieses Raumes, des gesamten Rückhaltes der kämpfenden Ostfront in diesem Raum mit besonderer Leidenschaft zu pflegen hat.

Im grossen und ganzen gibt es heute in Deutschland nur noch zwei Berufe;der eine Beruf ist der des Soldaten an der Front und der andere Beruf ist dor, der das, was der Soldat an der Front braucht, in der Heimat schmiedet und vorbereitet. Alles andere tritt demgegenüber völlig zurück und wird überhaupt nur noch gewertet, inwieweit es dem ersten oder dem zweiten direkt oder indirekt dient. Heute ist kein Platz mehr für irgendetwas, das sich von dieser eiskalten Notwendigkeit ausschalten kann: wer nicht an der Front mit der Waffe kämpft, hat eine Position einzunehmen, mit der er dem mit der Waffe Kämpfenden dient.

Das Generalgouvernement ist nunmehr in einer Weise in den Mittelpunkt der Ereignisse getreten, wie wir das im Jahre 1939 auch nicht im entferntesten hätten erwarten können. Dass heute das Generalgouvernement die im Lande stehenden Truppen vollständig ernährt, dass der gesamte Nachschub für die Südfront und eine Fülle von Nachschubmaterial aus dem Lande an die Ostfront gehen, dass wir in diesem Raum eine Rüstungsindustrie aufgebaut haben, die immer stärker in Erscheinung tritt und die z.B. die neue Panzergranate herstellt, die für die U-Boote arbeitet u.a.m., - das alles soll Ihnen, meine Parteigenossinnen

17.2.1944

und Parteigenossen, zeigen, welche ungeheure Bedeutung das Generalgouvernement heute für den Kampf des Reiches besitzt.

Als ich vor wenigen Tagen das grosse Glück hatte, vom Führer zu einer stundenlangen Besprechung unserer Situation empfangen zu werden, da war es für mich und damit auch für Euch, meine Parteigenossen, das grösste Glück meines Lebens, vom Führer für diesen Aufbau Worte der Anerkennung zu erhalten, wie sie mir noch nie zuteil wurden. Der Führer erklärte, dass das Werk, das wir geleistet haben, ein wahres Wunderwerk sei. Er sagte zu mir, " Sie haben ein Chaos übernommen und haben es verstanden, in vier Jahren die Bastion des Reiches im Osten aufzubauen. Es war für mich einer der schönsten und ergreifendsten Augenblicke meines Lebens, als der Führer mit mir in viele Stunden dauernden Erörterungen Punkt um Punkt dieses Raumes durchsprach und dabei immer wieder in zu Herzen dringenden Worten betonte, wie sehr uns allen er dankbar ist für das, was wir hier für ihn getan haben. In besonders schönen Worten gedachte er auch unserer Parteiarbeit, und als er unsere Broschüre, die wir zum letzten Parteitag herausgebracht haben, durchblätterte und sich die einzelnen Bilder besah, meinte er, dass es doch schön sei, dass wir auf dem Burghof unsere Kundgebungen veranstalten können; es wäre ja wie auf dem Parteitag in Nürnberg.

Sie mögen daraus entnehmen, meine Parteigenossinnen und Parteigenossen, wie gerade in diesem Augenblick der Führer mit seiner ganzen gläubigen Haltung auf uns schaut.

Dieses auf uns Schauen drückt sich vor allem auch darin aus, dass der Führer mir erklärte, er werde alles tun, um zu vermeiden, dass das Generalgouvernement irgendwie Kriegsschauplatz wird. Zu diesem Zweck sind auch schon viele Massnahmen das Generalgouvernement betreffend vom Führer angeordnet worden, und ich kann in diesem Kreis verraten, dass es angesichts der ungeheuren Bedeutung des Generalgouvernements und unserer Arbeit für das Reich schon in den nächsten Tagen zu gewaltigen Demonstrationen der Verteidigungsabsicht des Reiches für diesen Raum kommen wird.

Mit meiner Unterredung mit dem Führer ist auch eines der grauenhaftesten Kapitel der Entwicklung dieses Raumes positiv abgeschlossen worden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang jener jahrelangen Hetzwelle gedenken, die gegen mich persönlich und gegen unser aller Arbeit von hämischen Neidlingen unausgesetzt vorgebracht und systematisch gepflegt wurde. Eine Zeit lang war es Mode, dass man das Generalgouvernement als Gängstergau bezeichnete, dass man uns Korruptionisten nannte, dass man keinen noch so schmutzigen Vorwurf ablehnte, um uns zu treffen. Ich habe diese Schmutzflut ertragen, weil ich wusste, dass einmal die Stunde kommen würde, in der der Führer mir und meiner Arbeit würde Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass ich auch wusste, dass der Führer diese Schmutzflut schliesslich erkennen würde. Diesen Glauben trug ich sieghaft als Stärke in mir, als man nicht einmal davor zurückschreckte, meine persönliche Ehre in Mitleidenschaft zu ziehen. Diese Typen haben uns im Laufe der letzten Monate mehr und mehr verlassen, und seien Sie überzeugt, dass ich nicht ruhen werde, bis auch die

Letzten diesen Raum verlassen haben, die sich in dieser schwarzen Flut bewegt haben.

Heute sind das Feld und das Schild klar; heute ist das durchgestanden, was man im Leben immer durchstehen muß, wenn man etwas Großes aufbaut. Als der Führer die Rede nach genauer Durchstudierung zurückgab, die ich tags darauf vor der Auslandspresse in seinem Auftrag hielt, sagte er, welch' ein Glück, daß diese Rede gehalten werden kann! So ernst und tief sieht der Führer die Richtigkeite unserer Aufbaupolitik in diesem Raum. Und Sie entsinnen sich, wie man vor keinem Mittel zurückschreckte, mich als Polenfreund zu verdächtigen. Es gab keinen Vorwurf, den nicht gewisse Zentralen des Reiches immer wieder gegen mich erhoben, da sie den Wahnsinn wollten, mitten im Krieg nationalistische oder nationale oder Siedlungsprobleme auszutragen, für die Zeit genug sein wird, wenn wir den Krieg gewonnen haben.

Es ghet jetzt nur darum, daß dieses Land einigermaßen in Frieden lebt und daß seine Millionen Menschen für Deutschland arbeiten, - sonst um gar nichts! Alles andere hat demgegenüber zurückzutreten gemäß der Formulierung, daß ich nur zwei Berufe anerkenne, den Beruf des Soldaten und den Beruf, der diesem Soldaten direkt oder indirekt die Waffen schmiedet. Es ist Luxus irgendetwas zu tun, was besser nach dem Sieg geschehen wird. Die Frage, wie dieser Raum einmal besiedelt wird, ist klar; so gescheit bin ich auch, daß ich weiß, daß hier nicht die Polen bleiben werden. Aber es ist Luxus, in diesem Augenblick Unruhe in die Situation dieses Raumes zu bringen, und solche Dinge mehr.

Alles hat nun der Führer bestätigt. Ich habe in meine Rede alles das aufgenommen, was mir in den letzten Jahren zum Vorwurf gemacht wurde: ich erinnere nur an die Philharmonie, an die Fachschulkurse in Lemberg, an die Probleme der Schule und der katholischen Kirche in diesem Raum; wie bin ich deswegen angefeindet worden.

17.2.1944

Jetzt schweigen unsere Gegner, weil der Führer selbst erklärt hat, daß unsere Politik die einzig richtige Politik ist. Sie können ermessen, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, daß ich stolz erhobenen Hauptes am Abend des 6.Februars den Führer verließ. Ich habe dabei an Euch alle gedacht und mir gesagt, daß auch Ihr Euch darüber freuen werdet, denn wir haben alle gemeinsam unter diesem Dunst und Nebel und unter diesen negativen Herabwürdigungen unserer Arbeit gelitten.

In diesem Augenblick, da die Kriegsgeschichte so ernste Ziffern schreibt, da wir als einziges nicht zerstörtes Gebiet Industrien aus dem Reich zu übernehmen haben, da wir Menschen aus dem Reich Unterkunft gewähren müssen, da wir in stärkstem Maße für die Ostfront arbeiten, Truppen übernehmen, Lazarette aufbauen, Verwundete aufnehmen, Bandenkämpfe zu führen haben, jegliche Sabotage verhindern müssen und da nur wenige tausend Mann Polizei eine Millionen-Bevölkerung zu befrieden haben, ist weniger denn je Anlaß, sich den Luxus persönlicher Auseinandersetzungen zu leisten. Die Partei hat in diesem Raum die große Aufgabe zu erfüllen, diese Bastion des Ostens, wie der Führer das Generalgouvernement nannte, mit allen in unseren Kräften stehenden Mitteln zu verteidigen. Der Marsch, den wir angetreten haben, wird nicht zum Stillstand gebracht. Wir sind im Osten wieder das geworden, was wir im Jahre 1939 waren: weiter im Osten ist zunächst und vorübergehend nichts mehr in unseren Händen; aber das wird wieder anders werden. DerFührer ist voll glühendem Glauben und von einer Siegeszuversicht und Stärke, vor allem auch erfreut er sich einer Gesundheit, die jedem von Euch Freude machen würde. Wie in seinen besten Tagen ist er frisch und lebendig und voll sicherem Wissen, daß wir diesen Krieg gewinnen werden. Die

Hoffnungen, auf die er sich dabei stützt, sind evident und sind von uns oft genug erörtert worden. Der Führer weiß, daß wir die Ukraine wieder bekommen werden, und es dürfte Euch Freude machen, wenn ich Euch sage, daß mir der Führer angesichts der Leistungen des Generalgouvernements eine wesentliche Vergrößerung des Generalgouvernements im Osten zugesagt hat. Es ist klar, daß dann unsere Aufgaben wieder wachsen und sich steigern wird und daß daraus kommend diese Bastion des Ostens nicht nur für die Staatsgeschichte, die Wirtschafts-, Militär- und Kulturgeschichte des Reiches von Beachtung ist, sondern auch für die Partei.

Der Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP, nach demselben eindeutigen Führerprinzip wie der Staat aufgebaut, wird sich in den kommenden Monaten der Öffentlichkeit mit großen lebendigen Emanationen des nationalsozialistischen Geistes zeigen, und zwar nicht nur der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch der polnischen. Ich darf Sie, meine Parteigenossen und Parteigenossinnen, bitten, dem Parteigenossen Tiessler als meinem Vertreter auf dem Parteisektor - in ihm haben wir einen hervorragenden Parteiorganisator, großen Propagandisten und erfahrenen Parteigenossen erhalten - alles Vertrauen zu schenken und dabei zu helfen, die sogenannte "Stimmung" so hoch wie nur möglich zu halten. Wir werden mehr denn je durch Kundgebungen, Aufmärsche und Durchmärsche versuchen, das nationalsozialistische Ideengut wach zu halten und damit die Fahne unseres Reiches mit Leidenschaft in diesem Raum fest zu verankern. Nur um den Nationalsozialismus geht dieser Krieg, - um nichts anderes! Er geht darum, ob dieser größte soziale Organisationsgedanke, der jemals aus dem Germanentum aufstieg, die nationalsozialistische Idee Adolf Hitlers sich gegenüber dem jüdischen Materialismus durchsetzen wird. Das ist das Problem dieses Krieges!

17.2.1944

Diese Gedanken immer wieder hochzuhalten wird um so schwieriger, je weniger Kräfte wir in der Partei zur Verfügung haben; je mehr junge Parteigenossen an die Front abgegeben werden müssen, desto intensiver müssen sich die vorhandenen Kräfte der Bewegung in persönlichem Einsatz betätigen.

Für Parteibürokratie habe ich jetzt weniger Sinn denn je, mir geht es jetzt hauptsächlich um den Parteikampf. Formaler Kram innerhalb des Parteilebens hat zurückzutreten hinter der unmittelbarsten Kontakthaltung der Partei dem Volk gegenüber in Kundgebungen, Aufrüttelungsaktionen, Betriebsversammlungen, Leistungssteigerungs- und Siegesgewißheits-Kundgebungen aller Art. Das ist jetzt die Aufgabe der Partei! Das Interne, das Parteiverwaltungsmäßige muß auf ein Minimum zurückgeschraubt werden. Das Entscheidende ist jetzt, Kontakt mit dem Volk zu halten. Dieser Kampf ist allen in der Partei, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden aufgegeben. Ich wünsche, Parteigenosse Tiessler, daß Sie entsprechend diesem Programm alle - mich nicht ausgenommen - in ein gigantisches Programm eines Parteiideen-Verkündungswerkes einschalten,

und daß mir am Schluß des Jahres gemeldet wird, daß jeder von Euch sich in soundsovielen auch kleinsten Versammlungen und Aufmärschen vor dem Volk gezeigt und bewährt hat. Das ist mir viel lieber als interne listenmäßig registrierbare und formulierbare Entschliessungen und Entscheidungen, über die die Geschichte zur Tagesordnung übergehen wird. Diese Aufgabe muß uns jetzt alle erfüllen; es kommen die Soldaten von der Front zurück, es kommen die Verwundeten zurück, es kommen die Schreckensmeldungen aus dem Reich über zerstörte Städte, es tritt die Frage immer mehr in den Vordergrund "warum dieser Krieg, warum dieses Elend, warum diese Not und warum diese Lasten" - und da muß die Partei aufstehen und muß erklären, "der Krieg ist

notwendig, weil nur über ihn der Weg in die Freiheit geht, die Verluste müssen getragen werden, weil sie nichts dem gegenüber sind, was geschehen wäre, wenn das deutsche Volk dem Juden als Opfer in die Hände gefallen wäre; die Zerstörung unserer Städte kann überwunden werden, weil ein Volk nicht in den Städten sondern in seinem Geist lebt". Alles, was an Zittern und Zagen, Bangen und Trauern aus dieser Zeit aufsteigt, muß von der Partei als neuer Energiestrom eingefangen werden und das Segel unseres Schicksalschiffes füllen.

Für uns darf es jetzt keine kleinlichen Gedanken geben! Wehe uns, wenn wir in dieser größten Zeit unseres Volkes klein würden, wenn jemand nur sein eigenes erbärmliches Ich sehen würde! Wir sind alle nur Dreck und Staub aus dieser Zeit. Es lebt nur der Name Adolf Hitler. Wir sind in kurzer Zeit vergessen. Wenn wir diese Einsicht haben und sie pflegen, wenn wir uns ganz unserer ernsten Aufgabe verschreiben, dann sind wir das, was vor 25 Jahren im Jahre 1919 von Adolf Hitler als erstem begonnen wurde. Ermessen Sie an diesem Ziel und an dieser Hingabe, diesem letzten Wollen Ihre eigenen fortgesetzten Händel und Ihr Verhalten. Fragen Sie sich immer: ist das der großen Zeit würdig? Soll ich mit diesem oder jenem Kleinkram oder persönlichem Mist in dieser Zeit herumwandern, die nach den größten Zielen greift. Wenn Ihr nur stümperhaft Euren eigenen Dünkelkram verfolgt, seid Ihr auf dem falschen Weg. Euer Herz ist nicht rein, wenn Ihr nur nach dem Aussehen der Uniform blickt. Ihr seid Euch dann der Tatsache nicht bewußt, daß Ihr der größten Sache unseres Volkes zu dienen habt, und daß wir, zusammengepfercht in einem kleinen Land, gegen erdrückende Weltreiche zu kämpfen haben, die sich ständig brüsten, mit Eisen, Stahl und Mord gegen uns fertig zu werden.

17.2.1944

Dieser Flammengeist muß im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP lebendig sein. Dann seid Ihr die Hand des Führers in diesem Raum. Das ist es, was ich Ihnen, Parteigenosse Tiessler, mit auf den Weg gebe, diesen Flammenstrom unserer Überzeugung und Weltanschauung als ein Glaubensfundament von edelster Klarheit aufzurichten; denn Großes ist uns aufgegeben und wenn wir versagen würden, dann würden Jahrtausende des deutschen Volkes vergeblich eine Zukunft erhofft haben.

Aus dieser Zeit wird keiner etwas für sich gewinnen; niemand kann glauben, daß er sich selber irgendetwas bewahren kann. Wer heute noch so denkt, denkt völlig falsch, und mag er auch eine Uniform tragen, sein Herz ist faul, seine Gedanken unsauber. Wer heute noch Werte für sich zu retten hofft, dessen Gedanken sind unsauber; wer heute nur an sich, seinen Aufstieg, sein persönliches Ich, seine Position denkt, wer glaubt, sich doch herauszuhalten zu können, dessen Herz ist faul.

Wir haben viele hier, die glauben, nur deswegen hier zu sein, um sich zu bereichern; sie glauben, sie sind nur des Geschäftes wegen da; viele sind da, die in ihrer inneren Melodie vollkommen unberührbar sind und die sagen: ach Gott, laß die reden und schreiben, es sieht so aus. Diese verkappten Defaitisten und Zweifler tragen vielfach prunkende Uniformen und erscheinen uns gerade deswegen, weil sie militärisches Gepäck haben, besonders stark. In Wirklichkeit sind sie alte verstaubte Knochen und Knaben ohne ernstes Feuer. Gesellschaftliche Vollendung des Auftretens hilft nichts, wenn Massen gegen uns antreten. Der Flammengeist der Partei muß überschlagen in die Wehrmacht und muß dort niederschmettern, was sich an Bequemlichkeit und Selbstbegnügsamkeit breit gemacht.

17.2.1944

Die Schulung ist daher die zweitwichtigste Arbeit der Partei.

Heute sind die Verhältnisse klar herausgearbeitet: wer zweifelt noch, daß der Jude unser Todfeind ist? wer zweifelt noch daran, daß sich die Engländer, Amerikaner und Bolschewiken der Gefahr bewußt sind, die aus dem Nationalsozialismus für sie selbst aufsteigt?

Die jetzt so zur Mode gewordene stillschweigende Hochachtung vor Stalin und seinem Werk, dieses ewige Zitieren der russischen Stärke, die Übung, alles als eine geniale Sonderleistung dieses Satrapen darzustellen, dieses gesellschaftsfühig werdende Wort von der großen Stärke Stalins, alles das ist auch der Ausdruck einer faulen Seele. Wer an der Front stand, weiß, was für ein Massengeschmeiß der Russe als Mensch darstellt, und er weiß, daß die russische Überlegenheit nur dadurch zustande kommt, daß sie ihre Artillerie konzentrieren und durch die Lücken, die wir leider aus Mangel an Soldaten lassen müssen, durchstoßen und vorwärts dringen und daß wir einen dritten Feind haben, nämlich das Wetter, das uns Streiche spielt, wenn wir zu einem grossen Schlag ausholen. Es ist eine Art verkappte Stalin-Bewunderung im Lande und dagegen muß angegangen werden. Das darf nicht um sich greifen; es muß gesagt werden, daß Stalin die Verkörperung des Massenterrors darstellt. Sonst greift dieses Gift schnell um sich! Noch ist die Partei im Besitz aller Positionen geistig-weltanschaulicher Art.

Sie wissen auch, wie schwer unser Kampf mit der Kirche ist. Sie füllt ihre Gotteshäuser in zunehmendem Maße, versteht es wie eine Schlange in schlauer und kluger Weise ihre Feindseligkeit zu verstecken. Auf der anderen Seite sind wir aus politischen und inneren Führungsgründen gezwungen, unsere Einstellung nicht zu demonstrieren und nach außen zur Schau zu tragen. Um so stärker muß daher die Partei ihre geistige Führung

steigern, damit der alten Feind der konfessionellen Zwietracht nicht wieder Platz greift.

Wir haben schwere Aufgaben im ganzen Land und im ganzen Volk zu lösen, aufsteigend aus der Zeit, aus der Not der Lage, aus der Kriegssituation, aus den Terrorbomben, aus den Verlusten und aus dem Blutstrom, den das deutsche Volk jetzt opfern muß. Gerade wir, die wir im Osten sind, müssen uns dessen unausgesetzt bewußt sein. Ich möchte Ihnen aber auch, Parteigenossen und Parteigenossinnen, sagen, daß aus dieser sehr ernsten Zeit der gläubig durchdrungene Siegeswille in uns leuchtet; je dunkler da und dort die Wolken hinziehen, desto heller wird einmal das Licht erstrahlen.

Im Juni waren es 25 Jahre, seit ich den Führer kenne, und seit 25 Jahren bin ich nun bei ihm; in vielen und in schweren Stunden sind wir einander verbunden. Ich gehöre zum Kreis der wenigen Repräsententen der allerersten Entwicklung des Nationalsozialismus. Ich war dabei, als das Prateiprogramm formuliert wurde, ich kenne die Vorbereitungen zur ersten Parteiversammlung im Mathäserbräu, ich weiß die Geschichte der Bewegung von den ersten Anfängen an. Für mich ist die Rückschau auf die 25 Jahre dieses Werkes ein Rückblick auf eine der großartigsten Entwicklungsepochen unseres Volkes und heute auch der Weltgeschichte. Daß die Feinde, die wir in Deutschland hatten, sich international organisiert haben und internationalen Rückhalt haben, erkennen wir daran, daß die Durchsetzung des Führerprogramms im weltgeschichtlichen Sinne zu der gleichen Front der Feinde führte, die wir im Jahre 1918 als Sieger über uns sahen: die Juden, die Jesuiten und die Freimauerer. Diese unsere Feinde sind heute im Weltdrama wieder da. Wenn aber unsere Feinde heute im Weltformat gegen uns auftreten, dann müssen auch wir als

Partei in Weltformat gebildet sein. Es ist nicht möglich, daß wir Feinde im Weltformat bekämpfen, wenn wir in der Partei etwa die enge Betrachtungszone des innerpolitischen Ringens haben.

Die Erfahrung der Partei im Generalgouvernement hilft dazu, die Parteibewegung im weltgeschichtlichen Rahmen zu führen. Wir haben hier eine Repräsentanz des nationalsozialistischen Weltreiches, denn im Generalgouvernement weitet sich nun im fünften Jahr das alte Deutsche Reich Adolf Hitlers zum Großdeutschen Reich im Weltreichsinn Adolf Hitlers. Wir wissen, wie es aussieht, wenn man ein Volk zu führen hat, das zu 99 % nichtdeutsch ist. Wir kennen die Schwierigkeiten, die daraus hervorgehen, die Heimat aber kennt sie nicht, sie verkennt sie meistens. Es bedarf langer Jahre der Erziehung der Heimat, damit sie verstehen lernt, was sie in den neuen Gebieten auch an Führungsmethoden gewinnen muß. Im Staat ist uns das geglückt, und bei der Partei wird es uns genau so glücken, denn sie hat verhältnismäßig mehr Verständnis für dieses Weltreich als der Staat.

Es ist für mich eine Dankespflicht, wenn ich dies als Generalgouverneur anerkenne,. Gemessen an den Schwierigkeiten, die die zentrale Bürokratie des Reiches mir bereitet haben, waren die Anfragen der Parteikanzlei gering. Auch hier war die Partei absolut elastischer und zukunftsgeeigneter als die alte zentrale Bürokratie des Staates. Es gibt zwar in Berlin fast keine Ministerien mehr, aber leider ist das Denken der Ministerien mit jedem Bombenterror gewachsen.

Reichsleiter Bormann hat mir zugesagt, in jeder Weise die Partei im Generalgouvernement zu fördern. Im nächsten Monat wird Staatssekretär Klöpfer, der Vertreter Bormanns im staatlichen Bereich zu uns kommen, um uns bei unseren Schwierigkeiten zu helfen.

17.2.1944

Wir können als Parteigenossen sagen, daß unsere Bewegung dem Ostaufbauwerk von Anfang an mit positivstem Verständnis gegenüber stand. Das bedeutet, daß die Partei hier auch in der allgemeinen Entwicklung die Führung hat und wir sind gemeinsam dazu berufen, diese Führung weiter zu halten.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wie wir in 25 Jahren aus einem kleinen Kreis die Weltbewegung Adolf Hitlers geschaffen haben, so werden wir mit dem gleichen Geist nunmehr den Kampf fortsetzen. Parteigenosse Tiessler, Sie übernehmen an Stelle des hochbewährten Parteigenossen Stahl als mein Stellvertreter den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Indem ich Sie, Parteigenosse Stahl, herzlichst dankend verabschiede, begrüße ich Sie Parteigenosse Tiessler.

(Langanhaltender Beifall)

Hauptabschnittsleiter Stahl dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ehrenden Worte seiner Arbeit und seiner Person.

Oberdienstleiter Tiessler übernimmt mit einführenden Worten darauf die stellvertretende Leitung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

12^{15} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

12^{30} Besprechung mit Frau Dose.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Kapellmeister Erb.

17.2.1944

14^{30} Aussprache über eine zu gründende Polnische Antibolschewistische Liga im Königssaal.

(Teilnehmer s.Anwesenheitsliste)

Präsident Ohlenbusch führt nach Erteilung des Wortes durch den Herrn Generalgouverneur aus, daß er bei den Vorarbeiten über die Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga von folgendem ausgegangen sei:

Das politische Verhältnis zwischen der deutschen Führung und der polnischen Bevölkerung werde in positivem Sinn getragen von einem im polnischen Volk bestehenden Haß gegen die Bolschewisten und von dem zweifellosen Vorhandensein einer starken Autorität des Führers und seines Vertreters, des Generalgouverneurs. Weiter herrsche bei den Polen eine Sympathie für die deutsche Wehrmacht; sehr gut hätten sich auch die deutschen Aufbauarbeiten, die gerechte Behandlung der Polen, die Hebung der sozialen Stellung der Land- und Rüstungsarbeiter, die Erhöhung der Lebensmittelzuteilung und der Verrat Englands an Polen ausgewirkt; keine geringe Rolle spiele auch der im polnischen Volk bestehende Antisemitismus.

In negativem Sinn stünden zu Buch die politische Diffamierung des Polentums im Reich (Tragen des P und Aufschriften wie"Polen und Juden der Eintritt verboten") die zu starke Hervorkehrung des deutschen Herrenstandpunkts im Generalgouvernement, die Aussichtslosigkeit auf Wiedererrichtung eines polnischen Staates, ohne eigene Regierung Schutzlosigkeit im Lande, Bedeutungslosigkeit der polnischen Volksvertretung (Polnischer Hauptausschuß), die deutschen politischen Maßnahmen, die zwar notwendig seien aber auch das polnische Volk stark negativ beeinflußten (Sperrstunde, getrennte Straßenbahn- und Eisenbahnabteile), Behinderung der Einrichtungen des kulturellen Lebens, kriegsbedingte

wirtschaftliche Maßnahmen (geringe Lebensmittelzuteilung, Mangel an Wirtschaftsgütern), die deutschen Sühnemaßnahmen für Sabotage und Verbrechen und endlich die Hetztätigkeit der Feindpropaganda in diesem Raum.

Um nun die polnische Bevölkerung zu einer Aktivierung ihrer inneren Gedankengänge gegen den Bolschewismus und gegen die Juden zu veranlassen, sei der Gedanke der Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga entstanden. Diese Liga solle lediglich aus einem Führungsstab von 6 bis 8 namhaften Polen bestehen; Mitglieder sollten nicht aufgenommen werden, ebenso wie die Bildung von Ortsgruppen nicht zugelassen werden könne.

Aufgabe der Liga sei es, die breite Bevölkerung antibolschewistisch zu beeinflussen. Die Bevölkerung solle unter Umwerfung der bisherigen polnischen Zielsetzung auf den politischen Boden des neuen Europa ausgerichtet und die Entstehung einer paneuropäischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus erreicht werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben solle die polnische antibolschewistische Liga drei Sektionen bilden, und zwar eine antibolschewistische, eine antijüdische und eine Sektion europäische Abwehrfront. Als Hiflsmittel sollten ihr eine Wochenschrift "Der Umbruch", eine Monatsschrift gegen den Bolschewismus und eine Flugblattreihe zur Verfügung stehen. Sämtliche Schriften seien von der Hauptabteilung Propaganda in Zusammenarbeit mit dem SD zu überwachen. Der Führungsstab müsse unter dem Schutz der Regierung des Generalgouvernements stehen, seine Tätigkeit weitgehend gefördert werden.

17.2.1944

Der als Vorsitzender des Führungsstabes in Vorschlag gebrachte Pole Dr. Burdecki habe bereits nach mehreren Besprechungen ein eingehendes Programm vorgelegt. Die Arbeit solle durch den Führungsstab sofort nach Genehmigung des Programms mit einer antibolschewistischen Versammlungswelle im ganzen Generalgouvernement begonnen werden. Polnische Redner sollten dazu eingesetzt werden; der Vertrieb der Eintrittskarten werde in den Betrieben erfolgen. Weiter sollten möglichst viele Konzerte und Varietees in den Betrieben stattfinden und die Auswertung der Aktion Berta durch Veröffentlichung der Erklärungen in Presse und Rundfunk vorgenommen werden. Darüber hinaus solle wie bisher eine gleichlaufende propagandistische Beeinflussung weitergehen.

Auf Befragen durch den Herrn Generalgouverneur erklärt Präsident Ohlenbusch, daß die 7 Polen dem Namen nach zur Verfügung ständen; ihre Überprüfung durch den SD müsse allerdings noch vorgenommen werden.

Auf einen Vorschlag des Staatssekretärs Dr.Bühler, die Schaffung einer antisemitischen Sektion vorerst fallen zu lassen, spricht sich der Herr Generalgouverneur zunächst für die Gründung einer antibolschewistischen Liga aus. Die Gründung der beiden anderen Sektionen könne man für später im Auge behalten.

Die Anregung des SS-Obergruppenführers Koppe, wie im Warthegau auch im Generalgouvernement zur politischen Aufspaltung des Polentums den "Leistungspolen" einzuführen, stellt der Herr Generalgouverneur zur Erörterung in der Sitzung über die soziale Stellung der polnischen arbeitenden Bevölkerung zurück.

17.2.1944

Der Herr Generalgouverneur äußert sich dann grundsätzlich über die Gründung der Polnischen Anti-bolschewistischen Liga:

Ihre Gründung bedeute zum ersten Mal eine Heranziehung des polnischen Volkstums im Generalgouvernement zu einer politischen Willensbildung und Willensäußerung. Wie klein man sie immer aufziehe und mit welcher Vorsicht sie immer umgeben werde, das Faktum sei dann nicht mehr aus der Welt zu schaffen, daß mit ihrer Existenz das Verhältnis zwischen Deutschtum und Polentum in diesem Raum ein grundsätzlich anderes sei als bisher. Bis jetzt seien die Polen politisch ohnmächtig, nach dieser Gründung jedoch seien sie von der deutschen Führung als Angehörige des neuen Europas anerkannt. Diesen Gesichtspunkt wolle er mit besonderem Nachdruck betonen, denn die daraus in Zukunft entstehenden Schlußfolgerungen ließen sich heute noch nicht übersehen.

Die Umänderung der deutschen Stellung zum Polentum lasse die Zustimmung höchster Reichsstellen erwünscht erscheinen. Der Führer sei auch damit einverstanden. Was die deutsche Führung jetzt mit dem Polentum vorhabe, sei lediglich für die Dauer des Krieges angebracht. Darüber müsse man sich klar sein. Damit werde weder in positivem noch in negativem Sinn der endgültigen Polenpolitik des Reiches und des Führers irgendwie bindend vorgriffen.

Diesen Gesichtspunkt wolle er deswegen so betonen, weil, wenn die deutsche Führung des Generalgouvernements jetzt dem Polentum so entgegenkomme, sicherlich gesagt werde: "Jetzt geben sie doch nach". Hier habe man dann zu erwidern, daß dem nicht so sei, und zu betonen, daß die deutsche Führung im Generalgouvernement jetzt im Kriege eine Einstellung zu wählen habe,

die für die Kriegslage des Deutschen Reiches und Volkes die günstigste sei. Er betone also, daß die Gründung der antibolschewistischen Liga als eine im Rahmen des Kriegsleistungsprogramms notwendige und zweckmäßige Maßnahme durchgeführt werde. Sie sei nicht der Beginn einer endgültigen Bereinigung der Polenpolitik, sondern eine äußere auf Grund höherer Kriegsnotwendigkeiten vorübergehend in den Vordergrund gestellte Einrichtung.

Ganz allgemein müsse man in Zukunft unter den Polen drei Gruppen unterscheiden: die erste sei die sicherlich kleine Gruppe der wirklich echten Freunde des Reiches, die aus innerer Überzeugung die deutsche Führung über das polnische Volk als historisch gerechtfertigt ansähen und bereit seien, für diese Entwicklung zu kämpfen. Politisch taktisch notwendig sei es, diese Gruppe, auch wenn sie noch so klein sei, anzuerkennen. Dieser Typ sei vielleicht im Rahmen der Polen vorhanden, die die österreichische Herrschaft erlebt hätten. Die zweite Gruppe stelle die große Masse des polnischen Volkes dar, die rein technische Gruppe des Volkes - wie man sie bezeichnen könne - die sich wenig um Politik kümmere; sie rekrutiere sich in der Hauptsache aus den Arbeitern und Bauern, die, ganz gleich, ob eine polnische Republik bestehe oder die Deutschen oder Sowjetrussen im Lande herrschten, doch nur arbeiten müßten und nur ihrer Arbeit lebten. Um die Gewinnung dieser Masse gehe der Kampf. Wenn die englische Propaganda den Befehl gebe, aktiver zu werden, dann meine sie diese Gruppe. Diese Millionen der sogenannten praktischen polnischen Mitarbeiter müsse man in Arbeit halten und für die deutschen Interessen zu gewinnen versuchen. Ihnen müsse man sagen: selbst dieses, Eure Arbeit, wird Euch der Bolschewismus rauben. Die Menschen dieser Gruppe seien auch hauptsächlich die Rekruten der Widerstandsbewegung. Die dritte Gruppe bildeten die Todfeinde der Deutschen, deren Feindschaft so weit

gehe, daß sie außerhalb des Rahmens der aktiven Mitarbeit stünden. Dafür kämen sie in keiner Form in Prage, im schlimmsten Fall für eine getarnte Mitarbett. Dieser Gruppe müsse der deutsche Kampf bis zur Vernichtung gelten.

Für diese drei Gruppen dürfe in Zukunft keine einheitliche politische Formel mehr gebraucht werden. Das liege in der heutigen Entscheidung inbegriffen. Es wäre politisch unklug und man verstoße gegen die deutschen Interessen, alle Polen als Feinde zu bezeichnen; gleichfalls aber dürfe man auch nicht alle Polen als Freunde ansehen.

Das Reich und seine maßgeblichen Propagandafaktoren erwarteten sich etwas von der gegründeten Polnischen Antibolschewistischen Liga, es müsse also schon Kraft in ihr stecken. Die Reden des Vorsitzenden Dr.Burdecki müßten schon etwas enthalten.

Referent Spängler bringt dann Gedankengänge, die Professor Burdecki bei Vorsprechungen in der Hauptabteilung Propaganda geäußert hat und die auf Bildung einer Liga aller Schaffenden hinauslaufen, um die begrenzte Resonnanz einer antibolschewistischen Liga in der polnischen Bevölkerung zu vergrößern, zum Vortrag.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen diese Intentionen und erklärt die Formulierung "Antibolschewistische Liga" als verbindlich. Eine eingehende Besprechung der ganzen Angelegenheit mit den Staatssekretären sei nochmals angebracht; die Federführung liege in den Händen der Hauptabteilung Propaganda.

17.2.1944

Selbstverständlich müsse die polnische Presse weitgehend in den Dienst der Sache gestellt werden.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, daß Professor Burdecki ein klares ihn bindendes Programm vorliege. Für seine Arbeit werde er über Presse, Propaganda und über die Hauptabteilungen zu Worte kommen.

SS-Obergruppenführer Koppe wirft in die Debatte, ob nicht zweckmäßigerweise Erzbischof Sapieha, der antibolschewistisch eingestellt sei, zu einem Hirtenbrief gegen den Bolschewismus veranlaßt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur ist für die Einhaltung eines zeitlichen Abstandes, da im anderen Fall alles zu sehr nach Planung von deutscher Seite aussehe. Auch eine ukrainische antibolschewistische Liga solle man vorerst nicht ins Leben rufen.

Die Anregung des Präsidenten Dr. Emmerich, die Aktion durch wirtschaftliche Maßnahmen für die mittelständischen Kreise zu unterstützen - Verkauf eines kleinen Kontingents an Grundbesitz und kleinen Geschäften -, lehnt der Herr Generalgouverneur ab, weil man etwas im polnischen Volk urtümlich Gewachsenes, wie es doch die antibolschewistische Liga darstellen solle, regierungsmäßig nicht unterbauen dürfe. Im anderen Falle verliere es sofort an Bedeutung. Diese Maßnahmen könnten in der kommenden Sitzung über die "Soziale Hebung der im deutschen Interesse arbeitenden Klassen" erörtert werden; an diese mittelständischen Kreise habe man bisher noch wenig gedacht.

17.2.1944

Zum Schluß stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß man sich über die Gründung einer Polnischen Anti-bolschewistischen Liga im klaren sei und daß nach Abschluß der Vorarbeiten die Gründung Anfang März erfolgen werde. Ein wichtiges Propagandamittel in ihrem Dienst stellten auch die polnischen Theater dar, deren Besuch hauptsächlich loyalen Polen ermöglicht werden solle.

Strengstes Stillschweigen über den Inhalt dieser Aussprache macht der Herr Generalgouverneur allen Teilnehmern an dieser Besprechung zurPflicht.

16^{00} Besprechung mit den Gouverneuren Dr. Wächter und Kundt in Anwesenheit des Staatssekretärs Koppe über die Sicherheitslage.

16^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Anwesenheitsliste

für die Besprechung der Gründung einer Polnischen Antibolsche-
wistischen Liga

am Donnerstag, den 17.2.1944

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Dr. Boepple		
Zipfel	Präsident,	H.A. Forsten
Terrasowski	"	d. Finanzen
Hasselbacher	Reg. Dom.	Dentodektor
Schnippenkötter	Abt.-Leiter	F.M. Abt. Lw. u. F.
Hannsen	H.A. Gries	L.D.
Gassner	Vorsteher der Regie	
Bronisch	Hauptabt.-Präs.	
Schmidt	Stadt.	Pavelowski

ZKW. 12. 41. 4756

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	44- Büroangestellter	L. d. P.
Gumnarski	Präsident	Hptabt. Wirtschaft
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

IX/9

Freitag, den 18.Februar 1944

bis

Freitag, den 25. Februar 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Samstag, den 26.Februar 1944

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

11^{50} Besprechung mit Oberdienstleiter Tiessler.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dienstleiter Schalk, z.Zt. Oberfeldwebel bei der Wehrmacht, in Gegenwart des Oberdienstleiter Tiessler.

12^{30} Besprechung mit Oberstleutnant von Dazur.

12^{40} Besprechung mit Präsidenten Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zu einer Tagung der Propagandaleiter Großdeutschlands, die am Montag dem 28.Februar im Reichspropagandaministerium stattfinden wird, und bittet ihn, im Rahmen dieser Tagung über das Generalgouvernement zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, im Rahmen dieser Tagung das Wort zu ergreifen, und ersucht Präsident Ohlenbusch, der ebenfalls an dieser Tagung teilnehmen wird, Material zur Ansicht auszulegen, etwa in Gestalt der Zeitschriften "Die Burg", "Das Generalgouvernement", der Broschüre "3 Jahre NSDAP im Generalgouvernement" u.a..

Präsident Ohlenbusch berichtet sodann über die Arbeiten der Hauptabteilung Propaganda auf dem Gebiete der Polenpolitik.

26.2.1944

Weiter gibt Präsident Ohlenbusch dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von den Vorbereitungen für die Ausstellung: "Japanische Kunst und japanisches Kunstgewerbe", die am 3o.März eröffnet werden soll.

Gegenstand der Besprechung ist dann die Frage, ob und welche Unterstützung das neu gegründete "Polnische Theater" erfahren soll. Ein Staatszuschuß könne hier nicht in Frage kommen, weil es sich um ein privates Unternehmen handle. Er schlage deshalb vor, polnischen Arbeitern die Möglichkeit des Besuches dieses Theaters auf Kosten der Regierung zu geben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

12[45] Besprechung mit Generalintendant Stampe in Gegenwart des Präsidenten Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur stellt gegenüber Nachrichten, in denen die Ernennung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten als verfrüht bezeichnet worden ist, fest, daß es bei der von ihm vorgenommenen Ernennung des Intendanten zum Generalintendanten bleibe. Staatsminister Meißner habe die Anweisung erhalten, den Text der endgültigen Urkunde auszuarbeiten, die dem Generalintendanten Stampe nach ihrer Fertigstellung zugehen werde. Er erkläre nochmals ausdrücklich, daß der Führer in seiner, des Generalgouverneurs, und des Reichsleiters Bormann Anwesenheit die Genehmigung zur Ernennung des Intendanten zum Generalintendanten erteilt habe, wie das auch in einem Schreiben an Generalintendant Stampe niedergelegt sei.

26.2.1944

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, sich in Berlin der Beschleunigung dieser Angelegenheit zu widmen.

Zu der weiteren Besprechung wird Pressechef Gassner hinzugezogen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Pressechef Gassner Kenntnis von der soeben stattgehabten Besprechung und ersucht ihn, amtlich davon Kenntnis zu nehmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Gastspiel von Angehörigen des Wiener Burgtheaters mit der Aufführung von Grillparzers "Sappho" einen so glänzenden Verlauf genommen habe, und wirft im Anschluß daran die Frage auf, wie es in Zukunft mit Gastspielen reichsdeutscher Bühnen gehalten werden solle. Im Vordergrund müsse immer stehen, daß die Bühne des Generalgouvernements nicht Volkstheater, sondern Staatstheater zu sein habe. Gastspiele wie solche des Burgtheaters stellten zweifellos einen erfreulichen Beitrag zur Steigerung der Theaterkultur im Generalgouvernement dar. Weiter sei es sein Wunsch, daß das Staatstheater des Generalgouvernements seine Tätigkeit mehr als bisher nach Lemberg und Warschau verlege; denn es müsse in dieser seiner Eigenschaft im ganzen Generalgouvernement als die führende Bühne in Erscheinung treten.

Generalintendant Stampe gibt zu bedenken, daß das Repertoire solcher Aufführungen verhältnismäßig beschränkt sein werde. Es komme immerhin nur eine kleine Auswahl von Stücken in Frage. Auch werde die Unterbringung der Theatermitglieder vor allem in Lemberg angesichts der dortigen Raumnot auf große Schwierigkeiten stoßen.

26.2.1944

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man dieser Schwierigkeiten Herr werden könne, und betont, daß er auf Gastspiele reichsdeutscher Bühnen großes Gewicht lege, zunächst auf ein Gastspiel des Münchner Staatstheaters mit einer Aufführung der Bauernkomödie "Lokalbahn" von Ludwig Thoma. Weiter komme gegebenenfalls ein Gastspiel der Münchner Kammerspiele mit einer Aufführung des "Michael Kramer" von Gerhart Hauptmann in Frage.

Generalintendant Stampe weist gegenüber diesen Plänen mit Nachdruck darauf hin, daß für diese Gastspiele die Mitwirkung des technischen Leiters des Staatstheaters des Generalgouvernements dringend benötigt werde, die andererseits wiederum bei Aufführungen des Staatstheaters in Lemberg oder Warschau ebenfalls nicht entbehrt werden könnte. Weiter sei zu bedenken, daß das Staatstheaters des Generalgouvernements seinen Abonnementsverpflichtungen nachzukommen habe.

Der Herr Generalgouverneur will diese Abonnementsverpflichtungen wesentlich eingeschränkt wissen und hält es für ausreichend, wenn nur fünf Abonnementsserien jeweils ausgegeben würden.

Abschließend beauftragt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten Ohlenbusch und den Generalintendanten Stampe, sich wegen der Vorbereitung der Gastspiele mit den Spielleitern Golling und Domin ins Benehmen zu setzen.

13[10] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt den beiden Herren Kenntnis von einem kürzlich ergangenen Befehl des Führers, nach welchem die Zivilverwaltung im Generalgouvernement in ihrer bisherigen Form in vollem Umfange bestehen bleiben solle. Anordnungen, die den Zivilbereich irgendwie beträfen, ergingen allein und

ausschließlich durch den Generalgouverneur bzw. die Organe seiner Verwaltung.

13[50] Der Herr Generalgouverneur überreicht im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz II.Klasse folgenden Angehörigen der Kanzlei des Generalgouverneurs:

1. Regierungsamtmann Spiegel
2. Referent von Palézieux
3. Architekt Korinthenberg
4. Sekretärin Kraffczyk.

19[00] Ballett-Abend im Staatstheater.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Sonntag, den 27.Februar 1944

10^{30} Dichterlesung Theamaria Lenz im Institut für Deutsche Ostarbeit.

14^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19^{57} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach B e r l i n .

IX/9 Berlin

Montag, den 28. Februar 1944

und

Dienstag, den 29.Februar 1944

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in B e r l i n.

Aus Anlaß seiner Anwesenheit in Berlin hatte der Generalgouverneur am 28.2.1944 um 18 Uhr eingehende Besprechungen mit Reichsminister Dr. Goebbels über verschiedene Fragen seines Ressorts, soweit sie das Generalgouvernement betreffen. Im wesentlichen wurde in allen Fragen völlige kameradschaftliche Übereinstimmung erzielt. Im besonderen handelt es sich um folgendes:

1. Die Angelegenheit der Berufung des Leiters des Staatstheaters des Generalgouvernements Stampe zum Generalintendanten wird in der Form erledigt, daß Reichsminister Dr. Goebbles seinen bisherigen ablehnenden Standpunkt sofort aufgibt. Er wird diesen Umstand dem Staatsminister Meißner mitteilen und noch morgen an den Führer den Antrag zur Ausfertigung der Ernennungsurkunde stellen. Sobald Dr. Goebbels die Urkunde mit der Unterschrif des Führers zurückerhält, wird er sie gegenzeichnen und sie dann dem Generalgouverneur zur weiteren Gegenzeichnung nach Krakau senden.

Der Generalgouverneur lud Dr. Goebbels ein aus Anlaß der Urkundenübergabe an Stampe in Krakau persönlich zu erscheinen,was Reichsminister Dr. Goebbels als möglich und auch von ihm erwünscht bezeichnete.

28.2.1944

2. Präsident Ohlenbusch soll brauchbare Mitarbeiter zur Durchführung seiner Propagandaarbeiten möglichst sofort erhalten, da die Propagandaarbeit im Generalgouvernement selbstverständlich auch von Dr. Goebbels als außerordentlich wichtig bezeichnet wird.

In Anwesenheit des Generalgouverneurs gab Dr. Goebbels seine in obigem Sinne angeregten Weisungen an seinen Präsidialchef Dr. Naumann.

Auf Einladung des Reichsministers Dr. Goebbels nahm der Generalgouverneur noch an einem intimen Zusammensein mit dem gleichfalls anwesenden Reichsführer SS Himmler teil.

END OF

VOL. #34

R.10